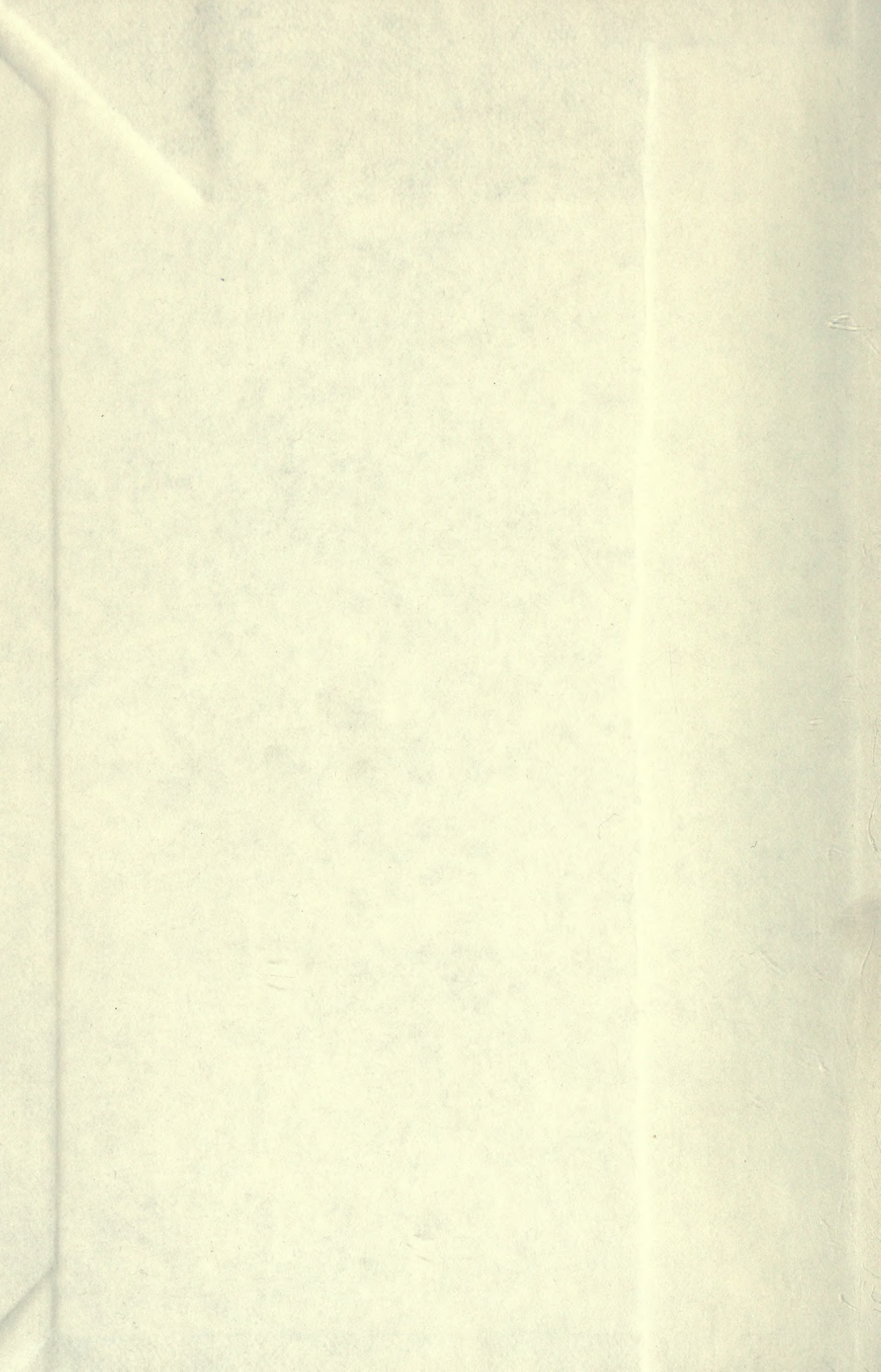
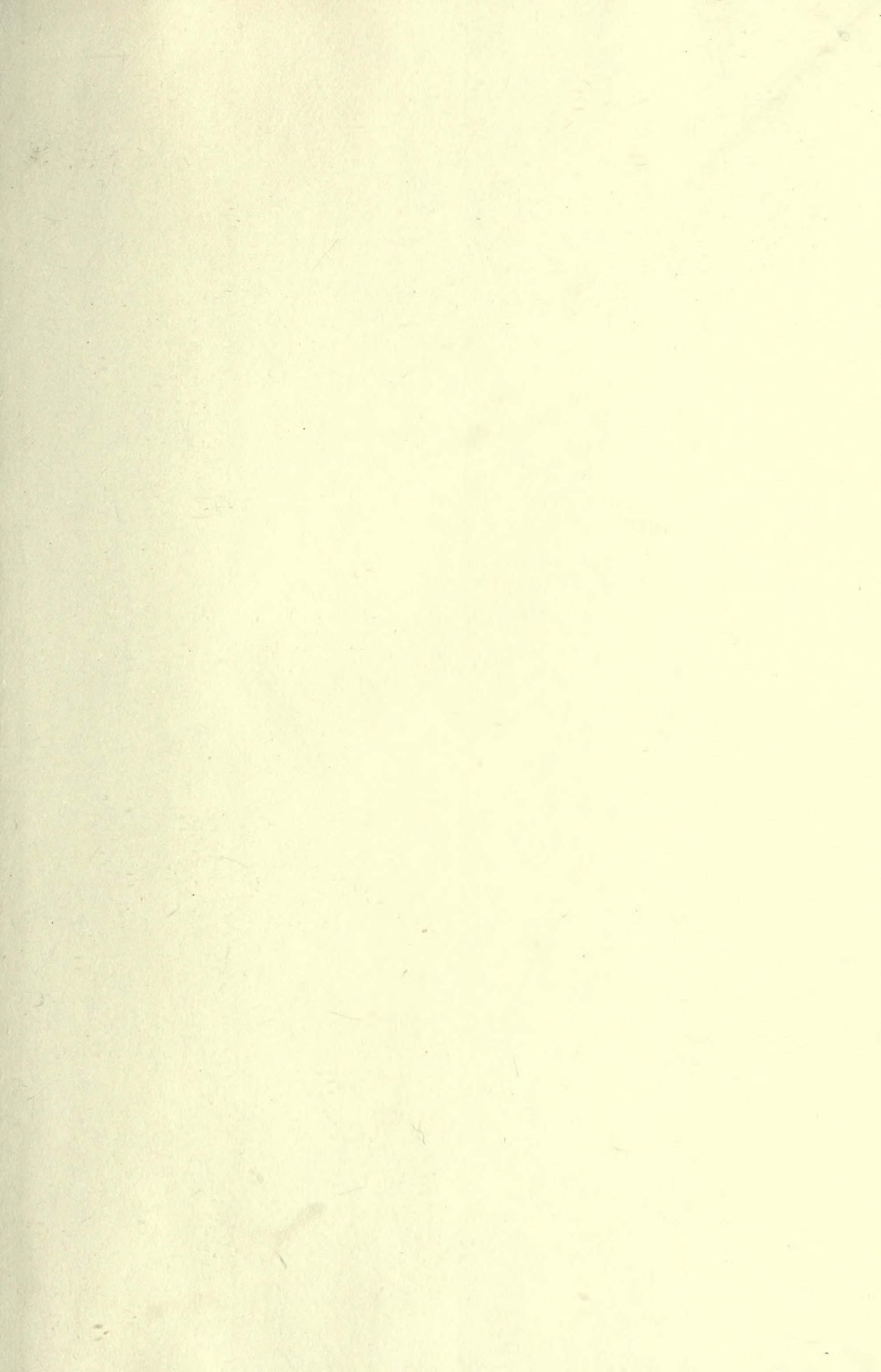
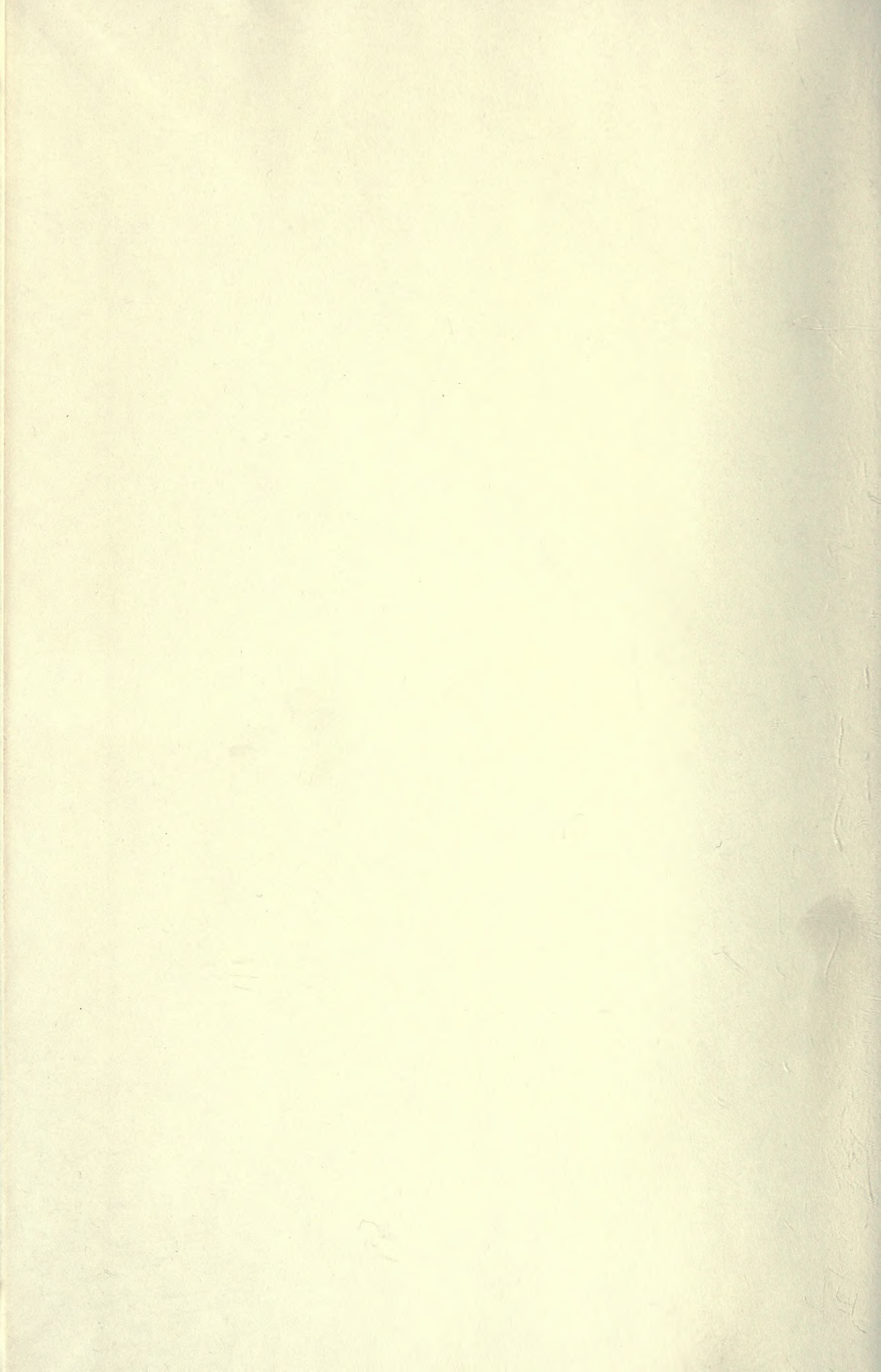
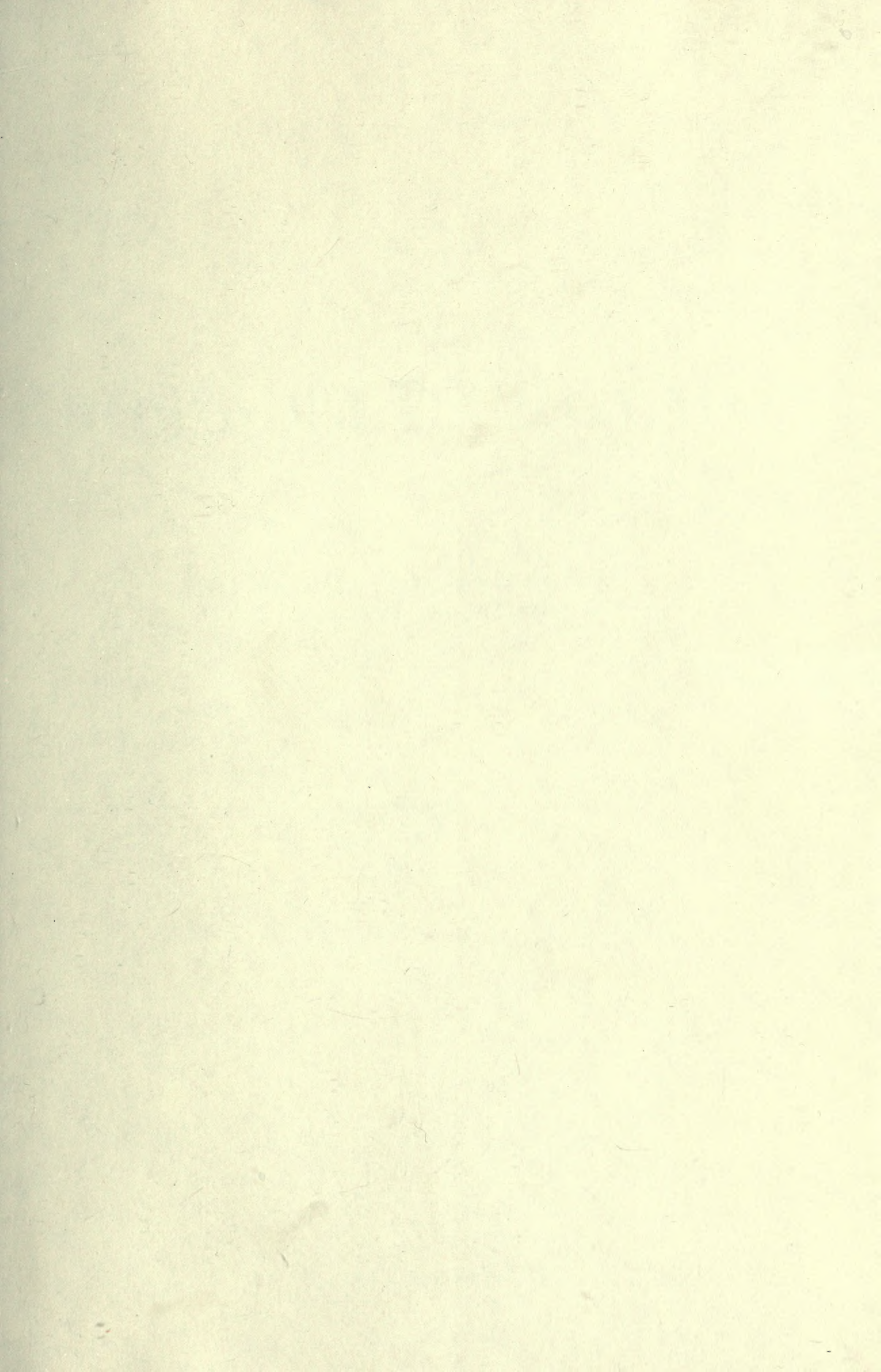
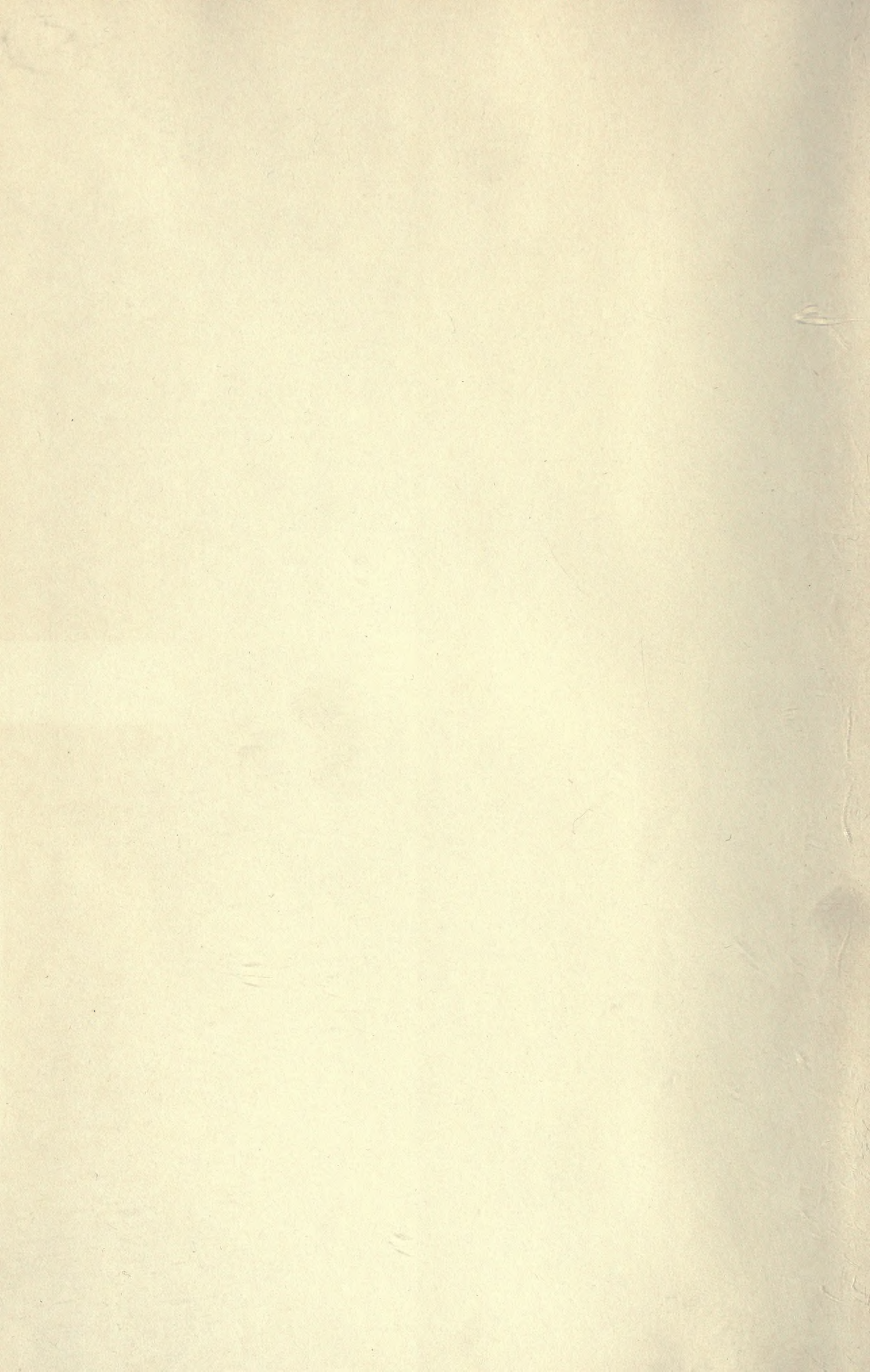












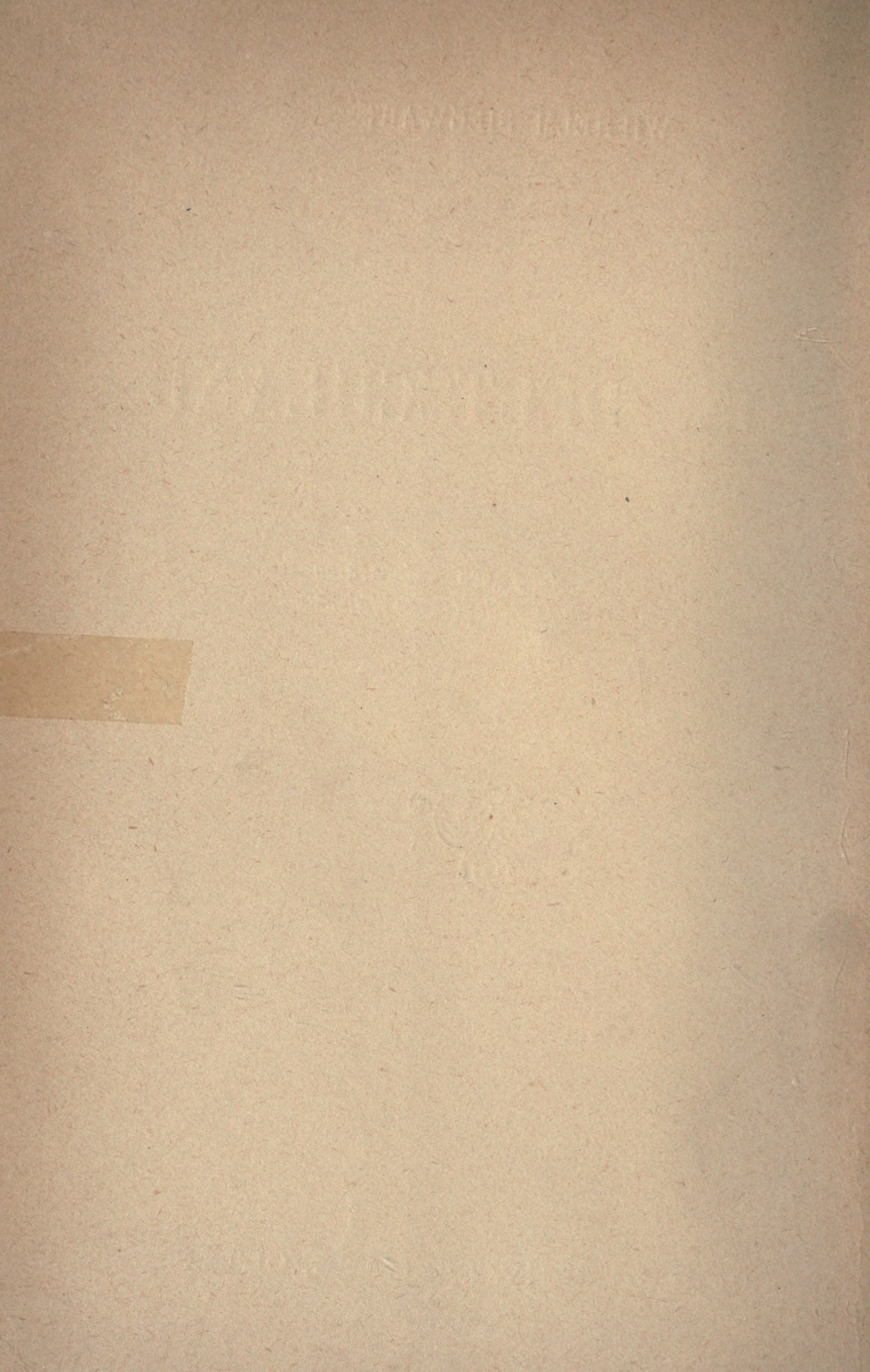
WILHELM SIEGWART

GROSS-DEUTSCHLAND

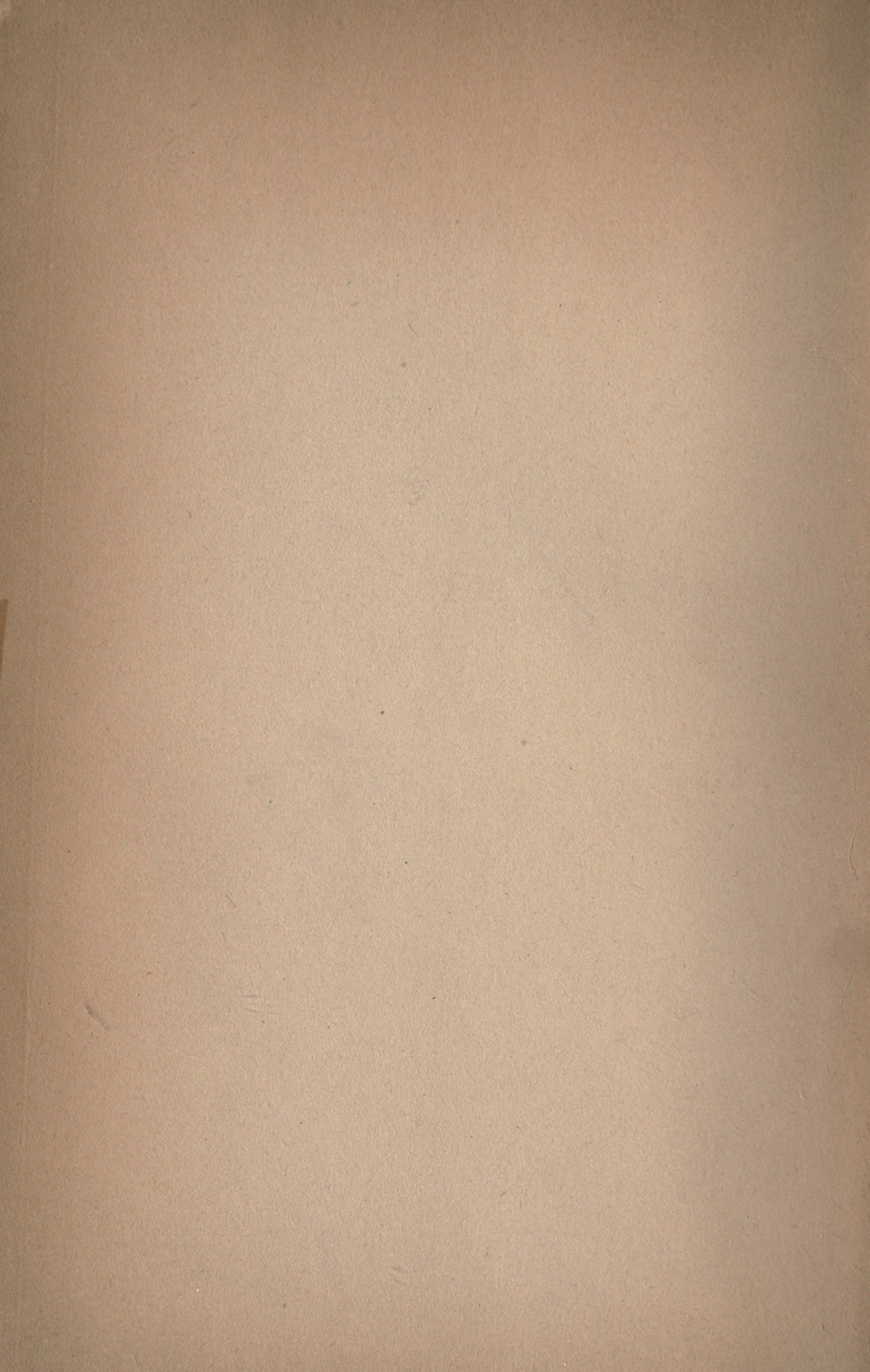
Eine Sammlung von Dokumenten zum Verständniss deutschen Willens.



VERLAG SCHWARZMANN, OLTEN







GROSS-DEUTSCHLAND


LIBRARY
JUN
10
1977
OF
UNIVERSITY

VORWORT

Von Anfang des Krieges an bemühte sich die deutsche Regierung und ein grosser Teil der deutschen Presse die Welt davon zu überzeugen, dass Deutschland keinen Eroberungskrieg führe und dass alles, was man über die Stärke der annexionistischen Strömungen verbreitete, nichts weiter als eine schwere Verleumdung sei. Nun ist es sehr wohl möglich, und gegenwärtig wahrscheinlich, ja sogar sicher, dass der Verlauf des Krieges Deutschland verhindern wird, grosse Eroberungen zu machen : zweifellos werden dann dieselben Leute, die während der Dauer des Weltkriegs das Vorhandensein tiefgehender Annexionsströmungen im deutschen Reiche leugneten, diesen Ausgang benutzen um stolz auszurufen : « Wir haben es ja immer gesagt. »

Für unsere Generation, sowohl wie für die zukünftige Geschichtsschreibung ist es von grösster Wichtigkeit zu erkennen, welche Ideen und Pläne es waren, die in Deutschland gepriesen wurden, solange die allgemeine Lage ihre Durchführung erhoffen liess. Am 3. Juni 1916 hielt ich in Bern einen Vortrag[1], in dem ich darüber folgendes sagte :

« Niemand, der die Dinge kennt, wird sagen können, dass es nicht das Kriegsziel Deutschlands ist, das am beunruhigendsten auf die ganze Welt wirken muss. « Deutschlands », was heisst das, wird man fragen. Deutschland ist keine einheitliche Masse, — was verstehst du darunter : die Regierung, das Volk, die politischen Parteien oder was sonst? Darauf antworte ich : Niemand, der die Dinge kennt, wird bestreiten können, dass es in keinem andern der kriegführenden Länder solche Armeen annexionslüsterner Menschen gibt wie in Deutschland. Niemand wird zu behaupten wagen, dass es noch ein Land gibt, in dem alle bürgerlichen Parteien so geschlossen nicht nur für gewisse Annexionen, sondern für ein ganzes Annexionssystem eintreten, das keineswegs allein Kolonien umfasst, sondern — und das ist für mich das Wichtige, das Entscheidende — das vor allem nach europäischen Gebieten im Osten und im Westen seine Fangarme ausstreckt. Niemand wird leugnen können, dass in Deutschland die gesamte bürgerliche Presse, die grosse wie die kleine und welches auch ihre politische Schattierung im übrigen sein mag — mit Ausnahme einiger Notizen und Artikel im Berliner Tageblatt, in der Berliner Volkszeitung, in der Welt am Montag des Herrn von Gerlach und einiger Sprünge des in allen Künsten bewanderten Maximilian Harden in der Zukunft, der an einem Sonntag für Annexionen und am nächten dagegen ist — dass die gesamte

[1] Siehe : Der Irrtum von Zimmerwald-Kiental, von S. Grumbach. — Buchdruckerei Benteli, Bümpliz (Bern).

bürgerliche Presse unausgesetzt für Annexionen eintritt und zwar nicht nur in versteckter Form, sondern sehr offen. Im Parlament wie in öffentlichen Versammlungen sind Annexionen gefordert worden; in zahllosen Büchern und Broschüren sind Annexionen gefordert worden; die Zentralkomitees und Vorstände aller bürgerlichen Parteien haben Annexionen gefordert und haben diese Forderungen in Resolutionen niedergelegt, die in der Oeffentlichkeit die weiteste Verbreitung fanden. Süddeutsche, norddeutsche, westdeutsche, ostdeutsche, mitteldeutsche Zeitungen, Männer aus allen Gauen, aus allen Städten und allen Ständen Deutschlands haben Annexionen gefordert, — nicht nur Politiker, sondern Wissenschaftler, Schriftsteller, Aerzte sind öffentlich für Annexionen eingetreten. Ich weiss, es gibt Unterschiede zwischen ihnen, wichtige sogar! Die einen wollen « die Sonne und den Mond », wie der Chefredakteur des Berliner Tageblatt, Herr Theodor Wolff, dieser Tage in einem Leitartikel schrieb, die andern begnügen sich mit weniger, wofür man ihnen noch dankkar sein muss. Die einen sagen, Deutschland könne nicht richtig atmen und wollen ihm Raum für seine Lungen schaffen, die andern verlangen die « Ausgestaltung und Abrundung » des Reiches, dessen kontinentaler Körper ihnen zufolge nur ein « Torso » sei. Wieder andere finden, dass die schreckliche Tse-Tse-Fliege in Afrika nur dann ausgerottet würde, wenn alle dortigen Kolonien Deutschland gehörten, und wieder andere sind der Ansicht, dass die verschiedenen Häfen an der Nord- und Ostsee, die sich heute im Besitz von Russland, Belgien oder Frankreich befinden, für Europa erst dann zu ihrer vollen Bedeutung gelangen könnten, wenn sie dem deutschen Reich einverleibt würden. Einige finden — ich habe es dieser Tage noch in der Broschüre eines Herrn Oelzelt-Newin gelesen —, dass Deutschland vielleicht auch Toulon nötig habe, um einen hübschen Mittelmeerhafen zu besitzen, und dass der Besitz Toulons die Annexion von Nizza beinahe selbstverständlich mache. (Zwischenruf : « Und Frankreich will Syrien annektieren. — Lesen Sie die Artikel von Tardieu. ») Die Genossen, die mir diese Zwischenrufe machen, mögen mir doch zuerst nachweisen, dass in Frankreich so weite, so einflussreiche Kreise für Annexionen eintreten, als es in Deutschland der Fall ist, ehe sie von mir fordern, dass ich ihre Zwischenrufe als vollwertige Argumente betrachte, die das, was ich über Deutschland sagte, auch nur irgendwie abschwächten! Sie werden es nicht können! Ich leugne nicht, dass es auch in Frankreich Leute gibt, die in dieser Hinsicht verrücktes Zeug geschrieben haben. Broschüren, wie etwa die von Onésime Reclus über die Aufteilung Deutschlands, gewisse Artikel von Charles Maurras in der royalistischen « Action Française », von Maurice Barrès im Echo de Paris sind in ihrer Mentalität dem, was wir von pangermanistischer Seite her in Deutschland zu hören bekommen, ebenbürtig. Und trotzdem bestreite ich, dass der Tiefgang derartiger Pläne in Frankreich, ihre Verbreitung in massgebenden Kreisen sich irgendwie vergleichen liesse mit dem, was in dieser Hinsicht in Deutschland vorgeht. Dabei habe ich vor allem nicht koloniale Verteilungspläne, die es in allen Ländern gibt, im

Auge, sondern die auf Annexionen in Europa selbst gerichteten Bestrebungen, denen politische Freiheit der Völker, Selbstbestimmungsrecht, Unabhängigkeit der kleinen Staaten nur noch Gänsefüsschenangelegenheiten sind, die Spott und Hohn verdienen, sonst aber nichts. Nein, in keinem andern Lande werden in so masslosem Stil, so offen, wie in Deutschland Annexionen von den einflussreichsten bürgerlichen Parteiführern, von grossen Parteien, von den bekanntesten Universitätsprofessoren befürwortet. Aber selbst wenn in andern Ländern ebenfalls derartige Annexionspläne vorhanden sein sollten, was ich leugne, so dürften wir zur Beurteilung ihrer Gefährlichkeit die Frage nicht unterlassen, inwiefern denn die militärische Situation den einzelnen Ländern die praktische Möglichkeit zu solchen Annexionen verschafft. Annexionen lassen sich ja doch wohl nur auf der Basis der militärischen Situation durchführen. Und da muss man sagen, dass selbst wenn gewisse Annexionspläne in Frankreich nicht nur von Leuten gehegt würden, deren politischer Einfluss von dem Einfluss der annexionistischen Elemente in Deutschland weit entfernt ist, sondern selbst wenn es offizielle Pläne wären, sie schon auf Grund der allgemeinen Sachlage Träume bleiben müssten, während die von Deutschland ausgehende Annexionsgefahr einstweilen deshalb so gross ist, weil seine Armee ganz Belgien, Nordfrankreich und mit den Oesterreichern zusammen Polen, die baltischen Provinzen, Serbien, Montenegro besetzt hat.

Im Zusammenhang mit diesen Tatsachen erst erkennen wir die Bedeutung der Erklärung, die der Zentrumsführer Peter Spahn in einer der grossen Reichstagssitzungen, wenn ich mich nicht irre am 9. Dezember 1915, im Namen aller bürgerlichen Parteien abgab, jener Erklärung, die in der unzweideutigsten Weise die Erweiterung der deutschen Grenzen in Europa forderte. Die Fraktionen, in deren Auftrag diese Erklärung verlesen wurde, zählen nicht weniger als 254 Abgeordnete im Reichstag, selbst ohne die Polen und Elsass-Lothringer, von denen ich nicht weiss, ob sie freiwillig oder gezwungen ihre Einwilligung dazu gegeben hatten: das heisst die gewaltige Mehrheit des deutschen Reichsparlaments! Und nicht weniger als 8 Millionen Stimmen waren von den 12 Millionen Stimmen, die im ganzen bei den Reichstagswahlen im Jahre 1912 abgegeben wurden, auf die Kandidaten derjenigen Parteien gefallen, in deren Namen der klerikale Führer diese ausgesprochen annexionistische Erklärung dem Parlament, dem deutschen Volk und der ganzen Welt vorlegte. In welchem andern der kriegführenden Länder hat sich denn etwas Aehnliches ereignet?

Nun kommt die sozialdemokratische Mehrheit und sagt: « Ja, das waren die bürgerlichen Parteien, der Reichskanzler hat sich aber nicht mit ihnen solidarisch erklärt! »

Wo und wann hat sich aber, frage ich, der Reichskanzler, des Reiches erster und oberster Beamter, der einzige, der die Verantwortung trägt, sich von ihnen desolidarisiert? Keine Stunde wird genannt werden können, kein Ort! Herr Bethmann-Hollweg hat sich stets auf zweideutige Formeln beschränkt, die den einen wie den andern erlaubten, ihn mit ein bischen

Interpretationskunst für sich in Anspruch zu nehmen. Und es ist Lug und Trug, wenn sozialdemokratische Mehrheitsblätter, wie etwa die «Chemnitzer Volksstimme», ständig wiederholen: niemand dürfe den Kanzler beschuldigen für Annexionen zu sein! Nichts gibt diesen Blättern das Recht dazu, den Reichskanzler als einen Feind von Annexionen hinzustellen. Hat er ihnen denn je eine klare Antwort gegeben auf ihre Interpellationen? Hat die Autorität, die Genosse Scheidemann doch zweifellos gegenwärtig bei der Regierung besitzt, den Kanzler veranlasst, seiner Forderung, die Kriegsziele einmal klar zu formulieren, nachzukommen? Hat sich der Kanzler dagegen gewehrt, als nach einer seiner grossen Reden im Reichstag der Zentrumsführer Peter Spahn unter dem stürmischen Beifall der bürgerlichen Mehrheit des Hauses die Worte des Herrn Bethmann ausdrücklich dahin interpretierte, dass er nun klar gesagt habe, Belgien müsse politisch, militärisch und wirtschaftlich unter die Hand Deutschlands kommen? Ist da der Herr Reichskanzler aufgestanden, um zu rufen: «Halt, meine Herren! Ich protestiere gegen die Auslegung, die dem Sinn meiner Ausführungen nicht entspricht!» Er hat sich gehütet, der Herr Reichskanzler. Er hat stillschweigend dabei gesessen und den Beifall eingestrichen, der dieser Auslegung gezollt wurde, — gezollt nicht von irgend einer Minderheitsgruppe, gezollt nicht nur von den Ueberannexionisten, den Ueberimperialisten, gegen die der Kanzler sich öffentlich erst zu wehren anfing, als sie im geheimen seine Person angriffen und seine Stellung zu untergraben suchten, — sondern gezollt, ich wiederhole es hundert- und tausendmal, von der übergrossen Mehrheit des Reichstags! Und nun stellen Sie sich vor, dass ich zum Beispiel in meiner Eigenschaft als Korrespondent unseres französischen Zentralorgans, der «Humanité», plötzlich den Wunsch bekäme, möglichst viel gute, friedensfördernde Dinge über Deutschland zu berichten? Ja, ich könnte es beim glühendsten Willen nicht. Wie ein Bettler stände ich da. Lügen müsste ich, wenn ich, um der Verständigung zu dienen, schreiben wollte: was man euch bisher über die Annexionsflut in Deutschland erzählte, ist nicht wahr! Lügen müsste ich, wenn ich etwas anderes sagen wollte, als was ich gestern noch in der «Humanité» schrieb: die Annexionspläne sind immer noch in unerhört starkem Mass in Deutschland vorhanden.

Haben es uns nicht die allerjüngsten Vorgänge in der schärfsten Weise offenbart: die Diskussionen, welche im Reichstag über die Zensur stattfanden und die von den annexionistischen Elementen benutzt wurden, um über Kriegsziele zu reden! Spricht nicht die Tatsache allein Bände, dass dem Anstürmen beinahe aller Parteien zum Trotz und obschon nun 22 lange Wartemonate ins Land gingen, die deutsche Regierung es einfach nicht wagen kann, die Diskussion der Kriegsziele völlig freizugeben, weil sie ganz genau weiss, was dabei herauskommen würde. Nicht nur die Angst vor dem endgültigen Bruch des Burgfriedens, sondern die Angst vor der Wirkung der dann offenbar werdenden Annexionspläne, im feindlichen und neutralen Ausland, ist es, die es der Regierung klüger erscheinen lässt, gewisse Dämme aufrecht zu erhalten. Denn *sie* kennt ja die Wahrheit, *sie* macht sich nichts

vor, sie ist sich klar über das Ziel der verschiedenen Parteien. Dass sie es verstecken möchte, heisst noch lange nicht, dass sie gar nichts damit zu tun hat oder zu tun haben will. Und uns darf es vor allem nicht blind dafür machen, dass Fallen nicht deshalb minder gefährlich sind, weil man sie unsichtbar zu legen sucht. Ja, die deutsche Regierung hat sich in der letzten Zeit bemüht, die annexionistischen Strömungen in der bürgerlichen Presse energischer zu unterdrücken als früher. Wahrscheinlich weil sie eingesehen hat, wie gefährlich für sie selbst die Enttäuschung werden könnte, die eintreten muss, wenn sich all die wilden und halbwilden, ungemässigten und gemässigteren Träume nicht erfüllen. Aber für uns ist es wichtig, ja entscheidend, zu wissen, dass in den ersten Monaten, im ersten Jahr des Krieges und sogar noch viel später die Regierung nichts getan hat gegen die Verbreitung einer annexionistischen Bücher- und Broschürenliteratur, die umsonst ihresgleichen in irgend einem andern Lande suchen wird. Denn zur richtigen Beurteilung der herrschenden Mentalität ist es nötig nicht nur zu sehen, was heute geschieht, wo die militärische und allgemein-diplomatische Situation auf die Länge infolge einer ganzen Reihe von Umständen gewisse wahnsinnige Wünsche zurückdämmt, sondern sich dessen zu entsinnen, was gewünscht wurde, als die militärische Situation noch so zu sein schien, dass man glaubte, sich keinerlei Schranken auferlegen zu müssen. Dutzende und Aberdutzende von annexionistischen und überannexionistischen Büchern und Broschüren könnte ich Ihnen hier aufzählen, die seit Beginn des Krieges in Deutschland erschienen sind — die bekanntesten Namen würden Sie unter den Autoren finden! Und nicht zu Hunderten sind sie verkauft worden, sondern zu Tausenden und Abertausenden. « 200 000 Exemplare verkauft, » steht stolz auf einer Kriegsbroschüre von Houston Stewart Chamberlain zu lesen, in der die Idee der Vorherrschaft Deutschlands geradezu hysterisch gefeiert wird. « In drei Wochen 20 000 Exemplare, » steht auf dem Umschlag eines Buches von 200 Seiten zu lesen, das den Titel trägt : « Die Vernichtung der englischen Weltmacht und des russischen Zarismus », und in dem ein Herr von Bleeke eine ganze Reihe der bekanntesten politischen Schriftsteller Deutschlands vereinigt hat, die zusammen so ziemlich in allen Ecken der Welt annexionswürdige Gebiete finden. « Sechzehnte Auflage, » lesen Sie auf der Titelseite einer an Annexionsforderungen alles Denkbare überschreitenden Broschüre von Dr. Albert Ritter. Hat die Regierung die Verbreitung, den Verkauf dieser Literatur, durch die annexionistische Ideen sogar Köpfen eingehämmert wurden, die vielleicht vorher nie daran gedacht hatten, verhindert? Nein. Sie hat zwei, drei annexionistische Publikationen beschlagnahmt, wie die des Herrn Class, des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes : aber wohl in erster Linie um der Verbreitungsmethoden willen, die dieser Herr anwandte. Denn in Wirklichkeit hat sie hundert andern Veröffentlichungen, die sich ganz auf derselben Linie bewegten, freien Weg gelassen. Allerdings : ihre Taktik des Versteckens hat sich auch auf dieses Gebiet übertragen. Nach dem Ausland durfte nicht alles. Draussen, hier, drüben in den feindlichen Ländern, sollte man nicht erfahren, was in dieser Hinsicht

vorging. Man hat's aber doch erfahren! Und weniger als irgend eine andere Partei können und dürfen wir Sozialdemokraten bei der Beurteilung der allgemeinen Situation das ausser acht lassen. Weniger als andere dürfen wir vergessen, dass, selbst wenn die gesamte deutsche Sozialdemokratie in der denkbar geschlossensten Weise gegen jede Annexionspolitik wäre, die Träger annexionistischer Gedanken im Parlament die Mehrheit bilden und bisher auf die Leitung der Reichspolitik den massgebendsten Einfluss besassen.

Wie steht es denn aber nun in Wirklichkeit um die Sozialdemokratie in dieser Hinsicht? Im allgemeinen so, dass wir uns darüber freuen können. Ausnahmslos wenden sich alle Erklärungen, die öffentlich im Namen der Gesamtpartei oder der Gesamtfraktion abgegeben wurden, gegen jede Annexionspolitik. Gemeinsam haben sich die Reichstagsfraktion, als sie noch nicht gespalten war und der Parteiausschuss, der die höchste Instanz der sozialdemokratischen Partei bildet, nach dem Parteitag in den am 16. August 1915 angenommenen Leitsätzen gegen die Annexionspolitik ausgesprochen. In einer Petition, die der Parteivorstand und der Fraktionsvorstand im Juni 1915, wohl schon etwas unter dem Druck der wachsenden Oppositionsbewegung und des von Bernstein-Haase-Kautsky kurz vorher veröffentlichten Manifestes, an den Reichskanzler schickten, wurde in der nachdrücklichsten Weise die Verwerfung jeder Annexionspolitik gefordert. Im preussischen Landtag hat der Abgeordnete Otto Braun, der Mitglied des Parteivorstandes ist, sich nicht minder klar im Namen der Gesamtfraktion gegen Annexionen irgendwelcher Art ausgesprochen, wobei er betonte, dass für die Sozialdemokraten das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein heiliges, unantastbares Prinzip sei. Genosse Philipp Scheidemann hat sich ebenfalls bei verschiedenen Gelegenheiten als Gegner jeder Annexionspolitik bekannt.

Aber daneben gibt es eine Menge beunruhigender Anzeichen, die beweisen, dass selbst dieses Prinzip nicht mehr für alle deutschen Sozialdemokraten unerschüttert dasteht. In Artikeln und Reden haben bekannte Sozialdemokraten sich mehr oder weniger verschämt g e g e n die Aufrechterhaltung der Parole : « Gegen jede Annexion » ausgesprochen. Paul Lensch, der wilde Doktor Eisenbart, der früher als Chefredakteur der « Leipziger Volkszeitung » die « radikalsten » Kuren gerade für milde genug hielt, um die Reinheit der Prinzipien jenen einzubläuen, deren Meinungen nicht mit dem Schema Paulchen Lenschs übereinstimmten, hat schon in den ersten Monaten des Krieges gefunden, dass man das Selbstbestimmungsrecht unter allen Umständen zum alten Eisen werfen müsse und dass Bismarck ein Esel war, als er Belfort nicht annektierte. Und Paul Lensch ist Hauptmitarbeiter eines der grössten sozialdemokratischen Mehrheitsblätter Deutschlands, des « Hamburger Echo ». Der « grosse Marxist » Kolb aus Karlsruhe, der ebenfalls grosse Marxist und Reichstagsabgeordnete Oskar Geck aus Mannheim, die badischen Landtagsabgeordneten Adelung und Marum, der leitende Redakteur unseres Parteiblattes in Köln, Genosse Meerfeld, und andere haben es laut hinausgerufen, dass es « unmarxistisch » wäre, bei dem Satz: « Gegen jede Annexion » stehen zu bleiben. Zu den Fraktions- und Partei-

ausschussbeschlüssen vom 16. August 1915 schrieb das «Harburger Volksblatt», dass man den gegen jede Annexionspolitik gerichteten Absatz bedauern müsse. Als Antwerpen gefallen war, stand im offiziellen Organ einer der grössten deutschen Gewerkschaften, im «Courier» des Transportarbeiterverbandes, der über 100000 Mitglieder zählt, zu lesen: « Nun weht die deutsche Fahne über Antwerpen, wir hoffen, dass sie nie mehr herunter geholt wird. » Vor ganz kurzem noch hat der Reichstagsabgeordnete von Frankfurt a. M., Dr. Max Quarck, in einem Leitartikel, den die «Frankfurter Volksstimme» veröffentlichte, seiner Freude darüber Ausdruck verliehen, dass eine im Reichstag abgegebene Erklärung Eberts nicht vom Osten spreche, wo die anti-annexionistische Formel nicht genüge. Von einem der Hauptredner der Fraktionsmehrheit, dem Genossen Dr. Landsberg aus Magdeburg, wissen wir durch Ledebour, dass er in einen geschlossenen Fraktionssitzung die Frage stellte: « Ja, und wenn es sich nun herausstellte, dass Annexionen im Osten etwa bis zur Narewlinie im Interesse der Sicherheit unseres Landes notwendig sind, welcher Deutsche würde es wagen, sich dagegen auszusprechen? »

Und hat nicht Genosse Philipp Scheidemann selbst, der sich bei früheren Gelegenheiten in so schneidend-scharfer Weise gegen jede Annexionspolitik ausgesprochen hatte, plötzlich im Reichstag dem Vorsitzenden der damals eben neugegründeten Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, dem Genossen Haase, der die Annexionsbestrebungen rücksichtslos an den Pranger stellte, unter dem stürmischsten Beifall der Bürgerlichen zugerufen: « Ein Kindskopf müsse derjenige sein, der da glaube, dieser Krieg müsse zu Ende gehen, ohne dass irgend ein Grenzstein, den vermoderte Diplomaten irgend einmal gesetzt haben, verrückt werden dürfte! » Oh, dieser Ausspruch brauchte nicht ohne weiteres im annexionistischen Sinn gedeutet zu werden: aber hinausgeschleudert in einer von Annexionsbazillen überschwängerten Atmosphäre, wie der des deutschen Parlaments, polemisch gegen die scharf anti-annexionistischen Ausführungen Haases gerichtet, bejubelt von den annexionistischen Parteien des Reichstags, erhielt er unvermeidlich einen Sinn, der mich zwingt, ihn ebenfalls unter den beunruhigenden Symptomen aufzuzählen, besonders angesichts der grossen, führenden Rolle, die Scheidemann spielt. Nicht umsonst erntete damals Scheidemann in der bürgerlichen Presse das Lob, sich zum Staatsmann zu entwickeln — und das war immer schon Philipps Ideal, als er noch in stillen Stunden auf den Parteitagen sich die Zeit damit vertrieb, seine eigene Karikatur auf ein Blättchen Papier zu werfen und darüber zu kritzeln: « e staatsmännisches Keppche », — nicht umsonst schrieb damals in höchster Befriedigung die annexionistische «Kölnische Volkszeitung»: « Herr Scheidemann steht den Annexionisten im Grunde näher als der demokratische Herr von Payer, » nicht umsonst rief sie etwas ironisch aus: « Wenn man schon anfängt Grenzsteine zu verrücken, dann wird alles nur eine Frage der militärischen Zweckmässigkeit, darüber ist sich Herr Scheidemann sicher klar! » Und anders konnte der Auspruch Scheidemanns auch gar nicht verstanden werden. Er hat später in einer an

das sozialistische Organ in Solingen, die « Bergische Arbeiterstimme », gerichteten Zuschrift dagegen protestiert, als habe er für Annexionen eintreten wollen. Ich will seinen Protest hier nicht unerwähnt lassen, aber ich füge hinzu, dass jene Hunderte von bürgerlichen Blättern, die seine Ausführungen im Reichstag gebracht hatten, um dem Volk zu zeigen, dass selbst der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion allmählich eingesehen habe, dass es ohne Annexionen nicht abgehen könne, sich wohl hüteten seine Zuschrift an die « Bergische Arbeiterstimme » ebenfalls nachzudrucken : nur die wenigsten Menschen in Deutschland werden davon etwas erfahren haben, so dass der erste Eindruck seiner Rede bestehen blieb.

Und fassen wir nun das alles zusammen : die Gesamtheit der Annexionswünsche der bürgerlichen Elemente Deutschlands — und die Uebereinstimmung aller bürgerlichen Fraktionen im Reichstag in bezug auf die Notwendigkeit von Grenzerweiterungen in Europa — stellen wir die Tatsache, um nur ein Beispiel herauszugreifen, dass ein Blatt wie die « Deutsche Tageszeitung » allen Verboten die Kriegsziele zu erörtern zum Trotz, heute noch jeden Tag die Annexion Belgiens und gewisser Teile der französischen Nordküste verlangen kann, neben die andere Tatsache, dass die antiannexionistischen Tendenzen systematisch unterdrückt werden, wie es in den Kommissionssitzungen im Reichstag nicht etwa nur von Führern der Opposition, sondern von dem bürgerlichen Demokraten Gothein und von dem Mehrheitssozialdemokraten Wolfgang Heine unwiderleglich bewiesen wurde, — vergleichen wir die Passivität, welche die Behörden zeigten, als die sechs grossen industriellen und agrarischen Verbände ihre berüchtigte Ultra-Annexionspetition, ohne auf Hindernisse zu stossen, verbreiteten, mit der Beschlagnahmung, der sofort bei ihrem Erscheinen, die als Antwort darauf gedachte antiannexionistische Petition des Bundes « Neues Vaterland » verfiel, — vergleichen wir die Unbekümmertheit, mit der die Regierung den « Deutschen Wehrverein » des Generals Keim seine annexionistische Propaganda in öffentlichen Versammlungen, die er in ganz Deutschland organisierte, fortsetzen liess, mit der langsamen Abtötung des doch im Grund so harmlosen Bundes « Neues Vaterland », dessen Privatversammlungen der polizeilichen Aufsicht unterworfen wurden, so dass die Mitglieder schliesslich darauf verzichteten, sie abzuhalten und dessen Generalsekretär, der kein Sozialdemokrat ist, vor kurzem ins Gefängnis geworfen wurde, — vergleichen wir die Selbstverständlichkeit, mit der die Zensur die Veröffentlichung der von den Zentralkomitees der verschiedenen bürgerlichen Parteien im Laufe des Krieges angenommenen annexionistischen Resolutionen zuliess, mit der unbarmherziegen Beschlagnahmung, welche nicht nur alle antiannexionistischen Flugblätter, die von sozialdemokratisch-oppositioneller Seite herausgegeben wurden, traf, sondern auch die Leipziger Resolution der bürgerlichen Deutschen Friedensgesellschaft und sogar das vom sozialdemokratischen Parteivorstand im Sommer 1915 herausgegebene Manifest, in dem der Satz stand : das Volk will keine Annexionen, das Volk will Frieden, — ein Satz, der in einer ganzen Reihe

von sozialdemokratischen Provinzblättern, die das Manifest abdruckten, von der Zensur ausgemerzt wurde : rufen wir uns all das ins Gedächtnis zurück, dann erkennen wir, welche Verantwortung Deutschland auch in dieser Hinsicht auf sich geladen hat. Selbst wenn die Schuld Deutschlands am Ausbruche dieses Krieges nicht so entscheidend wäre, wie sie es tatsächlich ist, so genügte das Kriegsziel, welches das bürgerliche Deutschland verfolgt, die Art, wie die Regierung dieses Kriegsziel sich im geheimen wie im öffentlichen formen liess und nichts dagegen tat, bis infolge aller möglichen äusseren und inneren Ereignisse, die gewisse Vorsichtsmassregeln geboten, eine sanfte Müdigkeit den bis dahin straff gespannten Eroberungsmuskel etwas lähmte, so genügte dieses Kriegsziel, um uns das Recht zu geben, in den herrschenden Klassen des heutigen Deutschland die Quelle der grössten Gefahr für die unmittelbare Zukunft Europas zu sehen und ihnen die grösste Schuld auch für die Fortführung des Krieges zuzuschreiben, trotzdem es die kaiserlich-deutsche Regierung ist, welche das Wort Friede der letzten Zeit am häufigsten im Mund führt, weil es natürlich *sie* wäre, die bei Friedensverhandlungen, die im gegenwärtigen Augenblick beginnen würden, am meisten Trümpfe in der Hand hätte. »

Als ich am 3. Juni 1916 diese Ausführungen machte, hatte ich gerade das Manuskript dieses Buchs vollendet, das wohl den unwiderleglichsten Beweis dafür bildet, dass ich nicht übertrieb. Was ich darin gesammelt habe, stammt aus der Zeit vom Ausbruch des Kriegs bis zum Juni 1916. Die Kundgebungen, die seither in Deutschland stattfanden, deuten keineswegs darauf hin, dass die Hochflut der annexionistischen Pläne in Abflauen begriffen ist.

Ich habe mich bemüht die Zitate so zusammenzustellen, dass die Hauptströmungen und die Gegensätze, die unter den Annexionisten vorhanden sind, hervortreten. Dass die einen alles Heil vom Orient erwarten, während die andern Deutschlands « Glück und Grösse » ausschliesslich im Norden, an der flandrischen Küste suchen — dass den einen Hamburg-Bagdad die Lösung bildet und den andern die Erwerbung der französischen Erzgebiete und die belgischen Kohlenlager als « einzige Garantie » für die « siegreiche Durchführung eines zukünftigen Krieges » erscheint — dass die einen die Annexionen nach dem Muster der vor keiner Unterdrückung zurückschrekkenden Eroberungspolitik des alten Rom durchgeführt wissen wollen, während die anderen immerhin raten, den Gesetzen der Menschlichkeit gewisse Zugeständnisse zu machen: all das findet sich so klar und deutlich ausgedrückt, dass man nicht etwa nur die groben Umrisse des deutschen Imperialismus sieht, sondern sein ganzes Gerippe, seinen innern Bau, seine « Seele. »

Ebenso klar erkennt man die verworrene Mystik, in deren Zeichen die Gedankengänge einer ganzen Reihe der deutschen « Machtpolitiker » stehen.

« *Die Idee das auserwählte Volk zu sein, lädt gewaltige Pflichten auf,* » schreibt Werner Sombart in seinem Buch « Händler und Helden ». Es ist keine Frage, dass dieser Gedanke, das auserwählte Volk zu

sein, in sehr vielen Köpfen steckte, und eine der Quellen für die annexionistischen Ideen bildete, deren Zusammenstellung in diesem Buch einen Spiegel aus deutschem Glas ergibt, in dem die Urheber sich selbst erkennen mögen. Welches auch der Ausgang des Ringes sein wird, in diesem Spiegel kann das deutsche Volk und kann die ganze Welt stets nachprüfen, wieviel von dem in Erfüllung ging, was vom Kaiser bis zu dem imperialistischen «Sozialdemokraten» Dr. Lensch als Kriegsziel proklamiert worden war und woher das tiefe Misstrauen gegen Deutschland stammt, über das man im Reiche der Hohenzollern sich oft zu wundern schien.

Im Sommer 1916.

ERSTER TEIL

ANNEXIONISTISCHE KUNDGEBUNGEN





STAATSOBERHÄUPTER UND MINISTER

ERSTER TEIL

ANNEXIONISTISCHE KUNDGEBUNGEN

STAATSOBERHÄUPTER UND MINISTER

Der Kaiser.

« In heroischen Taten und Leiden harren wir ohne Wanken aus, bis der Friede kommt, ein Friede, der uns *die notwendigen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Sicherheiten* für die Zukunft bietet und die Bedingungen erfüllt zur ungehemmten Entfaltung unserer schaffenden Kräfte in der Heimat und auf dem freien Meere. »

Aus dem am 31. Juli 1915 von *Wilhelm II.* im Grossen Hauptquartier erlassenen *Aufruf an das deutsche Volk*. Die gesamte annexionistische Presse begrüsste die Forderung der « notwendigen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Sicherheiten » äusserst stürmisch.

Der König von Bayern.

1.

« Auf die Kriegserklärung Russlands folgte die Frankreichs, und als dann auch noch die Engländer über uns herfielen, da habe ich gesagt :

Ich freue mich darüber, und ich freue mich deswegen weil wir jetzt mit unseren Feinden Abrechnung halten können ; und weil wir jetzt endlich — und das geht den Kanalverein besonders an — *einen direkten Ausgang vom Rhein zum Meer bekommen.*

« Zehn Monate sind seit der Zeit verflossen. Viel kostbares Blut ist vergossen worden. Es soll aber nicht umsonst vergossen worden sein. Eine Stärkung des Deutschen Reiches und *eine Ausdehnung über seine Grenzen hinaus*, soweit dies notwendig ist, damit wir gesichert sind gegen künftige Angriffe, das soll die Frucht dieses Krieges sein. »

Aus einer Rede, die der *König von Bayern* am 7. Juni 1915 auf dem Festmahl des Bayerischen Kanalvereins in *Fürth* hielt und die in Deutschland grosses Aufsehen erregte. Zum ersten Mal bekannte sich damit einer der regierenden Fürsten des Reiches offen zu annexionistischen Zielen.

Aus dem obigen Zitat, das die *Münchener Neuesten Nachrichten* in ihrer Nummer vom 8. Juni 1915 in Fettdruck veröffentlichte, verdient auch die Behauptung des Königs von Bayern hervorgehoben zu werden, dass Russland und Frankreich es waren, die Deutschland den Krieg erklärten, während in Wirklichkeit, wie die *Leipziger Volkszeitung* nach der Veröffentlichung der königlichen Rede bemerkte, das Gegenteil der Wahrheit entspricht.

2.

« Die schweren Opfer, die das ganze deutsche Volk gebracht hat — wenige Familien sind es, die nicht teuere Angehörige auf dem Felde der Ehre gelassen haben, — die schweren Opfer verlangen es, dass wir nicht eher Frieden schliessen, als bis der Feind niedergeworfen und wir einen Frieden bekommen, der uns für absehbare Zeit die freie jegliche Fortentwicklung des ganzen Volkes sichert, bis *wir Grenzen haben*, die es unseren Gegnern verleiden, uns wieder zu überfallen und Feinde um Feinde auf uns herabzurufen. »

Aus einer Rede, die der *König Ludwig von Bayern* anlässlich der Eroberung Warschaus hielt.

Der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg.

« Mit Ihnen und der Abteilung teile ich die Hoffnung und die feste Zuversicht, dass nach diesem gewaltigen Kriege, in dem die deutschen Heere in Europa gegen die Massen unserer Feinde um unser Bestehen ringen, uns ein sieghafter und ehrenvoller Frieden erstritten werde. In diesem möge uns *ein mächtiges afrikanisches Kolonialreich* beschieden werden, sowie eine genügende Anzahl von *festen Stützpunkten auf dem Erdball für unsere Marine*, Handel, Kohlenlager und Funkentürme. Dann erst wird es möglich sein, weitschauend und planmässig Deutschlands Kolonialbesitz sicher und fruchtbringend im Laufe der kommenden Geschlechter für das Wohl unserer Heimat auszubauen und durch die Stützpunkte Deutschlands Handel und Wesen sicheren Schutz und friedliche Ausbreitung zu gewähren. »

Telegramm, das *Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg* an die *Ruhrorter Kolonialgesellschaft* zu ihrem 25 jährigen Bestehen sandte, dem *Düsseldorfer Generalanzeiger* vom 29 Juni 1915 zufolge.

Der Reichskanzler.

1.

« Je grösser die Gefahr ist, die wir — von allen Seiten von Feinden umringt — zu bestehen haben, je mehr uns die Liebe zur Heimat tief

an das Herz packt, je mehr wir sorgen müssen für Kinder und Enkel, um so mehr müssen wir ausharren, bis wir uns *alle nur möglichen realen Garantien und Sicherheiten* dafür geschaffen und erkämpft haben, dass keiner unserer Feinde, nicht vereinzelt, nicht vereint, wieder einen Waffengang wagen wird. Je wilder, meine Herren, uns der Sturm umtobt, um so fester müssen wir unser eigenes Haus bauen. »

Aus der Rede, die der *Reichskanzler, Herr von Bethmann-Hollweg* am 28 Mai 1915 im *Reichstag* hielt. Der *Vorwärts* vom 1. Juni 1915 schrieb dazu : « Wir haben schon darauf aufmerksam gemacht, dass die Redewendung « reale Garantien » bei den Annexionspolitikern gang und gäbe ist, um ihre Wünsche zu kennzeichnen, ohne durch bestimmtere Angaben gegen das Verbot der Kriegsziel-Erörterungen zu verstossen. Diese Kreise nehmen denn auch nun den Kanzler für sich in Anspruch. »

Und die *Leipziger Volkszeitung* vom 29. Mai bemerkte : « Aus dem prononcierten Beifall, den diese Erklärung bei allen bürgerlichen Parteien und auch auf den Tribünen fand, war, wie auch sonst für jeden andern, ersichtlich, dass auch der Kanzler des Deutschen Reichs sich *nunmehr offen für irgendeine Art von Annexionspolitik* ausgesprochen hat und damit seine entsprechende Erklärung vom 4. August 1914 widerrufen hat. »

2.

« Meine Herren, dieser ungeheure Weltkrieg, der die Fugen der Welt klaffen macht, wird *alte vergangene Zustände nicht zurückführen*. Ein Neues muss entstehen. Wenn Europa je zur Ruhe kommen soll, so kann es nur durch eine *unantastbare starke Stellung Deutschlands* geschehen...

« Deutschland muss sich seine Stellung so *ausbauen*, so *festigen* und *stärken*, dass die andern Mächte niemals wieder an eine Einkreisungspolitik denken... »

Aus einer Rede, die der Reichskanzler *Dr. von Bethmann-Hollweg* in der Reichstagsitzung vom 19. August 1915 hielt.

3.

« In meinen früheren Reden habe ich unsere allgemeinen Kriegsziele auseinandergesetzt. Ich kann auch heute nicht auf Einzelheiten eingehen. Ich kann nicht sagen, welche Garantien die kaiserliche Regierung z. B. in der belgischen Frage fordern wird, welche Machtgrundlagen sie für diese Garantie für notwendig erachtet. Aber eines sollen sich unsere Feinde selbst sagen : Je länger und verbitterter sie diesen Krieg gegen uns führen, *um so mehr wachsen unsere Garantien*, die wir fordern müssen. (Stürmische Zustimmung im Hause und Händeklatschen auf den Tribünen.) Wenn unsere Feinde für alle Zukunft eine Kluft zwischen Deutschland und der übrigen Welt auf-

richten wollen, dann sollen sie sich nicht wundern, dass auch wir unsere Zukunft danach einrichten. (Erneute lebhafte Zustimmung und Händeklatschen im Haus und auf den Tribünen.) *Weder im Osten noch im Westen dürfen unsere Feinde von heute über Einfallstore verfügen*, durch die sie uns von morgen ab erneut und schärfer als bisher bedrohen können. (Wiederholter Beifall und Händeklatschen.) Es ist ja bekannt, dass Frankreich seine Anleihen an Russland nur unter der ausdrücklichen Bedingung gegeben hat, dass Russland seine polnischen Festungen und Eisenbahnen gegen uns ausbaut, und ebenso ist es bekannt, dass England und Frankreich Belgien als Aufmarschgebiet gegen uns betrachteten. Dagegen müssen wir uns politisch und militärisch und auch wirtschaftlich sichern. (Sehr wahr !) Was dazu nötig ist, muss erreicht werden. (Stürmischer wiederholter Beifall und Händeklatschen im Haus und auf den Tribünen. — Protestrufe des Abg. Dr. Liebknecht.)

Aus der Rede, die der *Reichskanzler Herr von Bethmann-Hollweg* als Antwort auf die sozialdemokratische Interpellation, ob er geneigt wäre, Auskunft darüber zu geben, unter welchen Bedingungen, er geneigt sei, in Friedensverhandlungen einzutreten, am 9. Dezember 1915 im Reichstag hielt.

4.

« Russland darf nicht zum zweiten Male seine Heere auf die ungeschützte Grenze Ost- und Westpreussens aufmarschieren lassen, nicht noch einmal mit französischem Gelde Deutschland als Einfallstor benutzen und in das ungeschützte Deutschland einrücken. Und wenn jemand glaubt, dass wir die im Westen besetzten Länder, auf denen das Blut unseres Volkes geflossen ist, ohne völlige Sicherheit für unsere Zukunft freigeben werden — wir werden uns reale Garantien dafür schaffen, dass Belgien nicht englisch-französischer Vasallen-Staat, nicht militärisch und wirtschaftlich als Bollwerk gegen Deutschland ausgebaut wird.

« Auch hier gibt es *keinen Status quo ante*, auch hier kann Deutschland das lange niedergehaltene vlämische Volkstum nicht wieder der Verwelschung preisgeben. »

Aus der Rede, die der *Reichskanzler*, *Herr von Bethman-Hollweg*, am 5. April 1916 im *Reichstag* hielt. Die zugunsten von Annexionen eintretende Presse begrüsste diese Rede des Kanzlers stärker als alle ihr vorausgegangenen.

Der Staatssekretär für die Kolonien.

1.

« Das Reich ist keineswegs gewillt bei den Friedensverhandlungen seine durch treue deutsche Arbeit wertvoll gewordenen Kolonien aufzugeben, sondern wird versuchen das Verlorene wiederzugewinnen und *den deutschen Kolonialbesitz* nach Möglichkeit *zu stärken und auszubauen.* »

Aus einer Rede, die *Staatssekretär Dr. Solf* am 11. Mai 1915 in einer von den Hamburger Handelskammern veranstalteten Versammlung hielt. Bericht der *Hamburger Nachrichten* vom 12. Mai 1915.

2.

« Deutschlands politische und wirtschaftliche Lage lässt es als dringend notwendig erscheinen, dass nach Beendigung des Krieges unser *Kolonialbesitz, unbeschadet etwaigen Landerwerbs in Europa* und einer Neuregelung in den Beziehungen der europäischen Staaten zueinander, *erhalten und vergrössert* werde. Für den mit wirtschaftlichen Fragen Vertrauten bedarf das keines besonderen Nachweises, doch auch er wird staunen, wenn er die ausserordentliche Bedeutung, die der Besitz von Kolonien für moderne Staatswesen hat, ziffernmässig vor sich sieht. Der Bedarf Deutschlands an kolonialen Produkten geht in die Milliarden. Unsere bisherigen Kolonien können nur einen verschwindend kleinen Teil des Bedürfnisses an solchen Stoffen, etwa 3% decken. Man darf annehmen, dass sich die Entwicklungstendenzen der neueren Kolonialpolitik nach dem Kriege erheblich verstärken werden. Die kolonialen Grossmächte werden nicht nur nach Vergrösserung ihres Besitzes streben, sondern sie werden auch infolge der Verschärfung der nationalen Gegensätze darauf bedacht sein, die Kapitalinvestierung, die Produktion von Rohmaterial und den Uberseehandel, soweit es geht, auf eigene koloniale Gebiete zu konzentrieren. *Möglichst zusammenhängende und verteidigungsfähige, die eigene Volkswirtschaft ergänzende Kolonialreiche*, wird voraussichtlich die kolonialpolitische Lösung nach dem Krieg lauten. Dabei wird auf die Eigenart unserer Volkswirtschaft noch besonders Rücksicht zu nehmen sein. Von der Durchführung unserer Kolonialpolitik dürfen wir uns nicht abschrecken lassen, auch wenn Teile unseres Kolonialbesitzes feindlicher Uebermacht zeitweilig unterliegen. »

Aus einem Artikel des Staatssekretärs für die Kolonien, *Dr. Solf* in dem von Dr. P. Rohrbach im Jahr 1915 veröffentlichten *Kolonialkalender*. Wiedergegeben in der *Magdeburgischen Zeitung* vom 11. September 1915.

3.

« Unsere Kolonien waren bisher nicht leistungsfähig genug, um uns unabhängig von fremden Produktionsmonopolen zu machen ; das wird aber besser werden, wenn es uns gelingt, im Friedensschluss die *Lücken unseres heutigen Kolonialreiches glücklich zu ergänzen.* Allerdings müssen und werden wir nach dem Kriege mit erheblich gesteigertem Nachdruck an die Entwicklung unseres überseeischen Besitzes herangehen. Nicht als ob der gesamte Bedarf an tropischen Rohstoffen aus eigenen Kolonien gedeckt werden müsste ; es genügt, wenn wir einen guten Teil der wichtigsten Rohstoffe selbst erzeugen, um etwaigen Monopol-Bestrebungen anderer Staaten erfolgreich entgegentreten zu können... *Wie wir im Mutterlande unser Augenmerk darauf richten, die künftigen Grenzen so zu gestalten, dass kein feindlicher Angriff mehr zu befürchten ist, so werden wir auch die geeignete Ausgestaltung unseres Kolonialbesitzes nicht vergessen dürfen.*

« Ein engerer wirtschaftlicher Zusammenschluss der Mittelmächte mit Einschluss der Türkei, so begrüssenswert er ist, kann uns ein eigenes Kolonialreich nicht ersetzen. Denn dieser Staatenbund hat kontinentalen Charakter, er ist in Bezug auf koloniale Rohstoffversorgung ebenso gestellt wie Deutschland. England verdankt seinen Reichtum den Kolonien ; diese haben ihm auch die Hälfte seiner Soldaten geliefert. Russlands Widerstandskraft beruht auf seinem riesigen, halb Asien bedeckenden Kolonialreich. Und auch das kinderarme Frankreich schöpft einen wesentlichen Teil seiner Kraft aus den Kolonien. Alle europäische Politik ist im Laufe der Zeit *Weltpolitik* geworden ; die Grossmächte haben das Bestreben, geschlossene Wirtschaftsstaaten mit eigenen Hilfsquellen zu werden. Deutschland muss dieser Entwicklung folgen, aber die Voraussetzung für eine unabhängige Grossstaatenwirtschaft ist *Landbesitz in allen Klimazonen.* Für Deutschland sind daher Kolonien in den Subtropen und im Tropengürtel eine Lebensbedingung. »

Aus einer Rede, die der Staatssekretär für die Kolonien, *Dr. Solf*, am 29. Mai 1916 im grossen Saalbau in *Frankfurt am Main* hielt. Dem Bericht der *Frankfurter Zeitung* vom 30. Mai zufolge befanden sich unter denZuhörern die Prinzessin Friedrich Karl von Hessen und die Prinzessin Adolf zu Schaumburg-Lippe, die beiden Schwestern des Kaisers. Wie die sozialdemokratische *Frankfurter Volksstimme* vom 30. Mai mitteilte, durfte auf Grund einer an die Presse ergangenen Anweisung des stellvertretenden Generalkommandos des 18. Armeekorps in den Blättern *keinerlei kritische Bemerkung* über den Vortrag gemacht werden.

Der preussische Minister des Innern.

« Es ist bedauerlich, dass in diesem Hause eine Erklärung abgegeben worden ist, die ihrem ganzen Inhalt nach der Ueberzeugung und dem Willen des deutschen Volkes widerspricht, die nur im feindlichen Auslande Gefallen und Beifall finden wird. Das deutsche Volk hat für Geist und Sinn dieser Erklärung kein Verständnis. Diese Erklärung steht nicht im Einklang mit dem wahren Volksgeist dieser Heldenzeit und wird vor allem nicht verstanden werden von denen, die für uns kämpfen. Wenn die Wahrheit den Zugang zu den feindlichen Ländern noch nicht ganz verloren hat, so wird man dort verstehen, was die Kundgebungen der Vertreter der anderen Parteien zu bedeuten haben. Das Deutsche Reich muss sich *mit Blut und Eisen seinen Weg bahnen zur Erfüllung seiner weltpolitischen Bestimmung.* »

Aus einer Rede des *preussischen Ministers des Innern von Loebell*, die er im Landtag am 17. Januar 1916 gehalten hat, als Antwort auf die antiannexionistische Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion.



HÖHERE REGIERUNGSBEAMTE

UND

BEDEUTENDE MÄNNER

DES

ÖFFENTLICHEN LEBENS



HÖHERE REGIERUNGSBEAMTE UND BEDEUTENDE MÄNNER DES ÖFFENTLICHEN LEBENS

Alt-Reichskanzler Fürst Bülow.

« Wir müssen uns *an unserer Grenze und an unserer Küste stärker, schwerer angreifbar machen*, als wir es zu Beginn dieses Krieges waren. Nicht in dem uns angedichteten Streben nach Weltherrschaft, sondern um uns zu behaupten. *Das Ergebnis des Krieges darf kein negatives, es muss ein positives sein.* Es handelt sich nicht darum, dass wir nicht vernichtet, nicht verkleinert noch zerstückelt, noch ausgeraubt werden, sondern um ein *Plus in Gestalt realer Sicherheiten und Garantien* als Entschädigung für nie gesehene Mühen und Leiden, wie als Bürgschaft für die Zukunft. Gegenüber der Stimmung, die dieser Krieg gegen uns zurücklassen wird, würde *die einfache Wiederherstellung des Status quo ante bellum für Deutschland nicht Gewinn, sondern Verlust bedeuten.* Nur wenn die Verstärkung unserer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtstellung durch den Krieg die durch ihn entzündete Feindschaft erheblich überwiegt, werden wir uns mit gutem Gewissen sagen können, dass unsere Gesamtlage durch den Krieg verbessert wurde... (S. XII der Vorrede).

» Wir haben jetzt ein Reich und die Pflicht, reale Gewähr dafür zu erlangen, dass Ostpreussen, die Provinz, die im Lauf der Jahrhunderte mehr wie irgendeine andere durch feindliche Einfälle gelitten hat, nicht wieder barbarischer Verwüstung ausgesetzt wird. König Ludwig III. hat dem bayrischen und dem deutschen Volk aus dem Herzen geredet, wenn er sagte, dass wir einen Frieden brauchen, der uns für viele Jahrzehnte die Ruhe sichert. So ungeheure Opfer dürfen nicht umsonst gebracht worden sein. Nachdem das Tischtuch zwischen uns und Russland zerschnitten ist, *brauchen wir nach Osten erheblich verstärkte und erhöhte Sicherheit*, die nach Lage der Dinge jetzt nur in einer Korrektur unserer ungünstigen östlichen Landesgrenzen bestehen kann, einer Korrektur, die uns vor neuen Invasionen schützt. Wir können natürlich auch nicht die Wiedererstarkung des Russischen Reiches wünschen. Wir werden aber bei der starken Zunahme der rus-

sischen Bevölkerung, deren jährlicher Geburtenüberschuss den unsern weit übertrifft, und bei der nationalen und konfessionellen Homogenität der russischen Volkmasse damit rechnen müssen, wenn nicht Russland entweder politischer und sozialer Zersetzung verfällt oder die Ukraine, seine Kornkammer und die Basis seiner Industrie verliert. Ob die Loslösung von Kongresspolen eine Schwächung Russlands bedeuten würde, steht dahin... (S. 85-86).

» Es erschien mir immer schwächlich, die Hoffnung zu nähren, *Frankreich* wirklich und aufrichtig versöhnen zu können, solange wir nicht die Absicht hatten, Elsass-Lothringen wieder herauszugeben. Und diese Absicht war und ist in Deutschland selbstverständlich nicht vorhanden. Gewiss gab es eine Menge Einzelfragen, wo wir Hand in Hand mit Frankreich gehen und namentlich zeitweise mit ihm zusammengehen konnten ; mit Recht waren wir bestrebt, höfliche, ruhige und friedliche Beziehungen zu Frankreich aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus aber durften wir keinen Phantomen nachjagen, sonst konnte es uns gehen wie dem Astronomen bei Lafontaine, der, während er nach den Sternen blickte, in das Loch fiel, das vor seinen Füssen lag und das er nicht gesehen hatte. *Das Loch hiess in diesem Fall le trou des Vosges.* Wir durften uns Frankreich gegenüber von Aufmerksamkeiten und Liebenswürdigkeiten, der petite monnaie des internationalen Verkehrs, nicht allzuviel versprechen. Der Groll gegen Deutschland sass zu tief in den französischen Herzen, als dass wir ihn durch billige Freundschaftsbezeugungen beseitigen konnten. Niemals war Frankreich, auch nicht nach den katastrophalen Niederlagen der Jahre 1812 bis 1815, so hart getroffen worden wie durch den Krieg von 1870-1871. Für die Tatsache, dass uns Deutschen nationale Notwendigkeit gewesen ist, was den Franzosen als brutale Härte des Siegers erscheint, finden wir in Frankreich kein Verständnis. Vielleicht wird sich das französische Volk im Laufe der Zeit den Bestimmungen des Frankfurter Friedens fügen, wenn es anerkennen muss, dass sie unabänderlich sind, und namentlich wenn es uns gelingt, *unsere noch immer ungünstige strategische Position gegenüber Frankreich weiter auszubauen.* Solange Frankreich eine Möglichkeit zu erkennen glaubt, durch eigene Kraft oder fremde Hilfe Elsass-Lothringen wieder an sich zu bringen, wird es im gegenwärtigen Zustande ein Provisorium, nicht ein Definitivum sehen. Wenn in der Vergangenheit hier und da der Gedanke einer englisch-französisch-deutschen oder auch einer russisch-französisch-deutschen Entente aufgetaucht ist, so lag dem der Wunsch zugrunde, dass Deutschland, um eine französische Kooperation zu ermöglichen, in eine Regelung der elsass-lothringischen « Frage » in

französischem Sinne und zur französischen Befriedigung einwilligen möge, ein Gedanke, der natürlich einer völligen Verkennung unserer Interessen und deutscher Sinnesart entsprach... (S. 88-89).

Aus dem Buch *Deutsche Politik*, Verlag von Reimar Hobbing in Berlin 1916, von *Fürst von Bülow*. Die Vorrede trägt das Datum vom 15. Mai 1916. Das Buch des ehemaligen Reichskanzlers ist von der annexionistischen Presse stürmisch begrüsst worden, während ein Teil der demokratisch-liberalen Blätter Einwendungen dagegen erhob und die gesamte sozialdemokratische Presse scharfe Kritik daran übte.

Der Oberbürgermeister von Bielefeld.

« Das Stadtoberhaupt war über den Fall Warschaus so erfreut, dass es der Hoffnung Ausdruck gab, dass die von den Deutschen besetzte *Hauptstadt Polens auch deutsch bleiben* werde. Nicht weil uns Eroberungssucht dazu treibe, sondern weil aus kulturellen Gründen die *Weichsel ein deutscher Strom* werden müsse. »

Aus einem Bericht der sozialdemokratischen *Bielefelder Volkswacht* vom 6. August 1915 über eine Rede, die der Oberbürgermeister von Bielefeld am 5. August 1915 bei einer zur Einnahme Warschaus veranstalteten Siegesfeier im Bielefelder Rathaus hielt.

Der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie.

I

« Das nasse Dreieck », so pflegte in meiner Jugend der Schiffer das Gebiet der Nordsee zu nennen, welches zwischen Helgoland und den Flussmündungen sich dehnt. Die Erfahrung, welche wir während der Kriegsmonate in der Nordsee gemacht haben, lassen uns unwiderleglich erkennen, dass für die Betätigung unserer Schlachtschiffe unsere Häfen hinter diesem « nassen Dreieck » uns nicht die nötigen Vorbedingungen schaffen, und dass für die zukünftige Wahrung eines glücklichen Friedens es notwendig für uns ist, hinauszukommen — *ans Meer !*

» Die arge Belästigung, welche unsern Überseehandel fast zum Stillstand bringt, ist nur dadurch für die englische Flotte zu erreichen, dass das Gebiet der Nordsee sich als leicht absperrbar erwies, und der seeräuberische Druck, den England heute auf die neutralen skandinavischen Staaten und Holland ausübt, wäre unmöglich gewesen, wenn wir für unsere Flotte eine Basis gehabt hätten, die ihrer Bedeutung und der Kampflust ihrer tapferen Offiziere und Mannschaften entspricht.

» Deshalb müssen wir *hinaus noch über das Gebiet der Nordsee hinweg uns einen Flottenstützpunkt suchen*, der in Zukunft uns wenigstens in diesem Teil der Welt die gleichen Möglichkeiten sichert, wie England sie besitzt und rücksichtslos ausbeutet. »

Aus einem « Neujahrswunsch », den Albert Ballin, Generaldirektor der *Hamburg-Amerika-Linie* unter dem Titel : « Das nasse Dreieck » in der *Frankfurter Zeitung* vom 4. Januar 1915 veröffentlichte.

2.

« Deutschland kann für seine Zukunft nicht besser sorgen, als wenn es in erster Linie den Erwerb derjenigen maritimen Flottenstützpunkte anstrebt, die eine gründliche Korrektur dessen gewährleisten, was wir gegenwärtig zu beklagen haben. Wir brauchen *Stützpunkte am Eingang wie am Ausgang des Kanals*, wir brauchen starke Stützpunkte über See.... »

Aus einer Rede die der *Generaldirektor* der *Hamburg-Amerika-Linie, Ballin*, im Verein der *Hamburger Reeder* hielt. Bericht der *Magdeburgischen Zeitung* vom 21. Oktober 1915.

Geheimer Legationsrat Dr. von Buchka.

« Der Verlauf der Interpellation hat erfreulicherweise gezeigt, dass in dem praktisch zurzeit allein in Betracht kommenden Punkte die einmütigste Uebereinstimmung zwischen der Reichsregierung und dem Reichstage besteht. Die Erklärung, die in der Aussprache über die Interpellation der Abgeordnete Dr. Spahn im Namen sämtlicher bürgerlicher Parteien abgab, klang dahin aus, dass wir in voller Einigkeit mit ruhiger Entschlossenheit und mit Gottvertrauen die Stunde für Friedensverhandlungen abwarten, bei denen für die Dauer die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Interessen Deutschlands im ganzen Umfange und mit allen Mitteln *einschlieslich der dazu erforderlichen Gebietsabtretungen* gewahrt werden müssen.

Aus einem am 17. Dezember 1915 in der *Preussischen Kreuzzeitung* veröffentlichten Artikel des Wirklichen *Geheimen Legationsrat Dr. von Buchka* über die sozialdemokratische Friedensinterpellation, welche am 9. Dezember im Reichstag diskutiert wurde.

Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Alfred Hillebrandt.

« Heute zeigt die Frontenkarte der deutschen Heere, dass wir nicht mehr der Spiellball fremder Mächte sind. Ein weiter Weg, der Orient

und Okzident verbindet, öffnet sich durch treu verbundene Länder und kündet grosse Zeiten. Der Geist der Hansa, der unsere Banner über die Meere trägt, darf uns nicht verlassen, aber der Weltkrieg hat gelehrt, dass gleich unserer Vergangenheit die Zukunft nicht auf dem Wasser, sondern auf dem Lande liegt. Der frohe Wagemut des Kaufmannsgeistes, der kühne Geist unserer Technik kann seine Schwingen nur entfalten, wenn wir daheim mit festen Fusse breit auf fester, *verbreiterter Erde* stehen, wenn eine sichere Grenze ihre Arbeit schützt. Wir dürfen über Kriegsziele noch nicht sprechen, aber dem Geiste schweben sie mit immer deutlicher sich abzeichnenden Umrissen vor : *in Ost und West muss die deutsche Flagge über den Gräbern unserer Helden wehen.* »

Aus einer Zuschrift des Geheimen Regierungsrats, *Professor Dr. Alfred Hillebrandt* (Breslau), Mitglied des preussischen Herrenhauses, an die *Preussische Kreuzzeitung* vom 31. Dezember 1915.

Der ehemalige Oberbürgermeister von Dresden.

« Wir wollen und werden den gehassten « Militarismus » uns auch in alle Zukunft erhalten und damit die Bereitschaft aller Volksgenossen, das Vaterland vor wirtschaftlichem Untergang und politischer Knechtschaft zu bewahren.

» Möge uns darum das neue Jahr einen Frieden schliessen lassen, der uns die « *Einfallstore unserer Feinde* » *fest und dauernd in die Hand gibt* und die Freiheit der Meere für uns und alle Völker für immer sichert. »

Aus einer Zuschrift des Geheimrat *Dr. Beutler-Dresden*, Oberbürgermeister a. D., Mitglied der Ersten Sächsischen Kammer, veröffentlicht in der *Preussischen Kreuzzeitung* vom 31. Dezember 1915.

Wirklicher Legationsrat Dr. Irmer.

« Der Weltkrieg hat jedem, der sehen will, gezeigt, dass die Schutzmauern des Reiches an unseren *Grenzen* überall nicht stark und nicht hoch genug waren. Hoffen wir, dass ein ruhmreicher Friede sie *im Westen und im Osten mächtiger und sicherer ausbaut* und uns davor ein freieres Schussfeld als bisher sichert. Das ist ein kategorisches Gebot der Notwehr. »

Wirklicher *Legationsrat Dr. Irmer*, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, in der *Preussischen Kreuzzeitung* vom 1. Januar 1916.

Der Generalgouverneur von Belgien.

1.

« Hier in dem von uns besetzten und behüteten feindlichen Lande haben auch wir besonders wichtige und ernste Aufgaben, ebenso wie im vergangenen Jahre, zu erfüllen. *Das, was uns anvertraut ist, das wollen wir festhalten.* »

Aus einer Begrüssungsansprache, die der *Generalgouverneur von Belgien, Freiherr von Bissing* am 28, Januar 1916 zur Kaisers Geburtstagsfeier vor dem Königlichen Schloss in Brüssel hielt.

2.

« Nicht in vermessener Eroberungssucht, sondern in gerechter Abwehr des heimtückischsten Angriffes, den die Weltgeschichte kennt, haben wir weite Strecken feindlichen Gebietes in Besitz nehmen müssen. Jeder, der in ihnen zu wirken berufen ist, empfindet es als heilige Pflicht, aus diesen, mit deutschem Blut erstrittenen Landen unseren Kindern und Enkeln ein Bollwerk zu schaffen, an welchem alle künftigen Angriffsgelüste unserer Nachbarn zerschellen. »

Freiherr *von Bissing*, Generaloberst, *Generalgouverneur in Belgien*, in der *Deutschen Lodzer Zeitung* vom 8. Februar 1916. Die « Deutsche Lodzer Zeitung » ist die älteste der in den von der deutschen Armee besetzten russisch-polnischen Gebieten erscheinenden Kriegszeitungen.

Der Oberpräsident der Rheinprovinzen.

« Die Gebiete, die unsere kämpfenden Truppen in Flandern und in Frankreich fest in der Hand haben, sie decken sich fast genau mit den *Grenzen des alten deutschen Reiches*. Einst waren sie als Herzogtum Nieder-Lothringen deutsch durch die Jahrhunderte, bis auch sie die Schwäche des Reiches uns entreissen liess. »

Aus einer Rede des *Freiherrn von Rheinbahen, Oberpräsident der Rheinprovinzen*, gehalten am 6. Mai 1916 im grossen Saal des Gürzenich zu Köln vor dem Verein der Kölner Presse.

GENERÄLE



GENERÄLE

A.

AKTIVE GENERÄLE.

Der Kommandierende General des siebten Armeekorps.

1.

« Die Angriffe auf *die weiten Kreise des Volkes*, welche eine *Angliederung Belgiens* an das deutsche Reich für im Interesse des Vaterlandes *notwendig erachten*, sind Ihnen bereits mit Bezug auf Ihren Aufsatz « Die Zukunft Belgiens » in der Nummer vom 26. März 1915 ernstlich untersagt worden. Da mir Ihre Haltung nicht für die künftige Vermeidung von Uebergriffen der gerügten Art bürgt, verhänge ich die Vorprüfung über Ihr Blatt. »

Aus einem, am 24. April 1915 an die Schriftleitung und den Verlag der sozialdemokratischen *Dortmunder Arbeiterzeitung* gerichteten Schreiben des *Kommandierenden Generals des 7ten Armeekorps, Freiherr von Gayl.*

2.

« In Ihrer Nummer vom 23. April 1915 besprechen Sie unter der Ueberschrift « Nochmals das Kriegsziel » trotz meines bestimmten Verbotes erneut diesen Gegenstand. Dabei bezeichnen Sie einerseits gewisse Ausführungen des Abgeordneten Paasche, welche sich mit dem möglichen Erwerbe von europäischen und kolonialen Gebieten beschäftigen, als Phantastereien, während Sie andererseits zustimmend einen Aufsatz des Professors Brentano wiedergeben, der unter Erörterung der Friedensziele schwere Verstösse gegen den Burgfrieden enthält... Da mir Ihre Haltung nicht für die künftige Vermeidung von Uebergriffen der gerügten Art bürgt, verhänge ich die Vorprüfung über Ihr Blatt. »

Aus einem Schreiben, das am 25. April 1915 von dem Kommandierenden General des siebten Armeekorps, *Freiherr von Gayl*, an die sozialdemokratische *Niederrheinische Arbeiterzeitung* in Duisburg gerichtet wurde. Die

darin erwähnten « Ausführungen des Abgeordneten Paasche », beziehen sich auf dessen am 18. April in Kreuznach gehaltene Rede, in der der nationalliberale Führer die endgültige Annexion Belgiens gefordert hatte. Der Artikel des Münchener Professors Brentano trug den Titel : « Gegen das Maulheldentum » und war gegen die Annexionisten gerichtet.

Der Generalstabschef des Ostheeres.

« Unter Deutschland und seines Verbündeten Schutz erhielt das schwergeprüfte Polen wieder geordnetes Leben, freie Religionsentfaltung, geistigen und wirtschaftlichen Aufschwung. Die Kriegsverwaltung hat gegeben und nicht genommen, die völkische Eigenart nicht berührt. Die Saat, die nach der Einnahme von Lodz gesät, wird im Friedensschluss und im Frieden zur Ernte reifen. Die Macht Mittel-Europas wird gestärkt, *die der Grossrussen nach Osten zurückgeschoben werden*, woher sie vor nicht allzu langer Zeit gekommen war. Erst damit wird « Lodz » seine ganze geschichtliche Bedeutung dauernd behalten und zu einem Wendepunkte der Weltgeschichte werden. »

Aus einer Zuschrift des *Generalleutnants Ludendorff*, Chef des Generalsstabs des Ostheeres an die *Deutsche Lodzer Zeitung* vom 9. Februar 1916. Ludendorff wurde Ende August 1916 zum ersten Generalquartiermeister der deutschen Armee ernannt, als Hindenburg die Leitung des Grossen Generalstabs übernahm.

Generalmajor Keim.

« Er (der im Felde Stehende) hört mit Staunen, dass es im Vaterlande Leute geben soll, die das deutsche Volk um einen *grossen Siegespreis* bringen wollen mit Redensarten von Kulturpolitik, von schonender Humanität und wie diese Schlagwörter, die leider bis zum Kriegsausbruch den deutschen Michel einzuschläfern suchten, alle heissen. Er will nichts mehr wissen von denen, die mit dem Weltfrieden liebäugelten und dem deutschen Volk vorredeten ein Weltkrieg sei ausgeschlossen. »

Aus einem am 29. Mai 1915 im Berliner *Tag* veröffentlichten Artikel des *Generalmajors Keim*, Militärgouverneur der belgischen Provinz Limburg.

B.

INAKTIVE GENERÄLE.

Grossadmiral Tirpitz.

« Um unserem Volke den *erdumspannenden Horizont* zu sichern, war und ist Auslandsdeutschtum und Seegeltung unerlässlich. »

Aus einem Telegramm, das der ehemalige Marineminister Deutschlands *Grossadmiral von Tirpitz* an Exzellenz von Reichenau, den Vorsitzenden des « Vereins für das Deutschtum im Ausland », als Antwort auf ein Begrüssungstelegramm sandte, und das die Berliner Blätter am 2. Mai 1916 veröffentlichten.

Generalmajor z. D. von Wrochem.

« Beim Friedensschluss müssen wir ohne schwächliche Rücksichten *nur unser eigenstes Interesse bedenkend*, dafür Sorge tragen, dass unser Deutschland nach diesem furchtbar opfervollen Kriege in einer *so überwältigenden Grösse und Macht* dasteht, dass keine denkbare Koalition in Europa es wagen kann, es anzugreifen, oder wenn sie dies Wagnis dennoch übernimmt, daran verbluten muss. Dies können wir aber nur erreichen durch eine *vorteilhafte Ausgestaltung unserer Grenzen*, damit wir künftig gegen einen feindlichen Ueberfall besser geschützt sind als bisher. Hierbei dürfen meiner Ansicht nach nur militärische Rücksichten ausschlaggebend sein. Wenn ich mich hierbei in einem Gegensatz zu den Ansichten befinde, die Herr Frhr. v. Zedlitz-Neukirch in seinem Aufsatz im *Tag* vom 31. Januar d. J. « Unser Leitstern beim Friedensschluss » ausgesprochen hat, so möchte ich dazu noch folgendes bemerken : Gewiss hat der Herr Freiherr recht mit der Behauptung, dass die Assimilierung fremder, mit vollem deutschen Bürgerrecht ausgestatteter Nationalitäten zu einem Pfahle in unserm Fleisch werden könne. Aber wer zwingt uns denn, diesen Fremdkörpern vorzeitig das volle Bürgerrecht zu geben ? Nur Assimilierte, d. h. deutsch gewordene Fremdkörper dürfen das volle Bürgerrecht erhalten. Wir haben bewiesen, dass wir zu kolonisieren verstehen, zeigen wir nun, dass wir Barbaren fremde Völker auch zivilisieren können. Das ist unsere weltgeschichtliche Aufgabe, wenn anders es wahr ist, dass am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen soll.

» Auch der Behauptung des Freiherrn v. Zedlitz, dass wir unseren Platz in der Weltwirtschaft nicht würden wiedergewinnen können, wenn die Völker des Dreiverbandes wirtschaftlich ganz ausgepumpt werden, vermag ich nicht zu folgen. Ich möchte im Gegenteil glauben, dass sich in einem solchen Falle unser Kundenkreis auf dem Welthandelsmarkt erweitern würde...

» ...Deshalb bin ich der Ansicht, dass wir künftig beim Friedensschluss, bei welchem wir die schöne Gewissheit haben, dass es *keine Macht auf der Erde geben wird, die uns zur Herabminderung unserer Forderungen zwingen könnte*, zurückblickend auf all die schweren Opfer, die unser edles Volk in diesem Kriege gebracht hat, zurückblickend auf die Hekatomben unseres besten Blutes, die wir haben opfern müssen, und auf den Heldenmut unserer unvergleichlichen Armee, im Sinne und Geiste unseres Bismarck handeln müssen, der dem Erzfeinde sein « *Saigner à blanc* » drohend entgegenrief. »

Aus einem Artikel « Ein Blick in die Zukunft » von Generalmajor z. D. A. v. Wrochem, im *Tag* vom 13. Februar 1915.

OFFIZIELLE REICHS-

UND

VERBANDSORGANE



OFFIZIELLE REICHS- UND VERBANDSORGANE

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

« Kein Urteilsfähiger kann daran denken, die für Deutschland günstige Kriegslage zugunsten eines vorzeitigen Friedensschlusses mit irgend einem seiner Feinde preiszugeben. Nach der vorläufig allein möglichen allgemeinen Umschreibung des Kriegszieles, die der Reichskanzler in seinen Reden gegeben hat, müssen wir *jeden Vorteil der militärischen Lage benutzen, um Sicherheit zu schaffen, dass keiner mehr wagen wird, unseren Frieden zu stören*. Dabei muss es bleiben. Die Gerüchte über deutsche Friedensneigungen sind gegenüber unserer unverminderten Entschlossenheit zur Niederkämpfung der Gegner törichte oder böswillige, auf jeden Fall aber müssige Erfindungen. »

Aus einem Artikel der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* (offiziöses Organ des Reichskanzlers) vom 24. April 1915.

Die Nationalliberale Korrespondenz.

« Wie denken wir uns diese nationale Zukunft und wie wollen wir zu ihr gelangen? Zunächst das eine: Es wäre eine von Grund aus verfehlte Politik, wenn sich die Kreise, denen die Entscheidung über Krieg und Frieden und damit über das Wohl und Wehe aller künftigen deutschen Generationen anvertraut sind, in einen Gegensatz zu denjenigen Schichten setzen wollten, die seit dem Bestehen des Reiches in allen Fragen *deutscher Machtentfaltung* führend gewesen sind. Das alte Wort, dass Staaten nur mit denjenigen Mitteln erhalten werden, mit denen sie begründet sind, hat auch den Sinn, dass eine Regierung keine entscheidenden politischen Schritte im Gegensatz zu dem Willen derjenigen Bevölkerungsgruppen tun darf, die von jeher die Träger des Staatsgedankens und der Staatsmacht gewesen sind. Diese Kreise und mit ihnen die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes wollen *keinen vorzeitigen Frieden*, sie wollen nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern ihr Haus in Europa und in der Welt, auch wenn noch neue Opfer gebracht werden müssen, mit völliger Sicherheit auf

lange Zeit hinaus ausbauen. Das deutsche Volk wird über alle diejenigen zur Tagesordnung übergehen, die angeblich um den Krieg um einige Monate abzukürzen, seine grössten Interessen leichtfertig aufs Spiel setzen. Es wird alle hinwegfegen, die *kümmerlich und jämmerlich* genug sind, für den ungeheuren Einsatz *nichts weiter als eine Wiederherstellung des Statusquo zu begehren.* Aus dem Worte, dass wir « keinen Eroberungskrieg » führen, nach den blutigen Lehren dieses Jahres noch die Folgerung ziehen, dass alles beim alten bleiben soll, ist ein Zeichen geistiger Armut... »

Aus einem Rückblick, den die *Nationalliberale Korrespondenz* auf das erste Kriegsjahr veröffentlichte und den die *Preussische Kreuzzeitung* vom 1. August 1915 widergab.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften.

« Gegenüber dem Feinde gibt es nach wie vor nur eine einzige Stellungnahme bei allen Deutschen, ob hoch oder nieder : Front ! Nur eine Parole : Kämpfen bis zum Siege ! Keine andere ist möglich. Unsere Feinde gründen ihre Hoffnungen auf die Zeit. Sie wollen « eine Viertelstunde » länger aushalten als wir. Die Zeit ist auch unser Verbündeter, wie die Entwicklung der Verhältnisse auf dem Balkan beweist. Keiner ist unter uns, der sich nicht in jedem Augenblick vergegenwärtigt, um was wir ringen und was wir dafür eingesetzt haben. *Das vergossene Blut kann nicht, darf nicht und soll nicht vergebens geflossen sein.* Wir halten aus !

Aus einem Artikel des *Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften*, den die *Kreuzzeitung* vom 11. Dezember 1915 abdruckte.

Der Konfektionär.

« Die beste Lösung wäre — man darf ja nach unsern bisherigen Erfolgen diese Hoffnung hegen — wenn *Calais für alle Zukunft in deutschem Besitze bliebe* und wir dann in Calais ein zweites Zentrum der deutschen Spitzenindustrie haben würden. »

Aus einem Artikel betitelt « Calais » über die deutsche Spitzenindustrie veröffentlicht im offiziellen Organ des deutschen Konfektions-Unternehmerverbandes *Der Konfektionär* (Nr. 84) vom 18. Oktober 1914.

OFFIZIELLE ERKLÄRUNGEN

DER

POLITISCHEN PARTEIEN



OFFIZIELLE ERKLÄRUNGEN DER POLITISCHEN PARTEIEN.

Erklärung aller bürgerlichen Parteien im Reichstag.

« Im Namen der sämtlichen Mitglieder dieses Hohen Hauses mit Ausnahme der Interpellanten habe ich folgende Erklärung abzugeben !

» Die Beendigung dieses uns aufgedrungenen Krieges wünschen auch wir. Wir blicken dabei voll Bewunderung und Dankbarkeit auf den ununterbrochenen Siegeszug aller unserer Truppen, die in Gemeinschaft mit unseren tapferen österreich-ungarischen, bulgarischen und türkischen Verbündeten von Erfolg zu Erfolg schreiten, ihre ruhmreichen Fahnen weit in Feindesland hineingetragen und soeben das serbische Heer zertrümmert haben. Wir vertrauen auf diese unbeugsame, allen Angriffen unserer Feinde gewachsene und überlegene Stellung unserer Heere in Ost und West, die uns mit unseren Verbündeten den vollen Erfolg des Krieges verbürgen. (Lebhafter Beifall.) Wir blicken auf die nicht zu erschütternde wirtschaftliche und finanzielle Kraft unseres Volkes und Landes, die uns Ernährung und Rüstung ausreichend sichert. Mögen unsere Feinde sich erneut zum Ausharren im Kriege verschwören, wir warten in voller Einigkeit, mit ruhiger Entschlossenheit — und lassen Sie mich einfügen : in Gottvertrauen — die Stunde ab, die Friedensverhandlungen ermöglicht, bei denen für die Dauer die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Interessen Deutschlands im ganzen Umfang und mit allen Mitteln *einschliesslich der dazu erforderlichen Gebietserwerbungen* gewahrt werden müssen. (Lebhafter wiederholter Beifall und Händeklatschen bei den bürgerlichen Parteien.) »

Wortlaut der am 9. Dezember 1915 im Reichstag von dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, *Spahn*, im Namen aller bürgerlichen Parteien verlesenen *Erklärung*, die eine Antwort bildete auf die Rede des Sozialdemokraten Scheidemann, der sich gegen Annexionen ausgesprochen hatte. Die *bürgerlichen Parteien*, in deren Namen diese annexionistische Erklärung verlesen wurde, hatten bei den Reichstagswahlen im Jahre 1912 von 12 Millionen 207 000 gültigen Stimmen, die abgegeben wurden, zusammen etwa 8 Millionen auf ihre Kandidaten vereinigt. Nimmt man die 18 Polen, die 9 Elsass-Lothringer und den 1 Dänen aus, so beträgt die Zahl der bürgerlichen Reichstagsabgeordneten, die Spahn beauftragten für Gebietserwerbungen einzutreten, 254.

Die Fortschrittliche Volkspartei.

1.

« Die Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei hat sich in eingehenden Beratungen mit den Aufgaben beschäftigt, die der Volksvertretung durch den Gang der geschichtlichen Ereignisse zugewiesen werden. Sie hat die im Hinblick auf das Kriegsziel erhobenen Forderungen künftiger Grenzfestsetzungen und staatsrechtlicher Neubildungen sorgsam geprüft, erachtet aber nach gewissenhafter Erwägung die Zeit noch nicht für gekommen, ein bestimmtes Programm mit fest umgrenzten Einzelforderungen für den Abschluss des Friedens aufzustellen. Ebenso entfernt von der grundsätzlichen Ablehnung jedes Landerwerbs wie von uferlosen Annexionsplänen, hält die Fraktion für unbedingt geboten, das Reich durch militärische und wirtschaftliche Massnahmen wie durch *notwendige Gebietserweiterungen* für die Zukunft zu sichern und für den friedlichen Wettstreit der Völker Bedingungen zu schaffen, die in der Heimat wie auf dem freien Meere die Entfaltung der vollen Kraft des deutschen Volkes gewährleisten. Es wurde einhellig die Erwartung ausgesprochen, dass die Reichsregierung in vertrauensvollem Zusammenwirken mit der Volksvertretung zur gegebenen Zeit eine offene Aussprache über die Grundlagen des Friedensschlusses herbeiführen werde, und die feste Zuversicht bekundet, dass Volk, Heer und Flotte im Bewusstsein der weltgeschichtlichen Bedeutung dieser schweren Kämpfe, wie bisher in treuem Zusammenhalten ohne Wanken alle Kräfte einsetzen werden, bis ein ehrenvoller Friede gesichert ist. Die Partei ist bereit, die Regierung zu unterstützen, die nach den Worten des Kaisers vom 31. Juli 1915 sich die Aufgabe stellt, auf erprobten alten und vertrauensvoll betretenen neuen Bahnen vorwärts zu schreiten.

Offizieller Bericht der *Vossischen Zeitung* vom 8. August 1915 über eine Sitzung der *Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei*, die 44 Abgeordnete zählt, ohne den Reichstagspräsidenten Kämpf, der ebenfalls zu dieser Partei gehört. Bei den Wahlen im Jahr 1912 waren auf die Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei 1 Million 497 000 Stimmen gefallen.

2.

« Der Zentralausschuss der Fortschrittlichen Volkspartei blickt mit Stolz und Dankbarkeit auf die grossen Erfolge, welche Deutschland und seine Bundesgenossen im Weltkrieg errungen haben, und gibt im Bewusstsein der Kraft, Opferwilligkeit und Unermüdlichkeit des deutschen Volkes und Heeres dem festen Vertrauen Ausdruck, dass es

in Bälde gelingen werde, der Welt den Frieden zu bringen, den sie ersehnt. Er verwahrt sich gegen den anmassenden Anspruch unserer Feinde, dass trotz Niederlagen auf allen ihren Kriegsschauplätzen sie uns die Bedingungen dieses Friedens vorschreiben sollen. Er ist überzeugt, dass diese Bedingungen dem Deutschen Reiche *nicht etwa*, wie unsere Gegner noch heute schreiben, *bestenfalls Wiederherstellung des Zustandes vor dem Kriege*, vielmehr dauernden Schutz gegen fremde Angriffe und bleibende *Mehrung seiner Macht*, seines Wohlstandes und, soweit immer seine Sicherheit es geboten erscheinen lässt, auch *seines Gebietes bringen werden*.

» Der Zentralausschuss glaubt, dass im Zusammenhange mit dem Abschluss des Friedens auch das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und der österreichisch-ungarischen Monarchie im Sinne weitgehender und bleibender Annäherung der beiden Reiche auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet geregelt und damit die Möglichkeit eines Anschlusses der Balkanländer und des türkischen Reiches an die beiden Zentralmächte geschaffen werden soll. »

Resolution, die am 4. Dezember 1915 vom *Hauptausschuss der Fortschrittlichen Volkspartei* nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten von Payer einstimmig angenommen wurde.

Das Zentrum.

« Die Weltaufgabe, die der Tüchtigkeit und dem Fleiss des deutschen Volkes gesetzt ist, fordert volle Bewegungsfreiheit seiner schaffenden Kräfte in der Heimat, auf dem freien Meer und über See. Die äussere Bedingung für eine gedeihliche Entwicklung des deustchen Volkes ist, wie die Erfahrungen des Weltkrieges klar gezeigt haben, eine erhöhte Sicherheit gegen die militärischen und wirtschaftlichen Vernichtungspläne der Feinde. Die furchtbaren Opfer, die der Krieg unserem Volke auferlegt, *rufen nach einem verstärkten Schutz unseres Landes im Osten und Westen, der den Feinden verleidet, uns wieder zu überfallen*, und der die volkswirtschaftliche Versorgung unserer wachsenden Bevölkerung dauernd gewährleistet. *Zu dieser erhöhten Sicherung unseres Reichs muss eine solche unserer verbündeten Staaten treten.* Neben dem Schutz der äusseren Güter erhoffen wir aber zur Begründung des Glücks unseres teueren Vaterlandes noch die sorgsame Pflege der sittlichreligiösen Volkskräfte, weil sie die Ursache der wahren Grösse Deutschlands und das Mittel göttlicher Führung zu all den wunderbaren Erfolgen deutscher Grosstaten sind. Was Deutschlands Fürsten und Bürger, Heer und Flotte, was die Männer und Frauen

der Arbeit bisher geleistet haben, erfüllt uns mit dem Gefühl unauslöschlichen Dankes und der frohen Zuversicht, dass es mit Gottes Gnade gelingen wird, den Endsieg zu erringen für Deutschlands Wohl und Ehre. »

Beschluss des *Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei*, welcher am 24. u. 25. Oktober 1915 in Frankfurt am Main tagte. Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1912 erhielten die Kandidaten der Zentrumspartei 1 Million 996 800 Stimmen. Die Zentrumsgruppe im Reichstag zählt 88 Mitglieder.

Die Nationalliberalen.

1.

Resolutionen des Zentralvorstandes.

a)

« Einmütig wurde der Forderung Ausdruck gegeben, dass die gewaltigen Erfolge unseres unvergleichlichen Heeres und unserer todesmutigen Flotte auch politisch restlos ausgenutzt werden müssen. Insbesondere sei *im Westen* das zur Sicherung und Verstärkung unserer Machtstellung *zu Wasser und zu Lande nötige Gebiet politisch, militärisch und wirtschaftlich an das Deutsche Reich anzugliedern. Im Osten* müssten nicht nur strategisch *bessere Landesgrenzen*, sondern auch neues *Siedlungsland* erworben werden. Unser überseeischer Besitz endlich sei in Umfang und Gestaltung unseren Interessen als Welthandelsvolk entsprechend auszubauen, wobei unser bisheriges Kolonialreich, das in diesem Kriege so treu für das Vaterland gestritten hat, erhalten bleiben müsse. »

Bericht der *Nationalliberalen Korrespondenz* über die Anfang Juni 1915 in Berlin stattgehabte Sitzung des geschäftsführenden *Ausschusses der nationalliberalen Partei.*

b)

« Das Ergebniss des jetzigen Friedens kann nur ein Friede sein, der unter *Erweiterung unserer Grenzen im Osten und Westen und Uebersee* uns militärisch, politisch und wirtschaftlich vor neuen Ueberfällen sichert und die ungeheuren Opfer lohnt, die das deutsche Volk bisher gebracht hat und bis zum siegreichen Ende weiter zu bringen entschlossen ist. »

Resolution, die der *Zentralvorstand der nationalliberalen Partei* am 15. August 1915 annahm, indem er zu gleicher Zeit seinem Vorsitzenden Bassermann das « uneingeschränkte Vertrauen der Gesamtpartei » und den « Dank für seine bisherige Tätigkeit zur Durchsetzung seiner nationalen Kriegsziele » aussprach.

c)

« Der *Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei* wiederholt nachdrücklich seine am 15. August 1915 geäusserte und durch die seitherigen Ereignisse bestätigte Ueberzeugung, dass *nur eine Hinausschiebung der Land- und Seegrenzen des deutschen Machtbereiches in Ost und West und in Uebersee* dem deutschen Volke die notwendigen realen Garantien für seine künftige militärische, politische und wirtschaftliche Sicherung schaffen kann.

« Der Zentralvorstand erklärt diese, nicht allein auf Verträgen, sondern auf *wirklicher Machterweiterung* beruhende Sicherung gerade gegenüber England, dem immer deutlicher erkennbaren Hauptfeinde Deutschlands. für besonders notwendig. Er erachtet es daher für eine Hauptaufgabe der deutschen Politik, der deutschen Kriegsleitung die Freiheit im Gebrauche aller militärischen Mittel zu sichern, die einen für die deutsche Zukunft unentbehrlichen entscheidenden Sieg über diesen Hauptfeind gewährleisten. »

Aus einer *Resolution*, die am 21. Mai 1916 in Berlin vom *Zentralvorstand der nationalliberalen Partei*, nach einem Referat des Abgeordneten Bassermann über die politische Lage angenommen wurde. Die nationalliberale Fraktion im Reichstag beträgt 46 Mitglieder. Bei den Reichstagswahlen im Jahr 1912 fielen auf die Kandidaten dieser Partei 1 Million 662 700 Stimmen.

2.

Die pommerschen Nationalliberalen.

« Der geschäftsführende Ausschuss der nationalliberalen Partei Pommerns hat mit Befremden davon Kenntnis genommen, dass in einer Zeit, in der auf den Schlachtfeldern in Ost und West ein freieres und grösseres Deutschland erkämpft wird und dadurch das zur Erfüllung heranreift, was in jahrzehntelanger Arbeit getreu den Ueberlieferungen Rudolf v. Bennigsens die nationalliberale Partei erstrebt hat, durch Kundgebungen in der Presse der Anschein erweckt werden konnte als ob eine Erörterung über die Kriegsziele zu Unstimmigkeiten und Gegensätzen in der Partei führt. Welche irreführenden Mitteilungen dadurch bereits hervorgerufen worden sind, erhellt aus den Glossen, die in letzter Zeit ein Teil der Presse hierzu mit deutlich erkennbarer Spitze gegen den Parteiführer Bassermann gemacht hat, obwohl kein Zweifel darüber bestehen kann, dass die gesamte Partei ohne Ausnahme und rückhaltslos auf dem Boden der Kundgebung des geschäftsführenden Ausschusses und der Landesvorsitzenden vom 16. Mai d. J. steht, in der es mit Hinblick auf das Kriegsziel heisst :

« *dass die gewaltigen Erfolge unseres unvergleichlichen Heeres und unserer todesmutigen Flotte auch politisch restlos ausgenutzt werden müssen.* »

« Auf eine selbständige, auf eigener gewissenhafter Ueberzeugung begründete Politik in den grossen nationalen Fragen wird die nationalliberale Partei niemals verzichten. Getragen von dem durch die grossen Opfer berechtigten Verlangen, dass nach dem Wort unseres Kaisers « der Friede uns die notwendigen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Sicherheiten für die Zukunft bieten muss » sprechen wir unserem in jahrelanger schwerer politischer Arbeit erprobten Führer Bassermann unser vollstes Vertrauen aus. »

Resolution, die am 8. August 1915 von dem *geschäftsführenden Ausschuss der nationalliberalen Partei Pommerns*, die in *Stettin* tagte, einstimmig angenommen wurde.

3.

Die sächsischen Nationalliberalen.

« Der Gesamtvorstand des Nationalliberalen Vereins für das Königreich Sachsen *stimmt den Beschlüssen zu*, die in der Sitzung der Landesvorsitzenden der Partei und in der letzten Sitzung *des Hauptvorstandes* gefasst (und dann in der Presse veröffentlicht) worden sind. Der Vorstand erwartet darum, dass der Krieg nicht nur zu Lande, sondern auch zur See und in der Luft bis zu einem vollen Erfolge durchgeführt werde. Er ist der festen Ueberzeugung, dass sich die Leitung der Partei mit ihrer Haltung in Uebereinstimmung befindet mit den Parteigenossen im Lande und darüber hinaus mit der grossen Mehrheit des deutschen Volkes, und dankt der Parteileitung für ihre in diesem Sinne geleistete vaterländische Arbeit. Von den Parteigenossen aber erwartet er, dass sie weiterhin im Lande in diesem Sinne wirken und alles tun, um eine nationale Geschlossenheit des Vorstandes für die Erreichung eines starken Deutschlands herbeizuführen. »

Resolution, die Anfang Oktober 1915 vom *Gesamtvorstand des Nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen* angenommen wurde. Der Reichstagsabgeordnete Bassermann wohnte den Verhandlungen bei. Die Beschlüsse des Hauptvorstandes, denen darin zugestimmt wird, forderten die « Erweiterung unsrer Grenzen im Osten und Westen und Uebersee. »

4.

Die rheinisch-westfälischen Nationalliberalen.

a)

« In voller Uebereinstimmung mit seiner Stellungnahme in der Sitzung vom 6. Mai 1915 stellt sich *das Zentralkomitee der nationalliberalen Partei Westfalens* einmütig auf den Boden der von dem

Reichstagsabgeordneten Spahn am 9. Dezember im Namen und Auftrage sämtlicher bürgerlichen Parteien abgegebenen Erklärung... Alle Versuche, diesen Standpunkt abzuschwächen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, Versuche, wie sie in gewissen Verlautbarungen der ausländischen Presse erblickt werden könnten, lehnt das Zentralkomitee auf das entschiedenste ab. »

Resolution, die am 30. Dezember 1915 von dem in *Dortmund* tagenden *Zentral-Komitee der nationalliberalen Partei der Provinz Westfalen* einstimmig angenommen wurde. Bericht der *Rheinisch-Westfälischen Zeitung* vom 31. Dezember. Die von Spahn verlesene Erklärung sprach ausdrücklich von den « erforderlichen Gebietserwerbungen ».

b)

« Die nationalliberale Partei ist ganz besonders berufen zur Wacht darüber, dass die nationalen Ziele restlos verwirklicht werden. Sie war die Partei der Reichsgründung und Reichserhaltung. Werden muss sie: *die Partei der Reichsausdehnung.* »

Aus dem *Jahresbericht des Vorstandes der nationalliberalen Partei in Duisburg*, der *Post* vom 14. Februar 1916 zufolge.

Die Freikonservativen.

« Das deutsche Volk sieht in stolzer Zuversicht zu seinem herrlichen siegreichen Heere auf die lächerlichen Kundgebungen unserer Feinde über ihre Kriegsziele herab und lässt sich dadurch nicht zu eigenen übertriebenen Forderungen verleiten. Es ist aber der festen und einmütigen Ueberzeugung, dass die schweren Opfer an Gut und Blut, die es willig und begeistert bringt und bringen wird, nicht vergeblich sein dürfen. Sie erfordern als Friedensziel *ein in seiner ganzen Machtstellung verstärktes und über seine bisherigen Grenzen durch möglichste Festhaltung jetzt besetzter Gebietsteile erheblich erweitertes, sowie für seine Geldaufwendungen entschädigtes Deutschland.*

» Diese unsere Grenzen müssen vor jedem Angriff von Ost und West gesichert, die Freiheit auf dem Meere muss unbedingt gewährleistet und eine dem hohen Einsatz entsprechende Stärkung unserer nationalen Kraft errungen werden.

» Bis dieses Friedensziel erreicht ist, gibt es für das deutsche Volk im berechtigten Vertrauen auf seine kriegerische und wirtschaftliche Kraft nur die eine Losung: «Fortkämpfen bis zum entscheidenden Sieg! »

Resolution, die in einer am 5. und. 6. Dezember 1915 in Berlin abgehaltenen Tagung der *Reichs- und freikonservativen Partei* angenommen wurde. Die Reichspartei hat 12 Abgeordnete im Reichstag. Bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1912 fielen auf ihre Kandidaten 367 200 Stimmen.

Die Deutsch-Konservativen.

« Mit höchster Anerkennung und in begeisterter Dankbarkeit wurde den unvergleichlichen Leistungen unseres Heeres und unserer Flotte, der tapferen Mitwirkung unserer Verbündeten und der günstigen militärischen Lage auf allen Kriegsschauplätzen gedacht. Dabei wurde der vollen Zuversicht Ausdruck gegeben, dass die herrlichen Erfolge unserer Waffen die Riesenmacht des russischen Feindes endgültig brechen und *die nationale Sicherheit des deutschen Volkes im Osten* dauernd gewährleistet werden.

» Der Engere Vorstand der konservativen Partei ist sich zugleich bewusst, dass unter den gewaltigen Aufgaben, die der Weltkrieg dem deutschen Volke gestellt hat, unverrückbar das Ziel im Vordergrunde bleibt, das er als das Wichtigste ansieht : *die mit allen Mitteln zu erstrebende Niederringung Englands*, welches den Krieg heraufbeschworen hat und niemals aufhören wird, unsere Stellung in der Welt und unsere weitere Entwicklung für alle Zukunft zu bedrohen und zu unterbinden.

»Mit der konservativen Gesamtpartei und mit dem ganzen deutschen Volke weiss sich der Engere Vorstand einig in dem Entschlusse, vor keinem weiteren Opfer zurückzuschrecken, das erforderlich ist, um den Krieg bis zu einem dauernden, ehrenvollen, die Grundlagen der deutschen Zukunft sichernden Frieden durchzuführen. Auch für alle zu diesem Zwecke *erforderlichen Gebietserweiterungen* wird er selbstverständlich eintreten. »

Resolution, die der Vorstand *der deutsch-konservativen Partei*, den « Alldeutschen Blättern » (Nr. 41) vom 9 Oktober 1915 zufolge, annahm. Die deutsch-konservative Fraktion im Reichstag zählt 43 Mitglieder. Auf die Kandidaten der Deutsch-Konservativen fielen bei den Reichstags wahlen im Jahr 1912 : 1 Million 126 300 Stimmen.



KONSERVATIVE PARTEIEN



KONSERVATIVE PARTEIEN

A.

IM PARLAMENT.

Der Präsident des preussischen Herrenhauses.

« Man kann aussprechen, dass damit das Vorhaben unserer Feinde, Deutschland zu vernichten, zuschanden geworden ist, dass wir insofern als Sieger dastehen. Und *wenn wir nichts weiter wollten, als diesen Angriff abschlagen, so glaube ich, würde es nicht allzu schwer sein, einen Frieden in kurzer Frist zu erlangen.* Damit kann aber Deutschland sich nicht befriedigt erklären.

» Nach den ungeheuren Opfern, die wir gebracht haben, an Menschen sowohl wie an Hab und Gut, *müssen wir mehr fordern.* Wir können das Schwert erst wieder in die Scheide stecken, wenn Deutschland eine Sicherung erlangt hat dagegen, dass in ähnlicher Weise wie dieses Mal die Nachbarn wieder über uns herfallen. »

Aus einer Rede, die der *Herrenhauspräsident von Wedel-Piesdorf* am 15. März 1915 zum Schluss der Tagung des *preussischen Herrenhauses* hielt.

Ein konservativer Führer.

« Keinen Vorbehalt machen meine Freunde gegenüber den Schlussworten des Kanzlers, dass dieses blutige Ringen Europa nicht so lassen dürfe wie bisher, dass die hart bedrohte *Stellung Deutschlands stärker*, fester sein müsse, dass wir unserem Vaterlande, unserem Volke, unseren Nachbarn diese stärkere und festere Stellung unbedingt bereiten und schaffen müssen. Wir müssen uns das schaffen, was der Reichskanzler früher einmal « reale Garantien » nannte, die müssen wir haben, dass niemand uns wieder in so heimtückischer, in so hässlicher, in so blutiger Weise überfällt. Was würden die deutschen Opfer dieses Krieges sagen, wenn wir nicht einen Frieden sichern wollten für unsere Kinder und Nachkommen, der uns wirklich Schutz, der uns wirklich reale Garantien für die Sicherheit unseres Volkes, für unsere Zukunft bietet ? Wenn der Kanzler nach wie vor bestrebt ist, auf diese realen Garantien mit der ganzen Kraft seines Wesens hinzuarbeiten, wenn er, wovon ich überzeugt bin, bemüht ist, uns *nicht nur einen ehren-*

vollen Frieden zu verschaffen, sondern einen solchen, der der gebrachten Opfer völlig wert ist, dann hat er das ganze Volk hinter sich, dann wird ihm das Vertrauen von allen Seiten in wärmster Weise entgegenklingen. »

Aus der Rede, die der Abgeordnete *Dr. Oertel*, im Namen der *deutsch-konservativen Fraktion* am 20. August 1915 im Reichstag hielt.

2.

« Das Wort von den realen Garantien ist keine Redensart. Es bedeutet, dass wir einen gesicherten Frieden, ein geschütztes Deutschland, ein lebensfähiges, zukunftssicheres Deutschland mit allen Mitteln durchsetzen müssen, sonst wäre das Blut vergebens geflossen, sonst wären die unendlichen schweren Opfer vergebens getragen. Ist es denn staatsgefährlich, offen zu erklären, dass unsere Grenzen im Westen und Osten weiter gesteckt werden müssten, oder ist einer unter Ihnen, der glaubt, dass *in einem künftigen Kriege* wieder dieselben Möglich keiten im Westen bestehen sollten, wie jetzt ? *Ist einer unter Ihnen der nicht glaubt, dass im Westen die Grenzen anders gezogen werden ? Oder glaubt einer von Ihnen, dass im Osten* nach den fürchterlichen Erfahrungen in Ostpreussen *die alten Grenzen bestehen bleiben sollen ?* Sollen wir uns den Mund verbieten lassen, etwas zu sagen, was tatsächlich jedem auf der Lippe und am Herzen liegt ? Sollen wir es verschweigen, dass die Wiederherausgabe von Kurland für das deutsche Empfinden vollkommen unverständlich sein würde ? Täten wir das, so würden wir unsere Pflicht gegen das Vaterland versäumen. Wir müssen das Kampfziel im Auge behalten... Das Ziel dieses Krieges ist nicht nur die Sicherung eines ehrenvollen Friedens, nicht nur die Freiheit der Meere und des wirtschaftlichen Lebens, auch *nicht nur ein grösseres Deutschland*, sondern unser letztes Kriegsziel ist die Erfüllung, die *Erreichung des weltgeschichtlichen Zieles*, das ein Höherer gerade dem deutschen Volke gesteckt hat. Wir werden dieses grosse Ziel nur dann erreichen, wenn wir das Deutschtum durchzusetzen suchen. Die Zeit ist ernst, sie ist schwer und gross, erschütternd und erhebend. Wenn wir ein leuchtendes Ziel vor Augen haben, dann werden wir auch die schwersten Opfer ertragen, vielleicht nicht mit flackernder, lodernder Begeisterung, aber mit stiller Selbstverständlichkeit und Glaubensglut. Verleugnen wir dieses Ziel, dann ist das deutsche Volk nicht fähig, seine weltgeschichtliche Aufgabe zu erfüllen. Ein Volk, das seine weltgeschichtliche Aufgabe in Zeiten wie den unserigen vergisst, ist unbedingt dem Urteil der Weltgeschichte verfallen. »

Aus der Rede, die der konservative Abgeordnete *Dr. Oertel* am 18. Januar 1916 im *Reichstag* hielt. Bericht der *Preussischen Kreuzzeitung* vom 19. Januar 1916.

Der freikonservative Führer.

« Wir wollen in Einigkeit zusammenstehen bis zu einem Frieden, der uns Sicherheit und *Erweiterung unserer Grenzen* bringt. »

Aus einer Rede des freikonservativen Führers *von Zedlitz-Neukirch*, gehalten am 17. Januar 1916 im preussischen Landtag.

Abgeordneter Mertin.

« *Mit einer Herausgabe der besetzten Gebiete im ganzen wäre das deutsche Volk nicht einverstanden.* »

Aus der Rede des zur *Reichspartei* (freikonservativ) gehörenden Abgeordneten *Mertin* in der *Reichstagssitzung* vom 18. Januar 1916.

Graf Westarp.

« Deutschland müsse, so führte der Reichskanzler aus, nach dem Frieden so fest gefügt, so stark beschirmt sein, dass niemand mehr in Versuchung geraten werde, uns vernichten zu wollen. Ich möchte hinzufügen : und dass dann, wenn später einmal wieder jemand sich zum Angriff auf das Deutsche Reich entschliessen würde, solche Angriffe noch schneller und wirksamer als bisher und *noch weiter vor unseren jetzigen Grenzen* zerschellen, als das bisher der Fall ist. Wenn dem aber so ist, so ergibt sich aus der Forderung des Herrn Reichskanzlers ohne weiteres die weitere Folgerung, dass unser Deutsches Reich nach dem Frieden fester gefügt und mit *grösserer Stärke* noch geschirmt sein muss als bisher. Wir stimmen daher den Worten des Herrn Reichskanzlers rückhaltlos zu, es dürfe nicht zum zweiten Male vorkommen, dass ein Feind seine Heere vor den ungeschützten Grenzen Ost- und Westpreussens aufmarschieren lassen könne, und wir fügen hinzu, dass dieselbe Forderung für *unsere westliche Grenze* gilt, dass auch da die Angriffszone weiter hinaus verlegt werden muss, und wir meinen, dass auch unsere überseeischen Interessen und Betätigungsgebiete besser als es vor diesem Kriege der Fall war, geschützt sein müssen.

» Auf Einzelheiten einzugehen, hat der Herr Reichskanzler nicht ganz in dem Umfange wie früher unterlassen. Ich darf zu dem, was er *über Belgien* und über den vlämischen Volksstamm sagte, noch einiges hinzufügen. Auch hier teile ich die Meinung, dass unter dem deutschen Einfluss der vlämische Volksstamm seiner niederländischen Eigenart entsprechend sich besser werde entwickeln können, als unter dem

verwelschenden Einfluss. *Das deutsche Interesse, das in der belgischen Frage wie überall in erster Linie steht,* bestimmte der Herr Reichskanzler dahin, dass vermieden werden müsse, dass Belgien wiederum ein Bollwerk unserer Feinde, ein Vasallenstaat Englands und Frankreichs werde. Das ist durchaus zutreffend und entspricht unseren Auffassungen, und wenn der Herr Reichskanzler weiter sagte, es müssten reale Garantien geschaffen werden, dass dies geschehe, so geht unsere Auffassung dahin, dass solche tatsächlichen Sicherheiten allerdings nicht in Verträgen geschaffen werden können, sondern dass es dazu *nötig ist, dass wir das mit so viel Blut und so heissen Kämpfen eroberte Land fest in unserer Hand behalten,* wobei alle Einzelheiten der Gestaltung im einzelnen vorbehalten bleiben. Und wir erstreben dabei nicht nur den negativen Erfolg, dass es in Zukunft nicht mehr ein Bollwerk feindlicher Staaten sei, sondern wir haben den positiven Erfolg im Auge, dass es dazu diene, unser eigenes Vaterland fester gefügt und stärker als bisher dastehen su lassen. »

Aus der Rede, die *Graf Westarp* im Auftrag der *freikonservativen Fraktion* am 6. April 1916 im *Reichstag* hielt. Bericht der *Preussischen Kreuzzeitung* vom 7. April 1916.

B.

AUSSERHALB DES PARLAMENTS.

Herr von Heydebrand in Magdeburg.

« Der Frieden, der da gemacht wird, darf nicht nur ein Frieden der Diplomatenkunst sein, sondern einer, den das ganze deutsche Volk versteht und billigt : eine Sicherung unserer Verhältnisse, würdig unserer Opfer. Nichts wäre furchtbarer, als wenn dieser gewaltige Krieg ausginge mit einer Enttäuschung für unser Volk. Schon manchmal hat uns die Feder verdorben, was das Schwert geleistet hatte. Jetzt wo wir allein in der Welt stehen, *werden wir auch allein massgebend über das zu bestimmen haben, was schliesslich werden soll.* »

Aus einer Rede, die der konservative Führer, Reichstagabgeordneter *von Heydebrand*, Mitte Januar 1915 in *Magdeburg* hielt und über die die Blätter am 17. Januar 1915 berichten.

Graf Westarp und Dr. Oertel in Hamburg.

1.

« Was nützen uns die grössten und schönsten Kolonialreiche, wenn es einem rücksichtslosen Feinde freisteht uns jeden Augenblick von

der Welt abzusperren... *Der freie Zugang zum Meer*, gesicherter und freier denn zuvor, das ist das Ziel, für welches das ganze Volk bis zum letzten Opfer und zum letzten Mann zu kämpfen entschlossen ist. Kein Friede ist denkbar bevor dieses Ziel erreicht ist... »

Aus einer Rede, die der konservative Reichstagsabgeordnete *Graf von Westarp* zur *Bismarkgedächtnissfeier* am 3. April 1915 in *Hamburg* hielt. Der Bericht der *Hamburger Nachrichten* verzeichnete hinter dem zitierten Satz : « Wiederholter stürmischer Beifall ».

2.

« Hätte Bismarck den heutigen Krieg vermeiden können ? Und welches wären seine Kriegsziele gewesen ? Seine « Gedanken und Erinnerungen » geben Auskunft. — Nun, gerechnet hat Bismarck immer mit dem kommenden Kriege. Er wusste, dass wir das Erbe von 70-71 würden verteidigen müssen. Sobald er *den Schritt Gottes in der Geschichte* vernommen hätte, hätte er den Krieg geführt. Aber eine solche Vereinigung von Feinden in aller Welt hätte wohl Bismarck zu verhindern gewusst. Er hätte verstanden, die Reibungsflächen unter den anderen Völkern nicht zu vermindern, sondern zu vergrössern. Er beurteilte meisterhaft die Zeit aus sich heraus. Er hat uns mehrfach als « gesättigt » bezeichnet. Aber wenn das Bisherige nicht mehr reicht, uns zu sichern und zu schützen, dann weg mit der Sattheit ! (Lebhafter Beifall.) Der Baum des Deutschtums soll fest in der Heimat wurzeln, aber seine Zweige über Land und Meer erstrecken. Und die Kriegsziele würde Bismarck gewiss im Westen und im Osten suchen ; so weit, wie es unsere Sicherheit verlangt. (Lebhafter Beifall.) Mit rücksichtsloser Kraft würde Bismarck diesen aufgezwungenen Krieg führen. Was er tun würde, das sage ich nicht, das können Sie sich denken. *Oder denken Sie vielleicht, er hätte es bei den alten Grenzen gelassen!* (Heiterkeit.) Und er hätte die öffentliche Erörterung guter Kriegsziele zugelassen, ja gefördert! Wir sollten diese Zeit und diesen Krieg bismärckisch begreifen ! dann würden wir nicht fehlgehen. Möge *der Frieden* bald kommen — aber der, *den All-Deutschland will* und braucht ! »

Aus einer Rede des konservativen Reichstagsabgeordneten *Dr. Oertel*, gehalten am 1. April 1916 zur *Bismarkgedenkfeier in Hamburg.* Nach dem Bericht der *Hamburger Nachrichten* vom 2. April 1916.

C.

ZEITUNGSARTIKEL VON PARLAMENTARIERN UND FÜHRERN.

Ein « Rückblick » des Herrn von Heydebrand.

« Das alles (die militärischen und wirtschaftlichen Erfolge) sind Gewinne, sind Erkenntnisse, die wir niemals aufgeben, vielmehr dauernd fruchtbringend mehren müssen, und die uns im kommenden Jahre, nach dem völligen Niederringen unserer Gegner, so Gott will, einen dauernden Frieden bringen werden, wie wir ihn brauchen, wie er der gebrachten Opfer wert und wie er geeignet ist, uns für alle absehbare Zukunft ein *stärkeres und grösseres Deutschland zu schaffen* !

» Freilich, gerüstet, besser noch als je, müssen wir bleiben ; nicht immer vielleicht werden uns 42er, Unterseeboot und Zeppelin noch ein Extraübergewicht geben, wie diesmal. Der kriegerische Geist muss der alte, die Waffe die gleiche scharfe, die einigende Vaterlandsliebe, die uns jetzt beseelt, die moralisch-sittliche Volkskraft ungeschmälert bleiben.

» Dann mag es auch ins Weite gehen, ein gesunder, deutsch-nationaler Egoismus, wo er hingehört, in der Welt seine Stätte finden : Dann mit einem Worte, wird das abgelaufene Jahr ein Fanal deutscher Zukunft bedeuten, über der Gott seine Hand halten wolle ! »

Aus einem « Rückblicks- » Artikel des Abgeordneten von *Heydebrand* in der *Preussischen Kreuzzeitung* vom 31. Juli 1915.

Graf von Westarp.

« Je zäher die Feinde an ihren Plänen festhalten, je glühender sie ihren Hass immer neu anfachen, je mehr sie uns dadurch zwingen, ihrer Macht Stoss auf Stoss zu versetzen, um so klarer und zwingender tritt für Deutschland mit der wachsenden Möglichkeit die unbedingte Notwendigkeit hervor, auch für kommende Jahre und Jahrzehnte und für die nachfolgenden Geschlechter dem Deutschen Reiche sicheren Schutz zu erkämpfen, Einfallstore an unseren Grenzen in Ost und West zu beseitigen und *Stellungen zu erobern oder eroberte festzuhalten*, von denen aus wir den Tyrannen der Welt für die Folge hindern können, die Völker auf uns zu hetzen und uns von der Welt abzusperren. »

Graf von Westarp, Mitglied des Reichstags in der *Preussischen Kreuzzeitung* vom 1. Januar 1916.

Zwei Mitglieder des preussischen Herrenhauses.

1.

« Sprechen wir nicht von Frieden, denn solche Gespräche werden uns als Schwäche ausgelegt und verlängern nur den Krieg. *Unterlassen wir es, uns in schwächlicher, undeutscher Weise gegen Gebietserweiterungen auszusprechen.* Sagen wir lieber männlich, was wir wollen, was wir als Siegespreis fordern müssen und fordern werden. Handeln wir ohne Rücksicht auf das Ausland. Dann sehen unsere Gegner, dass wir stark sind, nicht schwächer, sondern stärker wie bisher, dann werden sie auch einsehen dass ihr Spiel verloren ist ! »

Fürst zu Salm-Horstmar, Mitglied des preussischen Herrenhauses, in der *Preussischen Kreuzzeitung* vom 1. Januar 1916.

2.

« In den Herzen aller Deutschen ist nur das eine Verlangen, der eine Wille, das Vaterland zu retten und durchzuhalten bis zum endlichen Siege, und zu einem Frieden zu gelangen, der uns *solche Grenzen* und sonstige Bedingungen bringt, dass hinterlistige Ueberfälle der Nachbarn ein für allemal ausgeschlossen sind. »

Graf von Zieten-Schwerin, Vorsitzender des Generalsynodalvorstandes, Mitglied des Herrenhauses, in der *Preussischen Kreuzzeitung* vom 1. Januar 1916.

Der Vorsitzende des Bundes der Landwirte.

« Lernen aber sollen wir, dass nicht schwächliche Allerweltsfreundschaft unsere Zukunft sichert, nicht papierene Verträge, welche rücksichtslose Gegner mit Füssen treten, sondern *nur Sicherung und Mehrung unserer Macht* ; dass nicht die Anerkennung unserer endlosen Friedensliebe, sondern nur *Furcht vor unserer Stärke* vor neuen Angriffen uns bewahren wird. »

Freiherr von Wangenheim, Vorsitzender des *Bundes der Landwirte*, in der *Preussischen Kreuzzeitung* vom 1. Januar 1916.

D.

AUS DEN ARTIKELN DES FREIKONSERVATIVEN FÜHRERS UND PREUSSISCHEN LANDTAGSABGEORDNETEN.

Herr von Zedlitz-Neukirch.

1.

« Die finanzielle Lage unserer Gegner schliesst den vollen Ersatz unserer Kriegskosten und Kriegsschäden in Geld bestimmt aus. Da wir aber nicht den mindesten Anlass haben, auf volle Kriegsentschädigung zu verzichten, so muss dafür eine andere Form gewählt werden. Der enge Zusammenhang der Reichsfinanzen mit unserer Volkswirtschaft weist darauf hin, Ersatz für Geldleistungen in wirtschaftlichen Vorteilen zu suchen, die unser Volkseinkommen und unseren Wohlstand zu heben geeignet sind. Hier kommen günstige Handelsverträge, Bergwerks- und Eisenbahnkonzessionen und ähnliches in Betracht. Aber auch Landerwerb. *Die Erzfelder Französisch-Lothringens und Russisch-Polens* bilden die natürliche und bis zu einem gewissen Grade geradezu notwendige Ergänzung unserer eigenen Erzlager. Es darf ferner an unseren Bedarf an kolonialen Rohstoffen, mit der « Deutschen Tageszeitung » auch an den von Siedlungsland, und endlich an die Notwendigkeit erinnert werden, unserem Bildungsüberschusse Raum für nützliche Betätigung zu schaffen. Hier überall das Richtige zu treffen und durchzusetzen ist sicher eine Aufgabe, des Schweisses der Edlen wert.

Im *Tag* vom 24. Januar 1915.

2.

« Wenn es auch verfrüht wäre, unsere Friedensbedingungen selbst schon zu erörtern, so erscheint es doch an der Zeit hervorzuheben, welcher Gesichtspunkt für uns allein bei der Aufstellung dieser Bedingungen massgebend sein kann. Unser Leitstern muss dabei ausschliesslich das Interesse des eigenen Vaterlandes sein. In der vollen Berücksichtigung dieses Interesses darf uns keine Rücksicht auf unsere Gegner, weder auf die Länder noch auf die Völker beirren. Unsere Gegner haben uns den Existenzkampf aufgedrungen, ihnen gegenüber besteht das Wort « vae victis » zu vollem Recht...

» Untersucht man die Schlussfolgerung aus diesem Vordersatze, so erkennt man, dass wir uns von der Forderung vollen Ersatzes der

Kriegskosten und Kriegsschäden nicht im Hinblick auf die Schwere der Belastung unserer Gegner abhalten zu lassen haben. Der härteste Druck der Kriegskontribution wiegt federleicht gegenüber deren Schuld. Wohl aber kann uns unser eigenes Interesse auf eine niedrigere Bemessung der Kriegsentschädigung hinweisen. Tatsächlich unerfüllbare Geldforderungen zu stellen, liegt sicher nicht in unserem Interesse. Bei der ungünstigen Finanzlage unserer Gegner und der bisher nie dagewesenen Höhe der in Betracht kommenden Summen wird man mit dieser Möglichkeit rechnen müssen. Man wird dann, wie ich eingehender in dem Aufsatze über die Aufgaben des neuen Reichsschatzsekretärs kurz dargelegt habe, zur Deckung des Ausfalls den Weg mittelbarer Entschädigung zu wählen haben. Unsere Reichs- und Staatsfinanzen sind zu Gedeih und Verderb mit unserer Nationalwirtschaft verbunden, sie spiegeln die Wellenbewegungen unseres Erwerbslebens getreu wider. Friedensbedingungen, welche unser Volkseinkommen und unsern Wohlstand zu heben geeignet sind, können daher vollen Ersatz für den Ausfall an Barentschädigung bieten. Hierbei wird man an günstige Handelsverträge, Bergwerks-, Eisenbahn- und sonstige Konzessionen, schliesslich auch an den *Erwerb für unsere Gütererzeugung wichtigen europäischen oder kolonialen Landes* zu denken haben.

» Ausser diesen Gesichtspunkten kommt für den Landerwerb entscheidend aber auch der der militärischen Sicherung vor Kriegsgefahr in Betracht. Das ist alte gute Hohenzollerntradition. Als Friedrich der Grosse 1756 das Schwert gegen die zur Vernichtung der Grossmachtstellung seines Preussens verbündeten drei Grossstaaten zog, bezweckte er zugleich eine militärisch günstigere Abgrenzung seines Staatsgebiets durch die Eroberung des keilartig in dieses einspringenden sächsischen Landes. Die Teilnahme an den Teilungen Polens war gleichfalls vornehmlich von militärischen Rücksichten bedingt. Dies gilt insbesondere von der Erwerbung eines Teiles von Westpolen mit Warschau bei der letzten Teilung. Dadurch sollte die militärisch überaus ungünstige Ostgrenze des Staates wesentlich verbessert werden. Auch bei der Angliederung der die Westprovinzen von dem übrigen Staatsgebiete trennenden deutschen Bundesstaaten im Jahre 1866 haben militärische Rücksichten mitgesprochen. Dass man bei der Frage Belfort 1871 die Rücksicht der Landesverteidigung zurückgestellt hat, wird schliesslich heut wohl allgemein als schwerer Fehler anerkannt.

» Ist unser Friedensziel ein Friede, der Dauer verspricht, so liegt alles, *was der Generalstab an Landerwerb zur Verhütung künftiger Kriegsgefahr für nötig erachtet*, in dessen Rahmen, und *keine Rücksicht auf Land und Leute unserer Gegner* darf uns von der Erfüllung

dieser Forderungen abhalten. Insbesondere nicht die Rücksicht auf das vermeintliche Selbstbestimmungsrecht der Einwohner zu erwerbender Landesteile. Wer in diesem frevelhaftesten aller Kriege das Schwert gegen uns gezogen, hat uns gegenüber sein Selbstbestimmungsrecht verwirkt, es darf uns in der vollen Berücksichtigung unserer vaterländischen Interessen nicht beirren. Zur rechten Stunde hat Generaldirektor Ballin mit der Forderung des Erwerbs eines Seestützpunktes jenseits des Aermelkanals daran erinnert, dass wir auch mit Wirtschaftskrieg überzogen sind und uns daher auch gegen die Gefahr des Wiederausbruchs eines solchen Krieges zu schützen haben.

» Wohl aber ist es sehr denkbar, dass unser eigenes Interesse uns darauf hinweist, selbst auf militärisch wünschenswerten Landerwerb zu verzichten. Eine Bevölkerung von leidenschaftlich feindlicher Gesinnung kann sehr wohl einen Landzuwachs statt zu einem Element der Stärkung zu einem solchen der Schwächung machen. Versagen dann etwa auch die Wege zum besseren Ausgleich der Nationalitäten mit der territorialen Gestaltung des Staates, die ich unlängst im « Tag » erörtert habe, so kann daher unter Umständen sogar ein Verzicht auf militärisch wünschenswerten Landerwerb in unserm eigensten Interesse sich empfehlen. Ganz zu demselben Ergebnis können Rücksichten der inneren Kraft und Gesundheit des Deutschen Reiches führen. Mit vollem deutschen Bürgerrecht ausgestattete Fremdkörper könnten nur zu leicht zum Pfahle in unserm Fleisch werden. Gelingt es nicht wie bis 1867 bei Luxemburg oder nach dem Rezept von Professor Anschütz durch Protektorat einen Weg zu finden, bei dem die Forderungen innerer Gesundheit sich mit denen militärischer oder wirtschaftlicher Art vereinigen lassen, so wird unter Umständen auch hier der Verzicht auf Landerwerb in unserm wohlverstandenen Interesse liegen.

» Aber auch Gründe allgemeiner Natur können entscheidend für die Erniedrigung unserer Friedensbedingungen sprechen.

» Wenn wir entscheidenden Wert darauf legen, unsern Platz an der Sonne in der Weltwirtschaft zurückzugewinnen, so setzt das voraus, dass die Weltwirtschaft selbst wieder auf den Stand vor dem Kriege gebracht wird. Es ist aber sehr fraglich, ob dies möglich sein wird, wenn ein so grosser Teil der Beteiligten, wie der Dreiverband, wirtschaftlich ganz ausgepumpt wäre. Rücksichten dieser Art können daher sehr wohl in unserm eigenen Interesse eine Einschränkung der Friedensbedingungen empfehlen.

» Weiter darf auf den Vorgang bei dem Frieden von 1866 hingewiesen werden. Bismarck hat damals in weiser Voraussicht die allergrösste Mässigung bei Aufstellung der Friedensbedingungen durch-

gesetzt und damit die Voraussetzungen für die Einigung Deutschlands und das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn geschaffen. Es wird ernstlich wohl nicht bestritten werden können, dass die Möglichkeit einer ähnlichen Lage gegenüber dem einen oder anderen unserer Gegner keineswegs ausgeschlossen ist und dass dann daraus in unserm eigenen Interesse ähnliche Schulssfolgerungen zu ziehen sein würden wie 1866 in Nikolsburg. Professor Anschütz hat in dem vielbesprochenen Vortrage im Blüthnersaal ein solches Verhalten gegenüber Russland ja bereits direkt befürwortet.

» Kurzum, es können sehr wohl Gründe gewichtigster Art für eine glimpflichere Behandlung unserer Gegner beim Friedenschluss sprechen als sie verdienen, aber bestimmend dafür darf niemals die Rücksicht auf diese oder dritte, sondern allein unser eigenstes vaterländisches Interesse sein. Zunächst aber gebietet dieses, alle Kraft auf die Erreichung des vollen Sieges im Osten wie im Westen, zu Lande und zu Wasser zu konzentrieren. »

Artikel, der unter den Titel « Unser Leitstern beim Friedensschluss » am 31. Januar 1915 im *Tag* erschien.

3.

« Diese Sätze werden zweifellos auch in den weitesten Kreisen der Bevölkerung lebhafte Zustimmung finden. Sie wiederholen die Gedanken, die der Herr Reichskanzler bereits in der grossen Kriegsrede vom 2. Dezember v. J. zum Ausdruck gebracht hat, in bestimmterer, greifbarerer Form und sind deshalb geeignet, vielleicht auch geradezu bestimmt, denjenigen *Missdeutungen* entgegenzutreten, zu denen die Erklärung in der Thronrede vom 4. August v. J., dass wir keinen Eroberungskrieg führen, vielfach Anlass gegeben hat. »

Artikel in der *Post* vom 29. Mai 1915 über die am 28. Mai durch den Kanzler aufgestellte Forderung, « dass alle nur möglichen realen Garantien und Sicherheiten » errungen werden müssten.

4.

« Die kaiserliche Kundgebung am Jahrestage des Kriegsanfangs legt nun unser Kriegs- und Friedensziel klar und bündig in dem Satze fest : « Ein Friede, der uns die notwendigen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Sicherheiten für die Zukunft bietet und die Bedingungen erfüllt zur ungehemmten Entfaltung unserer schaffenden Kräfte in der Heimat und auf dem freien Meere... » So wird klargestellt, dass die realen Garantien, von denen der Reichskanzler in der letzten Tagung des Reichstages gesprochen hat, nicht bloss auf dem militä-

rischen, sondern auch auf dem politischen und wirtschaftlichen Gebiete zu suchen sind. Letzteres ist von besonderem Wert im Hinblick auf den von unseren Gegnern gegen uns geführten Wirtschaftskrieg und die vielfach hervortretenden Absichten, diesen fortzuführen, auch wenn die Waffen ruhen. Weiter ist hervorzuheben die Forderung ungehemmter Betätigung auf dem freien Meere. Dass so die Befreiung des Meeres als Kriegsziel proklamiert wird, ist der freudigen Zustimmung des ganzen Volkes sicher.

« Ferner ist von Wert, dass nunmehr die sorgfältige Vorbereitung unserer Friedensverhandlungen völlig zweifelfrei gestellt ist. Welche militärischen Sicherheiten wir zur Sicherung unserer Zukunft bedürfen, wird Gegenstand sorgsamster Prüfung unserer militärischen, — was wir wirtschaftlich bedürfen, werden die besten Kenner unseres Wirtschaftslebens, unsere politischen Zukunftsbedingungen unsere Staatsmänner untersuchen und feststellen...

» Vor allem aber ist es mit Befriedigung zu begrüssen, dass unser Friedensziel in restlos klarer, jede Missdeutung ausschliessender Weise kundgegeben ist. Denn an Missdeutungen und Zweifeln hat es bisher leider wahrhaftig nicht gefehlt.

» Es darf in dieser Hinsicht an die Auslegung erinnert werden, die von sozialdemokratischer Seite missbräuchlich dem Satze gegeben wurde, dass wir keinen Eroberungskrieg führen. Man legte, obwohl damit dem Sinne geradezu Zwang angetan wurde, dem Satze die Bedeutung unter, dass für uns jeder Landerwerb, ja sogar jede Erweiterung unserer Machtsphäre über die Reichsgrenze hinaus ausgeschlossen sei. Wer abweichend hiervon nur die Auffassung vertrat, dass, sofern eine Ausdehnung unserer Macht zur Sicherung unserer Zukunft notwendig sei, sie bei dem Friedenschluss erstrebt werden müsste, wurde als Gegner der Kriegsparole der Reichsregierung hingestellt. Wer gar sich erkühnte, sich zu der Ansicht zu bekennen, dass es im Interesse unserer Sicherheit gegen künftige Kriegsgefahr ohne direkte oder doch indirekte Annexion nicht abgehen werde, wurde in Acht und Bann getan. Durch solche Missdeutung wurde die Reichsregierung zum Eideshelfer für die sozialdemokratische Friedensdoktrin gestempelt und dieser eine Stütze geschaffen, ohne die sie schwerlich aufrechtzuerhalten gewesen wäre. Wie grosser Wert auf diese Stütze gelegt wurde, zeigt die Tatsache, dass auch nach der Reichstagsrede des Herrn Reichskanzlers von den materiellen Garantien für die Zukunft und ihrer Aufnahme im Reichstage daran unentwegt festgehalten wurde. *Jetzt ist dies ganz ausgeschlossen.* Ob eine Erweiterung unserer Grenzen oder unserer Machtsphäre notwendig erscheint, ist

eine Tatfrage, deren Prüfung und Entscheidung zu den obenerwähnten sachlichen Vorbereitungen für die Friedensverhandlungen gehört. Wird sie positiv entschieden, so wird uns der Friede die hiernach erforderlichen Sicherheiten bieten müssen. *Mithin wird jetzt grundsätzlich dem Satze, dass wir keinen Eroberungskrieg führen, eine Auslegung gegeben, die der sozialdemokratischen schnurstracks zuwiderläuft.* Mit dieser wird also in der Folge nicht mehr gekrebst werden können. »

Im *Tag* vom 7. August 1915.

5.

« Die Aufgabe des Tages ist, wie es scheint, danach die, die Arbeitsgemeinschaft zwischen den wirtschaftlichen Verbänden und Politikern positiver Richtung zu erweitern zu einer Arbeitsgemeinschaft zwischen diesen und der Reichsregierung. Der Weg hierzu würde voraussichtlich der sein, die leitenden Männer jener Vereinigung zu positiver Mitarbeit bei der Vorbereitung für den künftigen Frieden heranzuziehen...

» Angesichts der bevorstehenden Tagung des Reichstages ist daher die Mahnung am Platze, dass, wie die Reichsregierung mit Recht Vertrauen in bezug auf ihre Behandlung der Friedensfragen erheischt, sie auch volles Vertrauen den auf vaterländischem Boden stehenden wirtschaftlichen Verbänden und den Führern der positiven politischen Parteien im Reichstage entgegenbringen und eine fruchtbare Arbeitsgemeinschaft mit ihnen anbahnen möge. »

In der Berliner *Post* vom 15. August 1915. Die *wirtschaftlichen Verbände*, die der konservative Führer mit der Reichsregierung in engste Verbindung bringen will, sind die Unterzeichner jener an den Reichskanzler gerichteten ultra-annexionistischen Petition, die wir in diesem Buch ebenfalls im Wortlaut zum Abdruck bringen und die auch in Deutschland vielfach als « wahnsinnig » bezeichnet wurde.

6.

« Die Aeusserungen der neutralen Presse sind bedeutsam. Sie erblickt ebenso, wie bei uns alle, welche nicht durch flaumacherische Brillen sehen, in der Rede des Reichskanzlers das bündige Bekenntnis der Reichsregierung zu einer solchen *Erweiterung der Macht des Reiches*, dass in Zukunft eine Einkreisungspolitik gänzlich ausgeschlossen ist. Und zwar denkt man im neutralen Auslande bei dem dort vorherrschenden Wirklichkeitssinn *nicht an papierene Vertragsformeln*. Man schätzt solche dort mit Recht als im Ernstfalle völlig wertlos ein und versteht daher die bezüglichen Sätze der Rede des Reichskanzlers im Sinne

realer Mehrung unserer militärischen, wirtschaftlichen und politischen Macht. Auch bei uns gehört der Gedanke, die internationalen Beziehungen durch Festlegung auf bestimmte Formeln regeln zu wollen, ja ganz der Vergangenheit an. Die harte, aber nach dieser Richtung sehr wertvolle Schule des Weltkrieges hat auch uns zu Bismarckischem Wirklichkeitssinn erzogen. »

Im *Tag* vom 28. August 1915.

E.

KONSERVATIVE ZEITUNGEN.

« Deutsche Tageszeitung. »

1.

« Wie feierlich und schön waren die Verträge und Reden, mit denen seinerzeit die Neutralität des Königreichs Belgien international beteuert und « garantiert » wurde. Diese Neutralität und Neutralisierung schwanden aber wie Schnee an der Sonne, sobald es Grossbritannien gefiel, seine antideutsche Koalition politisch, militärisch und maritim zu organisieren ; Belgiens Neutralität hat Grosbritannien von 1906 vernichtet... Belgien ist, wie hier immer wiederholt dargelegt worden ist, eine Lebensfrage für die deutsche Zukunft. Belgiens Küsten und Häfen dürfen nie wieder dem Einflusse fremder Grossmächte unmittelbar oder mittelbar unterliegen... Bliebe Belgien mit seinen Festungen, Küsten und Häfen unter fremdem Einflusse, also unter feindlichem, so würde jene « Freiheit der Meere », von der die *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* vorgestern sprach, eine leere Phrase bleiben, und Deutschland sähe sich als Seemacht und als Handelsmacht auf die Gnade Grossbritanniens dauernd angewiesen... Die eifrige Beflissenheit, mit der in England jetzt seit Monaten Deutschland gemahnt wird, es solle sich durch Preisgabe Belgiens an Grossbritannien seine eigene Zukunft verbauen, wäre schon an und für sich genügend geeignet, die entsprechenden Einsichten in Deutschland hervorzurufen, wo sie etwa noch nicht vorhanden sein sollten. In jedem beliebigen Augenblicke, wo England uns als unzufriedener Vorgesetzter die Ozeane sperrte, würden jene überseeischen deutschen Kolonien nicht mehr deutscher Besitz sein... Belgien bildet eine Frage eminent grundsätzlicher Natur. Auf die Form, in der die einzelnen Zweige dieser belgischen Frage

einmal praktisch zu lösen sein werden, kommt es erst in fünfter Linie an... »

Aus einem Artikel der *Deutschen Tageszeitung* (Organ des Bunds der Landwirte) vom 28. März 1915. Der *Vorwärts*, der einige Stellen aus diesem Artikel abdruckte, bemerkte dazu, dass die Annexion Belgiens darin offen gefordert würde.

2.

« Auch diesem Feinde (d. h. Russland) gegenüber gilt es Schutzwehren aufzubauen, die uns, unsere Heimat, unsere Zukunft und das Deutschtum sichern. Es ist bezeichnend und gewährt uns eine gewisse Befriedigung, dass noch vor dem Bekanntwerden der gestrigen Erfolge das *Berliner Tageblatt* schrieb :

» Der schwere und komplizierte Kampf um die Narewlinie erbringt den unwiderleglichen Beweiss für ihren hohen defensiven Wert. Die Erlebnisse unseres Ringens während fast eines Jahres verdichten sich zu der Erkenntnis, dass *Russland solche starken Ausfallpforten gegen unser West- und Ostpreussen nicht belassen werden können*. Das ist kein « Kriegsziel », aber ein Erfordernis unserer späteren Sicherheit. »

» Wir glauben, dass im Deutschen Reiche sich nunmehr dieser Erkenntnis niemand entziehen wird und entziehen kann. »

Aus einem Artikel der *Deutschen Tageszeitung* vom 8. August 1915.

3.

« Im gelben Saal des Deutschen Reichstags, der in dieser Sitzung nicht nur die Fülle, sondern die Ueberfülle eines « grossen » Tages zwischen seinen vier Wänden zu bergen hatte, haben heute der deutsche Reichskanzler und die deutsche Volksvertretung sich über Krieg und Frieden ausgesprochen. Und Sinn und Ergebnis dieser Aussprache war in einer kurzen Formel zusammengefasst : die deutsche Reichsregierung ist, in vollem Einklange mit der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes, fest und unbedingt entschlossen, in diesem Kriege nicht nur auszuhalten, bis unsere Feinde von ihren « Vernichtungs- » Plänen abstehen, sondern ihn durchzufechten bis zu einem Siege, wie ihn eine sichere und glückliche deutsche Zukunft erfordert...

» Es waren treffende und vortreffliche Worte, die der Reichskanzler namentlich am Schlusse seiner zweiten Rede sprach ; sie lösten eine Kundgebung so elementarer Zustimmung im Hause wie auf den Tribünen aus, wie sie der Deutsche Reichstag kaum je erlebt haben dürfte.

» Und der Eindruck dieser begeisterten Zustimmung wurde noch verstärkt und vertieft durch die Erklärung, die gleich darauf der Ab-

geordnete Spahn namens aller bürgerlichen Parteien abgab : dass das deutsche Volk fest entschlossen sei, auszuhalten und zu kämpfen bis zu einem Siegespreise, der unseren ungeheuren Opfern entspricht ; bis zu einem Siege, der uns alle für unsere Zukunft nötigen Sicherheiten, einschliesslich der dafür notwendigen *Erwerbungen*, bringt. Auch dieser Erklärung folgte langanhaltender, jubelnder Beifall. »

Aus dem Artikel der *Deutschen Tageszeitung* vom 9. Dezember 1915 über die Reichstagssitzung vom 9. Dezember 1915.

4.

« Von besonderer Wichtigkeit ist der Versuch des Abgeordneten Landsberg, einen Trennungsstrich zwischen den Erklärungen des Reichskanzlers und der Kundgebung der bürgerlichen Parteien zu ziehen. Demgegenüber möchten wir doch darauf aufmerksam machen, dass der Reichskanzler bereits früher von realen Bürgschaften für unsere Zukunft gesprochen hat ; auch die Auslegung, die der Abgeordnete Landsberg dem Ausdruck « Faustpfänder » geben zu sollen glaubte, ist weder begrifflich noch tatsächlich bindend. Im übrigen ist es natürlich letzten Endes Sache des Herrn Reichskanzlers, wie er seine Worte verstanden wissen will ; festgehalten muss nur werden, dass die bürgerlichen Parteien sie offenbar anders als Herr Landsberg gedeutet haben, und dass sie nach der ganzen Tonart des Kanzlers einigen Grund zu dieser Auslegung hatten. »

Aus einem Artikel der *Deutschen Tageszeitung* vom 10. Dezember 1915 über die Reichskanzlerrede vom 9. Dezember. Der sozialdemokratische Mehrheitsabgeordnete Dr. Landsberg hatte versucht das vom Kanzler gebrauchte Wort « Faustpfänder » so zu deuten, als ob Herr von Bethmann-Hollweg damit hätte sagen wollen, dass die von der deutschen Armee besetzten Gebiete wieder zurückgegeben würden.

5.

« Ein Deutscher, der auch nur daran denkt, *Belgien* in der einen oder anderen Form wiedererstehen zu lassen, verdiente wahrlich den Namen des dummen Michel und müsste als Ehrenzeichen immer Midas Ohren tragen. »

Aus einem Artikel von Domela Nieuwenhuis Nyegard in der Zeitschrift : *Der Panther*. Zustimmend wiedergegeben in der *Deutschen Tageszeitung* vom 27. Mai 1916 als Antwort auf die im englischen Unterhaus vom dem sozialistischen Abgeordneten Ramsay Macdonald an Grey gestellte Forderung er möge Deutschland fragen ob es unmittelbar mit Beginn der Friedensverhandlungen Belgien räumen wolle.

« Preussische Kreuzzeitung. »

1.

« Die Wiederherstellung Belgiens würde nicht etwa den gleichen Zustand schaffen wie er vor dem Krieg bestanden hat, sondern einen wesentlich verschlechterten. Es würden bei Beginn eines neuen Kriegs die vereinigten Armeen der drei Staaten in die Rheinprovinzen einbrechen... Es will uns scheinen, dass der *Besitz der belgischen Küsten in unsern Händen ein Machtmittel wäre, auf das wir nicht verzichten können*, ohne uns für künftige Auseinandersetzungen mit England, auf die wir ganz gewiss werden rechnen müssen, bedenklich zu schwächen. »

Preussische Kreuzzeitung vom 24. März 1915.

2.

« In einer im übrigen nicht unsympathischen Rede in Solingen hat der Abgeordnete Scheidemann erklärt, Paasches Pläne (über das Kriegsziel) weise er entschieden zurück. Die Sozialdemokraten ständen zu dem Kaiserwort in der Thonrede vom 4. August : Wir wollen keinen Eroberungskrieg. Das wisse er ganz bestimmt, dass der Reichskanzler auch heute noch zu dieser Stelle der Thronrede halte. Während also die amtlichen Stellen es streng vermeiden, irgend etwas zu verlautbaren, was auf die Absichten der Regierung und des Reichskanzlers hinsichtlich ihrer Kriegsziele Schlüsse zuliess, wird der Reichskanzler hier von dem Abgeordneten Scheidemann für den sozialdemokratischen Standpuhkt in Anspruch genommen, dass Gebietserweiterungen beim Friedens chlusse unzulässig seien. Wir glauben nicht, dass diese Inanspruchnahme zu Recht erfolgt, aber gerade deshalb sollte man Mittel und Wege finden, sie zu verhindern oder zurückzuweisen. Die Berufung auf die Thronrede ist durchaus hinfällig. Die betreffende Stelle der Thronrede lautet nicht : Wir wollen keinen Eroberungskrieg, sondern wörtlich : « Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter. » Mit anderen Worten : Unser Motiv für den Eintritt in den Krieg ist kein offensives, sondern ein defensives. Es ist eine unlogische Umdeutung dieses Satzes, wenn man aus ihm den Entschluss oder gar das Versprechen herauslesen will, in jedem Falle von Eroberungen abzusehen. Wenn der unbeugsame Wille, unseren Platz für alle kommenden Geschlechter zu bewahren, ohne

bestimmte Gebietserwerbungen schwer durchführbar erscheint, hindert uns die Tatsache, dass wir nur zu Verteidigungszwecken das Schwert gezogen haben, in keiner Weise daran, jene *Gebietserwerbungen* vorzunehmen. »

Aus einem Artikel der *Preussischen Kreuzzeitung* vom 5. Mai 1915.

3.

« Wir wissen nun, dass wir auf ferne Zukunft hinaus unser Lebensrecht nicht auf den guten Willen und die Freundschaft der anderen Völker stützen können, soweit wir es nicht durch unsere eigene Machtstellung beweisen, und mit schweren und blutigen Opfern haben wir die Erkenntnis erkauft, in welchen Punkten diese politische, militärische und wirtschaftliche Machtstellung der Ergänzung, *an welchen Stellen unsere Grenzen des erweiterten Schutzes* bedürfen. Diese Erkenntnis wird und muss ihre Früchte tragen : *was Deutschland mit dem Blute seiner besten Söhne erkämpft hat, das kann, wenn es zur Verstärkung unserer Stellung notwendig ist, nicht wieder herausgegeben werden.* Das wird und kann auch nicht bloss zu dem Zwecke geschehen, damit Deutschland in dem Streit der Worte und der Meinungen gewissermassen eigensinnig recht behält mit der Behauptung, dass es keinen Eroberungskrieg gewollt habe. »

Aus einem Artikel : *Eroberungskrieg* betitelt, der am 29. Juli 1915 in der *Preussischen Kreuzzeitung* erschien.

4.

« Die Hoffnungen, die wir an die grosse Schlacht in Polen knüpfen dürfen, kommen bei uns in Deutschland entsprechend der Zurückhaltung, mit der wir unsere Erfolge zu besprechen pflegen, fast noch weniger klar und bedeutungsvoll zum Ausdruck, als in der neutralen und selbst feindlichen Presse. Nun hat der Kanzler der United Press gegenüber erklärt, dass Deutschland an die Siege in Polen vor allem die Hoffnung knüpfe, dass sie die Beendigung des Krieges beschleunigen würde. Diese Hoffnung teilt das gesamte deutsche Volk. Nicht in dem Sinne, dass Deutschland nach dem Siege mit Friedensangeboten an Russland hervortreten würde. Wir glauben bestimmt annehmen zu dürfen, dass davon auch bei unserer Regierung gar keine Rede ist. Wohl aber dürfen wir hoffen, dass die Angriffskraft der russischen Massenheere auf lange hinaus zu Boden geworfen sein wird, und dass die Siege in Polen uns *endgültig in den Besitz derjenigen Machtmittel setzen werden, die wir festhalten müssen,* um unsere östlichen Grenzen

anders als bisher zu schützen und uns vor der Riesengefahr von Angriffen barbarischer Russenscharen auf Jahrzehnte hinaus zu sichern... Reale Garantien forderte der Reichskanzler in seiner letzten Reichstagsrede, und reale Sicherheiten erblicken wir nur in einer *Verstärkung und Vergrösserung unserer eigenen Macht und ihres Gebietes.* Wir hoffen mit dem Kanzler, dass der Sieg in Polen die Erreichung dieses Zieles beschleunigt, aber wir wissen uns auch in Uebereinstimmung mit allen Kundgebungen des Kanzlers und Seiner Majestät des Kaisers, wenn wir sagen : Beschleunigt oder nicht, erreicht muss das Ziel werden. »

Aus einem Artikel der *Preussischen Kreuzzeitung* vom 12. August 1915.

5.

« Nachdem uns der Krieg aufgezwungen ist, müssen wir aus seinen Erfahrungen doch lernen ; dürfen wir doch nicht vergessen, dass *unsere Grenzen* sich als nicht stark genug gegen die Angriffe der gegen uns verbündeten Welt erwiesen haben, dass scheinbar neutrale Gebiete zu Einfallstoren gegen uns gemacht worden sind, und wir dürfen nicht schwächlich darauf verzichten, die Opfer, die man uns auferlegt hat durch vollen Ersatz auszugleichen. »

Aus einem Artikel der *Preussischen Kreuzzeitung* vom 23. Januar 1916.

« Die Post. »

« Die Volksstimmung, vertreten sowohl durch die wirtschaftlichen Verbände, wie zweifellos auch durch die überwältigende Mehrheit der politischen Parteien, geht jedenfalls dahin, dass, ganz abgesehen von Annexionsfragen, darunter im allgemeinen solche Massnahmen zu verstehen sind, welche die *Küste der Nordsee über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus* gegen eine plötzliche Invasion englischer Truppen sichert. Sie geht auch dahin, dass unsere *Vogesengrenze,* wie unsere Ostgrenzen eines weiteren Schutzes bedürfen. An diesem Wirklichkeitssinn des Volkes, der von jeder Utopie frei ist, kommt kein leitender Staatsmann mehr vorbei. »

Aus einem Artikel der *freikonservativen* Berliner *Post* vom 5. Mai 1915.



CHRISTLICH-SOZIALE VEREINIGUNG





CHRISTLICH-SOZIALE VEREINIGUNG

Zwei protestantische Pfarrer.

1.

« Es muss die *deutsche Weltmachtstellung*, zu welcher der Krieg von 1870-1871 die Voraussetzung geschaffen, im gegenwärtigen Völkerringen militärisch und wirtschaftlich mit allen hierzu erforderlichen Mitteln gefestigt werden. Das ist nicht Eroberungssucht, das ist ein Gebot der nationalen Selbsterhaltung. »

Julius Werner, Pfarrer an der Paulskirche zu Frankfurt a. Main, in der *Preussischen Kreuzzeitung* vom 1. Januar 1916.

2.

« In Ihrem Blatte lese ich : « Die geschichtlich Gebildeten dürfen weiter schweigen. » Sie weisen dann darauf hin, dass *Belgien nur ein Begriff zufälliger, kurzlebiger und verlegenheitspolitischer Staatsbildung* war und weisen darauf hin, dass von alledem nichts gesagt werden darf. Gewiss kann nicht alles gesagt werden, was man gern sagen möchte, aber gerade die geschichtlich Gebildeten unseres Volkes, die zur Tagesschriftstellerei Begabung haben, tun nach meinem Empfinden nicht, was zur Stunde nötig wäre. Gewiss liest man hie und da in den Blättern vom Flamenvolk, von dem Deutschtum in den baltischen Provinzen. Man liest aber noch viel zu wenig davon. Die geschichtlich Gebildeten sollten unsere Presse weit mehr, als das geschieht, bedienen und von der Vergangenheit von Flamland, wie von der Vergangenheit von Kurland, vom niederdeutschen Volksstamme und vom deutschen Ritterorden sprechen.

» Es mag mitunter unbequem sein, den letzten Satz solchen Artikels in der Feder zurückhalten zu müssen. Aber ist es immer nötig, das Tipfelchen auf das i zu setzen ? Wer Artikel geschichtlicher Art zu lesen versteht, wird sich das Tipfelchen schon selbst heraufzusetzen verstehen ! Wir viel überlasteten Politiker können nicht immer so, wie wir möchten, in der Vergangenheit schürfen ; darum möchte ich diesen Notschrei an die « geschichtlich Gebildeten » ergehen lassen: Schreibt

aus der Vergangenheit, was für die Gegenwart zu wissen nötig ist : die Schlussfolgerungen werden die Leser schon ziehen, solange es nicht möglich ist, die Schlussfolgerungen auszusprechen ! »

Aus einer Zuschrift des *christlich-sozialen Reichstagsabgeordneten Lizentiat Mumm* an die *Berliner Neuesten Nachrichten* vom 29. März 1916. Die sozialdemokratische Presse druckte diese Notiz unter dem Titel nach : « Annexionspropaganda im Gewande historischer Abhandlungen ».

NATIONALLIBERALE PARTEI



NATIONALLIBERALE PARTEI

A.

IM PARLAMENT.

Im Reichstag.

1.

« Die unerhörten Opfer an Gut und vor allen Dingen an Blut verlangen ein Entgelt — nicht etwa, als ob irgendwelche Landgebiete, irgend eine Menge Gold jemals ein Ersatz sein könnten für das Blut, das geflossen ist, — sondern lediglich in dem Sinne, dass uns für die Opfer die Verpflichtung auferlegt ist, reale, *greifbare Sicherheiten* dafür zu schaffen, dass die Gefallenen nicht umsonst gestorben sind.... Wenn diese reale Sicherheit eine *Erweiterung unserer Grenze* verlangt, wenn militärische Notwendigkeiten es erforderlich erscheinen lassen, diese Grenze anders zu gestalten, um besser gerüstet zu sein gegen Angriffe, um weniger neue Blutopfer bringen zu müssen, so halten wir es für eine tiefsittliche Pflicht, darauf zu bestehen, dass diese Veränderung der Grenze eintritt. »

Aus einer Rede des Abgeordneten *Schiffer* in der Reichstagssitzung vom 29. Mai 1915.

2.

« Ich sehe in den *Ostseeprovinzen* ein *deutsches Land*, in dem die Balten den deutschen Geist und die deutsche Kultur hochgehalten haben. Gäben wir dieses Land auf, so würden wir für das um so stärkere Einsetzen der Russifizierung die Verantwortung vor der Geschichte tragen. Auch in Bezug auf das vlämische Volk sind wir mit dem Programm des Reichskanzlers einverstanden. Die belgische Frage hat aber auch eine wichtig politische Seite. Soll *Belgien* nicht wieder ein Glacis für unsere Feinde werden, so muss *nicht nur der Status quo ante ausgeschlossen* sein, sondern die militärische, politische und wirtschaftliche *Obergeltung Deutschlands muss gewährleistet sein.* »

Aus einer Rede, die der Abgeordnete *Stresemann* im Namen der *nationalliberalen Fraktion* (46 Mitglieder) am 6. April 1916 im *Reichstag* hielt.

Im preussischen Landtag.

1.

« Der Abg. Braun hat von Leuten gesprochen, die sich bereichern, und hat gesagt, das seien auch die Annexionspolitiker. Gegen diese schamlose Verleumdung ehrlicher Männer, die ihre Ueberzeugung dahin aussprechen, dass wir *diesen Krieg nicht ohne eine Vergrösserung unseres Reichsgebietes abschliessen dürfen*, gegen diese schamlose Unterschiebung der niedrigsten Motive lege ich schärfste Verwahrung ein. Der Abg. Braun meinte, das deutsche Volk wolle geschlossen keine Annektion und keine Eroberung. Es ist eine Anmassung der Sozialdemokraten, sich als Vertreter des deutschen Volkes auszugeben. »

Aus einer Rede, die der *nationalliberale* Abgeordnete *Paul Fuhrmann* am 24. Juni 1915 im *preussischen Abgeordnetenhaus* hielt.

2.

« Dem Verlangen des Abg. Hirsch, sich in aller Form *gegen Annexionen* auszusprechen, kann der Reichskanzler gar *nicht nachkommen*, angesichts der Tendenzen nach nationaler Ausdehnung in den feindlichen Ländern.

« Der Abg. Hirsch wünscht, dass Belgiens politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit wiederhergestellt würde. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass Belgien keineswegs das neutrale Land gewesen ist, als das es uns am 4. August 1914 erschien. »

Aus einer Rede, die der nationalliberale *Abgeordnete Dr. Friedberg* in der preussischen Landtagssitzung vom 17. Januar 1916 gehalten hat.

3.

« Die Verhältnisse haben sich so zugespitzt, dass der Raum allen für die Erörterung der Kriegsziele freigegeben werden muss. Von oben werden Schlagworte wie « Schutz der kleinen Völker », « Freiheit der Meere » ausgegeben. Das sind ideale, aber keine realen Dinge. Damit wird keine Begeisterung entfacht. Dazu bedürfen wir der Bekundung *grosser Ziele*. Fast überall wird die Ziellosigkeit unserer Staatsleitung als bedauerlich empfunden. Der Krieg ist herausgeboren aus der grossen Notwendigkeit unserer Zeit und wenn wir unsere Feinde in diesem Kriege nicht niederringen, ist die Gefahr nicht ausgeschlossen, dass wir zur Nation zweiten Ranges werden... »

Aus einer Rede des *nationalliberalen* Abgeordneten *Bacmeister* in der Sitzung des *Preussischen Landtags* vom 23. Februar 1916.

B.

REDEN AUSSERHALB DES PARLAMENTS.

Der nationalliberale Parteiführer.

1.

« Wir wissen es : Siegreich wird der deutsche Adler seine Schwingen entfalten und aufsteigen zu stolzerer Höhe als je. *Und wir werden die Länder, die gedüngt sind mit deutschen Blute, festzuhalten wissen auch für alle Zukunft.* Die heisse Liebe zu unserem deutschen Vaterland macht uns stark, die grössten Opfer zu bringen. Mögen wir darum aber auch festhalten, was wir errungen, und dazu erwerben, was wir brauchen. »

Aus einer Rede, die der Reichstagsabgeordnete *Bassermann* Anfang Dezember 1914 bei der Abschiedsfeier der nationalliberalen Fraktion des Reichstags unter stürmischem Beifall hielt. Die Berliner Blätter brachten den Bericht darüber am 5. Dezember 1914. Die nationalliberale Reichstagsfraktion zählt 46 Mitglieder.

2.

« Dieses Volk, das so im Felde steht und so drinnen erfüllt ist von den Geboten der Pflicht für das heilige deutsche Vaterland, dieses Volk hat auch den festen Willen, herauszuholen aus diesem Kriege, was unser Heer und unsere Marine herausholen können, und nicht zu ruhen, ehe Englands Weltmachtdünkel vollständig niedergebeugt ist. Das will unser Volk. *Und das grössere und stärkere Deutschland muss kommen.* Wir lehnen ab eine Politik des schwächlichen Zurückweichens und falscher Illusionen, wir lehnen ab eine Politik der Umwerbungen und Freundschaften. Heute ist der Moment gekommen, wo deutsche Weltpolitik das Gebot der Stunde sein muss. »

Aus einer Rede, die der Reichstagsabgeordnete *Bassermann* im Mai 1915 in *Köln* hielt, nach einer Tagung der Nationalliberalen. Bericht der *Nationalliberalen Korrrespondenz* Nr. 14.

Der Vize-Präsident des Reichstags.

1.

« Ueber die Friedensziele dürfen wir nicht sprechen, aber das muss zum Ausdruck gebracht werden, dass im Herzen eines jeden Deutschen der Wunsch lebt : *Das mit so viel deutschem Blut eroberte feindliche Land geben wir nicht mehr heraus* ! Wir müssen heran an den englischen

Kanal und wenn wir nochmals von vorne anfangen und die alten Zwingburgen aufs neue erobern müssten. Das deutsche Volk verlangt auch, dass wir uns im Osten sichern vor neuen Einfällen der russischen Horden, — nicht wieder darf die Feder verderben, was das Schwert errungen. »

Aus einer Rede, die der nationalliberale Abgeordnete und Vizepräsident des Reichstags *Paasche* am 18. April 1915 in *Kreuznach*, dem Hauptort seines Wahlkreises hielt. Bericht des « Oeffentlichen Anzeiger für den Kreis Kreuznach ». An diese Rede knüpfte sich eine Press-Polemik. Gewisse demokratische Blätter bezweifelten, dass die Ansichten Paasches sich mit denen der nationalliberalen Partei deckten. Worauf das offiziöse Organ der Partei, die *Nationalliberale Korrespondenz*, antwortete : « Auf die Frage, ob die Anschauungen des Herrn Paasche sich decken mit denjenigen der nationalliberalen Partei, glauben wir dem *Berliner Tageblatt* die bestimmte Antwort geben zu können, dass dies allerdings der Fall ist. »

2.

« Der Vizepräsident des Deutschen Reichstags, *Prof. Paasche*, hielt in der Kolonialgesellschaft *Elberfeld* einen Vortrag über : « Deutschlands Kolonien und der Weltkrieg », in dem er ein vollständiges koloniales Zukunftsprogramm entwickelte. Er ging aus von der gegenwärtigen Lage der deutschen Kolonien, die nicht gerade zu optimistischen Hoffnungen verleiten könne... Die Lage auf den europäischen Schlachtfeldern sei nicht günstiger als schon Monate vorher. Vielleicht sei gar nicht auf den vollen Sieg zu rechnen, den mancher im Anfang des Krieges erträumt habe. Aber das deutsche Volk sei nicht zu überwinden, und so bestehe doch noch die Hoffnung auf den vollen Sieg. Wird er erkämpft, dann muss er uns Ersatz für die verlorenen und geschädigten Kolonien bringen. *Etwa das schöne Kiautschou wieder zu erringen, halte er nicht für erstrebenswert.* Es wäre doch nicht gegen die japanische Grossmacht zu halten. Unser kultureller und wirtschaftlicher Einfluss im fernen Osten werde uns doch bleiben, wenn wir mit Japan in ein gutes Verhältnis kommen. Dahin brauchten wir unsere koloniale Macht nicht zu konzentrieren. Wohl aber dahin, wo sich unsere grösseren und wertvolleren Kolonien befinden — *nach Afrika*. Als Siedelungsgebiete kommen sie nicht in Betracht, nur als Rohstoffgebiete ; als solche aber seien sie von grosser Wichtigkeit für unsere Volkswirtschaft. *Diese Kolonien müssten wir nicht nur behalten, sondern auch bedeutend erweitern*. Da winke das gewaltige Gebiet von Belgisch- und Französisch-Kongo, auch portugiesisches Kolonialgebiet liege auf unserem Wege. Ob wir uns mit England über Uganda verständigen würden, sei später zu entscheiden. So könnten wir uns ein Kolonialreich

schaffen, ein Deutsch-Afrika, das uns mehr wert sei, als den Engländern Indien. Daran müsse uns mehr liegen, als in Europa etwa so und soviel Russland usw. einzuheimsen. Je mehr sich unsere Volkswirtschaft entwickelt, um so dringender bedürfen wir *eines grossen Kolonial-Reichs.* Auf die Weise sei die Zukunft Deutschlands, für das Tausende auf den Schlachtfeldern starben, am besten sicherzustellen. »

Bericht der deutschen Blätter vom 17. April 1915.

Ein nationalliberaler Bauernabgeordneter.

« Unser Vaterland muss grösser sein ; wir dürfen uns nichts nehmen lassen, wir hätten sonst nichts erreicht, als dass wir nur gesiegt haben. Wir wollen auch den Lohn des Sieges haben. *Wir wollen nicht wieder alles herausgeben.* »

Aus einer Rede, die der nationalliberale Abgeordnete *Wachhorst de Wente* dem *Deutschen Kurier* zufolge Mitte April 1915 in *Tangermünde* über seine Fahrten durch das französische und belgische Kampfgebiet hielt. Der *Vorwärts* schrieb dazu am 27. April 1915 : « Es gibt wohl kaum noch einen nationalliberalen Abgeordneten, der nicht öffentlich seinem Verlangen nach Annexionen Ausdruck gegeben hätte. Aber der Beifall der zufälligen Zuhörer beweist noch keineswegs, dass das deutsche Volk gleiche Wünsche hegt. Es fehlt den breiten Massen nur an der Möglichkeit, eine entgegenstehende Agitation in öffentlichen Versammlungen betreiben zu können. »

Der Führer der sächsischen Nationalliberalen.

1.

« Ueber das Kriegsziel gehen die Meinungen allerdings auseinander, aber darin sind wir alle einig, dass uns der Ausgang dieses Krieges eine dauernde Sicherung des Friedens bringen soll. All unsere Friedensliebe und all unsere Liebenswürdigkeiten gegen andere Völker konnten uns nicht vor dem Weltkrieg bewahren. Daraus müssen wir jetzt die Konsequenzen ziehen. *Für das was der König von Bayern auf dem Kanalvereinstag in Fürth ausgesprochen hat, müssen wir ihm danken.* Es muss ein Aufatmen durchs deutsche Volk gehen, dass ein deutscher Bundesfürst es ausgesprochen hat, dass wir *den neuen Weg zum Meer*, den wir uns erkämpft haben, uns nicht mehr nehmen lassen wollen. »

Aus einer Rede des *nationalliberalen* Reichstagsabgeordneten *Dr. Stresemann*, die er am 8. Juni 1915 zu *Frankfurt am Main* in einer vom Verband mitteldeutscher Industriellen und der Frankfurter Ortsgruppe des Hansabundes einberufenen öffentlichen Versammlung, hielt. Bericht der *Frankfurter Zeitung* vom 9. Juni 1915.

2.

« Wir müssen so stark werden und unsere Gegner so rücksichtslos schwächen, dass uns kein Feind mehr anzugreifen wagt: dazu ist unbedingt eine *Grenzveränderung im Westen wie im Osten* erforderlich. »

Aus einer Rede, die der nationalliberale Abgeordnete *Dr. Stresemann* am 25. Juli 1915 in einer gemeinsamen Sitzung der *Nationalliberalen Partei für die Rheinprovinz* und des *Nationalliberalen Zentral-Komitees der Provinz Westfalen* hielt. Den Vorsitz führte Professor Moldenhauer-Köln. Nach dem in den Blättern erschienenen Bericht waren von Abgeordneten u. a. noch anwesend Bassermann, Fuhrmann, Haarmann, Böttger, Hirsch-Essen, ferner zahlreiche Vertreter der rheinisch-westfälischen Industrie.

Ein Handelskammersyndikus.

« Nicht vom Hass wollen wir uns gegenüber England leiten lassen, aber vom Zorn auch beim Friedensschluss. Lassen Sie uns nur einen Frieden schliessen, der Deutschland *vermehrte Seegeltung, neue Kohlenstationen, Flottenstützpunkte und neue Siedlungsgebiete bringt*, einen Frieden, der made in Germany ist. »

Aus einer Rede, die der *nationalliberale* preussische Landtagsabgeordnete *Dr. Beumer*, Handelskammersyndikus, am 3. Oktober 1915 in *Bremen*, in einer von der *Bremer Handelskammer* einberufenen öffentlichen Versammlung hielt. Bericht der « Bremer Bürgerzeitung » vom 5. Oktober 1915.

Graf zu Hoensbroech.

« Was wird das vor uns liegende Jahr bringen ? Ende des Kampfes ? Das steht in Gottes Hand. Dass es neue Opfer von uns verlangt, das ist wohl nicht zweifelhaft. Sind wir bereit, auch diese Opfer weiter zu bringen ? Ein millionenfaches Ja soll unserem Kaiser in diesen Tagen entgegenschallen. Was nützten alle Opfer der Vergangenheit, wenn wir die Zukunft nicht hätten ? *Es handelt sich nicht mehr um die Abwehr der Feinde von unseren Grenzen, — das ist längst erreicht* — es handelt sich jetzt um die politische und wirtschaftliche Sicherstellung Deutschlands durch unseren weiteren militärischen Erfolg. Der hartnäckigste Feind wird England sein. England, der grosse Regisseur in diesem Weltendrama, kämpft mehr wie die anderen um seine Weltstellung und seine Existenz. Die Welt muss von diesem Vampyr, wie Graf Reventlow England treffend bezeichnet, befreit werden, erst dann wird für Deutschland die Zeit kommen, in der es seine Kräfte frei entfalten kann, erst dann wird Deutschland die Stellung in der Welt

geniessen, welche ihm Vergangenheit und Geschichte zuweisen. Nur auf der Macht, die wir uns in diesem Kriege erringen, darf sich das spätere Verhältnis zu unseren Gegnern aufbauen, die Macht allein gibt das sichere Fundament, auf dem der Neubau unserer späteren Beziehungen errichtet werden kann. Alle anderen Versuche, einen tragfähigen Boden zu gewinnen, sind trügerisch und würden uns Verhältnisse schaffen, die den Keim neuer Verwicklungen enthielten. Die ungeheuren Opfer, die Deutschland bringt, erfordern einen unbedingt sicheren Schutz gegen die Wiederkehr solcher Katastrophen. Das stolze England ist vom Gläubiger zum Schuldner herabgesunken. Der Islam ist gegen seinen Unterdrücker aufgestanden. In Persien, Indien und Aegypten brennt es. Sollen wir da dem Strafgericht der göttlichen Vorsehung in den Arm fallen ? Nein, wir sind zu Mitvollstreckern dieses Strafgerichts berufen. Darum durchhalten, bis sich dieses Gericht vollzogen hat. »

Aus einer Rede, die der *Graf zu Hoensbroech* am 28. Januar 1916 in *Essen* hielt auf einer gemeinsamen Kaisers-Geburtstagsfeier des *Nationalen Arbeitervereins Werk Krupp* und des *Vereins der Kruppschen Beamten.* Bericht der *Rheinisch-Westfälischen-Zeitung* vom 31. Januar 1916.

C.

ZEITUNGSARTIKEL DES REICHSTAGSABGEORDNETEN

Ernst Bassermann.

1.

« Für seine materiellen Interessen richtete England seine Seediktatur auf, die unerträglich geworden ist für Deutschland und darüber hinaus für alle neutralen Staaten. Dieser das Rückgrat zu brechen, ist Ziel und Preis des uns aufgedrungenen Krieges. Dafür müssen für Deutschland die notwendigen Sicherheiten errungen werden. Nach *Westen* hin und an der *Nordsee*, um künftighin sich feindlichen Ueberfall vom Halse zu halten. Im *Osten* aber müssen die Schranken aufgerichtet werden gegen die Ueberflutung der germanischen Welt durch dasRussentum. Dagegen müssen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und die Türkei sichergestellt werden. Hier winkt ein hohes Ziel, das nur mit eiserner Energie erreicht werden kann, aber auch erreicht werden muss, wenn der russischen Walze ein dauerndes Halt geboten sein soll. Die Interessensphären, die wir uns mit deutschem Fleiss und deutschem Können in Kleinasien gewonnen haben, sind zu sichern

gegen Russlands Drang nach dem Westen und seinen Vormarsch durch Kleinasien nach Konstantinopel. Was auf dem Gebiete der Kolonien erreicht werden muss, ist zweite Frage, im Vordergrunde steht die eiserne Notwendigkeit, in Europa uns die Sicherheit zu gewinnen, die uns künftige Kriege vom Halse hält und der Welt den Frieden sichert. »

Aus einem Artikel im *Hamburger Fremdenblatt* vom 9. April 1915.

2.

« Auch im Baltikum wird das Deutschtum gestärkt aus diesem Krieg hervorgehen. Eine Aufgabe des Friedensschlusses ist die Sicherung unserer deutschen Volksgenossen im Ausland. *Wo die Eroberung der Lande, in denen sie wohnen, nicht möglich ist*, erwächst uns die Pflicht das Deutschtum gegen Vergewaltigung zu schützen... »

Aus einem Artikel : « Unser Zug in die Baltenmark » in den *Münchener Neuesten Nachrichten* vom 13. Mai 1915.

3.

« Die Weichheit schwindet und rücksichtslose Anwendung aller Kriegsmittel fordert das Land.

» Wir stehen gegen eine Welt von tapferen Feinden, wir stehen gegen neutrale Wechsler und Händler : ein Heldenvolk, das seine Schicksalstunde erkannte und einig wurde. Von festem Willen zur Macht, zum *grösseren und stärkeren Deutschland* sind unsere Armee und die daheim Gebliebenen erfüllt.

» Nicht Utopien im schwarzen Erdteil jagen wir nach, nicht dort liegt unsere Zukunft. Solange England das Reich der stolzen Amphitrite schliessen kann, ist Besitz in fremden Erdteilen unsicherer Besitz. Als Blutdünger erwächst uns auf europäischem Boden eine deutsche Saat, und die Tränen derer, die ihre Lieben hingaben, werden wir stillen, wenn wir ihnen sagen können : auch dein Sohn, dein Gatte und Vater ist für dieses *grössere und stärkere Deutschland* gefallen.

» Unsere Staatsweisheit muss bedenken, dass nach solchem furchtbaren Kriege nicht Enttäuschung und Steuererhöhungen der Lohn sein darf. Mögen die Früchte langsam reifen, langsamer als wir dachten, aber reif werden sie, dafür wird die starke sonnige Kraft des Germanentums sorgen. Pflicht aller Patrioten ist es, darauf zu achten, dass *nicht schwächliche Friedenssehnsucht* zugreift, sobald sich uns eine Hand eines weichenden Feindes entgegenstreckt. Das darf nicht sein. Blutige Opfer sind gebracht, und weitere werden fallen, sie müssen die Grundlage bieten für eine *territoriale Ausgestaltung unseres Vaterlandes*, für Gren-

zen im *Osten und Westen*, die uns den Frieden auf Menschenalter sichern. Heute ist alles so wunderbar, so heldenhaft, es ist, als ob Bismarcksche Feuerströme durch unser Volk flössen, es ist ein Volkskrieg geworden, wie ihn die Welt nie gesehen hat.

« Nirgends ein Verzagen, überall der feste Wille, durchzuhalten, zu siegen und einen Frieden zu erringen, der die deutsche Macht vermehrt und sichert gegen feindlichen Einbruch, uns ein grösseres und stärkeres Deutschland bringt. Das Volk wird den Preis heimbringen aus blutigen Schlachten, der ihm seine Zukunft sichert. Mag der Krieg dauern, bis das Ziel errungen ist, das wir erstreben. Wir halten aus und halten durch ! »

Aus einem Artikel im *Deutschen Kurier* vom 2. August 1915. Die gesamte konservative und nationalliberale Presse druckte diesen Artikel nach.

4.

« Je sicherer unser Auftreten, je entschiedener und festumrissener unsere Kriegsziele sind, je mehr es uns gelingt, den Feind von unserem unerschütterlichen Entschluss nur einen Frieden zu schliessen, der uns *die zu unserer Sicherung notwendigen Gebietserwerbungen im Osten und Westen* bringt, zu überzeugen, desto näher rücken wir dem Frieden, wie wir ihn angesichts der furchtbaren Opfer benötigen und fordern. Ist auch heute noch, da wir am Ausgang des Jahres 1915 stehen, unsere Zuversicht auf den endgültigen Sieg begründet ? Wir können die Frage getrost mit « ja » beantworten ! Wenn wir heute unsern *Blick auf Flamen und Balten* richten, dann ist es nicht Eroberungslust, die uns in die Weite schweifen lässt, sondern es ist die Sorge, dass germanische Stämme in Franzosen- und Russentum vergewaltigt untergehen und die Macht unserer Feinde sich ins Ungemessene mehrt, bis wir in unserem nationalen Wesen durch sie erstickt und erdrückt werden. Und wenn unser Blick aus dem nassen Dreieck hinüberschweift nach den *flandrischen Küsten*, dann ist es die Notwendigkeit uns den Aussgang zum Weltmeer zu sichern, der einem Weltvolk bitter not tut. Das hat ein weitsichtiger Mann wie Ballin noch kürzlich ausgesprochen. »

Aus einem Artikel in der *Magdeburgischen Zeitung* vom 1. Januar 1916.

5.

« Volk und Parlamentsmehrheit sind sich völlig einig, dass wir, wie Dr. Stresemann es am 18. Januar es nochmals zum Ausdruck brachte, einen sicheren Frieden, ein geschütztes Deutschland, *ein grösseres Deutschland*, ein lebenskräftiges, ein zukunftsicheres Deutschland mit

allen Mitteln durchsetzen müssen... Davon wird sich wohl die Leitung unserer Politik überzeugt haben, dass unser Volk in seinen wertvollsten Bestandteilen reale und *keine papiernen Garantien* des künftigen Friedens und seiner eigenen Sicherheit aus diesem blutigen Kriege herausholen und, bis dieses Ziel erreicht, durchhalten und den Krieg fortsetzen will. Jede andere Politik bereitet uns nicht nur den nächsten Krieg vor, sondern schafft auch im Innern eine solche Unzufriedenheit und Enttäuschung, dass darunter das Staatsgefüge in schwere Erschütterung gebracht würde. »

Aus einem von *Ernst Bassermann*, dem Führer der nationalliberalen Reichstagsfraktion, *an die Wähler seines Wahlkreises Saarbrücken* gerichteten schriftlichen Bericht über seine Tätigkeit im Reichstag, den die *Saarbrücker Zeitung* Mitte Februar 1916 abdruckte. Die *Dresdener Volkszeitung* vom 21. Februar 1916 bemerkte dazu : « Herr Bassermann singt uns das schon so oft gehörte Lied vor, dass wir nicht papierene, sondern reale Garantien für die Sicherheiten Deutschlands und den künftigen Frieden haben müssten. Wie diese realen Garantien aussehen, darüber sagt er nichts, aber es ist ja bekannt, dass Herr Bassermann damit die *Annexion fremder Gebiete* meint. »

D.

NATIONALLIBERALE ZEITUNGEN.

« Tägliche Rundschau. »

1.

« Diese Meisterschöpfung aus *wiedergewonnenen deutschen Landen* ist durch die *Eroberung Belgiens* das Buch der Gegenwart geworden. »

Aus einer Kritik der *Täglichen Rundschau* über die im Jahr 1915 im Verlag von Wilhelm Borngräber (Berlin) herausgekommene billige Ausgabe des *Ullenspiegel* von *Charles de Coster*. Der oben zitierte Satz stand in Riesenlettern auf dem *Reklameumschlag*, mit dem das Buch in den Schaufenstern ausgestellt wurde.

2.

« Wenn Herr Dernburg wirklich gleichsam die freiwillige *Räumung Belgiens* unseren Feinden angeboten hätte, so wäre das *eine Unerhörtheit*, gegen die wir uns aufs unzweideutigste verwahren müssten. Wenn er wirklich gesagt hätte, Deutschland könne nicht an Vergrösserung in Europa denken, so wäre das eine ausserordentliche Anmassung. »

Aus einem Artikel der *Täglichen Rundschau* vom 1. Mai 1915 über die Reden des ehemaligen Staatssekretärs Dr. Bernhard Dernburg in Amerika.

3.

« Wie einst in den Tagen des Hasses, so bleibt heute in der Stunde ruhiger Besonnenheit die Erkenntniss in Deutschland bestehen, dass ein Frieden zwischen Deutschland und England nur auf einer von uns zu erkämpfenden Grundlage möglich ist, die *unsere Stellung in Europa und der Welt*, auf dem freien Meere und in unserm künftigen Kolonialreiche *militärisch*, *politisch*, *wirtschaftlich so stark* macht, dass jeder neue englische Angriff dagegen von vorneherein zur Ohnmacht verurteilt wäre. »

Aus einem Artikel des nationalliberalen Abgeordneten Paul Fuhrmann, in der *Täglichen Rundschau* vom 21. August 1915.

4.

« Ueber Friedensbedingungen und Kriegsziele zu sprechen — ist der deutschen Presse untersagt. Ob man damit einverstanden ist oder nicht, es ist der Wille der obersten politischen und militärischen Leitung, der respektiert werden soll und muss. Nur muss das Gebot für alle gelten. Es geht nicht an, dass die Befürworter eines schwächlichen Friedens, der fast einem Frieden um jeden Preis gleichkommt, immer wieder ihre Stimme erheben und unter Nichtachtung des Burgfriedens mit hämischen Bemerkungen über die Andersmeinenden, die den ganz überwiegenden Teil des deutschen Volkes bilden, sich als Wortführer des deutschen Volkes aufspielen, so dass im Ausland die Meinung erweckt wird, als herrsche im deutschen Volke Kriegsmüdigkeit und der Wunsch, zum Frieden zu kommen, auch wenn seine Bedingungen unseren Anstrengungen, Opfern und Siegen nicht entsprächen... In den Preussischen Jahrbüchern wird die Liste einer Anzahl hervorragender Männer veröffentlicht, die *gegen jeden Landerwerb im Westen sich aussprechen.* Die *weit grössere Liste* nicht weniger hervorragender Männer, die *anderer Ansicht* sind, darf nicht veröffentlicht werden. »

Aus einem Artikel der *Täglichen Rundschau* vom 10. November 1915 über « Friedensbedingungen und Kriegsziele ».

5.

« Als feststehendes Ziel für Regierung und Regierte gilt vom heutigen Tage : Kein Friede, der uns nicht unsere Grenzen im Westen und Osten gewährleistet, *Schwächung Russlands durch Landeserwerb, Hand auf Belgien*, dass es nicht französisch-englisches Aufmarschgebiet und Ausfalltor werden kann. Wir halten eine Schwächung Russlands für

unsere Zukunft durchaus für notwendig, unter anderem auch deswegen, weil wir Siedlungsland brauchen, und sind auch der Meinung, dass eine Landabtretung durchaus nicht ein dauernd schlechtes Verhältnis zu unserem östlichen Nachbar bedingen muss; aber wir glauben, dass wir das Land, das wir von Russland abtrennen wollen, um unsertwillen, um unserer Zukunft und unserer Sicherheit willen abtrennen, nicht aber um Letten, Litauer und andere Völker zu befreien. Auch kann es uns ganz gleichgültig sein, ob wir unsere Kriegsentschädigung an Land von einem « reaktionären » oder freiheitlichen Russland erhalten... Zum mindesten ebenso wichtig für unseres Volkes Zukunft als die Aufrichtung eines Abwehrdammes im Osten ist die Sicherung *im Westen*, die Erringung einer Machtstellung, die die Entwicklung unseres Handels von Hemmnissen und Gefährdungen befreit. Die Voraussetzung dafür ist die Schaffung von Garantien im Westen, die *Belgien* wirtschaftlich, militärisch und politisch in unsere Einflusszone bringen und englische Anschläge von dieser Seite her unmöglich machen. »

Aus einem Artikel der *Täglichen Rundschau* vom 6. April 1916.

« Leipziger Neueste Nachrichten. »

1.

« Wie denn, wenn trotz der Abmachung von London morgen schon einer der Feinde mit Friedensanträgen käme ? Soll erst dann die öffentliche Debatte beginnen ? Sollen erst dann all die unendlich schwierigen wirtschaftlichen Fragen in Stunden oder in wenigen Tagen sachlich erledigt werden ? Da müssen Industrielle, Reeder, Kaufleute, kolonialpolitische Kreise, Finanziers gehört werden, die Militärs müssen zu Worte kommen und auch die allgemeine Stimmung muss abgetastet werden. Mit der absoluten Genügsamkeit derer, die grundsätzlich jeden Landerwerb ablehnen, die uns also gedankenlos in dieselbe Lage bringen wollen, die uns in den schweren Daseinskampf führte, ist es so wenig getan, wie mit der Ueberspanntheit, die am liebsten die halbe Welt verlangen würde. Aber auch hier sind Licht und Schatten gleichmässig zu verteilen.... Zur Erreichung des Zieles, das der Kanzler in seiner Reichstagsrede selbst gestellt hat : Für alle Zukunft uns gegen einen Angriff zu sichern, brauchen wir *Machtzuwachs*, brauchen wir vor allem den Weg aus dem « nassen Dreieck » zum Meere, zum Weltverkehr, *und die auf Englands Brust gerichtete Pistole* (*Antwerpen*). Sonst geht die alte Litanei weiter. »

Aus dem Leitartikel der *Leipziger Neuesten Nachrichten* vom 24. März 1915.

2.

« Herr Dernburg hat gewiss seine Verdienste. Er verlebt den Krieg jenseits des Ozeans, aber er legt sein Haupt nicht müde in den Schoss Uncle Sams, sondern er wandert Tag für Tag in Versammlungssäle, schreibt Artikel, hält Besprechungen ab, ist tätig, wie es die Pflicht des Patrioten ist. Handelt er zuweilen auch im amtlichen Auftrag ? Oder doch in jener halbamtlichen Form, die Bismarck so liebte, um Fühler auszustrecken und im gegebenen Fall ein Dementi losschmettern zu können ?

» Jüngst hat Herr Dernburg einen Brief geschrieben, den man in einer deutschen Massenversammlung verlesen hat und der zum Gegenstande zahlloser Artikel wurde. Denn wenn auch schon vorher manche Stimmen aus ganz bestimmt umgrenzten Lagern sich in dem Sinne erhoben, *dass Deutschland als Sieger Belgien aufgeben*, auf jeden Landerwerb verzichten und sich mit schönen Handelsverträgen, allerlei Garantien für die bekannte « offene Tür » und die « Freiheit der Meere » und ihre « Neutralisierung durch ein gemeinsames und wirksames, von allen Mächten garantiertes Abkommen » begnügen müsse, so ist doch Herr Dernburg nicht Irgendwer, sondern er ist einst Staatssekretär im Deutschen Reiche gewesen...

» Herr Dernburg soll auch gesagt haben : « Deutschland kann nicht daran denken, *sich in Europa zu vergrössern*, weil es zu diesem Zweck Völker unterjochen müsste, die es nicht freiwillig aufnehmen würden. » *Das kann natürlich von Herrn Dernburg nicht gesagt worden sein.* Denn seine geschichtlichen Kenntnisse müssen ihm sagen, dass noch niemals Reiche durch « freiwillige Aufnahme » Fremder gegründet worden sind, und dass ein solches Kriterium jede politische Entwicklung, auch jede Kolonisation zum Stillstand bringen würde. »

Aus einem « Herr Dernburg im Irrtum » betitelten Artikel der *Leipziger Neuesten Nachrichten* vom 17. Mai 1915.

3.

« Dass diese Freiheit der Meere nicht errungen werden kann, wenn England allein die Küsten der Nordsee beherrscht, wenn es also, wie bisher, nur einen Vasallenstaat wie Belgien an seiner Seite duldet, wenn es über den Kanal verfügt und gar noch durch den Besitz von Havre, Dünkirchen und Calais diese Verbindung der Meere wie einen Binnenstrom einengt, und wenn es schliesslich die Dardanellen selbst oder die beherrschenden Inseln einsteckt, ist so klar, dass jedes Wort darüber Verschwendung wäre... Nur aus eigener, gesteigerter und gesicherter

Kraft können wir das Amt führen, das wir mit der Sicherung des freien Meeres uns selbst setzen, und ganz gewiss wird auch Herr von Bethmann den einfachen logischen Schluss nicht verfehlen, dass wir, wenn wir « Sicherheiten » schaffen wollen, auch *neue Grundlagen* für den Widerstand gegen künftige Anmassung durch den entsprechenden *Zuwachs an Machtbesitz* erlangen müssen. »

Aus einem Artikel der nationalliberalen *Leipziger Neuesten Nachrichten* vom 13. August 1915.

4.

« Ein deutscher Frieden kann nur aufgebaut werden *im Sinne* der *Erklärung, die der Zentrumsführer* im Namen des Bürgertums im Reichstage abgab, nur dann, wenn wir stark genug werden, unseren Gegnern neue blutige Experimente für immer zu verleiden. »

Aus dem Leitartikel der *Leipziger Neuesten Nachrichten* vom 1. Januar 1916.

5.

« Ein sittliches Anrecht auf diesen Besitz (seiner Kolonien) hat es (*Portugal*) längst nicht mehr, weil es ausserstande ist, ihn sachgemäss zu verwalten, zu höherer Kultur zu entwickeln und für sich selbst wie für die Menschheit nutzbar zu machen. Für die Neuordnung der Verhältnisse in Afrika, wie sie bei Kriegsschluss vorgenommen werden muss, wird dieser *portugiesische Kolonialbesitz* eine wichtige Rolle spielen. »

Aus einem Artikel der nationalliberalen *Leipziger Neuesten Nachrichten* vom 9. März 1916 über Portugal.

« Rheinisch-Westfälische Zeitung. »

1.

« Wir waren und sind stark im Kampfe, *seien wir darum ebenso bereit und stark in der Ausnutzung des Erfolges*, unbeirrt um die grossmäuligen Sprecher, die da glauben, dass die Schönfärberei auch eine Tat sei. Die letzte Tat: die Befreiung von der innern Fremdherschaft, die Zerstörung des Glaubens, dass der geschlagene Feind beständig bei guter Laune erhalten, oder abwechselnd einmal geprügelt werden muss, erwartet Alldeutschland noch. »

Aus einem Artikel der *Rheinisch-Westfälischen Zeitung* vom 12. August 1915.

2.

« Der grosse Durchbruch über den Balkan nach Konstantinopel ist gelungen. Er war notwendig, ist glänzend durchgeführt und wird er-

folgreich sein. Aber man darf sein Glück nicht überschätzen. Militärisch ist für diesen Weltkrieg der Durchbruch von der höchsten Bedeutung, aber wir möchten warnen, daraus, wie geschehen einen langen Faden politischen Ausdehnungsdranges herauszuspinnen. Es treten Ideen auf, die ganz phantastisch klingen : « Das Deutsche Reich hat seine natürliche Ausdehnung die Donau entlang. Es wird den Balkan durchdringen, ja es wird seine Sphäre bis an die Bagdadbahn, bis an den persischen Meerbusen tragen usw. » Schon vor dem Kriege haben graue Spinnen diesen Faden gelegt : wir würden, von der Welt abgewiesen, auf die innere europäisch-asiatische Kolonisation hindegrändt. Wenn sich aber jetzt wieder Deutsche für solche politischen Ideen begeistern, so ist es Zeit Wasser auf dieses glühende Feuer su schütten.

» Es scheint Leute zu geben, welche vergessen, dass zwischen Hamburg und Bagdad noch ausser uns zwei grosse Reiche liegen, nämlich Oesterreich-Ungarn und die Türkei. Solange wir mit ihnen verbündet sind, haben wir selbstverständlich hier ein Luftloch, zu atmen ; aber man hüte sich, darüber hinaus irgendwelche unklare Gedanken zu verbinden, als wenn wir dort etwas erobern könnten, als wenn das Deutsche Reich etwa bis an die Donau oder Kleinasien dringen könnte. Das sind Utopien, die man frühzeitig beseitigen muss. Dieser Gedanke, als könnte Balkan- und Bagdad-Bahnen die Wucht unseres wirtschaftlichen Lebens einigermassen tragen, ist eine Phantasie.

» Die Phantasien aber sind zu leicht geeignet, unseren Sinn von der Wirklichkeit abzulenken. *Das Deutsche Reich liegt nicht an den Dardanellen, und nicht am Persischen Golf, sondern an der Nordsee.* Es wird nur frei sein, wenn die Nordsee frei ist. Vor der Nordsee aber lagert sich eine Barre : sie heisst Grossbritannien, und diese Barre erhebt den Anspruch auf völlige Seegewalt und Seeherrschaft. Es ist innerlich und ausserlich uns unmöglich, heute die Frage zu erledigen, wieweit diese Seeherrschaft gebrochen werden kann. Das kann sich erst im Laufe des Krieges herausentwickeln und wir haben die feste Ueberzeugung, dass unsere führenden Männer erkennen, was erreicht werden kann und was nicht. Aber das deutsche Volk möge sich durch europäisch-asiatische Phantasien nicht darüber hinwegtäuschen, dass unsere Türe zur Welt in Angeln dreht, welche an Grossbritannien hängen. — Daran erinnern wir uns, wenn wir Aufsätze über Saloniki und Bagdad lesen. »

Aus einem Artikel der *Rheinisch-Westfälischen Zeitung* vom 16. November 1915.

3.

« Friedrich Naumann hat im Verlag von Georg Reimer, Berlin, ein Buch erscheinen lassen, das zweifellos eine grössere Beachtung verdient

(Mittel-Europa). In diesem Buch tritt Naumann für die Schaffung eines Oberstaates Mitteleuropa ein, der zunächst die beiden Zentralmächte, Deutschland und Oesterreich-Ungarn, umfassen soll... Deutschland, Preussen usw. sollen ihre im Laufe der Jahrhunderte allmählich entstandene Eigenart zurückstellen und sich zu einem mitteleuropäischen Staatengebilde entwickeln. Der Mitteleuropäer steht also über dem Deutschen. Wir glauben nicht fehlzugehen, dass gerade dieser Gedanke von den weitesten Kreisen unseres Volkes abgelehnt werden wird. Man kann sich sehr wohl eine engere. Gestaltung der wirtschaftlichen und der militärischen Beziehungen denken ; die Eigenart Preussen-Deutschlands aber, dem Gedanken eines imaginären Mitteleuropas zu Liebe opfern zu wollen, das heisst doch, sich den Boden unter den Füssen selber fortziehen. Wir glauben vielmehr, dass die Zukunft eines Mitteleuropas am besten gesichert ist, *wenn Preussen-Deutschland aus diesem Kriege so stark hervorgeht, dass es eine überragende Stellung in Mitteleuropa einnimmt*, so dass unsere Bundesgenossenschaft von den anderen ganz von selber begehrt werden muss. »

Aus einem Artikel der *Rheinisch-Westfälischer Zeitung* vom 27. November 1915 über Naumanns Buch « Mitteleuropa ».

4.

« Heute stehen unsere kampferprobten Regimenter siegreich im Flandern. Greifbar nahe liegt vor uns die alte fränkische Königsstadt Soissons — alles alter, historischer Frankenboden aus der Grosszeit deutscher Geschichte. Dieser unerhörte Krieg ist, wir hoffen es, der letzte gewaltige Ausklang des tausendjährigen Ringens um das Reich Lothars. Und so sicher wir bisher unsere Feinde geschlagen, unermessliche Kriegsbeute gewonnen, weite Länder erobert haben, ebenso sicher ist es, dass dieser unerhörte Krieg nicht eher beendet werden kann, als bis wir im Westen die Franzosen und die Briten restlos geschlagen haben. Die Entscheidung des Krieges liegt nicht auf dem Balkan, nicht im Osten — dort stehen neben den deutschen Oesterreich-Ungarns Belange auf dem Spiele — sie fällt vielmehr für Deutschland in erster Linie im Westen ; *sie muss uns die Beendigung jenes Ringens um das lotharingische Reich bringen*, denn nicht eher wird Frankreich auf seine Revanchepolitik verzichten, als bis es ihm handgreiflich vor Augen geführt wird, dass die Wage des Völkerschicksals sich endgültig zugunsten des Deutschen Reiches geneigt hat. Ob das schon in diesem Kriege erreicht wird, ist sehr die Frage ; tausend Jahre französischen

Denkens ändert nicht ein Jahr. Jetzt gilt es nur die Grundlage zu schaffen, eine *sehr reale Grundlage*, die nicht zu unterschätzen sein wird. »

Aus einem *Der Schatten Karles des Grossen* betitelten Artikel der *Rheinisch-Westfälischen Zeitung* vom 9. Februar 1916.

« Freiburger Tageblatt. »

« Die *vorteilhafte Ausgestaltung unserer Grenzen* ist nötig... man soll nicht glauben, dass Deutschland durch einen grossmütigen Frieden Freunde erringen könnte. »

Aus einem Artikel im *Freiburger Tageblatt* vom 4. März 1915 über die Kriegsziele.

« Magdeburgische Zeitung. »

« Das Hauptstück des Ganzen bildeten die Worte, dass wir ausharren müssen, bis « wir uns alle nur möglichen realen Garantien und Sicherheiten dafür geschaffen und erkämpft haben, dass keiner unserer Feinde, nicht vereinzelt, nicht vereint, wieder einen Waffengang wagen wird. » Man weiss, wie Herr v. Bethmann sich monatelang hat drängen lassen, ohne sich zu einer so bestimmten Aeusserung über seine Friedensziele zu verstehen, so dass man an manchen Stellen fürchte, er wolle sich wieder auf Verträge verlassen. Dass hiess nicht bloss : Wir werden dennoch durchhalten, wir werden auch dieses bewältigen, sondern : jetzt kennen wir erst dieses Europa ganz, das uns umgiert, jetzt werden wir gewisslich keinen Frieden machen, ohne *die allerstärksten, realsten, materiellsten Garantien.* Nichts von Verträgen, nichts von Vertrauen mehr ! Niedergekämpft müssen sie sein, die heute gegen uns zusammenstehen, bis sie auch nicht einmal vereint sich wieder gegen uns zu erheben wagen. Stärkere Worte sind nicht gut denkbar. »

Aus dem Artikel der *Magdeburgischen Zeitung* vom 29. Mai 1915 über die Kanzlerrede vom 28. Mai.

« Münchener Neueste Nachrichten. »

« Für unseren König, der über unsere militärische Lage sicherlich auf das zuverlässigste und genaueste unterrichtet ist, gibt es gar keinen Zweifel mehr, dass wir imstande sein werden, *beim Friedenschlusse die Hand auf Belgien zu legen*, jedenfalls soweit, wie es uns aus militärischen und — was die Rheinmündung betrifft — auch aus wirtschaft-

lichen Gründen für die Sicherung der Zukunft unseres Volkes notwendig erscheint.

» In welcher staatsrechtlichen Form das geschehen wird, mag später erörtert werden. Darüber aber sind wir uns von vornherein klar, dass es sich bei der deutschen Rheinmündung nur um belgisches Gebiet handeln kann und dass das korrekt neutrale Holland in keiner Weise dadurch beeinträchtigt werden soll. Holland, mit dem wir immer gute Nachbarschaft gehalten haben, darf überzeugt sein, dass es auch in Zukunft an der Seite Deutschlands, in seinem Bestande und in seiner Unabhängigkeit gesichert, die reichen Kräfte seines tüchtigen Volkes ungehemmt entfalten kann. *Der Ausgang des deutschen Rheins* zum deutschen Meer wird — als Folge dieses Krieges — eine rein deutsche Angelegenheit sein. »

Aus einem Artikel der *Münchener Neuesten Nachrichten* (Hauptorgan der nationalliberalen Partei Bayerns) vom 8. Juni 1915.

« Deutscher Kurier. »

« So scheint im *Osten* das Deutsche Reich ohne natürliche Grenze zu sein, und darum haben die Russen so leicht hinüberkommen können. Ganz richtig ; die heutige Reichsgrenze im Osten ist keine natürliche Grenze. Und doch ist eine natürliche Grenze vorhanden. Nicht von Höhenzügen weithin sichtbar, ist sie gezogen, sondern von einer tiefen und breiten Niederungszone von Sümpfen. Oestlich des Stromgebietes der Weichsel zieht sich diese Sumpszone hin. Der Bug schickt sein Wasser in die Weichsel, die nachbarlich Oberschlesien entspringt und bei Danzig als deutscher Fluss ins Meer geht. Denken wir uns nun *eine Linie von Brest-Litowsk nach Norden* gezogen, so berührt sie mit ganz geringem Ausschlag nach rechts die Festung *Kowno Njemen*. Oestlich dieses Flusses ziehen sich ebenfalls Sümpfe hin, wieder die natürliche Grenze bildend. Denn diese Sümpfe, beginnend im Süden in Wolhynien und sich hinaufziehend in das Gouvernement Wilna, sind die Wasserscheide der nach Westen und nach Osten abfliessenden Flüsse. Vielfach sind sie von urwaldartigen Wäldern begleitet. Was östlich sich ausbreitet, ist sarmatisches Land, ist Russland, was nach Westen liegt, ist der geographisch zu Deutschland gehörige Teil der mitteleuropäischen Tieflandszone, die sich bis an den Aermelkanal hinzieht...

» Das ist die von der Natur gezogene Grenze...

» Wo ist nun aber die Westliche Grenze ? Die Natur antwortet : da, wo die Wasserscheide der nach Osten und der nach Westen abfliessenden Flüsse und Ströme sich hinzieht. Sie beginnt klar und deutlich mit

dem Argonnerwald und dem sich südlich daran fortsetzenden Plateau von Langres. Aisne und Marne fliessen nach Westen, die Maas dagegen dem Rhein zu. Nach Norden geht der Argonnerwald in die Ardennen über, die geologisch mit dem rheinischen Massiv zusammenhängen, so dass die Grenzrichtung sich aus der südnördlichen Front in die ostwestliche Richtung verschiebt. Sie klingt matter in der Hügelreihe von Artois aus, um im Cap Gris-Nez die See zu erreichen. Dass hier nördlich dieses Grenzzuges sich das mittelalterliche Deutsche Reich ausbreitete, ist bekannt. *Gent und Brügge waren deutsche Städte, wie Toul und Verdun.* Nur die Schwäche des römischen Reiches deutscher Nation brachte es mit sich, dass das Mündungsgebiet des Rheines reichsfremd und schliesslich der Boden für zwei selbständige Staaten wurde. Der Weltkrieg hat dahin geführt, dass der südliche dieser beiden Staaten zum ersten Male seit der Selbständigkeit jener Lande zu offener Feindseligkeit gegen das alte Mutterland gekommen ist, aber der Weltkrieg hat ebenfalls dahin geführt, dass *die deutsche Reichsfahne wieder am Aermelkanal* weht, wie einst das Banner des 1806 versunkenen römischen Reiches deutscher Nation. »

Aus einem Artikel « Deutschlands natürliche Grenzen » im nationalliberalen *Deutschen Kurier* vom 4. Juli 1915.

« Hamburger Fremdenblatt. »

« Wenn sie sich gegen die Gefahr der *Annexionen von Landgebieten* gegen den Willen ihrer Bewohner wendet, so wird man darauf erwidern müssen, dass das eine nur papierne Behandlung des Problems ist... Uns Deutschen ist dieser Krieg ein aufgezwungener Verteidigungskampf *unserer* Kultur. »

Aus einer Polemik des *Hamburger Fremdenblatts* vom 13. Juli 1915 gegen eine anti-annexionistische, an den deutschen Reichstag gerichtete Petition des in Lausanne wohnenden Oesterreichers Professor Dr. R. Broda und des von ihm präsidierten « Bundes für Menschheitsinteressen und Organisierung menschlichen Fortschritts ».

« Westfälische Politische Nachrichten. »

« Als auf Anregung des Abgeordneten Schiffer, unter dem Vorsitze des Geheimrats Kahl, die « Freie Vaterländische Vereinigung » gegründet wurde, stellte man es als ihre Aufgabe hin, das vaterländische Empfinden, das jetzt alle Volksgenossen beseelt, durch die Dauer des Krieges hindurch und auch in kommenden Friedenszeiten als das gemeinsame Fundament aller politischen Betätigung zu erhalten.

» Es hat Zweifler gegeben, die in einer von unklaren Gefühlsworten getragenen Bewegung, ohne gemeinsame sachliche Grundlagen und ohne konkrete, deutlich umschriebene Ziele, eher eine Gefahr, als einen Vorteil für unser künftiges politisches Leben erblickten. Ihre Besorgnis scheint uns heute nicht unbegründet zu sein. Kann für unser nationales Leben ein bedeutungsvollerer Moment gedacht werden, als der heutige ? Niemals wieder lag für die Freie Vaterländische Vereinigung eine Aufgabe näher, niemals wieder war für sie ein Ziel lockender, als zu versuchen, diese verschiedensten nationalen Quellbäche zu einem Strome in ein einheitliches Bett zu leiten, um einen einzigen nationalen Willen für das künftige grössere und stärkere Deutschland zu schaffen!

» Wir haben vergebens auf die Stimme der Freien Vaterländischen Vereinigung gewartet... Vielleicht fühlte die Freie Vaterländische Vereinigung durch Rücksicht auf ihre leitenden Männer sich gebunden. Gemeinsam mit den Herren Hans Delbrück, Dernburg und Fürst Hatzfeld hat der Vorsitzende der Vereinigung, Herr Geheimrat Kahl, Unterschriften für eine Eingabe an den Reichskanzler geworben, worin denen, die unsere Ost- und Westmark durch Gebietserweiterungen die künftige Wiederholung der jetzt erlebten Kriegsgreuel ersparen wollen, die Fehde angesagt wird, nach dem « Grundsatz, dass die Einverleibung oder die Angliederung politisch selbständiger und an Selbständigkeit gewöhnter Völker zu verwerfen ist. »

» Es wird deshalb die Frage erlaubt sein : Ist die Freie Vaterländische Vereinigung zu dem Zwecke gegründet worden, um unmännliche Sentimentalitäten im deutschen Volke in noch grösserem Masse zu verbreiten, als sie bereits vor dem Kriege allzusehr zu beklagen waren ? »

Aus einem Anfang August 1915 erschienenen Artikel der nationalliberalen *Westfälischen Politischen Nachrichten.* Die von dem Geheimrat Kahl gegründete *Freie Vaterländische Vereinigung* bildete einen Versuch die nicht unbedingt auf Annexionen eingeschworenen Elemente aller Parteien zu sammeln. Zu grösserer Bedeutung ist sie im Laufe des Krieges nicht gelangt. Die *Preussische Kreuzzeitung*, die am 13. August 1915 den Artikel aus den *Westfälischen Politischen Nachrichten* abdruckte, bemerkte dazu : « Um Irrtümern vorzubeugen, wird man wohl feststellen können, dass die *genannten vier Herren mit ihrer Auffassung in bürgerlichen Kreisen jedenfalls ganz isoliert dastehen* dürften, falls es, wie wir kaum annehmen möchten, wirklich zutreffend sein sollte, dass ihre politische Ueberzeugung in dem Grundsatz gipfelt, « dass die Einverleibung oder die Angliederung politisch selbständiger und an Selbständigkeit gewöhnter Völker zu verwerfen ist. »

« Hannoverscher Courier. »

« Im Mai waren die Landesvorsitzenden in Berlin zu einer Sitzung zusammengetreten und hatten in ungetrübter Einmütigkeit dem

Wunsche und Willen nach einer *starken Ausnutzung der militärischen Erfolge* beim Friedenschlusse Ausdruck gegeben. Keine Unstimmigkeit hat diese Sitzung gestört. Auch die in ihr gefasste Entschliessung liess deutlich den Willen der Partei erkennen, ihrerseits mit allem Nachdruck für die Durchsetzung der als notwendig erachteten Ziele zu wirken. Diesen Richtlinien sind diejenigen Politiker der Partei nur gefolgt, die sich berufen fühlten, gewissen Anzeichen gegenüber als Mahner und Warner aufzutreten und auch der Regierung gegenüber keinen Zweifel zu lassen über die Stärke des Willens einer kraftvollen Friedenspolitik im Volke. Wenn hierbei von dem Bismarckschen Geiste gesprochen wurde, der leider nicht überall in unserer Politik zu spüren sei, so wird man auch aus diesem Bedauern nur die Mahnung herauslesen können, diesen Geist zur gegebenen Stunde nicht zu verkennen und nicht unbeachtet bleiben zu lassen. Jedenfalls steht die Mehrheit der Partei zweifelsohne hinter dem starken nationalen Willen, den Bassermann — auch der Regierung gegenüber — zu betonen für seine Führerpflicht erachtet hat. »

Aus einem Artikel des *Hannoverschen Courier* vom 12. August 1915 über die Differenzen in der nationalliberalen Partei. Bassermann hat sich bekanntlich jederzeit für eine weitgehende Annexionspolitik ausgesprochen.

« Kölnische Zeitung. »

« Selbst von sonst recht verständigen Menschen hörte man vielfach die Frage : *Wer soll uns denn Kriegsentschädigung zahlen* ? Bis vor einigen Monaten war vielleicht eine derartige Aengstlichkeit noch verständlich. Heute aber scheint nichts selbstverständlicher, als dass mindestens der Hauptteil der Lasten dieses Krieges von unsern Gegnern getragen werden muss. Wir haben bis zu diesem Augenblick Polen, Litauen und Kurland fast völlig in unserer Hand, fast das gesamte Belgien halten wir besetzt und unsere westliche Front umspannt den Teil Frankreichs, der die hauptsächlichsten Industrien des Landes beherbergt und einen achtunggebietenden Prozentsatz der gesamten französischen Steuerkraft repräsentiert.

» Es ist heute müssig, Vermutungen darüber aufzustellen, wie nach dem Friedenschluss die europäische Landkarte aussehen wird. Und wie immer man sich auch zu den *Annexionsfragen* stellen mag, *der finanzielle Gewinn unsrer Okkupationen* ist sicher. Denn : entweder werden die Länder später wieder herausgegeben, dann werden wir nicht nur berechtigt sein, den Kostenersatz für den uns aufgezwungenen Krieg als Auslösungssumme zu verlangen, sondern unsre Feinde werden auch

bereit sein, jedes Opfer zu bringen, um möglichst schnell wieder ihren früheren Besitz zurückzuerhalten. *Oder die Länder bleiben ganz oder teilweise im Besitz der Zentralmächte.* Dann bilden sie wertvolle Quellen zukünftiger Steuerkraft und enthalten an mobilem und immobilem Eigentum Werte von unschätzbarer Höhe. »

Aus einem Artikel der *Kölnischen Zeitung* vom 22. August 1915.



ZENTRUM



ZENTRUM

A.

REDEN IM PARLAMENT.

Ein Führer der bayrischen Klerikalen.

« Unser Kriegsziel ist die Erreichung eines ehrenvollen, dauernden Friedens, die Sicherstellung des Reiches in der Entwicklung seiner *politischen und weltwirtschaftlichen Machtstellung*. Die Erreichung der grösstmöglichen militärischen Sicherheit gegen die Wiederholung eines feindlichen Ueberfalles.

» Im einzelnen darf ich mich beziehen auf die Kundgebung des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei vom 24. Oktober in Frankfurt a. M.

Aus der Rede des klerikalen Abgeordneten *Held* im *Bayrischen Landtag*. (Bericht der *Münchener Neuesten Nachrichten* vom 26. November 1915.) Die Kundgebung des Reichsausschusses der Zentrumspartei vom 24. Oktober 1915 spricht sich für Annexionen aus.

Ein Führer der preussischen Klerikalen.

« Ueber die Kriegsziele soll nur soviel gesagt werden : Je länger der Krieg dauert, um so mehr müssen wir verlangen, dass die Friedensbedingungen so gestaltet werden, dass wir in Zukunft in wirtschaftlicher und militärischer Beziehung stärker dastehen. *Dazu ist allerdings von der grössten Bedeutung, dass eine angemessene Gebietserweiterung herbeigeführt wird*. Alle Opfer, die wir bringen müssen, müssen in den Friedensbedingungen ihren Ausdruck finden. »

Aus der Rede, die der klerikale *Landtagsabgeordnete Herold* im *Namen der Zentrumsfraktion* am 17. Januar 1916 im *Preussischen Landtag* hielt. Bericht der *Kölnischen Volkszeitung* vom 18. Januar.

Der Vorsitzende der Gesamtpartei.

« Wir haben zu fordern, dass der Krieg unsere Macht verstärken wird : Friedensziele müssen Machtziele sein. Der Krieg muss mit einem

greifbaren Ergebnis enden. Nach dem Osten hin hat uns der Reichskanzler das greifbare Ergebnis genauer gezeigt. Nach dem Westen hin hat er sich vorsichtiger ausgedrückt. Bezüglich *Belgiens* hat er uns gesagt, es müsse dafür gesorgt werden, dass es nicht mehr ein Bollwerk Englands sein kann, sondern dass es — und das ist wohl die notwendige Folge daraus — *politisch, militärisch, wirtschaftlich in unsere Hand kommt.*

» Dabei bleibt die innere staatsrechtliche Organisation dieses Landes zunächst unberührt. Darüber mag der wirklich abgeschlossene Frieden seinerzeit entscheiden. Wir wollten — das wiederhole ich mit dem Reichskanzler — keinen Eroberungskrieg. Aber nunmehr müssen wir *unsere Grenzen berichtigen* nach unseren eigenen Interessen. Unsere Gegner dürfen in ihrem politischen, militärischen Kern nicht unangetastet bleiben. Unsere wirtschaftliche Basis muss zu unserer eigenen Erhaltung im Wettbewerb mit dem Auslande eine breitere werden. Wir bedürfen für sie *eines grösseren territorialen Umfanges,* als sie das Deutsche Reich gewährt. »

Aus der Rede, die der *Führer des Zentrums*, der Abgeordnete *Spahn* am 5. April 1916 im *Reichstag* hielt. Bericht der *Kölnischen Volkszeitung* vom 6. April 1916.

B.

KLERIKALE ZEITUNGEN.

Das klerikale Hauptorgan.

1.

« Man horchte im Reichstage auf, als der Reichskanzler das Wort von den realen Garantien und Sicherheiten sprach ; denn bis jetzt war vom Regierungstische noch niemals eine ähnliche Versicherung für die Friedensziele gegeben worden. Wie im Reichstage, im Saale und auf den Tribünen, das Wort einen Sturm des Beifalls auslöste, so wird es auch im ganzen Lande neuen Mut, neue Begeisterung und neues Vertrauen wecken. *Reale Garantien und Sicherheiten, so dass kein Feind uns mehr anzugreifen wagt* ! Darin steckt schliesslich alles, was das deutsche Volk will, unter den Friedenszielen wünscht, wenn dieses Wort recht verstanden und konsequent verfochten wird. »

Aus dem Artikel des führenden Organs der klerikalen Zentrumspartei Deutschlands, der *Kölnischen Volskzeitung* vom 29. Mai 1915 über die Kanzlerrede vom 28. Mai.

2.

« Wenn es nun einmal eine unbestreitbare Tatsache ist, dass die Welt sich seit einem Vierteljahrhundert durch die Auswirkung des imperialistischen Gedankens umgebildet und dass sie durch die Durchsetzung neuer politischer Aufgaben und Ziele ein anderes Antlitz bekommen hat, dann müssen wir im Interesse unserer eigenen Zukunft auch die Folgerungen daraus ziehen und müssen bei aller Anerkennung der Grösse und des Glanzes des Bismarck'schen Werks, sein Erbe nicht still stehen und in gewissem Sinn brach liegen lassen, sondern ihm unter dem zwingenden Einfluss der gewaltigen Gegenwart nicht in platonischen Plänen politischer Träumer und verstiegener Ideologen, sondern auf ganz wie sie der Grösse realpolitischem Boden bestimmte Zukunftsfernen erschliessen, der Macht des Reiches und besonders den im gegenwärtigen Krieg errungenen beispiellosen Erfolgen unserer ruhmreichen Heere entsprechen. »

Aus einem Artikel : « Das Erbe Bismarcks », den die *Kölnische Volkszeitung* am 10. September 1915 veröffentlichte.

3.

« Wie drüben im Reichstag trennte sich auch im Abgeordnetenhaus die Sozialdemokratie von den bürgerlichen Parteien ab, mit der Forderung, dass Deutschland für alle die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, an Leben und Kultur keinerlei Gebietserweiterung verlangen und annehmen dürfe... Eins mit dem Reichskanzler sind die bürgerlichen Parteien auch im preussischen Abgeordnetenhause und sie stehen auch in dem Verlangen, durchzuhalten bis zum endgültigen, völligen Siege und in der Forderung von Gebietserwerbungen weit ab von der Sozialdemokratie. *Die bürgerlichen Parteien* sind auch *im preussischen Abgeordnetenhause im Gegensatz zu der Sozialdemokratie* der Meinung, dass ein unentschiedener Ausgang des Krieges erst recht und ganz von selbst den zweiten Krieg zur wirklichen Entscheidung heraufbeschwört, dass aber der Frieden Europas nur dann für lange Zeit gesichert ist, wenn Deutschland mit seinen Verbündeten aller Welt sichtbar als tatsächlicher Sieger aus dem Kriege hervorgeht, nicht bloss geschmückt mit dem Lorbeer, sondern mit den festen Faustpfändern im Osten und Westen in der Hand, von denen der Reichskanzler gesprochen hat, *im Besitz der Einfallstore unserer Feinde*, auf die der Reichskanzler hingewiesen hat und mit der so weit vorgeschobenen Grenze, dass kein Ueberfall unserer Feinde wie diesmal fürderhin möglich ist. In diesem

Sinne sprach auch der Abgeordnete Herold von *angemessenen Gebietserwerbungen*, die das deutsche Volk vom Ende dieses Krieges erwarte. Klar trat die Scheidung zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien mit dem Reichskanzler an der Spitze auch in der heutigen Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses bei der Frage der Kriegsziele und des Durchhaltens um jeden Preis in die Erscheinung. »

Aus einem Artikel der *Kölnischen Volkszeitung* vom 28. Januar 1916 über die Sitzung des preussischen Landtags vom 17. Januar.

4.

« Ueber das Schicksal Belgiens werden auch wir bei den kommenden Friedensverhandlungen ein Wort mitreden und zwar ein sehr kräftiges. Die *politische Unabhängigkeit Belgiens*, die « wiederhergestellt » werden soll, haben wir zu kosten bekommen, für diese « Unabhängigkeit » mit seinen militärischen Abmachungen mit England, seinem Neutralitätsbruche bedanken wir uns. Mehr darüber zu reden, müssen wir uns aus bekannten Gründen versagen. »

Aus einem Artikel der *Kölnischen Volkszeitung* vom 18. Februar 1916.

5.

« Unter dem Schutz des Schweigegebotes gehen Flaumacher um, tun sich wichtig und spielen die Eingeweihten. Sie behaupten wohl, die Ziele der Regierung genau zu kennen und stecken dieselben, wie ihre Vorgänger von 1870, denen Bismarck entgegentreten musste, möglichst eng. Wer die Meinung erhebt, den ungeheuren Blutopfern müssten greifbare, in weite Fernen wirkende Ergebnisse entspringen, den schelten sie einen Idealisten, Optimisten oder Romantiker, dem der praktische Blick abgeht. Sie erörtern die Möglichkeit einer Preisgabe des eroberten Feindeslandes, trotz aller Fortschritte der deutschen Verwaltung in demselben, als etwas leicht Hinzunehmendes. Weiss Gott, welche Gründe sie haben oder vorschieben, mögen es geschäftliche, politische, konfessionnelle, pazifistische, doktrinäre sein, das Eine ist sicher, dass es nicht deutsche, nicht deutsch-nationale Gründe sind, die der Entfaltung von Mut und Kraft auch nur entfernt entsprechen, welche Deutschland in diesem Weltkriege schier Unglaubliches hat erreichen lassen.

» Wissen denn die Herren, welche bei allen politischen Zukunftsbetrachtungen Belgien geflissentlich aus dem Spiele lassen, *ob es überhaupt möglich ist, in Belgien einfach einen Status quo ante herzustellen ?* Ist ihnen unbekannt, dass der belgische Staat vor dem Kriege lediglich

ein Vasall Frankreichs war, dessen Gefährlichkeit seine äusserliche Neutralität für uns nur schlecht verhüllte ? Weiss man nichts davon, dass die Mehrheit der Wallonen nach direktem Anschluss an Frankreich strebt ? Nichts davon, dass die unbeschränkte Wiederherstellung Belgiens die *Riesengefahr*, in der wir vor und im Kriege standen, in Permanenz erklären würde ?... Die Schamröte steigt einem ins Gesicht, wenn man an die vielen Tausende der deutschen Soldatengräber denkt, die in flandrischer Erde bereitet werden mussten und die manche dahingeben wollen ohne Not, aus unverständlicher Selbstbeschränkung, aus vermeintlicher deutscher Bescheidenheit, die aber hier Selbstmord bedeuten und uns vor der eigenen Zukunft entehren würde... Deutschlands Zukunft liegt nicht nur im Osten ! Aeltere, fruchtverheissendere Felder germanischen Lebens sind an Maas und Schelde ausgebreitet und von Stammverwandten bestellt. Wer will sie den Flamen, wenn sie auf uns rechnen können, entreissen ? »

Aus einem Artikel der *Kölnischen Volkszeitung* vom 5. März 1916.

6.

« Wir begrüssen die Rede des Reichskanzlers, weil er in seiner Aussprache über die Kriegsziele als Grundsatz das Versprechen vorausgeschickt hat : die Geschichte ist mit ehernen Schritten vorwärts gegangen ; es gibt kein Zurück ! Den status quo ante kennt nach den ungeheueren Geschehnissen die Geschichte nicht. Das ist negativ ausgedrückt dasselbe, was der Zentrumsabgeordnete Spahn aussprach mit dem Satz, dass der Krieg nicht ohne greifbare Ergebnisse bleiben darf, oder was heute der Abg. Stresemann erklärt hat mit dem Satze : *Wir verlangen und erwarten ein grösseres Deutschland* ! In der Erklärung, dass der status quo ante weder im Osten noch im Westen nach so ungeheueren Geschehnissen bestehen bleiben kann, liegt das Bekenntnis zur Mehrung des Reichs. Wir stimmen den heutigen Worten des Grafen Westarp bei, wenn er der Hoffnung Ausdruck gab, dass durch die Ereignisse des Krieges selber die Erkenntnis von der Notwendigkeit solcher Kriegsziele wachse und eine weitere grössere Einmütigkeit über diese Kriegsziele auch im Deutschen Reichstage erzeuge. Graf Westarp interpretierte heute auch einmal das viel gebrauchte Wort von den realen Garantien : Nicht papierene Verträge können solche reale Garantien sein, sondern *die Festhaltung des eroberten Landes in unserer Hand.*

» Was Scheidemann zur Forderung von Annektionen sagte, kann schier jeder bürgerliche Politiker unterschreiben. Auch Scheidemann stellte sich auf den Standpunkt des Reichskanzlers, dass der sta-

tus quo ante nicht wieder hergestellt werden kann : « Man muss ein politischer Kindskopf sein », ruft Scheidemann den Radikalen und Friedensphantasten zu, « wenn man sich einbildet, dass, wenn ein ganzer Weltteil in Flammen steht, Millionen und Millionen getötet und unermessliche Kulturwerke vernichtet werden, dabei nicht ein einziger Grenzstein verrückt wird, den vielleicht ein vermoderter Diplomat einst gesetzt hat. » Der Beifall, der bei diesen Worten Scheidemann entgegenschallte, kam stärker aus den Parteien rechts von der Sozialdemokratie wie aus der Sozialdemokratie selber. Wenn man schon einmal Grenzsteine verrückt und das Prinzip, nicht zu annektieren, verlässt, dann ist es eine blosse Frage der Macht und militärischen Notwendigkeit, ob dieser Grenzstein bis zur Weichsel und Maas oder noch weiter verrückt werden soll... Der Sozialdemokrat Scheidemann steht sogar deutlicher bei den «Annektionisten» als der Freisinnige von Payer. »

Aus einem Artikel der *Kölnischen Volkszeitung* vom 7. April 1916 (Morgenausgabe), über die Kriegszieldebatte in den Reichstagssitzungen vom 5. und 6. April.

7.

« Wenn für den *Westen* die Meinungsverschiedenheiten noch grösser sind, so heben sich doch auch für die Lösung der im Westen gestellten Fragen schon einige Grundlinien etwas deutlicher ab, die einer Annäherung, wie sie Graf Westarp von dem unerbittlichen Zwange der Tatsachen des Krieges erwartet, wohl zustreben könnten. Die Erkenntnis, dass wir auch im Westen *sehr greifbarer, sehr starker Sicherheiten* unserer Zukunft bedürfen und daneben auch die Aufgabe haben, das stammverwandte Flamenvolk vor der ihm drohenden Verwelschung zu schützen, hat sich klarer und allgemeiner als seither kundgegeben ; dass dieser richtigen Erkenntnis auch die richtigen Folgerungen entspringen, dafür wird man ja wirklich wohl nicht ganz ohne Berechtigung auf den Zwang der Tatsachen seine Hoffnung bauen dürfen. »

Aus einem Artikel der *Kölnischen Volkszeitung* vom 7. April 1916, (Abend ausgabe).

8.

« Nach früheren Andeutungen verlangt England mindestens auf allen Fronten die Wiederherstellung des *status quo ante*, anstatt der Berücksichtigung des status quo nunc, welche für uns selbstverständlich ist

» Dass auf einer solchen Grundlage für Deutschland ein Eingehen auf Friedensverhandlungen *ganz unmöglich* ist, liegt auf der Hand Darüber ist schlechterdings kein Wort mehr zu verlieren. »

Aus einem Artikel der *Kölnischen Volkszeitung* vom 30. Mai 1916.

Das Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

« Bisher waren wir durch das zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien hineingeschobene serbische Gebiet von einer unmittelbaren Verbindung mit unserem türkischen Bundesgenossen abgeschnitten. Bezwingen wir Serbien, dann ist diese Verbindung hergestellt, und so dürfte bald der Zeitpunkt gekommen sein, an dem die militärische Gemeinschaft zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der Türkei auch auf dem gemeinsamen Kampffelde mit dem Blute besiegelt werden wird. Aus dieser militärischen Vereinigung wird aber dann notwendigerweise ein grosszügiger politischer Bund, ein auf *Weltmachtziele* gerichteter neuer, festgefügter Dreibund erwachsen, dessen Betätigungskreis berufen erscheint, die kühnsten Ziele, die wir, als zur Sicherung unseres nationalen und wirtschaftlichen Lebens gehörend, bisher kaum zu erörtern wagten, ihrer Verwirklichung entgegenzuführen. Der Weg Berlin-Wien-Konstantinopel wird nicht nur eine militärische, sondern nach dem Kriege auch eine mächtige Handelsstrasse freilegen, auf der wir die Türkei und das unerschlossene Klein-Asien mit unseren Erzeugnissen versehen können. Heute sehen wir die Politik, die zur deutsch-türkischen Freundschaft und zum Bau der Bagdadbahn führte, in ihren weitausschauenden Zielen bekräftigt. Aber nicht nur das : durch die *Linie von Helgoland bis Bagdad und zum Persischen Golf* werden wir einen grossartigen und unerschütterlichen Wall schaffen können, der einerseits Russlands Ausdehnungsgier in die gebührenden Schranken verweist und die damit im Gefolge des russischen Strebens stehende Gefahr der Erdrosselung aufstrebender Staaten abwendet, andererseits aber durch die Erschliessung des Weges nach Aegypten und zum Suezkanal den Lebensnerv der englischen Weltmacht trifft. In Aegypten allein kann England tödlich getroffen werden, denn dort ruht heute, wie seit hundert Jahren, seine Bedeutung als Weltmacht.

Aus einem Artikel, den der *Badische Beobachter*, das Hauptorgan der badischen Zentrumspartei, am 5. Oktober 1915 veröffentlichte.

Das Berliner klerikale Organ.

« Im Gedanken des Volkes muss das Kriegsziel wachsen bis zu der Grösse, dass es entsprechend der Dauer des Krieges und den geforderten Opfern materiellen und ideellen Entgelt dafür bietet und *einen greifbaren Siegespreis* aller Welt zeigt. Man soll uns nicht ein zweites Mal aushungern können und wollen ; man soll uns nicht mehr von der

See abschneiden, und unsere Feinde sollen nicht mehr auf neutralem oder eigenem Gebiete von unserer Grenze die von der Natur so begünstigten Einfallstore in unser Land besitzen wie bisher. »

Aus einem Artikel der *Germania* vom 15. Februar 1916. Die in Berlin erscheinende *Germania* ist neben der *Kölnischen Volkszeitung* das wichtigste Organ der klerikalen Zentrumspartei.

FREISINNIGE VOLKSPARTEI



FREISINNIGE VOLKSPARTEI

A.

IM PARLAMENT.

Zwei Bayern.

1.

« Ueber die Friedensziele, die selbstverständlich auch für uns eine Angelegenheit von höchster Wichtigkeit sind, urteilt die « liberale Vereinigung » dieses Hauses im wesentlichen ebenso, wie dies seitens der beiden liberalen Fraktionen des Reichstags geschehen ist. Wir erachten *keinen Frieden für denkbar, der nicht den gewaltigen Opfern unseres Volkes an Gut und Blut voll entspricht,* der uns nicht die sichere Gewähr dafür bietet, dass kein Feind in frivoler Weise die friedliche Tätigkeit der Bevölkerung unseres Vaterlandes zerstören und seinen Handel und Verkehr zu Lande und zu Wasser abzuschnüren wagt. Wir lehnen jeden auch noch so wohlgemeinten Versuch ab, die Einstellung der Feindseligkeiten durch irgendwelches, schwächliches Entgegenkommen herbeizuführen. »

Aus der Rede des Abgeordneten *Dr. v. Casselmann* (liberal) im *Bayerischen Landtag* (Bericht der *Münchener Neuesten Nachrichten* 26. November 1915).

2.

« Ich zweifle nicht, dass Bayern niemals zu einem faulen Frieden raten, sondern alles daransetzen wird, dass das deutsche Volk *gesicherte Grenzen* gegen feindliche Ueberfälle erhält und dass das Deutsche Reich mit Oesterreich einen dauernden Bund schliesst, um unsere *gemeinsamen Pläne* in Europa und *in der ganzen Welt* zur Geltung zu bringen und die Freiheit der Meere zu erringen. »

Aus der Rede des *Abgeordneten Beckh (Freisinnige Vereinigung)* im *Bayerischen Landtag.* (Bericht der *Münchener Neuesten Nachrichten* 26. November 1915.)

Ein Würtemberger.

« Dass der *Statusquo* vor dem Kriege *nicht erhalten bleiben* kann, ist selbstverständlich. Belgien wird nach den Ausführungen des Kanzlers bleiben, aber es wird innerlich und äusserlich ein anderes Belgien sein, als vor dem August 1914. Klar ist, dass der Friede nicht auf der Grundlage herbeigeführt werden kann, wie es der Antrag der ganz linksstehenden Partei will. »

Aus einer Rede, die der Abgeordnete *von Payer* im Namen der *fortschrittlichen Fraktion* (44 Mitglieder) am 6. April 1916 im *Reichstag* hielt.

B.

AUSSERHALB DES PARLAMENTS.

Abgeordneter Dr. Pachnicke.

1.

« Der Friede kann nur unter Bedingungen geschlossen werden, die dem Vaterlande und der ganzen Welt dauernden Schutz vor Friedensstörungen verbürgen. Worin diese Bedingungen im einzelnen bestehen, das zu erörtern ist im gegenwärtigen Augenblick unangebracht. Aber wir müssen verlangen und fordern, dass man, wie es vereinzelt geschieht, *nicht grundsätzlich jeden* Gedanken irgend einer Annexion verwirft. »

Aus einer Rede, die der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Pachnicke Ende Oktober 1914 nach einem Bericht der *Vosssischen Zeitung* in *Berlin* auf einem « gemütlichen Bierabend » hielt, den die Mitglieder der preussischen Landtagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei veranstaltet hatten.

2.

« Der Friede, den wir brauchen, muss uns die Bürgschaft bieten für die militärische Sicherheit und für die ungehinderte Entwicklung unseres Wirtschaftslebens. Ein verfrühter Friede wäre nur ein Waffenstillstand. Vergebens dürfen die grossen Opfer nicht gebracht worden sein. Die Mässigung bei den Forderungen kann übertrieben werden und wir haben sie früher schon einmal übertrieben. Von der künftigen Gestaltung der Landkarte kann ich leider nicht sprechen. Was die Vergangenheit betrifft will ich nur eines sagen: *Dass wir Belfort* 1870 *nicht genommen oder geschleift haben, war ein Fehler und Fehler brauchen nicht wiederholt zu werden.* »

Aus einer Rede, die der *fortschrittliche* Reichstagsabgeordnete *Dr. Pachnicke* am 23. November 1914 in Frankfurt am Main in einer vom Fortschrittlichen Volksverein einberufenen Versammlung hielt. Der lange Bericht, den die *Frankfurter Zeitung* am 24. November 1914 darüber brachte, « vergass » den wichtigen Satz betreffend Belfort wiederzugeben.

3.

« Wenn der Ausspruch gefallen ist, wir wollen kein Land erobern in diesem Kriege, so bin ich nicht dieser Ansicht. Vor allem *müssen wir uns bessere Grenzen schaffen*, dass den Gegnern jede Angriffslust vergeht. Wir schliessen kein Kompromiss. Verhandlungen gibt es nur auf Grund der gegebenen Verhältnisse. Belgien hat seine Neutralität verletzt und selbst vernichtet und es heisst für uns : es darf nicht Vasallenstaat Englands bleiben. Russland gegenüber müssen wir uns einen Schutzwall bauen, an dem sich die slawische Welle bricht. Bei Frankreich kommt die Völkerpforte zwischen Jura und den Vogesen in Betracht und der Kamm der Vogesen. »

Aus einer Rede, die der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete *Dr. Pachnicke* im Mai 1915 in verschiedenen Städten Deutschlands hielt. Die *Bremer Bürgerzeitung*, die zur sozialdemokratischen Opposition gehört, bemerkte in ihrer Nummer vom 11. Mai 1915 dazu, « dass sich der freisinnige Politiker im Kreise der Alldeutschen wohl sehen lassen kann ». Und die *Frankfurter Volksstimme*, ein sozialdemokratisches Mehrheitsorgan, schrieb: « Man sollte nicht für möglich halten, dass in diesen Tagen unheimlich wachsender Gefahren ein Politiker so ins Blaue hinein redet. Hinterm Stammtisch mag Rentier Meyer aus vergossenem Bier Linien ziehen, die die ausgereckten Grenzen des Deutschen Reichs darstellen, aber ein Abgeordneter, der vor einem grossen Publikum so spricht, zeigt damit, dass er von dem Ernst der Stunde keine Ahnung hat. »

Der freisinnige Parteivorsitzende.

« Ueber die Friedensbedingungen kann man nur allgemein sagen, es darf nach dem Frieden nicht wieder so sein, wie es vorher gewesen ist. *Mit der Wiederherstellung des früheren Zustandes ist uns nicht gedient.* So bescheiden sind wir doch nicht. »

Aus einer Rede des früheren Präsidenten der würtembergischen Kammer und gegenwärtigen *Reichstagsabgeordneten* von *Payer*, gehalten in der Sitzung des Centralausschusses der Fortschrittlichen Volkspartei am 4. Dezember 1915 in Berlin. Bericht der *Münchener Neuesten Nachritchten* vom 6. Dezember 1915.

Ein freisinniger Pastor.

1.

« Der Sieg steht heute so fest, wie ehedem. Wir wollten nichts erobern, als wir den Krieg begannen ; aber die andern wollen erobern. Die

haben keine zarten Empfindungen. Sie würden heute noch alles nehmen, was sie vom deutschen Land kriegen könnten. *Wenn wir uns darum gegen West und Ost später ausdehnen*, ist das keine falsche Eroberungs-, sondern notwendige Friedenspolitik. »

Eiserne Blätter. Beilage zu der von Naumann herausgegebenen « *Hilfe* » (Nummer 28, 15 Juli 1915). Eine Flugblattsammlung herausgegeben durch den freisinnigen Landtagsabgeordneten Pastor *Gottfried Traub-Dortmund.*

2.

« Wir wollen einen dauernden Frieden, ganz gewiss ; denn sonst hätten nicht so viele ihr Herzblut hingegeben. Das Wort vom dauernden Frieden war aber von einigen deutschen Kreisen schon geprägt ehe nur eine einzige Schlacht geschlagen, ehe noch ein einziger deutscher Sieg erfochten war. Es hiess damals, man dürfe nur auf einen dauernden Frieden hinarbeiten, das heisst, du darfst dem Feinde und Gegner gar nichts abnehmen, denn sonst würde er an dir Rache nehmen müssen. Einen solchen dauernden Frieden wünschen wir nicht. Wir wünschen einen dauernden Frieden, bei dem *die Grenzen des deutschen Gartens nach Osten und nach Westen soweit hinausgeschoben werden*, dass es denen draussen schwer hält, nochmals nach unserem Garten Steine zu werfen... »

Aus einer Rede, die der *freisinnige* Landtagsabgeordnete Liz. *Traub* am 22. Mai 1916 in *Duisburg* hielt. Bericht der *Kölnischen Zeitung* vom 24. Mai 1916.

C.

DEMOKRATISCH-FREISINNIGE ZEITUNGEN.

« Die Frankfurter Zeitung. »

1.

« Wir können uns nicht denken, dass die theoretische Verwerfung aller Annexionen, die in den Programmen einiger politischer Parteien enthalten ist, die nationale Einheit in dem grossen Augenblick unseres Sieges sollte gefährden können... Sollte wirklich eine irgendwann und irgendwo beschlossene Plattform Deutsche verhindern, ihrem *Vaterlande Gebiete anzugliedern*, deren Besitz aus nationalen und politischen Gründen wünschenswert wäre ? Gewiss nicht. Nur gegen die vorzeitige Erörterung wenden wir uns... Der Denkprozess, den wir durchzumachen haben, betrifft also nicht sowohl das Problem, welche Landstriche

in Ost und West für unsre Siedelung und unsre Industrie wünschenswert sein mögen, sondern das viel verwickeltere unsrer allgemeinen Weltstellung, etwa, ob Russland oder England auf die Dauer der gefährlichere Feind sein wird. Hierüber aber verbietet sich die öffentliche Debatte jetzt von selbst obwohl zu wünschen wäre, dass jeder sich mit diesen Dingen ernstlich beschäftigte, damit wir in der entscheidenden Stunde nicht von Phrasen geleitet werden, sondern von Realitäten. »

Aus einem Artikel, den das grösste demokratische Organ Deutschlands die *Frankfurter Zeitung* vom 12. März 1915 veröffentlichte. Die sozialdemokratische *Leipziger Volkszeitung* bemerkte dazu : « Es scheint fast, als ob die Sozialdemokratie mit dem Protest gegen Annexionen so gut wie allein bleiben wird... Der Grundsatz des unveräusserlichen Selbstbestimmungsrechts jedes Volkes ist dem fortschrittlichen Blatte « Phrase ». Wir können uns darüber freilich nicht allzusehr mehr wundern, da selbst in sozialdemokratischen Blättern, so z. B. in der Chemnitzer Volkstimme, in verschämter Weise ähnliche Stimmungsmache betrieben worden ist. »

2.

« Die *Behauptung, dass wir gegen alle Gebietserweiterung Deutschlands seien, ist ebenso erfunden wie das Uebrige.* Wir sind aus den bekannten Gründen ebenso wenig wie ein anderes Blatt in der Lage, klar und deutlich zu sagen, wie wir uns das wünschenswerte oder mögliche Ziel vorstellen. Aber unseren grundsätzlichen Standpunkt haben wir mehrmals angedeutet, so z. B. *im Abendblatt vom* 24. *Juni* 1915, wo wir schrieben : « Es fragt sich, was man unter Annexionen versteht. Wir haben in verschiedenen sozialdemokratischen Blättern die sehr verständige Aeusserung gefunden, dass nur ein ganz weltfremder Mensch meinen könne, nach dem Kriege müsse alles wieder so sein, wie es war. Es ist in der Tat eine Naivität ohne gleichen zu glauben, eine solche Weltkatastrophe könne ohne jede Veränderung abgeschlossen werden, und man werde wieder ruhig nach Hause gehen, als ob gar nichts geschehen wäre... » Hier ist klar so viel zu erkennen, wie man eben heute ausdrücken kann. Allerdings, welche Gebiete wir meinen, haben wir nicht gesagt und konnten es nicht. »

Aus einem Leitartikel der *Frankfurter Zeitung* vom 17. Februar 1916, der sich gegen die *Kölnische Volkszeitung* richtete, welche die *Frankfurter Zeitung* beschuldigt hatte gegen Annexionen und Gebietserweiterungen zu sein.

« Die Berliner Volkszeitung. »

« Die Frage, ob Deutschland einen Frieden ohne Annexionen schliessen will, hat der Kanzler gestern zwar nicht in der Form, wohl

aber in der Sache rundweg verneint. Bestimmte Einzelheiten wurden allerdings auch gestern nicht genannt, aber ein Programm drückt sich doch in dem Satze klar aus : « Weder im Osten noch im Westen dürfen unsere Feinde von heute über Einfallstore verfügen, durch die sie uns von morgen ab erneut und schärfer als bisher bedrohen können. » Damit ist gesagt, dass Deutschland nicht ohne eine Veränderung der Landkarte in einen Frieden willigen wird und seine strategische Sicherung auch in einer geographischen Ausweitung seiner Grenzen erblickt. »

Aus einem Artikel der demokratischen *Berliner Volks-Zeitung* vom 10 Dezember 1915 über die Reichskanzlerrede vom 9. Dezember.

SOZIALDEMOKRATEN



SOZIALDEMOKRATEN

A.

PARLAMENTARIER UND REDAKTEURE.

Der Reichstagsabgeordnete Peus.

« Die *belgische Frage* ist nicht nur eine Angelegenheit der Belgier. Es handelt sich nicht nur um die belgische Freiheit. Belgiens Feindschaft gegen Deutschland, Belgiens Bündnis mit England kann die Unfreiheit Deutschlands gegenüber der unermesslichen russischen Menschenmasse bedeuten. Die Freiheit des belgischen Volkes als Bund zweier Nationalitäten (der Wallonen und Flamen) braucht mit der Frage, die hier erörtert wird, gar nichts zu tun zu haben. Die Freiheit des belgischen *Volkes* kann ganz unangetastet beliben, aber das belgische *Land* in seiner besonderen geographischen Lage, die belgische Nordseeküste zumal und ihre strategische Bedeutung kommen hier in Betracht. *Wer will es dem Deutschen Reiche verübeln, wenn es für die Zukunft dem doppelten Drucke von Osten wie von Westen her entgehen will*?!

» Ich begnüge mich mit dieser Schilderung der Situation. Wer will jetzt schon mehr sagen können !! Aber doch noch eins : Wäre ich belgischer Abgeordeneter, dann würde ich sagen : Vor allem eins. Heraus aus der jetzigen unsicheren Situation der Neutralität ! Die ist ja nur Selbstbetrug. Sie führt nur dazu, dass Belgien der Kriegsschauplatz für die drei Mächte Deutschland, England und Frankreich wird. *Anschluss, wenigstens militärischer Anschluss an eine dieser drei Mächte,* damit wir auch der Gefahr gegenüber den schon vorher zu bietenden Schutz für den Kriegsfall geniessen. Jetzt war Belgien nur Opfer aller drei Mächte. Vom wirtschaftlichen Standpunkte würde ich dann aber entscheiden : Anschluss an unser wirtschaftliches Hinterland, *Anschluss an Deutschland.* Dass innere nationale Freiheit in allen europäischen Reichen gewährt werden muss, halte ich für eine gerade auch wegen der Sicherung nach aussen absolut gebotene Notwendigkeit. »

Aus der Antwort, welche der zum rechten Flügel der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit gehörende *Reichstagsabgeordnete Peus-Dessau* auf die von dem Her usgeber der in Lausanne erscheinenden Wochenschrift *Die Menschheit*, Dr. R. Broda veranstalteten Rundfrage gab, ob die Annexion Belgiens das neue Kriegsziel Deutschlands werden soll. (Nr. 15 der *Menschheit*, 2. Januar 1915.)

Der Chefredakteur der Chemnitzer Volksstimme.

« *Ein Verteidigungskrieg wird noch nicht dadurch zu einem Eroberungskrieg, dass man an seinem Ende Sieger bleibt und etwas gewinnt...* Den Banditen einen Freibrief ausstellen, dass sie uns an die Gurgel springen können, so oft sie wollen, ohne befürchten zu müssen, dass sie dabei etwas verlieren, wäre nicht mehr Politik, sondern selbstmörderischer Wahnsinn. Wir haben im Gegenteil schon jetzt unsern Feinden zu sagen, dass ihr Spiel verloren ist und dass jeder Tag länger, den sie sögern, ehe sie es aufgeben, sie teuer zu stehen kommen wird. Nur durch diese feste Drohung können wir die Wiederherstellung des Friedens beschleunigen, den wir von der Gerechtigkeit und Friedensliebe unserer Feinde wahrhaftig vergeblich erbeten haben. »

Aus einem Artikel in der *Chemnitzer Volksstimme* vom 2. Juli 1915, von Ernst Heilmann, dem Chefredakteur des Blattes. In derselben Nummer steht ein nichtgezeichneter Artikel : « Zur Frage der Annexionen », in dem es heisst : « In der Ablehnung der Unterjochung fremder Völker sind alle deutschen Sozialdemokraten einig... Die Ansichten können nur darüber auseinandergehen, was als Friedenssicherheit zu betrachten ist, und darüber ob jede, auch die kleinste Grenzverbesserung (die ja auch Gegenstand einer Verständigung sein kann) von vornherein ausgeschlossen sein soll, weil sie begrifflich unter das Schlagwort der Annexion gestellt wird. »

Dr. Albert Südekum.

« Die Parteiopposition hofft mittels einer intensiven Propaganda gegen angebliche « imperialistische Gelüste » in der Annexionsfrage oder dem, was dazu zurechtgemacht wird, die Mehrheit hinter sich bringen zu können. Hier und jetzt sollen nicht die Einzelheiten der Annexionsfrage erörtet werden. In Wirklichkeit bietet sie für unsere Partei keine unlösbaren Schwierigkeiten, wie sich aus der bevorstehenden Erörterung der Fraktion und des Parteiausschusses sicherlich ergeben wird. Meinungsverschiedenheiten bestehen allerdings, zum Teil sogar recht weit auseinanderführende. Daher ja auch die geplante Aussprache. Selbstverständlich hat jedermann das Recht seine Ansichten zu vertreten, so gut oder so schlecht das unter den heutigen Umständen geht...

» Wahrscheinlich ist die Mehrheit unseres ganzen Volkes, sicher die Mehrheit der unserer Gedankenwelt anhängenden Masse, gegen die Unterjochung fremder Völker ; aber deshalb kann man doch gegen die rein negative Behauptung jener Oppositionellen mit vermutlich viel grösserer Berechtigung die andere wagen, dass gegen *notwendige Grenz-*

sicherungen unseres Landes und gegen selbst recht weitgehende wirtschaftliche Verbindungen zwischen den europäischen Staaten auch als Teile von Friedensbedingungen, ernsthaft nichts eingewendet wird. »

Aus einem Artikel des sozialdemokratischen Abgeordneten *Dr. Südekum* im *Hamburger Echo* vom 19. Juli 1915. Der *Vorwärts*, der die wichtigsten Stellen des Artikels wiedergab, bemerkte dazu : « Er (Südekum) kann im *Hamburger Echo* unbehelligt seine Ansichten über Notwendigkeit und Wesen von Annexionen vertreten ; aber der « Minderheit » ist jede Antwort darauf zurzeit versagt. » — Anfang Juli 1915 hatte der Abgeordnete *Dr. Südekum* in dem sozialistischen Organ seines Wahlkreises Nürnberg, der *Fränkischen Tagespost* in einer Polemik gegen Haase, Bernstein und Kautsky, die er als Romantiker bezeichnete, geschrieben : die Sozialdemekratie sei die Kerntruppe, auf die Bethmann-Hollweg sich in der Abwehr von Angriffen der Annexionspolitiker stützen könne.

Ein Wortführer der Mehrheit.

« Wenn wirklich zur besseren Verteidigung Deutschlands im Osten *die Annexion der Narewlinie* verlangt würde, dürfte irgend ein Deutscher dagegen Widerspruch erheben ? »

Aus einer Rede, die der zur sozialdemokratischen Mehrheit gehörende Abgeordnete *Dr. Landsberg* in einer Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hielt und worüber der zur Opposition gehörende Abgeordnete Ledebour in der *Frankfurter Volksstimme* vom 6. Januar 1916 berichtete, indem er hinzufügte : « Zum besseren Verständniss dieses Landsbergschen Planes muss man sich vergegenwärtigen, dass die Annexion der Narewlinie also ganz Masowiens, auch die Annexion von polnischen Gebieten links der Weichsel und von litauischen links des Njemen mit sich bringen würde. Niedrig geschätzt wäre das ein Gebiet von 4 bis 5 Millionen nichtdeutscher Einwohner... Soweit ist es also nun glücklich gekommen, dass die Wortführer der Fraktionsmehrheit hinter verschlossenen Türen sich mit Annexionsplänen verderblichster Art hervorwagen, während in der Oeffentlichkeit die Mehrheitsvertreter versichern, sie seien auch gegen Annexionen. Gegen diese doppelzüngige Mehrheitspolitik Front zu machen ist die Pflicht eines jeden Sozialdemokraten, der noch festhält an den Grundsätzen der Partei. Das hat die Fraktionsminderheit im Reichstag getan. »

Zwei badische Abgeordnete.

1.

« In der Annektionsfrage hat die Regierung einen Standpunkt eingenommen, mit dem wir uns zufrieden geben können. Sie hat die Absicht der Annektierung *ganzer* Länder zurückgewiesen mit Zustimmung aller Parteien im Reichstag. Wenn allerdings Grenzregulierungen zum Schutz des Landes gegen künftige Ueberfälle vorgenommen werden, so wird das auch unsere Zustimmung finden. Man wird wohl

Vorkehrungen treffen müssen, *dass das Vogesenloch zugestopft wird* und zu verhindern wissen, dass Thorn von weittragenden Geschützen russischer Festungen erreicht wird. »

Aus einer Rede des *sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten von Mannheim, Oskar Geck*, gehalten am 2. Februar 1916 im sozialdemokratischen Verein Karlsruhe. Bericht des *Karlsruher Volksfreund* vom 4. Februar 1916.

2.

« Dass wir nach dem Krieg durch *Grenzregulierungen* gewisse Sicherheiten haben müssen ist *selbstverständlich*. Soll denn dieser Krieg mit seinen ungeheuren Opfern an Gut und Blut ausgehen wie das Hornberger Schiessen ? »

Aus einer Rede des *sozialdemokratischen badischen Landtagsabgeordneten Marum*, gehalten am 2. Februar 1916 im sozialdemokratischen Verein *Karlsruhe*. Bericht des *Karlsruher Volksfreund* vom 4. Februar 1916.

Der Chefredakteur der « Rheinischen Zeitung. »

« Ich warne vor inhaltslosen Schlagworten. Die Formel « Gegen jede Annexion » beispielsweise ist völlig unmarxistich. Polen darf nicht mehr russisch, Mazedonien nicht mehr serbisch werden. Vom sozialistischen und ethischen Standpunkt aus kann die Losung nur lauten : « Gegen die Vergewaltigung fremder Völkerschaften », *wogegen Eroberungen unter Umständen von der Sozialdemokratie gefordert werden müssen.* »

Aus einer Rede des Chefredakteurs des sozialdemokratischen Organs von Köln, der *Rheinischen Zeitung, J. Meerfeld*, gehalten am 6. Februar 1916 in der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Köln-Stadt und Köln-Land. Bericht der *Rheinischen Zeitung* vom 7. Februar 1916.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

« Wenn es gelingt, den Flämen im Friedensvertrag die Möglichkeit zu sichern, auf der Grundlage ihrer eigenen Sprache, ihre eigene Kultur zu pflegen, ist das Vergewaltigung ? Gegen jede Verwaltigung, die dabei in Frage käme, müssten wir uns entschieden wenden. Der Reichskanzler sagte : « Das Europa, das aus diesem Kriege entstehen wird, wird in vielen Stücken dem alten nicht gleichen. Den Status quo ante kennt die Geschichte nach ungeheuerlichen Geschehnissen nicht. » *Man muss ein politischer Kindskopf sein, wenn man sich einredet*, dass ein ganzer Weltteil in Flammen steht, dass Millionen vernichtet

werden und bluten, *ohne dass ein einziger Grenzstein* versetzt wird, den irgendein vermoderter Diplomat einmal gesetzt hat. »

Aus einer Rede, die der Abgeordnete *Philipp Scheidemann* im Namen der Mehrheit der alten *sozialdemokratischen Fraktion* am 6. April 1916 im *Reichstag* hielt. In einer Zuschrift an die *Bergische Arbeiterstimme* in Solingen bestritt später Scheidemann, dass er mit seiner Bemerkung für Annexionen habe eintreten wollen. Die ganze bürgerliche Presse Deutschlands hatte jedoch seinen Ausführungen in diesem Sinn Beifall gezollt.

B.

SOZIALDEMOKRATISCHE ZEITUNGEN.

« Harburger Volksblatt. »

« Zu Punkt 4, der von Aneignung fremder Gebietsteile handelt, hätten wir gewünscht, dass sich die Instanzen der Partei in weniger bestimmter Weise ausgesprochen, sondern Möglichkeiten offen gelassen hätten, durch die auch abweichende Meinungen in der Partei in dieser Frage zu ihrem Rechte kommen. Wir meinen, dass die Frage, ob Aneignung fremder Gebietsteile oder nicht, erst nutzbringend besprochen werden kann, wenn der Krieg militärisch seinem Ende zugeht, das heisst, wenn sich infolge der Kriegslage die Linien der künftigen Entwicklung besser übersehen lassen. Vorerst sind wir noch nicht so weit. Insofern hat daher die Regierung recht, wenn sie die Erörterung derartiger bestimmter Kriegsziele zurzeit noch nicht will. Unsere bisher wiederholt ausgesprochene Forderung nach Freigabe der Diskussion über « Kriegsziele » war bestimmt durch die masslosen Forderungen bürgerlicher Eroberungspolitiker ; denn, was der einen Seite recht war, sollte der anderen billig sein, d. h. es sollten auch von diesen abweichende Meinungen zu Worte kommen dürfen.

» Zurzeit kann die Frage, ob Annexionen oder nicht, von der Sozialdemokratie nicht mit einem bestimmten Ja oder Nein beantwortet werden, weil es zwischen einem Ja oder Nein verschiedene Zwischenstufen gibt, auf denen eine Verständigung nicht unmöglich ist. Wir können also den Punkt 4 der Erklärung des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion nicht restlos unterschreiben und stehen damit in der Partei, wie wir genau wissen nicht allein da. »

Aus einem Artikel des sozialdemokratischen *Harburger Volksblatt* über die am 16. August 1915 von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und dem sozialdemokratischen Parteiausschuss angenommenen Leitsätze zur Friedensfrage. Der « Punkt 4 », gegen den sich das *Harburger Volksblatt* wendet, lautet :

« In Erwägung, dass Annexionen volksfremder Gebiete gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstossen und dass überdies durch sie die innere Einheit und Kraft des deutschen Nationalstaats nur geschwächt werden und seine politischen Beziehungen nach aussen dauernd aufs schwerste geschädigt werden, bekämpfen wir die darauf abzielenden Pläne kurzsichtiger Annektionspolitiker. Vom Standpunkt des deutschen Interesses nicht minder, wie von dem der Gerechtigkeit halten wir die Wiederherstellung Belgiens darum für geboten. »

« Dresdener Volkszeitung. »

« Es braucht nicht verschwiegen zu werden, dass in unsrer Fraktion über das Problem der « Annexionen » eine Meinungsverschiedenheit besteht. Einige glauben, dieses ganze Problem mit der einfachen Formel gelöst zu haben : « Gegen Annexionen ». Andere aber sind der Ansicht, dass der gewaltige Weltkrieg alle Dinge so ungeheuerlich in Fluss gebracht hat, dass gerade auch eine revolutionäre Partei unmöglich mit dem konservativen Grundsatz des status quo — alles soll genau so wieder hergestellt werden, wie es zuvor gewesen ist — auskommen kann. Wir wollen keine Vergewaltigung eines anderen Volkes, keine Einverleibung volksfremder Gebiete. Wir wollen nicht einen Friedensschluss, der den Keim zu neuen Konflikten in sich trägt. Wir wollen alles tun, damit ein Zustand Europas geschaffen werde, der den Ausgleich der Interessengegensätze und freundnachbarliches Zusammenleben der Kulturvölker in Aussicht stellt. Es wird die denkbar schwerste Aufgabe sein, dieses Ziel zu erreichen, insbesondere auch den Friedensausgleich der Vernunft zwischen England und Deutschland zu erzielen. Wer an diesem Werke arbeiten will, kann unmöglich mit dem einfachen Wort « gegen Annexion » alles erledigt ansehen. Es braucht nur gefragt zu werden : Wer ist ernstlich der Meinung, dass Russland unbedingt jedes Quadratkilometer Land unter sein despotisches Regiment zurückerhalten muss ? Wer will den Anspruch der Bulgaren auf Mazedonien ohne weiteres von der Hand weisen ? Jeder, der die grossen Probleme, die der Weltkrieg aufgeworfen hat, nur einigermassen ins Auge fasst, wird zugestehen, dass es die Aufgabe der Sozialdemokratie ist, einem Frieden zuzustreben der ohne Vergewaltigung irgend einer Nation die Neugestaltung Europas herbeiführt. »

Aus einem Leitartikel der *Dresdener Volkszeitung* vom 16. Dezember 1915 über die Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu der Kreditvorlage der Regierung. Chefredakteur der *Dresdener Volkszeitung* ist der zur sozialdemokratischen Mehrheit gehörende Abgeordnete Dr. Gradnauer.

« Frankfurter Volksstimme. »

1.

« ...Die Ablehnung aller Annexionsforderungen ist für sich allein noch kein taugliches Friedensprogramm. Die Sozialdemokratie muss positive Forderungen stellen und diese Forderungen *können und müssen sogar Veränderungen der Landkarte einschliessen.* Es *darf* nicht alles bleiben, wie es war. »

Aus einem Artikel der *Frankfurter Volksstimme* vom 22. Juni 1915, der sich gegen den Aufruf von Bernstein, Haase, Kautsky : « Das Gebot der Stunde » richtete. Leitender Redakteur des Blattes ist der Reichstagsabgeordnete von Frankfurt am Main, Dr. Max Quark.

2.

« Auch die deutsche Sozialdemokratie muss sich mit der Tatsache abfinden, dass wir Sicherheiten für unsre ungestörte Fortentwicklung brauchen. Sie kann die Kriegsziele des Kanzlers kritisieren und zu bessern suchen, aber sie kann sie nicht einfach ablehnen mit dem Schlagwort *keinerlei Annexion*. Dafür wären die Millionen Deutscher, die draussen kämpften und bluteten, nicht zu haben, das ist sicher. Unser Redner von heute, Genosse Ebert, der infolge unsrer durch die Spaltung der Fraktion herbeigeführten numerischen Schwächung erst nach dem Zentrumsredner zu Worte kam, betonte deshalb auch durchaus richtig, dass wir zwar gegen die Vergewaltigung andrer Völker seien, wie sie auch der Reichskanzler im Dezember ablehnte : *er wandte sich aber nicht gegen die Angliederung deutschen Kolonisationslandes im Osten*. Wir unterliegen hier genau so, wie alle Welt, der Macht der Tatsachen, die stärker sind als Menschen und Parteien. Und es ist kein Merkmal des Sozialismus, sich gegen neue Entwicklungen zu sträuben. Wir müssen sie studieren und zu beeinflussen suchen. Das ist sozialistisch. »

Aus einem Artikel der sozialdemokratischen *Frankfurter Volksstimme* vom 7. April 1916 über die Rede, welche der Reichskanzler am 5. April im Reichstag hielt.

« Chemnitzer Volksstimme. »

« Die letzte Rede von Asquith fasst die « Leipziger Volkszeitung » dahin zusammen : er fordere *Wiederherstellung des Zustandes vor dem Kriege*, internationale Abrüstung und internationales Schiedsgericht.

...Wir halten diese Zusammenfassung der Ausführungen für grundfalsch. ...Aber um keinen Zweifel zu lassen, wollen wir ausdrücklich erklären, dass auch, wenn Asquith einen solchen Friedensvorschlag gemacht hätte, er uns *nach Osten hin unannehmbar erschiene.* Wir halten es ganz mit Scheidemanns Erklärung im Reichstage, dass die Wiederherstellung des früheren Zustandes nach einem solchen Weltkriege einfach eine Unmöglichkeit ist... »

Aus einer Notiz der *Chemnitzer Volksstimme* vom 14. April 1916 über « Englands Friedensangebote ».

C.

GEWERKSCHAFTEN.

Das Organ des Deutschen Transportarbeiterverbandes.

« *Heute weht die deutsche Flagge auf den Türmen Antwerpens, hoffentlich für immer.* »

Aus einem am 24. Oktober 1914 im *Courier*, dem Zentralorgan des Deutschen Transportarbeiterverbandes veröffentlichten Artikel. Der Deutsche Transportarbeiterverband zählt über 100,000 Mitglieder und ist der Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen.

Der Vorsitzende des Buchbinderverbandes.

« So sehr die deutsche Sozialdemokratie vom Anfang des Weltkrieges an gegen einen Eroberungskrieg sich ausgesprochen hat, wird doch wohl kein verständiger Mensch sich dem Glauben hingeben, dass dieses gewaltige Ringen ohnegleichen in der Weltgeschichte einfach damit seinen Abschluss findet, dass alles beim alten bleibt. Das wäre nur dann anzunehmen, wenn es weder Sieger noch Besiegte gäbe. Gegen diese Annahme spricht aber sowohl die Grundursache als auch der bisherige Verlauf des Krieges... Im gegebenen Falle entwirrt man nicht den Knäuel ungelöster Probleme mit der einfachen Erklärung : Wir sind gegen jede Eroberungspolitik, also auch gegen jede Veränderung der politischen Grenzen und jede Annektion. Erhält Belgien seine Unabhängigkeit zurück, so wird es in erhöhtem Masse als bisher ein englisches Vorwerk auf dem Festlande werden. Das zukünftige Schicksal Belgiens kann daher nicht für sich allein behandelt werden, sonst haben wir in absehbarer Zeit eine neue viel gefährlichere und stärkere Mächtegruppierung gegen die Zentralmächte zu gewärtigen. Selbster-

haltungstrieb und Logik, erfordern daher, dass wir diese Forderung, die belgische Frage im Gesamtbilde zu betrachten, um so nachdrücklicher betonen als die hervorragendsten englischen und französischen Arbeiterführer nicht nur eine Abtrennung Elsass-Lothringens von Deutschland gefordert haben, sondern auch die Zurückgabe Schleswig-Holsteins an Dänemark sowie die Abtretung zahlreicher Landesgebiete Oesterreich-Ungarns an Italien, Russland, Rumänien und wer weiss an wen sonst noch verlangt haben, ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche und politische Existenz der Zentralmächte. Wir vergeben uns etwas von unserm berechtigten Selbstbewusstsein und stärken nur den Glauben an die Berechtigung der Ansprüche jener Annektionspolitiker und ihrer gleichgesinnten Regierungen, wenn wir ihnen nicht die Kehrseite ihres Expansionsdranges vor Augen halten. »

Aus einem Artikel des Vorsitzenden des Buchbinderverbandes, Emil Kloth, in der sozialdemokratischen *Chemnitzer Volksstimme*. Das zur Opposition gehörende *Hallesche Volksblatt* druckte den Artikel am 16. Juni 1915 ab und bemerkte dazu, dass er wohl deutlich zeige, « wohin die Reise gehe ». Dagegen begrüsste die *Preussische Kreuzzeitung* Kloths Ausführungen « als einige an die Annexionsfeinde seiner Partei gerichtete Wahrheiten ».



EINGABEN

AN DEN

REICHSKANZLER



EINGABEN AN DEN REICHSKANZLER

Petition der sechs Wirtschaftsverbände an den Reichskanzler.

Berlin, den 20. Mai 1915.

Excellenz !

Mit dem ganzen deutschen Volke ist auch die deutsche Erwerbstätigkeit in Landwirtschaft und Industrie, Handwerk und Handel fest entschlossen, in dem Deutschland aufgezwungenen Kampf auf Leben und Tod ungeachtet aller Opfer auszuharren bis zum letzten, damit Deutschland aus diesem Kampfe nach aussen stärker, mit der Gewähr eines dauernden Friedens und damit der Gewähr einer gesicherten nationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Weiterentwicklung auch im Innern hervorgehe.

Angesichts dieses Zielbewusstseins und dieser durch die Tat bekundeten Opferwilligkeit des ganzen Volkes mussten die in Stadt und Land umlaufenden Gerüchte über die Anbahnung von Friedensverhandlungen und insbesondere über vorbereitende Schritte zur Anbahnung eines Sonderfriedens mit England auf der Grundlage gewisser englischer Wünsche und Forderungen — Gerüchte, die in gewissen Presseverlautbarungen eine Stütze zu finden schienen — doppelt beunruhigend wirken.

Mit Befriedigung ist daher überall die Erklärung der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* aufgenommen, dass kein Urteilsfähiger daran denken kann, die für Deutschland günstige Kriegslage zugunsten eines vorzeitigen Friedensschlusses mit irgendeinem seiner Feinde preiszugeben.

An dieser Entschlossenheit würde allerdings auch eine ungünstigere oder unsicherere Kriegslage nichts ändern dürfen, wenn anders das von Sr. Majestät dem Kaiser nach aussen wie nach innen selbst gesteckte Ziel nicht aus dem Auge verloren werden soll. Denn dieses Ziel ist nur durch die Erkämpfung eines Friedens zu erreichen, der uns eine bessere Sicherung unserer Grenzen im Westen und Osten, eine Erbreiterung der Grundlagen unserer Seegeltung und die Möglichkeit einer ungehinderten und starken Entfaltung unserer wirtschaftlichen Kräfte, kurz, politisch, militärisch-maritim und wirtschaftlich diejenigen

Machterweiterungen bringt, die unsere grössere Stärke nach aussen gewährleisten.

Ein Frieden, der nicht diese Ergebnisse zeitigt, macht baldige neue Kämpfe unter für Deutschland wesentlich ungünstigeren Aussichten unvermeidlich. Also kein vorzeitiger Frieden. Denn von einem solchen steht ein ausreichender Siegespreis nicht zu erhoffen.

Aber auch kein lauer Frieden, kein Frieden, der nach den angedeuteten Richtungen hin nicht die volle politische Ausnutzung der von uns erhofften schliesslichen militärischen Erfolge in sich begreift !

Denn es darf nicht verkannt werden, dass die volle Ausnutzung der militärischen Lage für die äussere Machterweiterung Deutschlands nicht nur die Voraussetzung für die Sicherstellung unserer Zukunft nach aussen, sondern auch die gleich wichtige Voraussetzung dafür bildet, dass die opferfreudige Geschlossenheit des deutschen Volkes auch für die innere Politik in kommenden Friedenszeiten nutzbar gemacht werden kann. Einer militärischen Zwangslage, die auch das opferfreudigste Durchhalten schliesslich vor unüberwindliche Schranken stellte, würde sicherlich auch unser Volk Rechnung tragen. Eine unangebrachte, nicht in der militärischen Lage zwingend begründete Nachgiebigkeit beim Friedensschlusse, die, ebenso wie eine vorzeitige Aufgabe des Kampfes, zur Folge haben könnte, dass unsere heimkehrenden Krieger dereinst als einziges Ergebnis ihres tapferen Durchhaltens nur eine erdrückende Steuerlast vorfinden, müsste von den verhängnisvollsten Folgen für den inneren Frieden unseres Vaterlandes werden. Dem Blutopfer von Hunderttausenden muss auch der Siegespreis entsprechen !

Welche Forderungen im einzelnen — die militärische Durchführbarkeit vorausgesetzt — nach Ansicht der unterzeichneten Verbände erfüllt werden müssen, um Deutschland politisch, militärisch und wirtschaftlich so zu festigen, dass es allen Möglichkeiten der Zukunft getrost entgegensehen kann, ist *in der nachstehend wiedergegebenen Eingabe ausgeführt, die unter dem 10. März d. J.* seitens des Bundes der Landwirte, des Deutschen Bauernbundes, des Centralverbandes deutscher Industrieller, des Bundes der Industriellen und des Reichsdeutschen Mittelstandverbandes an Euere Excellenz gerichtet wurde, und der sich auch die hier mitunterzeichneten christlichen deutschen Bauernvereine angeschlossen haben. Die Eingabe lautete :

> Die unterzeichneten Körperschaften haben sich mit der Frage beschäftigt, wie die in den letzten Monaten so oft gehörte Formel zu verwirklichen ist, dass diesem Kriege ein ehren-

voller Frieden folgen müsse, der den gebrachten Opfern entspricht und die Gewähr seiner Dauer in sich trägt.

Bei der Beantwortung dieser Frage darf niemals vergessen werden, dass unsere Feinde fortgesetzt verkünden, Deutschland solle vernichtet und aus der Reihe der Grossmächte gestrichen werden. Gegenüber diesen Bestrebungen werden wir keinen Schutz finden in Verträgen, welche man im passenden Augenblick wiederum mit Füssen tritt, sondern nur in einer so starken wirtschaftlichen und militärischen Schwächung unserer Gegner, dass durch diese für absehbare Zeit der Friede gesichert wird.

Neben der Forderung eines Kolonialreiches, das den vielseitigen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands voll genügt, neben der Sicherung unserer zoll- und handelspolitischen Zukunft und der Erlangung einer ausreichenden, in zweckmässiger Form gewährten Kriegsentschädigung, sehen sie das Hauptziel des uns aufgedrängten Kampfes in einer Sicherung und Verbesserung der europäischen Daseinsgrundlage des Deutschen Reiches nach folgenden Richtungen :

Belgien muss, wegen der notwendigen Sicherung unserer Seegeltung, wegen unserer militärischen und wirtschaftlichen Zukunftsstellung gegenüber England, und wegen des engen Zusammenhanges des wirtschaftlich so bedeutenden belgischen Gebietes mit unserem Hauptindustriegebiet, militär- und zollpolitisch, sowie hinsichtlich des Münz-, Bank- und Postwesens, der deutschen Reichsgesetzgebung unterstellt werden. Eisenbahnen und Wasserstrassen sind unserem Verkehrswesen einzugliedern. Im übrigen müssen Regierung und Verwaltung des Landes, unter Scheidung eines wallonischen und eines überwiegend vlämischen Gebietes und unter *Ueberführung der für die Beherrschung des Landes wichtigen wirtschaftlichen Unternehmungen und Besitzungen in deutsche Hand*, so geführt werden, dass die *Bewohner keinen Einfluss auf die politischen Geschicke des Deutschen Reiches* erlangen.

Was *Frankreich* betrifft, so muss, aus dem gleichen Gesichtspunkte unserer Stellung zu England, der *Besitz des an Belgien grenzenden Küstengebietes bis etwa zur Somme* und damit der Ausweg zum Atlantischen Ozean als eine Lebensfrage für unsere künftige Seegeltung betrachtet werden. *Das hierbei mit zu erwerbende Hinterland* muss so bemessen werden, dass wirtschaftlich und strategisch die volle Ausnutzung der gewonnenen

Kanalhäfen gesichert ist. Jeder weitere französische Landerwerb hat, abgesehen von der notwendigen Angliederung der Erzgebiete von Briey, ausschliesslich nach militärstrategischen Erwägungen zu geschehen. Man kann hierbei nach den Erfahrungen dieses Krieges wohl als selbstverständlich ansehen, dass wir unsere Grenzen nicht weiterhin feindlichen Einfällen preisgeben dürfen, indem wir die uns bedrohenden Festungsstellungen, insbesondere Verdun und Belfort und den dazwischen liegenden westlichen Abfall der Vogesen, den Gegnern belassen. *Mit dem Erwerb der Maaslinie und der französischen Kanalküste wäre, ausser dem erwähnten Erzgebiete von Briey, auch der Besitz der Kohlengebiete des Departements du Nord und des Pas-de-Calais gegeben.* Auch diese Erwerbungen setzen — nach den elsass-lothringischen Erfahrungen wohl selbstverständlich — voraus, dass die Bevölkerung der angegliederten Gebiete nicht in die Lage gebracht wird, politischen Einfluss auf die Geschicke des Deutschen Reiches zu erlangen, und dass die in diesem Gebiete vorhandenen wirtschaftlichen Machtmittel, einschliesslich des mittleren und grösseren Besitzes, derart in deutsche Hand überführt werden, dass Frankreich deren Eigentümer entschädigt und übernimmt.

Für den Osten muss zunächst die eine Erwägung massgebend sein, dass der im Westen zu erwartende grosse industrielle Machtzuwachs ein Gegenwicht durch ein gleichwertiges im Osten zu erwerbendes Landwirtschaftsgebiet finden muss. Die gegenwärtige wirtschaftliche Struktur Deutschlands hat sich im jetzigen Kriege als so glücklich erwiesen, dass die Notwendigkeit ihrer Erhaltung für eine absehbare Zukunft wohl als allgemeine Ueberzeugung unseres Volkes bezeichnet werden kann.

Die Notwendigkeit, auch die gesunde landwirtschaftliche Grundlage unserer Volkswirtschaft zu stärken, eine grossangelegte deutsche ländliche Besiedelung sowie die Zurückführung der im Auslande, namentlich in Russland lebenden und jetzt entrechteten deutschen Bauern in das deutsche Reichs- und Wirtschaftsgebiet zu ermöglichen und unsere wehrkräftige Volkszahl stark zu erhöhen, fordert *eine erhebliche Erweiterung der Reichs- und preussischen Grenzen gegen Osten durch Angliederung mindestens von Teilen der Ostseeprovinzen und der südlich davon liegenden Gebiete unter Berücksichtigung des*

Zieles, unsere östliche deutsche Grenze militärisch verteidigungsfähig zu gestalten.

Der Wiederaufbau Ostpreussens verlangt eine bessere Sicherung seiner Grenze durch die Vorlagerung weiterer Landstriche, und auch Westpreussen, Posen und Schlesien dürfen nicht die gefährdeten Aussenmarken bleiben, die sie jetzt sind.

Hinsichtlich der Verleihung politischer Rechte an die Bewohner der neuen Gebiete und der Sicherung des deutschen wirtschaftlichen Einflusses in ihnen gilt das hinsichtlich Frankreich gesagte. Die Kriegsentschädigung von seiten Russlands wird in grossem Umfange in der Uebereignung von Land bestehen müssen.

Selbstverständlich beruhen diese Forderungen auf der Voraussetzung ihrer militärischen Durchführbarkeit. Wir haben aber nach dem bisher Erreichten das feste Vertrauen zu unserem Heere und zu seiner Führung, dass ein Sieg, der die Erreichung dieser Ziele gewährleistet, errungen werden wird. Nicht aus Eroberungspolitik sind diese Ziele zu erstreben, sondern weil nur die Erreichung dieser Ziele den dauernden Frieden sichert, den das deutsche Volk in allen seinen Teilen nach den gebrachten Opfern erwartet, ganz abgesehen davon, dass, unserer Auffassung nach, eine freiwillige Preisgabe der mit so vielem deutschen Blute getränkten feindlichen Gebiete, in denen sich ungezählte Gräber gerade der Besten unseres Volkes befinden, dem Volksempfinden und den Volksbegriffen von einem ehrenvollen Frieden nicht entsprechen würde.

Der Mangel an Häfen unmittelbar am Kanal würde nach wie vor unsere überseeische Betätigung einschnüren. Ein selbstständiges Belgien wäre weiter der Brückenkopf Englands, sein Stützpunkt gegen uns. Die natürliche Festungslinie in Frankreich in den Händen der Franzosen bedeutete eine stete Bedrohung unserer Grenze. Russland aber würde, wenn es ohne Landverlust aus dem Kriege hervorginge, unsere Leistungsfähigkeit und Kraft, die es an der Störung unserer Interessen hindern könnten, missachten, während andererseits der Nichterwerb landwirtschaftlichen Gebietes an unserer Ostgrenze die Möglichkeit verringern würde, die Wehrkraft Deutschlands durch genügende Vermehrung seiner Bevölkerung Russland gegenüber zu stärken.

Euer Exzellenz beehren wir uns, von diesen Auffassungen,

die weit über die unterzeichneten Körperschaften hinaus, wenn auch hier oder da vielleicht mit Abweichungen in Einzelheiten, auch von solchen Kreisen in Deutschland vertreten werden, die sich zurzeit noch nicht äussern, hierdurch ergebenst Kenntnis zu geben und dabei mitzuteilen, dass wir dieses Schreiben gleichzeitig den Staatsministerien der einzelnen Bundesstaaten eingereicht haben.

In Ergänzung dieser Eingabe soll hier aber noch ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Ziele, welche das deutsche Volk im Interesse der Sicherung seiner Zukunft erstreben muss, in engster Verbindung miteinander stehen und von einander nicht getrennt werden können. Vorweg ist klar, dass die Erreichung der grossen politischen Ziele abhängig ist von der Schlagkraft und den Erfolgen unseres Heeres. Es kann aber,auch gerade nach den Erfahrungen dieses Krieges, nicht zweifelhaft sein, dass, namentlich auf die Länge der Dauer, unsere militärischen Erfolge und weiterhin deren Ausnutzung in weitem Umfange bedingt sind von der wirtschaftlichen Stärke und Leistungsfähigkeit unseres Volkes. Wenn nicht die deutsche Landwirtschaft in der Lage gewesen wäre, die Ernährung unseres Volkes, allen Bemühungen der Feinde zum Trotz, zu sichern, und wenn nicht die deutsche Industrie, deutscher Erfindungsgeist und deutsche Technik imstande gewesen wären, uns auf den verschiedensten Gebieten vom Auslande unabhängig zu machen, so würden wir, ungeachtet der glänzenden Erfolge unserer siegreichen Truppen, in dem uns aufgezwungenen Kampfe schliesslich unterliegen müssen, wenn nicht schon unterlegen sein.

Daraus ergibt sich, dass auch solche Forderungen, denen auf den ersten Blick nur eine rein wirtschaftliche Bedeutung innezuwohnen scheint, unter dem Gesichtspunkt der zwingenden Notwendigkeit möglichster Verstärkung unserer nationalen Macht und unter militärischen Gesichtspunkten betrachtet werden müssen.

Das trifft in hervorragendem Masse zu für die in der Eingabe erhobenen Forderungen einerseits des Erwerbes landwirtschaftlichen Siedelungsgebietes und andererseits der Beschlagnahme des Erzgebietes von Meurthe und Moselle, sowie der französischen Kohlengebiete des Departements du Nord und des Pas-de-Calais neben den belgischen.

Die Gewinnung von ausreichendem landwirtschaftlichem Siedelungsgebiet ist unumgänglich, nicht nur im Interesse der Erbreiterung

der landwirtschaftlichen Grundlagen unserer Volkswirtschaft und damit der Aufrechterhaltung des im gegenwärtigen Kriege als so notwendig erkannten glücklichen Gleichgewichts unserer Gesamtwirtschaft, sondern auch zur Sicherung der aus einer starken Landwirtschaft fliessenden Quellen unserer nationalen Volkskraft, insbesondere unserer Volksvermehrung und damit zur Stärkung unserer militärischen Kraft.

Ebenso liegen Erwerbungen wie die der erwähnten Erz- und Kohlengebiete nicht etwa nur im Interesse unserer industriellen Machterweiterung, sondern sie stellen militärische Notwendigkeiten dar, wie aus folgendem erhellt :

Die monatliche Roheisen-Herstellung in Deutschland ist seit August 1914 wieder auf annähernd 1,000,000 Tonnen gestiegen, d. h. sie hat sich annähernd verdoppelt. Die monatliche Stahlherstellung ist auf mehr als 1,000,000 Tonnen gestiegen.

Dabei herrscht in Roheisen und Stahl kein Ueberfluss, sondern Mangel im Inland und noch mehr im neutralen Ausland.

Die Granatenfabrikation erfordert Eisen- und Stahlmengen in einem Umfange, von dem sich früher nur wenige einen Begriff gemacht haben. Allein für die Graugussgranaten, den minderwertigen Ersatz von gezogenen und Stahlgussgranaten, sind Roheisenmengen von mindestens 4000 Tonnen täglich in den letzten Monaten verwandt worden. Genaue Zahlen liegen darüber im Augenblick nicht vor. Soviel ist aber sicher, dass ohne die Verdoppelung der Roheisen- und Stahlproduktion gegenüber dem Monat August eine Fortführung des Krieges unmöglich wäre.

Als Grundstoff für die Herstellung dieser Roheisen- und Stahlmengen tritt in zunehmendem Masse die Minette in den Vordergrund, denn nur dieses Erz kann in stark steigenden Mengen im Inland gewonnen werden.

Die Produktion der anderen heimischen Gebiete ist sehr stark beschränkt, und die überseeische Zufuhr, selbst der schwedischen Erze, ist so erschwert, dass an vielen Stellen auch ausserhalb Luxemburg-Lothringen zurzeit die Minette 60 bis 80% der Roheisen- bezw. Stahlherstellung deckt. Würde die Minettewinnung gestört, so wäre der Krieg so gut wie verloren.

Wie aber steht es mit der Gewinnung der Minette in diesem Kriege wie in einem zukünftigen Kriege ?

Wenn die Festung Longwy mit den zahlreichen umliegenden französischen Hochofenwerken den Franzosen zurückgegeben würde, so würden in einem neuen Kriege mit einigen weittragenden Ge-

schützen folgende deutsche und luxemburgische Werke in wenigen Stunden zum Erliegen zu bringen sein :

Rodingen	7 km Entfernung		von Longwy
Differdingen	10 »	»	
Esch	16/17 »	»	
Oettingen	21 »	»	
Rümelingen	21 »	»	
Düdelingen	25 »	»	

Damit würden allein schätzungsweise 20 % der deutschen Roheisen-Stahlproduktion fortfallen.

Ein Blick auf die Karte zeigt aber auch weiter, dass z. B. Jarny (die Minettegrube des « Phönix ») 13 bis 15 km von Verdun entfernt liegt, und dass die westlichen Erzkonzessionen bei Landres und Conflans auf höchstens 26 km auf Verdun heranreichen. Wir beschiessen heute Dünkirchen auf 38 km Entfernung. Glaubt jemand, dass die Franzosen auch bei einem nächsten Kriege versäumen würden, weittragende Geschütze in Longwy und Verdun aufzustellen, um für uns die Erzgewinnung und Roheisenerzeugung weitergehen zu lassen ?

Beiläufig sei bemerkt, dass die hohe Stahlgewinnung aus Minette zugleich die alleinige Möglichkeit bietet, bei abgesperrter Phosphatzufuhr der deutschen Landwirtschaft die nötige Phosphorsäure zu liefern.

Die Sicherstellung des Deutschen Reiches in einem zukünftigen Kriege erfordert also gebieterisch den Besitz des gesamten Minettevorkommens, einschliesslich der Festungen Longwy und Verdun, ohne die dieses Gebiet nicht zu halten ist.

Der Besitz grösserer Mengen Kohle und ganz besonders von bitumenreicher Kohle, die in grossen Mengen in dem nordfranzösischen Becken vorkommt, ist in mindestens gleichem Masse wie Eisenerz ausschlaggebend für den Ausgang des Krieges.

Belgien und Nordfrankreich fördern zusammen über 40,000,000 Tonnen.

Heute schon ist, wie das zum 15. Mai erlassene englische Kohlenausfuhrverbot auch wieder zeigt, die Kohle eines der auschlaggebenden politischen Einflussmittel. Die industriellen neutralen Staaten müssen der Kriegspartei zu Willen sein, die die Kohlenversorgung gewährleisten kann. Wir können das zurzeit nicht genügend und sind heute schon gezwungen, auf die belgische Kohlenproduktion zurückzugreifen, um unsere neutralen Nachbarn nicht ganz in Abhängigkeit von England geraten zu lassen.

Es ist durchaus wahrscheinlich, dass die zielbewusste Hebung der belgischen Kohlenproduktion schon in diesem Kriege für die Aufrechterhaltung der Neutralität verschiedener Nachbarstaaten die grösste Bedeutung erlangen wird.

Dass die verkokbare bezw. vergasbare Kohle zugleich die Trägerin der Grundlagen unserer wichtigsten Sprengstoffe ist, darf als bekannt vorausgesetzt werden, ebenso die Bedeutung der Kohle für die Ammonialkgewinnung.

Im Benzol bietet sie aber ausserdem den einzigen Ersatz für das uns fehlende Benzin, und endlich liefert der Teer sowohl die für die Marine unentbehrlichen Marineheizöle als auch im Anthrazenöl den bisher brauchbarsten Inlandersatz für Schmierzwecke und im Naphthalin voraussichtlich den Grundstoff für künstliches Petroleum.

Es sei dabei darauf hingewiesen, dass eine zeitgemässe Ausgestaltung der Torpedoboots- und Unterseebootswaffe ohne reichliche flüssige Brennstoffe ausgeschlossen erscheint. Der Verlauf dieses Krieges hat die Ueberlegung der Oelfeuerung über die reine Kohlenfeuerung bei Torpedobooten derartig gezeigt, das es unverzeihlicher Leichtsinn wäre, nicht für die Zukunft alle Folgerungen zu ziehen.

Wenn unsere feindlichen Nachbarn sich die Oelquellen sichern, muss Deutschland sorgen, dass es die nötigen Gas- und Fettkohlen sich sichert ,und muss diese im Frieden zu unerschöpflichen Quellen von Oel, Benzol, Tuluol, Ammoniak, Naphthalin ausbauen, nicht etwa nur zur Vermehrung des Wohlstandes im Frieden, sondern zur unentbehrlichen Kriegsrüstung.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Ziele, die in Aussicht genommen sind, um unseren dauernden Wirtschaftsbestand zu sichern, zugleich auch die Ziele sind, die uns unsere militärische Kraft und damit unsere politische Unabhängigkeit und Macht verbürgen, ganz abgesehen davon, dass sie durch die Erweiterung unserer wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeit die Arbeitsgelegenheit vermehren und sichern und damit dem Vorteil auch der gesamten Arbeiterschaft dienen.

Bund der Landwirte : für den engeren Vorstand, Dr. Roesicke. *Deutscher Bauernbund* : für den Vorstand, Wachhorst de Wente. *Vorort der christlichen deutschen Bauernvereine, zurzeit Westfälischer Bauernverein* : Freiherr von Twickel. *Centralverband deutscher Industrieller* : Rötger. *Bund der Industriellen* : Friedrichs. *Reichsdeutscher Mittelstandsverband* : Eberle.

Unverkürzter Wortlaut der am 10. März und am 20. Mai 1915 durch *sechs der grössten Wirtschaftsverbände Deutschlands*, den Bund der Landwirte, den Deutschen Bauernbund, den Westfälischen Bauernverein, den Centralverband deutscher Industrieller, den Bund der Industriellen und den Reichsdeutschen Mittelstandsverband an den Reichskanzler Herrn von Bethmann-Hollweg und an die Regierungen der verschiedenen deutschen Bundesstaaten *gerichteten Petitionen*. Diese sechs Verbände haben sich nicht darauf beschränkt ihre Petitionen der Regierung zuzustellen. Als gedrucktes, vertrauliches Flugblatt haben sie ihnen die weiteste Verbreitung gegeben unter ihren Mitgliedern, die in allen Teilen Deutschlands wohnen. Der anti-annexionistische *Bund Neues Vaterland*, der Kenntniss davon erhielt, sorgte dafür, dass die Petitionen auch in andern Kreisen bekannt wurden, indem er sie als vertrauliches Zirkular an seine Mitglieder versandte. Die grossen Massen des deutschen Volkes haben jedoch bis heute noch keine genaue Kenntniss der in den Petitionen vertretenen Annexionswünsche, da den deutschen Zeitungen jeder Abdruck verboten wurde. Im Ausland wurde der gesamte Wortlaut der Petitionen zum ersten Mal in der sozialistischen Pariser *Humanité* vom 11. August 1915 veröffentlicht, nachdem die sozialistische *Berner Tagwacht* schon am 22. Juni 1915 einen Auszug gebracht hatte.

Petition der Professoren an den Reichskanzler.

« Das deutsche Volk und sein Kaiser haben 44 Jahre den Frieden gewahrt, gewahrt zuletzt bis an die Grenze der nationalen Ehre und Daseinserhaltung. Niemals hat Deutschland trotz wachsender Volkskraft und -zahl daran gedacht, die engen Grenzen seines kontinentalen europäischen Besitzes erobernd zu überschreiten. Lediglich auf den Weltmarkt hat es hinaus gemusst, um in friedlichem Wettbewerb neben den andern Völkern seine wirtschaftliche Existenz zu sichern.

Aber auch diese engen Grenzen, diese lebensnotwendige Betätigung auf dem Weltmarkt haben uns unsere Feinde einschränken wollen. Pläne sind von ihnen entworfen worden, die bis zur Vernichtung des deutschen Reiches gingen. Da haben wir Deutschen, einmütig vom Höchsten bis zum Geringsten, uns erhoben in dem Bewusstsein, nicht nur unser äusseres, sondern vor allem auch unser inneres, geistiges und sittliches Leben, Deutschlands und Europas Kultur verteidigen zu müssen gegen die Barbarenflut aus dem Osten und die Rache- und Herrschaftsgelüste aus dem Westen. Und siegreich haben wir mit Gottes Hilfe, Hand in Hand mit unsern treuen Bundesgenossen, uns gegen eine halbe Welt von Feinden zu behaupten vermocht.

Jetzt aber genügt uns, ob auch in Italien ein neuer Gegner entstanden ist, die blosse Abwehr nicht mehr. Sie haben uns das Schwert in die Hand und ungeheure Opfer an Gut und Blut aufgezwungen. Nunmehr wollen wir gegen eine Wiederholung eines solchen Ueberfalles von allen Seiten, wir wollen gegen eine ganze Kette von Kriegen, wider etwa von neuem erstarkende Feinde mit allen Kräften uns

schützen. Und wir wollen uns so fest und so breit auf gesicherten und vergrösserten Heimatboden stellen, dass unsere unabhängige Existenz auf Geschlechter hinaus gewährleistet ist.

Das Volk ist einmütig entschlossen in diesen Grundzielen. Es ist echteste und nach allen Seiten begründete Wahrheit : nur eine Furcht besteht in allen Schichten des Volkes, insbesonders breit und tief gerade in den einfachsten Kreisen, die Furcht nämlich, es könnte aus falschen Versöhnungsillusionen oder gar aus nervöser Ungeduld ein vorzeitiger und deshalb halber und nimmermehr dauerhafter Friede geschlossen werden ; es könnte, wie vor hundert Jahren, abermals die Feder der Diplomaten verderben, was das Schwert siegreich gewonnen. Und das vielleicht in der entscheidungsschwersten Stunde der deutschen Geschichte, bei einer Grösse und Einmütigkeit der Volksstimmung, wie sie in der Vergangenheit niemals dagewesen ist und in der Zukunft so leicht nicht wiederkehren wird.

Ganz gewiss, nicht Weltherrschaft, aber volle, der Grösse unserer kulturellen, wirtschaftlichen und kriegerischen Kraft entsprechende Weltgeltung wollen wir. Alle Ziele solcher nationaler Sicherung auf einem Schlage zu erreichen, das mag der Ueberzahl unserer Feinde gegenüber nicht ausführbar sein. Aber bis an die äusserste Grenze des Erreichbaren sollen die mit so grossen Opfern erzielten militärischen Ergebnisse dieses Krieges ausgenutzt werden. Das ist — wir wiederholen es — der feste Wille des deutschen Volkes.

Diesem entschlossenen Volkswillen Klarheit und Ausdruck zu verschaffen und ihn der Regierung als starken Rückhalt bei ihrer schweren Aufgabe der Durchfechtung von Deutschlands notwendigen Ansprüchen — gegen schwachmütige Einzelstimmen im Innern wie gegen zähe Feinde draussen — zur Verfügung zu stellen, ist Pflicht und Recht derer, die nach ihrer Bildung und Stellung zu geistigen Führern und Vorkämpfern der öffentlichen Meinung berufen sind.

Zur Erfüllung dieser Pflicht fordern wir auf.

Wohl wissend, dass zwischen anzustrebenden Kriegszielen und schliesslichen Friedensbedingungen zu unterscheiden ist, dass selbstverständlich alles von dem schliesslichen Erfolg unserer Waffen abhängt, dass es unsere Aufgabe nicht sein kann, von Oesterreich-Ungarns und der Türkei Kriegszielen zu handeln, haben wir im Folgenden kurz ausgesprochen, welches nach unserer Ueberzeugung für Deutschland die Bürgschaften eines dauernden Friedens, die Ziele sind, zu welchen die blutigen Wege dieses Krieges führen müssen.

1. *Frankreich.* — Mit der französischen Gefahr wollen wir nach Jahrhunderten französischer Bedrohung und nach einem von 1815 bis

1870 und von 1871 bis 1915 währenden Revanchegeschrei, ein für alle Mal aufräumen. Davon ist unser Volk in allen Schichten durchdrungen. Nicht durch unangebrachte Versöhnungsbemühungen, denen Frankreich noch stets äussersten Fanatismus entgegengesetzt hat. Wir warnen in diesem Punkte auf das allerdringlichste vor deutscher Selbsttäuschung. Revanchelustig wird Frankreich auch nach der furchtbaren Lehre dieses missglückten Rachekrieges bleiben, sofern es die Kraft behält. Wir müssen dieses Land um unseres eigenen Daseins willen politisch und wirtschaftlich rücksichtslos schwächen und unsere militärisch-strategische Lage ihm gegenüber verbessern.

Dazu ist nach unserer Ueberzeugung eine durchrgeifende Verbesserung unserer ganzen Westfront von Belfort bis zur Küste erforderlich.

Einen Teil der nordfranzösichen Kanalküste müssen wir möglichst erobern, um England gegenüber strategisch gesicherter zu sein einen besseren Zugang zum Weltmeer zu gewinnen.

Damit das deutsche Reich durch die Grenzverschiebung bei räumlicher Bereicherung keine innere Beeinträchtigung erleide, sind besondere Massnahmen zu treffen. Zur Vermeidung elsass-lothringischer Zustände sind die machtgebenden Unternehmungen und Besitzungen unter Uebernahme und Entschädigung der Vorbesitzer durch Frankreich aus deutschfeindlichen in deutsche Hände überzuführen. Dem von uns übernommenen Teil der Bevölkerung ist durchaus kein Einfluss in Reiche einzuräumen.

Es ist ferner notwendig, Frankreich (und zwar Frankreich unter unseren Gegnern wohl in erster Linie) wie furchtbar es durch eigene Torheit und britische Selbstsucht finanziell auch bereits hat bluten müssen, schonungslos eine hohe Kriegsentschädigung aufzuerlegen (wovon unten näheres gesprochen werden soll).

Auch sollten wir uns daran erinnern, dass dieses Land einen unverhältnismässig grossen Kolonialbesitz hat und dass an diesem gegebenenfalls England sich schadlos halten könnte, wenn wir nicht zugreifen.

2. *Belgien.* — Belgien, das mit soviel edelstem deutschem Blut erworbene, müssen wir, was immer für Gründe auch sonst dagegen sprechen mögen, politisch-militärisch und wirtschaftlich fest in der Hand halten. In keinem Punkte ist die Volksmeinung einiger, ihr ist das Festhalten Belgiens die allerzweifelloseste Ehrensache.

Politisch-militärisch geurteilt ist es klar, dass im anderen Falle Belgien nichts anderes werden würde als eine Deutschland auf das höchste bedrohende englische Angriffsbasis, als das Schild, hinter dem

sich unsere Feinde von neuem gegen uns sammeln würden. Wirtschaftlich bringt uns Belgien einen gewaltigen Machtzuwachs.

Auch völkisch kann es uns zu einem starken Zuwachs werden, wenn sich das in seiner Kultur uns so verwandte Vlämentum im Laufe der Zeit aus der künstlichen romanischen Umklammerung befreit und auf sein Germanentum zurückbesinnt.

Von den Problemen, deren Lösung uns der Besitz Belgiens aufgeben wird, heben wir hier nur hervor : es ist den Bewohnern durchaus kein politischer Einfluss im Reich einzuräumen ; und es sind in den von Frankreich abzutretenden Gebieten die machtgebenden Unternehmungen und Besitzungen aus deutschfeindlichen in deutsche Hände überzuführen.

3. *Russland.* — An unserer Ostgrenze wächst in ungeheurem Masstabe — um 2,5-3 Millionen Menschen im Jahr — die Bevölkerungsmasse des russischen Reiches. Innert einer Generation wird eine Einwohnerschaft von 250 Millionen erreicht sein. Gegenüber diesem überwältigenden Schwergewicht an unserer Ostflanke, zweifellos der grössten Gefahr der deutschen und europäischen Zukunft, kann Deutschland sich nur behaupten, wenn einerseits ein starker Grenzwall gegen unmerkliche, im Frieden vordringende Slawisierung, wie gegen gewaltsame kriegerische Bedrohung aufgerichtet, und wenn andererseits das bisherige gesunde Wachstum unserer eigenen Volkskraft mit allen Mitteln gewahrt wird. Grenzwall und Grundlage zur Wahrung unseres Volkswachstums aber bietet Land, das Russland abtreten muss. Es muss landwirtschaftliches Siedelungsand sein. Land, das uns gesunde Bauern, diesen Jungbrunnen aller Volks- und Staatskraft, bringt. Land das einen Teil unseres Bevölkerungszuwachses aufnehmen kann und deutschen Rückwanderungen, die dem feindlichen Ausland den Rücken kehren wollen, neue Heimat in der alten Heimat bietet. Land, das die wirtschaftliche Unabhängigkeit Deutschlands vom Auslande durch eigene Ernährungsmöglichkeiten steigert, das nötige Gegengewicht gegen die fortschreitende Industrialisierung und Verstädterung unseres Volkes bildet, das im Kriege segensreich erprobte Gleichgewicht unserer Wirtschaftskräfte uns bewahrt und das gefährliche Verfallen in englische Einseitigkeiten verhindert. Land, das dem Geburtenrückgang wehrt, die Auswanderung hemmt und die Wohnungsnot lindert, dessen Neubesiedelung und Eindeutschung auch dem geistigen Proletariat neue Lebensmöglichkeiten schafft. Solches Land für unsere leibliche, sittliche und geistige Gesundheit ist vor allem im Osten zu finden.

Das Mass der Vorschiebung unserer Ostgrenze wird von der militärischen Lage abhängen und insbesondere auch unter strategischen

Gesichtspunkten zu bestimmen sein. Soweit es sich um Grenzverschiebungen längs der östlichen Grenze Posens und Schlesiens, sowie der südlichen Grenze Ostpreussens handelt, muss ein möglichst eigentumsfreier, deutscher Besiedlung zugänglicher Grenzgürtel geschaffen werden. Dieser deutsche Grenzgürtel wird auch die preussischen Polen gegen allzuunmittelbare Einwirkung durch das russische, vielleicht zur Selbständigkeit emporsteigende Polentum sichern. Wir scheuen uns aber ferner durchaus nicht, auf das alte, seit 700 Jahren von Deutschen kultivierte Land der russischen Ostseeprovinzen nachdrücklich hinzuweisen, dessen fruchtbarer und dünnbevölkerter Boden ein zukunftreiches Siedlungsgebiet darstellt, und dessen dem Russentum stammesfremde Bevölkerung von Litauen, Letten und Esten ein gesicherter Stamm für die uns dringend nötigen Wanderarbeiter werden kann.

Als Grenzwall und Grundlage zur Wahrung unseres Volkswachstums forderten wir Siedlungsland von Russland. Es soll aber zum dritten Russlands Kriegsentschädigung an uns bilden. Eine solche in bar oder in Wertpapieren von Russland zu erhalten, wird voraussichtlich nach diesem Kriege ebenso unmöglich sein wie es das nach dem russisch-japanischen war. Um so leichter kann es eine Kriegsentschädigung in Naturalien leisten. Ueberreich ist Russland an Grund und Boden, und diesen politisch abzutretenden Grund und Boden fordern wir — statt einer Kriegsentschädigung — zum grossen Teil eigentumsfrei. Gegenüber russischer Verwaltungspraxis gar keine unerhörte Forderung. Mit dem Grund und Boden ist die russische Bevölkerung nicht so wurzelfest verwachsen wie diejenige im westlichen und mittleren Europa. Im gewaltigsten Massstabe hat Russland vielmehr immer wieder, bis in die Kriegszeiten hinein, grosse Teile seiner Bevölkerung in weit entfernte Gebiete verpflanzt. Die hier vorliegenden Möglichkeiten dürfen nicht nach bescheidenem deutschen Kulturmassstabe bemessen werden. Soll der politische Landerwerb den für die Zukunft dringend nötigen Machtzuwachs bringen, so müssen wir auch wirtschaftlich, in der Hauptsache frei, über ihn verfügen können. Ein Friede mit Russland, der die Minderung des russischen Schwergewichtes und den für Deutschland nötigen Landerwerb nicht sicherte, würde eine grosse Gelegenheit, Deutschlands politische, wirtschaftliche und soziale Gesundung zu fördern, versäumen, und würde die endgültige Entscheidung Russland gegenüber der Zukunft aufbürden, das heisst, den wiederholten Daseinskampf für Deutschland und die europäische Kultur in sichere Aussicht stellen.

4. *England, Orient, Kolonien und Uebersee.* — Wenn gerade der Kampf mit Russland sich besonders gewaltig und über alles ruhmvoll

entwickelt hat, und wenn wir im Gedächtnis behalten müssen, wie zukunftsschwanger immer die enorme russische Masse an unsere Ostgrenze gelagert bleiben wird, falls es nicht gelingt, ihre Zersetzung zu bewirken, wir wollen doch keinen Augenblick vergessen, dass dieser Krieg nach seinem letzten Ursprung der Krieg Englands gegen die weltwirtschaftliche, die See- und Ueberseegeltung Deutschlands ist.

Dieses Motiv von Englands Krieg und Gegnerschaft gibt uns ihm gegenüber das Kriegsziel. Es heisst : Durchsetzung in der Weltwirtschaft, Durchsetzung der deutschen See- und Ueberseegeltung gegen England.

Wir geben zu, dass uns Englands Zwang, das abgesperrte Deutschland für diese Kriegszeit zu einem geschlossenen Handelsstaate umzuorganisieren, etwas gelehrt hat. Nämlich die Erkenntnis, dass wir zunächst und vor allem — wie in den vorstehenden Teilen dieser Denkschrift ausgeführt — auf erweitertem und besser gesichertem europäischen Heimatsboden politisch, militärisch und wirtschaftlich so unabhängig wie möglich dastehen müssen. Und ebenso sollen wir auf dem Festlande in unmittelbarem Anschluss an unsere Landesgrenzen und also unter Vermeidung des Seeweges, ein möglichst umfangreiches kontinentales Wirtschaftsgebiet schaffen, das uns vom Belieben Englands wie überhaupt von den sich immer mehr selbst genügenden und andere ausschliessenden Weltreichen nach Möglichkeit unabhängig macht. Hier kommt in erster Linie unsere politische Freundschaft mit Oesterreich-Ungarn und der Türkei in Betracht, welche uns den Balkan und Vorderasien wird eröffnen müssen. Darum gilt es, Oesterreich-Ungarn, den Balkan, die Türkei und Vorderasien bis an den persischen Golf dauernd gegen russische und englische Begehrlichkeiten zu sichern. Die Handelsbeziehungen zu unsern politischen Freunden sind mit allen Mitteln zu fördern.

Darnach aber gilt es trotz England und trotz vorgängiger Sicherstellung unserer kontinentalen Wurzelung Wiedereintritt in die Weltwirtschaft auch über See. — Wiewohl sicherlich die Umstellung der Richtung eines guten Teiles unserer internationalen Handelsverbindungen notwendig werden wird : alte Handels- und Schiffahrtsbeziehungen müssen wieder neu dazu gewonnen werden. Wir werden uns dabei künftig auf eigene Füsse stellen, werden z. B. die bisher übliche englische Zahlungs- und Warenvermittlung, englische Arbitragen und das Uebergewicht der englischen Transportversicherungsanstalten ausschalten. England hat das zu alledem erforderliche Vertrauen bei uns verscherzt, und es soll die dabei dem deutschen Handel bisher abgenommenen Profite einbüssen. — In Afrika wollen wir unser Kolonial-

reich neu aufbauen, geschlossener und stärker, als es bisher gewesen ist. Zentralafrika allein würde uns zwar grosse Gebiete, aber im Verhältnis dazu nicht genug innere koloniale Werte geben. Wir brauchen daher auch noch an anderer Stelle einen ausreichenden Erwerb. Hier tritt wieder die Wichtigkeit unserer dauernden Verbindung mit der islamatischen Welt hervor, und abermals die Notwendigkeit eines sicheren Seeweges. Wer daher Kolonien unter Aufgabe unserer Sicherung gegenüber der englischen Seetyrannei an der Kanalküste, Kolonien unter und mittels Herausgabe Belgiens will, unterschätzt nicht nur den Wert des über allen Kolonialbesitz wichtigen europäischen Heimatfundaments, er begeht auch den schweren, politischen Fehler, Kolonialbesitz ohne Seeweg-Sicherung, wiederum abhängig von englischem Wohl- und Uebelwollen, anzustreben.

Die Freiheit der Meere brauchen wir. Um sie, die allen zugute kommen soll, ringen wir mit England. Um sie zu erzwingen, ist erstes Erfordernis unsere feste Stellung gegenüber an der Kanalküste. Es ist schon oben ausgeführt: *wir müssen Belgien fest in der Hand behalten und wir müssen möglichst einen Teil der nordfranzösischen Kanalküste dazu gewinnen.* Weiter gilt es, die rings um den Erdball laufende Kette der maritimen Stützpunkte Englands zu sprengen oder durch entsprechenden Erwerb deutscher Stützpunkte zu erschüttern. Aegypten aber, das Englisch-Afrika und Englisch-Asien verbindet, und mit Australien als fernem Gegenüber den indischen Ozean zu einem englischen Meere macht, Aegypten, das die Verbindung zwischen dem Mutterland und allen seinen östlichen Kolonien herstellt, ist nach Bismarcks Wort das Genick des englischen Weltreiches, es ist die Klammer, mit der England Abend- und Morgenland unter seine Willkür zwingt. Dort ist England in seinem Lebensnerv zu treffen. Gelingt das, so wird die Welthandelsstrasse des Suezkanals der Herrschaft einer einzelnen Macht zu entziehen und das alte Recht der Türkei nach Möglichkeit zu wahren sein.

Englands Macht beruht aber wesentlich auch auf seinem übermächtigen Einfluss bei den Regierungen und in der Presse der ganzen Welt. Hier tut als ein Mittel deutschen Gegeneinflusses die Beseitigung des englischen Monopols im Kabel- und Nachrichtenwesen bitter not. Unser bester Bundesgenosse gegen Englands Welteinfluss ist die Freiheit, die wir allen bringen werden, indem wir für unsere eigene Befreiung vom englischen Weltjoche kämpfen. Nicht ausbeutende Weltherrscher, wie die Engländer, sondern nach der Sicherung unserer eigensten Bedürfnisse die Vorarbeiter und Führer Europas müssen wir sein, die freie Eigenentwicklung der Völker achtend und sichernd.

5. *Kriegsentschädigung.* — Was endlich die Kriegsentschädigung anlangt, so wünschen wir natürlich möglichst eine solche, welche die

staatlichen Kosten des Krieges ersetzt, den Wiederaufbau in Ostpreussen und im Elsass ermöglicht, die Bildung eines Pensionsfonds für die Invaliden und Hinterbliebenen gewährleistet, die Privaten für widerrechtliche Verluste entschädigt und die Wiederherstellung und den Ausbau unserer Rüstung gestattet.

Wir sind uns aber bewusst, dass diese Frage, abgesehen von unseren militärischen Erfolgen, von der finanziellen Leistungsfähigkeit unserer Feinde abhängt. — Kämen wir in die Lage, England dem mit eigenen Blutopfern immer sparsamen, eine Kriegsentschädigung aufzuerlegen, kein Geldbetrag könnte hoch genug sein. Vorzugsweise mit seinem Geld hat England die Welt gegen uns aufgestachelt. Der Geldbeutel ist der empfindliche Teil dieser Krämernation. Am Geldbeutel vor allem muss sie, haben wir die Macht dazu, rücksichtslos getroffen werden. — Aber wahrscheinlich ist es in erster Linie, wenn nicht ausschliesslich Frankreich, das für die finanzielle Kriegsentschädigung in Betracht kommt. Wir sollten aber nicht in falscher Milde zaudern, es aufs Schwerste zu belasten. Mag es zur Linderung dieser aufgezwungenen Last an seinen Bundesgenossen jenseits des Kanals sich halten. Weigert sich dieser, finanziell seine Bündnispflichten zu erfüllen, so dürfte damit ein politisches Nebenergebnis erzielt sein, mit dem wir zufrieden sein könnten.

Vor allem aber vertreten wir den Standpunkt, dass noch wichtigere als die der Vergangenheit zugewandten Massnahmen zur Milderung entstandener Schäden die Friedensbedingungen sind, welche unserem Volke neue Bahnen kraftvoller Zukunftsentwicklung öffnen, und in demselben Masse, wie eine finanzielle Kriegsentschädigung nicht zu erlangen ist, gewinnen alle die dargelegten Forderungen auf Erwerb von Land, von industriellen Produktivkräften, von Kolonien an politischer und moralischer Berechtigung. Wir dürfen aus dem gewaltigen Ringen, wenn es siegreich verläuft, nicht mit Verlusten hervorgehen. Sonst werden wir der Nachwelt, trotz aller Siege, doch als unterlegen erscheinen.

Wir enthalten uns, die schwerwiegende Frage der Zahlungsmodalitäten zu entscheiden, weisen aber auf den Wert hin, den die Zahlung eines wesentlichen Teiles der Kriegsentschädigung in solchen Effekten haben würde, deren Besitz unsere wirtschaftliche Stellung in den Ländern unserer politischen Freunde stärken und diese von dem übermässigen Einfluss Englands und Frankreichs befreien würde.

6. *Keine Kulturpolitik ohne Machtpolitik.* — Wenn man den Unterzeichneten, zumal den Männern der Wissenschaft, der Kunst und der Kirche unter ihnen, vorwerfen wollte, sie stellen nur machtpolitische, wirtschaftliche und etwa noch soziale Forderungen auf und vergässen

der rein geistigen deutschen Zukunftsaufgaben, so ist unsere Antwort eine dreifache :

Die Sorge um den deutschen Geist gehört nicht unter die Kriegsziele und nicht in die Friedensbedingungen.

Sollen wir aber ein Wort über den deutschen Geist sagen, der uns allerdings der Wert aller nationalen Werte, das Gut aller nationaler Güter, der Sinn des Bestehens, Behauptens und Durchsetzens unseres Volkes in der Welt und die Ursache seiner Ueberlegenheit unter den Völkern ist, so betonen wir zunächst : zuerst muss Deutschland politisch und wirtschaftlich gesichert leben können, ehe es seinem geistigen Berufe in Freiheit nachgehen kann.

Sodann, wer den deutschen Geist ohne Machtpolitik, wer die sogenannte blosse Kulturpolitik will, dem rufen wir zu : Wir wollen keinen deutschen Geist, welcher in Gefahr steht, zersetzt und zersetzend zu werden als ein wurzelloser Volksgeist, der in allen Ländern, — übrigens vergebens — Heimat suchen, sich überall anpassen und sein eigenes wie das Wesen der Wirtsvölker verfälschen muss, weil ihm der gesunde nationale Körper fehlt. Wir wollen mit unseren Forderungen dem deutschen Geiste den gesunden Körper schaffen. Jene von uns verlangte Erweiterung des nationalen Körpers wird ihm nicht schaden, wenn sie unter den gleichfalls von uns verlangten Kautelen geschieht ; sie wird ihn dann durch vergrösserte Aufgaben vielmehr kräftigen.

Wir sind uns bewusst, grosse und nur mit entschlossenem Opfermut und kraftvollster Verhandlungskunst erreichbare Ziele aufgestellt zu haben. Aber wir berufen uns auf einen Bismarckschen Satz :

«Wenn auf irgend einem Gebiete, so ist es auf dem der Politik, dass der Glaube handgreiflich Berge versetzt, dass Mut und Sieg nicht im Kausalzusammenhange, sondern identisch sind. »

Unverkürzter Wortlaut einer am 20. Juni 1915 von einer Versammlung von *Professoren, Diplomaten und höheren aktiven Regierungsbeamten*, die im Berliner Künstlerhaus stattfand, angenommenen *Petition an den Reichskanzler*, die als « streng vertrauliches Manuskript » verbreitet wurde. Unterzeichnet war sie u. a. von Dr. ing. E. Kirdorf, Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks A.-G., Herm. Schumacher, Professor der Nationalökonomie, v. Reichenau, Kaiserlicher Gesandter a. D., v. Schwerin, Regierungs-Präsident zu Frankfurt a. D., Reinh. Seeberg, Professor der Theologie, Berlin, Dietr. Schäfer, Professor der Geschichte, Berlin. In einer Polemik gegen Prof. Delbrück teilte Prof. Dr. R. Seeberg in der *Täglichen Rundschau* mit, dass die Eingabe im ganzen 1341 Unterschriften aufweist ; darunter 352 Professoren von Universitäten und weiteren Hochschulen, 158 Schulmänner und Geistliche, 145 höhere Verwaltungsbeamte, Bürgermeister und Stadtverordnete, 148 Richter und Anwälte, 40 Reichs- und Landtagsabgeordnete, 18 inaktive Admirale und Generale, 182 Männer aus Industrie, Handel und Bankwesen, 52 Landwirte, 252 Künstler, Schriftsteller, Verlagsbuchhändler.

KOLLEKTIV-ERKLÄRUNGEN VERSCHIEDENER KÖRPERSCHAFTEN



KOLLEKTIV-ERKLÄRUNGEN VERSCHIEDENER KÖRPERSCHAFTEN

Deutsche Kolonialgesellschaft.

1.

« Verschiedene in der Presse wiedergegebene und besprochene Aeusserungen, wonach man einzelne Teile unseres Kolonialbesitzes leichten Herzens aufgeben könne, veranlassen zu der nachstehenden Erklärung : Der Ausschuss der Deutschen Kolonialgesellschaft vertritt den Standpunkt, dass in erster Linie selbstverständlich das Festhalten bezw. die Rückgabe der deutschen Kolonien zu fordern ist. Dieser Stellungnahme entgegengesetzte Aeusserungen von einzelnen Mitgliedern der Deutschen Kolonialgesellschaft sind als persönliche Ansichten zu betrachten. *Welche kolonialen Wünsche sonst aufzustellen sein werden*, kann zurzeit noch nicht öffentlich erörtert werden. »

Erklärung des Ausschusses der *Deutschen Kolonialgesellschaft*, die am 27. Mai 1915 in den Blättern veröffentlicht wurde. Vielfach wurde angenommen, dass die Spitze dieser Kundgebung sich gegen den Vizepräsidenten des Reichstags, Geheimrat Paasche richtete, der in einer sonst annexionistischen Rede sich für den Verzicht auf Kiautschou erklärt hatte.

2.

« Das Kolonial-Wirtschaftliche Komitee hält es für unerlässlich, dass unbeschadet der Bestrebungen, die auf eine Sicherung und *Erweiterung der Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft innerhalb Europas abzielen*, eine Ergänzung derselben durch *Ausgestaltung und Vergrösserung des deutschen Kolonialbesitzes* durchgesetzt wird. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, dass auch in Zukunft sowohl die deutsche Landwirtschaft wie die deutsche Industrie überseeische Rohprodukte, wie Futtermittel, Baumwolle und Wolle, Kaffee und Kakao, Kopra, Palmkerne, und Palmöl, Erdnüsse und Sesam, Guttapercha, Kautschuk und Sisalhanf, tropische Hölzer und Gerbstoffe, nutzbare Mineralien usw. in steigenden Masse benötigen werden. Zur dauernden Sicherung ihres Bezuges ist die Deckung wenigstens eines ansehnlichen Teiles des deutschen Bedarfs aus eigenen Kolonien unbedingt erforderlich. In gleicher Weise liegt es im Interesse der Lebensfähigkeit der deutschen

Industrie, dass wenigstens für einen Teil ihrer Ausfuhrerzeugnisse deutsche Kolonien einen gesicherten Absatzmarkt bieten. Als Grundlage der künftigen kolonialen Betätigung muss ausgegangen werden von dem, was bisher in dreissigjähriger mühevoller Kulturarbeit geschaffen worden ist. Daher ist in erster Linie an dem bisherigen Kolonialbesitz festzuhalten. Bei Erwerbung neuer Kolonialgebiete ist einerseits ein organischer Anschluss an unsere bisherigen Kolonien anzustreben und andererseits im Auge zu behalten, dass die neuen Gebiete nach Boden, Klima und Bevölkerungszahl geeignet sind, die für die deutsche Volkswirtschaft wichtigsten Rohstoffe in erheblicher Menge zu liefern und der deutschen Industrie als Ansatzgebiete für ihre Erzeugnisse zu dienen. »

Resolution des *Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees.* Veröffentlicht in der deutschen Presse vom 17. Juli 1915.

3.

« Unter Berücksichtigung aller Erfahrungen des Krieges, vertritt der « Deutschnationale Kolonialverein » nach wie vor den Standpunkt, dass die Zukunft Deutschlands ein grosses im völkischen und wirtschaftlichen Sinne *wertvolles Kolonialreich* erfordert. Bei der Gestaltung des Kolonialbesitzes müssen *strategische Gesichtspunkte* in höherem Masse, als dies vor dem Kriege möglich war, berücksichtigt werden. »

Resolution der Berliner Sektion des *Deutschnationalen Kolonialvereins* : veröffentlicht in der *Preussischen Kreuzzeitung* vom 12. Dezember 1915.

Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.

1.

« Für den Fall einer siegreichen Beendigung des Krieges die von der *deutschen Eisenindustrie* mit voller Zuversicht erwartet wird, darf nur ein *Frieden* geschlossen werden, der in *ganzem Umfange den unermesslichen Opfern entspricht,* die Deutschlands Volk während des Krieges gebracht hat und noch täglich bringt. Zu diesem Zweck dürfen :

1. die Friedensverhandlungen nicht den Diplomaten allein überlassen bleiben ;

2. muss der Frieden eine *Vermehrung der deutschen Seegeltung* und eine *Erweiterung der Siedlungsgebiete* für die deutschen Kolonien bringen ;

3. müssen bezüglich der Gestaltung der Zollverhältnisse in einem

grösseren Deutschland die Vertretungen der deutschen Erwerbsstände in ausgiebiger Weise gehört werden.

Resolution, die den Berliner Blättern vom 18. Februar 1915 zufolge, der *Hauptvorstand des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller* auf Anregung des Abgeordneten Dr. Beumer annahm.

2.

« Die zur heutigen Hauptversammlung des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller aus allen deutschen Gauen zahlreich erschienenen Eisen- und Stahlindustriellen senden Eurer Exzellenz ehererbietigsten Gruss und sprechen den festen Willen der gesamten deutschen Eisen- und Stahl-Industrie aus, durchzuhalten bis zum siegreichen Endziel. Die Industriellen sind der Ueberzeugung dass es uns, gestützt auf unsere militärischen Erfolge, gelingen wird, einen Frieden zu erreichen, *der bei der dazu notwendigen Erweiterung unserer Grenzen* dem deutschen Volke die Gewähr gibt, in Zukunft gesichert vor einem Ueberfall unserer Feinde sich in Industrie und Handel, Landwirtschaft und Gewerbe friedlich und kräftig zu entwickeln. Die deutsche Eisen- und Stahl-Industrie hat die Schwierigkeiten, die der Kriegszustand notwendigerweise mit sich gebracht hat, überwunden. Sie ist mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln in der Lage, unsere tapferen Truppen und die unserer treuen Verbündeten auf viele Jahre hinaus mit der notwendigen Munition und dem sonstigen Kriegsmaterial zu versorgen und das Inland sowie das neutrale Ausland in bisheriger Weise mit den Erzeugnissen des Friedensbedarfs zu versehen. »

Telegramm, das am 10. Dezember 1915 von der *Hauptversammlung des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller* an den *Reichskanzler* gerichtet wurde.

Handelskammern.

1.

« Die Vereinigung von *Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks*, welche die Handelskammern zu Essen, Bochum, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Münster i. W., Osnabrück und Wesel umfasst, hielt kürzlich in Essen eine Sitzung ab, an der auch Vertreter der südwestfälischen Handelskammern zu Hagen, Altena, Arnsberg und Iserlohn teilnahmen. In der Versammlung kamen die Kriegsziele sowie die künftige innerpolitische und die künftige handelspolitische Gestaltung zur Erörterung. Es wurde in allen Fragen grundsätzliche Uebereinstimmung erzielt. Diese Ueber-

einstimmung herrschte auch besonders darüber, dass im Kriege durchgehalten werden müsse bis zum äussersten, damit unser deutsches Vaterland aus dem ihm aufgezwungenen Kampfe um sein Dasein nach aussen stärker, *mit gesicherten Grenzen im Westen und Osten, mit stärkerer Seegeltung und mit denjenigen Gebietserweiterungen hervorgeht*, die notwendig sind, um unsere grössere Stärke nach aussen militärisch, maritim und wirtschaftlich zu gewährleisten, und damit das allseitig erstrebte Ziel, den Krieg so zum Abschluss zu bringen, dass eine Wiederholung derartiger Kämpfe so gut wie ausgeschlossen erscheint, nach Möglichkeit sicherzustellen.

Bericht der *Berliner Blätter* vom 21. April 1915.

2.

« Die bisherige Entwicklung des Krieges hat uns gezeigt, dass Deutschland diesen Krieg sehr lange aushalten kann, seine Gegner aber um so empfindlicher getroffen und um so mehr geschwächt werden, je länger dieser Krieg dauert. Deshalb muss dieser Krieg mit allen zu Gebote stehenden Mitteln und mit rücksichtsloser Vergeltung so lange geführt werden, bis Deutschlands und seiner Verbündeten militärische Ueberlegenheit zu Wasser und zu Lande den Feinden *den Frieden diktieren kann.* »

Aus einer Resolution, welche die *Handelskammer in Altona* (Hamburg) im April 1915 annahm. Bericht der Berliner Blätter vom 22. April 1815.

Der Provinziallandtag der Rheinprovinz.

« Der *Provinziallandtag der Rheinprovinz* war diese Woche in Düsseldorf versammelt. Er beschäftigte sich u. a. auch mit der Frage einen Geschäftsbetrieb der Provinzial-Feuerversicherungs- und Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz in Belgien einzurichten. Das Reich hat einigen privaten Versicherungsgesellschaften bereits früher die Genehmigung erteilt, ihre Betriebe auf die okkupierten Gebiete Belgiens auszudehnen. Der Provinziallandtag beschloss daher, mit seinen Versicherungseinrichtungen das Gleiche zu tun. Bei der Beratung dieser Angelegenheit kamen nun auch die *Annektionswünsche* der im Provinziallandtag dominierenden Grossindustrie und des Grossgrundbesitzes wieder recht deutlich zum Ausdruck. Ein Kommerzienrat Hagen (Köln) sprach den dringenden Wunsch aus, dass

die Ausdehnung des Geschäftsbereichs der Versicherungen nicht nur eine vorübergehende, sondern « *eine dauernde Massnahme* » bleiben werde. Und noch deutlicher wurde der Düsseldorfer Stadtverordnete Justizrat Kehren, der zurzeit als Major im belgischen Etappengebiete tätig ist. Er unterstellte den amtlichen Stellen, dass mit der Vorlage die Erwartung ausgesprochen werde, die jetzt besetzten belgischen Gebiete sollten « auch dauernd behalten werden ». Beide Aeusserungen wurden mit lautem Beifall vom Provinziallandtag aufgenommen, und das ist bedeutungsvoller als die Aeusserungen selbst. Denn, wie erwähnt, setzt sich die Versammlung aus den einflussreichsten Kreisen der rheinischen Grossindustrie und des rheinischen Grossgrundbesitzes, zusammen. Der *Oberpräsident der Provinz, Freiherr v. Rheinbaben nahm als Staatskommissär an der Versammlung teil.* »

Bericht der deutschen Presse über den in der erster Februarwoche 1916 in Düsseldorf stattgehaltenen *Provinzial-Landtag der Rheinprovinz.* Die obige Notiz ist dem *Volksblatt* aus *Halle* vom 7. Februar 1916 entnommen.

Das Institut für ostdeutsche Wirtschaft.

« Ostpreussen wird von einer Seite von der See begrenzt und im Osten und Süden bis jetzt von einer russischen Zollmauer. Es besteht für die Provinz, um nach dem Westen des Reiches zu kommen, nur ein schmaler Zugang nach der Provinz Westpreussen. Es ist damit zu rechnen, dass nach dem Kriege diese letzte Ursache des wirtschaftlichen Zurückbleibens sich ändert und *dass die Grenze nach Osten hinausgeschoben wird* und neue Gebiete der deutschen Volkswirtschaft dienstbar gemacht werden. Damit bietet sich die Gelegenheit, das ganze Wirtschaftsleben des Ostens zu heben... Wenn die Provinz Ostpreussen wegen der Nähe der feindlichen Grenze und wegen des wirtschaftspolitischen Abschlusses von ihrem natürlichen Hinterlande ökonomisch zurückgeblieben ist, dann muss, sobald diese Grenzen fallen, alles aufgeboten werden, das Versäumte nachzuholen. Um diese Aufgabe zu lösen, ist das Institut für ostdeutsche Wirtschaft gegründet worden. »

In Königsberg ist im Frühling 1916 ein « Institut für ostdeutsche Wirtschaft » gegründet worden. Vorsitzender ist der Oberpräsident, die Leitung liegt in den Händen von fünf Professoren. Das Institut hat u. a. die Aufgabe die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu untersuchen, die aus der *Angliederung der neuen Gebietsteile* sich ergeben. Zur Rechtfertigung der Gründung wurde von ostpreussischen Blättern ein Artikel veröffentlicht, dem das obige, in der *Chemnitzer Volksstimme* vom 9. Mai 1916 wiedergegebene Zitat entstammt.

Die Chemnitzer Vereine.

« Wir *können die Hand nicht ganz von Belgien lassen,* wir können die *russischen Ostseeprovinzen nicht aufgeben.* »

Aus dem Jahresbericht, den ein « nationaler Ausschuss » von bürgerlichen *Vereinen in Chemnitz* Anfang 1916 herausgab und der beschlagnahmt wurde. Die oben zitierte Stelle wurde der « Deutschen Tageszeitung » vom 26. Mai 1916 zufolge von dem konservativen *Abgeordneten Dr. Oertel* am 25. Mai im Reichstag *verlesen.*

ALLDEUTSCHER VERBAND

UND

DEUTSCHER WEHRVEREIN



ALLDEUTSCHER VERBAND UND DEUTSCHER WEHRVEREIN

Ein Beschluss des Alldeutschen Verbandes.

« 25. Oktober. Vorstandssitzung in Berlin. Der Verbandsvorsitzende legt die Aufgaben des Alldeutschen Verbandes im inzwischen ausgebrochenen Weltkriege dar. Es gelte dafür zu sorgen, dass *alle die Sicherheiten und Notwendigkeiten*, deren das deutsche Volk zu rechter Gestaltung seiner Zukunft bedarf, auch wirklich erstritten werden. Der Gesamtvorstand stimmt den Vorschlägen einmütig bei und ermächtigt die Hauptleitung im Zusammenwirken mit dem geschäftsführenden Ausschuss zu geeigneter Zeit alle weiteren Schritte zu tun, um die im Verbande in diesem Daseinskampfe des deutschen Volkes obliegenden Aufgaben in die Tat umzusetzen (Seite 47)... »

Handbuch des Alldeutschen Verbandes. 19. Auflage. Verlag J. F. Lehmann. München 1915. Kapitel 6 : Kurzer Rückblick besonders auf die Tätigkeit des Gesamtverbandes.

Artikel und Reden.

1.

Die verantwortungsvolle Aufgabe, mit den Feinden die Friedensbedingungen zu vereinbaren, liegt verfassungsgemäss in den Händen des Kaisers. Diese Angelegenheit geht jedoch im allerstärksten Masse das ganze deutsche Volk an, das in freudiger Pflichterfüllung die ungeheuersten Opfer an Gut und Blut, die schwersten Sorgen auf sich genommen, damit aber auch das Recht erworben hat zu fordern, dass der Friede so grosser Opfer wert sei, und dass er *unsern Feinden auf hundert Jahre oder länger die Macht nehme, uns von neuem zu bekriegen.*

» Gerade umgekehrt arbeiten gewisse Leute schon längst auf einen Frieden hin, den man nur einen faulen nennen könnte. Ein bekannter bürgerlicher Abgeordneter schrieb bereits am 12. August in einem verbreiteten Berliner Blatte : « Wir werden uns nicht einen Fussbreit französischen oder sonstigen Bodens aneignen... »

» Besteht die Gefahr, dass die besagten *Flaumacher* Deutschlands

Verhalten bei den Friedensverhandlungen beeinflussen könnten ? Das würde bedeuten, dass die voraussichtlich letzte Gelegenheit dem deutschen Volke eine grosse Zukunft zu sichern, verpasst werden soll. »

Aus dem Einleitungsartikel der *Wehr* (1. Kriegsnummer, Oktober 1914). Die *Wehr* ist das offizielle Organ des *Deutschen Wehrvereins* und trägt auf dem Titelblatt den Vermerk : « Notariell beglaubigte Auflage : 108,000. »

2.

« Als seine Hauptaufgabe betrachtet der Wehrverein das Ziel, was ich schon angedeutet habe, nämlich dahin zu wirken, dass wir unter allen Umständen durchhalten und dass wir einen wirklich den gebrachten Opfern entsprechenden Frieden erlangen. Auf die Einzelheiten der Friedensbedingungen einzugehen, ist vielleicht etwas zu früh. Ich glaube wohl, dass allgemein der Wunsch besteht, Belgien anzugliedern und gewisse Teile von Frankreich. Im Osten ist die Sache schon bedeutend schwieriger. Jedenfalls haben wir gefunden, dass die Frage noch nicht ganz spruchreif ist. Aber eines wollen wir — und dafür erbitten wir heute Ihre Zustimmung, — dass wir im Namen des Deutschen Wehrvereins erklären dürfen, *dass wir unter allen Umständen eine Gebietserweiterung wünschen* und jede Bestrebung zurückweisen, welche aus irgendwelchen Rücksichten eine Gebietserweiterung vermieden sehen möchte, weil die Betreffenden glauben, dass dadurch der Frieden besser gesichert werden könnte. Der Friede kann nur dadurch gesichert werden, wenn die Feinde Respekt haben, und Respekt können sie nur haben, wenn wir sie gehörig strafen, auch mit territorialen Verlusten. »

Aus der Rede, die *Herr von Pilgrimm-Baltazzi* zur Eröffnung der vierten Hauptversammlung des *Deutschen Wehrvereins* am 20. Februar 1915 hielt.

3.

« Der Deutsche Wehrverein hatte für Freitag, den 7. Mai d. Js., zu einer Mitgliederversammlung im grossen Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses eingeladen, die so überaus gut besucht war, dass der Raum sich beinahe als zu klein erwies. Es sprachen der Volkswirt Herr Nuese-Zehlendorf über Belgien, Herr von Strantz über Französisch-Flandern, Französisch-Lothringen und den nahen russischen Osten. In seinen einleitenden Worten nahm *der Vorsitzende von Strantz* zunächst Gelegenheit, sich über den Bruch des Burgfriedens durch Äusserungen der Herren Scheidemann, Professor Lamprecht und des früheren Staatssekretärs Dernburg zu beklagen, deren Haltung auf eine territoriale Wunschlosigkeit gegenüber der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes offensichtlich hinauslaufe...

» An der Hand sprachwissenschaftlicher Forschungen führte der Redner weiter aus, dass *von Boonen* (*Boulogne sur Mer*) *in Französisch-Flandern bis Reval in Estland einst der deutsche Aar geherrscht* habe. Er gab, wiederum mit zustimmendem Beifall der Versammlung, der Hoffnung Raum, dass der Krieg die Wünsche des deutschen Volkes in Erinnerung dieser stolzen Vergangenheit erfüllen wird. »

Bericht der *Wehr*, Zeitschrift des Deutschen Wehrvereins, Berlin W. 62, 5. Kriegsnummer, Juni 1915, S. 13.

4.

« Was der Wehrverein will, ist ein *grösseres* und *gesichertes deutsches Vaterland in Europa und Uebersee*, woran mitzuwirken nicht nur jeder echte Deutsche das Recht, sondern auch die heilige Pflicht hat... »

Bericht der *Wehr*, 6. Kriegsnummer, Juli 1915, S. 15, über eine Rede, die *Generalleutnant von Schmidt in Hannover* hielt.

5.

« Wenn vielleicht einst *die Küste gegenüber dem perfidesten unserer Feinde aus deutschen Häfen deutsche Schiffe* auf das Weltmeer senden wird, dann soll der Seewind, der vom Meere über das Land weht, an vielen tausend deutscher Heldengräber vorbeistreichen und er soll all'denen, die dort unten schlummern, die ruhige Gewähr geben : « Ich komme aus deutschen Häfen am freien Meer zu Dir her und bringe Dir Kunde von manchem stolzen deutschen Schiff, das, mit deutscher Ware beladen, den Weltmarkt aufsucht ; ich bringe Euch den Gruss vom grossen freien Ozean, von manchem Kriegsschiff, das dort die deutsche Flagge führt. Seine Wimpel grüssen Euch und danken Euch, Ihr tapfern Kämpfer für Deutschlands Grösse. »

Bericht der *Wehr*, 8. Kriegsnummer, September 1915, S. 15, über eine Rede, die der Afrika- und Indienforscher, Generaldirektor G. Horst *Sieber* am 24. August 1915 in *Hannover* hielt.

6.

« Glückwünsche unter dem Zeichen des höchsten Ernstes seien es, die das Volk heute dem Kaiser darbringe. Wünsche für den Frieden, aber auch Bitten an den Kaiser. Möge er heimbringen *restlos alle Sicherheiten* für eine grosse deutsche Zukunft. Möge er aber auch dem Volke die Lippen lösen, damit es sich aussprechen kann über das, was ihm am Herzen liegt, über die Gestaltung seiner Zukunft und die Ziele, die es sich in seiner übergrossen Merhheit gesteckt hat. Ueber seines Volkes Grenzen hinaus möge er derer gedenken, die da draussen leiden um

ihres Deutschtums willen, besonders der zwei Millionen Deutschrussen, die unrettbar für uns verloren sind, wenn ihrer beim kommenden Friedensschluss nicht gedacht wird. Die Stunde muss von selbst heranreifen aus dem wahren vollen Siege der Waffen, der uns entschädigen soll für die Riesenopfer, die das Volk gerne und willig gebracht hat und die es weiter bringen wird, so fern diese Stunde vielleicht auch noch ist. Darum soll der Kaiser diese Stunde nicht künstlich zu früh herbeiführen lassen, damit wir nicht um den Siegespreis kommen, der den Erfolg unserer Waffen krönen soll. »

Aus einer Rede, die der *Freiherr von Vietinghoff-Scheel* am 28. Januar 1916, zu Kaisers Geburtstag in einer von der Ortsgruppe Berlin des *Alldeutschen Verbandes* veranstalteten Festversammlung hielt. Bericht der *Post* vom 30. Januar 1916.

Resolution der Hauptversammlung des Deutschen Wehrvereins.

« Der deutsche Wehrverein, der durch die Erfahrungen des gegenwärtigen Krieges seine bisherigen Bestrebungen auf Stärkung der deutschen Waffenrüstung voll gerechtfertigt sieht, erklärt, dass das deutsche Volk angesichts der Tatsache, dass in diesem Kriege seine Zukunft auf Jahrhunderte hinaus auf dem Spiele steht, bis zum Äussersten mit Gut und Blut durchhalten muss und durchhalten wird. Unbedingt notwendig, um die politischen wie die nationalen, die wirtschaftlichen wie die kulturellen Lebensbedingungen des deutschen Volkes zu sichern, ist aber ein Friedensschluss, der den gebrachten ungeheuren Opfern entspricht und der dem deutschen Volke nicht nur finanzielle Entschädigungen, sondern auch *Gebiets- und Machterweiterungen innerhalb und ausserhalb Europas* bringt. »

Resolution, die am 20. Februar 1915 von der *vierten Hauptversammlung* des *Deutschen Wehrvereins* im Sitzungssaale des Reichstags stattfand, angenommen wurde. Bericht der *Wehr* (4. Kriegsnummer April 1915, S. 12). Auf die Huldigungstelegramme, welche die Versammlung an den *Kaiser* gesandt hatten, traf folgende Antwort ein :

« Seine Majestät der Kaiser und König lassen der Hauptversammlung des Deutschen Wehrvereins für den Huldigungsgruss bestens danken und der vaterländischen Arbeit des Vereins weiteren segensreichen Erfolg wünschen. Auf allerhöchsten Befehl :

gez. Geheimer Kabinetsrat
von Valentini. »

Der Deutsche Wehrverein, dessen Gründer und Vorsitzender, Generalmajor Keim, während des Kriegs die Stelle des Gouverneurs der belgischen Provinz Limburg erhielt, zählt rund hunderttausend Mitglieder. Sein offizielles Organ ist die monatlich erscheinende Zeitschrift *Die Wehr*, deren Auflage 108,000 Exemplare beträgt.

PROFESSOREN

UND

IMPERIALISTISCHE SCHRIFTSTELLER



PROFESSOREN UND IMPERIALISTISCHE SCHRIFTSTELLER

A.

ARTIKEL.

Professor Dr. Ludwig Stein.

« Eingekeilt zwischen den beiden Erbfeinden Frankreich und Russland müssen wir unser Höchstes und Letztes daransetzen um als Ergebniss dieses Weltkriegs *solche Grenzen* zu bekommen, dass wir in absehbarer Zeit keinen neuen Ueberfall seitens dieser beiden Mächte zu befürchten haben. »

Aus einem Artikel : « Grundforderungen des Weltkriegs » von Professor Dr. Ludwig Stein, erschienen im Dezemberheft 1914 der Monatsschrift *Nord und Süd.*

Der Völkerrechtslehrer Professor Dr. Josef Kohler.

1.

« Der immer gewissenhaft handelnde deutsche Generalstab hat den Krieg durch *Belgien* zur Erhaltung Deutschlands als notwendig erkannt. Kein Recht ist so unverbrüchlich, dass es nicht der Not weichen müsste, und in diesem Handeln der Not liegt nicht eine Verletzung des Rechtes, denn das Recht muss kraft des Rechtes selber weichen, weil ein jedes Recht nur relativ ist... Fürwahr Belgien und sein Königshaus haben ihr Unheil reichlich verdient. Wer sich zum Schleppträger Englands erniedrigt, um Deutschland zu bekämpfen, verdient kein besseres Schicksal. Wer gegen Deutschland kämpft, kämpft gegen die Kultur ; und ver mit Leuten von der Art Greys zusammen geht, der *verdient den Untergang.* »

Aus einem Artikel des Völkerrechtslehrers *Prof. Dr. Josef Kohler* über Waxweilers Buch « La Belgique neutre et loyale » im Berliner *Tag* vom 30. März 1915.

2.

« Das eine zunächst möchte ich hervorheben, dass der Angliederung auf Grund kriegerischer Erfolge die Verhältnisse früherer Zeit nicht

im Wege stehen. Es ist eine unrichtige Auffassung der Geschichte, die früheren Zeiten allein gelten zu lassen und die Tatsachen der Gegenwart in ihrer Kraft und überwiegenden Grösse beiseite zu setzen. Wer die Landkarte Europas vor 50, 100 oder 500 Jahren konstruieren will, der mag sich das Vergnügen machen ; die Politik hat damit nichts zu tun. *Die unaufhaltsame Kraft der Kriegseroberung* ergreift Land und Volk ; dies ist einer der ersten Sätze des Völkerrechts, und damit ist von selbst den alten Sentimentalitäten, die an Besitzständen vergangener Zeit haften, ein Riegel vorgeschoben. Wer alten Zeiten eine Träne nachweint, dem bleibt es vergönnt ; die Politik weint solche Tränen nicht.

Ebensowenig ist der plebiszitischen Gefühlsüberspannung ein Platz zu gewähren, wonach man die Stimme der Bevölkerung hören soll, ob sie dem einen oder anderen Staat angehören wolle. Das Staatsgebiet ist die feste Grundlage des Staates, nur eine ganz unrichtige Staatslehre kann die Bedeutung des Territoriums im Völkerleben verkennen. Das Territorium aber zieht die Bevölkerung mit sich : der einzelne, der damit nicht zufrieden ist, mag das Staatsgebiet verlassen. Seit mehr als einem Jahrhundert gewährt man allerdings das Recht der Option : wer optieren und als Ausmärker im Staat leben will, kann es tun ; aber er muss sich dann gefallen lassen, ein Ausmärker zu sein, dem man jeden Augenblick die Tür des Staates versperren kann.

» Am wenigsten ist auf die Stimme derjenigen zu hören, welche die Schwierigkeiten betonen, die dem erobernden Staate bei der Angliederung erwachsen, weil er mit fremden Bevölkerungselementen zu tun habe, die ihm vielleicht widerspenstig entgegentreten. Derartiges mag ein weiches, furchtsames Volk in Schrecken setzen, eine jugendkräftige Nation wird solche Schwierigkeiten einfach beiseite schieben : der grosszügige Siegfried lässt sich durch das Minnegeplänkel einer widerwilligen Bevölkerung nicht schrecken. Heutzutage geschieht, was nie geschah, heutzutage wird geleistet, was kein Zeitalter leistete, nicht etwa bloss militärisch, sondern vor allem auch in der Organisation ; und da sollte die Bewältigung angegliederter Gebiete ausserhalb des menschlichen Vermögens stehen... ?

» Ob sich in angegliederten eine einheitliche Bevölkerung bilden wird, welche nach Jahrzehnten mehr oder minder eingegliedert werden kann, das steht dahin. Aber solches hat seine Zeit. Solange die Stunde hierfür noch nicht geschlagen hat, kann der Bevölkerung zwar eine autonome Munizipalfreiheit zugestanden werden, allein sie muss immer empfinden, dass der Angliederungsstaat der Herrscher ist...

» Rationeller Zuspruch hat bei den Völkern wenig Bedeutung : die

impulsiven Kräfte der Völkerseele ruhen meist unter der Schwelle der vernünftigen Erwägung. Unverständliche Wallungen, Schlagwörter, Redensarten, Gewohnheiten, Traditionen wirken mehr als alle einsichtsvollen Betrachtungen der Sachlage... Dies muss man immer beherzigen. Darum *Macht gegen Macht, unerbittliche Herrschaft, psychologische Kraft gegen psychologischen Widerstand...* »

Aus einem Artikel über « Angliederung und Expansion » von Professor Dr. *Joseph Kohler* im *Tag* vom 31. Mai 1915. Joseph Kohler ist einer der *bekanntesten Völkerrechtslehrer* Deutschlands.

Professor Dr. A. Doren.

« Mit dem Blick auf *ein grösseres, national erweitertes und gekräftigtes Deutschland*, als den berufenen Führer Europas, ist er (Karl Lamprecht) in die Ewigkeit gegangen. »

Aus einem am 13. Mai 1915 im *Berliner Tagblatt* veröffentlichten Artikel von Professor Dr. A. Doren über den Tod des Historikers Karl Lamprecht.

Professor Dr. Wilhelm Kahl.

« Wie lange noch ? Die Schicksalsfrage der ganzen Welt an die Zukunft. Wir Ueberfallenen können die Frage nicht beantworten... Die Stunde wird kommen, wo die Feinde um Frieden bitten, einzeln oder zusammen. Die Sehnsucht danach brennt auch unter uns. Aber nicht sie kann entscheiden ob wir den Frieden annehmen, sondern allein das Bedürfniss und die Würde des Vaterlandes. Es muss *so stark und gesichert* sein, dass viele Menschengeschlechter nicht wieder wagen, die frevelnde Hand danach zu strecken. »

Aus einem Artikel von *Professor Wilhelm Kahl* im *Tag* vom 1. Januar 1916.

Der Herausgeber der Grenzboten.

« Ein siegreicher Krieg (an dem niemand zweifelt) wird uns *ein deutsches Kolonialreich* bringen, wie es unsere Väter, die noch lächelnd unsere ersten Kolonien bespöttelten, nie hätten vorstellen können. »

Aus einem Artikel von *Georg Cleinow* in der 1915 zu Kaisers-Geburtstag in Lodz herausgekommenen *Kaiser-Zeitung des Ostens*. Georg Cleinow ist der Herausgeber der « Grenzboten », einer der bekanntesten und ältesten konservativen politischen Zeitschriften Deutschlands. Im Krieg hatte er im besetzten Polen einen offiziellen Presse-Posten, der ihn in ständigen Verkehr mit den leitenden Persönlichkeiten brachte.

Der imperialistische Agitator Artur Dix.

« Machterweiterungen eines Staates in seiner unmittelbaren räumlichen Nachbarschaft führen regelmässig von der Angliederung im Laufe kürzerer oder längerer Zeit hinüber zur Einverleibung. Das neuerworbene Gebiet wird ein Teil des zusammenhängenden Staatswesens und verliert den Sondercharakter eines Tochterlandes. Die auf dem Seewege erworbenen Kolonien vollziehen eine derartige Assimilierung äusserstenfalls nur sehr langsam ; sie bleiben in der Regel eigentliche Kolonien... Diese lockere Form der Verbindung zwischen Mutterland und Kolonien — wie sie der Seeweg bedingt — wird in der neuesten Zeit von den Staaten zu ersetzen versucht durch das festere Bindeglied gewaltiger *Ueberlandwege*... Besonders bemerkbar war dieses Streben nach kolonialen Ueberlandverbindungen in der letzten Zeit vor dem Weltkrieg geworden ; ja man wird den unlöslichen Wettbewerb verschiedener kolonialpolitischer Ueberlandwegpläne ohne weiteres miteinzureihen haben in die Kriegsgründe. Das ist keine nachträgliche Entdeckung, sondern auch vor Ausbruch des Krieges schon oft genug ausgesprochen worden.

» Wir (d. h. Deutschland), die wir nicht unmittelbar an den offenen Ozean grenzen, haben ja doch noch viel mehr Anlass, dem Problem kolonialpolitischer Ueberlandwege nachzuhängen, auch wenn in normalen Zeiten Kolonialpolitik an den Seeweg geknüpft ist und bleibt.

» Das so aussererdentlich grosszügige Beispiel der angeblichen Pläne Kap-Kairo-Singapur vermag uns sehr bemerkenswerte Fingerzeige zu geben. Der Weltkrieg hat Zentraleuropa zusammengeschweisst und viel dazu getan, dass der vor dem Kriege höchst theoretische Gedanke Berlin-Bagdad recht greifbare Form angenommen. Auch das Problem « Aegypten » ist in den Weltkrieg hineingezogen worden ; über Aegypten aber führt nilaufwärts der Weg in das Herz Afrikas : in jene Ländergebiete, die eingelagert sind zwischen die verschiedenen deutschen Kolonien in Ost- und Westafrika. Aegypten und sein Hinterland aber wieder im Besitz der Deutschland verbündeten Türkei ; im Herzen Afrikas die vor dem Kriege so viel besprochenen *deutschen Verbindungsmöglichkeiten* verwirklicht — am politischen Horizont sehen wir das Zukunftsbild Kap-Kairo-Singapur verblassen, das Zukunftsbild *Hamburg-Damaskus-Lüderitzbucht* neu auftauchen ! »

Aus einem Artikel von *Artur Dix* im *Tag*, vom 4. Juni 1915.

Der ehemalige Sozialdemokrat Richard Calwer.

« In der Reichstagssitzung vom 29. Mai 1915 wandte sich der Vertreter der Sozialdemokratie mit Entschiedenheit gegen diejenigen Bestrebungen, die den Frieden von allerlei Eroberungen abhängig machen wollen. Die Sozialdemokratie habe von Anfang den Standpunkt eingenommen, dass jede Eroberungspolitik zu verurteilen sei. An diesem Standpunkt halte sie fest. Sie erstrebe vielmehr einen Frieden, der ein dauerndes Zusammenwirken aller Kulturvölker wieder ermögliche. Von diesem Standpunkt aus würde also nach dem Kriege so ziemlich alles beim alten zu bleiben haben. Deutschland soll die Hand dazu bieten, dass seine Feinde wieder erstarken, sich erneut gegen Deutschland verbinden und bei gelegener Zeit abermals über Deutschland herfallen... Wenn in diesem Kriege Deutschland die Oberhand behält, so muss es im Interesse des Friedens von Europa und im Interesse der Zukunft Deutschlands sich gegen eine Wiederkehr eines solchen systematisch vorbereiteten Ueberfalls nach Möglichkeit sichern, und zwar hauptsächlich gegen England und gegen Russland. *Zu dieser Sicherung sind aber unter Umständen territoriale Erweiterungen nicht auszuschliessen*, und es wäre grundverkehrt, wollte man, von falschen theoretischen Grundsätzen ausgehend, wie es die Sozialdemokratie in diesem Falle tut, einem neuen Kriege gegen Deutschland die Türen offen halten. Das kann wirklich nur eine Partei verlangen, die zum Teil noch im Wolken-Kuckucksheim residiert. Glücklicherweise kann man die Hoffnung haben, dass auch mit diesen antiquierten Anschauungen innerhalb der Sozialdemokratie sehr bald gebrochen werden wird. Denn im Interesse der deutschen Arbeiter liegt es nicht, dass ein Friede zustande kommt, der alles beim alten lässt. Das Wohl der Arbeiter fordert vielmehr einen Frieden, der die Gewähr in sich trägt, dass den Feinden Deutschlands die Möglichkeit genommen ist, mit uns sobald wieder anzubinden. Dazu ist es aber nötig, dass wir *England und Russland gegenüber Sicherungen treffen, die unter Umständen territoriale Angliederung zur Voraussetzung haben.*

» Sozialistisch ist aber der Standpunkt der Sozialdemokratie ebenfalls nicht, es ist höchstens der Widerhall der alten demokratischen Anschauungen, deren letzte Reste in der heutigen Sozialdemokratie noch immer nachklingen. Was ist eigentlich das Ziel, das der Sozialismus für den kommenden Frieden aufstellen muss ? Die letzten Jahrzehnte haben die Bildung weniger grosser Wirtschaftsgebiete mit einer

möglichst einheitlichen politischen Organisation gebracht, was man Imperialismus nennt. Wenn dieses Ziel auch mit kapitalistischen Mitteln erreicht wird, so ist es darum doch auch ein Ziel, über das hinweg die Menschheit nur zum Sozialismus gelangen kann. Denn die grossen Imperien dienen in höherem Grade der Aufrechterhaltung des Friedens als die zahlreich nebeneinanderbestehenden, politisch selbständigen Staaten, wie sie namentlich in Westeuropa noch bestehen. Je grösser die politische Organisation, desto leistungsfähiger ist sie, desto grösser werden die Gebiete, innerhalb deren der Krieg ausgeschaltet wird, desto kleiner wird die Zahl der staatlichen Organisationen, die sich bekriegen können... *Wo steht denn geschrieben, dass jede Nation und jedes Natiönchen das Recht eigener politischer Selbständigkeit hätte?* Was ist denn das für eine dörfliche Kirchturmpolitik ? Dass wir in Westeuropa die Vereinheitlichung der politischen Organisation auf anderem Wege suchen müssen als z. B. in den Vereinigten Staaten oder in England, ergibt sich aus den historischen Verhältnissen Europas. Wenn die militärischen Erfolge von dauerndem politischen Nutzen für Deutschland und Westeuropa sein sollen, so dürfen wir uns nicht auf die guten Worte und den guten Willen unserer westeuropäischen Gegner, also Frankreichs und Belgiens verlassen, sondern wir müssen tatsächliche Garantien schaffen, die eine Wiederholung eines Angriffs der Engländer in Westeuropa unmöglich machen. Das ist das mindeste, was gefordert werden muss. Ebenso müssen wir Russland gegenüber auf eine möglichst günstige Sicherung der Grenzen bedacht sein. Auch hier liegt eine Frage vor, die hauptsächlich vom *militärischen Gesichtspunkte* aus zu entscheiden ist. *Erfordert aber dieser territoriale Angliederungen oder Erweiterungen zum Schutze des eigenen Vaterlandes, so wäre es direkt ein Verrat am eigenen Volke, wenn man an dem sozialdemokratischen Standpunkte festhalten wollte.* Sicherung des eigenen Staatsgebietes vor ähnlichen Ueberfällen, Verdrängung des englischen und russischen Einflusses vom westeuropäischen Gebiete, dann aber bewusste Anbahnung der Vereinheitlichung der westeuropäischen staatlichen Organisationen im Anschluss an die historisch gewordenen Verhältnisse, aber unter Ausnützung aller Möglichkeiten, die der Krieg uns bietet — das muss das Ziel des Friedens vom Standpunkt des Sozialismus aus sein.

Dagegen vergleiche man nun aber die Stellungnahme der heutigen offiziellen Sozialdemokratie, und man wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, dass sie ohne Verständnis für die Probleme der künftigen Staatenentwicklung sich bei veralteten Dogmen Rats erholt und damit die Interessen der Arbeiterschaft zu fördern meint, während

tatsächlich die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiter in der ferneren Zukunft bedroht werden müssen. Wann endlich wird auch hier die Sozialdemokratie die Kraft finden, sich zu verjüngen, wie sie es in anderer Beziehung erfreulicherweise schon getan hat ! »

Aus dem Artikel « Sozialismus und Gebietserweiterungen » von Richard Calwer im *Tag* vom 5. Juni 1915. Calwer ist einer der bekanntesten nationalökonomischen Schriftsteller Deutschlands. Er gehörte früher zur sozialdemokratischen Partei, die er jedoch schon einige Jahre vor dem Krieg verlassen hatte, weil seine Ansichten sich immer weiter von dem Programm entfernten. Er blieb jedoch stets in persönlichen Beziehungen mit einer Reihe führender Persönlichkeiten des rechten Flügels der Sozialdemokratie. Im Verlauf des Kriegs hat er eine systematische Propaganda gemacht, um die Sozialdemokratie von der Notwendigkeit gewisser Annektionen zu überzeugen.

Der Schriftsteller O. von der Pfordten.

« Ein Land kann den Frieden erkaufen, wenn es im Kampf unterlegen ist, mit Geld oder mit Land. Würde im voraus ausgesprochen, dass grundsätzlich kein Land genommen wird, so ergibt sich ein einfaches und sicheres Mittel : Der Staat macht möglichst rasch bankerott während des Krieges. Dann hat er kein Geld, Land darf man ihm nicht abnehmen, also kann ihm gar nichts geschehen. Also die reine Prämie auf Friedensbruch, Unverschämtheit und Anmassung ; je weniger Geld ein Staat hat, um so weiter könnte er den Mund aufreissen ; Land darf ihm nicht genommen werden und Geld — hat er keines. Der Standpunkt des Lumpen, den man nicht auf Schadenersatz verklagt, weil er nichts besitzt. Man kann den wirklichen Eroberungskrieg, der zum Zweck von solchen mutwillig begonnen, verdammen und dennoch *die Eroberung als absolut nötige Möglichkeit für Friedensverhandlungen* erklären, wenn einmal Krieg geführt wird. Hätten wir 1871 Belfort genommen statt der längst ausgegebenen Milliarden, so wäre diesmal das Blut Tausender gespart worden.

» Würde man gar auf die Idee verfallen, die Eroberung von Land völkerrechtlich auszuschliessen und damit den status quo für heilig zu erklären, so würde man nicht Kriege verhindern, sondern leichtsinnig begonnene hervorrufen. Geld kann man immer wieder zu gewinnen hoffen ; ist also ein Störenfried sicher, dass ihm niemals Land abgenommen wird, so wird er sich wenig bedenken. So bedeutet dieses missverstandene Schlagwort praktisch das Gegenteil dessen, was man damit erreichen will. »

Aus einem Artikel von *O. von der Pfordten* in der *Strassburger Post* vom 24. Juni 1915.

Ein Konservativer Publizist.

1.

« Wir glauben, dass dieser gewaltige Krieg vor allem dazu führen wird, dass der Deutsche sich wieder seines Wertes und seiner Kraft bewusst werden wird... Geht der Deutsche aus diesem Kriege mit einem stärkeren Nationalgefühl als bisher hervor, dann wird er auch befähigt sein, an die neuen kulturellen Aufgaben, die uns *im Osten wie im Westen, jenseits unserer heutigen Grenzen*, winken, mit mehr Kraft und Entschlossenheit heranzutreten wie bisher. Mit der Erstarkung des nationalen Selbstbewusstseins muss auch bei dem Deutschen die Fähigkeit zu Kolonisieren, fremsprachigen Völkern den Stempel seines Geistes aufzudrücken, wachsen. »

Aus einem Artikel von *Wolfgang Eisenhart* über « Drei Grundforderungen für die künftige politische Grösse Deutschlands », veröffentlicht am 5. September 1915 in der *Preussischen Kreuzzeitung*.

2.

« Nichts ist törichter als die Meinung, alles das, was man Kultur nennt, setze sich durch vermittels einer stillen friedlichen Arbeit. Auch die Kulturen der Völker ringen mit einander in einem Kampfe auf Tod und Leben. Auch die Kultur eines Volkes kann der Machtmittel nicht entbehren, wenn sie sich durchsetzen und behaupten will. So hat auch die antike griechische Zivilisation und Gesittung erst die Welt erobert, als das mazedonische Schwert für sie in die Wagschale geworfen wurde, als sie nach Zusammenfassung aller Kräfte Griechenlands durch die kraftvollen mazedonischen Herrscher auch die Machtmittel in die Hand bekam, um den Orient geistig zu überwinden und unter ihre Herrschergewalt zu beugen.

» Hierin liegt die *sittliche Rechtfertigung für die Machtpolitik* der Staaten. Unsittlich freilich ist eine Machtpolitik, wenn sie, wie bei unseren Feinden, danach strebt, die höhere deutsche Bildung und Gesittung durch die viel tiefer stehende englische, französische oder gar russische Kultur (oder Unkultur) ersetzen zu wollen. Unsittlich ist die Eroberung um des Ehrgeizes der Eroberung willen.

» Die grosse Frage wird also sein : Genügt die Machtgrundlage, wie sie Bismarck uns im deutschen Nationalstaate seiner Zeit geschaffen hatte, um der deutschen Bildung und Gesittung ihre kraftvolle Entwicklung auch weiter zu sichern oder nicht ? Muss diese Frage, wie ich nach den Erfahrungen dieses Krieges glaube, verneint werden,

dann ist auch eine Machtpolitik heute gerechtfertigt, welche unserer deutschen Kultur die sichere, breitere staatliche Grundlage gibt, ohne die zweifellos Deutschland und das deutsche Volk trotz seiner hohen geistigen Bildung durch die grossen Weltmächte, England, Russland, Nordamerika erdrückt werden muss. *Hiermit ist das sittliche Recht zu einer Eroberungspolitik in diesem aufgedrungenen Kriege gegeben.*

» Man wende nicht ein, dass sich eine solche Machtpolitik notwendig vollziehen müsse auf Kosten anderer, dadurch der Unterdrückung verfallender Völker, die doch dasselbe Recht hätten, sich in eigener Kultur auszuleben. Gerade hier liegt einer der schwersten, leider heute so oft geteilten Zeitirrtümer. *Es ist nicht wahr, dass alle Völker das gleiche Daseinsrecht, den gleichen Anspruch auf kulturelles Ausleben hätten.* So wenig wie die Menschen gleichwertig und darum mit gleichem Masse zu messen sind, so wenig sind es die Völker. Es gibt aufstrebende und niedergehende Nationen. Es gibt jugendliche Völker, für welche unter Umständen die Bevormundung und Erziehung durch ein höher gesittetes fremdes Volk ein Segen sein kann. Es gibt aber auch niedergehende, der sittlichen Fäulnis verfallende Völker, die vor der Weltgeschichte das Recht auf ein eigenes nationales Dasein verwirkt haben, und darum *Platz machen müssen für die höhere Gesittung eines anderen, zum Herrentum bestimmten Volkes.* So wenig wie der Mensch zum ewigen Dasein bestimmt ist, so wenig sind es die Völker. Wo Fäulnis und Verwesung ist, da ist auch kein Platz mehr für ein nationales Leben. Nicht nur in der Natur, auch im Völkerleben herrschen die grossen Gebote des Werdens und Vergehens, von Geburt und Tod, von Wachsen und Verwelken. Die alte Buche muss im Walde verfaulen, damit in ihrem Moder die junge Eiche kräftig zum Himmel aufwachsen kann. Völker müssen sterben und vergehen, damit auf ihrem Grabe ein neues kräftigeres Volksleben emporwachsen kann. Junge Völker sprossten einst empor auf den Ruinen des alten Römerreiches.

» Hier soll man ohne Sentimentalität die Dinge sehen wie sie sind. Möchten unsere Staatsmänner dereinst in diesem Sinne an die künftigen Friedensfragen herantreten ! »

Aus einem Artikel von *Wolfgang Eisenhart* in der *Preussischen Kreuzzeitung* vom 30. Mai 1916.

Ein Deutsch-Schweizer.

« Schon reckt aber im Sturme der Kaiseradler Heiligen Europäischen Reiches Deutscher Nation seine machtvollen Schwingen nach West und Ost. Jeder seiner Schläge zerfetzt weiter das Netz aus Nie-

dertracht und Stahl, das um Mitteleuropa gewoben wurde, und schafft Raum für Weltluft in Europas Brust. Dass *dieser Raum* freien Atmens für Europa *grösser und grösser* werde, das müsste heute die grösste Sorge jedes echten Europäers sein. Denn an der Weltluft allein, die da einströmt, wird das alte Europa gesunden, aus ihr allein das neue Europa aufgebaut werden, und vermöge ihrer allein wird es dereinst das Eine und Einige sein. »

Aus einem Artikel von *Hans Mühlestein* im *Hamburger Fremdenblatt* vom 4. Oktober 1915.

Der Auslandsredakteur der « Preussischen Kreuzzeitung ».

« Für uns sind ihre Aeusserungen schon deshalb *nicht diskutabel*, weil die Bedingungen, zu denen die beiden Lords Friedensverhandlungen anregten (*Befreiung Belgiens und Nordfrankreichs*, Ablehnung einer Kriegsentschädigung, Freiheit der Meere) den Sieg Englands und die *Niederlage Deutschlands voraussetzen...* »

Aus einem Artikel des *Prof. Dr. Otto Hoetzsch* in der *Preussischen Kreuzzeitung* vom 17. November 1915 über die von Lord Loreburn und Lord Courtnay in der Oberhaussitzung vom 8. November 1915 gemachten Friedensvorschläge.

Der Kolonialpolitiker Dr. Carl Peters.

« Die Feinde wollen nicht nur das Reich zerschmettern, sondern unser Volk überhaupt ausrotten. Für uns giebt es demgegenüber nur schonungslosen Krieg. Ausgeprügelt müssen solche Zerschmetterungsgedanken werden im Osten wie im Westen... *Je rücksichtsloser und härter unsere Friedensbedingungen* unsrerseits sein werden, für um so länger wird ihnen die Lust an weiteren Angriffen gegen uns vergehen... Es ist ganz selbstverständlich, dass die geschlagenen Feinde jeden Pfennig der Kriegskosten zu bezahlen haben, es ist ganz selbstverständlich, *dass unsere Grenzen so werden müssen*, dass wir getrost die Wut aller Fremden auf uns nehmen können... « Sie mögen uns hassen, so lange sie uns nur fürchten », — das ist der einzige Gesichtspunkt, welcher für die künftigen Friedensverhandlungen in Frage kommen darf. »

Aus einem Artikel von *Carl Peters* in der *Neuen Gesellschaftlichen Korrespondenz*, wiedergegeben in der *Magdeburgischen Zeitung* vom 29. November 1915.

Der Diplomat Freiherr von Makay.

« Will Deutschland jemals freies Recht auf dem Meer geniessen, dann muss es aus der atembeklemmenden Enge des Elbmündungswinkels heraus sich *eine günstigere, breitere Front an der Nordsee bis zum Kanal* hin, wo die europäischen Schlüssel des ganzen Freiheitsproblems liegen, erkämpfen und militärisch, politisch und rechtlich sichern... »

Aus einem Artikel des *Freiherrn von Makay* in der *Magdeburgischen Zeitung* vom 4. Januar 1916.

Der Dichter und Historiker Karl Bleibtreu.

« Deutschland weiss, dass es künftigen Geschlechtern schuldet, für immer seine Grenzen zu sichern. Dies kann nur erreicht werden durch *dauernde Unschädlichmachung Belgiens und Besitz der Weichsel-Njemen-Dünalinie mit sämtlichen Festungen...* Es bedarf auch einer Grenzregulierung gegen Frankreich. »

Aus einer Unterredung des deutschen Schriftstellers *Karl Bleibtreu* mit dem Pazifisten Dr. A. H. Fried. Karl Bleibtreu wiederholte die oben zitierten Worte in einem Artikel, den er darüber in den *Neuen Züricher Nachrichten* vom 15. Januar 1916 veröffentlichte.

Der Auslandsredakteur der « Deutschen Tageszeitung ».

1.

« Ein *belgischer Staat* würde stets unter allen Umständen und Verhältnissen ein Nest des Hasses und der Ränke gegen das Deutsche Reich sein... Dass die Sicherheiten und realen Garantien und Voraussetzungen für Freiheit der Meere, deren Deutschland dort bedarf, in ihrem Umfange, nach ihrer Art und nach der Festigkeit ihrer Verbürgung weder durch belgische Sonderfriedenswünsche noch durch angebliche oder wirkliche Stimmungen usw. irgendwie beeinflusst werden dürften, liegt danach wohl auf der Hand. »

Aus einem Artikel des Grafen *E. Reventlow* in der *Deutschen Tageszeitung* vom 29. Januar 1916.

2.

« Es würde unseres Erachtens dem Deutschen Reiche nicht anstehen, mit dem Staate Belgien irgendwie zu verhandeln. *Der Staat Belgien existiert für uns nicht.* Was die belgische Bevölkerung

anlangt, so können die Dinge natürlich unter Umständen anders liegen, im besonderen erscheint der Ruf der Flämen nach freier Betätigung ihres Volkstums gerechtfertigt. Im übrigen zeigen die gerechtfertigten Bestrebungen des Flämentums wieder in aller Deutlichkeit, welch ein ungesundes Gebilde der Staat Belgien — eine Schöpfung unserer jetzigen Feinde — auch heute ist, und zwar ungesunder denn je zuvor. Die belgische Regierung, nämlich das Konsortium von Männern, welches Wert auf diese Bezeichnung legt, mag ihr Dasein weiterführen, wenn es ihr Freude macht. Was das Deutsche Reich mit dieser « Regierung » und ihrer Spitze noch zu tun haben könnte, ist uns nicht erfindlich. »

Aus einem Artikel des Grafen *E. Reventlow* in der *Deutschen Tageszeitung* vom 1. März 1916.

3.

« Herr Dr. Solf, der Staatssekretär des Reichskolonialamts, hat gesagt : Für einen deutschen Kolonialbesitz sei die Beherrschung der Meere keine absolut notwendige Voraussetzung, wohl aber könne ein deutscher Kolonialbesitz eine wertvolle Unterstützung der deutschen Seegeltung bilden... Schon heute, glauben wir, muss man sagen, dass man wohl die Möglichkeit, aber keine Selbstverständlichkeit zugeben kann, jedoch die andere immer wahrscheinlicher werdende Möglichkeit um so mehr berücksichtigen muss, auch in der politischen Praxis : dass Deutschland in Zukunft von mehreren überseeischen Mächten zusammen, etwa von den beiden angelsächsischen und deren Kolonien, bekämpft würde. Unter diesem Gesichtspunkte gewinnt die Frage der Verteidigung der Kolonien und der Beziehung der Seemacht zu dieser Verteidigung eine ganz andere Bedeutung. Die Seemacht tritt stark und entscheidend in den Vordergrund... Unter diesem Gesichtspunkte, nämlich dem der Möglichkeit einer überseeischen angelsächsischen Koalition gegen das Deutsche Reich muss in erster Linie die Forderung stehen, *dass die deutsche Festland- und Küstenstellung so kräftig wie nur möglich ausgebaut werde*. Die Kolonien, sagt Herr Dr. Solf, können eine wertvolle Unterstützung deutscher Seegeltung bilden. Gewiss, aber nur unter der Voraussetzung, dass die heimische Seestellung, der Küste und den schwimmenden Streitmitteln nach, stark genug ist, um eine wiederholte « Versiegelung der Nordsee » unmöglich zu machen, die Freiheit der Meere auch gegen den grössten Gegner zu erkämpfen. Ist das nicht der Fall, dann sind letzten Endes auch maritime Stützpunkte an Küsten deutschen Kolonialbesitzes verlorene Posten. »

Aus einem Artikel des Grafen *E. Reventlow* in der *Deutschen Tageszeitung* vom 18. Mai 1916 über eine Rede, die der Kolonial-Staatssekretär Dr. Solf in Berlin gehalten hatte.

Der Herausgeber der « Preussischen Jahrbücher ».

« Die *Deutsche Tageszeitung* schreibt von mir, mein « Ziel » sei ein unausgefochtener Krieg. Das ist eine völlige Verkennung ; ich habe seinerzeit geschrieben, dass ein militärisch unausgefochtener Krieg für uns schon politisch ein grosser Sieg sei, in dem Sinne, wie jeder Verteidigungskrieg, in dem der Verteidiger sich behauptet, für ihn schon einen Sieg darstellt. So sieht alle Welt den Hubertusburger Frieden als einen Sieg Friedrichs des Grossen an. *Niemals aber habe ich gewünscht oder gewollt, dass wir uns mit einem derartigen Sieg, etwa der Herstellung des Status quo ante, begnügen sollten.* Ich habe zwar ein anderes, aber ein keineswegs geringeres Kriegsziel, als es der *Deutschen Tageszeitung* vorschwebt. (*Preussische Jahrbücher* Bd. 163, S. 139 ff.) Der Unterschied zwischen der *Deutschen Tageszeitung* und mir wird schliesslich darin liegen, dass jene den gefährlichsten Feind der Zukunft Deutschlands in England sieht, und ich ihn in Russland sehe. England ist in meinen Augen eine Macht, die nach diesem Kriege durch die Natur der Dinge zum Niedergang bestimmt ist. Russland ist eine Macht, die durch ihren inneren Zusammenhalt und ihre ungeheure Volksmehrung den eigentlichen und dauernden Gefahrpunkt für die Zukunft des Deutschtums darstellt. »

Aus einer Zuschrift des Herausgebers der *Preussischen Jahrbücher*, Professor *Hans Delbrück* an die *Deutsche Tageszeitung* vom 5. April 1916.

Herr Emil Zimmermann.

« Ohne eine Ergänzung unserer heimischen durch eine *koloniale Landwirtschaft* kommen wir gar nicht mehr aus, und es liegt auf der Hand, dass das Deutschland von 1916 und 1917 *ganz andere Ansprüche* an kolonialen Besitz stellen muss wie das von 1884 oder auch 1893. Wir werden auch nicht vergessen dürfen, dass wir gewissermassen für Oesterreich-Ungarn mitzusorgen haben, und dass mit Polen — wenn es von Russland abgetrennt werden soll — und *Belgien*, das ja von den Westmächten wirtschaftlich und politisch abzulösen ist, 150 Millionen Menschen auf koloniale Versorgung warten. »

Aus einem Artikel von *Emil Zimmermann* in der *Deutschen Tageszeitung* vom 14. April 1916.

B.

REDEN.

Privatdozent Dr. A. Ruge.

« In Offenburg trat Professor Ruge... als Redner auf ; seine auf die *Vernichtung Frankreichs* gerichtete und *die ungezügelte Annexionslust* entfachende Rede missfiel den Arbeitern sehr. »

Aus dem Bericht der sozialdemokratischen *Freiburger Volkswacht* vom 18. Februar 1915 über eine Rede, die der Heidelberger Privatdozent Dr. A. Ruge in Offenburg (Baden) hielt.

Professor Dr. Adolf Wagner.

« Gewiss, wir werden den Schweizern, den Holländern nichts tun, soweit sie neutral bleiben, *aber warum sollen wir nicht in anderen Ländern, wo einmal das deutsche Schwert wieder den Deutschen zum Herrn gemacht hat, uns schadlos halten?* Wenn es möglich wird, wie 1870 und wie gegen die Dänen 1864, *so müssen wir unsere Grenzen erweitern*, nicht nach dem fremden Gebiet hinein, wenn irgend möglich, aber da, wo deutsches Volk mit deutschem Blute sitzt. Und wahrhaftig, keiner unserer Feinde kann uns das irgendwie verdenken, selbst nicht die Franzosen. »

Aus einer Rede des Universitätsprofessors und berühmten Nationalökonomen *Adolf Wagner*, gehalten am 20. Februar 1915 in der vierten Hauptversammlung des *Deutschen Wehrvereins*, Bericht der *Wehr*, 4. Kriegsnummer April 1915. Seite 7.

Professor Dr. Max von Gruber.

« Immer neue Köpfe wachsen der Hydra unserer Feinde. Aber dennoch besteht die begründete Aussicht, dass wir die *Bedingungen des Friedens diktieren werden...* Wir müssen den Frieden so machen, dass auf ein Jahrhundert lang der Krieg unmöglich ist. Wie kann das geschehen ? Entweder durch freiwilligen Verzicht auf unser militärisches Uebergewicht oder durch Verstärkung unserer Macht bis zur Unüberwindlichkeit. Dass wir den Krieg nicht gewollt und herbeigeführt haben, zeigt die Geschichte unserer letzten 44 Jahre. Es ist ein aussichtsloses Beginnen den Krieg in aller Zukunft vermeiden zu

wollen... Was wir beim Friedensschluss austreben müssen, ist die Stärkung unserer Macht bis zur Unüberwindlichkeit. Dazu ist nötig starke Vermehrung unserer Volkszahl und ferner dauernde Arbeit... *Unbedingt nötig haben wir neues Land zur Siedelung...* Wir wollen keine volksfremde Staatsgenossen, sondern möglichsten Abschluss eines in sich einigen Nationalstaats. »

Aus einer Rede, die der *Münchener Universitätsprofessor Max von Gruber* am 28. Mai 1915 in Berlin hielt. Bericht der *Preussischen Kreuzzeitung* vom 29. Mai 1915.

Professor Dr. Hermann Schuhmacher.

« Nicht nur zum unentbehrlichen Schutz unseres Heimatbodens, auch *zum Schutz unseres Welthandels und unserer Kolonien haben wir Belgien nötig.* Wir können zwar nicht England des geographischen Vorzugs seiner Insellage berauben. Zu Lande wird es stets für uns schwer angreifbar sein, so lange es auf seinen Inseln bleibt. Aber zur See können wir seine Angreifbarkeit steigern. Wenn wir hier an dieser oft umkämpften Küste — sei es in Zeebrügge, sei es weiter im Westen — am Eingang zum englischen Kanal und zum Weltmeer, gegenüber der Themsemündung und Englands Hauptstadt mit ganzen Geschwadern von Unterseebooten und Torpedobooten und Flugzeugen kampfbereit dauernd uns festsetzen, dann müssen neben den Vorteilen der Insellage, die England bisher genoss, auch endlich Nachteile mehr und mehr hervortreten. Dadurch können wir mit einem Schlag unsere Stellung der englischen Flotte gegenüber beträchtlich verbessern...

» Noch mehr als auf dem grossen Kolonialbesitz beruht Englands Welthandelsstellung auf der Beherrschung der Haupthandelsstrasse unseres Erdballes, die von der englischen Küste durch das Mittelmeer, den Suezkanal und das Rote Meer nach Indien, Australien und Ostasien sich erstreckt. An dieser Strasse hat England früh seine Wachtposten geschickt aufgestellt. Auch aus diesen Stellungen werden wir es kaum vertreiben können aber dem klugen Vorbild sollten wir folgen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass von Frankreich und auch von Italien sowie mit Hilfe der Türkei Hafenplätze sich gewinnen liessen, durch welche die schroffe Einseitigkeit der Bewachung sich korrigieren, auch hier ein Gleichgewichtszustand der Mächte sich anbahnen liesse. Dabei denke ich z. B. an Französisch-Somaliland mit Djibuti am Südeingang zum Roten Meer gegenüber von Aden, an einen Hafenplatz Nordmarokkos gegenüber von Gibraltar, einen türkischen Stützpunkt im Ostbecken des Mittelmeeres in möglichster Nähe des Suezkanals. Ob man

solche Plätze alsbald zu Stützpunkten unserer Handelsflotte und Unterseeboote ausbauen will, ist eine Frage für sich. Man sollte sie aber, wenn irgendwie eine Gelegenheit sich bietet, sich sichern, wenigstens für eine so lange Zeit, als die englischen Stützpunkte nicht wirksam neutralisiert sind.

» *Unsere ganze Westgrenze vom Süden bis Norden muss verbessert werden, soweit die Verhältnisse es gestatten.* Nicht minder wichtig ist heute die Fürsorge für unsere die Voraussetzung einer wirksamen Kriegführung bildende Kriegsindustrie. Wir müssen sie einmal nach Kräften vor der Gefahr der Zerstörung schützen. Unsere Grenze muss möglichst so gezogen werden — sie ist es bisher nicht, — dass die grossen Eisenwerke in Lothringen, die bei der Erzeugung unseres Kriegsbedarfs unentbehrlich sind und vielleicht in Zukunft noch unentbehrlicher werden, dem Bereiche weittragender moderner Geschütze in französischen Festungen entrückt bleiben. Vor allem aber müssen wir die nötigen Rohstoffe für die Kriegsindustrie nach Kräften uns sichern und gleichzeitig unseren Feinden entziehen.

» Am wichtigsten sind die Eisenerzlager. Ohne die lothringische Minette könnten wir heute unsere Eisen- und Stahlproduktion nicht in dem für den Krieg nötigen Umfang aufrechterhalten. Zum Glück konnten wir uns bereits bisher des grössten natürlichen Reichtums an Eisenerzen unter den Ländern Europas rühmen. Das haben wir dem siegreichen Kriege von 1870-1871 zu danken. Der Frankfurter Friede sollte uns das gesamte lothringische Erzvorkommen verschaffen. Das ist nicht geglückt, weil die Geologen, die Bismarck zur Grenzregulierung zuzog, irrtümliche Ansichten vertraten. Seit den 80er Jahren wissen wir, dass — entgegen Bismarcks Ansicht — vom Erzvorkommen des Plateaus von Briey, das wieder in das Becken von Longwy und das von Briey im engeren Sinne zerfällt, der breitere und mächtigere Streifen Frankreich verblieben ist. Heute können wir den folgenschweren Irrtum wieder gut machen, da wir zum Glück diese Erzgebiete alsbald zu Beginn des Krieges erobert haben und heute fest in unserer Hand halten.

» Der zweite wichtigste Rohstoff unserer Kriegsindustrie ist bekanntlich die Kohle und vor allem die Kokskohle, aus der wir die hauptsächlichen Sprengstoffe gewinnen. Wie wir den Krieg nicht mehr erfolgreich führen könnten, wenn wir nicht aus lothringischem Boden unseren Erzbedarf zu befriedigen vermöchten, so auch nicht, wenn die Natur nicht Deutschland, insbesondere Rheinland-Westfalen, mit den von uns grösstenteils besetzten angrenzenden Gebieten von Belgien und Nordfrankreich mit einer so guten Kokskohle so reich-

lich ausgestattet hätte, wie in solcher Menge und Güte sonst keinen Teil Europas. Heute, wo wir gelernt haben, was die Munitionsfrage für den Ausgang eines Krieges bedeutet, und wir belgische Kohle bereits zum eigenen Bedarf heranzuziehen genötigt sind, können und müssen wir sagen, dass Lebensbedürfnisse unseres Volkes im Kriege und Frieden dagegen sprechen, diese Quellen kriegerischer und wirtschaftlicher Kraft, soweit das Schwert sie in unsere Hand gebracht hat, dem Feinde wieder auszuliefern.

» Wollen wir aber solche Bodenschätze uns sichern, dann genügt nicht blosse politische Abtretung. Es muss vielmehr bei den Unternehmungen von machtgebender Bedeutung mit dem Erwerb politischer Herrschaftsrechte die Gewinnung der wirtschaftlichen Verfügungsgewalt sich verbinden. Heute bedeutet, zumal wenn es um die Kriegsindustrie sich handelt, eine Gebietserweiterung nur eine wirkliche Stärkung, wenn freies Eigentum freie Betätigung und Verfügung gestattet.

» Soweit es um den Erwerb solcher « Kontrolle » auf bisher französischem Boden sich handelt, werden die nötigen Enteignungen auf die Frankreich aufzuerlegende Kriegsentschädigung anzurechnen sein. Frankreich, das so oft als « Geldgeber der Welt » sich gerühmt hat, wird in erster Linie mit seiner Finanzkraft für die wirtschaftlichen Schäden uns einstehen müssen. Wir dürfen nicht zaudern, es bis zum äussersten seiner Kräfte zu belasten. Zur Linderung der ihm aufgezwungenen Last mag es an seinen Bundesgenossen jenseits des Kanals sich halten, dessen reiche Schätze wir schwerlich unmittelbar werden erreichen können. Da wir aber wegen einer finanziellen Kriegsentschädigung in erster Linie auf Frankreich angewiesen sind, dürfen wir an französischem Boden nur zurückbehalten, was unser Sicherungsbedürfnis unbedingt gebietet. »

Aus einem Vortrag, den der Nationalökonom *Professor Dr. Hermann Schumacher* (Bonn) am 20. Juni 1915 vor einer eingeladenen Gesellschaft im Künstlerhause in *Berlin* hielt. Dieser Vortrag wurde « streng vertraulich, als Handschrift » gedruckt. Die Exemplare, die zur Verteilung gelangten waren numeriert, wodurch man verhindern wollte, dass eines von ihnen in « falsche Hände » fiele. Trotzdem kam sehr bald ein Exemplar ins Ausland. Prof. Dr. Hermann Schumacher ist einer der Bonner Universitätsprofessoren, bei denen der deutsche Kronprinz während seines Aufenthalts in Bonn hörte.

Professor Dr. Dietrich Schäfer.

« Es ist ausgeschlossen, dass Preussen seine polnischen Gebiete an ein neues Polen abtrete. Dieses Polen darf nicht die Möglichkeit erhal-

ten, jemals mit Russland zusammenzugehen. Also Beschränkung Polens auf das alte Kongresspolen, das russische Grossherzogtum Warschau, und Oberhoheit des Deutschen Reiches, oder eine solche, die durch einen Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich gesichert ist. Die übrigen *eroberten Gebiete* aber, namentlich also die Ostseegebiete, die durch die Russen geräumt worden sind, müssen Siedlungsland für deutsche Kolonisten werden. »

Aus einem Vortrag über: « Deutschland und seine östlichen Nachbarn », den *Professor Dietrich Schäfer* am 6. März 1916 im Casino zu *Bremen* hielt.

Zwei freisinnig-imperialistische Agitatoren.

1.

« Eine *direkte politische Verbindungslinie von Berlin über Konstantinopel nach Bagdad* ist zur Erhaltung und Entwicklung sowohl des deutschen wie des türkischen Reiches notwendig. Der jetzige Krieg kommt aus dem Orient und muss im Orient entschieden werden. »

Aus einem Vortrag, den *Dr. Ernst Jaeckh* am 24. März 1915 auf einem zugunsten des *Roten Halbmondes* im Saal des Preussischen Abgeordnetenhauses veranstalteten Abends hielt. Bericht der *Vossischen Zeitung* vom 25. März 1915.

2.

« Die Ausrottung der Tsetsefliege, eines Insekts, das jeden wirtschaftlichen Aufschwung Südafrikas hindert, kann wirksam erst in Angriff genommen werden, wenn das ganze in Frage stehende Gebiet einheitlich von einer kolonisierenden Macht beherrscht wird. *Den technischen und wirtschaftlichen Umbau Afrikas — das kann heute schon gesagt werden — wird Deutschland vorzunehmen haben.* Dieselbe Aufgabe fällt Deutschland aber auch im Orient (*Kleinasien und Mesopotamien) und in China* zu, wenn der Krieg zu seinen Gunsten entschieden wird. Sollte der jetzige Völkerstreit die Entscheidung nicht bringen, so werden wir in einigen Jahren den « zweiten punischen Krieg » führen, der *das endgültige Uebergewicht Deutschlands* bringen wird. »

Aus einem Vortrag, den Dr. *Paul Rohrbach* am 30. März 1915 in *Stuttgart* hielt. Bericht der *Schwäbischen Tagwacht* vom 31. März 1915.

Graf Reventlow.

1.

« Wir wollen als Abschluss dieses Ringens mit all seinen Opfern *kein blosses Vertragspapier*, sondern « Sicherheiten und reale Garan-

tien », wie der Reichskanzler gesagt hat. Worin diese realen Garantien zu bestehen haben, das im einzelnen zu erörtern, verbieten die Zensurverhältnisse ; aber so viel grundsätzlich anzudeuten, hielt Graf Reventlow doch für möglich und nötig : Der Umfang der zu erstrebenden Sicherheiten darf nicht gemessen werden an den Zuständen und Verhältnissen vor dem Kriege. Das viel missbrauchte Bismarck-Wort, Deutschland sei saturiert (gesättigt), war ja hauptsächlich taktisch zu bewerten, zur Beruhigung der Nachbarn bei der damals angeforderten Heeresverstärkung bestimmt, denen es die Furcht vor einem deutschen Eroberungskrieg nehmen sollte. *Nun sind wir angegriffen worden*, und das beweist, dass das Deutsche Reich in seinem Zustand vor dem Kriege eben nicht genügende reale Garantien und Sicherheiten gegen einen Ueberfall hatte, dass wir uns für die Zukunft anders und besser sichern müssen — gegen militärischen Angriff wie gegen wirtschaftliche Absperrung. Von « zielloser, napoleonischer Eroberungssucht » ist kein Vernünftiger in Deutschland besessen. Aber auch Bismarck, dessen « Mässigung » so gern gepriesen wird, hat nach jedem seiner Kriege *immer so viel genommen, wie er für notwendig hielt*, unbekümmert um die künftige Wieder- « Verständigung » im Rahmen der « Kulturmenschheit ». Je stärker wir werden, desto geachteter werden wir dastehen, und je angesehener wir sind, um so besser wird das für die « Kultur » sein... Mit einem Kompromissfrieden, in dem es « weder Sieger noch Besiegte » gäbe, könnte Deutschland nicht weiterleben. Darum müssen wir hart bleiben und immer härter werden ; darum müssen auch unsere Staatsmänner bei den Friedensverhandlungen wirklich eisern sein, nicht nach Bismarcks Wort einem weichen Holz gleichen, das mit Eisenfarbe angestrichen ist. Das deutsche Volk will nicht nur durchhalten, sondern siegen. Die Wirklichkeiten sehen, das ist bismarckisch. Was wir müssen, das wollen wir und was wir wollen, das können wir. »

Aus einer Rede des *Grafen Reventlow* (Auslandsredakteur der *Deutschen Tageszeitung*) gehalten am 1. April 1916 in *Hannover* zur Bismarckgedenkfeier. Nach dem Bericht der *Deutschen Tageszeitung* vom 4. April 1916.

2.

« Um Weltwirtschaft treiben zu können, ist vor allen Dingen die Freiheit der Meere nötig, und zwar eine Freiheit, die auf Macht und nicht auf papierne Verträge gegründet ist. Da wäre in erster Linie nötig, dass wir an *der Nordseeküste mehr Häfen und zwar näher dem Aermelkanale* anlegen könnten. Wir wollen hoffen, dass wir einen Arzt finden, der diese geographische Krankheit auf dem Wege der geographischen Homöopathie heilen kann... Wir dürfen als wirkliche Sicher-

heiten nur solche Massnahmen betrachten, die in unserer eigenen Kraft und in unserem geographischen Bereiche liegen. Das ist Bismarcksche Realpolitik. Der Krieg hat uns gelehrt, dass wir auch für die Zukunft nicht genug Menschen und nicht genug Schätze des Bodens haben können, und dass Politik und Wirtschaftsleben auf einem starken Volkstume basieren. Volkstum haben wir mehr denn je gebraucht nicht nur wegen der Zahl der Menschen, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung zum Produzieren von Werten in Landwirtschaft und Industrie. Alle deutsche Wirtschaft ist nur für das deutsche Volkstum da, und alle Weltwirtschaft, die von Deutschen betrieben wird, muss deutsch sein in jedem Sinne des Wortes. »

Aus einer Rede über : « Volkstum und Weltwirtschaft », die *Graf Reventlow* im Saal des Preussischen Herrenhauses am 18. Februar 1916 in einer vom *Deutsch-Evangelischen Frauenbund* (Ortsgruppe Berlin) einberufenen Versammlung hielt. Bericht der *Preussischen Kreuzzeitung* vom 19 Februar 1916.

VERSCHIEDENES



VERSCHIEDENES

Annexions-Propaganda in bürgerlichen Verbänden.

« Die Berufsvereinigungen mobil zu machen, suchen jetzt die alldeutschen Kreise in der nationalliberalen Partei, um sie gegen den anderen Parteiflügel und die Regierung festzulegen. So waren am vergangenen Donnerstag im Reichstage der Leipziger, 58er und Deutschnationale *Handlungsgehilfenverband*, der *Verein deutscher Kaufleute*, der *Technikerverband* und andere wirtschaftliche und soziale Verbände in den Reichstag eingeladen, um Vorträge der Abgg. *Bassermann und Stresemann*, des Prof. Schäfer und anderer gleichgesinnter Herren über ihre Kriegsziele entgegenzunehmen. Mehrere Verbandsvertreter liessen sich zu der Zusage bereitfinden, in den einzelnen Städten Propaganda-Kommissionen niederzusetzen, um die öffentliche Meinung im Sinne der Herren Fuhrmann und Bassermann zu bearbeiten. »

Notiz der *Freisinnigen Zeitung* vom 16. August 1915. Die Abgeordneten Fuhrmann und Bassermann sind bekanntlich zwei Hauptwortführer der ultra-annexionistischen Kreise.




ZEITSCHRIFTEN



ZEITSCHRIFTEN

« PREUSSISCHE JAHRBÜCHER »

Hans Delbrück.

1.

« Entweder durch Unterstellung unter die Habsburgische Dynastie oder aber durch irgend eine kontrollierende Verbindung mit dem Deutschen Reich muss *dem polnischen Ehrgeiz eine Bremse* angelegt werden.

» Gehen wir über zu prinzipiell anderen Lösungen.

» Da wäre eine Theilung zwischen Oesterreich und Preussen. Das Deutsche Reich hätte davon eine strategische Verbesserung seiner Grenzen, aber unerträgliche Belastung in nationaler Beziehung. Unmöglich können wir wünschen, noch mehr Polen zu haben, als jetzt schon innerhalb unserer Grenzen wohnen. Wir können sie auch nicht mit Gewalt heraussetzen. Dem steht nicht nur das Versprechen des Herrn Reichskanzlers entgegen, sondern wir würden uns dadurch die tödliche Feindschaft des gesamten Polentums zuziehen, das uns doch zu einem Bollwerk gegen die Russen werden soll.

» Können wir aber dann ganz Polen an Oesterreich fallen lassen ? Was bleibt dann uns ? *Man könnte ja auch Polen wieder in Personalunion mit Sachsen verbinden* und es auf diese Weise dem Deutschen Reich angliedern, ohne es doch ins Deutsche Reich aufzunehmen. Das gäbe wirtschaftlich vielleicht die allerbeste Lösung und hätte auch politisch Vieles für sich.

» Noch wieder eine ganz andere Lösung wäre, dass Polen zwar an Oesterreich kommt, dafür aber die *Ostseeprovinzen* mit dem Gouvernement Kowno und Suwalki an Preussen. Alte Ideale steigen da vor uns auf, die Erlösung des alten deutschen Koloniallandes vom Joche der Moskowiter ! Schon vor Jahrzehnten habe ich mich in einer politischen Träumerei in diesen « Jahrbüchern » so weit verstiegen. Alle nationalen und sittlichen Empfindungen sprechen für dieses Ziel... »

Aus der *Politischen Korrespondenz* von *Delbrück* ; im Septemberheft 1915 der *Preussischen Jahrbücher*, S. 560. Berlin, Verlag von Georg Stilke, Herausgeber Hans Delbrück.

2.

« Dass der Deutsche Kaiser, wenn er alte deutsche Städte, wie *Mitau und Riga*, einmal befreit und zu seinen Händen genommen, sie so wenig wieder herausgeben kann, wie 1871 Strassburg, darüber dürfte Einmütigkeit herrschen. »

Professor Hans Delbrück im Band 162 der *Preussischen Jahrbücher* (Oktober 1915, S. 168).

Emil Daniels.

« Der Krieg wird wie zuversichtlich gehofft werden darf, das *Zarenreich nicht allein seine Westmarken kosten*, sondern auch die Stellung, die es sich seit Katharina II im christlichen und muhamedanischen Orient errungen hat. »

Aus einem Artikel von *E. Daniels*, im Oktoberheft 1915 der *Preussischen Jahrbücher*, S. 180.

Professor Dr. Karl Rathgen.

« Wenn jetzt bei der grossen Auseinandersetzung *Belgisch-Kongo* wirklich in die Verteilungsmasse kommt, so können wir ruhig sagen : wir haben nach seinem Besitz nicht verlangt. Wir haben nichts gewollt als die wirtschaftliche Zusammenarbeit in dem grossen zentralafrikanischen Gebiet im Sinne der Berliner Konferenz. Aber wenn die Belgier sich auf die Seite unserer Feinde gestellt haben, so mögen sie die Folgen tragen, die sie selbst so eifrig vorhergesagt haben... » (Seite 528.)

Belgiens auswärtige Politik und der Kongo, von *Prof. Dr. Karl Rathgen* im Dezemberheft 1915 der *Preussischen Jahrbücher*.

Kuno Waltemath.

« Wir müssen aber auch danach trachten, *Stützpunkte für unsere Flotte und Ueberseetruppen zu* erwerben. Wir haben uns vor Augen zu halten, dass wir weit mehr in der maritimen Bekämpfung unserer Feinde erreicht hätten, wenn wir wohl verproviantierte und ausgerüstete Stützpunkte besessen hätten, vor allen Dingen mit genügendem Proviant und mit genügender Munition für eine längere Kriegsdauer versehen. Daran hat es gefehlt. Wir dürfen nicht fürder Weltpolitik mit unzureichenden Mitteln treiben, sondern eine Weltpolitik, die mit allen Eventualitäten rechnet und versteht, sich ihnen gegenüber zu wappnen. (Seite 41.)

« Wir müssen es als unsere nationale Aufgabe proklamieren, *eine wirkliche Kolonialmacht in Afrika* zu werden. Hier liegen zukunftsreiche Gebiete. Das, was wir bislang in unseren afrikanischen Kolonien erreicht haben, berechtigt zu den kühnsten Hoffnungen. *Landgewtnne in Europa,* die notwendig sind, *unsere Grenzen und kontinentale Lage zu bessern aber daneben auch Kolonien in Afrika müssen der Siegespreis sein* ! Ein geschlossenes Kolonialreich — gibt es wohl ein lockenderes, deutschvölkisches Ideal... ? (Seite 42.)

» Die Stiftung eines solchen Reiches *auf Kosten des französischen Besitzes* würde Frankreich auch eines Rekrutierungsgebietes berauben, dessen es sich später noch weit mehr als jetzt bedienen könnte und müsste, wenn es in seinem Besitze bliebe. Dadurch würde Frankreich empfindlich geschwächt werden.

» Alles in allem : wir müssen zu den Lenkern unserer Geschicke sagen : « Kontinentalmacht und Kolonialmacht, vergesst über dem einen Leitstern den andern nicht !... » (Seite 48.)

Vergesst die Kolonien nicht, von *Kuno Waltemath,* im Januarheft 1916 der *Preussischen Jahrbücher.*

L. Radlof.

« Ist der Wunsch nach einem grossen und starken Deutschland kein Ideal... (Seite 215.) Die geographische Lage Deutschlands bedingt ein starkes Heer. Es ist nur logisch gedacht, wenn die Sozialdemokratie aus der gegenwärtigen Weltlage, in die Deutschland mit seinen Bundesgenossen verstrickt ist, lernt, was in Zukunft nicht mehr gesehehen darf, nämlich die Mittel für den so arg bekämpften « Militarismus » zu verweigern. Dabei bleibt ihr unbenommen, überall Reformen durchzusetzen, sofern sie nur unsere Wehrhaftigkeit nicht vermindern. Ebenso muss die Sozialdemokratie kolonial-politisch umdenken. England und seinen Verbündeten darf nicht mehr allein das Recht zustehen, die Welt nach ihrem Gutdünken zu verteilen. Deutschland und seine Bundesgenossen müssen mitreden. Dr. P. Lensch macht in Nr. 9 der « Glocke » in einem Aufsatz über Annexionen usw. die interessante Bemerkung : wenn wir 1870-1871 Belfort noch mit annektiert hätten, würde tausenden unserer Feldgrauen jetzt das Leben gerettet worden sein ! In einigen Kreisen der Sozialdemokratie sagt man nun : Man verlangt von uns, dass wir umkehren sollen, während die Gegner gar nicht daran denken, umzukehren. Nun, ich meine, dieser Einwand ist kein Grund gegen das Umkehren. Es kommt für die Sozialdemokratie lediglich darauf an, zu prüfen, ob die durch den Weltkrieg mit grausa-

mer Deutlichkeit hervorgetretenen Tatsachen uns zum Umkehren zwingen ? Und die Frage wage ich getrost zu bejahen... (Seite 217.)

» Die Minderheit hat die neu geforderten Kredite von 10 Milliarden Mark abgelehnt mit der jedem Leser bekannten Begründung. Sie verlangt, der Reichskanzler solle ein Friedensangebot machen, die Friedens- oder Kriegsziele bekannt geben und auf Annexionen Verzicht leisten. Der Reichskanzler hat darauf geantwortet, dass Deutschland zum Frieden bereit wäre, wenn von der Gegenseite Bedingungen gemacht werden, die mit der Ehre und Sicherheit im Einklang ständen.

» Worin können nun die Angebote, die Deutschland machen soll, bestehen ?

» *Deutschland verzichtet auf jeden Landerwerb und jede Geldentschädigung.*

» *Belgien, Serbien, Montenegro werden wiederhergestellt.*

» *Dieses Friedensprogramm ist ja ernstlich überhaupt nicht diskutabel...* (Seite 218.)

» Der Krieg dauert fort, und es ist klar, je länger der Krieg dauert, desto mehr müssen, wie der Kanzler und mit ihm das ganze deutsche Volk fordert, die zu gebenden Friedensgarantien wachsen, damit der friedliche Nachbar von heute und der Feind von morgen nicht wieder über Einfalls- und Ausfallstore verfügt. Als Sozialdemokrat denke ich so : Wenn wir *den Belgiern die deutsche Schulpflicht* (sie ist ja schon teilweise verwirklicht) und die deutsche Sozialreform bringen, dem Volke aber seine Eigenarten (Sprache usw.) lassen, dann gehen die Interessen des Albertinischen Königtums mich gar nichts an. Die Fehler von 1870-1871 dürfen wir nicht wieder machen. (Vergleiche Lensch ! Aeusserung über Belfort)... » (Seite 220.)

Aus der Entwicklung eines Sozialdemokraten, von *L. Radlof* — Berlin. Im Februarheft 1916 der *Preussischen Jahrbücher.*

« DIE GRENZBOTEN »

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, LITERATUR UND KUNST.

Alfred Ruhemann.

« Wir haben bei der *politischen Neugestaltung der europäischen Landkarte* zu bedenken, dass der Belgier die natürlichen Reichtümer seines Landes nicht genügend ausnützte, dass wir in England einen sehr interessierten und gefährlichen Nebenbuhler im Kampfe um den wirtschaftlichen Vorrang in Belgien hatten — auch dieser Umstand fiel bei der Allianz mit Belgien für England in das Gewicht, — und dass wir ihn in Zukunft dort nicht mehr zwischen unseren Füssen finden dürfen.

» Es ist die Forderung aufgestellt worden, man müsste radikal vorgehen und *Belgien als Reichsland in das Deutsche Reich einverleiben.* Gleichsam als Strafe für seinen Neutralitätsbruch. In diesem Falle würden voraussichtlich viele unbequeme Elemente es vorziehen, nach Frankreich und England auszuwandern, was der Verdeutschung des Landes sehr zu statten käme. Ich bin selbst fest überzeugt, dass die Zurückbleibenden, sowohl Wallonen wie Flamen. sich sehr bald in die deutsche Organisation, Disziplin und Zivilisation fügen würden, namentlich sobald sie sähen, dass ihr Verdienst, der durch das deutsche Währungssystem ohnehin um 20 Prozent steigen würde, höher sein würde als er heute ist. Allerdings käme für diese neuen Untertanen ein Umstand in Betracht vor dem ihnen belgischerseits schon immer Angst gemacht worden war : die Steuerfrage, die ja bisher in Belgien für den Haushalt verhältnissmässig wenig in Frage kam. Weiter wäre zu bedenken, dass in Belgien so gut wie gar kein Platz mehr ist für neue Kolonisten, diese aber müssten doch, und nicht zu wenig, dorthin gezogen werden, um eine gute Rassenmischung für uns hervorzubringen. Belgien ist bekanntlich das am dichtesten bevölkerte Land Europas, denn es entfallen auf den Quadratkilometer ungefähr zweihundertzweiundfünfzig Einwohner. Am dichtesten sitzen sie in den Industrie- und Kohlengrubenbezirken, und es ist nicht zu erwarten, dass hier die wirtschaftliche Ausbeutung unter deutschem Regiment noch einträglicher betrieben werden könnte. Dagegen bin ich der festen Ueber-

zeugung, dass in Belgien landwirtschaftlich, sowohl auf dem Hochplateau der Ardennen, wie in den flandrischen und den Antwerpener Ebenen und Kempen, Boden und Viehzucht viel straffer und moderner in die Hand genommen werden könnten. Ich habe bereits auf die Wichtigkeit Antwerpens und der Küste hingewiesen. *Was uns aber vor allem bei einer bedingungslosen Auflösung des Königreichs zufiele, wäre jenes ungeheure afrikanische Kongoreich. Nähme man zugleich Frankreich Marokko ab, so hätte man endlich, wenn auch mit teurem Blut erkauft, jene afrikanische Zentralkolonie an drei Meeren, die wir schon längst hätten haben sollen, um Englands Macht in Afrika zu brechen.* Wir gebrauchen dieses schwarze Reich für unser neues Deutschland. Schrieb nicht auch der Staatssekretär Dr. Solf erst dieser Tage, er hege schon jetzt vom Standpunkte seines Ressorts den Wunsch, dass die Friedenspalme für ein grösseres Deutschland zuerst in Afrika gepflanzt werden möchte. Dieser Wunsch scheint mir demnach bereits ein Wille zu sein, eine unumgängliche Notwendigkeit für das deutsche Weltreich.

» Nun kann aber auch die Kongofrage, unabhängig vom Fortbestehen Belgiens als selbstständiger Staat, gelöst werden... (Seite 15-16.)

» Ich will damit sagen, dass die Wegnahme des Kongo durch Deutschland heute als eine Art Kriegssteuerzahlung des unterlegenen Belgien betrachtet und damit das Vorkaufsrecht Frankreichs auf die einfachste Weise aus der Welt geschafft werden könnte.

» Damit hätte auch England für « sein » Afrika den Lohn, den seine Anmassungen daselbst verdienen.

» Es ist der berechtigte, auch schon deutscherseits laut gewordene Wunsch, dass Belgien unter keinen Umständen seine augenblickliche Gestaltung behalten dürfte, was auch, wie betont nicht geschehen kann. *Es ist selbstverständlich, dass man das schwer erkämpfte Lüttich,* das uns gleichsam zum siegreichen Fanal für einen glücklichen Feldzug wurde, *nicht wieder herausgeben möchte.* Wirtschaftlich ist die Lütticher Provinz von hoher Bedeutung, auch hat sie unmittelbaren Anschluss an den rheinischen Industriebezirk. Militärisch würde Lüttich in unseren Händen zu einem uneinnehmbaren Bollwerk gegen Frankreich werden und die gesamten Ardennen bis Givet und Sedan hinunter beherrschen. Ferner würde für uns auch ausschlaggebend sein, was mit Antwerpen geschehen soll. Endlich sei man soweit, ohne es gewollt oder herbeigeführt zu haben, so meint man allgemein, dass der deutsche Fleiss, dem der Scheldehafen seine Blüte verdankt, durch die völlige Einverleibung desselben in das Deutsche Reich seinen gerechten Lohn

findet. Es wäre ja zweifellos, dass Antwerpen unter deutscher Verwaltung bald der grösste europäische Handelshafen werden würde, der es schon jetzt wäre, hätten die belgischen innerpolitischen Streitigkeiten seine Entwicklung nicht aufgehalten. Alles das wäre sehr schön und einfach zu lösen. Man könnte Belgien die Küste mit Antwerpen und Lüttich nehmen, ihm als mehr oder weniger einzige Lebensquelle die Kohlenbezirke lassen, es gegen Nordfrankreich, soweit dort noch vlämische Elemente sitzen, vorstossen und es als Pufferstaat sein Leben fristen lassen. Es ist aber auf der andern Seite nicht zu vergessen, dass an Belgiens Grenzen Holland und Luxemburg sitzen. Beide Staaten haben uns, trotzdem sie uns offenkundig nicht lieben, ihre Neutralitätstreue bewahrt. Holland besonders hat materiell durch die Beobachtung seiner Neutralität und das Piratentum Englands grossen Schaden erlitten, den es auf Prozess- und Repressalienwege gegen England nie vergütet erhalten wird. Ehe man also an die Entscheidung über das Schicksal Belgiens herantritt, müssten diese Länder doch wohl zuerst befragt werden, welche Stellung sie für die Folge dem Deutschen Reich gegenüber einzunehmen gedenken ? Auch hierüber müssen wir uns erst klar sein, auch in dieser Beziehung muss reiner Tisch gemacht werden. Haben wir doch an Belgien gesehen, dass Neutralitätsverträge und Erklärungen zu biegen und zu brechen sind und vor allem ein verdächtiges Spiel mit der leicht zu öffnenden Hintertür erlauben. Beide Länder haben Auspruch auf unseren Dank in fassbarer, materieller Form. Dieser Dank jedoch kann nur an der Hand des neuen Verhältnisses abgemessen werden, in das sie zu uns zu treten gewillt sind. Entspricht dasselbe unseren Wünschen und unserer Sicherheit Frankreich und England gegenüber, dann dürfte es wohl angebracht sein, *von Belgien auch etwas für Holland und Luxemburg zu entnehmen und sie auf Kosten Belgiens zu vergrössern*. So dürfte man dann Luxemburg sehr wohl die belgische Provinz gleichen Namens einräumen und damit eine feste Verbindung zwischen *Deutsch-Lüttich*, der deutschen Eiffel und dem unmittelbar anschliessenden deutschverbündeten Luxemburg herstellen, die nie wieder französischerseits durchbrochen werden könnte. So dürfte man dann sehr wohl *Antwerpen und die flandrischen Provinzen bis zur Küste, einschliesslich Dünkirchens und Calais an Holland abtreten* und damit das vlämisch-niederländische Reich vervollständigen. Wir besässen dann im Westen einen Stützpunkt in den zwei grossen Häfen, die, während sie bis jetzt rivalisierten, im gemeinsamen Ausbau eine gemeinsame Grösse finden würden. Es könnte alsdann endlich der durchaus wünschenswerte Grosschiffahrtsweg vom Rhein

zur Schelde ausgeführt werden, weil die bisherige Opposition Hollands verschwinden würde. Wir hätten schliesslich nicht die Sorgen und Lasten der eigenen Verwaltung. Werden uns aber Holland und Luxemburg die gewünschten Garantien für ein sicheres, bundesstaatliches Verhältnis geben wollen ? Würden nicht hier wie dort immer wieder und vielleicht stärker noch als bisher die Befürchtungen laut werden, dass das neue Verhältnis eigentlich nichts sei als ein Verlust der nationalen Selbstständigkeit, ein Weiterleben unter Deutschlands Oberaufsicht und Kontrolle ?

« Man sieht die Schwierigkeiten sind nicht wenige, um es nach Friedensschluss aller Welt und namentlich uns selbst recht zu machen, und zwar so, dass im europäischen Westen die Ruhe für unabsehbare Zeiten gewahrt werden kann. Wir haben ja auch schliesslich für eine *Stärkung und Vergrösserung unserer Grenzen im Osten* zu sorgen ; man möchte sagen, namentlich, um Russland jeden Wunsch zu nehmen, nochmals mit uns anzubinden... » (Seite 17-18.)

Das belgische Problem, ein Blick und Vorausblick, von Alfred Ruhemann. Artikel veröffentlicht in Nummer 40 der von *Georg Cleinow* herausgegebenen Zeitschrift : Die *Grenzboten*, 7. Oktober 1914. Verlag der « Grenzboten » in Berlin S. W. 11.

Artikel des Herausgebers.

« Wir Deutsche müssen uns fragen, kann der Gedanke des nationalen Staates uns nützen oder schaden, nachdem einmal das Deutsche Reich geschaffen war ? Glauben wir auch fernerhin daran, Staatsgrenze und Sprachgrenze müssten sich decken, so ist nicht abzusehen, welche Machterweiterung für uns möglich sein sollte. Wollten wir das « Nationalitätsprinzip » durchführen, so müssten wir die deutschredenden Teile der Schweiz und Oesterreichs an uns reissen dafür aber die nicht deutsch redenden Teile des jeztigen Reichsgebietes loszuwerden suchen. An beides aber denkt wohl niemand ausserhalb eines sehr beschränkten doktrinären Kreises. Eine Machterweiterung aber brauchen wir, das zeigt die Geschichte dieses Krieges. Wir müssen uns sichern gegen ähnliche Angriffe. Da ausserhalb der Reichsgrenzen Deutschredende nur in befreundeten Ländern wohnen, *müssen wir den notwendigen Machtzuwachs ausserhalb des deutschen Sprachgebietes suchen...*

» Ein alter Grundsatz soliden Kaufmanntums ist es, dass bei jedem Handel Käufer und Verkäufer gleich zufriedengestellt werden müssen. Beide müssen in jedem Vertrage ihre Interessen möglichst gut gewahrt

finden ; nur auf dieser Grundlage sind dauernde Handelsbeziehungen zu erwarten. So ist es auch in der Politik. Nur ein Vertrag, ein politisches Verhältnis, in dem beide — oder alle — Beteiligten auf ihre Kosten kommen, verspricht Dauer. Nicht Herren und Knechte, sondern Geschäftsfreunde sollte es im politischen Leben geben. Gemeinsame Interessen allein verbinden. Ob diese « Interessen » ideeler oder materieller Art sind — tut dabei nichts. — So kann ein neues Mitteleuropa auch nur dann dauerhaft geschaffen werden, wenn in ihm alle Beteiligten ihre Interessen am besten gewahrt sehen.

» Nehmen wir ein Beispiel, das zunächst nur rein theoretisch sein wird. Eine Verbindung Hollands mit Deutschland ist nur dann dauerhaft und glücklich, wenn sowohl die Holländer wie die heutigen Reichsdeutschen in ihr ihren Vorteil am besten gewahrt sähen. Gewinn und Verlust müssten gleich verteilt sein. Darum wird kein deutscher Politiker daran denken, Holland irgendwie zu einem Anschluss an das Reich bewegen zu wollen, selbst wenn das Reich nach dem Frieden die Macht dazu hätte. Nur dann könnte man solchen Anschluss auch bei uns wünschen, wenn Holland ihn wünschte und in ihm seine Rechnung zu finden glaubte. Dass es für das Reich vorteilhaft wäre, eine deutsche Rheinmündung, eine deutsche Seeküste gegenüber England zu gewinnen, ist da klar. Doch kommt es — für den weit und tiefblickenden Politiker nicht hierauf an, sondern darauf, ob beide ihren Vorteil finden. Das könnte vielleicht dann der Fall sein, wenn Holland vom Anschluss an uns einen wesentlichen Machtzuwachs hätte. Gesetzt, der Krieg würde von uns siegreich zu Ende geführt, so könnte sich unser Verhältniss zu Holland vielleicht folgendermassen gestalten :

» *Holland* tritt mit uns in Zoll- und Wehrgemeinschaft, behält aber in allem übrigen seine volle Selbstständigkeit. Es erhält dafür das vlämische Belgien einschliesslich Antwerpen.

» *Gewinn für uns : deutsche Rheinmündung, grössere Flottenbasis, Handelsfreiheit auch in Hollands Kolonien.*

» Gewinn für Holland : Vergrösserung um etwa 3 1/2 Millionen stamm- und sprachverwandter Bürger, Schutz der holländischen Ueberseeinteressen durch unsere Seemacht, grosse Steigerung seines Handels.

» Nachteil für Holland : eine geringe Einbusse an Selbstständigkeit, grösseres Risiko einer Teilnahme an Welthändeln, Verbindung mit Konfessionsfremden, vielleicht grössere Zoll- und Wehrlasten.

» Nachteil für uns : Verzicht auf Vlämisch-Belgien, grössere Reibungsflächen (z. B. Hollands amerikanische Besitzungen !)

» Ich könnte mir theoretisch denken, dass in dieser Gestaltung

Deutschland wie Holland ganz auf ihre Rechnung kämen. Das Beispiel soll aber rein theoretisch sein — wenn nicht aus Holland selbst der Wunsch an uns heranträte, mit uns in ein näheres Verhältnis zu treten. Das Beispiel soll nur zeigen, wie in der Gestaltung eines Verhältnisses zweier Staaten zu einander Gewinn und Verlust auf beiden Seiten gleich sein müssen, wenn das Verhältnis Aussicht auf Dauer haben soll. So wie mit Holland, müsste es aber mit allen den Staaten und Völkern sein, die in dem neuen Mitteleuropa in dieser oder jener Form zusammengefasst werden wollten.

Jedenfalls aber müssen wir den alten Staatsgedanken, der auf dem Nationalitätsprinzip aufgebaut erschien, neu zu gestalten suchen. *Das Nationalitätsprinzip kann in Mitteleuropa nicht zu Verhältnissen führen die friedliche Dauer haben können.* Dazu sind die Völker viel zu sehr ineinander geschachtelt. Wir müssen uns nach Ideen umsehen, die ebenso stark sind wie der nationale Gedanke, und die doch nicht zersplitternd, sondern einigend wirken.

» Möglich, dass eine solche Idee schon das Wirtschaftsleben bietet. Möglich, dass Wirtschaftsgemeinschaft wie einst in Deutschland Stammes- und Einzelstaatsgrenzen, so in Europa Sprach- und Einzelstaatsgrenzen zu überbrücken imstande ist... » (Seite 163-165.)

Nationalitätsgedanke und das neue Mitteleuropa, Nummer 45 der *Grenzboten* 11. November 1914.

Alfred Ruhemann.

» Sollte *Holland* in der überraschenden und erfreulichen Tatsache des Zusammenkommens und Zusammenwirkens der drei skandinavischen Könige nicht ein beredtes Zeichen dafür erblicken, dass nur noch in der Koalition und einer Nebenordnung allein die Gewähr der Staatssicherheit zu suchen sein wird ? Sollte sich dieses Land nicht vorsichtshalber besser heute schon die Wahrscheinlichkeit vor Augen halten, dass in irgend einer Form, sei es über Belgien, sei es über die Rheinmündung hinaus, das Deutsche Reich neue Stützpunkte an der Nordsee gewinnen müsse ? Dass ein starkes, mit dem rheinischen Hinterlande direkt verbundenes Antwerpen, ein mit dem Rheinlande durch deutsches Gebiet auf Wasserwege verbundenes Emden, Rotterdams Blüte knicken müsste ? Glaubt es wirklich, dass Deutschland nur geschwächt aus dem jetzigen Konflikt hervorgehen wird? Fürchtet es nicht, in einem, gleichviel ob dem Reiche angegliederten, oder unter deutscher Oberhoheit und deutschem Schutze stehenden, selbständigen neuen Königreiche vlämischer Observanz und Kultur, einen

zu starken Nachbarn zu finden ? Wird es sich eines Tages ganz allein seiner Haut wehren können, wenn Japan mit Hilfe Englands seine Hand allzukühn nach Westindien ausstrecken wird ? Sollte seine ganze Hoffnung nur auf der eigenen Stärke und auf dem Schutze Nordamerikas beruhen ? Probleme über Probleme, Fragen über Fragen, die Holland heute nicht lösen oder beantworten, die es sich nur mit seiner althergebrachten kühlen Ueberlegung selbst vorlegen soll, um im gegebenen Augenblick mit der Antwort gleich bei der Hand zu sein. Es drängt sich mit diesen Anregungen, die rein der Beobachtung und Logik entspringen, kein neuer Versucher an Holland heran. Nur der aufrichtige Wunsch, dass dieses den richtigen Ausweg finden möge, wenn die Glocke zur europäischen Konferenz ertönen wird, nur die Freude an der Möglichkeit des Zusammenwirkens zweier praktischer, verwandter Nationen, gab diesem Aufsatze Flügel... » (Seite 362.)

Holland von *Alfred Ruhemann*, Nummer 51 der *Grenzboten*, 23. Dezember 1914.

Dr. Albert Gottlieb.

« Herrschaft mag sich auf blasse Macht oder kluge Berechnung stützen, Führung verlangt mehr : neben kultureller und moralischer Ueberlegenheit, neben der Achtung vor der Sonderart die Fähigkeit, auch fremdes Wesen zu erfassen und es verstehend zu durchdringen. Dem Volke, das diese Eigenschaften in sich vereint, muss *die Weltmacht der Zukunft* zufallen ; und *dies Volk ist das deutsche.*

» Zeichnet sich so die Idee des künftigen Reiches schon deutlich sichtbar dem schärfer spähenden Ange in den dunkel geballten Wolken der Zeitereignisse ab so lässt seine Form freilich nicht vorauskonstruieren. Politische Gebilde sind Organismen, sie werden nicht gezimmert, sondern wachsen ; und die Gesetze des Wachstums behalten stets einen irrationalen Rest. Man mag sich einen Bund völlig selbstständiger, unabhängiger Staaten denken, die sich nur unbedingte gegenseitige Unterstützung bei einer Gefährdung jedes einzelnen von ihnen verbürgen und auf das Recht, Sonderbündnisse zu schliessen, verzichten. Alle übrigen Angelegenheiten hätte jedes Bundesmitglied in voller Souveränität zu erledigen ; Streitfälle wären durch ein mit Machtmitteln ausgestattetes Schiedsgericht zu schlichten, ein ständiger Gesandtenrat könnte vielleicht die gemeinsame Durchführung politischer und wirtschaftlicher Massnahmen, soweit sie den einzelnen Gliedern erwünscht ist, beraten.

» Der führende Staat sähe es als seine Aufgabe an, die selbststän-

dige materielle und geistige Entwicklung eines jeden Bundesmitgliedes ungestört zu lassen, als erster auf der Wacht vor äusserer Beunruhigung des Bundesganzen zu stehen und durch eine umfassende Kulturpolitik das, was er der Gesamtheit an Werten zu bieten hat, in allen Teilen des Bundes zu verbreiten. Je loser das äussere Gefüge eines solchen Gebäudes schiene, desto fester wäre sein innerer Zusammenhalt ; wie die Teilchen eines wachsenden Kristalls müssten ihm die umgebenden Staatsgebilde anschiessen, soweit sie nicht von Grund auf wesensfremd wären ; und da die Stellung des führenden Staats nicht auf dem Schwerte und nicht auf List, sondern in letzter Linie, wenn auch gestützt durch materielle Macht, auf geistiger Eroberung beruhen würde, so wäre dies *Bundesreich* wahrhaft unangreifbar...

» So weitet sich der Blick und schweift *vom Nordkap bis zum Indischen Ozean, ein Reich umspannend, das geographisch, wirtschaftlich, politisch grenzenlose Möglichkeiten eröffnet...* » (Seite 389-391.)

Der deutsche Staatsgedanke, von *Dr. Albert Gottlieb*, Nummer 52 der *Grenzboten*, 30. Dezember 1914.

Darius.

« Dem, der sich seit langem deutschen imperialistischen Gedanken hingegeben hatte, ist der Ausbruch des Krieges und sein bisheriger Verlauf eine grosse Genugtuung gewesen. Denn nach dem Gang der Ereignisse in den letzten Jahrzehnten und der Führung unserer Politik hatte sich mit voller Deutlichkeit die Tatsache ergeben, dass sich eine *Durchsetzung der berechtigten deutschen Ansprüche auf friedlichem Wege nicht erreichen lassen würde.* Es mag dahingestellt bleiben, ob es einer anderen Bündnispolitik oder einer erfolgreicheren äusseren Politik überhaupt möglich gewesen wäre, dem Deutschen Reich die gebührende Anerkennung als Weltmacht und die daraus sich ergebende Handlungsfreiheit zu verschaffen, ohne dass ein Krieg auf so vielen Fronten nötig geworden wäre.

» Allen diesen Erörterungen hat der Krieg ein Ziel gesetzt. Er zwingt einen jeden von uns mit unerbittlicher Notwendigkeit, uns *des Zieles* bewusst zu werden um dessen Erreichung er geführt wird : *den Eintritt Deutschlands in die Reihe der grossen imperialistischen Nationen und die Geltendmachnng der ihm als Weltmacht zustehenden Forderungen.* Was wenige von uns bisher ersehnten, was in vielen unbewusst schlummerte, was unsere Staatsmänner mit nur friedlichen Mitteln hier und dort anstrebten, was unsere Feinde im stillen fürchteten, das hämmern die Ereignisse dieser Tage jedem Deutschen unauslöschlich ins

Hirn : *dieser Krieg wird darum geführt, dass Deutschland grösser und mächtiger werde, als es bisher war;* denn es gibt nur dies oder ein Zurücksinken zu einer Macht zweiten Ranges ; ein Drittes, ein Stehenbleiben auf dem bisherigen Standpunkt, gibt es nicht mehr.

Die Klarheit dieses Gedankens, die Gerechtigkeit dieser Forderung sollte nicht verdunkelt werden durch Erörterungen über die Schuldfrage an der Entstehung dieses Krieges. Wer Deutschland nur als den Ueberfallenen, als in der Notwehr befindlich hinstellt, der übersieht leicht, dass es eine gerechte Forderung geltend zu machen und durchzusetzen hatte und in dieser Beziehung denen, die ihm den Eintritt in die Reihe der Grossmächte verwehren wollten, als Angreifer erscheinen muss. Dass unsere Feinde uns diese Ansprüche verwehrt und so den Krieg heraufbeschworen haben, wird die Geschichte ebenso lehren, wie die andere Tatsache, dass der Krieg eine innere Notwendigkeit war. *Uns ziemt es jetzt nicht, uns als verfolgte Unschuld hinzustellen.* Frei und mannhaft müssen wir unsere Forderungen bekennen und durchfechten.

» Welches aber sind unsere Forderungen ? Deutschland als Weltmacht ; das ist die theoretische Forderung...

» In die Praxis übertragen ergibt sich für Deutschland ein zweifaches Gebot : zunächst *Landerwerb soweit zu fordern, und zwar unbedingt zu fordern, als er zur strategischen Sicherung, also zur Gewährleistung dauernden Friedens notwendig ist : und ferner, darüber hinausgehend, Landerwerb nur insoweit anzustreben, als er eine Stärkung unserer Stellung als mitteleuropäische Grossmacht gewährleistet.*

» Wie weit weiterer Landerwerb unserer strategischen Sicherung dient, mögen die berufenen Heerführer entscheiden ; wie weit er praktisch erreichbar ist, unsere leitenden Staatsmänner. *Als die geringste Forderung an unserer westlichen Grenze wird die unbedingte Sicherung unserer Vogesen, die Erwerbung von Belfort, Verdun, Lüttich und Antwerpen auch dem Laien einleuchtend sein.* Im Osten wird ein besserer Schutz unserer ostpreussischen und posenschen Grenzen gegen feindliche Ueberflutungen gefordert werden müssen.

» Ein über diese strategischen Rücksichten hinausgehender Gebietserwerb wird also nur dann anzustreben sein, wenn er uns in unseren nationalen Bestrebungen zur Stärkung dient. Oder mit anderen Worten: nur der Erwerb solchen Landes ist wünschenswert, der im Zusammenhang mit unserem alten Kolonialland liegt. Und ferner : nur insoweit dürfen wir fremdes Land erwerben, als wir es mit deutscher Bevölkerung und deutscher Kultur zu durchdringen vermögen.

» Es heisst also Klarheit zu gewinnen nicht nur darüber, in welcher

Richtung unsere kolonisatorische Tätigkeit in Zukunft liegen wird, sondern vor allem darüber, inwieweit wir uns noch kolonisierende Kraft zutrauen können.

» Die erste Frage ist schnell beantwortet : *das Kolonisationsgebiet des deutschen Volkes ist der Osten.* Dahin weist die geschichtliche Entwicklung des vergangenen Jahrtausends, dahin auch die sozialen Verhältnisse, die Bodenverteilung und Bodenkultur. Somit ergibt sich, dass wir des Landerwerbs nach Westen nur zu strategischen, nicht aber zu kolonisatorischen Zwecken bedürfen. Dass der Erwerb einzelner Landstriche, die unsere heimische Erzeugung zu ergänzen imstande sind, wie die Erzgebiete von Lothringen, anzustreben und zu erreichen sein wird, ergibt sich aus der vorher aufgestellten allgemeinen Forderung der Autarkie.

» Die zweite Frage aber, inwieweit uns noch kolonisatorische Kraft innewohnt, bietet in ihrer Beantwortung so ungeheure Schwierigkeiten, dass nur einige leitende Gesichtspunkte hier hervorgehoben werden können. Dass der Höhepunkt unserer kolonisatorischen Kraft einige Jahrhunderte hinter uns liegt, ergiebt ein Blick auf unsere kolonisatorische Geschichte. Ein Vergleich der Kraft, Wucht, Schnelligkeit, mit der unsere Ostmarken im Mittelalter dem Deutschtum dauernd gewonnen worden sind, mit unsern heutigen, keineswegs erfolgreichen Versuchen, kleine nationale Minderheiten — wie Polen, Reichsländer, Dänen — einzudeutschen, zeigt mit Deutlichkeit, dass wir in Zukunft grosse Strecken fremden Landes mit fremder Bevölkerung nicht mit uns zu einer Einheit zu verschmelzen wissen werden.

» Eine Besiedlung fremden Landes mit deutscher Bevölkerung wird also nur insoweit erfolgen können, als dort eine einheimische Bevölkerung nicht vorhanden ist. Diesem Umstand trägt der in letzter Zeit häufiger ausgesprochene Vorschlag Rechnung, aus den fremden, zu erwerbenden Kolonisationsgebieten die eingeborene Bevölkerung völlig auszuräumen, bevor mit einer rein deutschen Besiedlung begonnen wird. Mir scheint, dass ein solcher Vorschlag, wenn überhaupt, nur auf verhältnismässig geringfügigen Strecken Landes ausführbar sein wird. Die Voraussetzung für eine solche Ausräumung und Kolonisation : geringer Wert des Bodens, nur loser, nomadenhafter Zusammenhang zwischen Bevölkerung und Boden, günstige Lage zum Mutterland dürften auch bei den in Betracht kommenden russischen Gebieten nur in sehr beschränktem Umfang gegeben sein.

Vor allem ist aber auch bei dem Vorhandensein dieser Voraussetzungen die Frage zu prüfen, ob das Mutterland die genügende Anzahl von Siedlern ohne eigenen Schaden abzugeben in der Lage ist.

Ernste Zweifel für die Bejahung dieser Frage erheben sich, wenn man die ungeheure Anzahl fremder Arbeiter berücksichtigt, deren Deutschland bedarf, um seine landwirtschaftlichen und gewerblichen Erzeugnisse fertigzustellen...

» Jedenfalls erscheint eine grosse deutsche Kolonisation im Osten bei dem jetzigen Stand der deutschen Volksentwicklung unmöglich. Diese Erwägungen werden bei der in Aussicht stehenden Auseinandersetzung mit Russland zu berücksichtigen sein. Sie werden uns abhalten, Forderungen in Bezug auf Lauderwerb zu stellen, die uns selbst in einer späteren Entwicklung zum Schaden gereichen müssten. *Die Herstellung einer strategisch günstigen Grenze, die auch eine mässige und zu rechtfertigende Erwerbung neuen Landes zur Folge haben müsste, muss den Inhalt unserer territorialen Auseinandersetzung mit Russland bilden.*

» Was unser Verhältnis zu Frankreich betrifft, so ist bereits erwähnt worden, dass unser Landerwerb sich auf die dringendsten strategischen Rücksichten beschränken würde. Zu einer wirtschaftlichen Schonung Frankreichs liegt weniger Anlass vor.

» Das künftige Schicksal Belgiens würde sich nach denselben Gesichtspunkten bestimmen ; ein Gebietszuwachs also nur aus strategischen Rücksichten ; darüber hinaus nur, insoweit keine nationale Schwächung Deutschlands erfolgt. Dieser Gesichtspunkt schliesst eine Erwerbung aller Gebietsteile mit wallonischer Bevölkerung aus. Abgesehen davon, dass eine Ausräumung etwa zu erwerbenden Landes in diesem dichtbevölkerten Gebiet noch unmöglicher sein würde als im dünnbesiedelten Osten, so erscheint auch eine Angliederung dieser schlecht gezüchteten romanischen Mischrasse, die stets von tiefem Hasse gegen die Rächer ihrer Heimtücke beseelt sein wird, untunlich. Eine Vereinigung des in Bezug auf Rasse höher, in Bezug auf Bildung nicht sonderlich hochstehenden flämischen Volksteiles mit dem Deutschen Reich erscheint aus geographischen Gründen schwierig. Die weitere Entwicklung unseres Verhältnisses zu Holland dürfte die Beantwortung dieser Frage erleichtern. Jedenfalls liegt an sich kein Grund zur Beibehaltung eines geschichtlich so unbegründeten und politisch dem Deutschen Reich immer schädlichen Staatengebildes, wie des *belgischen* vor. Und selbst *wenn ihm seine staatliche Selbständigkeit mit verringertem Gebietsumfang belassen werden sollte, so müsste es in militärischer und wirtschaftlicher Beziehung unbedingt Deutschland dienstbar erhalten bleiben.*

» Das Ziel unseres Krieges gegen England ist klar : England wird unsere Gleichberechtigung als Weltmacht anerkennen und wird gezwungen werden müssen, sich aller Eingriffe zu enthalten, die unsere

Bewegungsfreiheit in der Welt hindern könnten. Eine Erörterung darüber, wie dies im einzelnen bei einem Friedenschlusse zu erreichen wäre, erübrigt sich noch bei dem jetzigen Kriegsstadium.....

» Deutschlands weltgeschichtliche Aufgabe in den nächsten Jahrzehnten besteht darin — und damit wird es auch am besten seinen eigenen Aufgaben dienen — dass es die *Vormacht aller germanischen Völker Mitteleuropas* werden muss und sie alle zu gemeinsamem Handeln in allen Funktionen des äusseren staatlichen Lebens um sich scharen muss.....

» Gegenüber der Grösse dieser Aufgabe tritt die zweite unserer Forderungen für Deutschlands Zukunft : Erwerb überseeischer Gebiete zurück. Nach der Niederringung seiner Gegner wird es diese Wünsche sich zu erfüllen ohne Schwierigkeit in der Lage sein und den Ausbau seines afrikanischen Reiches ebenso vollenden wie die Verfolgung seiner kleinen asiatischen Interessen weiter betreiben können.

» Wenn all dies aus dem Reich der Gedanken in die Welt der Tatsachen umgesetzt sein wird, dann erst wird man davon sprechen können, dass Deutschland das Ziel erreicht hat, um das es diesen gewaltigen Kampf kämpft. »

Ziele des Krieges, von *Darius*, Nummer 6 der *Grenzboten* vom 10. Februar 1915, S. 161-170.

Dr. Gaigalat.

« Es erstehen für Deutschland, wenn es mit Gottes Hilfe siegreich aus dem gewaltigen Ringen hervorgeht, besonders wichtige Aufgaben bezüglich seiner nordöstlichen Nachbarländer. Es darf diese Gebiete, deren Bevölkerung durch Sprache, Volkstum und Sitten keine Verwandschaft und keinen Zusammenhang mit dem allrussischen Wesen hat, zu seinem eignen Schaden nicht fernerhin bei dem russischen Koloss belassen. Es ist geradezu eine moralische Pflicht des deutschen Reiches, *das baltische Deutschtum, das lettische und litauische Volk* nicht länger unter der geistig knechtenden, den wirtschaftlichen Aufschwung lähmenden und die nationale Wohlfahrt hemmenden Verwaltung Russlands zu belassen. Deutschland muss sie befreien, zunächst um seiner eigenen politischen Sicherheit willen, indem es den gewaltigen Gegner schwächt und sich befreundete Staatsgebilde schafft, auf die es sich verlassen kann. Was Russland bei Ausbruch dieses Krieges für Ziele hatte, beweisen die unter den russischen Bagagestücken gefundenen Spezialkarten des europäischen Russland aus dem Jahre 1911, denen zufolge die Grenzen des russischen Reiches bereits bis Stettin, Berlin

und Potsdam reichten. Ein Gegner, der aus überschäumendem Nationalitätsgefühl und unersättlichem Machthunger wohl jahrelang auf die Gelegenheit gewartet hat, unserem Volksganzen den tödlichen Stoss zu versetzen und der dann tatsächlich unserer Volkskraft und unserem Land unsäglich tiefe Wunden geschlagen hat, muss für lange Zeit, möglichst für immer, unschädlich gemacht werden.

» Dass Russland selber im Falle eines unglücklich endenden Krieges mit Deutschland mit Gebietsverlust rechnet, und zwar mit dem Verlust des ganzen Gebiets von Russisch-Polen, ja sogar des nördlich davon liegenden Gebietes bis zur Düna, hat General Kuropatkin in seinen « Denkwürdigkeiten aus dem Russisch-Japanischen Kriege » offen zugegeben... (Seite 236.)

» Das bisher russische Litauen mit einem Flächeninhalt von etwa 1500 Quadratmeilen und mit etwa 3 300 000 Bewohnern, von denen mindestens 2 Millionen sich der litauischen Sprache bedienen, ist wie dazu geschaffen, ein besonderes staatliches Gebilde, einen Keil (Pufferstaat) zwischen der germanischen und slawischen Welt darzustellen. Es besitzt mehrere grössere Städte, hat eine ertragreiche Landwirtschaft, auch Anlagen zur Entwicklung von Industrie, und bietet so gute Garantien für eine segensreiche wirtschaftliche Zukunft.

» Die Provinz Ostpreussen und ihre Städte brauchen notwendig ein Hinterland, um mit diesem Handelsbeziehungen zu unterhalten und in regen wirtschaftlichen Verkehr zu treten. Besonders in anbetracht der grossen Schäden, die der Krieg über Ostpreussen gebracht hat, bildet für diese Provinz die Schaffung eines Hinterlandes, dessen Grenzen nicht mehr wie bisher eine fast undurchdringliche Wand bilden werden, die Lebensfrage.

» Die Befürchtung, dass die preussischen Litauer sich einem derartigen litauischen Staatsgebilde würden anzuschliessen wünschen, ist völlig unbegründet... (Seite 337.)

» Hauptsache aber wird sein müssen, dass *dies neue Staatswesen in ein nahes Verhältnis zu Deutschland gerückt wird, indem sein Heer unter das deutsche Oberkommando gestellt und sein Gebiet, in die deutsche Zollgrenze eingeschlossen wird.* Das würde im eigensten Interesse des neuen Staatswesens liegen, allein eine dauernde Sicherheit für die Freiheit der Litauer und Letten bieten, und ein Bollwerk gegen den unersättlichen Panslawismus bilden. So führt ein gleiches Interesse die Deutschen, Litauer und Letten naturgemäss zusammen... » (Seite 339.)

Die litauisch-baltische Frage, von *Dr. Gaigalat*, Mitglied des preussischen Hauses der Abgeordneten, Nummer 8 der *Grenzboten*, 24. Februar 1915.

Dr. R. Strahl.

« Staaten sind Zweckverbände.

» Ihr grundlegendstes Ziel muss sich mit dem Wunsche ihrer Angehörigen decken : Schutz gewisser Rechte und Freiheiten nach innen und aussen. Sicherung von Eigentum und persönlicher Freiheit, später Mitbestimmungsrecht der Untertanen bei den staatlichen Entschliessungen, Aufrechterhaltung des verfassungsmässig gesicherten Rechtszustandes sind die letzten Interessen der Untertanen und damit Pflichten des Staates. Zu ihrer Durchführung bedarf der Staat der Dauerhaftigkeit. Damit wird die staatliche Selbsterhaltung auch Selbstzweck.

» Dabei ist nicht zu übersehen, dass alles staatliche Handeln letzten Grundes auf Mehrheitsentschliessungen und Machtfaktoren beruht. So kann es geschehen, dass die einfache militärische Sicherung eines Staates die Innehabung von Gebieten erfordert, deren Bewohner sich in gewissen Gegensätzen zu der überwiegenden Mehrheit der anderen befinden.

» Aber die Entwicklung ist über diese ursprünglichsten Ziele der Staatserhaltung hinausgeschritten. Man ist sich heute darüber einig dass der Staat höhere, idealere Aufgaben hat... (Seite 134.)

» Der Staat als Kultureinheit, als Kulturförderer steht nicht nur neben, sondern in vieler Hinsicht über der Nationalität.

» Dabei ist nicht zu übersehen, dass Vorbedingungen für Kulturfortschritt wirtschaftliche Verhältnisse und soziale Einrichtungen sind. Diese aber fallen heute fast gänzlich in das Bereich der staatlichen Betätigung.

» Mehr denn je haben wir in unserer Geschichtsepoche die Wahrheit des alten Satzes einsehen gelernt, dass der Kampf der Vater aller Dinge ist. Früher in dem Sinne friedlichen Wettstreites der Völker, heute in des Wortes eigenster Bedeutung. Er ist auch der Befruchter der Kultur. Auch die Kultur bedarf zu ihrem Fortschreiten des Ansporns werbender Aufgaben, des Ausdehnungstriebes.

» Eucken spricht von dem Gegenüberstehen von französischer Formkultur, englischer Nützlichkeitskultur und deutscher Ganzheitskultur.

» Deutschland hat das Uebergewicht der allen überlegenen sittlichen Stärke. Und es hat das Zeug dazu, auch auf den beiden andern Gebieten die Gegner zu überflügeln... (Seite 135.)

» Wenn man die Staaten als Träger der Kultur ansieht, aus deren innerem Streben und äusserem Wettstreit aller menschliche Fortschritt

erwächst, so bedarf es zu deren Erhaltung starker gesunder Staatswesen, die nicht geschwächt werden durch innerpolitische Gärungen und die nicht gezwungen sind, ihre beste Kraft zu roher, gewaltsamer Niederhaltung Widerstrebender zu opfern. Es heisst den freien Willen der neuen Staatsgenossen gewinnen : und das kann nur der, der auch etwas Gewinnendes zu bieten hat : eine überlegene Kultur.

» *Glaubt man sich hierzu imstande, so braucht man sich beim Aufbau der Staaten durch Nationalitätsfragen nicht schrecken zu lassen.*

» Auch nicht durch *das sogenannte Selbstbestimmungsrecht* der Nationalitäten. Beides sind Theorien, aufgestellt, um ohnmächtiger Opposition einen wissenschaftlichen Mantel umzuhängen... » (Seite 136-137.)

Das Nationalitätsprinzip und die natürlichen Grenzen des Staates, von *Dr. jur. R. Strahl.* Nummer 18 der *Grenzboten* vom 5. Mai 1915.

Professor Dr. Conrad Bornhak.

« Gewogen, gewogen und zu leicht befunden. » Das war das Verdammungsurteil für Belgiens nächste Zukunft. Von sozialer Revolution und nationalem Auseinanderfallen gleichzeitig bedroht, wäre *der belgische Staat* über kurz oder lang an innerer Zersetzung untergegangen. Die *deutsche Eroberung* verschaffte ihm wenigstens das, worauf er allein noch hoffen konnte : *eine anständige Todesart* unter den Mächten der Erde, obgleich er nie zu ihnen gehört hat... » (Seite 405.)

Belgiens Verfassungs- und Staatsleben, von *Prof. Dr. Conrad Bornhak* Nummer 26 der *Grenzboten* vom 30. Juni 1915.

Dr. Karl Mehrmann.

« Die Freiheit der Meere ist ein Programmpunkt der deutschen Politik geworden ; Kaiser und Kanzler haben sie als ein erstrebenswertes und erreichbares Ziel dieses Krieges hingestellt. England gefährdete sie durch den rücksichtslosen Eigennutz, mit dem es seinen Anspruch auf Vor- wenn nicht auf Alleinherrschaft durchzusetzen suchte. England hat in diesem Kriege bewiesen, dass es keine Fessel des Völkerrechtes anerkennt ; es beugt sich nur der Macht der Tatsachen. Soll daher in Zukunft wirklich die Freiheit der Meere hergestellt werden, so muss ein solcher Tatsachenbestand geschaffen werden, dass die britische Willkür nicht mehr das Recht der anderen auf freie Seefahrt anzutasten wagte... Soll es eine wirkliche Gleichgewichtspolitik auf dem europäischen Festlande geben, so ist das nur unter

zwei Voraussetzungen möglich : *England wird als Insel- und wegen seines Kolonialbesitzes überwiegend exotischer Staat von der Staatengesellschaft des Festlandes ausgeschieden*, und es wird neben dem Gleichgewicht auf dem Festland auch ein solches- an und auf der See herausgebildet. Der erste Weg führt nur halb zum Ziel, da er die Seefahrt in britischen Fesseln lässt. In der zweiten Richtung wirkt einmal die Erhöhung der Flottenstärke der nicht im britischen Interessenkreis befangenen Staaten, dann eine Umgestaltung der Besitzgruppierungen an den Rändern und im Innern der Weltmeere.

» Diese Umgruppierungsmöglichkeiten bestimmt zu bezeichnen, ist heute wohl kaum schon möglich, *solange die Erörterung der Kriegsziele verboten ist.* Aber sie lässt sich erkennen, wenn bei einem Gang um die Erde klar wird, wo überall und wie sehr in den Weltmeeren der britische Einfluss der überlegene und der vorherrschende ist... (Seite 161-162.)

»Soll Europa und soll die Erdringstrasse von der Uebermacht Grossbritanniens befreit werden, so darf es dreierlei fernerhin nicht mehr geben : 1. Dass England nach seinem Belieben die Nordsee und das Mittelmeer sperrt ; 2. Dass der Indische Ozean ein britischer Binnensee bleibt.; 3. Dass im Stillen Ozean eine Mächtegruppe mit britischem Interesseneinschlag das Uebergewicht besitzt. Durch militärische und diplomatische Mittel muss der Erhaltung dieser drei Zustände entgegengewirkt werden. Die Rückkehr zum Status quo vor dem Kriege würde die Verheissung des Reichskanzlers von der Freiheit der Völker und von der Freiheit der Meere zu einem leeren Wort machen... » (Seite 167.)

Binnenmeerpolitik in den Ozeanen, von *Dr. Karl Mehrmann.* Nummer 45 der *Grenzboten* vom 10. November 1915.

Dr. K. Stavenhagen.

« Das Grossrussentum hat unzweideutig zu verstehen gegeben, dass es mit deutscher Kultur und deutschem Besitz in der Baltenmark ein Ende machen und die Ostsee in ein russisches Binnenmeer verwandeln will. *Wird Livland nicht erobert*, rücken die deutschen Heere, die den Polen die Freiheit gebracht haben, aus *Kurland* ab, so werden die « Vaterlandslosen », die die Balten ja immer gewesen sind, ihr Schicksal weitertragen und von der Scholle wo sie jahrhundertelang den Kampf um deutsche Art allein und ohne Hilfe führend einer lichteren Zukunft entgegenhofften, ohne Ausnahme weichen müssen. Am Ende des

« deutschen » Krieges zieht dann in Deutschlands älteste Kolonie der Moskowiter ein... » (Seite 351.)

Stärke und Macht des Deutschtums in den baltischen Provinzen, von *Dr. K. Stavenhagen.* Nummer 50 der *Grenzboten*, vom 15. Dezember 1915.

Professor Dr. Conrad Bornhak.

1.

« Der deutsche Friede wird voraussichtlich nicht unter dem Zeichen des Nationalitätsprinzipes stehen. Denn er soll nicht auf trügerischen Vorspiegelungen beruhen.

» Die Nationalitätenstaaten Oesterreich und die Türkei stehen durch den Krieg fester denn je. Ihre Zerstückelung ist ein aussichtsloses Beginnen. *Das deutsche Kriegsziel ist allein der Sicherungszweck für die Zukunft.* Wir müssen uns alle nur möglichen Garantien und Sicherheit dafür schaffen und erkämpfen, dass keiner unserer Feinde, nicht vereinzelt, nicht vereint, wieder einen Waffengang wagen wird — erklärte der Reichskanzler in seiner Rede vom 28. Mai 1915. Wenn dieser Zweck an einzelnen Stellen wie im Baltenlande und im Vlamland durch das Nationalitätsprinzip unterstützt wird, so ist das natürlich an sich sehr erfreulich. Aber der einzige Zweck ist die künftige Sicherung... » (Seite 231.)

Das Nationalitätsprinzip und der Krieg, von *Prof. Dr. Conrad Bornhak* Nummer 8 der *Grenzboten* vom 23. Februar 1916.

2.

« Wenn es gelingen konnte, in der Not des Krieges den geschlossenen Handelsstaat durchzuführen, Deutschland in Selbstgenügsamkeit alle wesentlichen Bedürfnisse in sich selbst befriedigen zu lassen, so ist das hauptsächlich dem Umstande zu verdanken, dass die deutsche Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten zu immer grösserer Leistungsfähigkeit gelangt ist. Der Aushungerungsplan Englands ist damit vereitelt, wir können es aushalten. Aber niemand wird behaupten, dass der bestehende Zustand mit Brotkarten, den Reihen der Butterklageweiber und Fleischknappheit ein idealer sein soll. Derselben Gefahr wie jetzt kann Deutschland jederzeit wieder ausgesetzt sein. *Denn wir führen erst den ersten punischen Krieg mit England.* Und keine vergangenen oder künftigen Verträge werden uns die Freiheit des Meeres gewährleisten. Zu den realen Sicherheiten, die der Reichskanzler als unumgängliche Forderung des deutschen Friedens bezeichnet hat,

gehört die Sicherung unseres deutschen Wirtschaftslebens für die Zukunft. Das sind die natürlichen Grenzen des geschlossenen Handelsstaates, auf dass er alle wirtschaftlichen Bedürfnisse, auch vom Meere abgeschnitten, in sich selbst befriedigen könne. *Das heisst auf der einen Seite die Erweiterung des deutschen Industriegebietes, auf der andern Seite die Ausdehnung des Gebietes für Landwirtschaft und Viehzucht,* auf dass beide in stetig aufblühender Entwicklung die wirtschaftlichen Bedürfnisse nicht nur für die vorhandenen, sondern auch für weitere kommende Millionen des deutschen Volkes befriedigen können.

» Gewiss sind deutsche Schutzgebiete über See von Wert. Aber sie sind mehr Gegenstand des nationalen Luxus, den sich ein reiches und mächtiges Volk wohl erlauben kann. Die beste Kolonie, die Deutschland je erworben, war jenes Ostelbien auf dem jetzt ein Drittel deutschen Volkstums und deutscher Staatsmacht beruht. Jene Kolonisation war vorbildlich für die Erwerbung neuer Ansiedlungs- und Ackerbaugebiete des deutschen Volkes, mit dessen Stammlanden sie jetzt eng verschmolzen sind. Für jene Zeit das gelungene Streben nach Selbstgenügsamkeit des deutschen Volkes im Anschlusse an sein altes Stammesgebiet. Doch jedes Zeitalter trägt seine eigenen Aufgaben in sich selbst. Der Weltkrieg als Wirtschaftskrieg muss auch die entsprechenden wirtschaftlichen Folgen nach sich ziehen.

» Doch nicht auf uns allein sind wir in Gegenwart und Zukunft beschränkt. *Von Antwerpen und Hamburg, von Libau und Wilna nach Syrien und Mesopotamien* erstreckt sich das grosse Festlandgebiet eines einheitlichen und politischen Systems das sich an das deutsch-österreichische Bündnis anschliesst, und für das dauernde politische Formen gefunden werden müssen... »

Nummer 11 der *Grenzboten* vom 15. März 1916. Artikel von *Prof. Dr. Conrad Bornhak* : « Der geschlossene Handelsstaat Fichtes », Seite 336-337.

« DEUTSCHE REVUE »

Anonym.

« ...Wir sind dem Ende des Weltkriegs fern. Das liegt in folgendem : das deutsche Volk und auch das unserer Verbündeten will für die grossen Opfer, die es an Gut und Blut gebracht hat, auch *eine grosse Entschädigung* haben. Eine solche wird aber augenblicklich noch schwer zu haben sein. »

Aus einem in der *Deutschen Revue* (Dezember 1915, Eine Monatschrift, herausgegeben von Richard *Fleischer*. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart-Leipzig) erschienenen anonymen Artikel : « Steht das Ende des Weltkriegs nahe bevor ? »

« DER PANTHER »

DEUTSCHE MONATSSCHRIFT FÜR POLITIK UND VOLKSTUM.

Heinrich Class.

« ...der Vorwurf der « alldeutschen Annexionssucht » ist einfach unbegründet — (Seite 1140) ...mit der « alldeutschen Annexionswut » ist es nichts — auch dann nicht, wenn wir jetzt *die Einverleibung Belgiens* fordern. Diese Forderung ist eine unseres Erachtens schlechthin nicht zu umgehende Folge des Verhaltens des belgischen Staates gegen das Deutsche Reich ; sie ist nicht bedingt durch das Vorhandensein der niederdeutsch-vlamischen Bewohner, die rund zwei Drittel der Bevölkerung ausmachen, sondern ganz unabhängig davon ; wir verlangen die Einverleibung Belgiens aus militärischen und wirtschaftlichen Gründen, vor allem um England gegenüber unabhängig zu werden, genau wie diejenige *der nordfranzösischen Küste* also nicht wegen, sondern in gewissem Sinne trotz der Vlamen ; es soll dabei aber ausdrücklich betont werden, dass diese Einverleibung in Formen gedacht ist, die jeden aus ihr möglichen Nachteil für das Reich ausschliessen sollen.

» In diesem Zusammenhang sei auch gesagt, dass vor dem Kriege kein Alldeutscher die Losreissung der baltischen Provinzen von Russland vertreten hat ; was wir taten war, dem baltischen Deutschtum nach Möglichkeit in seinem furchtbar schweren Kampfe gegen die gewaltsame Verrussungspolitik des Grossrussentums zu helfen. Heute, nach dem Kriege liegen die Dinge genau wie im Westen, und *wir erstreben die Ausdehnung der Reichsgrenzen nach Osten* ; dass dabei das baltische Deutschtum vor dem Untergang gerettet wird, ist eine schöne und erfreuliche Nebenfolge, falls die Reichsregierung im Frieden diese Ausdehnung durchsetzt — aber sie müsste, um ganz klar zu reden, auch durchgesetzt werden, wenn das baltische Deutschtum nichts davon wissen wollte : denn die gesunde völkische Selbstsucht des Deutschtums im Reich verlangt die *Befriedigung des deutschen Landhungers*, der nur im Osten gestillt werden kann... (Seite 1142.)

» Unser Volk soll wirtschaftlich gedeihen und vorankommen, und seine Wirtschaft soll so gestaltet sein, dass sie einerseits vor Rück-

schlägen gesichert ist und andererseits die Volksgesundheit nicht untergräbt : dies fordert das Gleichgewicht zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Stadt und Land ; es fordert die Befriedigung des Landhungers unseres Volkes, um Bauernland zu gewinnen ; es fordert weiter *den Erwerb überseeischer Absatz- und Rohstoffgebiete*, die uns vom Ausland sowohl hinsichtlich des Absatzes unserer Erzeugnisse, wie hinsichtlich des Bezuges von Rohstoffen möglichst unabhängig machen ; so kommen wir zur Befürwortung einer entschlossenen Kolonialpolitik, die uns, ehe es zu spät ist, die der Befriedigung dieser Notwendigkeiten dienenden Gebiete verschafft... » (Seite 1145.)

Der Alldeutsche Verband, von Rechtsanwalt *Heinrich Class*, Artikel veröffentlicht in *Der Panther*, Deutsche Monatschrift für Politik und Volkstum, Heft 10, Oktober 1915. Herausgeber Axel Ripke, Leipzig Panther-Verlag G. m. b. H. — H. Class ist der erste Vorsitzende des Alldeutschen Verbands.

General von Gebsattel.

« Man wirft uns Alldeutschen oft und gern vor, dass wir Kriegshetzer seien, dass wir (namentlich wir alten im Alldeutschen Verbande vertretenen Generale) den Krieg nur um seiner selbst willen liebten. Das trifft nicht im entferntesten zu, obwohl kein Geringerer als Otto von Bismark den Krieg einmal als den « natürlichen Zustand » der Menschheit bezeichnet hat. Wir Alldeutschen gehen nicht so weit wie Bismark ; wir lieben den Krieg nicht um seiner selbst willen, aber wir ehren in ihm einen unentbehrlichen Zuchtmeister, der die Menschheit oft strafend, meist aber helfend und fördernd in seine Schule nimmt. Nicht um die Wirkung von Schnellfeuergeschützen und Maschinengewehren im Ernstfalle zu erproben — davon hatten gerade wir alten Soldaten eine sehr lebendige Vorstellung, *haben wir den Krieg herbeigewünscht*, sondern weil wir ihn gegenüber der abwegigen Entwicklung die unser Volk zu nehmen drohte, für eine Notwendigkeit hielten, und weil wir uns des weiteren bewusst waren, dass ein Krieg um so leichter in seinem militärischen Verlaufe wie in seinen Opfern ist, je entschlossener und frühzeitiger ein ohnehin zum Daseinskampfe gezwungenes Volk *den günstigen Zeitpunkt für das Losschlagen wählt...* (Seite 1178-1179.) Um die Westflanke vom politischen und militärischen Drucke dauernd frei zu bekommen, würde es vollauf genügt haben, Voraussetzungen herbeizuführen, die jeden etwaigen späteren Angriff Frankreichs von vorneherein zur Unmöglichkeit, mindestens aber zum Selbstmord, und jede Abwehr deutscherseits zum Kinderspiel gemacht haben würden. Natürlich wäre ein solches Ziel unter der Beibehaltung

der heutigen Grenzlinie nicht zu erreichen gewesen. Auch wenn Frankreich in den verflossenen fünfundvierzig Jahren von uns dreimal geschlagen worden wäre, so würden wir bei der geistigen Veranlagung des französischen Volks, das schlechterdings nicht aus seiner Haut heraus kann, in weiteren fünfzehn Jahren mit einem neuen Angriff zu rechnen gehabt haben, solange es im Besitze der gegenwärtigen Grenzlinie blieb. Sie sicherte ihm in dem Vogesenkamm, in dem festen Gürtel der anschliessenden Festungen und Sperrforts, sowie weiterhin in den Argonnen einen nur unter schwersten Opfern zu durchbrechenden Schutzwall, hinter dem es ungestört seinen strategischen Aufmarsch vollziehen konnte, wie es anderseits jederzeit in seine Hand gegeben war, durch das Vogesenloch oder auf dem Umwege über Belgien in reichsdeutsches Gebiet vorzustossen. Solange es beide Möglichkeiten besass, war deshalb mit einem Aufhören des Druckes auf unsere Westflanke nicht zu rechnen, und es hätte ihm folglich 1904 beide Möglichkeiten genommen werden müssen. *Kam der Vogesenkamm nebst vorgelagertem Glacis und anschliessendem Festungsgürtel in unsere Hand,* hätten wir weiterhin die Grenze so gezogen, dass sie als Schenkel eines stumpfen Winkels etwa südlich von Bonen (Boulogne) — vielleicht der Somme folgend — *die Kanalküste* traf, so waren die Trümpfe des strategischen Aufmarsches aus seiner Hand in die unserige übergegangen, waren wir von Nordosten her auf ungefähr 100 Kilometer an Paris herangerückt und umfassten gleichsam zangenförmig das ganze östliche und mittlere Frankreich. Ebenso wäre damit Belgien vor der Gefahr eines französischen Einbruches bewahrt geblieben, während gleichzeitig unsere Industrie in den Besitz wichtiger Kohlen und Erzgebiete gekommen sein würde, die 1871 teilweise dem Blick der damals zu Rate gezogenen wissenschaftlichen Sachverständigen entgangen waren, und deren Verlust auf der andern Seite das französische Wirtschaftsleben in schwerster und dadurch naturgemäss auch auf den Heereshaushaltsplan zurückwirkender Weise getroffen haben würde... (Seite 1183-1184.)

» Handelt es sich bei der vorgeschlagenen Grenzführung gegen Frankreich um ein Unverrückbares, das in fünfzig Jahren sich als ebenso notwendig erweisen wird, wie im Jahre 1914, so musste angesichts der Gegnerschaft Englands die Gefahr einer neuen Flankenbedrohung von Nordwesten her nach Tunlichkeit für alle Zukunft ausgeschaltet werden. Das Inselreich im Flottenbau so zu überflügeln, dass unsere Kampfflotte in einem neuen Kriege von vorneherein die See beherrscht und jede Truppensendung auf das Festland verhindert haben würde, erschien nach Lage der Dinge undurchführbar, und es

blieb mithin nur die Möglichkeit offen, etwaigen Landungstruppen ihren gegebenen strategischen Aufmarsch- und Angriffsraum, dem Inselreich sein natürliches Glacis zu nehmen. Dieser Zweck wäre zwar schon zum Teil erreicht gewesen, wenn man die Grenze gegen Frank reich bis zur Somme vorgeschoben haben würde, aber es wäre dann die Gefahr geblieben, dass die ganze Somme-Stellung durch eine in Zeebrügge oder in einem andern belgischen Hafen gelandete englische Armee jederzeit im Rücken gefasst werden konnte (man denke an die um die August-Septemberwende 1914 gemachten Erfahrungen). Es wäre daher unerlässlich geworden, den Engländern das belgische Glacis zu nehmen und den gesamten Küstenstrich mit seinem entsprechenden Hinterlande fest in unsere Hand zu bringen. Dadurch würden wir dann allerdings nach menschlichem Ermessen für die weiteste Zukunft jeden neuen Angriff sowohl Frankreichs als auch Englands zur Unmöglichkeit gemacht haben... Sind Frankreich und England die gefährlichsten Gegner für den Augenblick, so gilt eine solche Bewertung für Russland hinsichtlich einer mehr oder minder nahen Zukunft, wenn man sich die in dem Riesenreiche schlummernden Kräfte vergegenwärtigt... (Seite 1185-1186).

» Will man also *Russland* ernstlich treffen und dem westlichen Europa auf Jahrzehnte hinaus vor dem moskovitischen Eroberungsdrange Ruhe verschaffen, so wird man mit einen kraftvollem Ruck die tönernen Füsse unter dem Koloss fortziehen müssen. Mit andern Worten, man muss tun, was erst jüngst wieder der treffliche schwedische Geschichtslehrer und Politiker Professor Rudolf Kjellen empfahl: Es gilt den steifen Nacken des Russen nach Osten zu wenden, auch wenn dabei ein paar Halswirbel springen sollten. Es gilt den Wall vom fremdstämmigen Russland zu entreissen und ihn zu einer Schutzwehr Europas auszubauen. Dass eine solche Tat einem geschlagenen Russland gegenüber möglich sein würde, ist nicht zu bezweifeln, und man darf annehmen, dass die Fremdvölker der Polen, Ukrainer und Finnen, ja selbst die Litauer lieber in einem eigenen Staatswesen, als noch weiter unter der russischen Knute leben würden. Man würde dabei im wesentlichen also die Geschichte um zweihundert Jahre rückwärts « revidieren » und *den russischen Koloss hinter die vorpetrinischen Grenzen zurückwerfen*, dem Staatswesen dasjenige Gepräge und denjenigen Aufgabenkreis zuweisen, die ihm als einem halbasiatischen Staat in Wirklichkeit zukommen.

« Es hiesse, nun aber meines Erachtens vom deutschen Volk zuviel verlangen, wollte man ihm zumuten, sich lediglich für die Freiheit oder politische Selbstständigkeit der Ukrainer, Polen und anderer Fremd-

völker in die Schanze zu schlagen. Dazu ist unser deutsches Blut uns denn doch zu kostbar, namentlich seit es anfängt, einigermassen selten zu werden. Für Kreuzzüge irgendwelcher Art können wir kein Blut mehr zur Verfügung stellen ; sie gehören für uns der geschichtlichen Erinnerung an. Wenn wir fechten, so tun wir es um eignen Vorteil, und *wenn wir gegen Russland in die Schranken treten, so tun wir es, um unserem Volk das zu schaffen, was es braucht*, um nicht in der Enge zu verkümmern, um seinen Blutstrom wieder zu stärkerem Fliessen zu bringen... (Seite 1187.)

» Man wird nun allerdings einwenden, dass eine solche Landnahme im Verein mit der erforderlichen Ausgestaltung unserer *Westgrenze* dem Deutschen Reiche Millionen einer fremdstämmigen Bevölkerung zuführen, und dass dadurch das national-staatliche Gepräge des Deutschen Reiches nicht nur gefährdet, sondern sogar auf das schwerste beeinträchtigt werden würde. Eine solche Entwicklung müsste natürlich auf alle Fälle und um jeden Preis vermieden werden. Das nationalstaatliche Gepräge des Deutschen Reiches muss über jeden Zweifel und über jede Gefahr hinaus sichergestellt werden, und ebenso, wie nach dem Kriege die ihm noch anhaftenden Schönheitsfehler mit tunlicher Beschleunigung beseitigt werden müssen, ebenso wird ihm auch die leiseste Gefahr einer Bedrohung hintanzuhalten sein. Der Weg, auf dem dieses Ziel erreicht werden kann, ist glücklicherweise durch eine Reihe *geschichtlicher Vorbilder* angedeutet worden. Es ist bekannt, dass die *Römer*, die grössten kolonialen Praktiker des Altertums, in schwierigen Fällen mit Vorliebe zu *Massenumsiedlung* gegriffen haben, und das gleiche Verfahren ist später erfolgreich von Karl dem Grossen, auf dem Balkan und während des jetzigen Krieges von den Ungarn geübt worden, die Zehntausende von Serben aus Syrmien nach zuverlässigeren Landesteilen verpflanzt haben. Mit Recht hat erst jüngst die *Frankfurter Zeitung* betont, dass die russische Regierung zu einer Rücksiedlung der deutschen Kolonisten Russlands sicherlich gern die Hand bieten werde, so dass das Verfahren hier also im wesentlichen auf einen reinen Bevölkerungsaustausch hinauslaufen würde... (Seite 1194—1195.)

» Der Ring der uns feindlichen Mächte hat geglaubt, die vermeintliche Bedrohung der eigenen Machtstellung nur mit dem Schwerte abwehren zu können : dann war es seine Pflicht, zur *ultima ratio* zu greifen ; er hat gemeint, uns nach siegreich beendetem Kriege zerstückeln zu müssen : das wäre sein Recht, das Recht des Siegers, gewesen, er hat den Krieg mit einer beispiellosen Wildheit und Grausamkeit geführt : das war der Ausfluss altererbter Abneigungen und

Triebe. Nirgends also ein Grund, ihn deswegen zu hassen ; *nirgends* aber auch auf der andern Seite *ein Anlass, ihn zu schonen* und ihm mit unangebrachter Milde zu begegnen, sofern es sich um die Erfüllung unabweisbarer Notwendigkeiten für unsere Volkszukunft handelt. Welcher Art diese Notwendigkeiten sind, ist vorstehend angedeutet worden, und es sei nochmals betont, dass nur die Berücksichtigung ihrer Gesamtheit uns einen lückenlosen Schutz für die Zukunft zu verbürgen vermag... » (Seite 1197.)

Das Gebot der Stunde, von General der Kavallerie, Freiherr *von Gebsattel*. Artikel veröffentlicht in *Der Panther*, Heft 10, Oktober 1915.

« DAS NEUE DEUTSCHLAND »

WOCHENSCHRIFT FÜR KONSERVATIVEN FORTSCHRITT.

Dr. Adolf Grabowsky.

1.

« ...*siegen wir, so wird die Karte der Welt verändert.* Ganz sicher ist dann diese Veränderung, und *alles schreiben dagegen ist leer und nichtig.* Wenn die sozialdemokratischen Blätter jede Annektionspolitik verwerfen, so hätte die Sozialdemokratie auch gegen den Krieg sein müssen. Wir sind gezwungen, diesen Krieg zu führen, um unsere Stellung in der Welt zu behaupten. Der Friede, der diesem Krieg folgt, muss uns Garantie dafür geben, die Garantie aber haben wir nur, wenn wir endlich Grenzen erhalten, die uns, die wir mitten in Europa liegen, einen natürlichen Schutz bieten und die auch unserer Kraft angemessen sind. Dazu kommt, dass wir weit grössere und reichere Schutzgebiete in der Welt gebrauchen und weit mehr Stützpunkte für unsere Flotte. Je weiter die Staaten greifen, desto umfassender muss das Wirtschaftsgebiet sein, das sie unmittelbar beherrschen. Unmittelbar beherrschen — denn *offene Türen allein tun nichts,* wie unzählige Beispiele aus den letzten Jahrzehnten beweisen. Der Stadtstaat des Altertums und des Mittelalters produzierte selbst was er brauchte, und brauchte was er produzierte — er konnte mit einem kleinen Gebiet vorlieb nehmen. Grösser mussten schon die Staaten der Neuzeit sein, in denen Produktion und Konsum sich nicht mehr so unmittelbar berührten. Am grössten die imperialistischen Staaten der neuesten Zeit, deren Feld die Welt ist.

» Ich lasse es hierbei ganz dahingestellt, in welchen Formen sich die Ausdehnung des deutschen Wirtschaftsgebiets vollziehen soll. Darüber wird später zu sprechen sein. Man kann sich sehr wohl denken, dass nur wenig Land annektiert wird und dass das übrige staatsrechtlich in der Form der Staatenbund-Verknüpfung, zollpolitisch in der Form der Zollunion zum Deutschen Reich gefügt wird. Der Hauptpunkt aber ist, dass wir uns an die *Ueberführung des alten, fest geschlossenen Nationalstaats mit wenigen fremden Nationalitäten in den Grenzbezirken*

in einen imperialistischen Staat mit grösserem Nationalitätengewoge freudig gewöhnen müssen. Das schlechtweg Einigende bleibt hier der deutsche Gedanke... ...Der deutsche imperialistische Staat aber wird sein besonderes Gepräge unter den anderen imperialistischen Staaten der Erde dadurch erhalten, dass in ihm die deutsche Kulturidee alles durchleuchtet. Und hierbei liegt der Ton sowohl auf Kulturidee, wie auf deutsch. *Das deutsche Volkstum soll in diesem Staat hoch über die anderen Nationalitäten ragen,* ein deutscher Staat soll das sein, keine verwaschene Allgemeinschaft. Die Kulturidee steht dem Deutschtum weit über den wirtschaftlichen Zielen, das Seelisch-Sittliche über dem Materiellen.

» Diese seelisch-sittliche Idee, die man kurz als die *deutsche Kulturidee* bezeichnen kann, hat als Grundlage alle politischen und wirtschaftlichen Ziele davor bewahrt, ins Phantastische zu versinken. Der deutsche Gedanke ist der Ueberbau, der der reinen Politik und der Wirtschaftspolitik Blut und Färbung verleiht. So ist die Kulturpolitik, im deutschen Sinne aufgefasst, kein Schwächermachen, sondern gerade eine Verlebendigung jeder andern Politik... » (Seite 594-595.)

Was fordern wir von diesem Krieg, von *Adolf Grabowsky.* Dritte Kriegsnummer (30. September 1914) : « Das neue Deutschland ». Wochenschrift für konservativen Fortschritt, unter Mitwirkung von Dr. Paul Leutwein, Oskar A. H. Schmitz, Dr. Ludwig Sevin, herausgegeben von *Dr. Adolf Grabowsky.* Verlagsanstalt und Druckerei « Politik », Berlin W. 57.

2.

« Heute ist *nichts dringender, als dass der Welteroberungswille das ganze deutsche Volk erfasse.* Damit erst erheben wir uns von der halbunbewussten Weltmacht zur deutlich bewussten, also *zur imperialistischen Macht.* Damit erst können wir auch England die Spitze bieten... (Seite 3.)

» Deutschland hat ohne allen Zweifel für eine Weltmacht ein allzu beschränktes Wirtschaftsgebiet in der Heimat. Gewiss hat England ein noch kleineres, aber das ist ja gerade seine wunde Stelle, und dann hat England eben doch seine Kolonien in allen Teilen der Welt, die zudem so riesenhaft an Umfang sind, dass sie auf jeden Fall dem Mutterland eine besondere Stellung gewähren. Die Schlussfolgerung ist, dass wir, *koste es was es koste, in diesem Krieg unser kontinentales Gebiet erweitern müssen.* Nicht nur aber unser kontinentales Wirtschaftsgebiet, denn eine Ausdehnung des Wirtschaftsgebiets ohne entsprechende Ausdehnung des Herrschaftsgebiets wird, wie die Geschichte der letzten fünfzig Jahre unzweideutig beweist, schliesslich immer unfruchtbar bleiben. *Es genügt also nicht, dass wir uns neue*

Gebiete lediglich durch Zollunion verknüpfen, auch militärisch und diplomatisch müssen wir Herr dieser neuen Gebiete sein.

» Das soll nicht heissen — und dies ist ein sehr wichtiger Punkt — dass nun unter allen Umständen jedes neue Gebiet schlechthin in das deutsche Reich eingegliedert werden müsse. Schon im letzten Heft des « Neuen Deutschland » wies ich darauf hin, dass man sich eine Verknüpfung in Form eines Staatenbundes sehr wohl denken könne. Kjellén steht sogar auf dem Standpunkt, dass für Deutschland nur eine feste Aussicht sei, die als Haupt eines föderierten Zentraleuropa. Ueberhaupt meint er, es gebe nur zwei haltbare Formen für die politische Organisation eines Riesenreiches : Cäsarismus, das Prinzip des alten Rom, oder Föderalismus, das Prinzip der Neuen Welt. In der Tat wird beim Föderalismus gerade das erreicht, worauf es bei der Heranziehung neuer Gebiete vor allem ankommt. Nicht nur Heranziehung des neuen Landes und der neuen Bevölkerung. Das neue Volk wird in seinem alten Recht und bei seiner alten Selbstverwaltung belassen, kein fremder Druck wird über ihm spürbar ; aber es erhält doch noch positive Vorteile gewaltiger Art : auch ihm fällt ein erweitertes Wirtschaftsgebiet in den Schoss, und zugleich wird es aufgenommen in einen riesigen Herrschaftsbereich, empfängt einen militärischen Schutz, weit grösser als es ihn bisher gehabt hat. So ergiebt sich die *staatenbundrechtliche Verknüpfung* als die eigentlich weltstaatsrechtliche Verknüpfung. Das schliesst natürlich nicht aus, dass man ganze Gebiete, die man etwa aus strategischen oder kulturellen Gründen unbedingt in festeste Verbindung mit dem Mutterstaat bringen muss, auch in aller Form eingliedert.

» Nehmen wir als Beispiel Belgien. Würde man es kurzweg einstecken, so hätte man im Westen ein zweites Polen, eine neue polnische Frage, nur noch weit schlimmer als die alte, da man es mit einer durch und durch insurgierten Bevölkerung zu tun hat. *Würde man aber nur die Linie Lüttich-Namur als strategische Linie behalten, dazu Antwerpen nehmen, das übrige Belgien aber sich selbst verwalten lassen* und nur in eine föderative Rolle zum Deutschen Reiche bringen, so hätte man alle Sicherheiten für das Wohlerhalten des Landes, hätte auch die belgische Küste stets als militärische Position und als Brückenkopf gegen England, würde aber vermeiden, dass Belgien sich als unterworfenes Land vorkäme und würde damit den Gefahren ständiger Insurrektionen aus dem Wege gehen. Behalten wir Antwerpen, so wäre es übrigens gut, wenn wir *durch ein Austauschgeschäft mit Holland die Scheldemündung erhielten, wofür Holland der belgische Teil von Limburg zufallen könnte.* Holland würde dann seinen beinahe abge-

schnürten Maastrichter Zipfel auf beste Weise arrondieren... (Seite 4.)

» Wenn aber gefragt wird, ob wir denn eine Weltmacht aufrichten wollen, die soweit über die andern Weltmächte der Erde ragt, dass sie im Grunde die einzige wirkliche Weltmacht darstellt, so sei darauf erwidert, dass an sich der Weltmachtwille unermesslich ist. *Eine Weltmacht darf noch weniger als eine Grossmacht jemals befriedigt sein.* Das Prinzip des politischen Gleichgewichts auf dem Lande und zur See, das Hans Delbrück neulich zu unserer grössten Verwunderung als Ziel Deutschlands in diesem Krieg bezeichnet hat, ist mit dem Weltmachtgedanken ganz und gar unvereinbar. Deshalb ist Delbrücks « massvoller » Artikel überaus gefährlich ; das ist ein Masshalten, das nicht Kraft bedeutet, sondern Schwäche, und das mit den wahren Zielen Deutschlands, wie sie in seiner neuesten Entwicklung begründet liegen, nicht das Geringste zu tun hat.

» Wie der kategorische Imperativ Kants das Handeln nach derjenigen Maxime vorschreibt, durch die Du zugleich wollen kannst, dass sie allgemeines Gesetz werde, so lautet der imperialistische Imperativ an den Staat : « Handle so, dass dein Wille zum allgemeinen Gesetz der Welt werde ! » Dies ist freilich nur das aufstachelnde Ideal, dass in der harten Welt der Tatsachen nicht erreicht wird... » (Seite 5.)

Die Weltmacht, von Adolf Grabowsky, Vierte Kriegsnummer 1-3. 28. Oktober 1914.

3.

« Es war nicht nur Gebot der Selbstentfaltung, sondern sogar der Selbsterhaltung, was uns *zu immer weiter strebender Expansion* geführt hat ; eine bittere Notwendigkeit ; die uns dazu zwang, mit Aufbietung aller Kräfte den gesteigerten Anforderungen der Weltpolitik zu genügen. Jede Indifferenz in dem Ringen der Nationen um die Weltpolitik ist für die scheinbar stabil bleibende Macht in Wahrheit eine faktische Niederlage. *Daraus erklärt sich, dass der Wille der Weltmacht ihrer Natur nach unersättlich sein muss* ; *jede Saturiertheit wäre Altersschwäche.*

» Am schärfsten und tiefsten hat unter den deutschen Autoren J. J. Ruedorffer in seinem Buche « Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart » die grenzenlose Entfaltungssehnsucht der modernen Weltmacht geschildert. « Wo irgendwo etwas beharren will », so schreibt er, da ist das nur ein Zeichen des Unvermögens und der Schwäche und das Eingeständnis, dass es nicht mehr erlangen kann. Müde Menschen und müde Völker mögen sich bescheiden und nur auf die Erhaltung dessen, was sie besitzen, bedacht sein : aber das ist nicht

der Sinn des Lebens, sondern nur ein Zeichen dafür, dass das Leben sie verlassen hat oder zu verlassen beginnt. Die Natur weiss es anders ; ihr Verlangen zu Wachsen und zu Werden ist grenzenlos, immer neu schafft ihr Schoss das immer Neue ; an allem was verharrt und nur sich selbst erhalten will, geht sie erbarmungslos vorüber. Sie ist immer auf Seiten des kräftigen Willens und all ihren Segen hat sie an das Wachstum gehängt... (Seite 65.)

» Der Krieg, den unsere Feinde uns aufgezwungen haben, hat nun die Entscheidungen der Weltpolitik an den Erfolg der Waffen geknüpft. *Um die künftige Gestaltung der Welt wird in diesem Krieg von den Völkern gerungen.* In solcher Zeit tritt an die geistigen Führer unseres Volkes die tiefe Pflicht, in den Grenzen ihrer Kraft und im Rahmen ihres Wirkungskreises das zu leisten, was 1870 Treitschke als seinen Beruf erachtete : « Jene unbestimmten Hoffnungen, die jede Brust bewegen, zu klarem Bewusstsein zu erwecken, auf dass beim Friedensschluss ein festdurchgebildeter Nationalstolz schirmend hinter unseren Staatsmännern stehe. » So dünkt es mir Amt und Sendung aller derer, die des Wortes mächtig sind, dem gegenwärtigen Geschlechte den wahrhaften Sinn dieses Krieges vor Augen zu führen, um einen *straffen Weltmachtwillen zu erwecken* auf dass nicht ein voreiliger oder allzu genügsamer Friede uns um die Früchte unseres heroischen Kampfes betrüge und deutsches Blut nicht vergebens die Schlachtfelder Frankreichs und der russischen Erde gefärbt habe.

» Vor allem gilt es den Irrtum zu bekämpfen, dass *das Weltreich deutscher Macht, das wir anstreben,* dem Reich deutscher Kultur gefahrdrohend werden könne. Ganz im Gegenteil. Der harte Kampf, den wir jetzt gegen die andern Nationen führen, wird dazu beitragen, was noch an *kosmopolitischer Gesinnungslosigkeit* in unserer Nation ist, aus ihr auszubrennen und deutsche Eigenart zu kräftigen und zu vertiefen... » (Seite 66.)

Deutscher Glaube, von *Adolf Grabowsky*, 6. Kriegsnummer 7-9, den 22. Dezember 1914.

4.

« Die westliche Hälfte Mitteleuropas, das heutige Deutsche Reich soll auf der Wacht gegen Westen, gegen französische Angriffslust stehen, während die östliche Hälfte, das österreichisch-ungarische Kaisertum die Aufgabe hat, die Einbrüche der Barbarei in die Gefilde deutscher Gesittung zurückzuweisen.

» Das so organisierte Mitteleuropa, vor allem aber sein deutsches Westreich, litt in steigendem Masse und mit jedem Jahre offensicht-

licher an den Mängeln seiner geographischen Lage. Umringt von den grössten Militärmächten wurde Deutschland bei jedem Schritt über See, bei jeder Unternehmung der Weltpolitik durch die Gefahren seiner europäischen Lage behindert und konnte deshalb nicht mehr als jenen lächerlich kleinen Teil der Welt gewinnen, den wir unsere Kolonien nennen, während andere Länder ihren überseeischen Besitzstand von Jahr zu Jahr vermehren konnten. Die ungeheuer wichtige Tatsache, dass unsere Bevölkerung seit dem letzten Kriege um nahezu dreissig Millionen gewachsen ist, gelangte weltpolitisch so gut wie gar nicht zur Wirksamkeit. Diese zunächst verblüffende Tatsache hat aber in nichts anderem ihren Grund als darin, dass die natürlich gegebene Grundlage unseres Volkstums, *das Gebiet des Deutschen Reiches, allmählich zu klein* wurde, um als Basis eines grosszügigen deutschen Imperialismus dienen zu können. Der Umfang des Deutschen Reiche genügte gerade dazu, um einen in sich gesättigten Agrarstaat als natürliche Gegebenheit zu dienen ; für einen der grössten Industrie- und Handelsstaaten sind diese engen Grenzen allmählich zu Fesseln geworden, für einen Staat und für ein Volk, das bewusst imperialistische Ziele verfolgt, d. h. ein Weltreich zu gründen und unter den Weltreichen eine grosse Stellung einzunehmen durch Ausbreitung seiner Kultur, seiner Sprache, durch Waffenmacht und Handelsbeziehungen, durch Besitzungen und Siedlungen in fremden Erdteilen, für ein imperialistisch gerichtetes Volk ist diese Basis zu schmal geworden... » (Seite 130-131.)

Der Innere Imperialismus. von *Adolf Grabowsky*, 8. Kriegsnummer, 27. Februar 1915.

5.

« Reine Kolonialpolitik ist Erraffung möglichst vieler Kolonien, zunächst ohne organische Verbindung dieser Kolonien untereinander und mit dem Mutterlande; *reine Kolonialpolitik ist Streben in die Welt hinaus, ohne Streben zur Weltmacht.* Weltmacht entsteht erst, wenn auf das Ziel losgesteuert und das Ziel erlangt wird, die Kolonien nicht allein zur Bereicherung des Mutterlandes werden zu lassen, sondern auch die Stellung des Mutterlandes in der Welt zu erhöhen. Das eine ist nicht dasselbe wie das andere. Unsystematische Kolonialpolitik vermag das Mutterland materiell zu bereichern, vermag dabei aber sogar seine Stellung in der Welt zu schwächen. Ja, es ist möglich, dass Weltmachtstreben überhaupt nichts mit Kolonialpolitik zu tun hat. *Organisches Weltmachtstreben, also Imperialismus*, kann — nicht auf die Dauer, aber zu Zeiten — blosse Kontinentalpolitik sein mit dem

Zweck der Erweiterung des eigentlichen Herrschaftsgebietes ohne Erwerbung von Tochtergebieten. Freilich muss dann immer doch kulturell oder wirtschaftlich das Streben des Staates über seine kontinentalen Grenzen hinausgehen.

Niemals aber wird sich der Imperialismus grundsätzlich auf das kulturelle und das wirtschaftliche Moment beschränken dürfen ; er vernichtet sich selbst, wenn er grundsätzlich zurückscheut vor Landerwerb. Ebenso aber vernichtet er sich, wenn er beim Landerwerb dem rage de nombre unterliegt, der Anbetung der Quadratmeilen. Man weiss was die Kolonialpolitik, namentlich die ältere Kolonialpolitik, die das Flaggenhissen als Sport betrieb, hier gesündigt hat. Der Imperialismus erstreckt sich auf Territorien nur, wenn durch den Landerwerb eine Stärkung, nicht eine Schwächung des Staatsbaues erzielt wird. An diesem Punkte zeigt sich in besonderem Masse seine organische, seine systematische Seite.

» Wir haben es also mit drei Unterarten des Imperialismus zu tun ; mit dem kulturellen, dem wirtschaftlichen, dem territorialen Imperialismus. Alle drei wollen ausgeübt werden, alle drei zu ihrer Zeit und an ihrem Ort. Erst in der Verbindung dieser drei liegt das System.

» *Gedankenlose Eroberungspolitik ist nicht Imperialismus.* Kaufmannsgeist, so wichtig er auch sein mag, ist nicht Imperialismus. Kulturprogramme, mögen sie auch noch so schön klingen sind nicht Imperialismus. Imperialismus ist Wahl und nach der Wahl : Tat, kulturelle, wirtschaftliche, territoriale Tat, einzeln oder gemeinsam. Wer freilich überhaupt keine Tat will, wer in einem Deutschland der behaglichen Romantik leben will, mit dem ist nicht zu rechnen. Nicht zu rechnen, wohl aber zu rechten. Gewiss ist keine Weltanschauung an und für sich falsch, sofern sie nur persönlich erkämpft ist, wohl aber kann sie falsch sein für eine bestimmte Zeit und ein bestimmtes Land. *Wer sich heute dem Weltmachtstreben Deutschlands entgegen stemmt, der ist auf der falschen Seite,* weil diese Anschauung der Entwicklung, in der wir uns befinden, geradeswegs widerstreitet... » (Seite 218-219.)

Deutscher und englischer Imperialismus, von *Adolf Grabowsky.* 24. Kriegsnummer, 18. März 1916.

Geheimer Justizrat Professor Dr. Philipp Zorn.

« Noch ist es nicht an der Zeit, über die Friedensbedingungen zu verhandeln ; in weiser Zurückhaltung sind Regierung und Volksvertretung darüber einig, dass diese Verhandlungen zur Zeit nur Schaden stiften würden. Wir dürfen, darauf können wir wohl ruhig vertrauen,

getrost in die Zukunft blicken ; aber das grosse Werk ist noch nicht getan, und schwere Arbeit steht uns noch bevor, ehe wir ernsthaft über die Bedingungen des Friedens ratschlagen können. *Das freilich ist uns allen klar, dass unsere Grenzen im Osten und Westen ganz anders gegen räuberischen Ueberfall gesichert werden müssen, als sie es heute sind,* und dass die Hochburgen unserer gewaltigen industriellen Arbeit im deutschen Westen künftig den freien Zugang zum Meere haben müssen. Aber es ist eine bewusste Lüge, die Grey jetzt eben wieder in die Welt hinausgeschleudert hat, dass wir die Absicht haben, andere Völker irgendwie zu unterdrücken. Nichts liegt uns ferner. Wir wollen unser so unendlich schwer errungenes nationales Leben wahren und sichern, aber wir wünschen und gönnen allen andern Völkern ebenso sehr ihr eigenes nationales Leben. In festgesicherten Grenzen, ausgestattet mit dem für unser anwachsendes Volk unbedingt nötigen *überseeischen Kolonialbesitz,* wollen wir im Frieden mit allen Völkern unsere nationale Arbeit tun und unser nationales Leben nach unserm Willen gestalten, aber frei von englischer Vormundschaft und festgesichert gegen französische Rachsucht und russische Barbarei.

» Das ist für uns das einzige Ziel des grossen Völkerringens und dies Ziel werden wir mit Gottes Hilfe erreichen... » (Seite 232-233.)

Neun Monate Weltkrieg, von Geh. Justizrat *Prof. Dr. Philipp Zorn.* 11. Kriegsnummer 27-29 vom 20 April 1915. Professor Dr. Philipp Zorn war auf der *Ersten Haager Konferenz* einer der Delegierten der deutschen Regierung.

Dr. Arend Buchholtz.

« Dass das Deutschtum in den Ostseeprovinzen noch heute nicht überwunden ist, obwohl man ihm die Sprache gewaltsam genommen und jede andere Waffe aus den Händen gewunden hat, ist neben den Ritterschaften den Städten und ihrem Bürgertum zu danken... (Seite 61.)

» Dieses in jahrhundertelangem Widerstand gegen rohe Gewalt gehärtete Deutschtum kann und darf nicht untergehen ; wir vertrauen darauf, dass die Männer, die am Steuer des Deutschen Reiches stehen, es endlich von der asiatischen Macht befreien, mit der es nichts gemeinsam hat, und für die Mitarbeit im Dienste ihrer wahren Heimat dauernd gewinnen... (Seite 63.)

Das Bürgertum in den baltischen Provinzen, von *Dr. Arend Buchholtz,* Direktor der Berliner Stadtbibliothek, 20. Kriegsnummer vom 23. November 1915.

Edgar Worms.

« Wenn heute nach 103 Jahren wiederum deutsche Truppen auf dem Boden Kurlands stehen, richten sich die Blicke der Deutschen naturgemäss auf die Ostseeprovinzen Russlands... (Seite 46.)

» Mit dem Lande vertraute Personen, die nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Kurland nach Deutschland gekommen, berichten als bemerkenswerte Tatsache, dass die Letten (was auch von den Esten gelten dürfte) eine Angliederung der baltischen Provinzen ans Deutsche Reich gar nicht ungern sehen würden. Natürlich nicht aus heimlicher Liebe zu Deutschland, sondern aus dem sehr nüchternen Interesse, dass sie an der Besserung ihrer Wirtschaftslage nehmen. Fallen nämlich mit den politischen auch die Zollschranken, so besteht kein Zweifel, dass der Wert des baltischen Bodens und der Marktpreis der Bodenerzeugnisse steigen werden ; eine Rechnung, die der lettische oder estnische Kleingrundbesitzer als praktischer Kopf aufzumachen versteht.

» Wenn man nun nach dem Wert des Baltenlandes, der heute noch deutschen Ostseeprovinzen Russlands, fragt, so gibt schon allein seine geographische Lage die Antwort, eine Lage, die dem Besitzer das *Dominium maris baltici*, die Beherrschung der Ostsee mit ihren grossen und kleinen Häfen sichert und deren Bedeutung schon Schweden, Polen und Russen erkannten, als sie um dieses Seegestade blutige Kämpfe führten... (Seite 49.)

» Der Krieg, den wir nicht gesucht, hat uns nun, mit den Waffen in der Hand, in diese alten Ordenslande geführt und uns damit die Gelegenheit geboten, die Unterlassungssünden des Mittelalters wieder gutzumachen. Es mag heute zu früh sein, mehr darüber zu sagen, aber eines ist gewiss : Wird diese « letzte Stunde » nicht genützt, so sind die baltischen Provinzen für immer dem Deutschtum verloren. Dann rückt das Grossrussentum, das schon vor dem Kriege eine Ansiedlung von zunächst 300 000 Muschiks auf den baltischen Domänengütern plante, in diese Gebiete und auch in Litauen ein. Dann aber wogt dort, *wo ein breiter germanischer Schutzwall die gefährdete Grenze Ostpreussens umgürten könnte*, zu unserer ständigen Bedrohung Moskowiens slavische Menschenflut.. » (Seite 49.)

Das Baltenland, von Edgar Worms, 20. Kriegsnummer, vom 23. November 1915.

Professor Dr. med. Arthur Schlossmann.

« Aus der kriegerischen Umwelt und Gegenwart eilen die Gedanken gern in die friedliche Zukunft. Eins steht fest : Mit dem Frieden kommt das neue Deutschland. Mögen die Meinungen auch darüber schwanken, was des Deutschen neues Vaterland sein wird, mögen die Ansichten darüber auseinandergehen, wo fürderhin die Grenzen im Osten, wo im Westen laufen werden. *Darüber besteht kein Zweifel, dass das neue Deutschland nach dem Kriege ein grösseres Deutschland sein wird.* Militärische, politische und wirtschaftliche Notwendigkeiten sprechen eine zwingendere Sprache als sentimentale Rücksichten. So wird es unter allen Umständen dazu kommen, dass unsere Grenzen da und dort hinausgeschoben werden, dass die Fläche des Deutschen Reiches wächst. Und wenn wir nach dem Kriege Bevölkerungsbilanz ziehen werden, so wird diese ergeben, dass trotz unserer Menschenverluste *die Bewohnerzahl infolge der Einverleibungen gestiegen ist. Mit mehr Land, mit mehr Menschen* tritt Deutschland nach dem grossen Kriege in den neuen Abschnitt der Weltgeschichte ein... » (Seite 169.)

Neue Grundlagen der Bevölkerungspolitik, von Prof. Dr. med. *Arthur Schlossmann*, 23. Kriegsnummer vom 19. Februar 1916.

« DAS GRÖSSERE DEUTSCHLAND »

WOCHENSCHRIFT FÜR DEUTSCHE WELT- UND KOLONIAL-POLITIK.

Paul Arndt.

« Die herrlichen Waffentaten unserer Truppen zu Land und zur See haben auch den Unwissendsten unter unseren Gegnern gezeigt, welche Stellung Deutschland unter den Weltmächten einnimmt. Wer aber die wirtschaftliche Entwicklung unseres Vaterlandes in den letzten Jahrzehnten aufmerksam verfolgt hat, dem konnte schon längst nicht mehr zweifelhaft sein, dass Deutschland sich seine Stellung als « wirtschaftliche Grossmacht » neben England und Amerika fest gesichert hat. Frankreich konnte seit Jahren nicht mehr mit Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiete wetteifern und Russland, die dritte « Weltmacht », erst recht nicht. Was Deutschland vor dem Kriege zum Ausbau seiner Weltstellung noch fehlte, waren *günstig gelegene Flottenstationen* und unabhängige telegraphische Verbindungen. In dieser Hinsicht wird hoffentlich der Krieg einen Wandel bringen... ...Sollten sich vollends, wie wir alle wünschen die Siegeshoffnungen v. Liszts erfüllen, sollte uns der Friede also einen *besseren Schutz unserer Grenzen*, koloniale Ausdehnungen und den Erwerb von neuen Flottenstützpunkten bringen, so ist erst recht kein Anlass dazu, an unserer Kraft zur « Selbstbehauptung und Selbstentfaltung » unter den übrigen Weltmächten zu zweifeln. Sollte es uns gelingen, nach F. v. Liszts Vorschlag ein engeres freundschaftliches Verhältniss, besonders auf wirtschaftlichem Gebiete, zu Oesterreich Ungarn und Holland dauernd zu begründen, wohl und gut ! Wollen sich noch andere Staaten einem solchen mitteleuropäischen Staatenverband anschliessen, um so besser! Keinesfalls aber darf daran gezweifelt werden, dass wir stark genug sind, auf eigenen Füssen zu stehen und uns in den Völkerkämpfen auch allein als Weltmacht zu behaupten.... » (Seite 467-468.)

Deutschland keine Weltmacht ? von *Paul Arndt*, Nummer 14 vom 3. April 1915 : « Das grössere Deutschland », Wochenschrift für deutsche Welt- und Kolonialpolitik. Begründet von Johannes Mühlberg, Dresden. Verlag « Das Grössere Deutschland », Dresden A.

Freiher von Mackay.

« Nicht auf unserer, sondern auf ganz anderer Seite ist heute die gelbe Gefahr am meisten zu fürchten, während für Japan, mag es noch so gewaltig mit seinen militärischen Waffen emporstreben, doch der schwarze Tag des Zusammenbruchs angesichts seiner wirtschaftlichen, sozial- und kulturmoralischen Schwäche und Rückständigkeit früher oder später kommen muss. Und wenn diese Schicksalsstunde schlägt, dann wird für Deutschland die Zeit gekommen sein, um die *Früchte seiner europäischen Siege auch im fernen Osten* zu ernten, und in einer durch bittere Erfahrungen klüger und vorsichtiger gewordenen Politik hier seine eigene Hoheit und ganz Europas Ansehen wiederherzustellen... » (Seite 563.)

Ostasiatische Politik und ihre Lehren, von Freiherr *von Makay.* Nr. 17 vom 24. April 1915.

Dr. Paul Rohrbach.

1.

« ...ist es begreiflich, wenn England immer noch keine schlimmere Furcht kennt, als die, dass wir Belgien dauernd behalten könnten, denn nicht nur die deutsche Seemacht sondern auch die deutsche Industrie und der deutsche Seehandel würden von da aus einen noch viel gefährlicheren Aufschwung nehmen können als bisher, und die Sicherheit Deutschlands vor neuen Angriffen wäre ungleich grösser.

» Es braucht uns daher nicht zu wundern, wenn schon seit längerer Zeit englische Friedenstauben in verschiedener Gestalt über den Kanal geflogen kommen. Sie tragen alle ein Oelblatt im Schnabel, und auf dem Blatt steht geschrieben : Friede, wenn ihr Belgien räumt! Natürlich fehlt es auch nicht an allerlei Winken, was sonst noch für uns abfallen könnte, wenn wir auf diese Bedingung eingehen. Vor allen Dingen stellt man, hier ausdrücklich, dort stillschweigend, die Rückgabe unserer durch englische und französische Kräfte besetzten Kolonialgebiete und ausserdem eine Vervollständigung unseres afrikanischen Besitzes durch belgisches, portugiesisches und sonstiges Kolonialland Aussicht. Wir wollen dabei die grundsätzliche Frage, ob ein solcher Tausch für uns annehmbar ist, aus den bekannten äusseren Gründen nicht erörtern, sondern uns darauf beschränken, dass wir sagen : Was an belgischen, portugiesischen und selbst französischen Besitzungen

im Aequatorial-Afrika zur Debatte steht, kann auf keinen Fall als genügende Kompensation in Betracht kommen, selbst wenn wir uns durch irgend eine unvorhergesehene Entwicklung der Verhältnisse bewogen fühlen sollten, den englischen Vorschlag überhaupt anzusehen... » (Seite 604-605.)

Weiterfechten, von *Dr. Paul Rohrbach.* Nummer 19 vom 8. Mai 1915.

2.

« Heute liegt für jedermann, der klar zu sehen und zu urteilen imstande ist, vor Augen, wo und auf welche Weise die Grundlagen unseres nationalen Daseins erweitert werden können. Damit soll der Frage, wie viele Stellen es gibt, sei es diesseits oder jenseits des Meeres, wo an deutsches Wachstum zu denken ist, nicht vorgegriffen werden, aber *das Wachstum des deutschen Landes entlang der Ostseeküste und in ihren unmittelbarem Hinterlande, ist darum wichtiger als alles andere,* weil hier allein der unmittelbare räumliche Zusammenhang mit Deutschland gewahrt und gleichzeitig die *Sicherung gegen Russland* gewonnen werden kann.

» Ich habe hier früher ausgeführt, dass die letzte und sicherste Entscheidung über das Freiwerden Europas von der russischen Gefahr erst wieder mit der Herstellung der alten geschichtlichen Scheidelinie zwischen Moskowien und der Ukraine fallen wird. Davon abgesehen ist die *Wiederherstellung Polens die nächste Notwendigkeit,* wobei ausser Spiel bleiben kann, was mit Polen im besonderen geschieht. Für Deutschland kommt es jedenfalls nicht als Erweiterung in Betracht, denn mit jeder Hinzunahme polnischer Gebiete von Bedeutung würden wir unwiderbringlich aufhören, ein Nationalstaat zu sein. Ganz anders dagegen steht es mit den drei russischen Ostseeprovinzen und mit Litauen... (Seite 908-909.)

» Wo aber fragen wir, sind die deutschen Kolonisten zu finden, die das Ostseegebiet und Litauen besiedeln sollen ? Zunächst und vor allem in Russland selbst. Die zerstreuten deutschen Bauernsiedlungen in Russland, von Polen bis zur Wolga und von Wolhynien bis zum Kaukasus, zählen gegen zwei Millionen Seelen... (Seite 911.)

» Bringen wir diese zwei Millionen Deutsche in das baltisch-litauische Gebiet und siedeln sie dort an, rufen wir auch aus der übrigen Welt die verlorenen Kinder der deutschen Erde zurück, die noch zurückkommen wollen und können, die sich noch in der ersten und zweiten Generation an das Mutterland erinnern, rufen wir ihnen zu : da ist Land, das durch euch zu wahrem deutschem Lande, zu neuem deutschem Mutterboden werden soll—sie werden kommen, zu Hundert-

tausenden kommen. Vor allen Dingen aber müssen die deutschen Bauern aus Inner-Russland bis auf den letzten Mann herausgeholt werden.

» Das ist der Ausblick, der sich bei deutscher Erwerbung jener Lande eröffnet. Festes deutsches Land, so gross wie Süddeutschland mit Elsass-Lothringen, dazu die Zurückgewinnung des ganzen Gebiets für Zentral-Europa, bis zu der gewaltigen strategischen Grenze des Peipussees, und damit eine Verschiebung des Machtverhältnisses, die für alle Zukunft Deutschland und seine Verbündeten vor einer Ueberflutung durch die russischen Millionen sichert : dazu einen Zuwachs von deutschkultivierter und deutscher Bevölkerung von vielen Millionen, eine Angliederung starker deutsch-nationaler Bauernelemente, einer agrarischen Bevölkerung, wie sie nicht besser gedacht werden kann, ohne dass das innerdeutsche Volkstum im Reiche durch eine Abwanderung nach Osten geschwächt wird, für die im Reiche auch gar kein Bedürfnis vorzuliegen scheint. Dies alles unter deutscher Zucht und deutscher Kultur, gibt ein grossartiges Rekrutierungsgebiet zur Stärkung unserer Wehrmacht, eine Entwicklungsmöglichkeit der Getreideproduktion und der Viehzucht, die Deutschlands Versorgung auf immer sichert, und einen Zuwachs an nationaler Gesinnung der der Opfer wert ist, die gebracht sind. Dazu die herrlichen Staatswaldungen mit ihren gewaltigen Beständen und die gesamte Küste, die wieder wie zur Zeit der Hansa und des Ordens den russischen Handel bis zum Ural und darüber hinaus in deutsche Schiffe bringt und für immer die Existenz der russischen Flotte im Rücken der deutschen ausschaltet; Wahrlich : *Alt-Livland und Litauen bilden zusammen die Stelle, wo das Deutschtum in unmittelbarem territorialem Zusammenhang mit seinem Heimatboden noch um ein entscheidendes Stück wachsen kann...* » (Seite 912.)

Am Scheideweg der deutschen Zukunft, von *Dr. Paul Rohrbach*, Nummer 28 vom 10. Juli 1915.

3.

« Dieselben Leute, die... behaupteten, ein Krieg zwischen den Weltmächten könne heutzutage unmöglich länger als einige Monate dauern, sagen jetzt mit derselben Sicherheit : Natürlich ist es unmöglich, durch einen Krieg die Macht Englands zu Boden zu werfen. Das ist ganz und gar nicht unmöglich, sondern sehr wohl möglich, und zwar von Aegypten aus. *Englands Verhängniss war der Bau des Suezkanals.* Die englische Politik ahnte, als sie sich anfangs dem Kanalbau widersetzte, weshalb sie es tat. Nachdem der Kanal einmal da war, musste England

ihn beherrschen. Tut es das nicht, so ist ihm sein ganzes, rund um den Indischen Ozean und noch weiter jenseits seiner östlichen Pforten aufgebautes Herrschafts- und Interessengebiet nicht sicher. Auf dem Wege ums Kap der Guten Hoffnung allein lässt sich nichts davon abhalten, wenn Aegypten in feindlicher Hand ist. Wenn die englische Streitmacht in Aegypten all die Australier, Kanadier, Inder und die wirklichen englischen Regimenter, vor den Türken kapitulieren oder in Alexandrien auf die Schiffe steigen müssen, dann dröhnt ein Schlag von Gibraltar bis Singapore, unter dem das ganze Weltherrschaftsgewölbe dem herausgebrochenen Schlussstein in die Tiefe nachstürzt — und was sich davon nachher wieder aufbauen lässt, darüber wird England nicht mehr allein zu befinden haben.

» *Der Tag, an dem England sein Schicksal in Aegypten und in der Welt vor Augen sieht*, wenn es nicht rechtzeitig um Frieden bittet und den verlangten Preis zu zahlen bereit ist, der *wird auch der Geburtstag des neuen überseeischen Deutschland sein.* An ihm werden wir unseren Tapferen in Südwest- und in Ostafrika, in Kamerun, in Togo, in Tsingtau und in der Südsee den Dank für ihre Pflichterfüllung in starken Zügen, nicht auf Papier, Erz oder Stein, sondern auf die Weltkarte schreiben und unsere Grenzsteine jenseits des Meeres setzen, wo wir ihrer bedürfen.... » (Seite 1198-1199.)

Unser Kolonialbesitz, von *Dr. Paul Rohrbach.* Nummer 37 vom 11. September 1915.

Ernst Jäckh.

« Wenn ein englischer Staatsmann vor die Frage gestellt werden könnte, was er leichter entbehren würde : das verbündete Calais oder das beherrschte Suez ? — und was er leichter ertragen würde : ein antienglisches Calais oder ein nichtenglisches Suez, eine Gefährdung des englischen Kanals oder die Sperrung des ägyptischen Kanals ? — Er würde ohne Zögern und Zweifel auf Calais verzichten und auf Suez bestehen. (Noch lieber würde England natürlich beides behalten wollen wie wir auch unsererseits England am liebsten an beiden Punkten treffen wollen.)

» Calais liegt am äusseren Umkreis, Suez ist der innere Mittelpunkt der englischen Weltherrschaft. Von Calais aus kann England belästigt, angeschossen werden, in Suez kann es geschlagen, getötet werden. Calais berührt das übrige England ausser der Südküste nicht, geschweige denn das grossbritische Weltreich draussen ; es bedroht einen der vielen Wege nach und von England. Suez schliesst die einzige nächste

Verbindung des europäischen England mit seinem afrikanischen, asiatischen und australischen Weltreich ; es trifft den wirklichen Lebensnerv. Calais ist ein Faustschlag, der betäubt, aber auch ein Schlagwort ; Suez ist ein Herzstich, der tötet und darum ein Ziel — aufs innigste zu wünschen... (Seite 841.)

» *Der Weltkrieg geht jetzt um die Sicherung der Gebiete zwischen Dardanellen und Suez* : für die Durchorganisierung einer reichen und starken Türkei durch die deutsche Arbeit, und für die Sicherung des wachsenden Deutschlands gegenüber der englischen Feindschaft : durch die Möglichkeit einer dauernden Bedrohung des englischen Weltmittelpunktes vor oder in Suez.

» *Calais ist viel, Suez ist mehr...* » (Seite 846.)

Calais oder Suez, von *Ernst Jäckh,* Nummer 26 vom 26. Juni 1915.

Friedrich Meinecke.

« Die Frage ob und in welchem Umfange wir Belgien behaupten sollen, wird ganz wesentlich davon abhängen, ob wir in Zukunft uns mehr gegen England oder gegen Russland sichern müssen. Wenn es überhaupt zu einem Dauer versprechenden Frieden kommt, wird das die grosse Hauptfrage sein, die wir uns zu stellen haben. Im jetzigen Augenblicke freilich können wir sie schlechterdings noch nicht beantworten. Es ist sogar nützlich für uns, dass wir sie jetzt noch nicht beantworten, vielmehr die Hände uns freihalten für die eine wie für die andere Kombination. Was an uns ist, müssen wir tun, um den alten, jetzt doch nur verdeckten, aber nicht erloschenen Gegensatz zwischen England und Russland wieder lebendig zu machen... (Seite 1011.)

» Es ist ganz klar, dass, — immer vorausgesetzt, dass die jetzige russisch-englische Kombination sich lösen würde, — nach dem Kriege entweder eine deutsch-russische oder eine deutsch-englische Verständigung über das Schicksal des nahen und mittleren Orients erfolgen muss. Und naturgemäss würden auch schon die Friedensverhandlungen unter diesem Gesichtspunkte geführt werden. Es gilt dort zu bohren, wo das Brett am dünnsten ist.

» Wir wiederholen es und glauben es nicht genug einprägen zu können, dass erst nach Klärung und Beantwortung dieser Fragen die Art und der Umfang unserer kontinentalen Sicherungen und *Machtverstärkungen* endgültig festgestellt werden kann. *Dass wir sie nötig haben und erstreben müssen im Osten wie im Westen, hat der bisherige Verlauf des Krieges uns gelehrt.* Sein Ende erst wird uns lehren, auf welcher Seite wir diese *Bollwerke* am stärksten auszubauen haben. Alle

Politik ist ein fortwährendes Wählen zwischen zwei Uebeln und ein Opfern des kleineren Gewinns, um den grösseren zu behaupten. Unser Bedürfnis im Westen ist, *Belgien unschädlich zu machen* und unsere Nordseebasis zu verstärken. Unser Bedürfnis im Osten ist, Russland zurückzudrängen und neues Siedlungsland für deutsche Bauern, voran für die von der russischen Regierung jetzt von ihrer Scholle getriebenen Deutschen Südrusslands zu schaffen. Unsere militärische Lage berechtigt uns zu der Hoffnung dass beide Bedürfnisse durch den Frieden, den wir schliessen werden, befriedigt werden... » (Seite 1013-1014.)

Präliminarien der Kriegsziele, von *Friedrich Meinecke*, Nummer 31 vom 31. Juli 1915.

Dr. Carl Anton Schäfer.

« Wie nie zuvor gilt Bismarcks Wort : « England hat Aegypten so nötig wie das liebe Brot, wegen des Suezkanals, der nächsten Verbindungslinie zwischen der östlichen und westlichen Hälfte des Reiches : der ist wie der Nerv im Genick, der das Rückgrat mit dem Gehirn verbindet. » Wie dann diese neue Aegyptenpolitik zu handhaben sein wird, ob wiederum nur als Faustpfand-Politik zur Herauspressung englischer Konzessionen, sei vorläufig dahingestellt. Nur auf eines sei hier schon hingewiesen : in den letzten Wochen vertrat die *Morning Post* die Ansicht, Deutschland habe zwar territoriale Pfänder in Händen, die Verbündeten aber ein viel grösseres und viel wertvolleres Pfand, nämlich den Ozean. Deutschland dürfe diesen nur unter ausdrücklicher Zustimmung der gegenwärtigen Inhaber für seine Handelsschiffahrt im Frieden benutzen. Ich kenne ein für England noch viel wertvolleres Pfand : *den Suezkanal.* Haben wir den Suezkanal in Händen, dann können wir in Erwiderung auf die *Morning Post* sagen : « England, dir verbieten wir, auch in Friedenszeiten den Suezkanal mit deinen Handelschiffen zu durchfahren ! » Dann mag es mit seinen 3335 Schiffen, die 1912 den Suez Kanal durchfuhren, um das Kap der Guten Hoffnung fahren, dann mag es sich ausrechnen, wieviel Millionen es jährlich dadurch Mehrausgaben hat, ganz zu schweigen von der Gefahr der politischen Lockerung Indiens, dann mag es überlegen, welche Konzessionen es uns dafür geben will. Denn so viele, namentlich die Vereinigten Staaten, gegen den Plan der *Morning Post* aus handelspolitischen Gründen Widerspruch erheben würden, so wenige könnten gegen diesen Plan protestieren, nämlich lediglich der allein betroffene Grossaktionär des Suezkanals, England selbst. Nun und nimmer mehr dürfen wir uns daher durch frühzeitige diplomatische Tücken Englands

die ägyptische Peitsche aus der Hand winden lassen ; das « ceterum censeo » dieses Krieges muss vielmehr bleiben : *der Suezkanal muss erobert werden* ! » (Seite 1506-1507.)

Bismarcks Aegypten- und Indienpolitik, von *Dr. rer. pol. Carl Anton Schaefer,* Nummer 45 vom 6. November 1915.

Freiher von Mackay.

« So ist es Deutschlands Beruf und Aufgabe, Albions exzentrischer Reichsschöpfung den straffen Zentralismus, den kernigen grossräumigen Festlandsstaat entgegenzusetzen, für den das Baugesetz gilt, dass der Zuwachs an überseeischer Machtgeltung stets verhältnisgleich der inneren und äusseren Kräftigung und Ausweitung des Stammlandes bleiben muss, dem der Welthandel nur ein Hilfsorgan, nicht Lebensgrundlage und Daseinszweck ist, der sich vielmehr stets ein solches Mass wirtschaftlicher Selbstständigkeit zu erhalten gewillt ist, um im Notfall ohne jede Zufuhr von aussen bestehen zu können. Und in solchem Sinn und Vorwärtsstreben soll und muss Deutschland als das europäische Reich der Mitte die Anordnungskraft werden, die vermöge ihrer politischen wie wirtschaftlichen wie moralischen Ueberlegenheit und Selbstsicherheit eine wirkliche Ruhelage als *Präsident der Alten Welt*, wie es einst ein Carlyle ersehnt und vorgeahnt hat, hergestellt und gewährleistet... » (Seite 1590.)

Landfestigkeit bricht Wogengewalt, von *Dr. Frh. von Makay.* Nummer 48, vom 27. November 1915.

Graf E. Reventlow.

« Die Freiheit der Meere bedeutet, wie ich hier vor einiger Zeit ausführen durfte, die ungehinderte Möglichkeit für die Schiffahrt einer Macht, die Meere örtlich und zeitlich nach Belieben zu befahren. Ich habe damals nachzuweisen versucht, dass eine solche ungehinderte Möglichkeit nur auf der Grundlage eigener Macht geschaffen werden und bestehen könne. Die Vertreter der Mitteleuropalehre sagen, Deutschland werde diese Macht nicht unmittelbar an und in der Nordsee, wohl aber mittelbar am Suezkanale besitzen. Die Richtigkeit dieser Behauptung muss bestritten werden. Wir wissen nämlich nicht, ob selbst unter Voraussetzung aller nötigen Vorerfolge jene Möglichkeit gesichert fortbestehen wird : Grossbritannien am Suezkanal den Daumen auf das Auge zu drücken. Auch Dr. Paul Rohrbach zählt

unter seinen Voraussetzungen nicht nur die militärisch-wirtschaftliche Kräftigung der Türkei, sondern auch die Fortdauer des gegenwärtigen Bündnisses zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und den Türken auf. Er lässt aber in seinen spätern Schlussfolgerungen diese hypothetische Voraussetzung stillschweigend zur Tatsache werden, denn er baut auf ihr das praktisch-politische Programm der Vertreter der Mitteleuropalehre auf, dessen Kernpunkt wird Verständigung mit Grossbritannien.

« Gewiss, wohl alle Deutschen hoffen auf die wirtschaftliche und militärische Kräftigung der Türkei und glauben an die Fortdauer des deutsch-österreichisch-ungarisch-bulgarisch-türkischen Bündnisses. — Wie sich das aber alles entwickeln, wie lange es dauern wird, das weiss niemand. Nicht das deutsche, sondern das türkische Gebiet grenzt an den Suezkanal und Aegypten, welches nach Ansicht der Mitteleuropalehrer gar nicht einmal türkisches Gebiet wieder werden soll. Die Kriegsziele des Deutschen Reiches müssen, wie der Reichskanzler wiederholt richtig gesagt hat, in Sicherheiten und realen Garantien bestehen, auch natürlich für die Freiheit der Meere. Kann und darf ein deutscher Staatsmann, ja darf das deutsche Volk, wenn es verantworten will, selbst an seiner Zukunft mitzuarbeiten, immerhin recht komplizierte Bündniskombinationen und deren Entwicklung als eine reale Garantie für etwas ansehen, was für Deutschland eine Lebensfrage bedeutet, nämlich die Freiheit der Meere ? Die Frage beantwortet sich ohne weiteres mit nein. Verfügen wir im nächsten Krieg über ein mächtiges Bündnisssystem, und genügt das vorhandene, um in Friedenszeiten englische Uebergriffe und Beeinträchtigungen im Keime zu ersticken : um so besser ! — aber rechnen damit als mit der Grundlage für die Sicherung der Freiheit der Meere für Deutschland, das darf man nicht... (Seite 164-165.)

» Die Freiheit der Meere aber ist und bleibt eine Lebensfrage. So bleibt es auch, *wenn das Gebiet des deutschen Bodens eine Ausdehnung erfährt*, und wenn diese Ausdehnung nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der Industrie durch Vermehrung ihrer einheimischen Quellen an Erzen und an Kohle zu Hilfe kommt. Ich halte es für eine Utopie, wenn die Vertreter der Mitteleuropalehre andeuten : gewaltige Eisenbahnlinien nach Asien und nach Afrika könnten die von der Nordsee ausgehende Ozeanschiffahrt ersetzen. Auf der andern Seite sei gern und ganz zugegeben, dass freie Sicherheit des Weges Berlin-Konstantinopel grosse und fruchtbare Aussichten für eine derartige Eisenbahnpolitik grössten Stiles eröffnen. Wiederum ist nicht möglich jedenfalls in Ansehung der heutigen Waffen des Seekrieges, das deutsche

Seeinteresse sozusagen nach dem Mittelländischen Meere zu verlegen und dort, wie vielleicht noch an anderen Punkten, durch Stützpunkte zu sichern... (Seite 166-167.)

» Die Freiheit der Meere kann, wie wiederholt hier gesagt wurde, nur auf der Grundlage eigener, also deutscher Macht im deutschen Sinne gelöst werden. Diese Grundlage muss mithin auch vom deutschen Boden, von deutschen oder unerschütterlich *deutschem Einflusse unterstehenden Küsten* aus sich befinden. Sie darf nicht von Bündniskonstellationen, von Stimmungen, Einflüssen usw. abhängig sein... » (Seite 169.)

Land und See, von *Graf E. Reventlow*. Nummer 6 vom 5. Februar 1916.

J. P. Buss.

« Auf dem Höhepunkt einer glänzenden staatlichen Laufbahn hat Bismarck der Welt den Beweis erbracht, « dass es unser Interesse war, den Frieden zu erhalten, während unsere Nachbarn ohne Ausnahme Wünsche hatten, geheime oder amtlich bekannte, die nur durch den Krieg zu erfüllen sind. » Dementsprechend — so lautet sein politisches Testament — müssen wir unsere Politik einrichten, das heisst den Krieg nach Möglichkeit hindern oder einschränken, uns in dem europäischen Kartenspiele die Hinterhand wahren und uns durch keine Ungeduld, keine Gefälligkeit auf Kosten des Landes, keine Eitelkeit oder befreundete Provokation vor der Zeit aus dem abwartenden Stadium in das handelnde drängen zu lassen.

» Wir sind aus dem Zeitalter des Bismarkischen Genius herausgewachsen in ein neues, anders geartetes. Neue Konstellationen der Mächte, neue Bedrohungen und Herausforderungen, neue wirtschaftspolitische Bedürfnisse haben insonderheit eine Orientpolitik bedingt, von der Bismarck fürchtete, dass wir durch eine solche von England « als Hetzhund gegen russische Bosporusgelüste » ausgebeutet würden : wir sollten die Lösung dieses von Russland geschürzten Knotens stillschweigend abwarten.

» Seitdem aber ist die Macht des panslawistischen Russland entstanden, mit ausgesprochen antiösterreichischer Tendenz. Der latente Gegensatz ist mit jedem Tage offener zum Vorschein gekommen... (Seite 440-441.)

» Vor allem aber : England, von dem wir uns nicht ausbeuten lassen sollten, ist selbst unser gefährlichster Feind geworden. Und von einer kontinentalen Saturiertheit der Mittelmächte kann heute nicht mehr die Rede sein.

» Wir befinden uns heute mitten in jenem handelnden Stadium. Bismark schreibt : « Ich habe mir in den drei Kriegen, die ich führte, jedesmal vorher klargemacht. ob der Krieg, wenn er siegreich wäre, einen realen Kampfpreis bringen würde, wert der Opfer. » Und gleicher Art müssen wir Heutige empfinden, denn unser Krieg fordert Opfer, die ungleich schwerwiegender sind als die des vorigen Jahrhunderts.

» So ist es heute an uns, — im Geiste Bismarcks — die Welt zu überzeugen, dass *eine deutsche Hegemonie in Europa nützlicher und unparteiischer*, auch unschädlicher für die Freiheit anderer wirkt als eine französische, russische oder englische... » (Seite 441.)

Bismarck und die deutsche Politik, von *F. P. Buss* (Heidelberg), Nummer 14 vom 1. April 1916.

Dr. Wilhelm Blankenburg.

« Der Geist von 1813, der uns von der Fremdherrschaft befreite, der von 1870, der uns den nationalen Staat brachte, stand uns als Schutzengel zur Seite bei dem uns aufgedrungenen Riesenkampf um unsern staatlichen und völkischen Bestand, er wird auch Pate stehen bei dem, was wir über dies ursprüngliche Verteidigungsziel hinaus als gerechten Kampfeslohn, als Siegesfrucht aus der Taufe zu heben hoffen : beim « Grösseren Deutschland » der kommenden Friedenszeit. Keiner unter uns, der dieses nationale Hochziel in seinen Umrissen jetzt schon klar erschaute. Seine Gestaltung wird bis zum letzten Kampftage von der Entwicklung unserer militärischen Erfolge abhängen. Aus dieser während der Weltfriedensverhandlungen am grünen Tisch *das Maximum des Erreichbaren herauszuholen*, wird das Meisterstück unserer Diplomatie sein müssen, das sie hoffentlich besser besteht, als ihre Vorgängerin vor einhundertein Jahren auf dem Wiener Kongress. Einiges aber schält sich schon jetzt heraus aus dem Wirrwarr der durch und widereinanderstrebenden Meinungen und Wünsche : als dauerhaftere Friedensgarantien denn bisher müssen dienen : *eine erweiterte europäische Basis des Deutschtums, Siedlungsland, Rohstoffgebiete* und (sofern man es des Phrasenhaften entkleidet) « Freiheit der Meere ». Die beiden Punkte sind die wichtigsten, sie allein würden den vom Kanzler gebrauchten Ausdruck « Grösseres Deutschland » rechtfertigen... (Seite 466-467.)

Von den Kräften aus den Tiefen. Der weltgeschichtliche Hintergrund der deutschen Jugendprobleme. Von *Dr. Wilhelm Blankenburg.* Mitglied des Hauses der preussischen Abgeordneten. Nummer 15 vom 8. April 1916.

Dr. H. Handke.

Was er. der Kanzler, gesagt hat in seiner denkwürdigen Rede vom 5. April ist vielleicht in manchen Punkten hinter dem zurückgeblieben, was viele in früheren Zeiten, als wir noch nicht so gesichert dastanden, gehofft und geträumt hatten, und tatsächlich ist ja mancher Redner im Reichstage nicht unerheblich über das hinausgegangen, was der Kanzler auszusprechen für zeitgemäss hielt. Aber letzten Endes hat sich doch die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes zu seinen Zielen bekannt, mit Ausnahme jenes kleinen parlamentarischen Bodensatzes, der auch jetzt, in dieser Schicksalsstunde des deutschen Volkes, das Vaterland noch nicht über den Parteigötzen stellen konnte. *Die Front von Heydebrand bis Scheidemann*, von der man in früheren Zeiten zweifelnd und spottend gesprochen hatte, ist Wirklichkeit geworden.

» Und doch war das, was der Kanzler gesagt hat, weit entfernt von einer Offenbarung, so bedeutungsvoll und neu es im einzelnen war, sondern im Gegenteil von einer nüchternen Selbstverständlichkeit und besagte im allgemeinen nur das, was kühle Köpfe schon früher gesagt hatten, was sich aber, eben weil es so einfach war, nicht hatte durchringen können, nämlich dass wir nur über das verfügen können, was wir besitzen und dass unsere Friedensziele ein Ende haben in dem Umfange unserer Erfolge. Anderseits aber auch, dass wir das, *was wir erreicht haben, voll und ganz für uns in Anspruch nehmen* und zu gestalten und zu benutzen gedenken für unser oberstes allgemeines Kriegsziel, die Sicherung unserer Zukunft... » (Seite 530-531.)

Friedensziele, von *Dr. H. Handke*. Nummer 16 vom 22. April 1916.

« DEUTSCHE POLITIK »

WOCHENSCHRIFT FÜR WELT- UND KULTUR-POLITIK.

Jäckh-Rohrbach-Stein.

« Jedes Kulturideal im Sinne des deutschen Weltgedankens bleibt verschwommen und kraftlos, falls man nicht entschlossen ist, es entschieden auf *die Grundlagen eines räumlich und inhaltlich, diesseits und jenseits des Meeres erweiterten und gefestigten deutschen Machtbereiches* zu stellen !

» Dadurch, und nur dadurch, wird mit der Freiheit Deutschlands auch die Freiheit der übrigen Welt von der Land- und Seetyrannei unserer Feinde gesichert sein.

» Mit dem Gelöbnis, nach allen unseren Kräften und nach unserem besten Wissen die « Deutsche Politik » nach diesen Zielen hin leiten und beraten zu wollen, treten wir — nunmehr zu dreien — vor unsere Leser und bitten sie um dasselbe Vertrauen wie bisher im « Grösseren Deutschland... » (Seite 2.)

Deutsche Politik, Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik. Herausgeber Ernst Jäckh, Paul Rohrbach, Philipp Stein. I. Jahrgang, 1. Januar 1916, Nummer 1. Gustav Kiepenheuer, Verlag, Weimar.

J. Hashagen.

« Der englische Druck auf Deutschland ist schwer und hart und grausam. Aber er stellt keine unmittelbare Gefahr dar. Den russischen Druck aber, wenn er je an *unsere elende Ostgrenze* zurückkehren sollte, spüren wir bis ins innerste Mark hinein. Er bedroht uns weit mehr, als die Knechtung der Meere durch England. Die Freiheit der Meere ist gewiss ein kostbares Gut. Aber kostbarer ist die Freiheit unseres Landes von den räuberischen und mörderischen Russen. Deshalb ist Hindenburg der deutsche Nationalheld und wird es bleiben, weil er die schwerste Gefahr von uns abgewandt hat. Nicht nur über russische Heere von Fleisch und Blut hat er seine weltgeschichtlichen Siege erfochten, sondern auch gegen die russischen Gedanken über Ausdehnung, Eroberung, Unterdrückung, Weltmacht, Weltherrschaft, die

tiefer wurzeln und sich höbere Ziele stecken, als sich unsere Schulweisheit träumen lässt.

» Wer über die weltpolitische Bedeutung des deutsch-russischen Krieges und über den russischen Eroberungswillen noch nie nachgedacht hat, und wer sich dann bei den Friedensverhandlungen mit Russland mit seiner Versöhnlichkeit und seiner Bescheidenheit brüsten und mit dem *Status quo*, den *alten elenden Grenzen* begnügen würde, der handelt frevelhaft an der Zukunft des deutschen Volkes, dessen Verhängnis es bisher gewesen ist, dass es im Osten nicht an einen gesättigten Nationalstaat, sondern an einen heisshungerigen imperialistischen Erobererstaat grenzt oder vielmehr, das hoffen wir, gegrenzt hat. Allen Deutschen aber, denen das Wort Annexion noch mehr Schrecken einjagt, als das Wort Russland, antwortete man mit der kürzlich von einem Balten mannhaft formulierten Gegenfrage : Wer wagt es, von Eroberungen zu reden, wenn man dem anfallenden Räuber die Waffen aus der Hand windet und als Siegesbeute heimführt ?... » (Seite 544-545.)

Ueber die weltpolitische Bedeutung des deutsch-russischen Krieges, von *J. Hashagen*, Bonn. *Deutsche Politik*, Nummer 12 vom 17. März 1916.

« WELTWIRTSCHAFT »

ORGAN DER DEUTSCHEN WELTWIRTSCHAFTLICHEN GESELLSCHAFT.

Regierungsrat R. Quaatz.

« Der deutsche Ueberseeverkehr über *Antwerpen* machte 4/5 des Transitverkehrs mit Deutschland und auch etwa 4/5 des Antwerpener Ueberseeverkehrs aus. Ist es zuviel gesagt, dass Antwerpen schon vor dem Kriege nicht nur der Hafen Belgiens, sondern auch Westdeutschlands war, und dass da nun *die deutsche Flagge* von seiner Kathedrale flattert, eine neue Epoche nicht nur für Belgien, nicht nur für Deutschland, sondern für den Weltverkehr angebrochen ist ? »

Aus einem Artikel : « Belgiens Stellung in der Weltwirtschaft », von *Regierungsrat R. Quaatz-Cöln* in der *Weltwirtschaft* (V. Jahrgang, Oktober 1915, Nr. 7, S. 129.) *Zeitschrift für Weltwirtschaft und Weltverkehr.* Herausgegeben von der Deutschen weltwirtschaftlichen Gesellschaft. Carl Heymanns Verlag, Berlin W. 8.

Professor Dr. Karl Dove.

« Es (*Afrika*) ist ein werdender Weltteil. Seine Zukunft ist reich und aussichtsvoll, sie ist das vielleicht in höherem Grade als diejenige manches schon heute für wertvoll geltenden Teile anderer Kontinente. Ein Volk, das eine so hervorragende in Handel und Industrie sich durch eigene Tüchtigkeit errungen hat, wie das deutsche, kann unm glich in der bisherigen Weise beiseite stehen, wenn andere ihrer Art nach viel weniger arbeitsame Völker versuchen, sich bei der bevorstehenden Neuteilung Afrikas einen Löwenanteil zu sichern. *Wır wollen endlich das uns Zukommende erhalten*, weil wir es brauchen, weil wir es für uns und unsere Kinder zum Leben nicht entbehren können. Und so werden wir es auch bekommen, dank der Tapferkeit unserer Heere und der Gerechtigkeit unserer Ansprüche. »

Aus einem Artikel : Die grossen Wirtschaftsgebiete Afrikas, von *Prof. Dr. Karl Dove*-Freiburg i. B., in der *Weltwirtschaft* (V. Jahrgang, November 1915, Nr. 8, S. 162).

Dr. Paul Leutwein.

« Erst wenn wir uns vor Augen halten, dass fast $^3/_{10}$ der Gesamteinfuhr Kolonialprodukte sind und wir allein an der Baumwolle jährlich 200 Millionen an Preistreibereien verlieren, vermögen wir zu ermessen, wie sehr Deutschlands wirtschaftliches Wiedererstarken vom *Erwerb eines ausreichenden Kolonialreichs* beim Friedensschluss abhängen wird. Die Argumentation darf nicht lauten : Unser Kolonialreich liefert uns nicht genügend, also verzichten wir auf Kolonialpolitik, sondern : Ein grosser Teil unserer Einfuhr besteht aus unentbehrlichen Kolonialprodukten darum brauchen wir ein Kolonialreich, das in Krieg und Frieden uns diese zu liefern imstande ist... Der Weltkrieg bringt uns in kolonialwirtschaftlicher Beziehung eine doppelte Lehre. Einmal müssen wir mit *einem weit grösseren Kolonialreich* aus dem Kriege hervorgehen, als wir vorher besassen, und dann muss es durch *gesicherte Landwege* derartig mit dem Mutterland in Verbindung stehen, dass kein Krieg in Zukunft die wirtschaftliche Verbindung unterbricht. Die Verstärkung der Seemacht insbesondere in den kolonialen Gewässern, sowie die Schaffung starker Kriegshäfen daselbst bleibt natürlich ein unerlässliches Erfordernis. »

Aus einem Artikel : « Kolonialwirtschaft und Weltwirtschaft », von *Dr. Paul Leutwein* in der *Weltwirtschaft* (VI. Jahrgang, April-Mai 1916, Nr. 1-2, S. 8.)

« INTERNATIONALE MONATSSCHRIFT FÜR WISSENSCHAFT, KUNST UND TECHNIK »

Professor Dr. Rachfahl.

« Elsass und ein Teil von Lothringen sind von dem verjüngten Deutschland wieder an sich gezogen worden...

Wird Arndts ganze Forderung erfüllt werden ? *Werden Schelde und Ardennen Deutschlands Grenzhut werden ? Werden Luxemburg und Flandern denselben Weg wandern müssen wie dereinst Elsass-Lothringen* ? Wir wollen nicht vergessen, dass die Niederlande, deren südlicher Teil Belgien ist, alter deutscher Reichsboden und zum grossen Teil auch alter deutscher Volksbesitz sind... Das heutige Holland war von jeher germanisch. Das heutige Belgien... ist germanischer Boden bis zu einer Linie, die von der Maas in der Mitte zwischen Lüttich und Maestricht, in ziemlich gerader Richtung bis etwa zu Dünkirchen läuft ; sie schliesst von den berühmten Städten der Folgezeit, Maestricht, Löwen, Mecheln, Antwerpen, Brüssel, Gent, Brügge, Koortrigk, Ostende, Ypern ein... »

Aus einem Artikel über *Belgien*, von Prof. Dr. *F. Rachfahl* im Märzheft 1916 der *Internationalen Monatschrift für Wissenschaft, Kunst und der Technik*, abgedruckt in der konservativen « Preussischen Kreuzzeitung » vom 17. März 1915.

« DIE ZUKUNFT »

Maximilian Harden.

1.

« Deutschland hat *das Recht seine Herrschaftsfläche nach dem Bedürfniss zu dehnen*, und die Macht dieses Recht gegen jeden Widerspruch zu ertrutzen. »

(*Maximilian Harden* in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift: *Die Zukunft* vom 22. August 1914. Seite 251.)

2.

« England ist gelben Stinkaffen verbündet und freut sich der Kunde, dass deutsche Männer gemeuchelt, deutsche Frauen von trunkenen Kosaken geschändet werden. Engländer, Belgier, Franzosen, Nord- und Südslawen, Japaner preisen einander als Träger und Hüter der feinsten Menschheitskultur und schimpfen uns Barbaren. Wir wären Laffen, wenn wir widersprächen. Barbaren hiessen dem totkranken Rom die Germanen, die ihm das Grab schaufelten. Eure Kultur, Gevattern, duftet nicht lieblich. Gewöhnt Euch rasch in die Erkenntniss, dass auf deutscher Erde Barbaren und Krieger leben. Die haben zu Tratsch und small take jetzt nicht Zeit. Müssen Eure Heere schlagen, Eure Generalstäbe abfangen, Eure Polypenarme ins Weltmeer streuen. *Wenn ihrer Barbarenmacht Tanger und Toulon, Antwerpen und Calais untertan ist*, werden sie gern manchmal nett mit Euch plaudern. »

(*Maximilian Harden* in der *Zukunft* vom 29. August 1914. Seite 291.)

3.

« Auch die Hoffnung England nicht nur in seinen schwimmenden Burgen zu packen, sondern *uns breit, an zwei Meeren, an Frankreichs, Belgiens und Marokkos Küsten, vor sein neidig verzerrtes Antlitz zu lagern*, hat Krupp uns beschert. Dass sie nicht ins Gewimmel friedlicher Völker taugen, ist der Deutschen edelste Wesenszier. Ihre Mannheit verwaibt nicht in langem Frieden. *Immer war Krieg ihr grösstes Geschäft.*

Keiner trieb es ringsum, wie sie... *Deutschland will wachsen*, die Leistung seiner Menschen und seiner Staaten in Hoheitsrechten ausprägen, denen kein Haupt ehrfürchtigen Gruss weigern darf. Deutschland schlägt. Wer hats ihm erlaubt ? *In seiner Macht ist sein Recht.* Darum führt es einen guten Krieg... Unsere Soldaten sind Helden und bleiben Menschen. *Das Vaterland wird grösser.* Alle lernen es achten. Und den Engländern gehts auch noch schlimm. Selbst wenn ihre Flotte versteckt bleibt. Von Calais ist nach Dover nicht weit. Du zweifelst, ob wir sie fassen können? Mit solchem Heer ist alles zu machen. Und bevor sie nicht ihre Strafe haben, wird eben nicht Friede. »

(*Maximilian Harden* in der *Zukunft* vom 5. September 1914. Seite 318, 319 und 321. Das letzte Kapitel trägt den Titel: « Der gute Krieg »; der ganze Artikel den Titel : « Calais ».)

4.

« Warum flucht Belgiens kelto-vlamisches Mischvolk uns ? Seinen besten Kunst-und Kulturbesitz dankt es niederdeutschem Volkstum : dem berliner Helfer seinen *Kongostaat und seine Unabhängigkeit. Die hat es in grässlichen Freveln nun verwirkt.* »

(*Maximilian Harden* in der *Zukunft* vom 19. September 1914. Seite 379.)

5.

« Wir führen den Krieg nicht, um Länder zu strafen, auch nicht, um geknechtete Völker zu befreien und uns dann am Bewusstsein uneigennützigen Edelsinns zu rösten. *Wir führen den Krieg vom Fels der Ueberzeugung aus, dass Deutschland nach seinen Leistungen breiteren Erdraum und weitere Wirkensmöglichkeit fordern darf und erlangen muss.* Die Mächte, denen es seinen Aufstieg abtrotzte, leben noch und einzelne haben sich von der Schwächung erholt. Spanien und die Niederlande, Rom und Habsburg, Frankreich und England besassen, beherrschten, besiedelten grosse Strecken des fruchtbarsten Bodens. *Nun schlug die Stunde der deutschen Vormacht.* Der Friedensschluss, der sie nicht sichert, liesse den Aufwand unbelohnt... Ich könnte mir vorstellen, dass Deutschlands Kriegsherr, wenn nach Ostende noch Calais erobert ist, aus Ost und West die Heere und die Geschwader heimweise und geruhig zu den Feinden spräche : « Was Deutschlands Kraft und Wille vermag, spüret Ihr nun, und werdet fürder wohl lange überlegen, ehe Ihr es anzugreifen waget. Von Euch begehrt Deutschland nichts mehr. Nicht einmal den Ersatz seiner Kriegskosten ; von denen

entschädigt der heilsame Schrecken, den es ringsum in den Herbstschlachten schuf. Wollt Ihr von uns etwas : der Fehdeheischung werden wir nie weigern. *Wir bleiben im belgischen Niederland, dem wir den dünnen Küstenstrich bis hinter Calais zufügen... Von Calais bis nach Antwerpen, Flandern, Limburg, Brabant, bis hinter die Maasfestungslinie : preussisch* (deutsche Fürsten feilschen, deutsche Stämme neiden nicht mehr) ; das Süddreieck mit Elsass-Lothringen (und Luxemburg, wenn es will) zu einem selbständigen einem katholischen Fürstengeschlecht anvertrauten Bundesstaat, einem neuen Lotharingien gefügt. Dann wüsste Deutschland wofür es geblutet hat. »

(*Maximilian Harden* in der *Zukunft* vom 17. Oktober 1914. Seite 70, 93 und 96.)

6.

« Wollen wir nur die Sicherheit, « dass keiner mehr wagen wird unsern Frieden zu stören », dann können wir die Mannschaft von sieben Fronten heimrufen. Die Lust uns anzugreifen war nirgends gross und ist überall nun versickert. Doch diese Sicherheit wäre ein kläglich karger Ertrag solchen Krieges... *Anderes ist uns jetzt, Münzbares notwendig.* »

Maximilian Harden in der *Zukunft*, vom 1. Mai 1915.

« SÜDDEUTSCHE MONATSHEFTE »

Professor Dr. Max von Gruber.

« Noch immer gibt es unter uns *Schwärmer, welche predigen*, dass unser Reich durch selbstlosen *Verzicht auf jede Art von Eroberung oder Verstärkung seiner militärischen Macht*, die ihm sein bevorstehender Sieg möglich machen würde, imstande wäre, eine Zeit allgemeiner Abrüstung, Völkerversöhnung und ewigen Friedens herbeizuführen, und dass es daher die Pflicht habe, so zu handeln. Noch immer gibt es Leute, die von internationalen Schiedsgerichten träumen, die schlichten sollen auch dann, wenn es sich nicht um Lappalien, sondern um Lebensfragen handelt ; in einer Zeit, in der jeder Tag uns lehrt, wie unmöglich solche Schiedsprüche wären ; abgesehen von allem anderen schon deshalb, weil es für jedes Volk fast unmöglich ist, sich in die Lage eines anderen zu versetzen, seine Bedürfnisse und Lage zutreffend zu würdigen. Während wir Deutsche vom ersten bis zum letzten die Empfindung eines harmlosen Handelsmanns haben, der von einer Schar von Mördern überfallen ist, gelten wir nicht allein unseren Feinden, sondern auch den sogenannten Neutralen als der ewige Störenfried, als das brutale Tier, das in seinem unbändigen Trieb zur Gewalttat sich anschickte, die Kultur zu zerstampfen und deshalb verdiente, vertilgt zu werden... (Seite 49.)

» Wie immer man sich auch die Zukunft des deutschen Volkes ausmalt, auch derjenige, der in immer grösserer Ausdehnung von Welthandel, Weltfrachtgeschäft und Pflanzungskolonien das Erstrebenswerte sucht, muss sich daher klar machen, dass alle diese schönen Dinge nur zu erreichen und zu behaupten sind, wenn wir *unsere Stellung in Europa zu einer unangreifbaren Festung* gemacht haben und Russland dauernd dazu zwingen können, seinen Ausdehungsdrang auf Asien zu beschränken und an den Ufern des persischen und des chinesischen Meeres den Zugang zum freien Ozean zu suchen. Die Hauptstärke Russlands wird immer seine Volksmasse sein. Das allermindeste, was wir erreichen müssen, ist, dass wir in Zukunft trotz Wachstums des russischen Volkes wenigstens nicht auch im Verhältnis der Heeresmassen zurückbleiben, die wir entgegenstellen können... (Seite 54.)

» Nur 200 Millionen Deutsche werden im Jahre 2000 stark genug sein, die deutsche Freiheit zu schützen !

» Wer dieses Ziel erreichen will, muss wissen, dass heute die Kinderproduktion nicht mehr blindlings stattfindet, sondern mehr und mehr, wie unser ganzes sonstiges Verhalten, verstandesmässig geregelt wird ; dass es mehr und mehr wirtschaftliche Erwägungen sind, welche die Produktion beeinflussen und dass verhängnisvollerweise fast in allen Berufständen die privatwirtschaftlichen Motive, vereinigt mit Antrieben einer entarteten Zivilisation zu einer Einschränkung der Kindererzeugung führen (Geburtenrückgang), die bei ihrer Fortdauer geradezu volksvernichtend wirken müsste.

» Namentlich die städtischen und industriellen Bevölkerungsschichten sind es, bei denen diese Erscheinung in erschreckendem Masse zunimmt... (Seite 55.)

» Um so dringender muss gefordert werden, dass jene Menschenquellen in ausgedehntestem Masse erschlossen werden, die bei richtiger Fassung bisher noch nie versiegt sind. Wir brauchen *eine Vermehrung der mittleren und kleinen Bauerngüter und der ländlichen Arbeiter- und Handwerker-Stellen* in grösstem Massstabe ! Diese Kleinsiedelung mit ihrer intensiven Wirtschaft wird dann auch einer noch viel dichteren Bevölkerung als der heutigen die nötigen Mengen der wichtigsten Nahrungsmittel sicherstellen, wenn unsere Feinde wieder einmal den Versuch machen sollten, uns auszuhungern. Heimstätten also ! Heimstätten für das Stadtvolk wie für das Landvolk sind eine Grundbedingung für das dauernde Wachsen und Gedeihen unseres Volkes. *Neues Siedlungsland innerhalb der künftigen Reichsgrenzen* ist eine Forderung, die zum Losungswort aller Deutschen werden muss !

» An Siedlern wird es nicht fehlen, wenn man nur die Möglichkeit der Siedlung schafft. Wäre es wahr, was einzelne behaupten, dass wir keine neuen Bauern mehr auftreiben können, dann wären wir verloren. Aber noch sind wir viel zu gesund dazu ! ... » (Seite 55-56.)

Die Sicherung unserer Zukunft, von *Max von Gruber*, im Sonderheft *Deutschlands Zukunft* der Süddeutschen Monatshefte. München und Leipzig, Oktober 1915.

Die Redaktion.

« Deutschland hat im August 1914 erklärt, dass es diesen Krieg nur gezwungen als einen Verteidigungskrieg beginne. Es darf deshalb beim Friedenschluss nicht mit Eroberungsansprüchen auftreten. Tut es das doch, so straft es sich selber Lügen, so entzieht es seiner eignen

Sache den gerechten Boden, so nimmt es dem einheitlichen Zusammenschluss seines Volkes die innere Kraft. Diese Schlussfolgerungen kann man hin und wieder hören. Uns scheint sie hat einen Fehler. Sie übersieht einen kleinen Umstand, der manchen unter uns doch nicht ganz unerheblich vorkommt : Den Umstand, dass zwischen dem Friedensende im August 1914 und dem künftigen Friedensbeginn der Krieg herrscht. Was heisst Krieg ? Das heisst, dass die Rechtsordnung des Friedens unter den Völkern aufgehoben worden ist, weil sie das Schwert zur Entscheidung darüber angerufen haben, was nachher Rechtens sein soll. Denn zum Spass setzten die Staaten ihr Dasein nicht aufs Spiel, zum Spass bringen die Völker ihr Blut nicht zum Opfer. Den Krieg 1870 hat Deutschland auch nicht als Eroberungskrieg, sondern zur Verteidigung begonnen. Hätte uns das hindern dürfen, Elsass-Lothringen zu nehmen ? Oder hat der Umstand, dass wir es genommen haben, jenen Krieg nachträglich zu einem ungerechten gemacht ? Wer das meint, habe den Mut es offen zu sagen. Wir wollen dann sehen, wieviel sich zu dieser Lehre bekennen. Also, wir haben es allerdings auch vor dem Krieg ehrlich mit dem Frieden gemeint. Wir haben den anerkannten Besitzstand geehrt, wir haben für das Wachstum, das uns Gott gegeben hat, Formen gesucht, die kein fremdes Recht verletzten. Aber unsere Gegner haben selbst das Recht dieses Besitzstandes für kraftlos erklärt und es unter die Entscheidung der Waffen gestellt. Sie haben offen herausgesagt, dass sie uns, wenn wir unterliegen auf Grund des Kriegsrechts niederschlagen und zerteilen wollen. Sie haben ihr Bestes dazu getan. Wenn nun aber *wir* siegen, dann *sollen wir ihnen den ganzen alten Besitzstand dankbar wiederherstellen*, weil — ja, warum denn ? Offenbar weil *wir* gesiegt haben. Denn hätten sie es getan, dann wäre es aus mit uns gewesen.

» Aber darf man denn überhaupt « annektieren ? » fragen andere. Wollen wir's wirklich noch einmal machen wie 1848, fragen wir entgegen, und uns über « Grundrechte » unterhalten, bis die Schicksalsstunde verschwatzt ist ? Hat Bismarck für uns umsonst gelebt ? Gewiss, es ist eine edle und grosse Arbeit kommenden besseren Staatsformen nachzudenken und vorzuarbeiten ; denn alles Irdische ist fehlervoll und muss sich immer wandeln um leben zu bleiben. Aber die Paragraphen des praktischen nächsten Friedensvertrags können nicht nach dem künftigen Staatsrecht des Jahres 3000 gemacht werden, so wenig wie nach dem vergangenen des Jahres 800. Den Friedensschluss beherrschen die gleichen Mächte, die den Krieg beherrschen ; wer nicht stark genug ist mitzureden, hat auch dort zu schweigen. *Die Staaten die heute die Welt erfüllen, sind Machtstaaten.* Ihre Macht aber liegt in

Land und Leuten und Besitz. *Reale Garantien ihres Daseins sind deshalb nicht Verträge, sondern Land, Leute und Besitz.* Oder ist dieser Krieg vielleicht nur ein Prinzipienkrieg ? Führen die Grossmächte ihn vielleicht um die Frage, ob künftighin noch annektiert werden darf ? Ob der Krieg von jetzt ab etwas anderes bedeuten soll, als in der ganzen bisherigen Geschichte ? Oder führen ihn die Völker darum ? Man frage einmal unsere Soldaten, ob sie dafür ihr Blut hingeben.

» Für den Schutz ihrer Heimat, für die Macht des Staates, der den Schutz gewährt, haben sie in der Stunde der höchsten Gefahr freudig die Waffen ergriffen. Sie erwarten vom Frieden, was ihr Kaiser ihnen am Anfang verheissen hat : die möglichste Sicherung gegen die Wiederkehr der gleichen Gefahr, *die möglichste Verstärkung des Schutzes gegen die Gefahr. Sie erwarten reale Garantien : sie erwarten Land, Leute und Besitz.* Harte Geschäfte werden nicht besser, wenn man ihnen ein weichliches Ende gibt. Es ist Frevel, die furchtbare Wahrheit des Krieges mit sanftem Friedensgetön zu verflüchtigen. Unsere Toten sind wirklich tot, unsere Krüppel haben ihre lebendigen Glieder auf dem Schlachtfeld oder im Lazarett gelassen, unsere Witwen und Waisen schreien nach ihren leibhaftigen Schützern und Ernährern. Die Fragen, um die es sich beim Frieden handelt, sind einfacher, als jene Philosophen uns glauben machen wollen. Wir brauchen diesen Krieg nicht auch noch um die Fragen zu führen, was « Recht » und « Unrecht » unter dem Gesichtspunkt jeder möglichen juristischen und ethischen Weltanschauung ist. Die Fragen die er uns stellt, so tausendfach und verschlungen sie sind, liegen doch wenigstens alle auf einer Ebene : der Ebene der gegebenen staatlichen Wirklichkeit.

» Was fordert diese von uns ? Was erlaubt sie uns heute zu erfüllen ? Das sind die einzigen Fragen, um die sich's handelt. Darüber müssen wir uns alle jetzt klar werden. Um Tatsachen-Fragen handelt es sich, und um nichts weiter. Um unsern wohlverstandenen Vorteil, um unsere harten sachlichen Interessen, nicht um irgend welche Theorien, sei's der Begehrlichkeit, sei's des Verzichtes. Unsere eigene Selbstbehauptung mit den Mitteln und den Zielen, die der Krieg erlaubt, das ist unser einziges Kriegsziel. Fremde Interessen haben uns jetzt nichts zu kümmern. Denn wenn die Waffen sprechen, hat Gott die Entscheidung zwischen den Völkern übernommen : *Wem er die Macht gibt, der muss sie gebrauchen.* »

Unverkürzter Wortlaut des Einleitungsartikels, den die Redaktion der *Süddeutschen Monatshefte* ihrer Spezialnummer, « Kriegsziele » betitelt (Jahrgang 13, Heft 3, Seite 281-282, Dezember 1915) vorausschickte.

Karl Cäsar Eiffe.

« Würden unsere Hoffnungen zur Wirklichkeit werden, würden durch den jetztigen Krieg *die baltischen Provinzen* mit dem nötigen Hinterland und der Landbrücke für Preussen gewonnen, und für alle Zeiten zum Deutschtum gesichert, so würde ein Preis errungen sein, wert des ungeheuren Blutopfers, das unser Volk jetzt bringen muss... (Seite 327.)

» Die alten hansischen Städte würden unter dem zunehmenden Handel und Verkehr neu aufblühen und *die Ostsee* würde wieder ein *germanisches Meer* werden. Sollte unser Volk durch tapferes Durchhalten in diesem Krieg den Anschluss der baltischen Lande erzwingen, so würde das starke deutsche Schwert jetzt sühnen, was deutsche Schwäche im Mittelalter gesündigt hat, und was das römische Reich Deutscher Nation einst nicht halten konnte und wollte, das würde gewonnen und gesichert durch unser neues Kaisertum... » (Seite 328.)

Zwei Millionen deutsche Bauern in Russland von *Karl Cäsar Eiffe.*
In den *Süddeutschen Monatsheften*, Jahrgang 13, Heft 3, Dezember 1915.

« HOCHLAND »

MONATSSCHRIFT FÜR ALLE GEBIETE DES WISSENS
DER LITERATUR UND KUNST.

Generalmajor Friedrich Otto.

« Nach den Belagerungen von 1813-1814 und 1870-1871 wurde *Belfort* jedesmal wieder an Frankreich zurückgegeben, obwohl dieser Trutzort als Ausfalltor gegen Süddeutschland den niemals erlöschenden, immer wieder hell auflodernden Kriegsgelüsten der Franzosen verlockende Anregung zum Angriffe, zugleich ein zu grosses Sicherheitsgefühl gibt gegen deutsche Einbrüche in Mittelfrankreich... (Seite 64.)

» Möchten die diesmaligen Belagerungsteilnehmer nach dem hoffentlich schneller und leichter als 1870-1871 zu erkämpfenden Festungssiege nicht ebenso enttäuscht werden wie ihre Vorgänger, sondern *möge Belfort dem Deutschen Reiche dauernd gewonnen werden.* Mit seinem altdeutschen Namen « Belfort » oder dem verständlicheren neudeutschen « Trutzort » soll es künftig den stetigen Kriegsgelüsten der Franzosen erfolgreich trotzen und diesen das gefährliche Einfalltor dauernd verschliessen zum Heile unseres herrlichen Deutschen Reiches. Darum den neuen Belagerern der Festung ein siegwünschendes dreifaches Hurra !... » (Seite 65.)

Belfort, von *Generalmajor Friedrich Otto*. Artikel veröffentlicht im 1. Heft 1914-1915 (Oktober 1914), der klerikalen Monatschrift *Hochland*. Herausgeber Karl Muth. Verlag Köselsche Buchhandlung. München-Kempten.

Professor Martin Spahn.

« Gleichberechtigte Weltpolitik mit den andern können wir nicht treiben, solange wir auf die geographische Lage beschränkt bleiben, die wir gegenwärtig innehaben. *Wir müssen eine andere günstigere Lage zu den überseeischen Gebieten erstreben.* England darf es ferner nicht mehr erlaubt sein, uns von ihnen allen abzusperren. *Die Küsten aller Weltteile*, soweit sie sich nicht wie die amerikanischen selbst zu schützen vermögen, *müssen genau so unter die Geschütze unserer*

Schiffe gebracht werden können wie unter die Englands. Sonst haben wir vielleicht den Schein einer Weltmacht für uns und können uns mit Weltpolitik beschäftigen, solange es und soweit es England gefällt. Eine Weltmacht sind wir nicht. Da England den Schleier von den Dingen heruntergerissen hat, müssen wir der Wahrheit in all ihrem Ernste ins Antlitz schauen. Wir verteidigen uns nicht nur gegen einen frechen, tückischen Ueberfall. Es genügt nicht die Angreifer mit einer Tracht ordentlicher Prügel heimzuschicken. Deutschland und Oesterreich müssen in diesem Krieg ausharren, und dauere er mit Pausen oder ununterbrochen solange, wie die Entscheidungskämpfe der grossen Staaten früherer Jahrhunderte, bis ihnen die volle Bewegungsfreiheit zu einer machtvoll ausgreifenden Weltpolitik verbürgt ist. England muss das Schicksal bereitet werden, das es selber vor hundert Jahren Frankreich bereitete. Vorher dürfen wir nicht mehr Ruhe geben. Andernfalls sind wir die Verlorenen.

Diese Forderung aber bedeutet, dass die Grenzen des alten, grossen und ganzen Deutschland, die soeben im Morgenrot des Krieges wieder aufleuchteten, dauernd gehalten werden sollten. *Vor allem, wir müssen an dan Kanal heran.* Belgien kann sich nach dem, was wir von ihm zu leiden hatten, nicht mehr durch die Hergabe des Kongo und die Vollendung unseres mittelafrikanischen Kolonialreiches, des bescheidenen Traums unserer matten letzten Jahre, loskaufen. Welches Mass der Selbstverwaltung das Reich ihm auch zuzugestehen für gut findet, wirtschaftspolitisch und militärisch ist *die volle Verfügungsfähigkeit über die südlichen Niederlande fortan für uns unentbehrlich.* Wir haben Belgien besetzt gegen Frankreich, wir brauchen es gegen England. Der Kanal ist die entscheidend wichtige Handelsstrasse Europas : Von seinen Ufern muss das eine, da das andere England nicht entzogen werden kann, unser sein. Die Grenzlinie gegen Frankreich ist dort aber nicht, wie sie gegenwärtig läuft, zu ziehen, sondern südlich, wie sie unter Karl V. lief und weltpolitisch nutzbar war. Dann gibt es für uns keine Meerenge mehr, durch deren Schluss uns England beliebig vom Welthandel ausschliessen und an überseeischer Machtentfaltung hindern kann, wie die Türkei vertragsrechtlich Russland die Dardanellen verschlossen hält. Fortan würden unsere überseeische Verbindungen vor Gewalttaten sicher sein. Wir müssten nicht mehr in ohnmächtiger Wut die Faust in der Tasche ballen, wenn Gelbe oder Schwarze die Früchte langjähriger deutscher Kulturarbeit sich aneignen oder zerstören wollen.

» Die Behauptung Belgiens wird auch eine andere Grenzführung

gegen Frankreich in dessen Osten erfordern. *Die alten Grenzlinien Lothringens und Burgunds werden wahrscheinlich auch hier vorweggenommen haben*, was unseren Strategen heute rätlich erscheint, dem Reiche auf Frankreichs Kosten anzugliedern... » (Seite 25-26.)

An den Pforten des Weltkrieges, von Univ. *Prof. Dr. Martin Spahn.* Artikel veröffentlicht in der klerikalen Monatsschrift « *Hochland* », 1. Heft 1914/15, Oktober 1914, Verlag Köselsche Buchhandlung München.

« DIE HILFE »

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK, LITERATUR UND KUNST.

Friedrich Naumann.

« Niemand von uns kann zwar heute wissen, in welchem Zustande wir nach dem Krieg unsere bisherigen Kolonien wiederfinden und welche Verluste oder Gewinne in Afrika das Ergebniss unserer europäischen Schlachten sein werden, aber soviel ist fast allgemein anerkannt, dass im günstigen Falle *ein deutsches Zentralafrika* angestrebt werden wird. Der Staatssekretär des Kolonialamts soll schon recht annehmbare Vorschläge dafür in seiner Mappe haben. Ob sich diese Wünsche verwirklichen, ist eine spätere Frage, heute beschäftigt uns nur die Tatsache, dass solche Wünsche aus der Idee der Weltpolitik herausgewachsen sind... » (Seite 865.)

Bismarck und unsere Weltpolitik, von *Naumann*. In der *Hilfe*, Nr. 53, 31. Dezember 1914.

Pachnicke.

« Die deutsche Presse hat es bisher zum grössten Teil vermieden, die möglichen Friedensbedingungen eingehend zu erörtern. Sie will nicht vor dem Siege triumphieren. Anders das Ausland. Dort wird mit leichter Hand die Welt verteilt...

» Wir selbst wollen erst siegen und dann verteilen. Man kann in Worten ausserordentlich zurückhaltend, in Taten ausserordentlich entschlossen sein...

» Die Ansicht der man überall begegnet, geht dahin : Wir brauchen einen Frieden, der uns Ruhe bringt. Ruhe aber werden unsere Gegner nur halten, wenn sie von neuen Angriffen neue Niederlagen fürchten müssen. Das Bewusstsein der Gefahr hält das Schwert in der Scheide. Bleibt der Feind so stark, wie er ist, so bleibt auch seine Angriffslust die gleiche. Eine Schwächung muss also erfolgen, eine ausreichende Schwächung. *Deshalb darf der Friede nicht zu früh geschlossen* und müssen die Verhandlungen, wenn der Gegner solche nachsucht, unter dem Gesichtspunkt unserer militärischen und wirtschaftlichen Siche-

rung mit aller Energie geführt werden. Das ist die vorwaltende Ansicht im ganzen deutschen Volke. Dafür werden die ungeheueren Opfer an Gut und Blut gebracht.

» Wenn für den Friedensschluss zur Mässigung gemahnt wird, *wenn die Sozialdemokratie sogar an einen Frieden ohne Eroberung denkt*, so geschieht dies wohl nur aus der Befürchtung heraus, dass in allzugründlichen Verschiebungen der Keim zu neuen Kriegen läge. Ein überstarkes Deutschland würden, so meint man, die anderen nicht ertragen. Fragt sich nur, wo hier der Ueberstaat beginnt. Dem Traum von einer alles andere erdrückenden Weltherrschaft braucht man nicht nachzuhängen und kann doch der Ueberzeugung sein, dass die deutschen Grenzen einer Verbesserung bedürfen. Der erhöhte Schutz, der darin läge, käme nicht nur uns, sondern zugleich der gesamten, gesitteten Welt zugute... (Seite 22.)

» Wie weit man bei der *künftigen Grenzregulierung* gehen kann, hängt von militärischen Erfolgen ab. Nur was wir fest in Händen haben, kann Gegenstand bindender Vereinbarungen werden. Denkbar ist manches, durchführbar aber wird alles erst, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind. *Wie Russisch-Polen*, dessen Sympathien für uns recht wertvoll sind, wie *Belgien, wie namentlich der Küstenstrich am Aermelkanal zu behandeln ist*, lässt nicht erst nach Abschluss der dort im Gange befindlichen Operationen beurteilen. Erwägungen hierüber sind zwar zu keinem Zeitpunkt verfrüht, es kennzeichnet den Staatsmann, sich stets mit allen Entwicklungsmöglichkeiten vertraut zu halten. Doch an die Öffentlichkeit brauchen solche Gedanken nicht voreilig zu treten und ihre endgültige Gestalt empfangen sie erst nach Abschluss des Krieges... » (Seite 23.)

Der Ertrag des Krieges, von *Pachnicke* M. d. R. u. d. A. In Nr. 2 der *Hilfe* vom 14. Januar 1915. Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst. Herausgegeben von *Dr. Friedrich Naumann*. Verlag der *Hilfe*, Berlin-Schöneberg.

O. Hachtmann.

« Bei der positiven, das heisst bei der Forderung dass *Belgien* deutsch werden müsse, spricht nicht nur Arndt der Politiker, sondern Arndt der Romantiker und Patriot. Die belgische Frage war ja für sein glühendes alldeutsches Herz nur ein Teil der Frage, wie sich das heilige Deutsche Reich in seiner Macht und Herrlichkeit wiederaufrichten liesse. Er ersehnte ja aus tiefster Seele eine Wiedererwerbung nicht nur Belgiens, sondern auch Hollands, des Elsass, Schleswig-Holsteins und der Schweiz. Alle Deutschsprechenden sollten auch poli-

tisch Deutsche sein. Er spricht sich hier nicht darüber aus, was er unter Belgien versteht. Das war ja auch nicht möglich, da die Grenzen Belgiens erst 1839 endgültig festgelegt wurden. Er spricht immer nur von dem « ehemaligen Burgundischen Kreis », dem « alten Austrasien », dem « tausendjährigen Recht ».

« Wie damals, ist es auch heute noch zu früh, bestimmte Forderungen zu formulieren. Mögen wir es aber nicht erleben, dass nach Beendigung des jetzigen Krieges ein neuer Arndt neue Klagen über neue Versäumnisse anstimmen muss... » (Seite 252.)

Ernst Moritz Arndt über die belgische Frage, von *O. Hachtmann*. In der *Hilfe*, Nr. 16, 22. April 1915.

Freiherr von Mackay.

« Als Zieldeutung deutscher Weltmachtschöpfung hat vor Jahren schon Dr. Jäckh das Wort geprägt : Von Helgoland bis Bagdad ! Heute ist die imperialistische Diagonale, deren Endpunkte es bezeichnet, von Kanal bis zum Persischen Golf verlängert worden ; die neue Parole heisst : *Von Ostende bis Bagdad !* Die Problematik des Machtschöpfungsgedankens, die schon der früheren Fassung eignete, wird dadurch gewiss nicht beseitigt. Aber : das Ziel ist nichts, die Bewegung daraufhin ist alles ; darin begründet sich unsere Zukunfts-Zuversicht. Nicht mehr wie früher kümmert uns politische Theorie und Ideologie. Mit den Schritten der Tat drängen wir zu Gipfeln empor, deren Fernblick-Hintergründe mit jedem Schritt aufwärts sich mehr enthüllen, schärfer in Umriss und Form erkennbar werden... » (Seite 704.)

Von Ostende bis Bagdad, von *Frh. L. von Makay.*. In der *Hilfe*, Nr. 44. 4. November 1915.

Friedrich Naumann.

« Im ungarischen Abgeordnetenhause und im deutschen Reichstage ist über die Friedensfrage verhandelt worden. Graf Tisza dort und unser Reichskanzler von Bethmann-Hollweg hier haben im Grunde dasselbe gesagt. Sie wollen beide einen baldigen Frieden und sind zu Verhandlungen bereit, glauben jedoch nicht daran, dass die Feinde schon verhandlungsreif sind, warnen sie aber, den Krieg unnötig zu verlängern, weil wir ihnen dann schwerere Friedensbedingungen auferlegen müssten. Der letztere Punkt ist besonders wichtig. Graf Tisza sagt :

« Je später unsere Feinde zur Ueberzeugung kommen, dass der weitere Krieg zweckloses und verbrecherisches Blutvergisesen ist, je grössere Siege wir erringen werden, bis diese Ueberzeugung eintritt, je grösser die Opfer sein werden, welche dieser Krieg auferlegt, um so schwerer werden natürlich für unsere Feinde die Friedensbedingungen sein. »

Und der deutsche Reichskanzler spricht :

« Eines sollten sich unsere Feinde selber sagen : je länger dun erbitterter sie den Krieg führen, um so mehr wachsen die Garantien, die wir fordern müssen. »

Es steht heute noch so wie im August 1914 :

« Wir suchen den weiteren Krieg nicht, aber wir führen ihn mit allen Mitteln, wenn die Gegner es verlangen.

» Wollen wir aber in diesem Sinne das Notwendige tun, dann würde es falsch und verhängnisvoll sein, den Gegnern eine Sicherheit zu geben, dass sie sich vor unseren späteren Friedensbedingungen nicht zu fürchten brauchen. In der sonst ausserordentlich klug abgewogenen *Rede des Abgeordneten Scheidemann* steht der Satz, dass Annexionen volksfremder Gebiete gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstossen. Ob dieser Satz gegen jede Annexion an sich Verwahrung einlegen soll, kann seinem Wortlaut nach zweifelhaft sein, da es Landgebiete gibt, die dem Gegner mindestens eben so volksfremd sind wie uns, aber es wird leicht als allgemein grundsätzliche Ablehnung aller Annexionen verstanden. Näher auf diese Dinge einzugehen verbietet sich durch das berechtigte Verbot der Erörterung von Kriegszielen, aber so viel kann und muss gesagt werden, dass eine allgemeine Zusicherung der Unverletzlichkeit gegnerischen Landbesitzes ein geradezu unheimlicher Reiz zur Fortführung des Krieges sein müsste. Scheidemann begegnet zwar diesem Einwand damit, dass er auch von den gegnerischen Staaten die gleiche Gesinnung fordert, aber welche Anzeichen sind dafür da, dass die gegnerischen Staatsleitungen jemals so denken werden. Der Krieg ist mit dem ausgesprochenen Zweck der Gebietsverkleinerung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns begonnen und bis heute geführt worden. Die auch von den Sozialdemokraten klar abgewiesene Forderung der Wiederoberung von Elsass-Lothringen ist das französische Kriegsziel an sich. Unsere meisten Kolonien sind in feindlichen Händen. Mesopotamien ist in seinen südlichen Teilen von den Engländern besetzt. *Bei dieser Sachlage den Gegnern einen Freibrief für Eroberungen ohne Androhung von Gegenmassregeln auszustellen, würde ein unmögliches Verfahren sein.* Der Reichskanzler hat mit Absicht die von

unseren Truppen besetzten Gebiete als Faustpfänder bezeichnet, ein Ausdruck, der sicher so viel enthält, dass Okkupation noch nicht von vorneherein Annexion bedeutet. Mehr kann er nicht sagen, darf er nicht sagen.

» *Und ist es denn im Ernst zu bestreiten, dass wir Grenzsicherungen brauchen* ? Wir stehen noch unter dem Eindruck der Bedrohungen, mit denen dieser gegen uns geführte Krieg begann. Die Darlegungen des Reichskanzlers über die militärische Bedeutung von Kongresspolen verdienen genau nachgelesen zu werden. Auch über andere Grenzgebiete lässt sich etwas Aehnliches sagen, ohne in Eroberungssucht zu verfallen. Mitteleuropa will künftig Ruhe haben, zuverlässige Ruhe, soweit es menschenmöglich ist. Das wollen ohne Unterschied die Parteien zweifellos alle, die kämpfend, helfend oder leidend diesen Krieg durchleben. Man soll sich zu keinen ferneren Kriegszielen verpflichten, als seien wir gezwungen den Krieg fortzusetzen bis dieses oder jenes abenteuerliche Ziel erreicht ist, aber *ebensowenig sollen und dürfen wir von vorneherein alle bisherigen Unvollkommenheiten als ewig ansehen und erklären...* » (Seite 804-806.)

Ein erster Friedensklang, von *Dr. Friedrich Naumann*. In der *Hilfe*, Nr. 50, 16. Dezember 1915.

DAS MONISTISCHE JAHRHUNDERT

Haeckel.

« Meiner Ansicht nach sind für die Zukunft Deutschlands und zugleich des verbündeten Kontinentaleuropas höchst wünschenswert folgende Siegesfrüchte : 1. Befreiung von der Tyrannei Englands. 2. Dazu notwendig Invasion des britischen Seeräuberstaates durch die deutsche Marine und Armee, Besetzung von London. 3. *Belgiens Aufteilung*, der grösste Teil westlich bis Ostende-Antwerpen, deutscher Bundesstaat — nördlicher Teil fällt an Holland, südöstlicher an Luxemburg —, ebenfalls *deutscher Bundesstaat*, vergrössert. 4. Deutschland erhält einen grossen Teil der *britischen Kolonien* sowie den Kongostaat. 5. *Frankreich muss einen Teil der nordöstlich angrenzenden Provinzen abtreten.* 6. Russland wird dadurch ohnmächtig, dass das Königreich Polen restituiert und mit Oesterreich-Ungarn verbunden wird. 7. Die *deutschen Ostseeprovinzen* fallen an das Deutsche Reich zurück. 8. Finnland wird selbständiges Königreich und mit Schweden verbündet. Quod fortuna juvat. »

Die Antwort, die *Ernst Haeckel* auf eine Umfrage des Vorsitzenden der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Monistenbundes *Dr. Otto Juliusburger* gab. Veröffentlicht in der Zeitschrift : *Das Monistische Jahrhundert.* (Verlag Unesma-Leipzig) N° 31 /32 vom 16 November 1914, S. 657. — Der wesentliche Satz in der Umfrage Dr. Juliusburgers lautete : « Wie stellen Sie sich zu der Auffassung Ostwalds? ». Der berühmte deutsche Gelehrte *Wilhelm Ostwald* hatte in einer seiner « Monistischen Sonntagspredigten » (N° 11 /12 vom 15 September 1914) unter dem Titel : « Europa unter deutscher Führung », der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass es zu *einer Vereinigung der Staaten Europas kommen würde mit dem Deutschen Kaiser an der Spitze,* und dass die Deutschen in der Organisation des Landheeres allen Nachbarn so überlegen sein würden, dass es für diese am zweckmässigsten sein werde auf die eigenen Armeen so gut wie vollständig zu verzichten und es Deutschland allein zu überlassen die etwa noch erforderliche Sicherheit nach Osten zu verbürgen. Die betreffenden Nummern des *Monistischen Jahrhunderts* durften später nicht mehr nach dem Ausland geschickt werden.)

Der Reichstagsabgeordnete Peus.

« In diesem Falle (des Sieges Deutschlands) möchte ich, dass durch Errichtung eines unter Osterreichs Souveränität stehenden neuen Polenreiches und einige *Hinausschiebung unserer ostpreussischen Grenze*

unsere Sicherheit gegen den russischen Koloss für die Zukunft erhöht würde. *Ein völlig souveränes Polen wäre unmöglich.* Es würde ein Spielball Russlands. Und jeden Augenblick müssten Deutschland und Osterreich für seine Sicherheit eintreten. Der selbständige Kleinbetrieb ist auch im Politischen nicht mehr möglich.

» Eine ähnliche Entwicklung möchte ich im Westen mit Luxemburg, Belgien und Holland wünschen. Auch diese Kleinbetriebe sind Anomalien, die sich nur so lange halten, als die Eifersucht der Weststaaten Frankreich und England sie nicht Deutschland gönnt und umgekehrt. Der Nationalstaat wird für die kommende Welt eine zu kleine Einheit. Wir brauchen den Kulturstaat, das Kulturimperium. Oesterreich-Ungarn ist kein Nationalstaat mehr. Auch die Schweiz bekanntlich nicht. Ebensowenig die Vereinigten Staaten von Nordamerika. *Ich setze voraus, dass die Belgier, Luxemburger und Holländer uns militärisch verbündet wären.* Das wirtschaftliche und soziale Band wüchse von selber. Natürlich könnte nur eine freiheitliche Politik diesen mitteleuropäischen Kulturbund zusammen halten...

» Auf alle Fälle muss die Politik der Zukunft darauf eingestellt werden, das auch dann nach dem Kriege durch die Diplomatie zu erreichen, *was ich am liebsten jetzt durch das Schwert erreicht sehen möchte*: Errichtung eines *mitteleuropäischen Kulturbundes gegen Russland* und, wenigstens vorläufig auch gegen England, am liebsten mit Einschluss Frankreichs. »

! Aus der Antwort des Reichstagsabgeordneten *Peus-Dessau* auf die Umfrage von Dr. Juliusburger im *Monistischen Jahrhundert*, N° 31/32 vom 16. November 1914, S. 661-662.

Dr. Oppenheimer.

» Ein Staatenverein aller zivilisierten Nationen Europas *mit Deutschland als führender Staat und dem Deutschen Kaiser als representative Spitze* schwebt mir ähnlich wie Oswald als Ziel vor den Augen. Solcher Verein lässt sich aber nicht als Siegespreis den anderen Nationen aufzwingen. Der Zwang zu seiner Gründung trägt die Saat destruktiver Tendenzen in sich. Freiwillig werden die anderen Nationen bei ihrem Deutschenhass, der durch den Sieg unserer Waffen sicherlich nicht vermindert wird, sich solchem Verein vorläufig nicht angliedern. Deshalb können wir meines Erachtens das geschilderte Ideal nur vorbereiten. Siegen wir — wie wir hoffen und glauben — so müssen wir vor allem unseren gefährlichsten Feind, *England*, völlig zu Boden werfen, *seine Kolonien und seine Kriegsflotte ihm nehmen.* England wird sich darüber nicht beklagen dürfen, da seine Regierung offenbar uns gegenüber

dasselbe Ziel verfolgt. *Frankreich könnte man ebenfalls seine Kriegsflotte nehmen* und dies Land ausserdem reichlich alle Kriegskosten erstatten lassen. *Belgien* wird unter Entfernung seines Königs *als zweites Reichsland dem Deutschen Reiche angegliedert.* Im Friedensvertrag werden sodann alle beteiligten Nationen zu einer Zollunion verbunden, der sich natürlich auch die neutralen Staaten anschliessen können. Dadurch wird zunächst ein wirtschaftliches Band um die europäischen Staaten geschlungen, dessen Zerreissung den bisher Deutschland feindlichen Staaten bei unserem finanziellen und militärischen Uebergewicht nach dem Kriege nicht möglich sein wird. Im übrigen bleibt den bisherigen Feinden ihre volle, auch militärische Freiheit. Sie mögen sich ihrer Flotten und ihres Geldes beraubt fühlen, nicht aber ihrer Freiheit. Auf dem Boden der politischen Freiheit jedes einzelnen Staates und der wirtschaftlichen Verbindung und Interessengemeinschaft aller wird dann im Laufe der Zeit von selbst und organisch die politische Vereinigung der Staaten ungefähr im obigen Sinne sich entwickeln... »

(Aus der Antwort des *Dr. Oppenheimer*-Düsseldorf auf die Umfrage des Dr. Juliusburger im *Monistischen Jahrhundert*, N° 35 / 36 vom 10 Dezember 1914, S. 728).

« DIE GLOCKE »

SOZIALISTISCHE WOCHENSCHRIFT.

Dr. Paul Lensch.

« ...der jetzt so aktuelle Ruf : Keine Annexionen ! bedarf gar sehr der marxistischen Kritik.

» Zunächst ist zu konstatieren, dass dieses Schlagwort mit Sozialismus oder Marxismus nicht das geringste zu tun hat. Es ist eine Doktrin, die von der Ueberzeugung ausgeht, dass Annexionen ein sicheres Mittel sind, um künftige Kriege vorzubereiten, dass das Unterlassen von Eroberungen aber in dem besiegten Lande den Eindruck der Grossmut und damit der Dankbarkeit und Freundschaft hervorrufen würde. Eroberung sei immer ein Stück Vergewaltigung ; die Sozialdemokratie sei aber grundsätzlich gegen alle Vergewaltigungen, folglich auch gegen jede Eroberung. Diese Logik klingt besonders mit dem kleinbürgerlichen Einschlag von der « Dankbarkeit » und « Freundschaft » als Bewegungsfaktoren der geschichtlichen Entwicklung zunächst sehr rührend und deshalb sehr überzeugend. In der Geschichte selber aber, die schliesslich am besten wissen muss, wie es bei ihr zugeht, hat diese pausbackige Logik fast immer Schiffbruch gelitten. Im Jahre 1859 hatte Frankreich von Italien Savoyen und Nizza erobert, und Garibaldi hat die Abtretung seiner italienischen Vaterstadt Nizza der italienischen Regierung nie vergessen. Das hat aber nicht gehindert, dass jetzt beide Völker, die Italiener wie die Franzosen, einmütig gegen uns im Felde liegen. Im Jahre 1871 trat Frankreich an das Deutsche Reich Elsass-Lothringen ab. Ist daraus etwa der heutige Krieg entstanden ? Ganz und gar nicht. Der Weltkrieg entstammt dem deutsch-englischen Gegensatz. Frankreich spielt nur die Rolle des adminikulierenden Beiwerkes, wie der Kiebitz, der den Spielern zuguckt und der mal einspringt, wenn es sich gerade so macht. Damals protestierte die deutsche Sozialdemokratie gegen die Annexion. Die Frage muss jetzt gestattet sein : Hat uns diese Stellungnahme, die wir im Interesse der deutsch-französischen Annäherung einnahmen, irgend etwas genützt? Hat sie in Frankreich das Vertrauen zur deutschen Sozialdemokratie irgendwie befestigt ? Die Antwort kann nur die

grosse Enttäuschung konstatieren, die wir alle erlebt haben : Nichtswürdiger, wie uns nach dem 4. August 1914 die französischen Sozialisten mit Schmähungen überschüttet haben, hätten sie uns auch nicht beschimpfen können, wenn wir 1870 zusammen mit den Wald- und Wiesenpatrioten die Annexion verlangt hätten. Nichts von alledem ist eingetreten, was man uns als die segensreichen Folgen für das Eintreten des Grundsatzes : Keine Annexionen ! bezeichnet hat. Heute drängt sich vielmehr jedem die Erkenntnis auf : *Wäre 1871 auch noch Belfort annektiert worden, so wäre Tausenden unserer Feldgrauen in diesem Kriege das Leben gerettet worden...* (Seite 494-496.)

» *Es ist wirklich Zeit sich von dieser unsozialistischen und kleinbürgerlichen Phraseologie frei zu machen*, die die Partei der furchtbaren Gefahr aussetzt, in dem Sturmwind der heutigen Weltrevolution hilflos daherzutreiben und mit dem braven Kleinmeister in Hebbels Maria Magdalena schliesslich auszurufen : Ich verstehe die Welt nicht mehr !

» Merkwürdig übrigens, dass gerade die Genossen, die so gern heute noch das Wort wiederholen : der Proletarier hat kein Vaterland, in diesem Weltkriege keine grösseren Sorgen zu kennen scheinen, als die jedem Proletarier ein selbständiges Vaterland zu geben, jedenfalls aber mit allen Kräften zu verhindern, dass irgend ein «Vaterland» von der Weltkarte etwa verschwinde. Die Interessen der Arbeiterklasse, deren Vertreterin ja doch wohl die Sozialdemokratie ist, verlangen aber nicht, dass alle drei Meilen eine neue « Nation » anfängt — und darauf liefe doch die Selbstbestimmungstheorie *in praxi* hinaus, — sondern dass im Gegenteil *möglichst grosse geschlossene Wirtschaftskörper* entstehen, in denen der Kapitalismus und damit das Proletariat sich voll entwickeln und ihrer historischen Aufgabe entgegenreifen können... » (Seite 499-500.)

Sozialismus und Annexionen in der Vergangenheit, von *Dr. Paul Lensch.* Nummer 9 der « Glocke » vom 1. Januar 1916. Sozialistische Wochenschrift herausgegeben von *Parvus*. München, Verlag für Sozialwissenschaft. G. m. b. H.

Max Schippel.

1.

« Das beliebteste, in der deutschen sozialdemokratischen Partei ungefähr mit demselben Eifer wie 1866 und 1870 bei den gross- und kleindeutschen Partikularisten aufgenommene Schlagwort war natürlich sofort wieder : Keine Annexionen ! Jede gelegentliche konservative und liberale Aeusserung, die sich allenfalls zu einer Bekundung von Annexionsgelüsten umdeuten liess, wurde ohne weiteres unter einem ausserordentlichen Aufwand von mehr oder weniger aufrichtiger Entrüstung an den Pranger gestellt und bekanntlich haben sogar internationale Rumpfkongresse die Arbeiterklasse aller Länder auf diese scheinbar so einfache und so demokratische Grundforderung von vorneherein festzunageln versucht.

» Soweit man damit in möglichster Schärfe weiter nichts betonen will, als dass neue, widerstrebende Bevölkerungsfremdelemente für jeden modernen Staat, gleichviel ob Deutschland oder Russland oder wer sonst, *bis zu einem gewissen Grad* immer eine tote Last, ein Hindernis des raschern politischen und wirtschaftlich-sozialen Fortschreitens darstellen, so weit rennt man, trotz alles betäubend lauten Sturmblasens und Wortgetöses, doch eigentlich wohl nur die alleroffensten Türen, die im Ernst von niemandem verteidigt werden. Auch die Zedlitz-Neukirch und die Reventlow haben solche Einwände stets hervorgehoben und anerkannt, und man braucht bei ihnen als erfahrenen und geschulten Politikern wahrhaftig nicht, wie dies in mancher vorschnellen parteigenössischen Kritik eingeschlossen liegt, die blanke Unkenntnis solcher naheliegenden politischen Selbstverständlichkeiten vorauszusetzen. Aber sie werden dabei allerdings kaum *der naiven Anschauung huldigen, jede staatliche Massnahme sei einfach schon dann abzulehnen und zu bekämpfen wenn man ihr mancherlei und selbst recht vielerlei unerfreuliche Folgewirkungen nachweisen kann.* Ein Staatseingreifen, das für alle beteiligten Kreise lediglich vorteihafte Folgen nach sich zöge, gibt es nun einmal in unserer, nach innen wie nach aussen interessenzerteilten Gesellschaft überhaupt kaum jemals, und der verteidigte scheinradikale Standpunkt fiele deshalb mit einer stockkonservativen Stillstandspolitik zusammen.

Die Zedlitz und Reventlow schrecken nur alleräusserstenfalls vor Einverleibungen nicht zurück, wenn die erwarteten günstigen Folgen schliesslich die freilich unvermeidlichen ungünstigen Wirkungen doch noch immer überwiegen, und wenn der festzuhaltende Zweck : die dauernde Friedenssicherung gegen bestimmte feindliche Mächte und Mächtekoalitionen (eine Sicherung, die ganz etwas anderes ist als ein glücklich erzielter formaler Friedensschluss) auf anderm Weg nicht zu erreichen wäre. Wenn aber der *Vorwärts* jetzt Bemerkungen wie « ein jedem englischen und französischen Einfluss absolut und für immer entzogenes *Belgien* bilde eine Lebensfrage für Deutschlands Zukunft » bereits als klipp und klaren Einverleibungsanspruch feierlich bekämpft, so liegt zu solchen unbedingten Scharfmacherauslegungen vorläufig durchaus kein zwingender Anlass vor... (Seite 330-331.)

» Auch wenn beispielsweise, einen entscheidenden Sieg Oesterreichs vorausgesetzt, *Serbien* kein österreichischer Landesteil werden soll, so kann man doch recht wohl daran denken ihm *in seiner auswärtigen Politik, in seinen Bündnisrechten, in seiner Eisenbahn- und Handelspolitik bestimmte Schranken zu setzen* : gegen die Erweiterung des russischen Einflusses und für die Wahrung der österreichisch — ungarischen Lebensinteressen. Man kann bei Belgien, ohne Annexionen, darauf halten wollen, dass es nicht wieder unter dem Schein der Neutralität zum Werkzeug eines deutschfeindlichen Englands werden kann, dass es durch einen näher umschriebenen Anschluss an die deutschen Verkehrs- und Wirtschaftszustände enger mit den deutschen Interessen zusammenwächst und sich von den englischen loslöst.

» Solche Mittelwege sind in der politischen Geschichte gar nichts so Seltenes. Luxemburg ist dem Deutschen Reich nicht einverleibt, obwohl es bis 1866 zum Deutschen Bund gehörte ; aber in seinem Eisenbahnrückgrat, in seinem Zollwesen und in noch manchen anderen Wirtschaftsmassnahmen ist es dem französischen Einfluss entzogen und auf das engste mit Deutschland verbunden. Das dereinst spanische Kuba ist von den Vereinigten Staaten nicht annektiert ; aber seine Verträge mit fremden Grossmächten und die Schuldaufnahmen, die seine Unabhängigkeit von neuem untergraben könnten, unterliegen dem Einspruch und der Nachprüfung der Vereinigten Staaten, die auch sonst manche Interventionsrechte, ferner das alleinige Recht zur Erwerbung von Flottenstationen besitzen.

» Um einen ähnlich gerichteten Gedankengang handelt es sich offenbar bei den meisten jüngsten Erörterungen... » (Seite 335-336.)

Friedensgedanken in der Sozialdemokratie, von *Max Schippel*. Artikel veröffentlicht in den « Sozialistischen Monatsheften ». 7. Heft, 15. April. 1915. Herausgeber Dr. J. Bloch. Verlag der Sozialistischen Monatshefte. Berlin.

2.

« Das Wesentliche ist, wie der Friede allein aussehen darf, wenn er nicht einer glatten Einsargung oder immerhin einer vieljährigen Vertagung aller berechtigten deutschen Hoffnungen und Bestrebungen gleichkommen soll. Sollen wir, ein *Welthandelsland*, das in allen seinen Lebensadern unlösbar mit dem Weltmarkt und den Weltmeeren verwachsen ist, nach allen den Strömen bereits geopferten Blutes wiederum hilflos und von allen Zufuhren und Ausfuhren abgeschnitten dastehen, falls wir später von neuem, unsern eigenen Interessen folgend, das englische Missfallen zu erregen drohen ? Wenn man uns jetzt « herrliche Entschädigungen auf andern Gebieten », offenbar koloniale Erwerbungen etwa nach der Art des Kongostaats, in lockende Aussicht zu stellen sucht, welche hochherzige Selbstentäusserung Englands : Landstriche unter der Hand anzubieten und zu verschenken, die gar nicht ihm selbst, vielmehr seinen anfangs so warmherzig verteidigten Bundesgenossen gehören ! Ferner jedoch : Was nützen uns überseeische Besitzungen, die, wie Kiautschou oder Samoa oder Neuguinea, nach allem Aufwand von Kapital, Arbeit und Menschenleben, uns beim ersten Stirnrunzeln Englands wieder aus der Hand gleiten und dem ersten besten, falls er sich der englischen Bundesgenossenschaft erfreut, als willkommene Beute in den Schoss fallen ? Wenn man uns grossmütig alle Erstgeburts- und Vorkaufsrechte auf das alte verfallene portugiesische Kolonialreich oder auf die reichen holländischen Kolonien einräumte, welchen Anlass hätten wir zu frohlocken, wenn englische Geschwader oder die Flotten Australiens und Japans jederzeit das territoriale Schicksal West- und Ostafrikas oder Inselindiens beherrschten? Würden wir unter dem verstärkten Druck solcher kolonialen Rücksichten uns nicht mehr denn je in allen grossen weltpolitischen Fragen zu einer abhängigen, eigenwillenlosen Vasallenstellung gegenüber England, zu einem zweiten Portugal herabgedrückt sehen ? Wer die englische Politik mit ihren Machtmitteln und ihrem Machtgebrauch bisher noch nicht kannte, muss sie durch den grossen Völkerkrieg nunmehr doch endlich, mit ihrer rücksichtslosen Handelskriegführung und Aushungerungstaktik daheim, mit ihrem abgekürztesten Annektierungsverfahren übersee genügend kennen gelernt haben. Mit andern Worten : Die Drehachse jedes wirklichen, nicht nur vorläufigen, sondern auf die Dauer berechneten Friedensschlusses mit England bildet nicht nur der ungeschmälerte Fortbestand der deutschen Seegeltung, die bislang gerade kümmerlich genug war, sondern die Wahrung der freien oder doch (im Fall gegenseitiger Flottenvereinbarungen) die

Wahrung einer genügend sichergestellten künftigen Flottenentwicklung Deutschlands. Was die deutschen alten Achtundvierziger in ihren *ersten imperialistischen Jugendträumen* ersehnten, was sie in ihrer Ohnmacht zähneknirschend schon in den ersten Keimen wieder dahinschwinden sahen, das können ihre Nachfahren heute nicht freiwillig und ohne Not preisgeben wollen. »

Aus einem Artikel : « Deutschland, England und Russland », von *Max Schippel* in den *Sozialistischen Monatsheften* (Heft 8, 29. April 1915, S. 382).



BÜCHER UND BROSCHÜREN



BÜCHER UND BROSCHÜREN

FÜR DAS PRINZIP

Fabrikbesitzer David Dominicus.

« Wir dürfen jetzt auch nicht bloss völkerrechtliche Ideale und andere Ideale im Kopf haben, sondern wir müssen jetzt auch praktische Forderungen vertreten. Wir müssen mit den gegebenen und uns aufgezwungenen Verhältnissen rechnen. Wir dürfen nicht allein an das Gute im Menschen glauben. Ich habe persönlich in meinem Leben so oft die Erfahrung gemacht, dass man damit nicht weiter kommt, und ¼ der überaus schweren Opfer, die das deutsche Volk jetzt im Krieg bringt, würden vergebens sein, wenn wir jetzt nicht auch als praktische nüchterne Geschäftsleute rechnen und nochmals rechnen und wiederum rechnen. Wir müssen zeigen, dass wir nicht nur dezimieren im Schlachtfelde, sondern auch beim Friedensschlusse das Subtrahieren und Dividieren noch besser verstehen als unsere Gegner, und wie sie alle zusammen... (Seite 32.)

» Wenn jemals im Lauf der Weltgeschichte es der ganzen Welt klar geworden ist, dass *allein das deutsche Volk fähig und würdig* ist, zum Segen der ganzen Menschheit *die führende Rolle auf dem Erdball* im Zeichen der Sitte und des Fortschritts zu übernehmen, dann ist dies in den bisherigen Kriegsmonaten geschehen... » (Seite 36.)

Der Kampf um den Weltmarkt und der Völkerkrieg 1914. « Kriegsbetrachtungen eines deutschen Fabrikanten », von *David Dominicus.* Im Kriegsjahr gedruckt und verlegt bei Englert & Schlosser (Inhaber Georg Schlosser) in Frankfurt a. M.

Dr. Benedikt Haag.

« Am deutschen Wesen soll die Welt genesen und aus eigner Erfahrung sollen diejenigen, die über das deutsche Wesen bisher nur Lügen gehört hatten und getäuscht wurden, empfinden, am eigenen Leib sollen sie fühlen, was deutsch heisst und *wie ein Volk beschaffen sein muss, wenn es die Welt beherrschen will...* (Seite 53.)

» Nach dem Orient hat unsere Politik das Auge gerichtet. Im Jahre

1902 wurde die Bagdadbahn — die politische Brücke zwischen der Nordsee und dem persischen Meerbusen — konzessioniert, allerdings auf Betreiben Englands bald wieder internationalisiert. *Im grossen Ozean* haben wir uns (1897-1900) einen Platz an der Sonne zu erstreiten gewusst, der jetzt allerdings dank der « Fürsorge » unserer lieben Vettern jenseits des Kanals in Gefahr schwebt, an die Japaner endgiltig verloren zu gehen. Aber darum dürfen wir den Mut nicht sinken lassen. « Nur immer Vorwärts » muss unsere Parole im Völkerstreit sein. Wir stehen auf der grossen Wegscheide : *Weltmacht Grossdeutschlands* oder Niedergang... » (Seite 65-66.)

Die Weltmission Deutschlands im gegenwärtigen europäischen Krieg, von *Dr. Benedikt Haag*. München 1914, Verlag Max Steinebach.

Professor Dr. J. Haller.

« Unlängst sind Stimmen laut geworden, die vor allzu hohen Ansprüchen warnten und zur Mässigung mahnten. Keine Gebietserwerbung, keine Ausbreitung sollten wir erstreben ; uns genüge, das Gleichgewicht zu Land zu erhalten und das Gleichgewicht zur See zu erobern. Das aber hätten wir schon erreicht, wenn wir gegen den Willen Englands als Seemacht auch nach dem Kriege fortbeständen. Nach dieser Meinung können wir alle Tage Frieden schliessen auf der Basis des *status quo ante.*

« Es wäre tief zu beklagen, wenn solche Ansichten im Volke Verbreitung fänden. *Erhaltung des Gleichgewichts — wenn dies das Ergebnis des Krieges sein sollte, dann hätten wir ihn umsonst geführt.* Wie sah denn dieses sogenannte Gleichgewicht aus, das bis zum August dieses Jahres bestand ? Wir standen da, Gewehr im Anschlag, von Feinden umringt, jeden Augenblick darauf gefasst, uns gegen einen Ueberfall von zwei, drei Seiten wehren zu müssen. Nicht erst seit 10, nein eigentlich schon seit 35 Jahren war unser staatliches Dasein mehr und mehr bedroht, überall in der Welt wurden wir zurückgedrängt, geschädigt, und dazu noch verhöhnt und verleumdet. Während sich andere Völker ausbreiten konnten, die Erde unter sich verteilten, mit vollen Händen zugriffen, mussten wir zusehen, uns bescheiden, uns einschränken und beinahe fortwährend um Entschuldigung bitten, dass wir überhaupt da waren. Nach diesem Zustand des Gleichgewichts sehnt sich niemand von uns zurück. Er ist einer grossen Nation un-

würdig ! Dieser unwürdige Zustand hat aufgehört und wird und darf nicht wiederkehren... (Seite 23.)

» Aus diesem Kampf muss Deutschland so gestärkt, seine Gegner so geschwächt hevorgehen, dass es sie nicht mehr zu fürchten braucht, nicht nur morgen und übermorgen, sondern ein Menschenalter und länger... (Seite 24.)

» Als in längst vergangenen Zeiten das Volk der Römer seine Nachbarn überwunden und unterworfen hatte, da gab es ihnen zugleich mit seiner Herrschaft den Frieden. Im Frieden Roms, in der *pax Romana* fanden die Untertanen Ersatz für die verlorene Freiheit. Wir werden niemand die Freiheit rauben, die wir selbst höher schätzen als das Leben ; aber wir hoffen auch ohne Herrschaft und Gewalt stark genug zu werden, *um unserem Weltteil eine pax Germanica*, einen deutschen Frieden zu schenken. Siegen wir, so soll nicht nur für uns, nein auch für ganz Europa eine neue und bessere Zeit beginnen... » (Seite 28.)

Warum und wofür wir kämpfen ? von *Prof. Dr. J. Haller*. Heft 1 der Tübinger Kriegsschriften « Durch Kampf zum Frieden ». Tübingen 1914, Verlag der Buchhandlung Kloeres.

Freihern von Mackay.

« Deutschland ist das Mittgart Europas, das abendländische « Reich der Mitte » und es liegt auf der Hand, dass diese gebundene, von allen Seiten umlagerte Stellung uns *die Durchhaltung des Anspruchs ein Herrenvolk und eine erste, gebietende Weltmacht zu sein*, besonders erschwert. Ja, nach der Wirksamkeit des Gesetzes, dass der Druck gegen eine Ausdehnungskraft verhältnissgleich ist der Menge und Masse der sie einkreisenden Beharrungskräfte, könnte man unsere Lage tragisch zu nehmen versucht sein, insofern alle von uns selbst oder von unsern Gegnern geschaffenen Machtbindungen und -auswiegungen bei folgerichtiger Entwicklung doch stets auf einen übergewaltigen tödlichen Druck gegen uns hinaus zu laufen scheinen. Aber solchen Schicksalsdrohungen gegenüber vertrauen wir männlich auf das Wahrwort des alten Archidamos von Sparta, der tüchtigste Mann könne nur immer unter den unerbittlichsten Vorschriften und Forderungen erzogen werden ; der eiserne Kanzler hat in solchem Sinn mit Recht Deutschland einem Pferd verglichen, das durch doppelseitigen Schenkeldruck unaufhörlich vorangetrieben werde.

» Seit alters haben wir tatsächlich einen bald offenen, bald in ver-

deckten Minengängen sich bewegendem Zweifrontenkampf um unser nationales Dasein und die Befestigung und Ausweitung unserer staatlichen und kulturellen Macht zu führen gehabt : im Westen gegen das Franzosentum, im Osten gegen das Slawentum... » (Seite 4.)

Deutschland und der Weltkrieg. Der Tag der Abrechnung, von *Dr. B. L. Frh. von Makay.* Hans Sachs Verlag, München-Leipzig 1914. Zweite verbesserte Auflage, 3—5 Tausend.

Kurt Walter von der Bleek.

« ...der Glaube an den endlichen Sieg auch der schier erdrückenden Uebermacht gegenüber konnte nicht zum Wanken kommen, die Ueberzeugung, dass Deutschland als grösster Repräsentant des Germanentums seiner *weltgeschichtlichen Mission* erhalten bleiben müsste, wurde keinen Augenblick erschüttert. Und wenn eine solche Mission als sicher angenommen werden musste, so konnte sie nicht nur darin bestehen, dass Deutschland und seine Bundesgenossen nach siegreichem Ausgange des Kampfes sich eine Entschädigung für die dargebrachten Opfer und die schweren, oft wohl unersetzlichen Verluste an Menschen und Kulturwerten erzwangen und im Rahmen ihrer engeren Ziele und Interessen *Gebietsabtretungen grösseren oder kleineren Umfanges einheimsten.* Das Ziel musste ein grösseres, idealeres sein.

» Das Aufdämmern dieser Ueberzeugung machte alle Phasen der Entwicklung von primitivster Andeutung bis zu hell-lichter Klarheit durch. Es äusserte sich zunächst in oft geradezu in die Form des Scherzes gekleideten Entwürfen, wie wohl nach dem endgültigen Siege über die vielen Feinde Europa, wie die Welt zu teilen sei. Die bisweilen grotesken, jedes praktischen Wirklichkeitssinnes baren Aeusserungen schlichter und selbst gelehrter Geister, die sich in den ersten Kriegsmonaten an die Oeffentlichkeit oder zustimmungsbereite Freundeskreise wandten, sollten auch heute nicht bloss mit mehr oder weniger spöttischem Lächeln abgetan werden, — denn abgesehen davon, dass es wahrlich nicht deutschem Geiste entspricht, dem Beispiel unserer Feinde nachzutun und das Fell des Bären zu verteilen, noch ehe er erlegt, ehe er selbst nur wesentlich verwundet oder geschwächt ist, abgesehen ferner davon, dass gegebenen Falles die praktischen Erwägungen von mehr abhängig sind als der Kompetenz der einen oder anderen wissenschaftlichen Disziplin : *es schlummert in allen diesen Weltverteilungsplänen ein gewaltiger Grundgedanke,* der nur eine unvollkommene, gleichsam kindliche Ausdrucksform angenommen hat — der Grundgedanke, dass es das Ziel dieses Kampfes für Deutsch-

land und seine Bundesgenossen sein muss, *die für den Frieden dieser Erde gefährlichsten Feinde zu vernichten.* Erst die höhere Einsicht ergibt die Erkenntnis, dass es sich bei diesen Feinden nicht um Völker oder Staaten schlechthin handelt, sondern um Prinzipien, die jenen Staatengebilden innewohnen, es ist das Prinzip der englischen Weltmacht und des russischen Zarismus... » (Seite 7-8.)

Die Vernichtung der englischen Weltmacht und des russischen Zarismus, von Kurt *K. Walter van der Bleek.* Verlegt bei Wilhelm Borngräber, Berlin 1915. Auf dem Reklameumschlag steht gedruckt : « Das wichtigste Buch jedes Deutschen ! In zwei Wochen 20,000 verkauft. »

Professor Freiherr von Lichtenberg.

« Würden unsere Feinde siegen, so wäre es auf der ganzen Welt um eine reine Rasse und mithin um jede wahre Kultur dauernd und unrettbar geschehen. Das Völkerchaos und roheste Barbarei würden ihr freches Haupt auf der ganzen Erde erheben. Darum müssen alle Völker, in deren Adern noch wirklich arisches Blut fliesst, Rasse und Kultur beschützen, indem sie, falls sie das gewaltige Völkerringen nicht mit der Waffe mitmachen, doch durch Neutralität den schädlichen Einfluss der uns befehdenden Rassen entschieden ablehnen.

» Auch Griechenland gehört, trotz allem, was heute wie Fallmerayer und Leute ähnlichen Schlages geschrieben, zu den Völkern, die arisches Wesen noch treu bewahrt haben. Wäre dem anders, hätten sie nicht während eines halben Jahrtausends der Türkenherrschaft, während der sie nicht einmal Schulen haben durften, ihre Sprache, antike Sitten und Erinnerung an ihre einstige hellenische Mythologie so treu wahren können.

» Unser deutscher Imperialismus und der von den Feinden so geschmähte Militarismus sind beide Ausflüsse echt arischen Wesens. Sie haben mit echt orientalischem Despotismus oder mit demokratischer Zuchtlosigkeit nichts gemein. Was unsere Feinde Militarismus nennen, ist wirklich die Wehrhaftigkeit des ganzen Volkes, das seine heiligsten Güter verteidigt. Das ist für uns der Sinn auch dieses Krieges, den wir zum Heile des Ariertumes und wahrer Kultur führen. *Nach dem Kriege soll nur arisches Wesen in Europa herrschen.* Darum gebührt den Griechen, Italienern und Osterreich die Herrschaft im Mittelmeere, ferner *Deutschland und Oesterreich die Herrschaft auf dem europäischen Festlande...* » (Seite 136.)

Das Völkerchaos des jetzigen Krieges und die Kultur, von *Prof. Dr. Frh. von Lichtenberg.* In dem Sammelwerk : « Die Vernichtung der englischen Weltmacht und des russischen Zarismus », 1915.

Robert Piloty.

« Unser Ziel kann nur eines sein : *Deutschland muss grösser und stärker aus diesem Krieg hervorgehen.* Deutschland muss so stark werden, dass alle Stämme deutscher Art, wenn nicht eingeschlossen in das deutsche Reich so doch ihm angeschlossen sein müssen für alle Zeit. Deutschland muss so stark werden, dass ihm die Welt in dem Sinn gehört, wie es der deutschen Art entspricht, nämlich nicht so, dass die deutsche Kaiserkrone die räumliche Herrschaft über den Erdball bedeutet, aber so, dass sie allen Ländern, Völkern und Regierungen die Achtung einflösse und wenn nötig gebieten könne, die sie verdient, und die deutschem Geist und deutscher Arbeit entspricht.

« Nicht materielles Wohlbehagen sondern eine Erhöhung unseres Gesamtlebens soll unser Ziel sein. *Die deutschen Ideale sollen die Ideale der Welt sein* und das deutsche Volk soll sie selbst wirkend in der Welt vertreten... » (Seite 45-46.)

Ursachen und Aussichten des Krieges, von *Robert Piloty*. Tübingen, Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1915.

Professor Reinhold Seeberg.

« Die Weltgeschichte wendet sich auf ihrem Lager, daher wankt die Welt in ihren Grundfesten, die Hand Gottes ist ausgereckt zum Schlage oder zum Segen. Tausend Fragen klingen im Brausen des Windes durch die Lüfte. Im ganzen Volk zittern die Herzen in Erwartung der Zukunft. Wir folgen dem Wunsch unserer Regierung und schweigen in der Oeffentlichkeit über die äusseren Früchte unseres Krieges. Um so mehr wird im stillen mit leidenschaftlichem Eifer hierüber verhandelt. Die Wunschlosen, die in mehr oder minder kluger Resignation sich bescheiden, sind überaus selten. Je weiter unsere Heere vordringen, desto lebhafter werden die Hoffnungen. Da erhebt sich der einzelne wohl auch über die Schranken der Parteidisziplin. Der Feldpostbrief eines Sozialdemokraten, den die Presse verbreitet hat, mag das veranschaulichen. Es heisst dort :

« Wenn in einem solchen Weltkriege eine Partei jede Annexion verwirft, um ihrer Theorie treu zu bleiben, so ist sie dem Verderben nahe. Ich für meine Person wenigstens muss erklären, dass ich in einer derartigen Partei keine Funktion mehr übernehmen würde, falls ich aus dem Felde gesund heimkehrte. Ja, ich muss mich dann sogar fragen, ob ich fernerhin Mitglied einer solchen Partei bleiben könnte. Die Ge-

nossen daheim haben anscheinend keine Ahnung, wie wir im Felde denken. Könnten sie nur einmal einen Tag im Schützengraben zubringen, so würden sie von uns die Wahrheit zu hören bekommen, dass ihnen die Haare zu Berge stünden. Viele tausend braver Parteigenossen haben für die Eroberung... Leben oder Gesundheit geopfert. Und da wollen wir diese Gebiete wieder herausgeben ? Das kann unmöglich geschehen. Die französischen, englischen und belgischen Genossen würden, wenn die Lage umgekehrt wäre, zweifellos klipp und klar sagen : *Was erobert ist, bleibt erobert.* Denken deutsche Genossen in der Heimat anders, so haben sie von dem Ernst und den Strapazen des Krieges keine Ahnung. Alle diese müsste man recht bald in die Schützengräben schicken, damit sie dort verständige sozialdemokratische Politik treiben lernten. »

» Diese Worte sind nur deshalb beachtenswert, weil sie von einem Sozialdemokraten herrühren. Im übrigen geben sie nur eine in militärischen Kreisen weitverbreitete Stimmung wieder. Es ist natürlich selbstverständlich, dass lediglich der Erfolg des Krieges über den Frieden entscheiden kann... » (Seite 1—2).

Was sollen wir denn tun ? von Professor *Reinhold Seeberg*. Leipzig 1915. A Deichertsche Verlagsbuchhandlung, Werner Scholl.

Dr. Friedrich Stieve.

« Wir sehen : dreimal, in Abständen von mehreren hundert Jahren bilden die beiden genannten Begriffe : Heimat und Welt den Inbegriff der Ereignisse. Dreimal versucht die überströmende germanische Natur das Vaterland zu sprengen, *zu dehnen ins Unermessliche ins Erdenmögliche.* Um 400 kindlich unbewusst, nur einem dunklen Drange folgend und dem Unglück geweiht. Um 1200 jünglingshaft strahlend, ganz erfüllt von dem Gedanken des Kaisertums, wie ihn das versunkene Römerreich der Menschheit vermacht hatte : des Kaisertums als Weltherrschaft, aber zu schwach noch zur Ausführung.

» Und um 1900 ? — Heute ?

» Wenn wir danach forschen was unsere Gegenwart bewegt — wir werden gewiss mit Recht sagen, dass wir die väterliche Erde vor den Scharen feindlicher Eindringlinge schützen müssen. Aber schon die Namen der zahlreichen Gegner deuten auf ein noch grösseres Ziel. Frankreich, Russland, England, Japan — strecken sie in der Tat ihre Hände nur gegen das Gebiet zwischen Rhein und Weichsel, Nordsee und Alpen aus ? Nein, sie richten sich gegen ein weiteres Deutschland,

das draussen liegt, jenseits der heimatlichen Grenzpfähle, draussen in der Welt. Ein weiteres Deutschland, das wir in den letzten Jahrzehnten des Friedens, still und langsam, an allen Ecken des Erdballs uns erobert haben, ein Deutschland, von dem wir selbst — gestehen wir es nur ein — erst recht erfuhren, wie weit es sei, als es so umfassend von allen Seiten angegriffen wurde.

» Wir erleben es also, dass unser Volk abermals das eigne Gewand zersprengt, um *hinauszugreifen ins Unbegrenzte.* Uralte Wünsche von tausend und abertausend Jahren her rauschen wieder auf in den grauen Wellen unserer Truppen, die sich nach Frankreich und Russland ergiessen. Das doppelte Verlangen, das unsere Ahnen und Vorahnen getrieben hat, ist in den Enkeln frisch erwacht und findet gerade jetzt eine alle durchdringende Betätigung. Aus dem stolzen Klang der deutschen Waffen weht es wie damals: Heimat und Welt... (Seite 16-17.)

» *Der Wille zur Macht* ist heute die Losung wie ehedem. Er bedeutet nicht das Verlangen, den Erdball zu beherrschen, auf jene Art wie es andere Völker getan haben und tun. Völker, die die übrigen mit Gewalt niederdrücken und sich unterordnen, Völker deren äusserliche Macht den Keim des Endes schon vor Anbeginn in sich trägt. Der Deutsche will niemand knechten, das hat er nie gewollt. Nein, der Wille zur Welt bedeutet seit Jahrhunderten nur dies : Die Welt, soweit sie reicht, muss unserer Tatkraft offen stehen. Der Norden wie der Süden, der Westen wie der Osten des Erdballs soll freier Schauplatz unseres Könnens sein. Kein anderer darf uns den Weg zum Ganzen versperren. Wir verlangen nach dem All, wie Faust es tut. Wer uns das verbieten will, greift an das Beste, Eigenste was wir haben. Der Wille zur Welt, ist keine Begierde nach Besitz. — Er ist *die uralte Sehnsucht ins Grenzbefreite, ins Unendliche.* Der Wille zur Welt ist das innerste Geheimnis germanischen Blutes... » (Seite 18-19.)

Deutschland vor den Toren der Welt, von *Dr. Friedrich Stieve.* Delphin-Verlag, München 1915.

Professor Alfred Weber.

« ...Unsere grosse Not ist unsere « Engigkeit » — *die Engigkeit des Raumes*, in den dies starke, lebenskräftige, vielleicht das vitalste und expansionsbedürftigste Volk der Erde eingesperrt ist. Unsere Not nicht nur, weil dadurch soviel wirtschaftliche und sonstige praktische Existenzhemmungen und Reibungen entstehen, weil viele der besten Kräfte hinausgetrieben und zum Teil verloren werden und weil unsere allerprimitivste Nahrungsbasis der Breite unsres Daseins nicht mehr ent-

spricht. Vor allem, wir kommen dadurch nicht zur freien Entfaltung unserer geistigen Kräfte, sondern leiden an diesem Sichstossen, Sichdrücken, Sichfügenmüssen seelisch, und es entsteht der eingeengte, mit den Ellenbogen arbeitende und geistig unfreie Deutsche, der immer noch eine so verbreitete Spielart bei uns ist — an jene zusammengehuzelten Figuren gemahnend, die die Engigkeit der Stadtwirtschaft seit dem vierzehnten Jahrhundert in Bild und Form aus sich heraus gestellt hat. Nicht ein Produkt der « Autorität » oder anderer angeblicher Prinzipien unserer Organisation, sondern eine Geburt eben jenes Abhängigkeitsbewusstseins, das die halbe oder Viertelsüberflüssigkeit im allzu engen Raume schafft—unsere schwerste geistige Hemmung... (Seite 91.)

» ...unser tiefstes, politisches Leibhaftwerdungsproblem ist, wie wir über unsern gegenwärtigen Entfaltungsraum hinausgelangen, — *diesen so lächerlich kleinen mit dem Daumen zu belegenden Fleck auf der Karte, der Deutschland heisst.* Dass Imperialismus, Herrschafts- und Eroberungsexpansion, die Art also, wie die andern Völker das Problem gelöst haben, nicht der richtige Weg ist, mit andern Worten, dass auch Kolonien nur in beschränktem Masse für uns das erfüllen können, worum es sich dabei handelt, — darüber habe ich ja in diesen Briefen schon gesprochen. Wir können niemals mehr als einige tropische Kultivationsgebiete zum Beispiel ein zentralafrikanisches Mittelreich, auf diese Art bekommen. Unsere Bedürfnisse gehen aber weiter : Erweiterung der regulären Nahrungsmittelbasis, Anlagegebiete für Kapitalien, hochentwickelte Absatzsphären für Industrie und *vor allem Wirkungskreise für unsere intellektuellen Schichten für die in gewaltigem Masse überschüssigen Kräfte unserer oberen Klassen.* All das geht in das « bischen » Zentralafrika, samt Belgisch- und Französisch-Kongo — Marokko betrachten wir doch wohl als mohammedanisches Gebiet — nicht hinein.

» Wir haben im letzten Vierteljahrhundert, durch die Verhältnisse gezwungen, einen andern Ausweg beschritten, um all das unterzubringen : den der wahllosen, « freien » Einfügung aller dieser Kräfte und Bedürfnisse in der Welt. Und wenn wir heute « Freiheit der Meere » verlangen, wenn wir beginnen, uns als die Vertreter der « kleinen Nationen », die ebenso wie wir vom Imperialismus ausgesperrt sind, einzulernen, — so ist das nichts als theoretischer Ausdruck dieser Situation, der Versuch, eine andere als die imperialistische Basis für unsere politische und sachliche Welteinfügung und Weltausstrahlung zu gewinnen... (Seite 92-93.)

» *Wir müssen einen dritten Weg der Welteinfügung einschlagen, der nicht durch Paragraphen sondern durch Realitäten gesichert ist.*

» Das ist der organisierte Zusammenschluss gleichinteressierter Kräfte um uns, und wir müssen für die Einschlagung dieses Wegs an die besonderen Bedingungen anknüpfen, mit denen uns die Natur selber in das geographische und damit auch politische Erdganze eingefügt hat.

» Wir sind von der Natur zur geographischen Zentralmacht Europas gebildet worden. Der Krieg hat uns gelehrt, dass wir im Kampfe um unsere Existenz sicher nur die Elemente beherrschen und nur mit denen verbunden bleiben, die wir als Zentralmacht Europas organisch um uns gruppieren und mit denen wir von dieser Zentralstellung aus in kontinentaler Verbindung bleiben können. Und ohne unsere Expansion als Seemacht irgendwie hemmen oder unterschätzen zu wollen, müssen wir bei Ausgestaltung unserer Existenzgrundlagen und auch für die Erweiterung unserer Auswirkungssphären in der Welt in erster Linie an diese Bedingungen anknüpfen, in denen uns die Natur eine Vorzugsstellung vor allen anderen europäischen Nationen gewährt hat, also eben an unsere zentrale kontinentale Lage in Europa. Diese weist auf einen zentraleuropäischen Staatenbund als unsere Existenzgrundlage hin und für die Ausstrahlung unserer Kräfte in die Welt in erster Linie auf den kontinentalen Weg nach Südosten über den Balkan und Kleinasien.

» Der Krieg hat durch das Bündniss mit Oesterreich-Ungarn und der Türkei schon die Umrisse des Körpers vorgebildet, auf dessen Ausbau darnach unsere künftige Weltstellung ruhen muss. Eine möglichst weitgehende Angliederung der Balkanstaaten an diesen Körper muss ihn in Europa ergänzen. Und die verkehrsmässige Anschliessung möglichst grosser Teile Asiens und in zweiter Linie auch Afrikas durch Eisenbahnen muss ihn in seiner weiteren Ausgestaltung zur Achse des kommenden grossen europäisch- asiatisch- afrikanischen Zentraleisenbahnsystems machen, in der Art wie das von *Franz Köhler* in der Broschüre *Der neue Dreibund* angedeutet worden ist. Ein solcher Körper muss der gesicherte Raum sein, mit dem wir in die Weltwirtschaft eingegliedert sind. Er würde in gleicher Weise aus unserer natürlichen geographischen Position, aus den historischen Gegebenheiten und aus den Möglichkeiten militärischer Beherrschung erwachsen... » (Seite 95-96.)

Gedanken zur deutschen Sendung, von *Alfred Weber*, Professor an der Universität Heidelberg : aus der Sammlung von Schriften zur Zeitgeschichte. S. Fischer, Verlag Berlin 1915.

Fritz Lembke.

« Zur Sicherheit eines Volkes gehört vor allen Dingen Macht. Auf diese, auf das Gewicht unserer Waffen müssen wir in erster Linie unsere künftige Sicherheit bauen. Aber dabei wollen wir es doch leichter haben als in diesem Weltkriege. Dass wir so ungeheuer schwere Arbeit besonders im Anfange zu leisten hatten, lag an der Schwäche unserer Grenzen, über die der Feind ganz gemütlich hinwegspazieren konnte !... (Seite 26.)

» Wer sich unsere Grenzen vergegenwärtigt, wird leicht zu der Annahme geneigt sein, dass es *ohne jede Erwerbung feindlicher Gebiete kaum abgeht*, denn unsere Feinde werden durch den Friedensschluss sicher nicht in unschuldige Lämmer verwandelt... (Seite 37.)

» Wir werden also damit rechnen müssen, dass wir nach wenigen Jahren vielleicht schon unsern heutigen Feinden aufs neue entgegentreten müssen, sie dann aber stärker finden als heute. wenn wir nicht gründlich vorbauen. Wir müssen schon aus diesem Grunde anlehnend an die natürlichen, landschaftlichen Schutzwehren, wie Gebirge, Flüsse, Seen, Sümpfe usw. mit allen Mitteln der Technik uns Grenzbefestigungen schaffen, an denen auch ein an Zahl überlegener Feind sich die Köpfe einrennen muss. Jede Lücke, die wir etwa infolge von Weichherzigkeit und Nachgiebigkeit in unserm Grenzschutze lassen werden, müssen unsere Söhne und Enkel mit ihren Leibern verstopfen. Ihr Leben und ihr Blut verhandeln wir, wenn wir in diesem Punkte irgend etwas versehen... » (Seite 28-29.)

Wann wird Friede ? Eine Antwort für Deutschlands Volk und Heer, von *Fr. Lembke*. 5. Auflage, 38-70 Tausend. Berlin S. W. 11. Deutsche Landbuchhandlung G. m. b. H. 1916.

H. Frobenius.

« An dem Friedensziel unserer Gegner haben auch alle bisherigen verfehlten Kriegsziele nichts zu ändern vermocht, und was das Bedenklichste ist, sie rechnen bereits mit der Zukunft, sie planen auch nach der Beendigung des Kampfes mit Armee und Flotte, mag der Frieden ausfallen wie er wolle, mit den friedlich erscheinenden Waffen des Handels, der Industrie und Kredits das Ringen unentwegt fortzusetzen, um ihr Ziel, die Zertrümmerung des Deutschen Reiches, die Vernichtung seiner Industrie, Unterbindung seines Handels, völliges Aushungern und Niederwerfen des Deutschtums bis zum Verzicht auf

jeden weiteren Wettbewerb auf geistigem und materiellen Gebiet zu erreichen. Und mit dieser, sich uns immer mehr aufdrängenden Erkenntnis tritt auch immer klarer in unser Bewusstsein, worin unser Friedensziel uns zu suchen ist : den Kampf, den wir mit fast der ganzen Welt um unsere Existenz zu kämpfen haben, nicht eher zu beenden, als bis wir eine Machtstellung gewonnen haben, die uns volle Bewegungsfreiheit für die weitere Entwicklung unserer Lebensbedingungen gewährleistet. Das begreift aber *Machtzuwachs* in sich, da die Rücksicht auf unsere bisherige Macht uns gegen den listigen Ueberfall nicht geschützt hat, das umfasst den *Verschluss der Einfallstore unserer Gegner, am sichersten durch ihre Besitzergreifung, das verlangt Gebietserweiterungen für unsere anwachsende Bevölkerung,* verlangt völlige Freiheit der Meere und eine innere Organisation im engsten Anschluss an unsere Freunde, die uns im Notfall noch grössere Unabhängigkeit vom Auslande sichert, als wir sie zur Zeit besitzen... » (Seite 9-10.)

» ...je länger der Krieg sich hinzieht — und daran scheint England ein besonderes Interesse zu haben — desto mehr ist die deutsche Heeresleitung imstande, den Armeen *immer neue Kriegsziele* zu stecken, d. h. Aufgaben zu stellen, durch deren Lösung wir dem Friedensziele in immer vollendeterer Form uns nähern. Denn wenn der Reichskanzler einmal gesagt hat, je länger der Krieg dauere, je härter würden unsere Friedensbedingungen sein, so hat er damit ausgesprochen, dass *unser Friedensziel durchaus nicht ein im voraus bestimmt begrenztes* sondern je nach den Verhältnissen, d. h. je nach dem Umfange der erreichten Kriegsziele weiter auszugestaltendes sein müsse. Was wir für die Sicherung gegen wiederholte heimtückische Angriffe benötigen : für die Landesverteidigung geeignete Grenzen und Verschluss der den Gegern dienenden Einfallstore, das können wir auf verschiedene Weise erreichen, d. h. die Grenzen des einzuverleibenden feindlichen Gebietes können enger und weiter gezogen werden, und die Form der Abhängigkeit dieser Gebiete kann eine sehr verschiedene sein. Das wird und muss sich danach richten, was wir im Augenblick des Friedensschlusses tatsächlich mit den Waffen genommen haben, *so dass wir unsere Forderungen, also unser Friedensziel, vielleicht nach einem halben Jahr viel höher bemessen können als zur Zeit.* Eine Festlegung auf ein bestimmt unrissenes Friedensziel ist mithin untunlich, und ein solches kann auch nicht zur Diskussion gestellt werden, wenn schon Erwägungen darüber angestellt werden mögen, was uns wünschenswert erscheint. Unsere Wünsche in einer irgendwie bindenden Form zu äussern wäre unzweckmässig.

» *Dies gilt unseren Gegnern im Westen und Osten gegenüber. Sie sind bereits besiegt*, und es fragt sich nur noch, wie weit wir auch nach Umständen unseren Sieg verfolgen wollen und können. Etwas anderes ist es mit Grossbritannien. Der Macht gegenüber, die ihre Seeherrschaft bisher nicht anders verwertet hat, als habe sie unmittelbar das Erbe der durch sie einstmals bekämpften Seeräuber angetreten, haben wir ein ganz bestimmt ausgesprochenes Friedensziel, nämlich die Freiheit der Meere nicht nur für uns, sondern für alle seefahrenden Nationen. Und um dieses zu erreichen, müssen wir unbedingt Grossbritannien niederzwingen. Was wir auch unsern anderen Feinden abgewinnen mögen, es würde wertlos sein, wenn wir nicht dieses wichtigste Friedensziel erreichen. » (Seite 58-60.)

« *Kriegsziele und Friedensziele* » von *H. Frobenius*, Oberstleutnant a. D. Verlag von Karl Curtius in Berlin W., Mai 1916. H. Frobenius ist der *Verfasser* einer im Früjahr 1914 erschienenen Broschüre *Des Deutschen Reiches Schicksalsstunde*, die den Krieg ankündigte und sehr grosses Aufsehen erregte, als bekannt wurde, dass *der deutsche Kronprinz* den Autor schriftlich beglückwünscht hatte.

Georg Wilhelm Schiele.

« *Wir haben Neuland erobert und unser Herz hängt daran, dass wir dieses Land behalten und noch anderes hinzubekommen.* Aber ich möchte hinzufügen : wir glauben nur, es erobert zu haben ; wir müssen hinterher noch wirklich erobern durch die wirtschaftliche Arbeit, durch die Menschenkraft, die wir anwenden. Sonst werden wir erleben, dass wohl ein Strom von Kindern hinausgeht, — dafür sorgt die Abenteurerlust des deutschen Geistes, die uns die deutsche Geschichte seit Jahrhunderten zeigt — dass aber ein vierfacher Gegenstrom von fremder Kraft hereinströmt ins alte Vaterland. Was wäre dann erreicht ? Darum meine ich, dass eigentlich *das Siedlungsproblem im Neuland* nicht in den Begriff der inneren Kolonisation hineingehört ; das ist äussere Kolonisation, die wir vielleicht auch noch leisten können. Nur um so mehr müssen wir uns aber der Aufgabe der inneren Kolonisation zuwenden in den alten, in den Heimatprovinzen ; sonst wird es in Zukunft dahin kommen, dass es von dem Kostbarsten, was ein Volk hat, dem Saatgut sozusagen, der Menschenernte, die es haben muss, der Zukunftskraft des deutschen Volks nicht heisst : gepflegt, vermehrt, veredelt und damit die Erde erobert, sondern es heissen müsste : verzehrt, vergeudet, verschleudert in alle Winde für eine kurzlebige Eroberungspolitik, zu der die Kraft gefehlt hat. »

« Wenn die Waffen ruhen », von *Georg Wilhelm Schiele.* Verlag J. F. Lehmann, München 1916. »

IN OSTEUROPA

Dr. Hermann Ullmann.

« Es geht um die Berufung des Deutschtums zur Kolonisation, um die Weltaufgaben des deutschen Volkes... (Seite 4.)

» Wie immer dieser jetzige Krieg ausgehen mag : den Kampf gegen den Osten wird er nicht beenden. Gegen den östlichen Gegner werden wir gerüstet bleiben müssen. Mit Frankreich kann man sich ein Bündniss denken, selbst mit England einen Ausgleich, der rüstige Weiterarbeit ermöglichte : einen Zustand der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den ungeheuren, innerlich uneinheitlichen, ungeleiteten, unkontrollierbaren Völkermassen Russlands kann sich niemand von uns vorstellen... Die einzig dauerhafte Rüstung *gegen Osten nun ist : Kolonisation.* Schaffung eines Grenzbezirkes, der wehrkräftig vom Osten trennt und kulturell zu ihm hin vermittelt ; der zu Mitteleuropa und damit zur deutschen Kultur gehört und zugleich doch durch seine Sonderart es ermöglicht, dem Osten nahezukommen, ihn zu verstehen und ihm damit überlegen zu sein... » (Seite 18—19.)

Welche Früchte soll uns der Krieg bringen ? Mehr Menschen oder mehr Güter ? Von den Kolonisationsaufgaben des Deutschtums, von *Hermann Ullmann.* Verlag Deutsche Arbeit, Prag 1914.

Georg Cleinow.

« ...es gilt durch diesen Krieg *die Ostgrenze* unseres Reiches, um die wir seit des grossen Friedrich Regierungszeit fast ununterbrochen kämpfen, so sicher zu stellen, dass die Idee, uns Preussens Krönungsstadt fortzunehmen, nie mehr in den Kreis politischer Erwägungen gezogen werden kann.

» Das muss das politische Hauptergebnis sein für das Deutsche Reich. Das zweite Ergebnis ist zunächst nur mehr kultureller Art : es gilt etwa zwei Millionen Deutsche, die in Russland leben und dort besonders auf landwirtschaftlichem Gebiet eine ungeheure Kulturarbeit vollbracht haben, vor der endgültigen Einstampfung in eine allrussische Nation zu bewahren.

» Das Deutschtum in Russland befindet sich schon seit Jahrzehnten

in der Gefahr, in die Stellung des Juden daselbst hinabgedrückt zu werden. Schon seit 1886 haben die ersten Wohnbeschränkungen für sie stattgefunden ; jetzt will die russische Regierung sie aus fünfundzwanzig Gouvernements vom Lande vertreiben und sie in die Städte verpflanzen ! Und von hier aus schliesst sich auch der Ring vom Ideelen zum Materiellen, von den Geboten der Nationalität gegenüber zu den Geboten des gewerblichen Nutzens. Es handelt sich für uns um die handelspolitisch wichtige Frage, ob wir der russischen Sprache gestatten wollen, ihre westliche Gebrauchsgrenze bis nach Posen hin auszudehnen, oder ob wir selbst die deutsche Sprachgrenze mit Hilfe der Deutschen, Letten, Esten, Juden, Litauer und Polen um einige hundert Kilometer weiter nach Osten verlegen wollen. Die Entscheidung über unsere kulturelle Zukunft hat das Geschick uns in die Hand gegeben. Fassen wir diese Aufgabe und die damit verbundene Verantwortung unserer eigenen Generation und Kind und Kindeskind gegenüber nur fest ins Auge, wir werden finden, dass auf einer im Osten verbreiterten Kulturbasis auch der deutsche Handel und die deutsche Industrie noch mehr befähigt werden, den Westmächten, insbesonders Britannien, zu widerstehen, wie schon bisher... » (Seite 60-61.)

Das russische Problem, von *Georg Cleinow*, Herausgeber der Grenzboten in dem von *K. W. van der Bleek* herausgegebene Buch : « Die Vernichtung der englischen Weltmacht und des russischen Zarismus ». Verlag Borngräber, Berlin 1915.

Axel Ripke.

« Unter den politischen Problemen, die scheinbar längst entschieden von der blutigen Gegenwart gebieterisch eine vollkommen neue Lösung verlangen, steht die Frage nach der *Herrschaft über die Ostsee* obenan. Erst sechs Jahre ist es her, dass die an das Baltische Meer angrenzenden Staaten, Deutschland, Russland, Schweden und Dänemark, in feierlichem Vertrage den *Status quo* auf der Ostsee proklamierten, und doch liegt diese Zeit heute schon so fern, dass die Akte kaum der Tinte wert ist, die den Beschluss der Mächte scheinbar für ewig festhalten sollte. Denn was im Frieden Geltung hatte, kann nicht im Kriege mehr bestehen bleiben ; erst recht nicht, wenn der Inhalt des Vertrages selbst einen wenn auch noch so versteckten Kriegsgrund bildet. Das aber ist und bleibt die Ostsee für den russischen Angreifer ; es sei denn, der Deutsche löst auch dieses Problem endgültig und in jener Weise, wie er alle historischen Fragen noch immer am besten beantwortet hat, mit dem Schwert... (Seite 170-171.)

» Da ein *friedliches Kondominium auf der Ostsee für uns mit den Russen zusammen unmöglich ist*, gilt es, *das deutsche Imperium auch längs den Gestaden des Baltischen Meeres* zu begründen. Der Weg zu solchem Imperialismus ist durch die Erfahrungen der Geschichte vorgeschrieben. Sein letztes Recht aber erhält er, wie einst der römische, aus zwiefachem Grunde: neben der Machterhaltung des Deutschen Reiches, die, wenn sie im gleichen Umfange dauernd bestehen soll, vermehrt werden muss, gilt es, die deutsche Kultur als das höchste menschliche Gut in jenen Ländern zu neuem, stärkerem Leben zu erwecken, die sie heute noch trotz des äusseren russischen Firniss besitzen, zum anderen sie in Gebieten zu verbreiten, deren Bevölkerung bis zur Stunde noch im Dunkel einer halb asiatischen Barbarei dahinvegetiert. Denn das Losungswort der neuen Zeit lautet : « In orientem lux... » (Seite 176-177.)

Der Kampf um die Ostsee, von *Axel Ripke*, (Herausgeber der Zeitschrift : *Der Panther*), in dem Buch : « Die Vernichtung der englischen Weltmacht und des russischen Zarismus durch den Dreibund und den Islam, » herausgegeben von Kurt L. Walter van der Bleek. Verlegt bei Wilhelm Borngräber. Berlin 1915, 21.-30. Tausend.

Dr. Adolf Grabowsky.

« Solange Oesterreich-Ungarn und das Deutsche Reich als zwei besondere Staaten bestehen, kann Deutschland auch bei grösster Freundschaft zu Oesterreich nicht auf eine selbständige und zweckmässige Festlegung seiner Grenzen verzichten. Jeder Staatsmann hat sich auf den Standpunkt zu stellen, dass der Vorsehung niemand in die Karten zu gucken vermag, er muss auch die entferntesten Eventualitäten in Rechnung ziehen und darf niemals ein Sicherungsmittel vernachlässigen, auch wenn es aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zur Anwendung zu kommen braucht. Deshalb bedürften wir gegen das österreichische Gross-Galizien auch dann guter Grenzen, wenn dies Land von rein deutscher Bevölkerung bewohnt wäre. Da es aber nun einmal von Polen besiedelt ist und ihm seine nationale Eigenart auch keineswegs genommen werden soll, so müssten wir erst recht auf eine zweckmässige Grenze Bedacht nehmen. Das ist weder ein Misstrauen gegen Oesterreich, noch gegen Polen, sondern fliesst lediglich aus unserem natürlichen Staatsinteresse... (Seite 87-88.)

» Nur eine Lösung bleibt übrig, eine Lösung aber, die zum Glück auch allen Anforderungen gerecht wird : *die gemeinsame Herrschaft Deutschlands und Oesterreich-Ungarns über Russisch-Polen, das sogenannte Kondominium...* (Seite 89.)

» Die gemeinsame Herrschaft Deutschlands und Oesterreich-Ungarns über Polen *befriedigt die Lebensnotwendigkeiten der Zentralmächte*; denn sie schafft eine Einigung über Polen, bei der weder Deutschland noch Oesterreich-Ungarn benachteiligt ist, und sie macht aus Polen den Wall gegen Osten, dessen wir und Oesterreich-Ungarn bedürfen... » (Seite 98.)

Aus dem Buch : *Die polnische Frage* (Berlin, Verlag Karl Heymann, 1916), von *Dr. Adolf Grabowsky*, Herausgeber der Zeitschrift : *Das neue Deutschland.*

IN WESTEUROPA

Professor Dr. Max Apt.

« Wenn wir weder durch England allein, noch durch seine Koalition mit Frankreich und Russland eine Schwächung unserer Weltmachtstellung befürchten, so *darf es uns aber nicht genügen*, nachdem einmal dieser Weltkrieg entbrannt ist, *nur das zu verteidigen, was wir besitzen*. Vielmehr ist es unsere Pflicht, die Widerstände hinwegzuräumen, die der vollen Entfaltung unserer Weltmachtstellung noch entgegenstehen. Wir sind zwar in der intensivsten Weise mit der Weltwirtschaft verbunden, wir besitzen aber nicht die Möglichkeit, gegen den Willen Englands auf das Weltmeer zu gelangen. Solange England mit uns den Wirtschaftskampf im friedlichen Wettbewerb auskämpfte, hat sich dieser Mangel unserer Weltmachtstellung nicht fühlbar gemacht. Jetzt aber sehen wir, dass wir durch England gehindert werden, an den Atlantischen Ozean zu gelangen. Nicht nur unser Aussenhandel ist unterbrochen, sondern England versucht auch, die Zufuhr an Lebensmitteln und Rohstoffen zu unterbinden. Deshalb müssen wir an den Atlantischen Ozean heran und uns im übrigen auf allen Weltmeeren die gleichen maritimen Stützpunkte suchen, wie sie England in beharrlicher Arbeit sich errungen hat.

» Noch jedes Volk mit gesunden Instinkten und lebenfähiger Staatsordnung hat, wie Fürst Bülow richtig hervorhebt, an die Meeresküste gedrängt, wenn sie die Natur ihm versagt hatte. Völker, die das Meer nicht gewinnen konnten, oder von ihm abgedrängt wurden, schieden stillschweigend aus dem grossen weltgeschichtlichen Wettbewerb aus. Der Besitz der Meeresküste bedeutet aber nichts anderes, als die Möglichkeit zu überseeischer Kraftentfaltung und letzten Endes die Möglichkeit, die Kontinentalpolitik zur Weltpolitik zu weiten.

» Von diesem Gesichtspunkte aus muss dieser Krieg geführt werden. Nachdem unsere friedliebende Art uns vor dieser gewaltigen Heimsuchung nicht bewahrt hat, *müssen wir mit aller Energie und Rücksichtslosigkeit die Folgerungen aus einem siegreichen Vorgehen unserer Armee ziehen*. Die *Stützpunkte*, die wir an der *Nordküste Belgiens und Frankreichs zu erobern hoffen*, dürfen wir nicht mehr aus der Hand geben, weil sie allein uns eine Gewähr bieten für unsere Fortentwick-

lung als Welt- und Seemacht. Diesem Gesichtspunkt muss sich auch die Frage unterordnen ob Belgien annektiert werden soll, oder nicht. *Eine Annexion Belgiens* würde für uns nicht in Betracht kommen als eine Erweiterung unseres Gebietszuwachses, sondern lediglich von dem Gesichtspunkt aus, ob zur Aufrechterhaltung der eroberten Küstenstriche die Annexion notwendig ist oder nicht. *Ist sie strategisch notwendig, so müssen wir eine auch unerwünschte Annexion vornehmen...* Gerade, weil das deutsche Volk seine Friedensliebe Jahrzehnte hindurch bestätigt hat, wird es nur einem solchen Frieden zustimmen, der den ungeheuren Opfern entspricht, die dieser Weltkrieg gefordert und der eine Garantie für einen dauernden Frieden gibt. Ein dauernder Friede ist aber nur dann möglich, wenn England moralisch und strategisch das Bewusstsein hat, dass es bei einem Angriff gegen uns unterliegt. Dann werden wir für England nicht mehr Angriffsobjekt, sondern begehrendswertes Bündnisobjekt werden... » (Seite 29-32.)

Der Krieg und die Weltmachtstellung des Deutschen Reiches, von *Max Apt*. Heft 12 der Sammlung « Zwischen Krieg und Frieden ». Verlag S. Hirzel in Leipzig, 1914.

Bankdirektor Dr. Dietrich Bischoff.

« Des Weltkrieges grosse sittliche Forderung verlangt ganzes Wollen und ganze Tat. Ein Friedensschluss, bei dem *Englands unsittliche Macht* ungebrochen bleibt, wäre ein Verrat an der heiligen Sache deutschen Kampfes... »

Aus dem Buch « *Kriegsbetrachtungen* (Verlag von Bruno Zechel in Leipzig 1914), von *Dr. Dietrich Bischoff*, Bankdirektor in Leipzig und Vorsitzender des Vereins deutscher Freimaurer.

Professor Dr. Conrad Borchling.

« Dass der *Bezirk Arlon* wieder mit seinem alten deutschen Hauptlande, *dem Grossherzogtum Luxemburg, vereinigt werden und mit ihm unter die deutschen Bundesstaaten zurückkehren*, der deutsche Bezirk von *Verviers* aber *an die Rheinprovinz angegliedert* werden möge, ist wohl *das Mindeste,* was wir bei einem günstigen Ausgange dieses Krieges erwarten dürfen... (Seite 8.)

» Jeder nüchterne Betrachter der geschichtlichen Entwicklung wird überzeugt sein, dass eine weitere Fortexistenz Belgiens nach diesem Kriege in den alten Formen, trotz allen politischen Erfolgen der Vlamen, letzten Endes den sicheren Untergang ihres germanischen Volks-

tums bedeuten würde. Vermag Deutschland aber einst beim Friedensschlusse ein entscheidendes Wort über die Zukunft Belgiens mitzusprechen, so muss auf jeden Fall *die unselige Verbindung zwischen dem wallonischen und dem vlämischen Volksteil aufgehoben werden.* Da das nächstliegende Mittel, die Vereinigung der vlämischen Provinzen mit Holland, sich heute nicht mehr diskutieren lässt (die Holländer selbst wollen am wenigsten von diesem Zuwachs wissen), so blieben nur zwei Wege: entweder Flandern, Brabant und Limburg würden zu einem selbstständigen niederdeutschen Staatswesen mit der Hauptstadt Antwerpen zusammengefasst; sollten aber strategische Gründe uns zwingen, *das belgische Land*, jenes vorgeschobene Aussenwerk, das sich gleichermassen gegen Frankreich wie gegen England richtet, *auch nach dem Kriege noch für längere Zeit besetzt zu halten*, so würde jedenfalls eine scharfe administrative Scheidung der vlämischen und der wallonischen Hälfte Belgiens notwendig sein. Ich kann nicht leugnen, dass mir der erstere Weg viel sympathischer sein würde... » (Seite 28).

Das belgische Problem von *Conrad Borchling*, 9. Oktober 1914. Heft 4, Deutscher Vorträge Hamburgischer Professoren. Verlag L. Friederichsen & Co. Hamburg 1914.

Dr. Hermann Losch.

« Der Krieg zwischen den drei Westmächten wird nicht nur in Belgien, sondern um Belgien geführt... (Seite 30.)

» Aus dem Bisherigen ergibt sich mit zwingender Folgerichtigkeit folgende Sachlage.

» 1. Das viele und gute deutsche Blut, welches auf wallonischem und flämischem Boden vergossen worden ist, kann unmöglich ohne Sühne bleiben. Kein deutscher Reichskanzler. nicht einmal der Kaiser Wilhelm II in höchsteigener Person könnte heute noch das deutsche Volk davon überzeugen, dass nach dem Kriege Belgien so verbleibt, wie es verblieben wäre, wenn es die erste oder auch noch die zwei Bitte des Deutschen Reiches um freien Durchzug seiner Heeresmacht erfüllt hätte... (Seite 34.)

» 2. *Aus Sicherheitsgründen militärischer Art muss nicht nur die ganze belgische Küste, es müssen auch alle festen Plätze des Landes, voran das in unmittelbarer bedrohlicher Nachbarschaft liegende Lüttich, in deutscher Gewalt verbleiben.*

» 3. Die unnatürliche Zusammenkoppelung des wallonischen und des flämischen Teiles muss ein Ende finden.

» 4. Das ganze Gebiet muss in den künftigen mitteleuropäischen

Wirtschaftsblock einbezogen werden; weder Antwerpen noch Seebrügge können zunächst Freihäfen werden. Daraus, dass Belgien als besonderes Zollgebiet aus dem internationalen Verkehr ausscheidet, ergibt sich auch, dass Belgien keinerlei politische Sondervertretung mehr in solchen Staaten haben kann, welche ausserhalb des mitteleuropäischen Wirtschaftsblocks stehen werden.

» 5. *Sämtliche belgischen Staatseisenbahnen, einschliesslich des gesamten Post-, Telegraph- und Kabelwesens haben in den Besitz des Deutschen Reiches überzugehen.*

» 6. Die Belgische Nationalbank ist zu schliessen und das Land der deutschen Währung und Münzeinheit zu unterwerfen.

» Mit der Verwirklichung dieser Ziele ist das politische Schicksal Belgiens noch nicht entschieden. Diese Ziele sind lediglich aus volkswirtschaftlichen Gründen unerbittlich im Auge zu behalten, weil das Gebiet auf keine andere Weise an den mitteleuropäischen Wirtschaftsblock mit Sicherheit angeschweisst werden kann und weil dieser selbst ein Weltwirtschaftsblock werden muss. Ob das Land als Staatsgebilde noch verbleibt und wie, was mit dem Congo-Annex geschehen soll, welche Sprachen und in welchem Umfange sie zugelassen werden sollen und ähnliche an sich auch wichtige Dinge sind gegenüber den aufgeführten Punkten nicht von so grundlegender Bedeutung. Ebenso ist es eine untergeordnete Frage, *ob die kleinen rein deutschen Sprachgebiete an der Ostseite des Landes abgezweigt und zur Rheinprovinz geschlagen werden sollen* und wie das künftige Parlament usw. beschaffen sein soll. Dass etwa eine Volksabstimmung über die Stimmung der Bevölkerung erfolgen könnte, ist bei der Sprachenmischung usw. an sich schon ausgeschlossen. Die hierüber z. B. von nordamerikanischer Seite gemachten Bemerkungen sind gegenstandslos, da uns nicht bekannt geworden ist, dass die Indianer Nordamerikas, die Panamabevölkerung, die Philippiner vor ihrer Einverleibung darüber abgestimmt hätten.

» Wohl aber ist in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage nach dem Schicksal Belgiens noch ein anderer wirtschaftlicher Gesichtspunkt wichtig.

» Die Bevölkerung von Belgien kann nur zu ¼ bis ⅓ aus der belgischen Landwirtschaft ernährt werden. Es ist nicht rätlich, das Gleichgewicht in dieser grundlegend wichtigen Sache zu stören. *Demnach wird es unerlässlich sein*, als Ergänzung auf der anderen Seite, unter gleichzeitiger Berücksichtigung der militärischen Gesichtspunkte ein *weiteres Gebiet, voraussichtlich im Osten und Südosten, einzugliedern* dessen Ueberschuss an landwirtschaftlichen Erzeugnissen dem Mehrbedarf Belgiens allermindestens entsprechen muss... (Seite 35-36.)

» Hier ist die Stelle, wo unseren einseitigen Kolonialschwärmern gesagt werden muss, dass die zusammenhängende Landunterlage in Europa selbst im Sinne einer Wirtschaftsgrosskraft zu erbreitern, sehr viel wichtiger ist, als sie vielleicht bisher geglaubt haben. Diese Land- und Menschenunterlage ist Vorbedingung der entsprechenden kolonialen, ja zuvor noch der maritimen Stärke, nicht umgekehrt. Wer Belgien an Mitteleuropa angliedert, wird damit früher oder später auch das belgische Kongogebiet von sich abhängig machen. *Wer aber den belgischen Kongostaat annähme ohne Belgien*, würde mit diesem Danaergeschenk nur die folgerichtige und durch die ganze planetare Sachlage erzwungene Selbstsicherung preisgeben... » (Seite 37.)

Der mitteleuropäische Wirtschaftsblock und das Schicksal Belgiens, von *Dr. Hermann L. Losch* in Stuttgart. Leipzig 1914, Verlag von S. Hirzel.

Friedrich Naumann.

« Es ist möglich, mehr sagen wir nicht, es ist möglich, dass Frankreich unter materiellen und seelischen Qualen mitten im Krieg sich von seiner bisherigen verhängnissvollen Bündnisspolitik freimacht. Wenn aber dieser Fall eintritt, dann, nur dann, müssen wir ihm goldene Brücken bauen, etwa so, wie Bismarck es 1866 gegenüber den Oesterreichern tat. Auch das erschien damals als Schwäche und war Kraft. Es war eine der besten und grössten Taten Bismarcks.

» Vergessen wir aber keinen Augenblick, dass dieses nur die eine der vorhandenen Möglichkeiten ist und dass es mindestens so wahrscheinlich ist, dass der europäische Krieg durch Hinzutritt weiterer Kriegsparteien sich noch ausbreitet und die Franzosen von einer Hoffnung zur andern sich in unglaublicher Weise ausbluten. Dann tragen sie die Schuld nicht nur für die weiteren Opfer, die sie selber bringen (das ist ihre eigene Angelegenheit), sondern auch für alles deutsche Leben, das nun nach der Hauptentscheidung noch in *Frankreich* vernichtet wird. Ihre Rechnung wird ungünstiger, und die Wahrscheinlichkeit, dass hinter dem Kriege eine französische Erhebung erfolgt, wird geringer. Jetzt zahlen sie nur ihre eigenen Kriegskosten, wenn sie für sich den Frieden abschliessen, *später aber zahlen sie*, wenn Deutschland und Oesterreich siegreich bleiben, *die Kosten der Russen mit. Wie sich das in Geld und Land ausdrückt*, kann zur Stunde noch nicht erörtert werden, aber die Sache selbst ist klar... » (Seite 21-22.)

Deutschland und Frankreich, von *Friedrich Naumann*, Reichstagsabgeordneter und Herausgeber der Zeitschrift : « Die Hilfe ». 2. Heft der Sammlung « Der deutsche Krieg », Politische Flugschriften. Herausgegeben von Ernst Jäckh, Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart-Berlin 1914.

Professor Dr. Hermann Oncken.

« Wenn aber die Welt uns nach unserm Programm fragt, so wollen wir es nicht verschweigen : es ist nicht ein napoleonisches Weltreich zur Unterdrückung anderer, wohl aber inmitten des Kontinentes *ein so starkes Friedensreich*, dass kein Unfriedensstifter je wieder Revanche oder Zarismus loslassen kann. Statt der falschen Phrase vom europäischen Gleichgewicht wollen wir ein wahres Gleichgewicht in der Welt, statt des gewaltsamen Missbrauchs maritimer Hegemonie ein humanes Seerecht und die Freiheit der Meere. Die letzten Ziele unserer *Abrechnung mit England* sollen allen Völkern in der Welt zu gute kommen... » (Seite 30.)

Unsere Abrechnung mit England, von *Dr. Hermann Oncken*, Professor der Geschichte an der Universität Heidelberg. Heft 8 der Kriegsschriften des Kaiser-Wilhelm-Dank. Kameradschaft, Berlin W. 35, 1914, 21.-25. Tausend.

Fabrikbesitzer Max Schubert.

« *Belgien* dessen Bevölkerung überwiegend deutscher Abstammung ist, dürfte nach den Schandtaten, die es an Deutschen verübte, *dauernd ein Bestandteil unseres Reiches* bleiben. Gelingt es uns, in Fortsetzung der belgischen Küste *noch einen Teil der atlantischen Küste von Frankreich zu erwerben* so öffnet sich damit die Aussicht, die Vorherrschaft Englands in den europäischen Gewässern zu brechen. Können wir Frankreich und Russland zum Frieden zwingen, muss dann nicht die Ueberwindung Englands die Folge sein ? Wir können durch eine neue Kontinentalsperre und ähnliche Mittel diesem unangreifbar scheinenden Lande unseren Willen aufzwingen. Gelingt es, auch England uns aus dem Mittelmeer hinauszuwerfen, wo es eigentlich nichts zu suchen hat, so hat unser Bundesgenosse Italien nichts mehr von den englischen Riesenpanzern zu fürchten, und kann Zoll- und Militär-Union mit uns eingehen.

» Die Opfer dieses Krieges werden so ungeheuerliche sein, dass das höchste Ziel angestrebt werden muss : Zoll- und Militär-Union der Dreibund-Mächte unter Anschluss möglichst vieler anderer Staaten die als Folge des Krieges durch Zwang, freundschaftliche Verhandlung oder sanfte Drohung dazu gebracht werden.

» Keinerlei wirtschaftliche Bedenken, dürfen hiergegen aufkeimen, der politische Beweggrund, dass die Armeen des zentralen Europas

künftig von Berlin aus einheitlich geführt werden, muss Einwendungen zurück drängen.

» Werden noch mehrere Mächte, die sich jetzt noch neutral verhalten, während des Krieges auf unsere Seite treten, so steigern sich die Hoffnungen ins Ungemessene, dass Europa sich durch die Weltfriedenspolitik der Kraft gegen künftige Kriegsstürme wappnen kann. Hierzu müssen aber auch die Argumente des nachfolgenden Teils der Broschüre mitverstanden werden. Darin wird wiederholt erörtert, wie die Massenfabrikation, die das Wirtschaftsleben eines Volkes ausserordentlich befruchtet, nur bei einem grossen Wirtschaftsgebiet möglich ist. Ein solches stellt Deutschland heute schon allein dar. Mit Anschluss aller seiner Freunde wäre jedoch ein Wirtschaftsgebiet von solchem Umfang gegeben, dass nur noch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ein ähnliches Gebilde bestände, mit dem wir Freundschaft schliessen und damit *der Welt Gesetze diktieren könnten...* » (Seite 10-11.)

Deutschland am Schicksalswege! Ein Mahnwort in ernster Zeit, von *Fabrikbesitzer Max Schubert,* früher sächsischer Landtagsabgeordneter. Leipzig 1914. Verlag des deutschen Nationalbundes, Leipzig.

Professor Dr. Ernst Schwalbe.

«Wenn wir unsere Weltgeltung verteidigen, wenn wir darum kämpfen, die Möglichkeit zu schaffen, diese weiter auszudehnen in friedlicher Arbeit, so folgen wir einer geschichtlichen Notwendigkeit. Wir wollen keineswegs England vernichten oder machtlos machen, aber, da England uns den Kampf aufgezwungen hat, so dürfen wir nicht eher weichen, als bis die *Alleinherrschaft Englands zur See gebrochen* ist, bis auch zur See die Möglichkeit eines Gleichgewichts der Kräfte an die Stelle unbedingter Vorherrschaft tritt. Der Kampf ist aufgenommen um *unsere Stellung als Weltmacht,* als Grossmacht... (Seite 17.)

» Wohl fordern wir, dass auch unser Machtzuwachs den Opfern dieses Krieges entsprechen muss, *wir dürfen uns nicht mit Geld beim Friedensschluss abfinden lassen...* » (Seite 21-23.)

Wofür wir kämpfen. Eine geschichtliche Betrachtung von *Prof. Dr. Ernst Schwalbe.* Vortrag gehalten an einem Volksunterhaltungsabend 18. Oktober 1914 zu Rostock. Ernst Joerges Buchhandlung, 1914.

Dr. Konrad Olbricht.

« Bei nach dem Frieden *notwendigen Grenzverschiebungen* könnte man daran denken, die Grenzen Mitteleuropas als Grenzen eines Neu-Deutschland zu wählen. Dass dies jedoch eine Utopie ist, ersehen wir

schon daraus, dass Deutsch-Oesterreich unmöglich von der Gesamt-Monarchie losgelöst werden kann. *Eine Einverleibung Polens* würde den Anteil der Slawen an der Reichsbevölkerung auf über 15 Millionen steigen lassen, was nicht unbedenklich ist, daneben aber das deutsche Wirtschaftsgebiet gewaltig erweitern und dem Osten einen grossen Aufschwung bringen, namentlich durch Beseitigung der Zollgrenze gegen Russland.

» Anders liegen die Verhältnisse gegen Frankreich. Nicht nur die zum grössten Teil in Frankreich gelegenen Minetteerzfelder, sondern auch *die Lage der jetzt viel genannten Festungen Lüttich, Namur, Longwy, Verdun, Toul und Belfort zwingen zu einer westwärts vorgeschobenen Grenze.* Die Nationalitätenfrage wird sich dann von selbst regeln, wenn wir bedenken, dass seit 1871 Frankreich nur von 36,2 Millionen auf 39,8 Millionen Einwohner anwuchs und die Folgen des Krieges sicher eine starke Abnahme der Bevölkerung bedingen werden, die man nicht zu gering einschätzen darf, wenn man erwägt, dass 1912 der Geburtenüberschluss nur 25 000 betrug gegen beinahe 800 000 in Deutschland. So gleicht Frankreich schon heute einem barometrischen Minimum, das in der Folge von selbst von aussen andere Bevölkerungsmassen anziehen muss, namentlich aus dem dichter bevölkerten Deutschland und Italien. *Einen heiklen Punkt bei den Friedensverhandlungen werden Holland und Belgien bilden.* Das mindest zu erwartende ist ein Zollverband, doch werden die Ereignisse wohl von selbst *Holland* mit seinem riesigen, nur durch die Eifersucht der Grossmächte gehaltenen Kolonialbesitz zu einem *engeren Anschluss* an das ihm völkisch verwandte Deutschland, dem es den grössten Teil seines Handels verdankt, veranlassen. *Glücklicherweise sind wir jetzt in der Lage, Antwerpen und Rotterdam gegeneinander ausspielen zu können...* (Seite 99-100.)

» *Grosse Umänderungen stehen der Landkarte Europas bevor,* über die nähere Gedanken zu machen Zukunftsphantasie wäre. Der namentlich von der Eifersucht Englands angefachte Krieg ist ein Kampf reinen Germanentums gegen Slawen und Romanen, *ein Kampf der Genialität gegen Barbaren,* die allzu lange Europas Frieden beunruhigt haben. Schon jetzt dämmern aus den Umrissen des neuen Europa *die Linien eines Staatenbundes* hervor, der *von der Nordsee nach Südosten bis über die Dardanellen* reicht. Hoffen wir, dass nach der Kriegsarbeit sich geeignete Diplomaten finden werden, die das Grosse der Lage übersehen können. Deutschland mit seinen Millionen dicht gedrängter Menschen braucht Luft ; Verschiebungen und Erweiterungen der politischen und wirtschaftlichen (Zoll !) Grenzen sind nötig. Dann aber

heisst es ganze Arbeit tun und nicht auf halbem Wege stehen bleiben... » (Seite 112.)

Politische und volkswirtschaftliche Geographie Europas, von *Dr. Konrad Olbricht*, in dem Sammelwerk : « Die Vernichtung der englischen Weltmacht und des russischen Zarismus, » 1915.

Graf Reventlow.

« Deutschland muss sich die See frei machen, muss freie Verbindung mit den Ozeanen haben und eine Lage gewinnen, die es in Zukunft auch der grössten Seemacht und auch der mächtigsten Koalition unmöglich macht, uns die Ozeane zu sperren !... (Seite 22.)

» Deutschland muss es machen wie der Prophet, der zum Berge kam, weil der Berg nicht zu ihm kommen wollte. Der freie Ozean kommt nicht zu uns, folglich müssen wir an ihn heran und *politisch korrigieren, was die Vergangenheit politisch im Verein mit der Geographie an Deutschland gesündigt hat.* Seit dem ersten Teil des Krieges ist die *belgische Küste* in unserer Hand. Sie *wird dem deutschen Reich dienen müssen, den deutschen Nordseewinkel nach dem Aermelkanal hin zu verlängern, und zwar so weit wie möglich.* Diese Verlängerung ist eine durchaus natürliche, geographisch wie politisch. Sie werden verstehen, dass ich hier in keiner Weise auf die verschiedenen Möglichkeiten der Lösung in der zukünftigen Gestaltung Belgiens eingehe. Für uns handelt es sich heute lediglich um die geographisch-militärisch-politischen Fragen, welche sich aus der Gestaltung der Nordsee und ihrer Küsten ergeben. Wir haben hier erörtert, welche Lehren der Krieg zu diesem Kapital gebracht hat und jeden Tag bringt, und wir sind uns darüber einig : so wie bisher darf die Lage nicht bleiben !

» Wir sagen das nicht als wilde Chauvinisten, sondern als ruhige Beurteiler. Das rein wirtschaftliche und handelsmässige Moment konnten wir nur oberflächlich berühren. Dafür möge aber das Zeugniss einer anerkannten Autorität dienen : Der Generaldirektor der Hamburg-Amerika Linie, Herr Ballin, hat während der ersten Hälfte des Krieges wiederholt öffentlich erklärt und geschrieben : man müsse unbedingt heraus aus dem nassen Dreieck. Das ist genau was wir bewiesen haben, denn unter dem nassen Dreieck versteht man an der Nordseeküste jenen Nordseewinkel, dessen Schenkel das deutsche Küstenstück ausmachen. Eine solche Verlängerung, wie wir sie andeuteten, aber ist die einzig mögliche Art, aus der bisherigen Lage herauszukommen. Die Geographie lässt keinen einzigen anderen Weg übrig.

» Auf der andern Seite erhebt sich folgerichtig die Frage, ob denn

das genügen würde. Die Frage ist insofern berechtigt, als ja in der Tat die maritime Benutzung der heute belgischen Küste Deutschland noch nicht unmittelbar an den Ozean bringen würde, sondern lediglich an den Aermelkanal. Das Bedenken an und für sich lässt sich nicht von der Hand weisen; aber ich glaube doch, dass die *dauernde Benutzung jener Küste* im wesentlichen genügen würde... (Seite 23-24.)

Seit dem Mittelalter bietet sich heute zum ersten Male für Deutschland die Gelegenheit, sich die Bedingungen zu schaffen, welche für eine seefahrende Grossmacht selbstverständlich sein müssen, weil sie natürlich sind : geographische Verhältnisse zu schaffen, die in Frieden und Krieg die Freiheit der See, die Verbindung mit Kolonien und überseeischen Werten sicherstellen.

» Wann wird diese Gelegenheit wiederkommen, wenn sie jetzt nicht benutzt wird ? Niemand vermag es zu sagen und ebensowenig, ob sie überhaupt je wiederkommt. Wird sie aber versäumt, dann kann man sicher sein, dass unsere jetzigen Gegner die Gunst ihrer bisherigen und die Ungunst unserer bisherigen Seelage noch ganz anders ausnutzen werden. Die belgische Küste, das ist nach klarer Würdigung der geographischen Verhältnisse für jedes tatsächliche Denken so wenig Zweifel möglich, dass es kaum nötig erscheint, es auszusprechen, wird in Zukunft England gehören oder uns. Ein drittes ist ausgeschlossen, denn dieser Krieg hat teils gezeigt, teils bewirkt, dass Belgiens Küsten einer dieser beiden Grossmächte gehören müssen. *Selbstständig können sie ebensowenig sein wie Belgien überhaupt...* » (S. 25-26.)

Die versiegelte Nordsee. Die Ungunst unserer geographischen Lage für Deutschlands Seemacht und Seehandel, von *Graf E. Reventlow.* Heft 105 der Sammlung volkstümlicher Vorträge über Meereskunde. Berlin 1915, Verlag Mittler u. Sohn.

Dr. Fr. W. Frhr. von Bissing.

» Bezeichnet man die Eroberung festumgrenzter Territorien als positive Kriegsziele, alles andere aber was sich nicht bei einem Friedensschluss in bestimmte Paragraphen fassen lässt, als allgemeine Kriegsziele, oder wenn man will, als Friedensziele, so kann man sagen, dass England positive Kriegsziele so gut wie nicht hat. Wenigstens nicht für sich selbst. Wohl hat Lord Kitchener Jahre vor dem Krieg das Wort geprägt, die wahre Grenze des britischen Reiches sei die Maas. Aber das Odium einer Einverleibung dieses Gebietes in das Britische Reich werden Englands Staatsmänner nur im äussersten Notfall auf sich nehmen. Ihnen genügt völlig, wenn ihr Einfluss in dem früheren Königreich Belgien der herrschende wird, wenn sie, wie ehemals 1840

die Absicht eines französisch-belgischen Handelsvertrages und einer Zollgemeinschaft, so in Zukunft die Zollgemeinschaft Flanderns mit Deutschland zum Kriegsgrund machen können. Die Forderung von der Befreiung und Wiederherstellung Belgiens ist nur eine Formel für die gänzliche Beseitigung jeglichen deutschen Einflusses in dem Lande ; und eine Festsetzung Englands auf dem Kontinent hätte in erster Linie den Zweck uns zu bedrohen, in zweiter Linie Frankreich in Abhängigkeit zu halten. Für England besteht kein Unterschied zwischen einer Annektion ganz Belgiens durch Deutschland und irgendwelchen *Vorkehrungen, die die Grenzen des Deutschen Reichs dadurch zu sichern suchen, dass sie seinen militärischen und diplomatischen Einfluss in Belgien gewährleisten.* Es wird auch nie zugeben wollen, dass zu unsern übrigen Kohlenrevieren, wir auch noch das belgische erhalten. Denn Kohle bedeutet Macht, bedeutet im Krieg die offene Tür zum Tauschhandel mit den Neutralen... (S. 32-33).

» *In einem unabhängigen Belgien nach dem Kriege würde England mühelos die Hand auf dies Gebiet legen, in einem künftigen Kriege in der Lage sein, alle Neutralen mit Kohle zu versorgen.* » (S. 86.)

« *Die Kriegsziele unserer Feinde,* von Dr. Fr. W. *Frhr. von Bissing,* Professor an der Universität München, z. Zt. beigegeben der Zivilverwaltung des K. D. General-Gouvernements von Belgien in Brüssel. « Globus », Wissenschaftliche Verlagsanstalt. Dresden und Leipzig, 1916. Der Verfasser ist der Sohn des deutschen Generalgouverneurs von Belgien.

Reichstagsabgeordneter Dr. Müller-Meiningen.

» Die *völlige Wiederherstellung der alten politischen Verhältnisse dürfte nach meiner Meinung eine Unmöglichkeit* bilden, da Niemand, der die Verhältnisse wirklich kennt, daran zweifelt, dass *von einer Unabhängigkeit und Freiheit des Landes Belgien* seitens der Entente-Mächte nach den Ereignissen der letzten Jahre keine Rede sein könnte. Belgien wäre nach diesem Kriege nicht mehr und nicht weniger als eine französische oder englische Niederlassung ohne jede selbstständige politische Bedeutung... (Seite 29.)

» Wer die hass- und verachtungsvolle Stimmung des Wallonentums gegen das Vlamentum kennt, der weiss, was dem Lande nach der Wiederherstellung der früheren politischen Verhältnisse blühen würde : das Vlamentum würde die Zeche bezahlen, das Land aber — darüber sind sich alle Kenner desselben einig — würde zu einem Festungsglacis Englands und Frankreichs ohne jede eigene nationale, militärische, wirtschaftliche und finanzielle Selbstständigkeit und Unabhängigkeit herabsinken. Es würde nichts als eine französisch-englische Provinz

bilden, in deren Beherrschung schliesslich der stärkere englische Einflusse militärisch, der französische kulturell siegen würde. Der eine schliesst den andern durchaus nicht aus. Für uns wäre das zunächst jedenfalls machtpolitisch gleichgiltig, ob der englische oder der französische Einfluss für die Zukunft der herrschende würde. Jedenfalls wäre er die Basis für jegliche Feindschaft gegen Deutschland.

» Die an sich längst nur auf dem Papier vorhandene Neutralität, die vor dem 4. August 1914 weite Kreise Belgiens als das böseste Danaergeschenk ansahen, war tatsächlich in dieser bisherigen Scheinform das Unglück Belgiens.

» Das Unheil für Belgien war die von fünf Grossmächten angeblich gesicherte Garantie der Unabhängigkeit des Landes. Diese Struktur barg den Keim fortgesetzten Konflikts in sich. Die Sicherung der ruhigen, friedlichen, inneren Entwicklung des reichen und gesegneten Landes, des Brückenkopfes von Europa kann *nur durch die Garantie eines einzigen starken, mächtigen Staates* gewährleistet werden : Garanten, die zugleich Gegner und Konkurrenten sind, bieten dem Lande keinen Schutz und Schirm ; im Gegenteil, sie sind ein fortgesetzter Herd der Befürchtung und der Bedrohung ; das so geschützte neutrale Land ist in Wirklichkeit ein Vulkan, der jeden Augenblick auszubrechen droht. *Schutz kann nur eine einzelne benachbarte, stark überlegene Kontinentalmacht sein*, die nicht mit Papier, sondern durch tatsächliche Macht dem Lande Frieden und Sicherheit ruhige Entwicklung und die notwendige und innere Freiheit garantiert... » (Seite 31-32.)

« *Belgische Eindrücke und Ausblicke* », Glossen über die belgische Neutralitätsgarantie und « das Selbstbestimmungsrecht der Völker », von *Dr. Ernst Müller-Meiningen.* Verlag J. F. Lehmann, München 1916. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Müller-Meiningen ist *einer der bekanntesten Führer und Redner der freisinnigen Volkspartei.* Der General-Gouverneur Belgiens, *von Bissing* hat ihm sein volles Einverständnis zu der Broschüre in folgendem Brief, der von der deutschen Presse veröffentlicht wurde, ausgedrückt :

« Ich habe Ihre Ausführungen mit steigendem Anteil gelesen und freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass ich Ihrer Ansicht in jeder Hinsicht beipflichte. Eine besondere Genugtuung hat es mir gewährt, dass Sie *die gedankenlose Phrase von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker* in ihrer ganzen Hohlheit aufgedeckt und auf die vollständige praktische Unbrauchbarkeit und Unmöglichkeit dieses Grundsatzes so nachdrücklich hingewiesen haben. Wenn man, wie ich, genötigt ist, die Behandlung der belgischen Frage in der Presse zu verfolgen, und in einem Teil derselben immer wieder Darstellungen und Forderungen findet, die durch keinerlei Sachkenntnis getrübt sind, ist es wahrhaft herzerfrischend, eine so vorzügliche Schilderung wie die Ihrige kennen zu lernen. Ich bin Ihnen für die Freude, welche Sie mir mit der Uebersendung des Buches bereitet haben, zu besonderem Danke verpflichtet. »

KOLONIEN

Professor Carl Mirbt.

« Die Entscheidung über die Zukunft unserer Kolonien wird nicht in Afrika oder der Südsee, sondern in Europa fallen. Da unsere wackeren Truppen bereits Ostende und, wie es scheint, bald Calais erreicht haben, werden wir bald in der Lage sein, England, dem wir das ganze Kriegselend verdanken, unsern Gruss zu entbieten von vorn, von oben und von unten her. Wenn erst unsere Zeppeline über London dahinfliegen werden, gleich Adlern die ihre Beute suchen, wenn unsere Unterseeboote nach dem Vorbild von « U 9 » todesmutig an die Panzerkolosse heranstürmen werden, als ob es gelte, die Mauern von Lüttich zu brechen, wenn erst unsere Kreuzer wie die « Emden » gleich dem fliegenden Holländer die Schrecken der Nordsee werden, dann ist die Zeit der Abrechnung gekommen. Dann wird die *Zeit einer neuen grossen deutschen Kolonialpolitik anbrechen* und man wird nach *neuen Kolonialkarten* verlangen... » (Seite 20.)

Der Kampf um unsere Kolonien, von *Carl Mirbt*, Professor in Göttingen. Friedr. Vieweg u. Sohn in Braunschweig, 1914.

Dr. Paul Rohrbach.

« So wenig auch *unsere Kolonien* in den ersten dreissig Jahren gegenüber einem Besitz bedeuteten, wie ihn England oder Frankreich jenseits des Ozeans ihr eigen nannten, so gross kann ihr zukünftiger Wert für die Entwicklung des deutschen Gedankens in der Welt sich gestalten, wenn es gelingt, unser Kolonialwesen nicht nur äusserlich zu vergrössern, sondern es noch zur rechten Zeit auch innerlich aus der Enge der Bedenklichkeiten und des Mangels an Entschlusskraft in die Weite kräftigen Vertrauens auf das Deutschland jenseits des Meeres hinauszusteuern.

» Diese unsere Hoffnung kann allerdings zur vollen Wirklichkeit nur unter einer Bedingung gelangen : wenn nämlich die Zuversicht sich bewährt, dass die eigentliche Zeit grosser afrikanischer Kolonialpolitik uns noch bevorsteht. Von unserem überseeisch- kolonialen Besitz hat bisher das Wort gegolten : zum Sterben zu viel, zum Leben

zu wenig — das heisst, er hat uns zwar auf der Bahn kolonialer Betätigung ein Stück weit vorangebracht, aber uns noch nicht zum wirklichen Kolonialvolk gemacht. Dass wir es werden — dazu helfe uns der Krieg, von dem auch für unser koloniales Deutschland übles kommen sollte und Gutes kommen wird... (Seite 150.)

» *Deutschlands politische Machtstellung ist und bleibt das Hauptfundament für die Ausbreitung des deutschen Gedankens in der Welt,* und das Schicksal hat uns in diesen Krieg geführt, um uns den Preis unserer Tüchtigkeit und Arbeit zu gewähren, nach dem ohne den höheren Ruf und Zwang verfrüht zu greifen uns nicht zustand. Wie gross aber auch immer der äussere Gewinn werden mag, den wir davon tragen, die wirkliche Grösse unserer Zukunft wird nicht von den materiellen, sondern von den *moralischen Eroberungen,* deren wir uns fähig zeigen abhängen. Ein Stück davon haben wir jetzt in unserem Verhältniss zur Türkei erlebt... (Seite 203-204.)

» Die Türken, man mag über sie denken wie man will, sind ohne Zweifel der materielle und moralische Kraftfaktor im ganzen Orient. Ihre militärische Befähigung ist schon berühmt und der Zahl nach bilden sie bis jetzt das stärkste Element innerhalb der Grenzen ihrer jetzigen politischen Herrschaft. Ausserdem wird durch die Verbesserung der Verwaltungszustände, durch die Hebung des wirtschaftlichen Lebens, durch die Eisenbahnbauten und die geplanten wirtschaftlichen Meliorationen die Bevölkerungszahl noch bedeutend vermehrt werden. Es ist nicht sicher, dass die politischen Zustände durch innere Parteikämpfe oder andere Krisen nicht auch weiterhin noch vorübergehend erschüttert werden, aber auf die Dauer wird im vorderen Asien kein anderes Volkstum die politische Vorherrschaft behalten, als die türkische. Hier haben wir also eine Stelle, wo nach dem Kriege der deutsche Gedanke, nicht nur im Sinne politischer Vorherrschaft oder materieller Kolonisation, sondern auch als Weltkulturfaktor, einer grossen Zukunft entgegen geführt werden kann. Dabei denken wir nicht an die politische oder kolonisatorische Germanisierung der Türkei vom Bosporus bis zur Arabischen Wüste, sondern an die Hineinleitung deutschen Geistes und deutscher Arbeit in den grossen zukünftigen Erneuerungsprozess des ganzen Orients, dessen Führung fortan — Oesterreich-Ungarn mit einbegriffen — bei der deutsch-türkischen Gemeinschaft sein wird.

» Ein anderes Gebiet, das wir im Auge haben, wenn wir an die kommende deutsche Welt- und Kulturpolitik im Geiste und in der Kraft denken, ist *China...* (Seite 209.)

» Die Japaner haben Tsingtau genommen, aber es kann keine Rede

davon sein, Japan am Werk in China zu lassen. Auf China kommt es ihm an ; in China überhaupt, nicht allein in Tsingtau sollen wir ihm den Platz räumen. Das aber ist ganz undenkbar, denn es wäre zugleich ein Verbrechen an der Zukunft Chinas, Deutschlands und der Weltkultur. Hat England die Japaner dafür gezahlt, dass sie nach Tsingtau gingen, so mag es sie auch dafür zahlen, dass sie wieder fortgehen, oder es werden andere Wege gefunden werden, über die zu reden jetzt nicht an der Zeit ist, aber *unsern Stützpunkt in China müssen und werden wir wieder bekommen.* Wem die Aufgabe zu Teil wird, China in den Zusammenhang der allgemeinen Kultur einzuführen, den Geist des fernen Ostens mit dem abendländischen zu verbinden, der tut damit Arbeit, die über ein unabsehbar grosses Stück von der Zukunft unseres Geschlechts entscheidet. Für das deutsche Volk kann darum der Verzicht auf einen vollgültigen Anteil an dieser Aufgabe nie und unter keinen Umständen in Frage kommen. Heute, wo man uns Tsingtau geraubt hat, muss unserem nationalen Bewusstsein mit um so grösserer Festigkeit die Erkenntnis eingehämmert werden : der deutsche Weltgedanke bleibt auf immer ein Stückwerk, wenn ihm nicht eine bestimmende äussere und innere Mitwirkung an dem gewaltigen Umwandlungsvorgang gesichert wird, in dem sich jetzt die chinesische Welt befindet... » (Seite 221.)

Der deutsche Gedanke in der Welt, von *Paul Rohrbach.* Verlag Karl Robert Langewiesche, Königstein im Taunus u. Leipzig. 76. bis 90. Tausend. Die erste Auflage dieses Buches war vor dem Krieg erschienen und nach einer Angabe des Verlags waren bis zum 1. März 1914 schon 60,000 Exemplare verkauft. Die als 76.-90. Tausend während dem Krieg erschienene Auflage ist zum Teil umgearbeitet und enthält ganz neue Stellen.

Freiher von Zedlitz und Neukirch.

« Wird es daher unter Umständen in unserem eigenen Interesse liegen, die Kriegsentschädigung niedriger zu bemessen, als zum vollen Ersatz aller Kriegskosten und Kriegsschäden erforderlich sein würde, so ist damit doch keineswegs gesagt, dass wir nunmehr grossmütig den überschiessenden Betrag einfach zu erlassen hätten.

» Ganz im Gegenteil wird vielmehr *auf vollen Ersatz* durch andere Leistungen Bedacht zu nehmen sein. *Wenn nötig, auch durch Landabtretungen.* Denn Landerwerb als Ersatz für erlassene Kriegsschuld ist mit der Tatsache sehr wohl vereinbar, dass wir keinen Eroberungskrieg führen. Abgesehen von den ausserhalb des Rahmens dieser Erörterung liegenden militärischen Rücksichten würden für die Wahl als der Ersatz für Kriegsentschädigung zu erwerbenden Gebiete vor-

nehmlich die Bedürfnisse unserer Volkswirtschaft bestimmend sein. So bedarf *unser afrikanischer Kolonialbesitz dringend der Abrundung und Erweiterung*, wenn er die Aufgabe erfüllen soll, unserem Ueberfluss Gebildeter, namentlich akademisch Gebildeter, ein ausreichendes Feld nützlicher und befriedigender Betätigung zu bieten... » (Seite 25-26.)

Reichs- und Staatsfinanzen im Kriege, von *Frh. von Zedlitz und Neukirch.* 5. Heft der Sammlung zwischen Krieg und Frieden. S. Hirzel in Leipzig, 1914.

Professor Hans Delbrück.

« Die erste und wichtigste aller nationalen Forderungen, die wir beim zukünftigen Friedensschluss zu erheben haben, wird die *eines sehr grossen Kolonialreiches* sein müssen, *eines deutschen Indien...* » (Seite 202.)

Aus dem Buch von *Professor Hans Delbrück* : « *Bismarcks Erbe* ». Verlag von Ullstein & Co, Berlin-Wien, 1915.

Alfred Hettner.

« Die leitenden Gedanken aller auswärtigen Politik müssen geographisch begründet sein. Man kann die Ziele unserer auswärtigen Politik in zwei Gruppen zerlegen, zwischen denen zwar Uebergänge bestehen, die jedoch im ganzen auseinanderfallen und getrennt behandelt werden können : die Ziele unserer europäischen oder Nachbarpolitik und die Ziele unserer aussereuropäischen oder Weltpolitik. Auch unsere europäische Politik enthält schwere Probleme, ja im Augenblick vielleicht die schwersten, aber von ihnen soll hier nicht die Rede sein. Hier soll es sich nur um die Ziele und Aufgaben unserer Weltpolitik, d. h. unserer Bestrebungen in den aussereuropäischen Erdteilen und in denjenigen europäischen Ländern handeln, die den Weg zu jenen öffnen... (Seite 6.)

» Das deutsche Volk kann sich nicht wieder in sein Haus zurückziehen und nur europäische Nachbarpolitik treiben, *sich mit der Rolle einer rein europäischen Grossmacht begnügen,* sondern muss *ein Weltvolk* sein und es in immer höherem Masse werden.

» Damit ist freilich nicht gesagt, dass es Weltherrschaft erstreben soll, wie unklare Schreier verlangen... (Seite 8-9.)

« Es ist nicht ganz verständlich, dass nach diesem Kriege patriotische Männer bereit zu sein scheinen, nicht nur auf *jede Festigung und Erweiterung unseres Kolonialbesitzes* zu verzichten, sondern womöglich auch unsern jetzigen Kolonialbesitz hinzugeben. Nur im Austausch

gegen anderes Kolonialland dürften einzelne unzweckmässig gelegene Kolonien geopfert werden... (Seite 13.)

» Die englische Seeherrschaft muss gebrochen werden... (Seite 22.)

» Wir müssen uns in unsern Kolonien oder an anderen Stellen eigene *Stützpunkte* schaffen, müssen unsere auswärtige Flotte verstärken, mehr eigene und auch im Kriege sichere Kabel haben, müssen wirkliche Neutralität der wichtigsten Durchgangsstrassen des Weltverkehrs, namentlich des Kanals von Suez erzwingen, müssen bei England eine Umänderung des Seerechtes durchsetzen... (Seite 23.)

» Wir müssen nach der *Vergrösserung des deutschen Kolonialbesitzes namentlich in Afrika* streben und müssen dabei besonders darauf achten, ihn zusammenzuschliessen und verkehrsgeographisch abzurunden. Die Verteidigungsfähigkeit unserer Kolonien gegen feindliche Angriffe wäre jetzt viel grösser gewesen, wenn sie in Verbindung miteinander ständen, so dass ihre Verteidigung und ihre Versorgung mit Waffen, Munition und Nahrungsmitteln gemeinsam wäre, und wenn nicht der Zugang zu manchen Gebieten von englischen und französischen Gebieten aus wäre. Dieser Gedanke einer Erweiterung und Abrundung unseres afrikanischen Kolonialbesitzes steht ja seit langer Zeit auf der Tagesordnung ; der Marokkovertrag hat uns eine Erweiterung von Kamerun gebracht, die den Zugang zum Kongo öffnete, über das Vorrecht unseres Interesses am portugiesischen Westafrika war, wie es heisst, eine Verständigung mit England erzielt worden, man dachte an freundschaftliche Vereinbarungen mit dem belgischen Kongostaat. Diese Pläne dürfen nicht verschwinden, sondern müssen Leitgedanken unserer Kolonialpolitik bleiben... (Seite 23-24.)

» Viel zu kleinmütig ist ein Teil unserer öffentlichen Meinung auch in Bezug auf Amerika. Dadurch, dass die Vereinigten Staaten die Monroedoktrin aufstellen und uns Europäer gleichsam aus *Amerika* ausweisen, ist doch nicht gesagt, dass wir uns dieser Doktrin fügen müssen. Wenn wir es meist tun so liegt das an der europäischen Uneinigkeit, die es den Vereinigten Staaten erlaubt im trüben zu fischen. Die mittel- und südamerikanischen Staaten haben die Monroedoktrin immer nur dann anerkannt wenn sie ihnen einen bequemen Schutz gegen europäische Staaten gewährte, und die drei südamerikanischen Gross-Staaten haben sich gelegentlich des Eingreifens der Vereinigten Staaten gegen Mexiko bewusst dagegen gestellt. Um staatliche Eroberungen in Amerika kann es sich für uns, wie oben ausgeführt worden ist, nicht handeln, wohl aber um wirtschaftliche und kulturelle Betätigung... (Seite 25.)

» *Deutschland kann sich nicht auf sein europäisches Gebiet beschrän-*

ken, auch wenn es dieses erweitert. Denn auch eine Erweiterung, über deren Wert ich mich hier nicht auszusprechen habe, würde ihm doch nur in sehr beschränktem Masse Gebiete bringen, die den Ueberschuss seiner Bevölkerung aufnehmen können... » (Seite 26.)

Die Ziele unserer Weltpolitik, von *Alfred Hettner*. « Der deutsche Krieg » : Politische Flugschriften. 64. Heft. Herausgegeben von Ernst Jäckh. Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart-Berlin 1915.

Dr. Paul Rohrbach.

1.

» Im Gegensatz zu Frankreich sind Russland und England durch ihre politische Entwicklungsgeschichte und durch die Natur des Anspruchs auf Universalherrschaft, den jede dieser beiden Mächte an ihrem Teil erhebt, notwendig so lange unsere unversöhnlichen Gegner, bis ihre Kraft, eine uns und unsere Bundesgenossen erdrückende Weltstellung zu erstreben, zerbrochen ist. Deutschland kann sich samt Oesterreich-Ungarn, wohl mit Frankreich, nie aber mit England oder Russland oder mit beiden zu einem klaren, die gegenseitigen Kräfte nicht fesselnden, sondern stärkenden Bundesverhältniss zusammenfinden. Deutschland und Frankreich wären an sich imstande, unter gegenseitiger Rückendeckung eine wahrhaft grosse, zugleich europäisch und überseeisch orientierte Politik zu machen, ohne dass die Lebensinteressen der beiden Nationen sich irgendwo kreuzten. Natürlich müsste vorher eine *umfassende Regulierung des Kolonialbesitzes stattfinden*, der namentlich in *Afrika* auf seltsame Weise durcheinandergestreut ist, aber das ist keine unmögliche Aufgabe. *Die Franzosen werden im tropischen Afrika auf grosse Gebiete verzichten müssen*, aber es wäre keineswegs schwer, eine Entschädigung für sie zu finden, sobald im übrigen der Krieg nicht nur gemäss den deutschen und österreichischen, sondern auch gemäss den wirklichen französischen zu Ende geführt ist... (Seite 97.)

» Wie die Dinge liegen, bedarf es dazu erst noch einer entscheidenden Niederlage der französischen Heeresmacht. Dem Zwange dieser Notwendigkeit können weder wir noch die Franzosen ausweichen. Erst muss durchgekämpft werden, bis es ganz deutlich ist, dass die Franzosen auch im Verein mit diesem stärksten für sie möglichen Bündnis der schwächere Teil sind. Danach aber, soweit es auf uns ankommt : Bereitschaft zum Frieden, ja zu gemeinsamer politischer Arbeit mit den Franzosen. Gegen England kann es nur heissen : Brechung der englischen Seeherrschaft ! Gegen Russland : Fort mit

dem Zarismus aus allen Gebieten, die durch Natur und Geschichte zur Teilnahme an der abendländischen Kulturgemeinschaft bestimmt waren und nur widerrechtlich an Russland kamen. Dies Ziel im Auge behalten, für dies Ziel alles bis zum Letzten einsetzen: das heisst Arbeit für das kommende deutsche Weltalter... » (Seite 102-103.)

Zum Weltvolk hindurch, von *Paul Rohrbach*. 32. Tausend. Verlag von J. Engelhorns Nachf. in Stuttgart, 1915.

2.

« Angenommen, am Ende dieses Krieges würde auf irgend eine Weise in der uns zufallenden Beute auch Belgisch-Kongo liegen, so brauchten wir nicht gleich in grosse Jubelrufe über diesen Erwerb auszubrechen. *Man soll natürlich alles Land nehmen, was man bekommen kann, denn Land hat immer Wert* ; selbst wenn es ganz ausgestorben wäre, müsste man es doch nehmen, denn wo einmal Menschen waren, kommen wieder Menschen hin, wenn auch vielleicht erst in Generationen, und Kolonialpolitik treibt man nicht so, wie Caprivi sie treiben wollte, indem er, als es mit Südwestafrika nicht recht gehen wollte, sagte, nun, geben wir der Kolonie noch ein Probejahr — mit dem unausgesprochenen Nachsatze : wenn sie dann auch noch keine Erträge abwirft, können wir den Verkauf an England ins Auge fassen — sondern Kolonialpolitik ist eine Sache, die man auf Generationen und Jahrhunderte hinaus treiben muss.

» Ganz anders steht es mit *Angola*. Angola — ich habe das Land zum Teil auch persönlich kennen gelernt — hat ausgehnte Hochlandsgebiete im Innern, Hochlandsgebiete von etwa 70 000 qkm Umfang, also ungefähr die Grösse von Bayern, Gebiete, in denen das Klima vollkommen gesund ist, wo der deutsche Ansiedler wahrscheinlich nach einer vorübergehenden Akklimatisationsperiode sich dauernd und bodenständig niederlassen, sich einwurzeln könnte. Dort kann also in Zukunft einmal vielleicht eine wirkliche deutsche Massensiedlung stattfinden d. h. was man in Afrika « Massensiedlung » nennt, wobei der eigentliche Landarbeiter doch der Schwarze sein und bleiben muss. Auch abgesehen von den Hochländern ist der Rest von Angola ein ausserordentlich reiches Land. Ich kenne von den afrikanischen Gebieten Abessinien nicht, das soll noch besser sein als Angola, aber wenn man von Abessinien absieht, wird Angola eines der besten Stücke Afrikas zwischen den Wendekreisen sein. Sollte also einmal in die Friedensbedingungen hineingeschrieben werden : *Angola deutsch*, dann wird jedenfalls die Ermordung unserer drei Südwestafrikaner durch

den portugiesischen Offizier auf dem Posten Ehinge in Südangola schwer in der Wagschale gelegen haben, und das Blut dieser Männer wird nicht umsonst geflossen sein... (Seite 14-16).

» *Das französische Aequatorialafrika* ist im ganzen genommen wenig wert und käme bei der Neuordnung der Besitzverhältnisse in Afrika im Friedensschluss kaum mit einem selbständigen Gewicht in Betracht, sondern höchstens für die Abrundung und den Zusammenschluss. Zentralafrika allein würde uns zwar grosse Gebiete, aber im Verhältnis dazu nicht genug innere koloniale Werte geben. Wir brauchen daher *auch noch an anderer Stelle einen ausreichenden Erwerb, wollen aber dies Ziel lieber noch nicht enthüllen* !... (Seite 17.)

» Wir können die Frage aufwerfen : Wird es uns gelingen, die Verteidigungslinien der Franzosen und Engländer im Westen so zu durchbrechen, die Russen im Osten so niederzuringen und alle Feinde so zu schädigen und zu packen, dass sie um Frieden bitten müssen ? Wird es uns gelingen nach Aegypten vorzudringen und dort mit den Türken zusammen dem Feind die Hand an die Kehle zu legen, dass die Engländer in die Knie sinken ? Selbst aber, wenn wir auf allen Kriegsschauplätzen nur teilweise befriedigende Resultate erzielen sollten, würde es mir doch glaublich erscheinen, dass wir in Afrika keine Erwerbungen machen, denn wir haben auf alle Fälle *die grossen Pfänder im Westen* in der Hand, *und es wird nicht einmal nötig sein, diese Pfänder — ich brauche sie nicht zu nennen — ganz herauszugeben* ; es würde genügen, wenn wir uns hie und da einen Schritt zurückziehen, um unsere Gegner schon um dessenwillen zu verlassen, dass sie uns die nötigen Kompensationen in Afrika geben. Ich wiederhole, dieser ganze Gedankengang gilt ja nur für den Fall, dass wir nach den eigentlichen Kampflinien hin keine befriedigenden Erfolge durchsetzen können, und zu dieser pessimistischen Annahme liegt einstweilen kaum Grund vor. Selbst dann aber könnten wir immer noch hoffen, dass wir afrikanische Baumeister in grösserem Stil für die Zukunft werden... (Seite 56-57.)

» Die zweite im Umbau befindliche Welt ist *der Orient*... (Seite 58.)

» Schliesslich noch einen Ausblick auf das dritte Umbaugebiet, auf den fernen Osten. China ist die grösste der drei Welten, von denen man sagen kann, sie werden vor den Augen unseres Geschlechtes äusserlich und innerlich umgebaut. China enthält 400 Millionen Menschen, den vierten Teil der Menscheit... (Seite 64.)

» Wir fragen, welches von den grossen europäischen Kulturvölkern den Baumeister für den äusseren und inneren Umbau Chinas abgeben wird ? Die Japaner, die ja Asiaten sind, sicher nicht... Die nächste

Frage ist, ob es die Engländer sein werden. Heute können wir hoffen, dass sie es nach diesem Kriege vermutlich nicht mehr sein werden. Ob wir dazu gelangen, das wird davon abhängen, wie wir nach dem Kriege dastehen werden. *Wenn wir siegen, werden wir vermutlich auch in Ostasien gross dastehen*, und selbst wenn wir nicht mehr siegen sollten, als Friedrich der Grosse im Siebenjährigen Kriege, so wird auch das schon einen ungeheuren Eindruck machen. Die ganze Welt hat geglaubt, wir würden unterliegen ; man hat unsere Gegner für so mächtig gehalten, dass niemand Vertrauen auf einen günstigen Ausgang der deutschen Sache setzte. Siegen wir trotzdem, so wird die Schlussfolgerung für die Chinesen sein : Wollen wir um Lehrmeister uns an die Sieger oder an die Besiegten wenden ? Wir wollen uns die Aufgabe, *die Führung bei dem Umbau der chinesischen Welt* zu übernehmen, durchaus nicht zu leicht denken. Wir wollen uns nicht einbilden, dass wir, wie wir hier gehen und stehen, alle in der Lage sind, den Chinesen Bringer der europäischen Kultur und Bildung zu werden. Auch das werden wir lernen müssen, aber an der grossen Aufgabe werden wir selber heranreifen... » (Seite 68-69.)

Unsere koloniale Zukunftsarbeit, von *Paul Rohrbach.* Die Lese, Verlag G. m b. H., Stuttgart, 1915.

Alfred Ruhemann.

« Wir haben ins Auge zu fassen, dass wir, da uns die Lösung der europäischen nationalen Fragen mehr als wahrscheinlich vorbehalten sein wird, bei der Gestaltung der politischen Beschaffenheit Belgiens, die Rolle eines diplomatischen Chemikers zu spielen haben werden, der in seinem Laboratorium die Bestandteile und Volumen der zwei Volksstämme, die äusserlich ein einheitliches Belgien bilden, zu analysieren und zu scheiden hat, ehe er einen neuen Körper, der diesmal wie aus einem Guss sein muss, herstellt. Es gibt heissblütige und ungeduldige Politiker und Polemiker genug, die von einer solchen langsamen, aber zuverlässigen chemischen Prozedur nichts wissen wollen und den Satz früherer Eroberer verfechten, man solle einfach nehmen, was man mit Waffengewalt erzwungen hat, um so mehr, wenn man, dank der vlämischen Blutverwandtschaft, fast ein Recht hat, sich das Eroberte anzueignen und einzuverleiben. Diese Stürmer vergessen, dass man heutzutag, selbst als Sieger, zunächst vor allem das Ende kriegerischer Verwicklungen abzuwarten hat, ehe man sagen darf, das will und das nehme ich. Es sind fernerhin auch so manche andere Umstände abzu-

wägen, die sich der einfachen Streichung selbstständiger nationaler Existenzen widersetzen... (Seite 140-141.)

» Sehen wir uns einmal die Vlamen an, denen, wie oberflächliche Beobachter im Siegestaumel behaupten, unsere vorläufige Besetzung — man wendet bereits das Wort Eroberung an — hochwillkommen sein müsste. Sie ist es sicherlich insofern, als der deutsche Sieg ihnen das grosse Stück Arbeit des Selbstständigwerdens abnimmt oder wenigstens leichter macht ; deshalb sind sie uns jetzt nach der Niederwerfung von Belgien auch freundlich gesinnt. Anders jedoch stellt sich die Sache, sobald man der Frage auf den Leib rückt : *Wollen die Vlamen nun auch staatlich Deutsche werden ?* Meine Frage lautet : Ja, wenn wir ihnen eine nationale Unabhängigkeit, ein vlämisches Reich, *eine politische Anlehnung an uns, zu Schutz und Trutz*, verschaffen ; *nein, wenn wir eine deutsche Provinz oder ein deutsches Reichsland aus ihnen machen wollen...* (Seite 142-143.)

» Auf politischem Gebiet darf ich den Hinweis nicht unterlassen, dass, wenn wir uns auch Antwerpen einfach nehmen würden, wie viele bereits ohne weiteres bereits dekretieren, wir damit auch noch nicht an der See wären, nicht einmal einen Ausgang zum Meere besässen. Hierfür brauchten wir Gewährleistungen, und die bekommen wir nur, wenn *Holland* in ein anderes, besseres und engeres Verhältnis, als es das bisherige war, zu uns zu treten gewillt ist. Gesetzt Antwerpen wäre deutsch ! Wer aber bürgt uns dann dafür, dass wir nicht eines Tages, wie England heute, unsere Flotte vor der Scheldemündung und unsere Landarmee in Antwerpen haben und nicht ein noch aus wissen, wenn wir nicht die Durchfahrt durch das neutrale Holland erzwingen wollen ? Haben wir uns nicht vielmehr das Wort gegeben, Europa so zu gestalten, dass jeder neue Kriegsvorwand auf unendliche Zeiten hinaus aus der Welt geschafft wird ? *Ich stimme jedenfalls gern und freudig mit denen überein, die einem Länderzuwachs ausserhalb der Grenzen Europas das Wort reden.* Ich meine auch, dass wir gewisse Staaten, die afrikanische Kolonien besitzen, fernerhin der Arbeit entheben sollten, diese selbst zu verwalten. Wir könnten es auch *Portugal*, wenn es wirklich vertragsmässig verpflichtet sein sollte, England seine Flotte und Armee zu Hilfe zu schicken, sehr leicht machen, *Angola recht billig los zu werden* ! Wir hatten zwar im Sinn gehabt, diese westafrikanische Kolonie anzukaufen, aber besser wäre es, wir hätten gar nichts dafür zu bezahlen und liessen uns *die Azoren*, die *Cap Verde-Inseln* und *Madeira noch dazu geben*. Dagegen wollen wir *in Europa recht vorsichtig* sein und erst nach reiflichster Ueberlegung neue Reichsländer schaffen, namentlich dort, wo widerstrebende Elemente

erst nach unendlich zäher Arbeit zu der Ansicht zu bekehren wären, dass es sich unter deutschem Zepter, auch in einem Militärstaat, so lautet ja unsere Aushängemarke, gut leben lässt. Gewiss darf keine zu zartfühlende äussere Politik bei uns Platz greifen. Eine starke Zeit bedarf auch einer derben Faust. Wir sahen, wie sie gegen Verlogenheit und Falschheit schlagfertig aus der Tasche fuhr und aufräumte. Wir erwarten, dass sie auch bei den kommenden diplomatischen Verhandlungen, wo die aalglatte Geschmeidigkeit der fremdländischen Unterhändler, das Hervorkramen und Auftischen von verlogenen Anklagen gegen unser Zugreifen sich nochmals im vollen Glanze zeigen wird, *bismarkisch auf den grünen Tisch niederfährt und die Tintenfässer tanzen lässt, gibt man uns nicht, was uns zukommt*, was uns, nach unserer Meinung, für einen dauernden Frieden notwendig ist. Alles das ist selbstverständlich und muss so sein. Dagegen sollte für eine Staatenneubildung der Grundsatz einer Gleichstellung ebenso in das Gewicht fallen wie der einer Unterstellung, der einer *Angliederung* mehr wie der einer Eingliederung... » (Seite 145-146.)

Die Zukunft Belgiens : Vlamen und Wallonen, von *Alfred Ruhemann*. Artikel aus dem Buch: « Die Vernichtung der englischen Weltmacht », herausgegeben von Kurt L. Walter van der Bleek. Verlegt bei Wilhelm Borngräber. Berlin 1915.

Geheimer Admiralitätsrat Dr. Schrameier.

« Deutschlands Festsetzung an der *chinesischen Küste* entsprang nicht Abenteurerdrang, sondern war der Ausfluss einer natürlichen und notwendigen Entwicklung unseres Volkes.

» Das Recht auf Existenz wird uns bestritten. Zugleich soll Chinas Aufstieg gehindert werden. Geistig und physisch geknebelt, hofft man, wird das grosse Reich als leichte Beute ländersüchtigen Nachbarn verfallen.

Deutscher Expansionsdrang lässt sich nicht unterdrücken. Von neuem wird sich das zwingende Problem erheben, vor das unser Volk bei der Besetzung der Kiautschaubucht gestellt war. Um so schärfer wird der Kampf zur wirtschaftlichen Niederringung unserer Gegner einsetzen, je weniger Schonung sie in Zukunft beanspruchen können.

» *China sehen wir auf unserer Seite.* Es hat gelernt, unserer zähen und redlichen Arbeit zu vertrauen. Wie es sich aus innerer Kraft von dem ihm aufgezwungenen Opium befreite, so sehen wir es jetzt sich zusammenraffen, um das von aussen hereingetragene Gift der Revolution abzuwehren. Die Mächte, die in seiner Vergiftung und Schwä-

chung bis jetzt ihrem eigenen trüben Vorteile nachjagten, wird es von sich abschütteln. Dann kommt der Tag, und er ist schon angebrochen, wo *deutsches und chinesisches Zusammenwirken* im Kiautschougebiete und in der Provinz Schantung seine reichen Früchte zeitigen wird !... » (Seite 96.)

Kiautschou, seine Entwicklung und Bedeutung, von *Dr. W. Schrameier*· Geh. Admiralitätsrat. Eh. Kaiserl. Kommissar des Kiautschougebietes· Verlag von Karl Curtius, Berlin, 1915.

G. von Schulze-Gaevernitz.

« Maintenant que la guerre a éclaté, nous devons à nous-mêmes et au monde une réponse à la question : « Pourquoi l'Allemagne combat-elle ? — L'Allemagne déclare contraire à la culture et hostile à l'humanité un état de choses livrant à une seule Puissance la libre disposition de l'économie mondiale, quitte à frapper au coeur l'existence des autres peuples et à porter la disette et la misère jusque dans les plus humbles chaumières. L'Allemagne combat pour *la liberté des mers*, par conséquent pour l'humanité, voire même pour la France ! L'Allemagne n'aspire pas pour elle-même à une prépondérance maritime qu'elle n'aurait pas la force de maintenir, mais à un équilibre de plusieurs puissances navales dans lequel elle sera égale en droits et en valeur à la Puissance la plus forte. A cette condition — mais à cette condition unique — seule capable d'assurer l'existence de sa postérité — l'Allemagne ne repousse pas même aujourd'hui encore toute idée de désarmement.

» En outre l'Allemagne déclare contraire à la culture un état de choses permettant à une Puissance d'accaparer à son gré les colonies productives de matières premières nécessaires au monde entier, de les distribuer à ses favoris et d'en priver les autres. La politique coloniale n'est pas un luxe, mais un besoin vital pour les Etats industriels créditeurs de la vieille Europe dont la superficie territoriale est limitée. *Pour elle-même, l'Allemagne, Etat industriel et créditeur, réclame un terrain suffisamment large et pas trop éloigné géographiquement. Le Congo belge* réaliserait cette double aspiration sans compromettre sérieusement les intérêts coloniaux de la France ou de l'Angleterre... » (Pages 22-23.)

La Mer libre, par *G. von Schulze-Gaevernitz*, député au Reichstag. Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart u. Berlin 1915. Von dem Stuttgarter Verlag *in französischer Sprache veröffentlicht*, wahrscheinlich zu Propagandazwecken im Ausland.

Fabrikant Theodor Springmann.

« Unsere Verbindung mit der *Türkei* ist durch die Waffenbrüderschaft in diesem Krieg so eng geworden, dass nach glücklicher Beendigung desselben wir Deutsche direkt vor die Frage gestellt werden, ob wir es fertig bringen *eine Freundschaftskolonie* zu gründen oder nicht. Wir müssen die Türkei innerlich und äusserlich stärken, das Bestechungsunwesen unterdrücken, tüchtige Leute in den Verwaltungsapparat bringen, ihr Schulwesen reformieren, die allgemeine Wehrpflicht durchführen und ein schlagfertiges Heer organisieren, die Eisenbahnen bis an die Grenzen im Kaukasus nach Aegypten und Indien zu ausbauen. Längs jener Bahnlinien harren enorme Flächen unbebauten Landes der kulturellen Aufschliessung. Diese können eine Korn- und Baumwollproduktion hervorbringen, so gross, *dass Deutschland in einem Zukunftskriege nie in Not kommen könnte.* Enorme Oelquellen, Eisen, Mangan und Kupfererzvorkommen harren dort der Erschliessung. Dies alles zusammen gibt uns *in einem zukünftigen Kriege gegen Russland oder England* so günstige Angriffspunkte und so gewaltige Hilfe, dass mittels ihrer geradezu eine Entscheidung herbeigeführt werden muss. — Ein Verbrechen gegen uns selbst würde es sein, noch weiter italienische Arbeiter in Deutschland zu beschäftigen. Hiergegen müsste auf gesetzgeberischem Wege eingeschritten werden. Wie viele Millionen sind jährlich auf diesem Weg nach Italien gewandert, damit Italien jetzt, mit deutschem Geld üppig geworden, das Schwert gegen uns zieht. Aus der Türkei, aus unsern Freundschaftskolonien sollten wir die Arbeitskräfte nehmen, die unser eigen Land nicht stellen kann. Erstens führen wir dadurch jenen Volkskreisen, die sich naturgemäss gegen die Herrschaft Englands stemmen, neue finanzielle Mittel zu. Zweitens werden jene Arbeiter Träger der deutschen Sprache in ihrer Heimat. Eine der europäischen Sprachen muss aber im Osten neben den dortigen Nationalsprachen Vermittlerin werden. Haben wir einmal *in der Türkei* gelernt, durch Anerkennung der Rechte des anderen und durch Verständniss für seine Eigenart uns *einen starken, treuen und ergebenen Bundesgenossen* zu schaffen, dann können wir weiter dem Ziele zustreben. *Indien und China* werden für uns den Schlusstein jener Entwicklung bilden. Einstweilen ist Deutschland für solche weltumspannende Grösse weder innerlich noch äusserlich reif. Demnach ist es nicht, wie man meistens annimmt ein Unglück, sondern das grösste Glück für uns, dass die

Hindus es bis jetzt noch nicht zu einer glücklich verlaufenen Revolution gebracht haben. Aber nach dem Kriege treibt Indien unfehlbar einer Revolution entgegen... (Seite 18-20.)

» *So muss das alte Kolonialreich Englands zerfallen* ; denn es ist auf Lüge aufgebaut und auf Unterjochung. Ein Land, wie England, von 45 000 000 Einwohnern, ohne allgemeine Wehrpflicht kann unmöglich auf offenem Wege die 350 000 000 seiner Kolonien beherrschen. Es bringt es fertig durch die Lüge. Es hetzt in Indien die Mohammedaner gegen die Hindus, und die einzelnen Stämme der Hindus gegeneinander auf. Es nimmt seine Soldaten aus einem Stamme und lässt sie gegen einen andern kämpfen. Es umfängt das ganze Land mit einem undurchdringlichen Netz von Bestechung, Lüge und geheimen politischen Morden. Möglichst viele finanzielle Vorteile herauszuschinden, möglichst die Einwohner von den natürlichen materiellen Hilfsquellen ihres eigenen Landes abzuziehen, ist der Zweck. Wir Deutsche aber wollen ein neues Kolonialreich bauen, das sich nicht gründet auf dem rinnenden Sand der Lüge, sondern auf dem festen Felsen deutscher Treue. Wir werden den erwachenden Völkern des Ostens zurufen : Aus Englands Hand hattet ihr die Knute, nehmt aus Deutschlands Hand das Geschenk der goldenen Freiheit. Kommt zu uns, lernt unsere Sprache, lernt unsere Technik. Unseren Feinden wollen wir unsere Hochschulen, wollen wir die Quellen unserer Kraft schliessen. Wir öffnen sie unseren Freunden, Indien, dem Islam und China. Dann wird *deutsche Sprache* mit ihrer einzig dastehenden Poesie und Literatur *in dieser neuen Welt Weltsprache* werden. Denn keines von jenen Völkern wird nach dem Kriege noch Lust haben, englische Bildung und Sprache aufzunehmen »... (Seite 22-23.)

Deutschland und der Orient, das Kolonialreich der Zukunft auf geistigem und materiellem Gebiet von *Theodor Springmann* jun. Fabrikant, Leutnant d. R. im Hussaren Regt. 11. — 2. Auflage. Verlag von Otto Hammerschmiedt, Hagen in Westfalen, 1915.

Wolf von Dewall.

« Lange Jahre hindurch hat Deutschland mangelndes Interesse für *China* gezeigt. Erst unmittelbar vor dem Kriege begann man, durch eine nachdrückliche Propagandatätigkeit darauf hingewiesen, in weiteren Kreisen für unsere wirtschaftlichen Aufgaben in China Verständnis zu zeigen. Dann kam der Krieg. Obwohl in den Kriegsmonaten die Spalten unserer Blätter voll waren von den grossen Kriegsnachrichten

war doch noch in ihnen Raum vorhanden, sich auch mit den Vorgängen in Ostasien zu befassen, und es hat sich die deutsche Presse vielleicht mit keinem ausserhalb des gegenwärtigen Weltkonfliktes stehenden Landes so beschäftigt, wie gerade mit China. Es mag das daran liegen, dass die Politiker in Deutschland erkannt haben, wie sehr die immer schärfer auftretenden Gegensätze im Fernen Osten und auf dem Stillen Ozean die grosse Weltkonjunktur beeinflussen und daher zu einer Lösung des europäischen Kriegskonflikts beitragen können. China ist dem deutschen Publikum daher nähergerückt worden, und die Möglichkeit ist jetzt gegeben, *das Interesse für chinesische Angelegenheiten in Deutschland* durch einen gut organisierten Nachrichten-Dienst zu erweitern und zu vertiefen. Was jedoch als noch erstrebenswerter erachtet werden muss, das ist, dass weite deutsche Wirtschaftskreise ein intensiveres Verständnis für die Möglichkeiten zeigen, die sich auf dem chinesischen Wirtschaftsfelde bieten. Politischen Weitblick haben wir leider bisher selten gezeigt, und es wäre auch wieder Kurzsichtigkeit, wenn wir der Sorgen der Gegenwart wegen die Aufgaben der Zukunft vernachlässigen würden. Gewiss erleidet unser Wirtschaftsleben durch diesen Krieg schwere Schläge, und wir werden Mühe haben, im eigenen Lande die Wunden zu heilen. Aber unsere Feinde leiden unter den direkten und indirekten Wirkungen dieses für sie unglücklichen Krieges noch mehr als wir. Wer heute zaudert, der sollte wissen, dass die Stunde wieder für uns kommen wird, in der unsere bisherigen Märkte uns nicht genügen, und in der wir auf keinen anderen Gebieten Raum finden werden, wenn wir nicht jetzt unter dem Eindruck unserer Siege für Betätigungsmöglichkeiten auf bisher unerschlossenen Gebieten sorgen. Unsere Feinde rüsten sich trotz ihrer erlittenen Niederlagen schon jetzt für den zukünftigen Konkurrenzkampf. Deshalb müssen auch wir die Forderungen der Zukunft als Gebot der Stunde erkennen... (Seite 58-59.)

» *Am vielversprechendsten sind Chinas Eisenerzlager.* China ist ein Eisenland erster Klasse. Ganze Provinzen stellen ungeheure, zusammenhängende Eisenerzlager dar. Auf das Eisen von Schansi hat Richthofen seinerzeit schon aufmerksam gemacht. Dass Schantung Eisen enthält, davon haben wir uns kürzlich überzeugt. Das Eisen, das die Hanyehping-Gesellschaft gewinnt, hat sich einen Weltruf errungen, und Japan und Amerika streiten sich um seine Abnahme. Fast jede Provinz hat Eisen, und da Kohle meist nicht fern ist, so bestehen sehr günstige Vorbedingungen für die Entwicklung der chinesischen Eisenindustrie. Bisher schlummern Chinas Bodenschätze zum grossen Nach-

teil des Landes fast noch unberührt in seiner Erde. Anstatt in zunehmender Weise Metalle und Erze einzuführen, könnte sich China durch Erschliessung seiner Bergbauquellen bereichern. An seiner Passivität auf diesem Gebiet sind ausser dem Mangel an Kapital und Verkehrsmitteln die obstruktiven Ansichten der Bevölkerung und widrige Gesetze schuld. Das soll jetzt anders werden. Die Anschauungen der gebildeten Klassen haben sich schon geändert, und die Regierung, die fast bis in die letzten Jahre der Mandschukaiser der hartnäckigste Opponent war, ist jetzt ersichtlich bemüht, die Möglichkeiten für die Ausbeute der Bergbauquellen zu schaffen... (Seite 76-77.)

» *Wie bei den Eisenbahnkonzessionen heisst es auch bei den Bergbauangelegenheiten zugreifen und das Geschäft sich sichern.* Hier wie da heisst es aber auch, sich organisieren, um leistungsfähig und jederzeit aktionsbereit auf dem Plan zu stehen... (Seite 80.)

» *Honkong darf nicht mehr die Zentralstation des deutschen Handels in Südchina bleiben. Wir wollen unser eigenes Handelszentrum haben, und dazu brauchen wir eine deutsche Niederlassung an der südchinesischen Küste.* Hongkong verdankt seine gegenwärtige Blüte der Tüchtigkeit der dortigen Deutschen, dem Fleiss seiner chinesischen Bevölkerung und der Passivität der chinesischen Regierung. Wenn die deutschen Kaufleute mit ihren chinesischen Geschäftsfreunden dauernd die englische Kolonie verlassen würden, und wenn sich die chinesische Regierung dazu aufraffen könnte, einen geeigneten Festlandshafen in Südchina zu bauen, so würde Hongkong bald zu der Rolle eines Macao herabsinken. Wir wollen die chinesische Regierung nicht zu einem Wirtschaftskrieg gegen England verleiten, aber *wir fordern für uns einen Fleck, auf dem wir auch mit Südchina Handel treiben können*, ohne von den Launen feindlicher Gesetze abzuhängen. *Wir fordern für uns*, was die Engländer und Franzosen auf südchinesischem Boden schon seit langer Zeit besitzen, nämlich nicht eine Kolonie, sondern *eine deutsche Handelsniederlassung in Südchina...* » (Seite 102-103.)

» Die Deutschen in China sollten eine grosse Organisation bilden, die im Dienste der deutschen Zwecke arbeitet und den gemeinschaftlichen Erfordernissen gehorcht... » (Seite 104.)

Deutschland und China nach dem Kriege. Die wirtschaftlichen Aufgaben Deutschlands in China, von *Wolf von Dewall.* Verlag von Karl Curtius, Berlin 1916. Dieselbe Broschüre enthält auch einen Aufsatz von *Dr. Paul Rohrbach* über dieselbe Frage, und folgendes Vorwort :

« Die beiden Abhandlungen, die wir auf den folgenden Blättern veröffentlichen, sollen Material zur Besprechung der wichtigen Frage der Gestaltung

der deutsch-chinesischen Beziehungen nach dem Kriege bieten. Mit Rücksicht darauf, dass diese Beziehungen seit langem eine kulturelle und eine wirtschaftliche Seite haben, sind die Herren Dr. Rohrbach und v. Dewall von uns aufgefordert worden, nach beiden Richtungen hin ihre Gedanken und Ansichten ihrem persönlichen Standpunkte gemäss niederzulegen. Die Verantwortung für den Inhalt der Abhandlungen tragen daher ausschliesslich die Verfasser.

» Berlin, im Dezember 1915.

Der Vorstand des Deutsch-Chinesischen Verbandes :

» Freiherr von Mumm, Vorsitzender. »

ÜBERALL

Von einem Deutschen.

« Vielleicht gelingt es uns, seine (Englands) Macht zur See zu brechen ; dann können wir auch und, wollen wir keinen Selbstmord begehen, müssen wir sogar trotz der uns leider angeborenen Sentimentalität Russland nach einem, so Gott will, erfolgreichen Feldzuge mit Gewalt und lediglich mit Rücksicht auf unsere eigene Zukunft von seinem unglückseligen, von England immer und immer wieder gemissbrauchten Wahne heilen, indem wir es von seinen westlichen, nichtrussischen und womöglich auch kleinrussischen Gebieten durch *einen scharfen Schnitt* ein für allemal trennen und diese durch Schutz- und Trutzbündnisse der Defensifkraft eines mitteleuropäischen Friedensbundes zu gute kommen lassen. Sonst haben wir in zehn Jahren denselben Krieg wieder. Dass durch solche *Abtrennung des westlichen Teiles* die wirklichen Lebensbedingungen der russischen Grossmachtstellung und seiner Kulturmission im Osten und Süden nicht verletzt werden würden, ja dass Russland dadurch so recht eigentlich erst auf die wirtschaftlichen Vorteile seines Landes hingewiesen würde, leuchtet sofort ein, wenn man einen Blick auf die geographische Lage und Beschaffenheit der grossrussischen Gebiete wirft... (Seite 25.)

» *England* wird uns, *so lange es noch nicht seiner Kolonien gänzlich beraubt ist*, immer wieder als machtvoller Gegner entgegentreten und immer wieder versuchen, uns das Lebenslicht auszublasen oder doch wenigstens das Leben so schwer wie möglich zu machen. England kann sich der europäischen Konkurrenz auf zweierlei Weise erfolgreich erwehren. Entweder es vernichtet alle europäischen Handels- und Kriegsflotten, oder es versperrt dem europäischen Handel die eigenen Kolonien, die fast zwei Drittel der noch aufnahmefähigen Absatzmärkte umfassen, durch hohe Zollschranken... (Seite 32.)

» Will sich also Europa dieser doppelten Erdrosselung von Seiten Englands erfolgreich erwehren, so muss es sich gegen beide Waffen zu schützen suchen. Gegen die Vernichtung der europäischen Kriegs- und Handelsflotten hilft einzig und allein ein enger Zusammenschluss aller europäischen Staaten mit Ausnahme von Russland... (Seite 33.)

» Freilich setzt dieser europäische Staatenbund, soll anders er von Bestand sein, voraus, dass die einzelnen Nationen in sich geschlossen dastehen, und nicht mehr, in kleinen Staaten zersplittert, kümmerlich ihr Dasein fristen. Aber gerade diesen Zusammenschluss der einzelnen Teilnationen zu Vollnationen kann und muss deshalb dieser Krieg bringen.... Denn für das übrige sorgen schon unsere tapferen Truppen und der deutsche und österreichische Generalstab. *Dann ergibt sich sofort, dass Belgien niemals wieder seine Selbständigkeit erlangen darf.* Dieser Staat ist sowieso von jeher nur ein künstliches Gebilde gewesen, ein Angstprodukt in erster Linie derjenigen Inselmacht, die diesen ganzen furchtbaren Krieg in unverantwortlicher Weise heraufbeschworen hat. Und weil er dies ist, und weil er eigentlich und von Rechts wegen zum grössten Teil zu Holland und zum kleineren Teil zu Luxemburg gehört, so muss er auch wieder entsprechend und unter den nötigen Vorbehalten und Vorsichtsmassregeln mit diesen beiden Ländern vereinigt werden; doch nur unter der einen Bedingung, dass *Holland sowohl wie Luxemburg freiwillig dem Deutschen Reich beitreten* und einzelne Küstenplätze als Reichs-Kriegshafen resp. Reichsfestungen an Deutschland abtreten, während die belgischen und holländischen Kolonien der Fürsorge des deutschen Reichskolonialamts zu unterstellen sind.

» Was *Frankreich* anbetrifft, so hat es selbstverständlich eine entsprechende Kriegsentschädigung zu zahlen, hat ferner, wenn das überhaupt noch eines Wortes bedarf, ein für allemal auf Elsass-Lothringen zu verzichten. Im übrigen aber, da es ein abgeschlossener Nationalstaat ist, wird ihm *auf dem Festlande der gegenwärtige Besitzstand garantiert* unter der Bedingung, dass es dem europäischen Staatenbunde beitritt. Was freilich *seine Kolonien* anbetrifft, so muss es, da es im Gegensatz zu Deutschland und Italien keine überschüssige Bevölkerung besitzt, einen Teil seiner afrikanischen Kolonien an Deutschland und Italien abtreten. Und zwar an Deutschland mindestens *ganz Französisch-Kongo und an Italien Tunis*, das schon jetzt von weit mehr Italienern bewohnt wird, als von Franzosen.

» Italien, das auf diese Weise in Tunis und Tripolis endlich den langersehnten Platz für seine überschüssige Bevölkerung erhält und vielleicht auch noch mit Corsica wiedervereinigt werden könnte, muss dafür endgültig auf Albanien Verzicht leisten. Albanien, mit Ausnahme des südlichen, des epirotischen Teiles, sodann Montenegro und Serbien ohne die östlichen und südöstlichen rumänischen und bulgarischen Gebiete gliedern sich in förderativer Weise der österreich-ungarischen Monarchie, die schon die meisten Westslaven unter ihrem Szepter ver-

einigt, ein. Der südliche Teil Albaniens, Epirus, fällt an Griechenland. *Dafür muss dieses den Hafen Saloniki mit seinem Hinterland, dem Wardartal, da beides nur zum ganz geringen Teil von Griechen bewohnt wird, an Oesterreich-Ungarn-Serbien* abtreten, während das östliche von Bulgaren bewohnte Küstenland mit Bulgarien vereinigt wird. Bulgarien, das ausserdem den bulgarischen Teil Serbiens erhält, und dessen Besitzstand wird, tritt wie Rumänien, dem ausser Bessarabien noch der kleine rumänische Zipfel Serbiens zufällt, in ein Schutz- und Trutzbündnis mit Oesterreich, durch welches seine militärischen Kräfte im Kriege dessen Führung unterstellt werden... » (Seite 36-38.)

Was uns der Weltkrieg bringen muss, wenn der Friede ein dauernder sein soll, von einem *Deutschen*. Verlag Oskar Born, Leipzig 1914.

Diplomaticus.

« Den jetzt noch prahlenden Engländern, Franzosen und Russen wird eher der Atem ausgehen als uns. Sie werden sich schneller nach Frieden sehnen, als wir zum Friedensschluss geneigt sein werden.

» Wir dürfen nicht müde werden und nicht eher erlahmen, als bis die gesamten Feinde tüchtig und für dauernde Zeiten aufs Haupt geschlagen sind. Jeder Friedensschluss vor solchem Erfolge würde uns neue Kriege in allzu nahe Aussicht stellen. Haben wir uns zu lange täuschen lassen durch den Lug und Trug unserer Feinde und uns aus unserer Friedensliebe nicht wachrütteln lassen wollen, so dürfen wir nun nicht eher Ruhe geben, bis ihnen die Lust zu Ränken und Kriegen dauernd vergeht.

» Wir haben gesehen, wie leicht Völker vergessen, an den *Franzosen*, die 1870 tüchtig gedemütigt waren und doch damals noch nicht genügend gezüchtigt worden sind.

» Die diesmalige *Züchtigung* muss eine empfindlichere werden. Sie müssen an ihr so lange zu tragen haben, dass ihre Kinder und Kindeskinder es noch fühlen. Dann werden sie die deutschen Hiebe nicht so leicht vergessen und nicht den Racheschreiern folgen, die sie seit Jahren betören und den Engländern und Russen ausliefern.

» Dass diese Herren so bald kein neues Bündnis wider Deutschland schliessen, dafür muss durch den Frieden von 1915 gesorgt werden.

» Wann dieser Friedensschluss erfolgen wird ? Früher als unsere prahlenden Gegner heute vermeinen, später als ihnen lieb sein kann und wird.

» Wir müssen mit einem Winterfeldzug jedenfalls rechnen.

» Unmöglich ist es freilich nicht, dass noch vor Beginn des Winters der eigentliche Feldzug beendigt sein kann... » (Seite 14.)

» Die unterliegenden Feinde werden uns jeden Mann, der zum Schutze unseres Vaterlandes den Tod fand, teuer bezahlen müssen.

» Sie werden uns entschädigen müssen für die grossen Kulturwerte, die durch den Krieg verloren gingen.

» Sie werden zu bezahlen haben die Grausamkeiten, die an Deutschen begangen wurden, die Schäden, die deutschem Gut auf deutschem Boden zugefügt wurden.

» Sie werden die Kosten tragen müssen für alle die Schäden und Verluste, die den Deutschen durch den ihnen aufgedrungenen Krieg in Handel und Wandel auferlegt wurden.

» Sie werden auch noch ausserdem, und zwar recht hoch bezahlen müssen die Kränkungen und die Beleidigungen, die ihre in die ganze Welt gesandten Lügen uns zugefügt haben. Deutschland soll darauf bestehen, *dass in den von den Feinden unterzeichneten Friedensakten die Feinde selbst das Zugeständnis machen müssen, dass sie uns den Krieg aufgedrängt haben* und dass sie die gesamte Kulturwelt belogen haben. Nur dadurch können wir gerechtfertigt dastehen vor der Geschichte.

» Sie sollen jede angstvolle Stunde, die durch ihre Schuld deutsche Mütter, deutsche Frauen, deutsche Kinder auszustehen hatten, so teuer wie möglich bezahlen...» (Seite 14, 15, 16.)

Wann wird der Krieg beendigt sein? von *Diplomaticus*. Dresden. Berthold Sturm's Verlag, veröffentlicht den 15. Oktober 1914.

Arthur Dix.

1.

« *Wir haben nur eine Wahl : zu wachsen oder zu verkümmern...* (Seite 5.)

» Für die imperialistischen Ziele genügt es nicht, dass ein starkes Volkstum fortfährt, Deutschland seinen Anteil an der Weltwirtschaft zu behaupten : auch nicht, dass eine wachsende Zahl von Menschenkräften vorhanden ist, um Deutschland gegenüber den imperialistischen Bestrebungen und starken Rüstungen der anderen Staaten in seiner Machtstellung zu behaupten ; es ist vielmehr erforderlich, dass auch der Wille des Volkes den Imperialismus trägt... (Seite 105.)

» Das Volksvertrauen, das zu fördern zu den wichtigsten Aufgaben der inneren Politik gehört, muss die Politik Imperialismus nach aussen tragen. Aber erwarten wir nicht alles Heil von der Regierung,

suchen wir vielmehr die Geister aufzurütteln, *damit die imperialistische Bewegung aus dem Volke heraus* der Regierung den Rücken stärke und sie zur Tat anfeuere.

» Ein so starkes Volk wie das deutsche, mit so hoch entwickeltem Anteil am Wirtschaftsleben, entschlossen, sich diesen Anteil auch weiterhin zu wahren, muss sich und wird sich durchdringen lassen mit *dem Willen zum Weltwachstum.* Und es wird die Männer aus sich emporwachsen lassen, die ihm die grossen Ziele der Zukunft zu weisen verstehen und die den Willen und die Kraft des Volkes umsetzen in die Tat... ! » (Seite 110.)

Deutscher Imperialismus, von *Arthur Dix.* Erschienen in Leipzig in der Dieterichschen Verlagsbuchhandlung Theodor Weicher, 1914.

Die erste Auflage des Buchs ist vor dem Krieg erschienen. Zur zweiten Auflage schrieb der Verfasser am 6. November 1914 ein Vorwort, in dem man liest : « Was wir von dem Ausgange des gewaltigen Ringens, wie die Welt es nie zuvor gesehen, für Deutschland, für Mitteleuropa, für die Welt erhoffen, das möge der aufmerksame Leser zwischen den Zeilen dieser Schrift erspähen. Dreifach unterstreichen aber möge er, was schon damals zum Schluss der Einleitung gesagt war, was heute durch den Zwang der Verhältnisse jedem deutschen Denker unauslöschlich tief eingeprägt sein muss : « Wir haben nur eine Wahl : zu wachsen oder zu verkümmern. »

2.

« Wollten Frankreich und Russland die deutschen Grenzen im Westen und im Osten näher aneinander rücken, so gebietet uns ihr Streben, dahin zu trachten, *dass wir unsere Grenzen im Westen wie im Osten weiter vorrücken.* Wollte England den ganzen deutschen Weltwirtschaftsanteil an sich reissen, und die deutsche Volkswirtschaft erdrosseln, so gibt es für uns darauf nur eine Antwort : das Streben nach *Vernichtung des englischen Weltwirtschaftsanteiles* und nach tödlichen Schlägen der englischen Volkswirtschaft... (Seite 22.)

» Sieht England alles darauf ab, Deutschlands Weltmacht- und Weltwirtschaftsanteil zu vernichten, so muss Deutschland darum kämpfen, seinen Weltmacht- und Weltwirtschaftsanteil gegen England durchzusetzen. Jeder andere Ausgang dieses Krieges wäre für uns unbefriedigend, könnte die schweren Opfer an Gut und Blut nicht entfernt aufwiegen, die unser Volk zu tragen hat. Ist Englands Ziel die Vernichtung unserer Weltstellung und unseres Wirtschaftslebens, so kann Deutschlands Ziel kein geringeres sein, als eine so grosse Schwächung Englands, dass dieses Land uns künftig nicht wieder in gleicher Weise zu bedrohen, nicht wieder dem alten Ziel nachzujagen vermag... (Seite 22-23.)

» Zu den Zielen unserer Kriegsführung, von denen wir nicht ablassen

dürfen, muss es gehören, *den deutschen Anteil am Weltnachrichtendienst zu sichern und auszubauen.* Dazu bedürfen wir nicht nur der Wiederherstellung des durch England zerstörten Kabelnetzes, sondern seiner Erweiterung und seiner militärisch-maritimen Sicherung. Wir müssen danach trachten, *Kabelstützpunkte* zu gewinnen, die nicht ohne weiteres in die Hand Englands fallen können ! Wir müssen auch das System deutscher Funkspruchtürme ausbauen, sie aber nach den jetzt in unsern Kolonien gewonnenen Erfahrungen so anlegen und militärisch sichern, dass sie nicht wieder ein leichter Raub Englands werden ! Wir müssen darauf bedacht sein, den Krieg zu einem solchen Ausgang zu führen, dass *reichliche Kriegsentschädigungen* uns befähigen, den Vorschlag auszuführen, einige hundert Millionen abzuzweigen als festen Kapitalstock, dessen Zinsen dem deutschen internationalen Nachrichtendienst nutzbar zu machen sind !... (Seite 30-31.)

» Die ganze brandenburgisch-preussisch-deutsche Geschichte unter Einschluss ihrer Fortsetzung durch die Geschichte des Dreibundes lässt sich begreifen als eine durch die Jahrhunderte fortgesetzte Betätigung des Dranges ans Meer :

» Von einem kleinen Binnenstaat ausgehend, zeigte sich der natürliche Drang, vorzudringen an die beiden Meere, in die die beiden durch Brandenburg strömenden Hauptflüsse einmünden. Durch die Jahrhunderte ging es tastend und nicht ohne Rückschläge seit der Zeit des Grossen Kurfürsten auf diesem Wege vorwärts, bis mit dem Jahre 1864 die Schlag auf Schlag folgenden grossen Entscheidungen begannen : 1864-1866 wurde Preussen zu einem seine Ost- und Nordseeküste in fester Hand vereinigenden Staate ; 1870-1871 wurde die ganze deutsche Seeküste mit samt dem ganzen deutschen Hinterlande politisch zusammengeschmolzen, so dass nunmehr erst die wirtschaftliche Nützung der geographischen Lage Deutschlands in vollem Masse einsetzen konnte.

» Die Dreibundpolitik vervollständigte das Werk, indem sie auch Mittelmeerausgänge durch verbündete Staaten sicherstellte. Jetzt gilt es das Werk zu krönen, die letzterwähnte Sicherstellung durch Verengerung des deutsch-österreichischen Bündnisses noch gründlicher zu festigen und *die deutsche Küste heranzurücken an den Kanal, an den Ausgang zum offenen Atlantischen Ozean.*

» Das ist es, was England ausgesprochenermassen am meisten fürchtet. *Eben deshalb aber dürfen wir weder Belgien aus der Hand lassen noch darauf verzichten, Sorge zu tragen, dass die Küste womöglich von Ostende bis zur Mündung der Somme nicht wieder in die Hand irgend eines Staatengebildes falle, das zum politischen Vasallen Englands*

werden könnte, sondern vielmehr in irgend einer Form deutschem Einfluss sichergestellt werde.

» Die noch vielumstrittene Frage, in welcher Weise die Bedenken überwunden werden könnten, die einer Angliederung von Landstrichen mit fremder, feindseliger Bevölkerung im Wege stehen, führt uns zu allgemeinen Erwägungen über die *Sicherung notwendiger Bodenschätze*, soweit sie sich auf Land vornehmlich für Zwecke des Ackerbaues und der Kolonisation erstreckt. Man hat einerseits den Gedanken der sogenannten « Evakuation » aufgeworfen. In dieser Beziehung möchte ich auszugsweise *Vorschläge* wiedergeben, *die von hervorragenden und berufenen Führern der deutschen Kolonialbewegung und des deutschen Wirtschaftslebens ausgehen.* Mit besonderer Bezugnahme auf *Belgien* wurden dem Verfasser von einer dieser Persönlichkeiten die nachstehenden Gesichtspunkte unterbreitet :

« In allen den Teilen, wo sich die Bevölkerung durch Bandenwesen und bewaffneten Widerstand gegen unser Heer versündigte, ist diese zu enteignen, wozu das bestehende Enteignungsgesetz die Handhabe bietet. Etwaige Entschädigungen an die Familien sind durch die Kriegskontribution zu begleichen. Sie müssen aber ausserhalb des Deutschen Reiches Wohnung nehmen.

» Das hierdurch frei werdende Land wird an die Angehörigen derjenigen deutschen Regimenter verteilt, die unter der Heimtücke der früheren Bevölkerung leiden mussten, an die Hinterbliebenen der Gefallenen und Verwundeten, soweit die Betreffenden sich zur Ansiedelung dort melden. Gegen Verschleuderung und Landspekulation ist Vorsorge zu treffen.

» Fabriken und gewerbliche Anlagen, deren Leiter sich an dem Widerstande gegen unser Heer beteiligt haben, werden eingezogen und den geeigneten Arbeitern, die dem deutschen Heere angehören und bereit sind, die Arbeit dort aufzunehmen, zu genossenschaftlichem Eigentum überwiesen.

» Alle Bergwerke gehen in den Staatsbesitz *des neuen deutschen Herzogtums Belgien*, soweit sie nicht etwa schon jetzt in privatem deutschem Besitze waren.

» Jeder bisherige Belgier, der nicht binnen *vier Wochen nach der offiziellen Einverleibung des ehemaligen Königreiches* erklärt, dass er deutscher Staatsangehöriger werden wolle, hat das Gebiet des Deutschen Reiches mit seiner Familie zu verlassen.

» Ebenso kann während zehn Jahren jeder bisherige Belgier aus dem Reichsgebiete ausgewiesen werden, der sich gegen das Reich und seine Gesetze versündigt.

» Diesen Grundsätzen entsprechend, ist *an unserer ganzen jetzigen und belgischen Grenze ein breiter Landstreifen* zu bestimmen, in dem aus den während des Krieges eingezogenen Mannschaften *eine rein deutsche Besiedelung* geschaffen wird, um eine scharfe Völkergrenze zu bilden. Wir dürfen keine unsichere Grenzbevölkerung im Westen mehr dulden. Wir kämpfen jetzt um unsere Existenz und sind nach dem Siege berechtigt, gegen den heutigen Störenfried im Westen Vorkehrungen zu treffen, die uns für Jahrhunderte Ruhe von dorther verschaffen.

» In den neuen deutschen Gebieten können auch diejenigen Deutschen entschädigt werden, die infolge des Krieges von unseren Feinden ausgetrieben wurden und so dort ihr Heim und Verdienst verloren. »

Eine sehr bemerkenswerte Ergänzung finden diese Vorschläge von anderer Seite in ungefähr der folgenden Form :

» Wenn wir ein starkes Volk bleiben und auf sicherer Grundlage unsere Weltmacht ausdehnen wollen, dann bedürfen wir unverminderter Fortsetzung unseres Volkswachstums, bedürfen der Sicherstellung unserer Volksernährung vom eigenen Boden, bedürfen eines Gleichgewichtes zwischen städtisch-industrieller und ländlich-agrarischer Bevölkerung und bedürfen deutscher Kolonisation in den uns zufallenden Landgebieten. All dies gehört eng und unmittelbar zueinander. Um aber diese Voraussetzung erfüllen zu können, dazu genügt nicht der Uebergang neuer Landstriche im Osten und im Westen unter deutsche Reichshoheit — dazu bedarf es vielmehr der *unmittelbaren Erwerbung von Landeigentum durch den Staat.* Das ist das grosse Ziel : *nicht lediglich eine Kriegsentschädigung in Bargeld, sondern vornehmlich eine Kriegsentschädigung auch in Landeigentum!*

» *Im Westen* sehen wir Frankreich, ein an Zuwachsmangel leidendes Land. Ihm kann es nur recht sein, wenn wir ihm einen gewissen Bevölkerungsnachschub liefern, indem wir von uns im Westen neuerworbene Agrargebiete frei machen für deutschen Zuzug. Nicht als ob wir unserseits die schwere und undankbare Aufgabe zu übernehmen hätten, die alten Bewohner auszukaufen und sie zu verpflanzen ! Das eben sollte und müsste die Aufgabe der Unterlegenen sein. Sie haben uns als Kriegsentschädigung nicht nur Landeshoheit, sondern Landeigentum zu überliefern. Auf welche Weise sie dieses Landeigentum für uns frei machen, ist ihre Sorge.

» So schwer die Lösung dieser Aufgabe sich im dichter bevölkerten Westen zweifellos gestalten wird, so wenig schwer ist sie vergleichsweise *im Osten* zu lösen :

» Die russische Staatskunst ist daran gewöhnt, Jahr für Jahr Hunderttausende der Landbevölkerung zwangsweise zu verpflanzen. Das

kennen wir aus der Geschichte der Besiedelung Sibiriens, kennen es aus der grossen Agrarreform, in der Russland vor Ausbruch des Krieges stand. Für russische Gepflogenheiten ist es verhältnismässig ein leichtes in Landstrichen, die uns abzutreten wären, für uns frei verfügbares Landeigentum zu schaffen, beispielsweise russische Beamte, die in früherer Zeit mit grossen Landdotationen in Polen bedacht worden sind, anderwärts schadlos zu halten und dadurch Raum zu öffnen für unsere Polen, die im alten Preussen wohnen und hinübersiedeln mögen in die Gebiete ihrer Stammesbrüder, um wiederum in Preussen neuer deutscher Kolonisation die Wege zu öffnen.

» Auch was in den grossen deutschen Kolonien im südlichen Russland sitzt, wird sich aller Voraussicht nach im Anschluss an die Beendigung des Krieges einer drückenden Russifizierungsarbeit mehr denn je ausgesetzt sehen. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als jene Russisch-Deutschen der Russifizierung zu entziehen, indem wir sie zurückzuholen trachten in für sie *frei gemachte Gebietsteile an unserer Ostgrenze.* In jedem Fall wollen nicht wir die Enteigner sein, sondern vielmehr den Gegnern, die wir zu Landabtretungen zu zwingen vermögen, die Pflicht auferlegen, uns auch wirkliches Landeigentum abzutreten, es frei zu machen für neue deutsche Besiedelung.

» Nur auf diese Weise können wir unserem Volkstum wirklich eine Zukunft sichern, die den ungeheuren Opfern entspricht, mit denen unsere Gegner uns durch frevelhafte Herbeiführung dieses Weltkrieges bedacht haben. Was wir für unsere nationale Zukunft brauchen von dem Boden, der mit deutschem Blut gedüngt ist, das soll nicht nur unter die schwarz-weiss-rote Flagge — das soll auch unter den Pflug deutscher Bauern kommen ! *Landeigentum als Kriegsentschädigung ist eines der obersten Ziele,* denen wir nachstreben müssen, wenn anders der Krieg nicht einen Ausgang nehmen soll, der ihn im tiefsten Grunde als für uns verloren erscheinen lassen müsste !

» Anderseits wäre wohl in Betracht zu ziehen, für die westliche Angliederung ebenso wie für die östlich zu erstrebende neue staatsrechtliche Formen zu finden, die den militärisch-politischen und wirtschaftlichen Einfluss des Reiches auf jene Gebiete sichern, *ohne dass die fraglichen Länder mit ihren Vertretungen etwa in Bundesrat und Reichstag aufgenommen werden müssten.*

» Neben dem für Ackerbau und Kolonisationszwecke geeigneten Boden bedürfen wir aber auch *der Ergänzung des Bodens, von dem aus wir die Bedürfnisse unserer Industrie zu decken vermögen.* Das Deutsche Reich ist nicht in der Lage, innerhalb seiner alten Grenzen, auch nicht mit Hilfe seines vor dem Kriege vorhandenen Kolonialbesitzes, einen

sogenannten « geschlossenen Handelsstaat » darzustellen. Es bedarf in erheblichem Umfange des Zurückgreifens auf die Bodenschätze fremder Länder. Suchte England diese weltwirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands durch den Raub seiner Kolonien und durch Vernichtung des deutschen Aussenhandels noch wesentlich empfindicher zu gestalten, so werden wir umgekehrt darauf abzielen müssen, nach Möglichkeit wichtige Bodenschätze, deren wir bedürfen, unserem Wirtschaftsleben politisch zu sichern.

» Von erfreulichem Verständnis für diese Notwendigkeiten auf seiten der Kreise, die den Krieg militärisch vorzubereiten gehabt, zeugte es, dass schon im ersten Stadium der Kriegführung das Vordringen unseres Heeres gegen Frankreich und Russland sich gerade dort vollzog, wo es galt, besonders wertvolle deutsche Bodenschätze von feindlichem Eindringen frei zu halten und solche Teile des Feindeslandes zu besetzen, die unseren eigenen Besitz an unterirdischen Reichtümern ergänzen konnten. So kam die Kunde, dass wir frühzeitig im Westen Briey, im Osten Bendin, d. h. das an unser oberschlesisches Kohlenrevier angrenzende russisch-polnische Kohlengebiet besetzt hatten.

» Das Bedürfnis nach Sicherung notwendiger Bodenschätze verweist uns *im Westen* auf *Französisch-Lothringen* und auf das *belgische Industrierevier mit samt dem dazu gehörigen Gartenboden*, der die deutsche Obst- und Gemüseversorgung auf die eigenen Füsse zu stellen berufen erscheint.

» Der deutsche und französische Grubenbesitz in beiden Teilen Lothringens griffen ohnehin bereits stark ineinander über. Seine einheitliche Zusammenfassung in deutscher Hand erscheint geeignet, eine wirtschaftliche Abhängigkeit Frankreichs herbeizuführen, die es diesem Lande für die Zukunft ganz wesentlich erschweren würde, wieder den politischen Störenfried in Europa zu spielen. Was die wirtschaftliche Sicherung und Abrundung *im Osten* anbelangt, so ist es eine schlechthin unerlässliche Forderung der politischen und wirtschaftlichen Zerschneidung des Mittel- und Unterlaufes der Weichsel ein Ende zu machen :

» Russland wurde ja nicht zuletzt in seinen Kriegsneigungen bestärkt durch die Tatsache, dass sein aufblühendes polnisches Industrierevier des eigenen Seezuganges ermangelte. Für das deutsche Weichselland bedeutete es eine schwere Hemmung seines wirtschaftlichen Aufstieges, dass ihm das natürliche Hinterland abgeschnitten war. Dazu kam, dass die vollkommene Vernachlässigung jeder Stromregulierung auf russischer Seite die grosszügigen Stromregulierungen deut-

scherseits in ihren praktischen Wirkungsmöglichkeiten ganz ausserordentlich einschränkte. Diese schweren Hemmnisse müssen durch deutsche Tatkraft aus der Welt geschafft werden !

» Deutscher Tatkraft verdankt auch die Industrie in Russisch-Polen fast ausnahmslos ihre Entstehung. Es ist nur billig, wenn die Früchte dieser Arbeit fürderhin nicht mehr Russland zugute kommen und nicht mehr genutzt werden können zum Schaden Deutschlands.

» *Des polnischen Kohlenbeckens wurde bereits gedacht.*

» Die Ergänzung der landwirtschaftlichen Produktion Deutschlands durch die Landwirtschaft Russisch-Polens endlich würde uns in Bezug auf Volksernährung und Bemessung des landwirtschaftlichen Zollschutzes jede erdenkliche Bewegungsfreiheit verleihen.

» Endlich die Sicherung der für unsere Volkswirtschaft und unseren Weltwirtschaftsanteil notwendigen Bodenschätze *in Uebersee.*

» Hierüber irgendwie Abschliessendes zu sagen, ist der Zeitpunkt noch keinesfalls gekommen. Es muss genügen, immer wieder darauf zu verweisen, dass auch das Schicksal der künftigen deutschen Kolonialpolitik auf europäischem Boden und auf den Wassern der Nordsee entschieden wird, und daran zu erinnern, dass unser wichtigster Bedarf an überseeischer Zufuhr sich erstreckt einmal auf die Baumvolle und zum andern — je länger, je mehr — auf Erze, wie sie sich besonders im nördlichen Afrika heute im französischen Besitz in reichlicher Masse vorfinden. Daneben auf Kautschuk und ähnliche Produkte, die gleich der Baumwolle vorwiegend Mittelafrika zu liefern vermag.

» Was immer wir an Wiederaufrichtung und Erweiterung *unseres überseeischen Kolonialreiches* — nicht lediglich aus weltpolitischen, sondern ganz wesentlich aus weltwirtschaftlichen Gründen — erstreben mögen : die eine Tatsache müssen wir fest im Auge halten, dass wir Weltwirtschaftspolitik nicht ohne sichere Weltverkehrspolitik treiben können. Zur Weltverkehrspolitik aber gehört wiederum die militärisch-maritime Sicherung der Kabel-, Funkspruch- und Kohlenstationen und die Sicherung der Seezugänge, insbesondere der Wege zum offenen Atlantik und durch das Mittelmeer ! (Seite 32-40.)

Der Weltwirtschaftskrieg, von *Arthur Dix*. Aus der Sammlung : « Zwischen Krieg und Frieden. » 3. Heft. Verlag S. Hirzel in Leipzig, 1914.

Oberstudienrat Dr. Gottlob Egelhaaf.

« Am einfachsten scheint mir die Sache mit Frankreich zu stehen. Zwar das wird (abgesehen vom Ersatz der Kriegskosten) notwendig gefordert werden müssen, dass *die Vogesenpässe*, um die so viel Blut

vergossen worden ist und die wir jetzt noch nicht ganz innehaben, und dass wohl *auch Belfort diesmal an uns übergehen.* Sonst aber dürfte es geraten sein, mit Frankreich glimpflich zu verfahren ; wir haben ihm gegenüber keinen Hass und Hans Dellbrück hat wohl recht, wenn er im Novemberheft seiner « Preussischen Jahrbücher » S. 371 erklärt, dass nach den Ergebnissen des Kriegs bis jetzt die Grundidee, die den Franzosen bisher den moralischen Halt gegeben habe, der Revanchegedanke, definitif zerstört sei : « er ist tot und kommt nicht wieder... » (Seite 27-28.)

» Und nun *England* ! Ihm können wir zurufen : Jetzt kenn' ich Dich ! und danach werden wir handeln... (Seite 29.)

» Gegen diesen Feind müssen wir uns sichern, dass er nicht so bald wieder auf den Gedanken kommt, uns einzukreisen und die halbe Welt auf uns zu hetzen...

» Es soll den Herren eine solche Leichtfertigkeit nicht mehr möglich sein ; sie sollen wissen, dass es ihnen bei einem neuen Ueberfall uns sofort ans Leben geht ; *wir müssen ihnen am ersten Tag an der Kehle sitzen.* Das aber können wir, denn wir haben Belgien fast bis zum letzten Dorf erobert und stehen an der belgischen Küste dem Englishman so nahe gegenüber, dass wir das Weisse in seinem Auge sehen. *Belgien aber hat keine Rücksicht verdient.* Wie wir aus seinen eigenen Geheimakten wissen, hat es seit mehr als acht Jahren mit England und Frankreich sich gegen uns verschworen und mit ihnen alle Anstalten getroffen, um bei Ausbruch eines Krieges sofort gegen uns loszuschlagen...

» *Sollen wir ein Land*, das sich so gegen uns verhalten hat, das noch im August 1914 zweimal unser freundschaftliches Friedensangebot ablehnte, das wir mit Strömen deutschen Blutes erobert haben, *einfach wieder räumen*, damit es sich noch besser als früher gegen uns rüsten kann und das alte Spiel von neuem und noch gefährlicher wieder beginnt ? *Wir glauben, dass das moralisch, politisch, militärisch eine Unmöglichkeit ist. Wir bleiben*, ob es den Engländern lieb oder leid ist, *in Ostende und Zeebrügge* und machen diese Plätze zur Heimstätte für unsere tapferen Unterseeboote, welche den englischen Dreadnoughts die Melodie aufspielen, die für sie passt. Es ist nicht davon die Rede, Belgien ins Reich aufzunehmen, wogegen handgreifliche Gründe sprechen, und ihm seine innere Selbstverwaltung zu entziehen. Wir werden es veranlassen, mit uns ein ewiges Schutz- und Trutzbündnis zu schliessen, nachdem es bewiesen hat, dass seine Neutralität bloss ein Schein und eine Falle für uns war ; wir werden seine Festungen besetzt halten, seine Posten stellen — wenn Bismarcks grosser Reichseisenbahngedanke 1876 nicht vom Partikularismus, Gott sei's geklagt, vereitelt

worden wäre, würden alle deutschen Bahnen unter dem Reich stehen, und was uns recht ist, dürfte den Belgiern billig sein. Es wird sich auch empfehlen, das Land in den Zollverein hereinzunehmen, wodurch seine innige Verbindung mit uns auf die sicherste Weise gewährleistet und auf die für ein so kaufmännisch rechnendes Volk verlässlichste Grundlage der materiellen Interessen gestellt würde. Wem das alles nicht passt, dem antworten wir, *die Hand auf Belgien gelegt*, wie jener Spartanerkönig : Komm und hole es !

Ob wir ausserdem in *Afrika* den grossen Gedanken v. Kiderlen-Wächters werden verwirklichen können, der auf ein geschlossenes afrikanisches Kolonialreich gerichtet war, mag zu seiner Zeit erwogen werden... » (Seite 29-31.)

Deutsche Betrachtungen über den Weltkrieg von *Dr. Gottlob Egelhaaf*, Oberstudienrat. Historisch-politischer Verlag Rud. Hofstetter, Leipzig, 1914.

Der Dichter Friedrich Lienhard.

« Wenn die Reiche der Mitte diese Probe bestanden haben, so wird der Beweis erbracht sein, dass der deutsche Geist *zur Führung Europas berufen* ist... (Seite 11.)

» Unser Ziel aber auf dem Festlande wird sein : unter Führung der Zentralmächte ein freies und friedliches europäisches Grossgebilde. Das ist der äussere Bau. Er ist nicht unsre Sache ; wir werden dies der künftigen Staatskunst überlassen.

» *Ob das Polnische Reich wieder erstehe ; ob die baltischen Provinzen von Russland frei werden ; ob von Belfort bis Lüttich und an den Kanal das Reich sich nach Westen schirmen* wird, wie ja schon einmal jene Bezirke zum Weltreich Karls V. gehörten : das ist Sache der Fachleute und der Kriegsentscheidung. Jetzt ist ja noch alles flutende Völkerwanderung... (Seite 13.)

Deutschlands europäische Sendung, von *Friedrich Lienhard.* Stuttgart 1914, Druck und Verlag von Greiner und Pfeiffer.

Rudolf Theuden.

« *Die Hauptsache hätte uns Frankreich zu zahlen*, das durch sein Starren in das Vogesenloch und sein an Russland gegebenes Geld doch die eigentliche Schuld an dem ganzen Kriege trägt. Frankreich hätte an uns *ausser Belfort* den von der Mosel, bei hartnäckigem Widerstand auch *den von der Maas begrenzten Teil Lothringens abzutreten ;* wenn wir die Mosel und Maas zu deutschen Grenzflüssen machen, gewöhnen

sich die Franzosen vielleicht einmal den Gedanken ab, den Rhein zum französischen Grenzfluss machen zu wollen. Ferner müssen wir ihm *den Kongo und Marokko* dessen uns von Rechtswegen zukommenden westlichen Teil, ganz abnehmen, um eine Baumwoll-, Bergwerks- und Siedlungskolonie zu besitzen. Es ist nicht wahr, dass Deutsch-Südwestafrika eine Siedlungskolonie ist ; auch in den gesündesten Teilen kränkeln dort unsere Frauen und gebären rhachitische Kinder. Das deutsche Volk ist hoffentlich nicht so thöricht, sich wieder mit rein tropischen Kolonien und Ködern wie den Zukunftsträumen von einem deutschen Mittelafrika u. dergl. abspeisen zu lassen. Sollte ein neutral gebliebenes oder nicht besiegtes England uns wegen Marokko nochmals Schwierigkeiten machen wollen, so bliebe uns nichts übrig als trotz aller damit verbundenen Opfer einen bis Calais hinaufreichenden Streifen französischen Landes zu besetzen und durch die England gegenüberliegende Küste so lange einen Druck auszuüben, bis es nachgibt. Es ist aber im höchsten Grad unwahrscheinlich, dass nach Niederwerfen seiner Bundesgenossen England Marokkos wegen noch Schwierigkeiten machen wird ; es wird dann, selbst nach einem Sieg seiner Flotte über die unsere, eher bereit sein, mit dem dann unter allen Umständen machtvoll dastehenden Deutschland ein Bündnis zu schliessen ; es ist dann in seinem allereigensten Interesse, Deutschland, das ihm auch durch den neu zu schliessenden Balkanbund sehr gefährlich werden kann, nicht zum Feinde zu haben. Dieses Bündnis wäre auch das beste, was im Falle eines Sieges der deutschen Flotte über die englische, der keineswegs ausgeschlossen ist, Deutschland von England erhalten könnte, abgesehen von einigen Kohlenstationen und der Erweiterung deutscher Kolonien (Britisch-Ostafrika und Sansibar). An Italien hätte Frankreich einen Teil Savoyens, Nizza, Korsika und Tunis abzutreten, die sowieso schon stark italienisiert sind ; das wäre gleichzeitig die direkte Entschädigung Frankreichs an Oesterreich ; denn Italien hätte dafür ernstlich auf seine Ansprüche in Südösterreich und in Albanien zu verzichten. *Beteiligt sich Belgien am Krieg, so ist es von der Landkarte zu streichen.* Der rein französische Teil kann Frankreich als versöhnendes Pflaster auf seine Wunden überlassen werden ; *der vlämische mit Antwerpen und Brügge wird preussisch-deutsch.* Treten die Niederlande als Bundesstaat in Deutschland ein, vielleicht mit noch einigen Reservatrechten mehr als Bayern — *nach einem Siege Deutschlands können die Holländer gar nichts Gescheiteres tun* — dann wäre daran zu denken, das vlämische Belgien ganz oder teilweise den Niederlanden anzugliedern. Der belgische Kongo fiele an

Deutschland ; damit wäre auch *der Gedanke des deutschen Mittel-afrika* verwirklicht... (Seite 9-10.)

» ...*unseren deutschen Brüdern in Oesterreich*, deren Augen schon solange auf uns gerichtet sind, *die so heiss ersehnte Erlösung zu bringen* ; das ist ein Ziel, tatsächlich des höchsten Einsatzes wert ; ein Ziel, das wir unter allen Umständen erreichen müssen, *ein Ziel, dass wir selbst im Falle eines vollständig verlorenen Krieges erreichen können.* Die ehemals rein deutschen Gebiete Oesterreichs (Altösterreich) müssen von nun an ausschliesslich dem Deutschtum vorbehalten werden, und dazu noch ein breiter Streifen, von Kärnten hinunter bis Istrien eingeschlossen, der *Deutschland mittelbar den Ausgang zum Adriatischen Meer* öffnet, zum deutschen Siedlungsgebiet erklärt werden. Jede Begünstigung der Tschechen und Slowenen hat in diesem Gebiet aufzuhören ; tschechische und slowenische Beamte dürfen dort nicht angestellt werden ; das Deutschtum hat in diesen Gebieten jede Förderung zu erfahren. Erst, wenn diese Forderung erreicht ist, dann hat der Krieg wirklich einen Sinn gehabt ; dann erst ist Deutschlands hehrste Aufgabe, Schützer des Germanentums zu sein, erfüllt. *Norwegen und Schweden, dem Finnland, und die Schweiz, der Teile von Savoyen winken, werden von selbst den Schutz Deutschlands anstreben müssen und in ein Bündniss zu ihm ähnlich wie Oesterreich treten.* Dänemark kann den ersehnten Landstrich Nordschleswigs erhalten, wenn es wie die Niederlande, deutscher Bundesstaat wird. Dann tritt *Deutschland als Vormacht Gross-Germaniens mit diesem Krieg die Weltherrschaft an...* (Seite 12-13.)

Was muss uns der Krieg bringen ? von *Rudolf Theuden*, München. — Berlin S. W. 11, Concordia Deutsche Verlags-Anstalt, G. m. b. H. 1914.

Adolf Bär.

« ...wenn wir nun hoffen dürfen, dass unser Reich aus dem Weltkrieg siegreich hervorgeht, so müssen wir auch annehmen, dass dann die deutsche Kolonisation des Ostens kraftvoll fortgesetzt wird, vom Königreich Preussen seiner Lage entsprechend für das Reich, aber *nicht nur innerhalb der jetzigen Grenzen, sondern auch weit darüber hinaus*. Wir wollen und müssen im deutschen Osten, in Oesterreich wird es nicht möglich sein, von den Slawen neues Land zur Besiedlung durch deutsche Bauern erwerben, weil das der Gang unserer Geschichte seit Heinrich I. und weil es jetzt *die erhoffte Erhebung Deutschlands zur führenden Weltmacht fordert*. Ich nehme Gedanken von Diedrich Schä-

fer, Artur Dix und seinen Freunden auf (Artur Dix, Der Weltwirtschaftskrieg. Zwischen Krieg und Frieden » No. 3 Leipzig, Hirzel), wenn ich die folgenden Sätze ausspreche. Auch nach einem siegreichen Kriege werden wir noch viele Jahrzehnte immer bereit sein müssen, starke Koalitionen gegen uns abzuwehren oder zu bezwingen. Unsere Weltmachtstellung müssen wir durch ein sehr starkes Heer und eine sehr starke Flotte behaupten. Wir wollen unserer Industrie und unserem Handel die verlorenen Absatzgebiete zurückerobern, neue gewinnen, dem deutschen Geist, oder wie Paul Rohrbach sagt, dem deutschen Gedanken in der Welt eine breite und weite Bahn eröffnen... (Seite 5.)

» Ein glücklicher Krieg muss *Land im Osten* für uns frei machen. Wir brauchen von den Russen keine Kriegsentschädigung in Bargeld, können diese auch nicht erhalten, sondern Landeshoheit mit Landeigentum... (Seite 6.)

» Aus Vergangenheit und Gegenwart unseres Volkes steigt das Bild seiner Zukunft empor, geschaffen aus seinem Geist und aus seiner Geschichte. Noch ist dies Bild umwallt von den Nebeln des Werdens. Noch schauen wir nicht, wir ahnen nur und glauben, glauben, dass der allmächtige Lenker der Weltgeschichte wieder einmal spreche : Es werde ! Es werde ein Neues unter den Völkern der Erde : ein grösseres Deutschland als ein fest in sich geschlossener Nationalstaat *in weiteren Grenzen*, der selbstlose Führer eines neuen Mitteleuropa *von der Maas und Adria bis zum Bug und Schwarzen Meer*, ein aufrichtiger Freund einer von deutschem Geist zu neuem Leben erweckten Türkei. Wir glauben, dass das allmählich werde. Die nach uns kommen, werden es dereinst schauen und Gott uns und den Geschlechtern vor uns danken, dass es ist... » (Seite 32.)

Die Entwicklung der grossen osteuropäischen und orientalischen Fragen des Weltkriegs. Kriegsvortrag gehalten am 19. Januar 1915 im Wissenschaftlichen Verein zu Delitzsch und am 23. Januar 1915 in der Stadtkirche zu Weimar. Von *Adolf Bär*. Weimar, Druck von Panses Verlag, 1915.

Wolfgang Eisenhart.

« Unsere gefährdete Lage im Herzen Europas, überall umringt von mächtigen Staaten, zwingt uns, vor allem Militärstaat zu sein. Die Hoffnung unsere Gegner versöhnen zu können mit unserer eigenen politischen Entwicklung hat sich als ein edler Traum erwiesen. Wir müssen auch künftig kampfbereit sein und unsere Wehrkraft auf das höchste Mass entwickeln.

» Das Heer aber verlangt seiner Natur nach eine monarchische Spitze... (Seite 16.)

» Wir hoffen, dass die Anschläge unserer Feinde auf uns zunichte werden: wir hoffen,dass *ein grösseres, herrlicheres, mächtigeres deutsches Reich* entstehen wird aus diesem Kriege. Wir hoffen, dass dieser Riesenkampf zu einer solchen *Machtsteigerung Deutschlands* führen wird, dass unser Vaterland keinen Feind mehr in Europa zu fürchten hat. Vor allem gilt es heute, *bessere, verteidigungsfähigere Grenzen im Osten und Westen zu erkämpfen* und die zu erobernden Grenzgebiete *mit deutschen Ansiedlern zu besetzen*. Hier würde sich besonders *das System der Militärkolonien*, wie es die alten Römer bei ihren Eroberungen anzuwenden pflegten, *empfehlen*. Die feindliche Bevölkerung wäre auf Kosten unserer heutigen Feinde teilweise zu enteignen und besonders durch ausgediente deutsche Soldaten und Kriegsinvalide zu ersetzen...

» Dann aber *muss vor allem Englands Weltherrschaft definitiv gebrochen werden*. Denn es ist ein unmöglicher Zustand, dass ein Land, das in Europa nur einige vierzig Millionen Einwohner besitzt, den Anspruch erhebt, alle Meere beherrschen zu wollen, und alle wichtigen Knotenpunkte des Welthandels in Besitz hält. Wir hoffen aber auch von diesem Krieg *eine Stärkung und Erweiterung unseres kolonialen* Besitzes.

» Diese Forderungen werden heute erfreulicherweise fast von allen Parteien gestellt : und darum ist zu hoffen, dass diese neuen Aufgaben unserer auswärtigen Politik einen Boden abgeben werden, auf dem sich die heute so vielfach verfeindeten deutschen Parteien wiederfinden und versöhnen können, genau so wie in den grossen deutschen Aufgaben nach dem Kriege des Jahres 1866... » (Seite 19.)

Was lehrt uns der Krieg für unsere nationale Zukunft? Vortrag gehalten zu Naumburg a. S. am 1. März 1915, von *Wolfgang Eisenhart*. — Naumburg a. S. Druck und Verlag von H. Sieling.

Gouverneur von Puttkamer.

« ...es wird nach Beendigung dieses frevelhaften Krieges die Rechnung den Schuldigen präsentiert und *die volle Begleichung schonungslos betrieben werden*. Dafür wird bei uns an massgebender Stelle vollauf gesorgt werden, darauf hat das deutsche Volk nach so unerhörten Opfern ein heiliges Anrecht. *Und die Aenderungen, welche die Weltkarte durch den Friedensschluss erfahren muss, dürften so einschneidend werden*, dass unseren Feinden ein für allemal die Lust zu ähnlichen

Überfällen vergeht und der europäische Friede unter Deutschlands Schutz und Schirm auf lange Zeit gesichert bleibt. » (Seite 15.)

« Zwölf Kriegsaufsätze » von *Gouverneur von Puttkamer*. Verlag von Georg Stilke. Berlin N. W. 7. 1915.

Ein rheinischer Grossindustrieller.

« *Belgien ist in deutscher Hand.* Die heimtückische Art, mit der es hinter Deutschlands Rücken sich Frankreich und England verschrieb und seine Neutralität aufgab, lässt *kein Mitleid mit diesem Lande* aufkommen, dessen Regierung in der Fremde ein Schattendasein führt. England hat es einst geschaffen, England ist jetzt sein Henker geworden. Eins aber scheint sicher : *die Küste* mit ihren wertvollen Häfen, die uns zu Englands unmittelbaren Nachbarn an dem grossen Graben macht, *werden wir nicht wieder aufgeben : sie wird deutsches Land sein und bleiben...* (Seite 13.)

» Wir werden dem wirklichen *Russentum* einen grossen Dienst leisten, wenn es durch einen verlorenen Krieg, den es zur Heilung seines Grössenwahns unbedingt braucht, auf die Gebiete beschränkt wird, die ihm homogene Bevölkerung sichern, mit der alle Welt gern Frieden halten und Verkehr haben will — Bevölkerungsmassen, die zu hassen keinerlei Grund vorliegt und deren Befreiung von den räuberischen Bestrebungen der Machthaber für alle eine wahre Wohltat sein wird.

» Wie die Dinge liegen, kann auch, wenn jemals die Loslösung gewisser Landesteile unvermeidlich würde, eine Art französischer Revancheidee bei einem grossen Teile der an das ehemalige Moskowiterreich angegliederten Völkerschaften nicht aufkommen. Es ist für unseren Zweck abwegig und ausserdem verfrüht, sich in Gedanken zu verlieren, inwieweit eine Abtrennung gewisser Gebiete von Russland sich vollziehen wird. Aber als sicher darf man wohl annehmen, dass *Russland* nach dem Ausgang der jetzigen Katastrophe *nicht im Vollbesitz seiner gegenwärtigen Länder bleiben* kann... » (Seite 15.)

Kontinentalpolitik. Ein Zukunftsbild von einem *rheinischen Grossindustriellen.* 4. Heft der « Deutschen Kriegsschriften ». Verlag A. Marcus & E. Weber (Dr. jur. Albert Ahn). Bonn 1915.

Carl Jentsch.

« Die Westmächte müssen uns zum Frieden bereit finden, sobald sie sich von der Erfolglosigkeit ihres Ringens überzeugt haben, und es

darf ihnen nichts auferlegt werden als *die Abtretung schmaler Streifen Belgiens und Frankreichs zur militärischen Sicherung unserer Grenzen*, Schleifung der belgischen und französischen Festungen und eine, vorzugsweise von England zu tragende, *sehr hohe Geldentschädigung*. Der Krieg gegen Russland muss dagegen fortgeführt werden, bis die Macht des Zartums gebrochen und uns Deutschen *die Pforte zur Expansion nach Osten und Südosten* geöffnet ist.

» Die Friedensbedingungen und die politische Neugestaltung Osteuropas lassen sich im einzelnen jetzt natürlich noch nicht festlegen, aber die Umrisse der Neugestaltung sind deutlich zu erkennen. *Teile Russlands müssen unmittelbar annektiert werden...* (Seite 212-213.)

» Welche Gebiete annektiert werden sollen, haben die Landeskundigen zu bestimmen. Aber auch die dem russischen Staate verbleibenden Gebiete sind den Deutschen zu erschliessen. Russland muss gezwungen werden, allen Deutschen, die Lust haben, den Aufenthalt und Broterwerb sowie die Niederlassung zu gestatten, ohne dass sie ihrem Volk und Staat entfremdet werden, und darf ihnen das Einströmen in die Levante nicht wehren. Der Sultan wird nichts dagegen haben, denn es kann ihm ja nur lieb sein, wenn deutsche Intelligenz und deutsche Arbeit seine asiatischen Provinzen ertragreicher machen. Den Russen werden die Deutschen die Wohltat, Ordnung zu schaffen, erweisen, was die vor mehr als 1000 Jahren darum gebetenen germanischen Waräger nicht zu leisten vermocht haben, und *die asiatischen Provinzen der Türkei werden sie in die Paradiese zurückverwandeln*, die sie vor 2000 Jahren gewesen sind. Das regenerierte Russland mag dann Zentralasien vollends erobern, als Wall gegen die Mongolen der europäischen Kultur Dienste leisten, und sich an der indischen Grenze mit den Engländern, falls diese in der hereingebrochenen Krise ihr indisches Reich behaupten sollten, schlagen oder vertragen. Da sich die Westslawen durch die Furcht vor Russland (die Bulgarien, auch Rumänien, abhält, aus der Neutralität herauszutreten, solange der Sieg der Zentralmächte noch nicht entschieden ist) zum engen Anschluss an Deutschland gedrängt fühlen, so ist damit der grosse mitteleuropäische Bund gegeben, der den Zweibund, die Westslawenstaaten, einschliesslich Rumäniens und die Türkei umfasst. Tritt auch das Baltenland bei, dann um so besser.

» Auch die Litauer melden sich in der Person des preussischen Landtagsabgeordneten Dr. Gaigalat (Grenzboten, 1. Band des Jahrgangs 1915, S. 204 und 230) ; sie wollen vom russischen Knutenregiment erlöst werden. Und welcher Jammer wäre es, wenn das hochkultivierte *Finnland* von der russischen Barbarei noch weiter zertreten

würde ; es muss *selbstständig werden oder an Schweden zurückfallen.*

» Jedenfalls muss der von « Fremdvölkern » bewohnte westliche Streifen vom Russenstaate abgelöst werden, schon der Grenzberichtigung wegen ; man denke nur an die Umklammerung Ostpreussens durch das heutige Russland (die bestehen bliebe, wenn die Polen, wie ihnen vom Zaren und den Westmächten versprochen worden ist, die Autonomie als ein Geschenk des Dreiverbands empfingen, denn Polen wäre dann ein russischer Vasallenstaat) und an den Einbruch in Galizien ! Wie *Polen* konstituiert wird, ob *als selbstständiger Staat, ob als preussische oder österreichische Provinz* mit einer der galizischen ähnlichen Selbstverwaltung, ist gleichgültig für das Hauptziel des Krieges. Der Einwand, dass ein selbstständiges Polen den Zugang zur Ostsee erstreben werde, erledigt sich dadurch, dass der Bund ein einheitliche Wirtschaftsgebiet ist, dessen Mitglieder sämtlich ungehinderten Zugang zu den ihm gehörenden Meeren haben. Beim heutigen Weltverkehr und der Grösse einiger der führenden Staaten ist schon die Absperrung des Deutschen Reiches von Oesterreich durch Zollschranken Kleinstaaterei und Krähwinkelei. Wie im vorigen Jahrhundert der Zollverein die Binnenzölle beseitigt und die Zollgrenze allmählich bis an die Grenzen des heutigen Deutschen Reiches hinausgeschoben hat, so sind jetzt diese Schranken bis an die Grenzen des mitteleuropäischen Bundes hinauszuschieben, zu dem wahrscheinlich auch die Ukrainer gehören werden die als Untertanen des « orthodoxen » Papstkaisers besonders über Religionsverfolgung zu klagen haben. Dieser Bund ist dann ein zusammenhängendes, wohl abgerundetes, *sich selbst genügendes Wirtschaftsgebiet und militärisch unangreifbar.* Sehr wahrscheinlich werden sich ihm auch *die drei nordischen Königreiche anschliessen,* weil sich Schweden vor Russland fürchtet, Norwegen und Dänemark in diesem Kriege von der englischen Seeräuberei zu leiden haben, *sowie Holland und die Schweiz,* weil Kleinstaaten wirtschaftlich gefährdet sind ; wir brauchen sie nicht und dürfen sie beileibe nicht zum Anschluss drängen.... Mit diesen Staaten zusammen hätte der Bund über 4 Millionen qkm und gegen 200 Millionen Einwohner. Da es die noch übrigen Staaten unseres Kontinents geraten finden würden, sich an ihn anzulehnen, so würde er den Weg bahnen zur Gründung der Vereinigten Staaten Europas... » (Seite 214-217.)

Der Weltkrieg und die Zukunft des deutschen Volkes, von Dr. h. c. *Carl Jentsch.* Berlin 1915. Verlag von Emil Felber.

Franz Köhler.

« *Englands Vernichtung steht im Vordergrund der Wünsche,* daneben werden Stimmen laut, die für ein Separatabkommen mit Frankreich eintreten, ja sogar solche, die *gegen jede Erweiterung unserer Grenzen glauben sprechen zu müssen, obwohl darin ein offener Verrat an dem Heldenmut, unserer Kämpfer im Feld liegt.* Wenn es verkehrt sein soll, noch nicht Erreichtes beanspruchen zu wollen, so erscheint es doch mindestens ebensowenig angebracht, bevor noch überhaupt irgendwelche Ansprüche gestellt wurden, immer wieder darauf hinznweisen, dass man darin ja nicht zu weit gehen, und vorerst am besten gar nicht darüber sprechen soll! *Wenn Zurückhaltung alles ist, dann hätte man dasselbe mit geringeren Opfern, vielleicht auch ohne Krieg, erreichen können...* (Seite 2.)

» Verhältnismässig leicht zu umgrenzen ist unsere Stellung zu unserem Nachbarn im Westen... Finanziell vollständig erschöpft, und zu der *schwersten Kriegsbusse* herangezogen, würde *Frankreich den Verlust eines grossen Teils seines afrikanischen Kolonialbesitzes* als Befreiung von einer seine Kräfte mehr denn je übersteigenden Last empfinden. Wir sind dagegen weit davon entfernt, Frankreich selbst, wie Clemenceau es kürzlich seinen Landsleuten in Aussicht stellte, zu einer deutschen Provinz machen zu wollen, in der es nur Menschen ohne Seele geben würde. Wir wollen unser Volkstum vor einer allzu starken Durchsetzung mit fremdem Blut nach Möglichkeit bewahren und achten die Seele eines uns innerlich fremden Volkes auch nach seiner Niederwerfung noch hoch genug, um ihr eine freie Entfaltung zu gönnen, solange die Aussicht besteht, dass sie wieder in richtige Bahnen einlenkt... (Seite 33-34.)

» Die Anknüpfung an geschichtliche Ueberlieferungen ist es, die in manchen Fällen, in erster Linie auch im Osten, die Lösung an sich schwieriger Fragen wesentlich erleichtern können... (Seite 35.)

» Wenn wir uns jetzt wieder Russlands engerer Pläne erinnern, dann erweist es sich hier als unsere erste Aufgabe, seinen Bestrebungen im Nord- und Südwesten ein für allemal feste Schranken zu setzen um es dadurch zu zwingen, seine Pläne im Süden und Osten wiederaufzunehmen.

» Die Geschichte der baltischen Provinzen und Finnlands zeigt, wie nahe bereits die Gefahr für uns und die nordischen Staaten gerückt ist, und wie selbst Länder höherer Kultur dem russischen Eroberungstrieb zum Opfer gefallen sind. *Die Befreiung des finnischen Volkes,*

mit dem uns so manche Beziehungen verknüpfen, würde zunächst Schweden und Norwegen von einer grossen Sorge erlösen, und wir könnten dies und eine Annäherung der beiden Völker an jenes als eine Stärkung der skandinavischen Staaten zugleich als Gewinn für uns begrüssen. Schweden in unserem Interesse zu einem Eingreifen jetzt veranlassen zu wollen, liegt uns fern da wir uns stark genug fühlen, den Kampf allein durchzuführen.

» Eine andere Frage ist es allerdings, ob Schweden den neuerdings wieder schärfer einsetzenden Bestrebungen Russlands zur Unterdrückung Finnlands auf die Dauer mit verschränkten Armen zusehen kann, wenn es nicht die Gunst des Augenblicks und wertvolle Sympathien des ihm so nahe stehenden Landes für immer verscherzen will. So aufrichtig der Wunsch Deutschlands sein mag, Finnland aus russischer Knechtschaft zu befreien, so ist doch ohne ein Eingreifen Schwedens eine befriedigende Lösung der finnischen Frage kaum denkbar.

» *Dagegen sind die Ostseeprovinzen Estland, Lioland und Kurland als wertvolle Gebiete alter deutscher Siedlungsbestrebungen zu betrachten*, und Dorpat erscheint dazu berufen, seine frühere Geltung als Vorburg deutscher Wissenschaft zu erkämpfen.

» Hier ist zugleich die Lösung einer ausserordentlich wichtigen Frage ermöglicht, die uns bisher immer mehr mit banger Sorge erfüllen musste... (Seite 39-40.)

» Es erregt berechtigtes Bedenken, dass in Deutschland die Zunahme der ländlichen Bevölkerung mit der industriellen und städtischen nicht mehr Schritt hält. Die Ursache ist in erster Linie in den steigenden Bodenpreisen zu suchen und in der Unmöglichkeit, dem ländlichen Nachwuchs den erforderlichen Grund und Boden für eine selbstständige Existenz zu geben. Gerade die kleinsten landwirtschaftlichen Getriebe kämpfen schwer um ihr Fortkommen, und wenn dann aus diesen Kreisen heraus ein gewisser Zug in die Stadt zu verzeichnen ist, dann ist das doch nicht ein Beweis, dass die Zahl der ländlichen Bevölkerung eine zu grosse ist, sondern nur ein Beweis dafür, dass zu wenig Land vorhanden ist. Die Unmöglichkeit diesen Landhunger zu befriedigen ist es, die die Abwanderung in die Städte und die Fabriken bewirkt.

» Auch sonst wird das zahlenmässige Verhältniss zwischen Stadt- und Landbevölkerung durch wirtschaftliche Gesichtspunkte bestimmt, und so ist es in den einzelnen Ländern ein ganz verschiedenes. Diese Verschiedenartigkeit wird aber auch vom Standpunkt der allgemeinen Volksgesundheit aus betrachtet als gerechtfertigt bestehen können, da

es ja für die physische Bewertung der städtischen und industriellen Bevölkerung ganz darauf ankommt, unter welchen Verhältnissen sie arbeitet, und unter welchen Verhältnissen sie ausserhalb der Arbeit lebt. Je besser diese sind, als desto vollwertiger wird in physischer Beziehung die städtische Bevölkerung angesehen werden müssen. Eine Frage, die hier immer eine grössere Rolle spielte, ist *die Wohnungsfrage*, seitdem einmal die Seuche des Wohnungselends in steigendem Masse erkannt wurde. Immer dringender wird das Verlangen nach Ansiedelungen in Kolonien mit etwas Garten- und Nutzland. Verheissungsvolle Anfänge sind schon gemacht worden, aber woran die Frage auch hier wieder im allgemeinen scheiterte, das ist *das Fehlen billigen Grund und Bodens*. So kann man auch vom Standpunkt der arbeitenden Klasse aus von einem *Landhunger* sprechen, und gerade, wenn man die Zukunft Deutschlands in der weiterschreitenden industriellen Entwicklung sieht, muss die *Bereitstellung von billigem Grund und Boden zu einer Hauptforderung* erhoben werden. Es erscheint daher nicht verständlich, warum aus den Kreisen unserer Arbeiterbevölkerung heraus gegen ein dahinzielendes Bestreben Stellung genommen werden sollte.

» Dabei fällt die wichtige Tatsache auf, dass der Landhunger des Städters nur auf Kosten des Landhungers des Landbewohners zu befriedigen ist, und so geradezu eine Ursache für letzteren wird und zwar in um so höherem Mass, je mehr Mittel hier zur Verfügung gestellt werden. Unmöglich kann aber eine solche Schädigung der Landbevölkerung im Interesse des Ganzen liegen. Ein Ausgleich schien bisher ausgeschlossen. Dass man eine Zeitlang den schwächlichen Ausweg der Innensiedelung, die doch nur eine ganz vorüberhende Erleichterung hätte bringen können, als das einzig richtige und zweckmässige hinstellen konnte, ist wieder ein sprechender Beweis dafür, dass man an etwaige über die bestehenden engen heimatlichen Grenzen hinausgehenden Wünsche nicht im entferntesten dachte.

» Sollten wir eine solche Zurückhaltung und Entsagung, so wie die Dinge jetzt liegen, auch weiterhin üben ? *Unmittelbar vor unseren Grenzen winkt ein weites, altes deutsches Siedlungsgebiet*, bei dem es sich wie seinerzeit bei Elsass-Lothringen um altes, verloren gegangenes deutsches Reichsgebiet handelt, dessen Wiedererwerbung aus wirtschaftlichen Gründen jedenfalls nicht abzulehnen wäre. nachdem unsere Gegner uns mit diesem Kriege ihre Möglichkeit aufgezwungen haben.

» Kaum zwanzig Jahre sind es her, dass die Balten noch eine rein deutsche Auslandskolonie darstellten, obwohl sie unter russischer

Herrschaft standen. Wie wohl nirgends sonst hatte das Deutschtum hier an seiner Stammesart festgehalten, bis in den letzten 20 Jahren eine gewaltsame Russifizierung einsetzte... (Seite 42-43.)

» *Die Machterweiterung im Osten bildet das geradezu notwendige Gegengewicht gegen eine solche im Westen, die fast rein industrieller Natur wäre...* (Seite 45.)

» ...es erscheint nicht angängig, jede Gebietserweiterung damit abfertigen zu wollen, dass man von Eroberungspolitik spricht, und damit den Begriff eines brutalen Gewaltaktes verbindet, dem jede innere Berechtigung abzusprechen ist. *Stets Mehrer des Reichs* war von jeher ein Ehrentitel der deutschen Kaiser, und er bezog sich nicht nur auf die Mehrung der Güter des Friedens. Vor diesem Krieg war nur zu stark betont worden, dass unsere Politik eine friedliche war und nicht auf Machterweiterung abzielte. Wenn man trotz allem nicht daran glauben wollte, dann lag darin eigentlich schon ein Zugeständnis, dass man es für berechtigt und natürlich hielt, wenn wir andere Absichten verfolgten. Jetzt, da man uns dazu gezwungen hat, wollen wir ruhig unsern Gegnern die Genugtuung gönnen, nach dem Krieg an Hand der Ergebnisse behaupten zu können, dass sie doch im Recht waren. Jede Zurückhaltung würde doch nur als Schwäche und als Vorbereitung für spätere kriegerische Absichten gedeutet werden... (Seite 50.)

» Wenn England seine bisherige Ueberlegenheit seiner insularen Lage zu verdanken hatte und der Unmöglichkeit, es zu Land anzugreifen, dann muss unser Streben das Endziel haben, *derartige Grenzen zu schaffen, dass wir England, d. h. englischen Besitz auf dem Landweg erreichen können...*

» Die Entfernung *Berlin-Bombay*, die etwa gleich ist der Entfernung Berlin-Rhodesia, entspricht etwa der Strecke St. Petersburg-Wladiwostok, deren Ueberwindung selbst einem Staat wie Russland während des russisch-japanischen Krieges keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereitete. Die Schwierigkeiten, die eine solche Bedrohung Englands bieten, wären jedenfalls gering im Vergleich zu einem mit Gewalt zu erzwingenden Kanalübergang nach England, und für den Fall einer friedlichen Entwicklung gestaltet sich jedenfalls der Kapitalaufwand für die ausgeführten Bahnbauten nutzbringender als ein ähnlicher Kapitalaufwand für den sonst erforderlichen Mehraufwand an Kriegsrüstungen aller Art.

» Hier liegt also die wahre und einzige Lösung unserer Befreiung vom englischen Weltjoch. Wir müssen die Verbindung seiner reichsten Kolonien, *Süd-Afrika und Indien*, verhindern und mit diesen Kolonien feste Grenzen schaffen, die wir ohne fremdes Gebiet zu berühren,

und ohne ausschliesslich auf den Seeweg angewiesen zu sein, *an unser eigenes Bahnnetz und das unserer Bundesgenossen anschliessen...*

» Von solchen Gesichtspunkten aus betrachtet, gewinnt aber die Idee der Errichtung eines Staatenbundes, der uns über den Balkan und die Türkei bis an die Tore Indiens und der Kapkolonie heranführt, noch eine ganz andere Bedeutung, und wir sehen, dass diese Lösung kommen wird, weil sie kommen muss... (Seite 82-83.)

» Jedes Hinausschieben der Grenzen muss zunächst eine zahlenmässige Stärkung des fremden Elements zur Folge haben, was den politischen Gewinn beeinträchtigt, wenn es sich um fremde Rassen handelt mit stark ausgeprägter Eigenart. In gewissen Fällen wird nun der unterliegende Staat das grösste Interesse daran haben, mit den abzutretenden Gebieten nicht auch deren Bevölkerung zu verlieren, wenn damit, wie z. B. für das an sich im Rückgang befindliche und durch den Krieg entvölkerte Frankreich, eine gewisse willkommene Kräftigung verbunden ist. Die persönliche Entschlussfreiheit des einzelnen wird dadurch nicht beeinträchtigt werden dürfen, wohl aber wird man von dem zum Verbleiben auf der ererbten Scholle auch unter der neuen Herrschaft sich entschliessenden Teil der Bevölkerung bestimmte Sicherheiten dafür verlangen müssen, dass er seiner *Entnationalisierung keinen grundsätzlichen Widerstand entgegensetzt* und mit einer, wenn auch allmählichen, *Einführung des ausschliesslichen Unterrichts und des ausschliesslichen Gebrauchs der Sprache des Siegers einverstanden ist.* Handelt es sich um die Einverleibung früherer geschlossener staatlicher Gebilde, dann wachsen natürlich die Schwierigkeiten, sie sind aber keinesfalls, wie man oft glauben machen will, unüberwindlich. Einem an der Spitze der Kulturnationen marschierenden Volk stehen da jedenfalls allerlei Mittel und Wege zur Verfügung ohne dass man an eine gewaltsame Unterdrückung zu denken braucht, wie sie von Russland stets versucht und durchgeführt wurde.

Ungleich erleichtert die Lösung, wenn beide Teile ein Interesse und die Möglichkeit haben, einen gewissen *Austausch* vorzunehmen. So wird man gar keinen Wert darauf legen, die in den Grenzgebieten der neuen Ostmark ansässigen russischen Elemente zu halten, und umgekehrt hat sich Russland sogar schon seit längerer Zeit bemüht, die starken deutschen Siedlungen zum Auswandern zu veranlassen. Jetzt hört man, dass die Russen sogar das Privateigentum, in erster Linie den Grundbesitz, der Deutschen einziehen wollen. Auf die Weise wird es möglich sein nach dem Kriege einen von beiden Seiten erwünschten Austausch herbeizuführen... (Seite 108-109.)

» Wenn man diesen Krieg den Völkerkrieg genannt hat, so wird ihn

eine spätere Geschichte vielleicht auch *den völkerbefreienden Krieg* nennen, den das deutsche Schwert siegreich durchgefochten hat, um nun Raum zu schaffen, für die Ausbreitung des deutschen Gedankens in der Welt, deutscher Sprache und deutscher Arbeit... » (Seite 123.)

Der neue Dreibund, ein politisches Arbeitsprogramm für das gesamte deutsche Volk und seine Freunde, von *Franz Köhler*. J. F. Lehmanns Verlag, München 1915.

Ein Kürassier-Offizier.

« Es würden sich zwei neue Staatengebilde zu formen haben. Das Kaiserreich Mittel-Europa, im Anschluss an Deutschland, und das Kaiserreich Südosteuropa im Anschluss an Oesterreich-Ungarn.

» *Die Grenzen nach aussen hin werden durch den Verlauf der kriegerischen Ereignisse bestimmt werden.*

» *Voraussichtlich werden im allgemeinen alle Gebiete, die von den Zentralmächten besetzt sind diesen neuen Staatengebilden anzugliedern sein.* Es liegt gar keine Veranlassung vor, die Länder, die das Schwert errungen hat, den Staaten zurückzugeben, die so schwach waren, dass sie dieselben nicht schützen konnten... » (Seite 14.)

Warum war der Weltkrieg eine Notwendigkeit. Ein Gruss dem deutschen Volk aus Feindesland *von einem Kürassier-Offizier*. Berlin, Verlag von Gsellius, 1915.

Dr. Karl Mehrmann.

« Der Krieg ist noch nicht entschieden, aber das wissen wir, dass er mit unserm Siege enden muss. Nicht bloss, weil wir schon jetzt in unverkennbarem Vorteil sind, sondern auch, weil wir mit dem Reichskanzler von Bethmann-Holweg der Gewissheit leben, dass ein Volk mit solcher unwiderstehlichen Ueberzeugung seines moralischen Rechtes nicht besiegt werden kann, ohne ganz vernichtet zu verden. Das aber wissen wir auch, dass die Zahl unserer Feinde gerade gross genug ist und auch nach dem Kriege gross genug bleiben wird, um uns alles vermeiden zu lassen, sie ohne Not zu vermehren. Und keine Not zwingt uns, unsere Eroberungsabsichten nach Amerika, nach dessen Norden wie nach dem Süden zu lenken...

» ...wir haben nicht die geringste Sympathie mit politischen Utopien, deren ärgste eine der Gedanke eines Eroberungszuges nach Süd- wie nach Nordamerika wäre. Wir wollen jedem Einwand gegen die Glaubwürdigkeit unserer Versicherungen von vorneherein die Spitze

abbrechen, indem wir zugeben, dass *zeitweilig auch bei uns das nationalistische Begehren bis nach Südamerika hinüberzüngelte.* Aber immer wieder ist es der Besonnenheit unserer Regierung gelungen, die Erregung des Auslandes über unsere angebliche Expansionswünsche zu beschwichtigen. Selbst, wenn wir wollten, und selbst, wenn die Amerikaner deutscher Abstammung wollten, es würde uns einfach die militärische Kraft fehlen, auf dem Boden der neuen Welt dauernd Kolonialbesitz festzuhalten.

» Aber auch in Europa hat uns 44 Jahre hindurch jegliche Luft gefehlt, den politischen Bestand der bestehenden Staatengesellschaft auch nur im entferntesten anzutasten. Es ist richtig, in einzelnen journalistischen Veröffentlichungen ist hin und wieder mit Eroberungsgedanken gespielt worden. Aber die deutsche Reichsregierung hat unter der Leitung unseres Kaisers ihren ganzen Ehrgeiz dafür eingesetzt, den Frieden und die bestehende Ordnung auf dem Festlande zu erhalten. Und die ausserordentliche Mehrheit des deutschen Volkes hat diesen Standpunkt gebilligt. Nun aber hat freilich dieser Krieg, den wir, in der Verteidigung, für die zukünftige Sicherheit unseres staatlichen Daseins und unseres Volkes Zukunft führen, durch unsere Siege Zustände geschaffen, die uns *die Erweiterung unserer Grenzen auf dem europäischen Festland* nahe legen. Wie weit hier das allein massgebende militärpolitische Interesse mit dem Gedanken, Bestandteile deutschen Blutes auf russischem oder belgischem Boden zurückzugewinnen, vereinbar ist, haben Fachleute zu entscheiden. *An sich ist es nur etwas Natürliches, daran zu denken, zu unserer militärischen Sicherheit Balten und Flämen in unser Volkshaus zurückzuführen*, aus dem sie der Zwang geschichtlicher Ungunst herausgewiesen hat... (Seite 7-8.)

» ...am Zwiespalt, an der Zweiseelennatur, litt bisher die deutsche Weltpolitik. Wir sind gegründet im Festland, und wir streben von da mit unserer Verkehrspolitik nach dem Süden. Und wir stehen am Wasser und zielen mit unserem Seehandel nach dem Westen. Der fast rechte Winkel, in dem unser Ausdehnungstrieb mit seiner kontinentalen und bald maritimen Sehnsucht zutage tritt, muss in einen ineinanderlaufenden Interessenring umgebogen werden. Mit dieser verkehrs- und wirtschaftspolitischen Kreisbildung kommt dann nicht bloss *der Wunsch nach Ergänzung unseres nationalen Torsos* zu seinem Recht, sondern auch der Gedanke an die machtpolitische Abrundung und *die Notwendigkeit der Beseitigung des Enklavencharakters unseres Reiches*... (Seite 25.)

» Was seit Jahren die Sehnsucht unbefangen urteilender Kolonialpolitiker und das offenbare Ziel des Auswärtigen Amtes gewesen

ist, kann der kommende Friedensschluss zur Erfüllung bringen. *Die endgültige Besiegung Frankreichs und Belgiens* muss uns Deutschen auch die Verbindung unserer Kolonien Kamerun und Ostafrika bringen ; es wird sich quer durch den schwarzen Erdteil *ein mittelafrikanisches Neu-Deutschland* legen, das als Verbindungsglied die beiden Bogenlinien von der Nordsee (einmal die festländische durch Mitteleuropa und Vorderasien, dann die maritime durch den Atlantischen Ozean) *an den Küsten des Indischen Weltmeeres* zu einem grossen weltwirtschaftspolitischen Ringreif zusammenknüpfen wird. Der Traum unseres politischen Lebens, die Herstellung eines Gleichgewichts der Küste im Indischen Ozean, wäre erreicht.

» In diesem politisch geeinten Ringgebiet sind alle Bedingungen wirtschaftlich sich gegenseitig ergänzender und daher selbstständiger Entwicklungsmöglichkeiten auf freien, zum Teil allein den verbündeten Staaten gehörenden Verkehrsstrassen gegeben. Dies militärpolitisch geeinte und in wirtschaftlicher Hinsicht unabhängige Verkehrsgebiet verlangt auch nach einem äusserlichen Ausdruck seiner handelspolitischen Zusammengehörigkeit. Die Befruchtung der Türkei mit deutschem (und österreichischem) Kapital überragt so sehr diejenige durch uns feindliches Geld, dass nicht einzusehen ist, warum unsere Vorzugsstellung nicht auch wirtschaftspolitisch zur Darstellung kommen sollte. Eine Zollunion mit Oesterreich-Ungarn und mit der Türkei verschafft uns diese Möglichkeit... » (Seite 29.)

Gross-Deutschland, unsere Stellung in der Weltstaatengesellschaft, von *Dr. Karl Mehrmann.* Dresden 1915. Verlag « Das grössere Deutschland ».

A. Ölzelt-Newin.

« *Russland* ist nicht bloss für Mitteleuropa, sondern für ganz Europa, *für die ganze Kulturwelt weitaus der gefährlichste Feind*, schon wegen seiner Menschenmassen, mit denen das Slawentum, vielleicht zusammen mit den gelben Rassen, den Westen überschwemmen kann. Es hat nur Eroberungstendenzen, die sich hinter panslawistischen Idealen nur schlecht verbergen, und ist nach seiner staatlichen Organisation durchaus ein asiatisches Reich. Auch für den Fall eines völligen Sieges über Russland würde mit Rücksicht auf seine Rachegelüste jedes Abrüsten für absehbare Zeit ausgeschlossen sein. Es müsste beim elenden *para bellum* bleiben, wenn *Russland nicht jede Art Einfluss auf den Kontinent dauernd abgeschnitten würde.* Es wünscht den Balkan und damit das Mittelmeer zu beherrschen. Das Ziel jedes Friedensschlusses müsste also sein, ihm seinen asiatischen Charakter zu

bewahren und nach Kräften seine europäische Grossmachtstellung zu unterbinden, zu brechen. Das kann nur geschehen durch *Abtrennung seiner kulturell und wirtschaftlich wertvollsten westlichen Teile unter gleichzeitiger Fernhaltung von allen europäischen Meeren*[1], welch letzteres durch blosse Verträge nie zu erlangen ist. Die Trennungslinie, die Grenze hätte gezogen zu werden beispielsweise (das Einzelne müssen, wie gesagt, die Kriegszwecke wie die Politik bestimmen) von Kronstadt über Brest-Litowsk und Taganrog bis Baku, Finnland natürlich einbegriffen. Also es bedürfte nebst der Schleifung aller, insbesondere der Seefestungen, der Erwerbung von Finnland, von Estland, Livland, Kurland, Polen, Wolhynien, Podolien, Bessarabien, Teilen von Klein- und Südrussland, Taurien und Kaukasien. Diese abzutretenden Provinzen würden nur ungefähr den 15. Teil Russlands bilden, aber ungefähr den vierten Teil seiner Bewohner, und zwar seiner besten und reichsten. Darauf kommt es eben an. Der weitaus grösste Teil dieser Länder wünscht selbst die Lostrennung von Russland. Wer meint, dass an diesem Inventar etwas zu sparen ist, der könnte es nur an denjenigen Punkten, wo eigentliches Russentum angetastet wird, das ja immer zurückstreben und in Zukunft beständigen Unfrieden stiften würde. Aber selbst diese Rücksicht dürfte an der Nordgrenze des Schwarzen Meeres nicht entscheiden, die, wenn nötig, von der Türkei und den Mittelstaaten verteidigt und bewacht werden müsste. Wem diese Länder zukommen sollen, ist zunächst gleichgültig, vielmehr nur die Zahl und Ausdehnung wesentlich für die Bändigung Asiens. Auch wie weit diese Provinzen aus sprachlichen oder anderen Gründen selbstständig bleiben oder angegliedert werden müssten, also z. B. ob Finnland selbstständig oder, was besser wäre, mit Schweden vereint wird; ob die Ukraine für die Freiheit schon reif oder in Abhängigkeit bleiben müsste und von wem; auch wie weit kulturelle Gründe oder das Prinzip, dass es möglichst wenig Reiche geben soll, dabei die leitenden sein sollten neben den militärischen und politischen, das alles bleibt hier unentschieden. Auf dem Balkan könnten, wenn er befreit von Russlands Hilfe und Wühlarbeiten würde, zwei Reiche, *Serbien und Montenegro, von der Karte ganz gestrichen werden*, die bei ihrem tiefen Bildungsstand nur beständig den Streit erhalten...

» Frankreich war von jeher durch seine Herrsch- und Rachegelüste dem europäischen Frieden gefährlich; auch durch seine besonders in den herrschenden Kreisen frivole, Deutschlands Sitten feindliche Gesinnung; in jedem Falle weit gefährlicher als, wie irrtümlich oft be-

[1] Ausser dem Weissen Meer.

hauptet wird, England. Dieses könnte auch im Falle seines Sieges die Probleme des Kontinents viel weniger tangieren und schädigen. *Es kann aber kein einheitliches, mächtiges Mitteleuropa geben, solange Frankreich seine Grösse und Machtstellung behält.* Und diese ihm zu nehmen, muss das Ziel jedes Friedensschlusses sein. Und gewiss, *nicht um die Landerwerbungen allein handelt es sich, denn auch Kriegsentscnadigungen oder Handelsverträge können Reiche zugrunde richten* ; aber von diesen sprechen wir hier nie. Wir fragen nur, welche Landesabtretungen sind nötig, auf dass es in Europa zwei Grossmächte weniger gäbe. Was ist dazu erforderlich ?

» Ob dazu die Abtretung nördlicher Hafenstädte in Frage kommt, ist am besten jetzt noch nicht zu besprechen. *Vielleicht bedürfen die Mittelstaaten sogar eines Mittelmeerhafens, wie Toulon, wozu Nizza unentbehrlich wäre,* schon wegen des nicht französischen Nachbarlandes. Dass Frankreich aber die ihm gehörige *Nordküste Afrikas* verlieren müsste, ist schon deshalb gewiss, weil mit blossen Kriegsentschädigungen es viel zu wenig geschädigt ist. Auch reichte es nicht hin, auf der Ueberlassung seiner Flotte zu bestehen, sondern es hätte von seinen Festungen vor allem auch die Hafenbefestigungen zu schleifen, und es wäre als eine der wichtigsten Friedensbedingungen sein dauernder Verzicht zu erstreben, *keine andere als eine Handelsflotte zu halten.* Frankreich würde eine ähnliche Rolle zukommen müssen wie jetzt Spanien. Das sind die Existenzbedingungen für die Bundesstaaten, und einen « faulen » Frieden — er wäre diesmal gewiss nicht christlicher — dürfte nur die Ermattung gebieten und hiesse Europas Kultur für Generationen, wenn nicht für immer gefährden.

» *England* ist für die Probleme des Kontinents *der ungefährlichste Gegner* und kann uns eigentlich nicht mehr tun, als, wie es im Volke immer hiess, der Fisch dem Vogel. Hass und Wut, mit denen jetzt gegen England gekämpft wird, dürfen nicht verwechselt werden mit der Gefährlichkeit, ein grosser Irrtum, der leider oft begangen wird. Ob England siegt oder unterliegt, ist unter der Voraussetzung eines Landsieges der Mittelmächte für die Entwicklung des Kontinentes nicht entscheidend ; daher ist auch hier die Annahme seiner völligen Niederlage nicht so nötig für die Fragen über das neue Europa, so wenig als die konkreten Fragen, wie viel und welche von seinen Kolonien ihm abgewonnen werden könnten und wie es als Seemacht für andere Weltteile ungefährlich zu machen wäre. Fest steht nur, mit der Kontinentalsperre kann es die Menschheit nicht aushungern, so wenig als es einen ewigen Krieg führen kann, und ebenso fest, dass, wenn es siegt, später weitergekämpft wird, bis Deutschlands Flotten wieder

gerüstet sind. Für Europa ist eine andere Art, es unschädlich zu machen, weit wichtiger, und die kann auch erfolgen ohne Seesieg, lediglich zu Lande, wenn die Mittelmächte sonst siegen. Für *England* ist vielleicht die empfindlichste Strafe die *völlige Absperrung vom Mittelmeer*, die auch wegen aller fremden Weltteile angestrebt werden müsste. Das kann zum Teile die Türkei, wenn sie die Bewachung der Ostküsten übernimmt nach der Erwerbung Aegyptens und des Suezkanals. Auch das Schwarze Meer kann sie absperren. Sie hätte dann nur bindende internationale Verträge über Konstantinopel einzugehen. Von Malta und den anderen Inseln wäre England ohnehin abgesperrt, wenn auch Gibraltar ihm genommen und Tanger aufhören würde, neutral zu sein. Jedenfalls sind die beiden Haupttore ausschliesslich durch Landmächte zu erlangen und zu erhalten, wie ein Kolonialweg nach Persien. Durch diese Mittelmeersperre würde England auch von Nordafrika abgehalten, so dass der Verkehr europäischer Flotten von ihm nicht mehr gestört werden könnte. Vielleicht kommt es übrigens in ferner Zeit noch zur Besinnung, wenn Asien die Zivilisation einst wieder bedroht, auf welcher Seite es schon im eigensten Interesse zu kämpfen hat.

» Das sind die Schutzwälle gegen unsere Feinde, die, gestützt von einer weitsehenden Politik, allein die Zukunft sichern können. Und dazu müssten die beiden Mittelstaaten nicht nur einen *vollständigen* Sie gerringen, auch ihr eigennutz- und neidloser Dauerbund, wie immer sie ihn schliessen, muss von eherner Macht und er kann dazu nicht innig genug sein. Wird einer dieser Schutzwälle an irgend einer Stelle mangelhaft aufgeworfen, so ist unsere Kultur dauernd geschädigt oder vielleicht noch vor einem Menschenalter vernichtet. Dann geschah das grosse Sterben nicht für das Leben — es war nur für den Tod... » (Seite 12-16.)

Welche Strafe soll die treffen, die Schuld am Weltkrieg tragen ? von A. *Oelzelt-Newin.* Verlag Kesselringsche Hofbuchhandlung (E. v. Mayer), Leipzig und Frankfurt a. M., 1915.

Dr. Karl Peters.

« Die Weltgeschichte hat bisher eher alle Rohheiten verziehen, als den mangelnden Willen zur Macht.

» Nicht leben und leben lassen sondern « *leben und das Leben der anderen bestimmen* » : das ist Kraft ; es unter unseren vernünftigen Einfluss bringen, um die Beziehungen der Völker auf besseren Boden zu stellen : das ist geläuterte Kraft... » (Seite 13-14.)

» Was wird aus uns Deutschen ? Wir hoffen alle, dass der Krieg der Anlauf zu einer grossen Zeit ist. Wir sind überzeugt, dass die Deutschen zu hervorragenden Dingen berufen sind... Dieser Krieg ist die hohe Schule, in der wir abtun, was nicht unser Bestes war, in der wir im Geiste unserer Grossen zur Klarheit erwachen über die Aufgaben, die unser im Frieden harren. Nimmermehr darf die kommende Zeit so ohne Willen dastehen, wie die jüngstvergangene gestanden hat. Nimmermehr darf das deutsche Volk sich von Weichlingen und Nützlingen so am Gängelband führen lassen, wie es geschehen ist. Immer weiter müssen wir loskommen von dem nichtigen Gemeinschaftsbegriff, der nur vor Fäusten sichert und Verdienst und Versorgung sucht. Immer mehr muss ein gemeinsamer Wille wachsen, dass es gilt, ein heiliges deutsches Reich zu schaffen. Ein Volk, das aus dem Geiste der heutigen Zeit heraus den alten Gottesodem neuentfacht, das in sich heilig wird und Heiligkeit hinausträgt unter die anderen Völker, das, mein deutsches Volk musst du werden. Wirst du es nicht, so sind Träume Schaum, und deine grosse Zeit liegt hinter dir.

» Dieses Werden eines heiligeren Lebens liegt in der Luft ; es ist in der Kraft des Gedankens längst geboren. Nicht nur bei den Deutschen. Auch andere Völker haben in ihrer Art Anteil daran.

» Es ist, als ob die Völker in den grauen Ekel des wüstesten Erdendaseins hineintauchten, weil sie nicht mehr sein konnten, wie sie waren und um zu werden, was sie werden möchten. Das Neue wird geboren. Noch weiss niemand, wie es sein wird. *Wird ein mächtiges Deutschland Europa Gesetze geben, wird es eine werdende Heiligkeit des Lebens zum Friedensgesetz für seine Nachbarn machen* ? Wird es mit ihnen zusammen der anderen Erdenwelt trutzen ?

» Wenn das unser Weg ist, so dürfen wir mit dem Willen zur Macht nicht zagen. Töricht ist die Rede von dem Rechte der anderen, töricht das Wort von der Gerechtigkeit, die uns hindern soll, anderen zuzufügen, was wir selbst nicht leiden wollen. Es ist ein falscher Massstab, ein falsches Denken über Menschenmacht und Menschenordnung, wenn man von der einen und allein gültigen Gerechtigkeit spricht. Wir haben den Krieg aus bester Menschenordnung heraus, sogar mit Verleugnung unserer Macht, nicht gewollt. Aber die Mächte in den Menschen sind wie die Naturgewalten über unser Leben hereingebrochen ; Weltordnung bricht in Menschenordnung ein, reisst nieder wie das wilde Meer und zwingt zu neuem Bauen. Und das Volk, das der Träger der Kraft ist, das gereizt worden ist, über seine Dämme zu steigen, fügt das Neue nach Massgabe seiner Kraft und seines Könnens.

» *Wo ist der Schildbürger, der die heutigen Landkartenstriche für ewig hält* ?

» Töricht sind die Hoffnungen, die sich für den Frieden auf Gleichgewicht und Schonung aufbauen. Der Friede wird nur aus der Macht geboren, die den Willen zum Frieden hat.

» Gott gebe uns, wenn wir zur Macht kommen, mächtige Männer, mit rechtem Augenmass, die alle Gespinste von Ränken und Schwächen zerreissen und mit Bismarckhand zusammenfügen, was wir brauchen.

» Wenn wir ein wollendes Volk im Innern werden, so ziehen wir die Grenzländer in unseren Lebenskreis hinein. Wir brauchen die völkische Einheit nicht zu überspannen ; wir können aus den Verschiedenheiten Nutzen ziehen... (Seite 64-66.)

» Wir wollen zwar unsere Gegner nicht zertrümmern, aber auch bei uns schweben bestimmte Forderungen an das Kriegsergebnis in der Luft. Ihre Erörterung ist einstweilen ausgeschlossen. Soviel ist indes klar geworden, dass *eine Erweiterung unserer Grenzen und unserer Macht* weiteste Zustimmung finden würde. Die höllische Gewalt des Angriffs hat die weltbürgerliche Weichheit des Deutschen doch ein wenig aufgefrischt. Wir hören zwar immer noch etwas von Schonung, von Selbstbestimmung der Völker, aber es fällt nicht ins Gewicht. Man begreift, was not tut. *Wir müssen stärker werden...* » (Seite 68.)

Not und Weg. Allgemeine und besondere Gedanken über Deutschlands Aufgaben, von *Dr. Karl Peters*. Berlin, Verlag von Gsellius, 1915.

Der Präsident des Hansa-Bundes Dr. Riesser.

« Es darf jedoch kein Friede geschlossen werden, bevor Englands Macht mindestens so gebrochen ist, dass es die Welt und die Meere nicht mehr allein beherrschen, das Völkerrecht nicht mehr mit Füssen treten und nicht einmal mehr versuchen kann, uns *die Grenzen vorzuschreiben, bis zu denen wir uns zu Wasser und zu Lande sowie wirtschaftlich und finanziell sollen ausdehnen dürfen...* » (Seite 112-13.)

England und wir, von *Dr. J. Riesser*, Reichstagsabgeordneter und Präsident des Hansa-Bundes. Heft 8 der Sammlung « Zwischen Krieg und Frieden ». Verlag S. Hirzel, Leipzig, 1915. Zweite Auflage.

Professor Dr. Hermann Schumacher.

« Es ist zu hoffen, dass die opferreichen Siege *die agrarische Basis* unserer Volkswirtschaft, insbesondere *im Osten, durch Siedlungsland*

verbreiten. Dann wächst die Möglichkeit, empfindliche Lücken in unserer Gütererzeugung auszufüllen, entsteht aber zugleich die Notwendigkeit, unsere Handelspolitik nicht nur zuzuschneiden auf hochentwickelte widerstandsfähige Wirtschaftszweige, sondern auch auf junge schwache Reiser, die unter den schwierigsten Verhältnissen erst mühsam herangezogen werden müssen... (Seite 21.)

» ...der Krieg trifft unsere überseeische Ausfuhr natürlich am stärksten. Solange er dauert, stockt sie fast völlig. Auch nach dem Kriege wird sie noch sehr darniederliegen. Insbesondere in den Ländern Süd- und Mittelamerikas haben wir infolge einerseits der verminderten Kaufkraft dieser Gebiete und anderseits der gesteigerten panamerikanischen Bestrebungen der Vereinigten Staaten mit einem Ausfall, wie wir sahen, zu rechnen, und wir haben nach Siegesrecht ebenso wie nach Rücksichten der Gerechtigkeit einen Anspruch auf Entschädigung auf Kosten Englands und der Vereinigten Staaten.

» Der Krieg schafft aber zweitens an unseren Landgrenzen hoffentlich eine handelspolitische Lage, wie sie im Frieden unbekannt ist. Er kann für die gewaltigen Opfer, die er fordert, uns nur einigermassen entschädigen, wenn er *unsere Grenzen hinausschiebt; im Osten, um die agrarische Grundlage unserer Volkswirtschaft durch neuen Siedelungsboden zu erweitern; im Westen, um die reichsten und höchstentwickelten Gebiete unseres Vaterlandes wirksamer zu schützen.* Solche politische Lossreissung von Gebietsteilen unserer Feinde aus strategischen Gründen oder aus anderen Lebensbedürfnissen unseres Volkes zerreisst aber Beziehungen des Angebots und der Nachfrage, die für das Wirtschaftsleben dieser Gebiete von entscheidender Bedeutung sind. Das lässt sich nicht ganz vermeiden, aber man sollte doch bemüht sein, bei Lösung des politischen Zusammenhengs der Untertanenschaft den wirtschaftlichen Zusammenhang der Kundschaft, wenigstens für einige Zeit, noch möglichst zu wahren. Unser Interesse gebietet es, mit der Produktionskraft der neuen Gebiete auch ihren Absatzmarkt zu erwerben. Das kann nur dadurch geschehen, dass wir möglichst viel von ihren wirtschaftlichen Beziehungen zu dem Land ihrer bisherigen politischen Zugehörigkeit aufrechterhalten. Sonst muss der Zuwachs an Produktionskraft wenigtens eine Zeitlang — wie wir es in kleinem Massstab nach dem Krieg von 1870-1871 mit der Mülhausener Industrie erlebt haben — einen starken Druck der Ueberproduktion auf dem einheimischen deutschen Markt hervorrufen. Den an den neuen Grenzen für eroberten Gebiete nötigen Vorzugsabsatz vermag die dargelegte Zollunterscheidung nach der Grenze zu sichern. Eine Bevorzugung der Landgrenze bedeutet für sie die Aufrechterhaltung

der wirtschaftlichen Nachbarschaftsverhältnisse, aus denen sie ihre Lebenskraft bisher gesogen haben. Mit Hilfe dieser Massnahme kann eine Uebergangszeit geschaffen werden, welche eine langsame Anpassung an die neuen Verhältnisse ermöglicht.

» Für einen solchen *Zwangseingriff in die bisherigen handelspolitischen Verhältnisse* spricht endlich noch eine ganz allgemeine Erwägung. Je länger der Krieg dauert, je mehr er die eigenen Kriegskosten anschwellt und die Zahlungsfähigkeit der Feinde schmälert, um so mehr schwindet die Aussicht, einen vollen Ersatz aller entstandenen Schäden zu erhalten, zumal da es bisher zweifelhaft ist, ob wir England zu einer beträchtlichen Kriegsentschädigung werden nötigen können. Die dargelegte Zollunterscheidung, die wir als Sieger an unseren feindlichen Landgrenzen erzwingen können, schafft die Möglichkeit eines wenigstens teilweisen Ersatzes. Sie trifft zwar finanziell auch Frankreich, aber vor allem kommerziell England...» (Seite 43-45.)

Meistbegünstigung und Zollunterscheidung. Betrachtungen über eine Neugestaltung der deutschen Handelspolitik nach dem Kriege, von *Dr. Hermann Schumacher*, o. Professor der Staatswissenschaften an der Universität Bonn. München und Leipzig, Verlag von Duncker & Humboldt, 1915.

Professor Dr. Heinrich Sieveking.

« Wenn der Krieg siegreich für uns ausgeht, ist es unser gutes Recht, für eine *bessere Sicherung unserer Grenzen* notwendige Stützpunkte zu fordern, oder *zur Ergänzung unserer Rohstoffe nötige Gebiete uns anzugliedern*, wie *die Erzlager in der* Umgegend von *Metz*, oder auch für unsere Seegeltung entscheidende *Posten am Meere* zu gewinnen.

» Landerwerb in Europa ist nicht das Wichtigste worauf es bei einem Frieden ankommt. Einer Verschiebung der Grenzen kommt nur insofern Bedeutung zu, als sie der Ausdruck einer Machtverschiebung ist... (Seite 30-31.)

» Grösserer Landerwerb käme für uns heute nur in Afrika in Betracht, dessen Kultur nur unter Führung der weissen Rasse möglich ist. Hier hätten wir die Ueberlegenheit der weissen Rasse wieder herzustellen, die von unsern Gegnern so schmählich verteten ist, indem sie unsere gefangenen Landsleute in den Kolonien wie Sklaven behandelten und schwarze Krieger als ihre Brüder uns entgegenstellten.

» Im übrigen können wir überall für lebensfähige. selbstständige Staatsgebilde eintreten... (Seite 32.)

» Sollten nicht heute *ein im Innern selbstständiges Belgien und*

Polen durch den Anschluss an das Deutsche Reich ihren besten Vorteil finden können ?

» So selbstverständlich bei einem Friedensschluss einem siegreichen Heere nur Bedingungen geboten werden können, die das Gedeihen des eignen Landes gewährleisten, sehen wir doch, dass wir dabei zugleich um unsere Beziehungen mit unsern Nachbarn besorgt sein müssen. Wir wollen weiterhin nicht abgeschlossen für uns leben, sondern in der Welt für die Menschheit tätig bleiben. Da müssen wir sogar dem Gegner einigen Raum zum Weiterleben lassen, wie viel mehr dem Nachbar, den wir zum Freunde haben möchten... » (Seite 36.)

Unsere Aufgaben, von Professor Dr. *Heinrich Sieveking*. Verlag Karl Curtius, Berlin, 1915.

Professor Werner Sombart.

« So wie des Deutschen Vogel, der Aar, hoch über allem Getier dieser Erde schwebt, so soll der Deutsche sich erhaben fühlen über alles Gevölk, das ihn umgiebt, und das er unter sich in grenzenloser Tiefe erblickt.

» Aber dass Adel verpflichtet, gilt auch hier. *Die Idee, das auserwählte Volk zu sein, lädt gewaltige Pflichten* — und nur Pflichten — *auf uns*. Wir müssen uns vor allem in der Welt als ein starkes Volk erhalten. Nicht auf Eroberung der Welt ziehen wir aus. Habt keine Angst, ihr lieben Nachbarn : verschlingen werden wir euch nicht. Was sollen wir mit diesen unverdaulichen Bissen im Magen ? Und halb Zivilisierte oder Naturvölker zu erobern, um sie mit deutschem Geiste zu erfüllen, danach steht unser Begehr auch nicht. Eine solche « Germanisierung » ist gar nicht möglich. Der Engländer kann in diesem Sinn allenfalls kolonisieren und fremde Völker mit seinem Geiste erfüllen. Er hat ja keinen. Es sei denn der Krämergeist. Zu einem Händler kann ich jeden beliebigen Menschen machen, und englische Zivilisation verbreiten ist kein Kunststück. Das den Engländern nachgerühmte, grosse « Kolonisationstalent » ist nichts als ein Ausdruck ihrer geistigen Armut : Deutsche Kultur aber andern Völkern einzupflanzen : wer möchte sich des unterfangen ? Heldentum kann man nicht wie Gasleitungen an jede beliebige Stelle der Erde verlegen. Wir Deutsche werden also — von Rechts wegen ! — immer schlechte Kolonisatoren bleiben. Und fremde Länder zu akkumulieren, wie England : das scheint nns auch nicht der Mühe wert. « Expansionstendenz » steckt also ganz und gar nicht im neuen Deutschland. Die über-

lassen wir neidlos England, das sie in sich hat wie jedes Warenhaus: von Rechts wegen!

» Wir wollen ein starkes deutsches Volk und also ein starker deutscher Staat sein und bleiben und also auch wachsen in den Grenzen des Organischen. *Und wenn es notwendig ist, dass wir unsern Länderbesitz ausweiten, damit der grössere Volkskörper Raum bekomme, sich zu entfalten, so werden wir so viel Land an uns nehmen, als uns notwendig erscheint.* Wir werden auch unsern Fuss dorthin setzen, wo es uns aus strategischen Gründen wichtig dünkt, um unsere unantastbare Stärke zu erhalten. Weiter nichts!... (Seite 143-144.)

Händler und Helden, Patriotische Besinnungen von Universitätsprofessor *Werner Sombart.* München und Leipzig, 1915. Verlag von Duncker und Humblot, 11.-20. Tausend.

Hans Sonnenschmidt.

« Die hoffnungsvoll der « Entspannung der Lage » entgegengesehen hatten, musste nun offenbar werden, was England wollte. Die Erkenntnis der Wahrheit, dass man in dieser Welt nur Hammer oder Ambos sein kann, musste sich Bahn brechen, trotzdem so viele unter uns sich an die Hoffnung klammerten, dass es auch anders gehen könne... (Seite 140.)

» Dann muss *Deutschland in seinen strategischen Grenzen solide Garantien haben* und die dauernden Friedensbürgschaften müssen in wirklichen realen Sicherheiten bestehen, damit es künftig von Einkreisungen und Ueberfällen en gros und en détail geschützt ist... (Seite 148.)

» Bei England spielte der Gedanke, dass es uns aushungern könne, durch Absperrung vom Seeverkehr, sicher eine entscheidende Rolle. Immer von neuem glaubt es, dass der Mangel an Kupfer, Benzin, Petroleum, Gummi, Baumwolle, Wolle etc. unsere Widerstandskraft brechen könnte. Es ist deshalb einleuchtend, dass das Vorhandensein aller dieser Materialien in unserm künftigen Wirtschaftsgebiet eine der solidesten Friedensbürgschaften wäre... (Seite 153.)

» Die Wege des Herrn sind wunderbar. England glaubte uns tödlich und vernichtend zu treffen, statt dessen veranstaltete es einen Schnellkursus zur Vollendung unserer weltpolitischen Erziehung. Mit Blitzeshelle erleuchtete es die Situation, mit Flammenschrift schrieb es unverwischbar in jedes deutsche Herz: Ihr braucht weltumspannende Kabel, Länder und Meere überbrückende Funkentürme. Feste Stützpunkte, Häfen, Werften und Docks in allen Meeren müsst ihr

haben, wenn eure Schiffe ruhig ihre Bahn ziehen, euer Handel gesichert, eure Kreuzer mit den tapferen Seeleuten nicht rettungslos dem Untergang geweiht sein sollen. Englands Zwingburgen, die die Meerestore hüten, müsst ihr brechen, wenn die See für jeden kühnen Schiffer frei sein soll. — So wurde uns die Binde von den Augen gerissen, und klar gemacht, was « trüber Verträge trügender Bund » zu bedeuten hat. Nicht nur den Versöhnungsaposteln, auch den Idealisten und Gutmütigen im Volke. »

Deutschland am Wendepunkt zum Aufstieg, von *Hans Sonnenschmidt* (München), 1915, Jos. C. Hubers Verlag. Diessen vor München.

Professor Dr. Martin Spahn.

« Gestehen wir es uns offen ein ! Nicht nur der Zwang unserer weltwirtschaftlichen Bedürfnisse macht uns zu Englands Nebenbuhler. *Es steckt auch in der Natur unseres Volkes, dass es über die Grenzen seiner gegenwärtigen Macht hinausstrebt.* Im Grunde hat es nie in die engen Verhältnisse des festländischen Abendlandes als Staat neben andern Staaten gepasst. Schon in seinen Anfängen wuchs das deutsche Volk vor tausend Jahren rasch zum Träger des abendländischen Kaisertums empor. Es musste dessen ausgedehnte Grenzen nicht aus Unkraft, sondern wegen der verwaltungstechnischen Unmöglichkeit wieder preisgeben, die es nicht zuliess, ein so weites Land beim mittelalterlichen Zustande der Verkehrsmittel einheitlich zu regieren und ausreichend zu schützen. Der Rückschlag kam. Da trösteten sich die Deutschen in ihrer Schwäche damit, dass sie allzu mächtig wären und einen kraftvollen Staat besässen. Wilhelm v. Humboldt sagte noch 1814 : Stünde die deutsche Nation unter einer einzigen und starken Regierung, so würde sie unwiderstehlich, sie würde erobern « und das kann kein echter Deutscher wollen ». Aber mochte sich gleich das deutsche Volk jahrhundertelang damit bescheiden, dass es ohnmächtig geworden war und die Nachbarn sein Gebiet entsprechend verkleinerten, so blieb *das Denken der Deutschen doch universalistisch und auf ganz Europa bedacht.* Nirgendwo fasste die Anschauung, dass die europäischen Staaten gemeinsame Interessen wahrzunehmen hätten und es ein Europa als Gesamtbegriff gäbe, « das Reich der Vereinigten Staaten von Europa », fester Wurzel als in unserm Volke. Den tiefern Sinn dieser Denkweise unserer Vorfahren in einer Zeit, die weit hinter uns liegt, deutet uns erst die Gegenwart. *Die deutsche Nation ist stärker als die übrigen Nationen des Abendlandes.* Entfaltete sie alle ihre Kräfte, nur um politische Gewalt im Bereiche des Abendlandes zu gewinnen,

so möchte sie wohl die übrigen Nationen dort erdrücken. Erst seit sich der Kreis politischer Betätigung für die abendländischen Völker über die Grenzen des Abendlandes erweitert hat, ist der Raum vorhanden, uns eine unserer Stärke entsprechende politische Auswirkung zu erlauben, ohne dass wir deshalb den Kulturvölkern unseres Erdteils neben uns Licht und Luft zum Atmen und zum Gedeihen nehmen müssen. Wir haben nie die Herren Europas werden wollen. *Der Drang zur Weltmacht aber war von jeher in uns.*

« Eine Grundtatsache steht also fest. Unsere staatliche Entwicklung als Grossmacht ist nicht abgeschlossen. *Als Glied in dem System der Grossmächte können und müssen wir weiter wachsen, zur Weltmacht empor.* Wo es Entwicklung auf lange Frist hinaus noch gibt, kann es aber auch an erkennbaren Zielen im einzelnen nicht fehlen. Eignete sich die Nation nur im allgemeinen die Erkenntnis an, dass uns der Weg zur Weltmacht gewiesen ist, so würden vielleicht phantastische Wünsche von ihr Besitz ergreifen. Es ist gut für die Nation, zu wissen, worauf sie ihre Kraft sammeln soll...

» Unsere gegenwärtige Stellung in Europa beruht auf der Vorherrschaft in Mitteleuropa. Die Grenzen, die dort gelten, wurden auf Grund der allgemeinen Lage der Jahre 1866 und 1870 festgestellt. Damals brauchte unsere Regierung nur Bedürfnisse festländischer Grossmachtpolitik, noch nicht solche der Weltpolitik ins Auge zu fassen. Es sind daher die Grenzen erobert worden, die uns gegen unsere festländischen Nachbarn erwünscht waren ; England blieb ausser Betracht. Durch das Vorschieben unserer Grenzen wurden 1866 und 1870 drei Grossmächte mit raschen Schlägen aus Mitteleuropa verdrängt, Oesterreich, Russland und Frankreich. Oesterreich fand sich nach kurzem Schwanken endgültig in den Verlust und ist unser treuer Bundesgenosse geworden, für den wir unser Blut und Gut einsetzen wie für uns selber. Schwer ist der Verzicht Russland gefallen. Durch die festere Zusammenfassung der deutschen Staaten im Deutschen Reiche anstatt im Deutschen Bunde büsste es den dynastischen Einfluss ein, den es seit Katharina II. an einer grössern Anzahl deutscher Höfe auszuüben gewohnt war. Ausserdem kam es nachträglich zu der Ueberlegung, ob es nicht durch den Besitzwechsel des Elsasses das Gegengewicht verloren habe, das es bis dahin gegen Deutschland an Frankreich hatte. Frankreich hat sich keinen Augenblick bei der Entscheidung der Schlachtfelder von 1870 beruhigt. Da nun schon unsere gegenwärtigen Grenzen den drei stärksten festländischen Grossmächten eine empfindliche Einbusse an ihrer frühern Macht zumuten, dürfen sie nur im Falle zwingender Notwendigkeit noch weiter vorgerückt werden. Weder

Oesterreich-Ungarn noch wir denken an die Rückerwerbung des südlich der Alpen gelegenen Teils von Mitteleuropa, Oberitaliens. Darüber ist kein Wort zu verlieren. Näher läge schon, durch politische Massnahmen uns unsern alten Kultureinfluss auf die Gesamtheit der Polen wieder zu verschaffen. Es gab Zeiten, da die Zaren selber dachten, das Weichselgebiet frei zu geben und zu einem Pufferstaate zwischen Russland und dem Abendland umzugestalten. Indessen sie sind nicht zur Tatsache geschritten, und das Deutsche Reich wie Oesterreich-Ungarn werden bedenken, dass von unsern Feinden Russland der versöhnlichste ist...

» Mit der einen Ausnahme der Balkanpolitik, wo der bestehende Gegensatz unzweifelhaft ausgetragen werden muss, gibt es weltpolitisch wie in der festländischen Politik keinen Punkt, wo sich die Interessen Russlands und unserer Nation unüberbrückbar entgegenstehen. *Unser Erbfeind ist Russland sicherlich nicht.* Haben wir beim Friedensschluss militärische Bedürfnisse gegen Russland sicherzustellen, so gibt es kein Zögern. Die Rolle der Völkerbefreier haben bisher andere gespielt, die über mehr Anmut in der Gebärde verfügen. Ergibt es sich aus Russlands eignen Fehlern in diesem Kriege, dass der Traum der polnischen Nation von der Wiederkehr Polens Wirklichkeit wird, können wir Gewehr bei Fuss es geschehen lassen. Vielleicht dienen wir aber den wahren Interessen der Polen besser, wenn wir darauf sinnen, wie im Friedenschlusse die rechtliche Lage der Polen in Russland verbessert werden kann. Es wäre ein solcher Versuch keine Einmischung in die innern Angelegenheiten Russlands, *da seit Menschenaltern die Polenpolitik von Russland und Preussen in einem gewissen Zusammenhange miteinander geleitet worden ist,* und sich Preussen also im gesetzten Falle ebenfalls binden würde. Was für Polen gilt, gilt für die baltischen Provinzen. Sie ausser acht zu lassen, mag uns ins Herz schneiden. Aber bei der Ausdehnung über die baltischen Provinzen würde unsere ostelbische Ansiedlungspolitik vermutlich völlig Schiffbruch leiden. Schon jetzt ist unser Land an der Ostgrenze kaum in ausreichendem Umfange im Besitze deutscher Eigentümer zu halten. *Unsere Grenze gegen Frankreich lag im Mittelalter nicht unerheblich weiter westwärts.* Ob sie damals militärischen Notwendigkeiten nicht besser entsprach, ob wirtschaftliche Erwägungen eine Verlegung wünschen lassen, darf hier unerörtert bleiben. Siegen wir, so geschieht es hoffentlich mit dem Ergebnis, dass die uns von Frankreich drohende Gefahr einstweilen der Vergangenheit angehört. Unsere Abrechnung mit ihm um die Vorherrschaft in Mitteleuropa wird dann nach dreihundertjährigem Ringen beendigt und der Rhein endgültig unser sein. Wenn sich Frankreich später je erholt und als Grossmacht wieder mitspre-

chen kann, wird es sich vielleicht anders als früher zu uns stellen. Das deutsche Volk in seiner übergrossen Mehrzahl empfindet aus Gründen der Kultur ein herzliches Verlangen danach. Aber die Möglichkeit schon als Wahrscheinlichkeit zu buchen, mit dem, was einmal kommen mag, für die nächste Zukunft zu rechnen und danach die Bedingungen des Friedensschlusses einzurichten, wäre keine Politik, die wir vor der geschichtlichen Erfahrung rechtfertigen könnten...

» Von wesentlich anderer Bedeutung als die eine oder andere Berichtigung der deutsch-französischen Grenze ist *die Frage nach der Zukunft des Rheinmündungsgebiets*, soweit es der englischen Küste unmittelbar gegenüberliegt, und die entsprechende Frage, welche Schranken an der untern Donau den grossserbischen Bestrebungen zu ziehen sind. Darf *Belgien* ein Aussenwerk Englands auf dem Festland bleiben, das England jederzeit erlaubt, seinen Fuss aufs Festland niederzusetzen, hinwiederum uns verwehrt, England in der Verfügung über den Kanal zu stören !? Soll sich Oesterreich für immer darin finden, dass *Serbien* denselben Dienst den Russen leistet ? Welche Aenderungen an beiden Stellen genügende Abhilfe verheissen, ebenso ob der Zeitpunkt zur Aenderung schon gekommen ist, muss in jeder Einzelheit dem Ermessen der Diplomatie und des Generalstabs der verbrüderten Grossmächte anheimgestellt bleiben. Unsere öffentliche Meinung hat es nur mit den allgemeinen Gesichtspunkten zu tun, unter denen Volk wie Regierung die beiden Fragen als die brennenden Fragen unseres nationalen Daseins würdigen müssen. Die lange Geschichte der russischen Politik auf dem Balkan belegt, dass sich Oesterreich-Ungarn von dort nicht verdrängen lassen darf. Die belgische Gefahr ist uns erst durch den gegenwärtigen Krieg in ihrer Tragweite zum Bewusstsein gekommen. Dürften wir hoffen, dass sich England und die deutsche Nation nach dem ersten Anprall ihrer Kräfte aufrichtig versöhnten, so könnten wir von besondern Vorkehrungen gegen die Wiederkehr der Gefahr vielleicht absehen. Aber worauf sollen wir diese Hoffnung gründen ? Das Meer hat sich noch nie zur politischen Brückenbildung hergegeben...

» Wenn uns aber, menschlichem Ermessen nach, Englands Wohlwollen für die Zukunft versagt bleiben sollte, muss unsere erste selbstverständliche Regung sein, nach Grenzen auszuschauen, die sich gegen seine Angriffe verteidigen und zum Drucke auf seine Stellung benutzen lassen. Nicht immer ist die einfachste Lösung die beste, nicht immer ist sie die mögliche. Ins Auge muss sie jedoch gefasst werden. Niemand in der Welt würde uns verstehen, wenn wir anders verführen. *Hätten wir Küste gegen Küste, so wären wir England ebenbürtig*, wie wir ebenbürtig neben den festländischen Grossmächten dastehen.

» Doch horch! In die Inbrunst des Gelübdes mischen sich zage, zweifelnde Stimmen. Sie mahnen von allen Gedanken an Grenzerweiterungen ab, weil sonst das Reich zu seinen fremdsprachigen Untertanen vielleicht noch andere hinzunehmen müsste oder die Verhältniszahl der christlichen Bekenntnisse sich ändere. Ein Schein von Recht, die Erinnerung an unsere Polenpolitik, das Hörensagen von den innern Schwierigkeiten Oesterreich-Ungarns spricht für diese Bedenken. Alle grossen Staaten ruhen auf der Grundlage irgend einer Nationalität. Aber was ist Nationalität? Keine der Grossmächte hat den Begriff dahin beschränkt, dass sie, ähnlich wie dereinst die adligen Domkapitel am Rhein von ihren Mitgliedern den Nachweis von 16 Ahnen verlangten, nur Bürger echten Blutes und gleicher Muttersprache haben wollten. Wer dennoch den Begriff derart überspannt, steht im Banne einer Doktrin. Sie hatte im 19. Jahrhundert einmal ihren Nutzen, um die Massen Deutschlands und Italiens von unhaltbar gewordenen Zuständen loszureissen. Ihre Dogmatisierung aber verrät ebenso geringe Einsicht in die nationenbildende Kraft der grossen Kulturvölker, die mit entsprechend starker staatlicher Organisation ausgestattet sind wie Mangel an Vertrautheit mit den geschichtlichen Tatsachen.

» Unter allen Umständen gehen die Bedürfnisse der auswärtigen Politik Bequemlichkeiten der innern voran. *Was eine Grossmacht an Bodengewicht, an der Gunst der Lage, an strategischen Grenzen braucht, was eine Weltmacht ausserdem noch nötig hat, um sich in der Weltwirtschaft frei zu bewegen und ihre Fortschritte gegen Nebenbuhler zur See sicherzustellen, das muss auch für unser Reich erlangt werden.* Die innere Staatskunst hat nicht zu widersprechen, sondern Mittel und Wege zum Ausgleich von Schwierigkeiten zu finden, die aus Erwerbungen für das Gleichgewicht unseres Staatslebens im Frieden entstehen... » (S. 57-63.)

Im Kampf um unsere Zukunft, von *Prof. Dr. Martin Spahn*. Herausgegeben vom katholischen Sekretariat Sozialer Studentenarbeit. M. Gladbach, 1915, Volksvereins-Verlag.

Leopold von Vietinghoff.

« *Weil unser Land sich nicht mehrte*, sind wir aus einem Landvolke zu einem Stadtvolk geworden, aus einem landbebauenden zu einem Industrievolk... (Seite 10.)

» Eine Gleichgewichtsstörung, verursacht durch Wachstumshinderung eines Teiles des Staatskörpers, kann nur beseitigt werden wenn es das ausgebliebene Wachstum nachzuholen gelingt. Ist unser Land

für den nach allen Richtungen riesig gewachsenen Volkskörper zu eng geworden, so können die daraus entstandenen Gleichgewichtsstörungen, also Uebel, dauernd und gründlich nur durch ausreichende *Mehrung des Landes* fortgeschafft werden. Landenge kann nur und ausschliesslich durch *Landnahme* gebrochen werden. Alles andere ist, mag es im einzelnen noch so trefflich sein, im ganzen genommen, doch unzureichend, denn es wendet sich gegen die Folgeerscheinungen der Landenge, nicht gegen diese selbst; welche Krankheit wäre aber ohne Beseitigung ihrer Grundursache heilbar... (Seite 12.)

» Es hat der Staat, der Land erwirbt und dessen Bewohnern ein *Optionsrecht* gibt, zunächst einmal den Besitzern von unbeweglichem Eigentum gegenüber eine *Enteignungspflicht* zu übernehmen für den Fall, dass sie die bisherige Staatsangehörigkeit behalten wollen und daher natürlich auswandern müssen. Dass diese Pflicht vom Sieger übernommen wird, gebietet, wie schon gezeigt, das neuzeitliche nationale Gerechtigkeitsempfinden, es lässt sich aber weiterzeigen, dass eine solche Massnahme auch dem Begriff der « Sicherheiten », den wir ja obenan stellen, in erheblichem Umfange diente. Wir wissen doch, ein wie hohes Mass von Kräften heute oft ein Staat im Kampf mit widerwilligen, fremdstämmigen Staatsbürgern verbrauchen muss, es ist daher als eine gute und kluge Sicherungsmassnahme zu betrachten, solchen Widerwilligen das Verlassen des Landes möglichst zu erleichtern. Wir wissen ferner, dass Reibungen mit fremdstämmigen Staatsangehörigen auch aufs Gebiet der auswärtigen Politik hinüberspringen und dort unmittelbar oder mittelbar zu Kriegsursachen werden können, es entspricht daher dem Ziele der Friedenssicherung, wenn wir Fremdstämmigen die Möglichkeit der Abwanderung mit allen Mitteln erleichtern. Ein Ausbau des Optionsrechtes in der gedachten Richtung gehört daher unbedingt in den Kreis der Sicherheiten, die wir zu erstreben haben... (Seite 20-21.)

» Nun aber, wo uns durch unerhörten Ueberfall von allen Seiten her ein Krieg aufgezwungen ward, hiesse es ein schwerstes Verbrechen, eine unverzeihliche Todsünde begehen, hiesse es das Wort, dass wir uns alle Sicherheiten für eine rechte deutsche Zukunft erstreiten wollen, in Lüge verkehren, beseitigten wir nicht *durch ausreichende Landnahme* die festgestellte, unsere Stärke und Gesundheit in Frage stellende Gleichgewichtsstörung im deutschen Staatskörper. Stellen wir uns einmal die Entwickelung des deutschen Volkes nach einem siegreichen Kriege vor, der uns alles mögliche brächte, nur nicht Neuland in ausreichendem Umfange. Niemend wird bezweifeln, dass es trotz aller Wunden, die zu heilen, aller Verluste, die zu ersetzen wären, ein

Recken, Dehnen des sieghaften Volkskörpers gäbe, einen Drang nach Kraftentfaltung, Schaffensbetätigung wie nie zuvor. Und nun stiesse all' dies gewaltige Knospen und Schwellen auf die alte Raumenge — was müsste die Folge sein ? Noch schnellere Verstädterung, noch schnellere Industrialisierung, also noch stärkeres Unvermögen, den Millionen neuer Stadtbewohner und Fabrikarbeiter Gesundheits- und Kraftschädigungen fernzuhalten, noch reissendere Abnahme der Verhältniszahl der wirtschaftlich Selbständigen, noch grössere Abhängigkeit von Einfuhr und Ausfuhr, also von fremden Völkern, noch beschleunigtere Mehrung eines schon heute sehr spürbaren « Geistesproletariats » und als Folge von alledem — einerseits Auswanderung (von allen, welchen Enge unerträglich ist ; es sind die Besten darunter) andererseits vermehrter Geburtenrückgang (bei denen, welche in eigenem Sattsein das höchste Lebensziel sehen ; es sind leider die meisten) und von beidem verursacht : Dahinschwinden der Kraft und Stärke des Volkes, ja schliesslich des Volkes selbst und strahlte es nach aussen hin zunächst auch noch so sehr in Macht und Glanz... (Seite 14.)

» *Zu den Sicherheiten für eine rechte deutsche Zukunft, die wir notwendig erstreiten müssen, zählt auch eine durchgreifende Verbesserung der militärgeographischen Lage Deutschlands.* Wie könnte das etwa geschehen ? Nun, die allgemeine Antwort liegt ohne weitere Untersuchung auf der Hand : wer auf den Flanken bedroht ist, muss darnach trachten, wenigstens eine Flanke frei zu bekommen, aber freilich wird diese Antwort bei manchen Hörern sogleich wieder allerlei Schreckbilder und daher den Ruf « unmöglich » auslösen. Es wird gefragt werden, wie denn so etwas ohne Vernichtung ganzer Völker denkbar wäre, im Anschluss daran wird wieder von barbarischen Plänen geredet werden usw. Da sei zur Beruhigung sogleich betont, dass das Wort « Freimachen einer Flanke » natürlich nicht derart buchstäblich aufgefasst werden darf, als sei mit ihm verlangt, ganze Völker vom Erdboden zu vertilgen, den eigenen Staatskörper nach rechts oder links an den Stillen oder Atlantischen Ozean auszudehnen und so durch das freie Meer die Flanke freizuhalten. Das ist nicht nötig. Es genügt, die Grenze nach einer Flanke hin so zu gestalten, dass man von ihr aus den Gegnern, die an ihr sitzen, sollten sie jemals wieder einen Anfall wagen, in kürzerem und von weniger Hindernissen als heute erschwertem Sprunge nicht nur an die Kehle, sondern bis ans Herz gelangen kann. Es genügt also mit anderen Worten, die *Grenze nach einer Flanke hin so zu gestalten, dass wir von ihr aus die von dieser Flanke her möglichen Gegner* (alle natürlich !) *militärisch in der Hand haben.* Damit hätten wir alles getan was in dieser Richtung die Zeit der Schicksalswende zur Sicherung

der deutschen Zukunft von uns zu tun fordert, dies Gebot können wir aber auch erfüllen und müssen es, denn sonst wird wieder das Wort vom Kampf um die Sicherheiten zur Lüge. (Seite 27-28.)

Die Sicherheiten der deutschen Zukunft, von *Leopold von Vietinghoff*, gen. *Scheel*. Leipzig, Dietrichsche Verlagsbuchhandlung, Theodor Weicher, 1915.

Dr. Albert Bovenschen.

« Es ist ein Hirngespinst, zu glauben, dass Frankreich, so lange es in seinem heutigen Umfange und seiner jetzigen Bündnisfähigkeit fortbesteht, jemals einen ehrlichen Frieden mit Deutschland schliessen wird. Reichskanzler von Bethmann-Hollweg hat in einer seiner jüngsten Reichstagsreden unter dem Beifall seiner Zuhörer und wohl unter der Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Deutschen die Hoffnung ausgedrückt, dass die Erfahrungen dieses furchtbaren Krieges das deutsche Volk endlich dazu führen werden, alle Sentimentalität zu verlernen. Eine solche Sentimentalität aber wäre es, würden wir nicht alles daran setzen, *Frankreich durch die Kraft unserer Waffen so niederzuringen*, dass ihm für alle Zukunft die Lust vergeht, sich weiter als ewiger Unruhestifter zu betätigen. Frankreich wird es niemals vergessen, dass das neue Deutsche Reich sich aufbauen konnte auf den Trümmern der französischen « gloire ». Es wird daher, solange es nicht *zu einem Staat dritten oder vierten Ranges herabgesunken* ist, immer wieder auf der Seite von Deutschlands Feinden stehen und bestrebt bleiben, da es allein sich nicht stark genug fühlt, mit deren Hilfe nicht nur die verlorenen Gebiete wirderzugewinnen, sondern wenn möglich auch die Grenzen Frankreichs bis an den Rhein vorzuschieben und damit die deutschen Staaten zu Vasallen der « grande nation » zu machen... (Seite 21-22.)

» *Russland darf in seinen früheren Grenzen nicht bestehen bleiben*, es muss auf seinen eigentlichen, grossrussischen Kern beschränkt und sein Gesicht nach Osten gekehrt werden, dorthin wo auch ihm eine höhere Aufgabe blüht : den in geistiger Finsterniss noch verharrenden Völkern Ostasiens ein Vermittler europäischer Kultur zu sein und der weissen Rasse eine Vormauer, ein fester Damm gegen die Gefahren, die ihr drohen von dem Heranfluten der gelben Menschenströme des Ostens. (Seite 36.)

» Keinen Augenblick dürfen wir vergessen, was unsere Gegner uns gewünscht : nicht nur Zertrümmerung unseres Vaterlandes und damit Vernichtung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens, sondern

schmachvolle Knechtschaft unter fremden Joch, also geistigen Tod, der schlimmer wäre, als der staatliche und körperliche. Diejenigen, die uns dieses elende Los zugedacht, haben jedes Recht auf Rücksicht verwirkt : Aug' um Auge, Zahn um Zahn ! Mit Unerbittlichkeit müssen wir auf unser Ziel losgehen, wenn es gilt, *ein grösseres Deutschland zu schaffen, das uns Neuland bringt* für unsern Uberschuss an geistiger und wirtschaftlicher Kraft, das uns Jungborn sein soll für unser Volk, das in der Enge seiner städtischen Steinquadern, in dem schwelenden Rauche seiner Essen zu ersticken oder zu entarten droht. Erst müssen wir in Europa auf sicherem Fusse stehen, erst in dem Weltteil, der das deutsche Volk geboren hat, dessen Kern wir sind, unser staatliches Dasein tief fest verankern, ehe wir daran denken können, deutsche Art und deutsches Wesen über unsere Grenzen hinauszutragen als die beten und schönsten Bausteine für den zu schaffenden *Menschheitsdom.*

» Haben wir das Deutsche Reich nach aussen gesichert, sind *unsere neuen Grenzen stark geworden und unübersteigbar* für lauernde, Böses im Schild führende Feinde, dann beginnt die schwerste Arbeit, die Arbeit an der inneren Erstarkung, damit das Haus unseres Vaterlandes eine wohnliche Stätte werde, nicht nur für einzelne nach Rang und Vermögen bevorzugte Kreise, sondern für a l l e Volksgenossen ohne Unterschied. » (Seite 217-218.)

Deutschland an der Zeitenwende, Ein Wegweiser in die deutsche Zukunft, von *Dr. Albert Bovenschen.* Im Xenien-Verlag zu Leipzig 1916. Dr. Bovenschen war vor dem Krieg *Generalsekretär des Reichsverbands zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.*

Professor Dr. E. Brandenburg.

« Jeder von uns weiss, dass der Sieg in diesem Riesenkampfe unser Volk und unsere Regierung vor neue, gewaltige Aufgaben stellen wird. Die Frage wird sich erheben, ob wir uns mit den alten Grenzen *im Westen und Osten* begnügen können, oder ob wir danach streben sollen weite Strecken des früher vom alten deutschen Reich beherrschten und von deutschen Kolonisten besiedelten Gebiets wieder mit unserm Staat zu verbinden... *Mögen unsere Grenzen so weit hinausgeschoben werden* wie unsere künftige Sicherheit es erfordert und unsere Macht sie zu behaupten gestattet : aber für das innere Gefüge unseres Staates dürfen diese Aussengebiete keinen Einfluss erhalten, bis sie nicht etwa selbst in die deutsche Art hineingewachsen und damit fähig geworden sind Glieder eines deutschen Nationalstaats zu sein. »

Aus der Einleitung des Buches : « *Die Reichsgründung* » von *Geheimrat Professor Dr. E. Brandenburg.* Verlag von Quelle und Meyer, Leipzig 1916.

Houston Stewart Chamberlain.

« Da nun Deutschland den Frieden aufzwingen muss, da es einzig durch Gewalt sein den Gegnern unbekanntes Kriegsziel erreichen kann, so fragt es sich : wie sind die Widerstände beschaffen, die diesem « Willen zum Guten » entgegenstehen ? Die Beantwortung dieser Frage fällt dreifältig aus, weil jedem einzelnen der drei Gegner gegenüber (Italien zähle ich nicht) die politische Lage eine andere ist.

» Bei Frankreich liegen die Dinge am einfachsten. Wenn die *Franzosen* nicht wahnsinnig wären, wenn sie sich nicht zu Knechten Englands und Russlands missbrauchen liessen, ich wüsste nicht, welche Veranlassung zu einem Streit mit ihnen entstehen könnte. *Nun sind sie aber wahnsinnig, folglich muss man sie als Wahnsinnige behandeln.* Deutschland muss gegen ihre Tobsuchtsanfälle ein für allemal gesichert werden, auch dagegen, dass sie seine Friedensauen mit Millionen wilder Neger überschwemmen : die Macht ist da, sie muss gebraucht werden ; der Diplomat darf nicht, wie 1870, dem Generalstab widersprechen.

» Ungleich bedrohlicher färbt sich der Horizont, sobald wir die Augen nach *Russland* wenden. Hier haben wir es mit blind zerstörenden Naturgewalten zu tun : Argumente und Verträge nützen ebensowenig wie gegen Wasserfluten und Gewitterschläge. In der Schweiz ist es durch die Anlegung sogenannter « Bannwälder » gelungen, blühende Täler vor periodisch wiederkehrender Verwüstung dauernd zu schützen : das moskowitische Tartarenreich ist eine ebensolche ewig drohende, brutale Gefahr ; in den wenigen Tagen, wo diese Horden im gesitteten, keinen Widerstand leistenden Ostpreussen hausten, haben sie Besitz im Werte von mehr als drei Milliarden Mark sinnlos mutwillig zerstört ; was sie an den guten Menschen verbrachen, gemahnt an die schlimmsten Tage bestialischer Henkersknechte des Mittelalters. Hier fordert nicht allein das Friedensziel, sondern schon die Sorge um die Existenz eines gesitteten Europas überhaupt *die Errichtung eines Deutschland und seine Bundesgenossen für alle Zeiten schirmenden Bannwaldes — von Norden bis Süden.* Im übrigen verweise ich auf Paul Rohrbachs « Russland und wir », das jeder Deutsche lesen und wieder lesen muss. Wenn nicht jetzt das Nötige geschieht, ist Deutschland in hundert, vielleicht schon in fünfzig Jahren rettungslos verloren.

» Ueber *England* ins klare zu kommen, ist für den Deutschen nicht leicht. Die Unwissenheit des Volkes lässt sich mit der russischen vergleichen ; namentlich aber spottet die Unbildung der « gebildeten »

Stände aller Beschreibung ; dagegen ist — im genauen Gegensatz zu Russland — der Charakter ausserordentlich entwickelt : das kecke Selbstvertrauen, die Lust zu selbstständigem Handeln, die Anlage, durch blosse Willenskraft sich Gehorsam zu erzwingen. Der Engländer besitzt die wunderbare Kunst, auch aus dem, was ihn beschränkt, Kraft zu schöpfen ; daher das Abgerundete, Aufsichselbstgestellte. Wohin bei Missleitung und Missbrauch dieser Gaben ein Volk kommt, sehen wir jetzt ; doch die Kraft selbst ist einmal da, sie betätigt sich auf der ganzen Erdoberfläche. Ein einziges Mittel gibt es, sie in Schranken zu weisen : ihr gegenüber muss sich eine andere Willenskraft aufrichten, eine gewaltige Kraft, gegen welche die englische überall anrennt und sich die Knochen bricht... (Seite 9-11.)

» Hier erleben wir aber traurige Dinge, geeignet das Vertrauen auf die Zukunft des Deutschtums zu erschüttern ; denn gerade am Willen, am Glauben, an dem Bewusstsein, dass der Geist weitaus die gewaltigste Gewalt auf Erden ist, fehlt es in Deutschland vielfach. Ich schlage z. B. eine Flugschrift von Franz v. Liszt auf aus der Reihe « Zwischen Krieg und Frieden » und finde da die These, Deutschland sei keine Weltmacht und könne es nie werden, sondern müsse sich damit abfinden, für alle Zeiten bescheiden hinter England, Russland und den Vereinigten Staaten einherzumarschieren. Es heisst da wörtlich :

« Wir werden gut tun, uns diese Tatsache immer und immer wieder vor Augen zu halten ! » Da soll mir nur einer sagen, wozu Deutschland eigentlich Krieg führt und Hunderttausende seiner Söhne aufopfert... » (Seite 13.)

Deutschlands Kriegsziel, von *Houston Stewart Chamberlain*, 1916. Verlag des « Deutschen Offiziersblattes », Oldenburg i. Gr. H. St. Chamberlain, von Geburt Engländer, der seit langen Jahren in Deutschland lebt, hat im Laufe des Kriegs die deutsche Nationalität erworben. *Seine Kriegsschriften* gehören zu den gelesensten und sind nach den Angaben der Verleger in Deutschland *zu Hunderttausenden verkauft* worden.

Der Deutsch-Amerikaner N. Johannsen.

« Die Mittelmächte, die bis soweit überall die Sieger waren, sind zur Siegesbeute berechtigt. Die Westmächte, die keine Siege aufweisen können, sollten zufrieden sein, wenn sie unbesiegt aus dem Kampfe hervorgehen. *Russland dagegen sollte zum Sündenbock gemacht werden.* Wo dieses sich als der Haupt-Friedensstörer erwiesen hat, aus Anlass seiner unersättlichen Ländergier, sollte ihm die Macht genommen

werden in dieser Richtung noch weiter Unheil anzustellen und sollte, als Sündenbock, die Hauptstrafe tragen...

Finnland sollte an Schweden fallen ; die baltischen Provinzen an Deutschland. Polen sollte ein autonomes Reich werden, unter der militärischen Suzeränität Deutschlands : auch die Ukraina, unter der Suzeränität Oesterreichs. Bessarabien sollte an Oesterreich fallen, mit einem Küstenstrich am Schwarzen Meer. Weiterhin sollten Kaukasien und Mittelasien von Russland abgetrennt und zu einem deutschen Kolonialreich vereinigt werden.

» Seit langem hat Deutschland sich eine Kolonie gewünscht, wohin seine Emigranten sich wenden und deutsch bleiben könnten, mit einem Klima das für dieselben erträglich wäre und nicht mörderisch wie das der afrikanischen Kolonien. Kein Land der Erde, für Deutschland erreichbar, würde sich hierfür so gut eignen wie *Mittelasien* — die weiten Gebiete östlich vom Kaspi- und Aral-See, Chiwa, Turan, Kokand usw., eventuell bis zum Altai reichend und mit einer Meeresfronte am Schwarzen Meer, indem man Kaukasien damit verbände...

» Was *Frankreich* anbetrifft, so hat selbes nach und nach eingesehen, dass es Elsass den Deutschen nicht abringen kann. Wenn es aber statt dessen den südlichen Teil von *Belgien* bekäme, den französischen Teil, so dürfte es ebenfalls zufrieden sein — auch trotz der lärmenden Behauptungen seiner Presse, dass Belgien wiederhergestellt werden müsse. Man hat dort schon früher um den Besitz Belgiens intrigiert... Wie Italien bei der Schlussregulierung fährt, darauf kommt es nicht an.

» Hauptsache bleibt, *den Engländern eine Brücke für den Rückzug zu bauen*. Sobald selbe zu der Ansicht kämen, dass eine weitere Fortsetzung des Krieges keinen Zweck mehr hätte, dürfen wir sicher sein, dass das Ende des Krieges nahe wäre, denn England repräsentiert den leitenden und entscheidenden Geist der Koalition. Und so lange es weiss, dass seine eigenen Interessen gewahrt sind, wird es sich um das Schicksal seiner Genossen nicht viel kümmern. Es wird dann schon Mittel und Gründe finden um Russland seinem Schicksal zu über lassen, auch trotz des Paktes, welcher individuelle Friedensunterhandlungen verbietet... »

Aus einem *Flugblatt* betitelt : *Wie dem Kriege ein Ende machen*, von dem Deutsch-Amerikaner *N. Johannsen*. Das « Flugblatt » ist im *März* 1916 von New-York aus nach Deutschland versandt worden. In dem Begleitschreiben, das datiert war « Rosebank 25. März 1916 », schrieb der Verfasser zum Schluss :

« Durch ein Zusammengehen der Zentralmächte mit England (dem sich

auch die Ver. Staaten anschliessen würden), liesse sich gar wohl eine Basis für dauernden Weltfrieden und für eine praktische Weltordnung erreichen, wie in meiner Broschüre angedeutet ; niemals durch ein Zusammengehen mit Russland.

Achtungsvoll

R. Johannsen. »

Dr. Albert Ritter (Konrad von Winterstetten).

1.

« Die Eigenschaft Russlands, unbesiegbar und im Kerne unangreifbar zu sein, steht fest. Die Wegnahme der Ostseeprovinzen durch Deutschland ist unmöglich, sie wären nicht zu halten — Russland müsste unausgesetzt an ihrer Wiedereroberung arbeiten. Die Aufrichtung eines polnischen Königreiches hätte endlose Schwierigkeiten für Mitteleuropa im Gefolge und würde sich wahrscheinlich an den wohlmeinenden Vätern eines solchen Werkes bitter rächen. Polen wäre kein beruhigendes, sondern ein chaotisches Element an der Ostgrenze und müsste fortwährend von den deutschen Marken abgewehrt werden. Die Ukraine ist wahrscheinlich gar nicht staatlich organisierbar und für Russland ebenso unentbehrlich wie die Ostseeprovinzen... (Seite 6.)

» Es ist weit nützlicher für Mitteleuropa, dass die Westgrenze Russlands sich nicht in einzelne Teile auflöse, denn diese Teile würden doch nicht Ruhe halten, während ein geschlossener Koloss, der die Wucht des ihm entgegenstehenden Abwehrdammes erkennt, zwar eine stete Gefahr, aber nicht eine dauernde Beunruhigung bedeutet.

» Das Ergebnis eines siegreichen Krieges für Mitteleuropa ist also nicht etwa die Beseitigung der halbasiatischen Gefahr, sondern ihr unvermindertes Fortbestehen, aber gleichwohl auch, bei richtig geleiteter Politik, die Errichtung einer Schutzwehr, die ausreichen wird, wenn stets alle Kräfte angespannt werden.

» Jeder Politiker wäre auf dem Irrwege, der die östliche Gefahr zu bannen oder zu verringern vermeinte durch Wegnahme russischer Gebiete, zumal polnischer oder ruthenischer, oder durch den Versuch, das russische Reich völlig zu zerstören. Die russische Ländermasse ist eine natürliche geographische, politische und wirtschaftliche Einheit, die von Rechts wegen zusammengehört. Jede Abtrennung eines grossen Stückes schüfe einen unhaltbaren Zustand, da Russland es heimholen müsste. Jeder Auflösung des Reiches würde nach furchtbaren Stürmen wieder ein Zusammenschluss in irgend einer Form folgen, und es lässt sich fast mit Gewissheit sagen, dass die heutige Form die beste Gewähr für halbwegs geordnete Zustände unter den zum grössten Teile der

Selbstregierung unfähigen, ja halbwilden 70-80 Völkerschaften darstellt, so schreckliche Zustände sie auch vielfach zeitigt. *Ein Bund von Republiken mit Abenteurern an der Spitze wäre jedenfalls ein noch unsicherer und unruhigerer Nachbar.* Also mag es als festzuhaltender Grundsatz gelten : Russland soll auch nach einer Niederlage innerhalb der heutigen Grenzen, etwa Bessarabien und Kaukasien ausgenommen, bestehen bleiben und als zentralistische Monarchie. Es soll als ungeheure Gefahr im Osten fortdauern, aber unser Abwehrdamm muss stark genug gemacht werden, um seinen Anprall zu brechen.

» Ein Blick auf die Landkarte zeigt uns, dass *der Abwehrdamm gegen Russland sich vom Nordkap bis zum Schwarzen Meer und weiterhin bis zum Kaukasus und zum Persischen Meerbusen erstrecken muss.* Die skandinavischen Länder, das Deutsche Reich, Oesterreich-Ungarn, Rumänien, Bulgarien und die Türkei gehören in eine Gemeinschaft, da jeder einzelne dieser Staaten verloren wäre, wenn Russland einen von ihnen in seine Gewalt und dadurch die andern in die Klammer bekäme... (Seite 7-8.)

» Die Politik der siegreichen mitteleuropäischen Kaisermächte hat also während des Krieges und beim Friedensschlusse ihr ganzes Bemühen darauf zu richten, dass ihr die Herstellung eines Staatenbundes, der die genannten Staaten umschliesst, gelinge, so wie 1870 die Arbeit des führenden preussischen Staatsmannes auf die Errichtung des deutschen Bundesstaates war. Der Zeit und der Entwicklung entsprechend muss nun mit dem grösseren Massstabe gemessen werden, aber die vorliegende Notwendigkeit ist ganz dieselbe : dass nämlich sowohl den grossen als den kleinen anzuschliessenden Staaten die staatliche und kulturelle Selbstständigkeit gewährleistet und dem Verbande die Möglichkeit geschaffen werden soll, grösseren, durch die Weltlage notwendig gewordenen Aufgaben, die sie einzeln nicht lösen können, gemeinsam mit ausreichender Kraft nachzugehen... (Seite 9.)

» *Von ungeheurer Wichtigkeit ist vor allem, dass Deutschland in den Besitz von Baumwollland und von Erzgebieten gelangt...* (Seite 13.)

» Die dritte der Notwendigkeiten jeder Weltpolitik ist die Bereitstellung von *Siedlungsland für den Volksüberschuss...* (Seite 14.)

» Einflussgebiete » und « Interessensphären » genügen, wie der Hansabund vor kurzem betonte, als Ersatz eigener Kolonien durchaus nicht — sie können uns jederzeit vom Eigentümer versperrt werden, wenn wir durch unsere Erschliessungsarbeit erst etwas aus dem Gebiete gemacht haben. *Eigenes Land* — sei es von uns erobert oder durch feste Verträge an unser Reich angeschlossen — das allein kann und muss das Ziel unserer Politik bilden, und jedes Versäumnis in

dieser Richtung wird unserer Regierung die schwersten Vorwürfe, ja den Fluch kommender Geschlechter eintragen... (Seite 15.)

» Als Staatenbund : Deutschland-Oesterreich-Rumänien-Bulgarien-Türkei mit voller innerer Souveränität aller Teile, in festem Schutz- und Trutzverbande, mit bindenden militärischen und weltpolitischen Vereinbarungen, allmählich zur vollständigen Zoll- und Wirtschaftseinheit übergehend — so muss *das mitteleuropäische Reich* aus diesem Kriege hervorgehen.

» Ein selbständiges Albanien *(während Serbien aufgeteilt wird)*, die drei nordischen Staaten und die westlichen Kleinstaaten sollen zum Anschlusse eingeladen werden, auf dass ein Bundesreich von 185 Millionen, mit den überseeischen Besitzungen von 240 Millionen entstehe.

» So erreicht neben dem deutschen Volke jedes andere der angeschlossenen einen Anteil an der grossen Weltpolitik, an einer Weltmacht — jedes frei und jedes wertvoll im grossen Verbande. Würde Deutschland (was es ja sonst tun müsste, um Weltgrossmacht zu werden) ungeheure Eroberungen vornehmen, so würde es sich mit der vielleicht unlösbaren Aufgabe belasten, die ganze Masse zu regieren, und es müsste auch dann jeden Angehörigen des Reiches an den Vorteilen der Weltmachtstellung teilnehmen lassen. Durch die föderative Verfassung des Ganzen verschlechtert sich also die Betätigungsmöglichkeit des einzelnen Deutschen nicht — er hat gerade soviel Raum und Gelegenheit und Mitbewerber, *als wenn alles Land unmittelbar dem deutschen Kaiser unterstünde.* Aber alle Schwierigkeit, diese vielen Völker zu regieren und zusammenzuhalten, entfällt. Das gemeinsame Interesse der Abwehr gegen Osten und der Weltmachtstellung hält sie genau so zusammen, wie das Reich Bismarcks die vorher auseinanderstrebenden Stämme bald zu einem unlöslichen Bunde verkittete.

» Auch die Vereinigten Staaten sind ein Völkerstaat, auch Russland und England sind es. Auf den Unterschied der Organisierung kommt es nicht wesentlich an — ein Weltreich stellt eben unter allen Umständen einen Verband verschiedenrassiger Völker dar... (Seite 21-22.)

» Will Mitteleuropa Weltmacht sein, so muss es *an die Ufer des Indischen Ozeans* gelangen, und es gelangt dahin auf dem Wege über Bagdad. Hat es Fuss gefasst an diesem Meere, dann kann es auch den wertvollen Besitz verteidigen, den Holland, um ihn nicht zu verlieren dem Schutze Mitteleuropas anvertrauen muss : Niederländisch-Indien. *Holland hat keine Wahl mehr in dieser neuen Epoche der Weltumwälzung und der Zusammenballung ungeheurer Reiche.* Es wird seine Kolonien und seine Selbstständigkeit retten durch den Eintritt in den mittel-

europäischen Staatenbund (nicht in das Deutsche Reich), oder es wird beides verlieren. Dieser Krieg macht den « neutralen » Kleinstaaten ein Ende und lässt am Ende der ganzen Entwicklung, die auch in mehreren Kriegen sich vollziehen kann, nur grosse Gebilde übrig, wie sie dem Charakter und dem Zuge der Zeit und der Notwendigkeit, dass die Kleinen sich den Riesenmächten gegenüber durch Zusammenschluss geltend machen, entsprechen... (Seite 23.)

» Was Deutschland an Beute von Frankreich gewinnen wird, auch das ist keine Frage phantastisch landkartenzeichnender Willkür, sondern eine Frage der politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeit. Sicherlich wäre es unsinnig, sich mit mehr französischem Grenzland zu belasten, als zur Erfüllung der Notwendigkeiten erforderlich ist. *Die Erzgruben Lothringens, Belfort und der Rest des Sundgaus und Mömpelgard werden wir uns auch bei bescheidensten Ansprüchen jedenfalls nicht entgehen lassen. Die Wegnahme eines Landgürtels längs der belgischen Grenze von Verdun bis Boulogne allerdings wird sich wahrscheinlich als notwendig herausstellen, damit man eine offene Einfallspforte nach Frankreich und das beste Sprungbrett nach England zur Verfügung behält.* Das wäre die beste Sicherung des Friedens in Westeuropa... Wichtiger als die Frage der Grenzberichtigung ist die, was mit den französischen Kolonien zu geschehen hat, aber das gehört auf ein anderes Blatt. Es steht ausser Zweifel, dass *einer wirklichen Besitznahme des französischen Kolonialbesitzes durch Deutschland* die vollständige Niederkämpfung der englischen Flotte vorausgehen muss...

» England muss unfähig gemacht werden, je wieder gegen Deutschland zu kämpfen — aber seine Weltherrschaft zertrümmern, hiesse das nicht auch unserseits dem Europäertum einen Stoss ins Herz versetzen? Was aus Englands Händen in die Freiheit oder in die Hände der Amerikaner oder gar der Japaner übergeht, das dürfte der europäischen Herrschaft für immer entglitten sein. Dem Islam noch einmal eine Hoheit aufzuerlegen, wenn wir die bestehende zerschlagen halfen, das dürfte kaum mehr glücken. Die Auflassung der englischen Weltherrschaft würde in weitem Ausmasse die Abdankung Europas bedeuten. Wir selbst könnten es wohl nicht wagen, überall als Herren an Englands Stelle zu treten, selbst wenn wir militärisch England zur Abtretung aller Kolonien nötigen könnten ; wir sind für eine solche Aufgabe nicht vorbereitet, wir hätten überall mit dem äussersten Widerstande zu rechnen. *Eine und die andere Abtretung aus der Ueberfülle der englischen Besitzungen mag uns zugute kommen*, im allgemeinen aber löst sich die Frage, wie England ohne Schädigung der europäischen Gesamtinteressen für uns unschädlich und seine Bezwingung möglichst nutz-

bringend zu machen sei, wohl am besten damit, dass wir *uns militärisch zu Herren des europäischen Hauptes des britischen Weltreiches machen. Die Strasse von Gravelotte-Verdun bis Dünkirchen-Boulogne könnte ihre Fortsetzung finden durch die Besetzung eines Brückenkopfes um Dover, einer Zwingburg auf Englands Boden.* Dieser Vorschlag mag phantastisch erscheinen — er ist so gut durchführbar als die Landung auf britischer Erde, ohne die der Krieg Jahre dauern müsste. *Erst die Eroberung von London*, die wir erleben werden, schafft die Möglichkeit des Friedens, und nach der Eroberung Londons ist die eine Friedensbedingung so gut erzwingbar wie die andere. England, im Besitze auch nur eines Teiles der Flotte, während der grössere Teil an uns übergeht, England, militärisch stets unserem Griffe preisgegeben, dabei aber als Sachwalterin des ganzen, uns zu freier Betätigung offenstehenden, durch keine Zölle gesperrten Weltreiches, dieses England wird für uns der bequemste Nachbar sein. Wir werden uns hüten, den Verräter und teuflischen Feind wieder mit dem Namen Vetter zu beehren, wir werden uns hüten, mit ihm irgend einen Bündnisvertrag zu schliessen, wir werden den ganzen John Bull vielmehr zu unserer Verfügung an die Kette legen. Das ist Rache und das ist Geschäft... » (Seite 32-34.)

Nordkap-Bagdad. Das politische Programm des Krieges, von *Konrad von Winterstetten (Dr. Albert Ritter)*, Verfasser von Berlin-Bagdad. Frankfurt a. M. 1915. Neuer Frankfurter Verlag G. m. b. H.

2.

« Mitteleuropa hat an strategische Notwendigkeiten zu denken, wenn es die Grenzen gegen Osten festsetzt. Es gilt also die Forderung der geographisch kürzesten Linien mit der strategischen Ueberlegung in Einklang zu bringen. *Für Ostpreussen gehört ein verstärkter Schutz gegen Norden und Osten*, damit Königsberg einigermassen gedeckt sei, der nahezu eisfreie Hafen Libau aber kann Russland nicht weg genommen werden. Die Grenze wird also knapp südlich von Libau beginnen und gegen Kowany-Pompiany nach Osten laufen, dann gegen Kowno umbiegen und dem Njemen etwa bis Godno folgen, wo sie auf das neue Königreich Polen stösst, dessen Ostgrenze durch die Linie Bialystock, Brest-Listowsk und den Bug gebildet wird. Dann folgt österreichisch-ruthenisches Gebiet, weiter südlich begrenzt durch den Zbrusz, nordwärts allenfalls gedeckt durch die Festungen Luzk, Dubno und Rowno. Im Süden schliesst darauf Bessarabien an. So ist die strategisch und geographisch richtige Grenze zwischen Mittel- und Osteuropa gezogen.

» *Gegen Westen fordern militärische Rücksichten eine stärkere Aus-*

biegung der geographischen Grenzlinie — die übrigens auch durch die völkischsprachliche schon verschoben ist. Will man das Kriegsziel dauernder Sicherheit vor Frankreich und die Freiheit der Meere wirklich erreichen, so muss *der Nordosten Frankreichs*, wie es schon eine ganze Anzahl hervorragender Politiker gefordert hat, *bis zur Mündung der Somme und etwa zur Linie Vignacourt-Bapaume-Verdun-St-Mihiel-Pont à Mousson in die deutsche Nordwestmark einbezogen werden*, so dass Paris und London gute Nachbarschaft mit uns zu halten genötigt sind. Eine andere Möglichkeit, England zu ehrlicher Friedenspolitik zu verhalten, gibt es nicht — es ist also diese Grenzsetzung, samt der dem Schutze Süddeutschlands dienenden *Hinzunahme von Belfort und Umgebung*, durchaus gerechtfertigt und keineswegs als willkürliche Eroberung, vielmehr als Mindestmass der Sicherung gegen Westen zu betrachten. *Ueber die Angliederung von Belgien an Mitteleuropa*, zu dem die Mehrheit seiner Bewohner sprachlich gehört, *ist überhaupt hein Wort mehr zu verlieren, sie ist eine Selbstverständlichkeit.*

» In ähnlicher Art muss im Südwesten die geographische Grenze ausgebogen werden, damit Triest, einer der wichtigsten Punkte Mitteleuropas, dem feindlichen Zugriff entrückt sei. Die Vorlagerung des *oberen Venetiens, der Marken Friaul und Treviso, bis zu einer Linie vom Südende des Gardasees zur Mündung des Piave, als Glacis vor den Alpen, ist zur Abwehr aller künftigen Bedrohungen der österreichischen Adriaküste unerlässlich.* Aber man darf und wird, aus nationalen Gründen, die nötige Sicherungslinie um keinen Kilometer überschreiten... (Seite 27-28.)

» Der Umfang des mitteleuropäischen Bundes, die Reihe der ihm anzuschliessenden Staaten ist im Voranstehenden schon wiederholt angedeutet worden : Schweden, Dänemark, Norwegen, Holland, die Schweiz, Rumänien und Bulgarien sollen nach und nach der zunächst von den beiden Kaisermächten zu gründenden Gemeinschaft beitreten und mit der Türkei zusammen den Rahmen des oft besprochenen « Nordkap- Bagdad- » Bundesreiches ausfüllen.

» Nach dem Kriege hat mit dem Gaukelspiel der alten Gleichgewichtstheorie auch der Unsinn des Bestandes von Staaten mit « garantierter Neutralität » aufzuhören, der durch die Tatsachen als völlige Lächerlichkeit gebrandmarkt worden ist... (Seite 49.)

» Die Organisation schafft ohne Frage einen höhern Rang als er der blossen Individualität zukommt, und mit vollem Recht hat man den Grundsatz aufgestellt (R. Calwer im *Türmer*), dass das Recht der Kleinstaaten auf ihr verantwortungsloses Sonderdasein sehr fraglich ist, da sie der zum weiteren Gedeihen der Menschheit, vor allem zur

Behauptung der Führerschaft Europas, unbedingt nötigen Organisation und Zusammenfassung genau so gegenüberstehen, wie vor Zeiten der einzelne Mensch dem sich bildenden Staate gegenüberstand... (Seite 50-51.)

» Fortan ruft die Pflicht, die Individualität der höheren Entwicklungsstufe der Organisation unterzuordnen, es ruft die Wehrpflicht für Europa die Kleinstaaten alle an die Seite der siegreichen Vormacht des Erdteils. Da Mitteleuropa allein allen übrigen Grossmächten überlegen war, braucht keiner der Kleinstaaten mehr die Rache der Gegenspieler zu fürchten — die siegreiche Partei wird natürlich den besiegten Feinden noch um so mehr überlegen sein, wenn sie durch den Anschluss der Neutralen verstärkt wird.

» Das ist die theoretische Meinung, die nach dem Kriege über die neutralen Staaten bestehen wird, aber es wird aus ihr durchaus nicht die politische Wirkung folgen, dass Deutschland etwa die germanischen Kleinstaaten zum Anschlusse an den Staatenbund nötigt... (Seite 51-52.)

» Immerhin wird man die germanischen Staaten zum Anschlusse an den zunächst von den beiden Kaisermächten und der Türkei und dann von den Balkankönigreichen unterzeichneten Bundesvertrag einladen, und man wird, obgleich der Vorteil wesentlich auf der Seite der Kleinstaaten liegt, ihnen Angebote machen, durch deren Annahme sie vor sich selbst die Aufgabe der sog. « Neutralität » rechtfertigen können.

» *So kann Dänemark das dänische Nordschleswig* die Bezirke Tondern, Hadersleben, Apenrade und Sonderburg — *erhalten*, gegen Zusicherung sprachlicher Rechte für den deutschen Teil der Bevölkerung.

» Schweden und Norwegen können (ausser den Alandsinseln) von Russland im Norden Grenzverbesserungen und in der Polarzone wirtschaftlich wichtige Abtretungen bekommen. Der *Schweiz* liesse sich ihr alter, nie verschmerzter Besitz an der Adda und am Comersee : *das Veltlin*, anbieten, dessen Abtretung von Seite Italiens zu Gunsten der Sicherung der Grenze Tirols mit Recht gefordert werden darf.

» *Holland* könnte seine Besitzungen auf den Sundainseln durch einen Gewinn aus dem englischen Anteil gemehrt sehen — (während Deutschland sich ebenfalls einen solchen Anteil, z. B. Borneo, sichern muss) — dafür müsste aber sein Anschluss an den Bund um so enger sein. Die Einführung der deutschen Wehrverfassung, ein ansehnliches Flottengesetz, *das Zollbündniss und eine besondere Militärkonvention mit Deutschland* wäre die geringmöglichste Gegenleistung

für den Schutz Niederländisch-Indiens, den Mitteleuropa nachher übernähme. Natürlich müssten den Angehörigen der verbündeten Staaten in den Kolonien die gleichen Rechte zukommen wie den Holländern : Holland behält dabei immer noch alle Sondervorteile der Besteuerung, der Zölle und sofort.

» Auf solche Weise kann es geschehen, dass die Organisation Mitteleuropas in Wirklichkeit tritt. Der politische Bundesvertrag ist die erste Grundlage des Staatenbundes, dann folgen wirtschaftliche Annäherungen, Valutavereinheitlichungen, Zollbündnisse, Militärkonventionen, bis nach wenigen Jahrzehnten eine sturmsichere Einheit geschaffen ist, zur stolzen Freude aller Verbündeten... » (Seite 52-53.)

Der organische Aufbau Europas, von *Dr. Albert Ritter* (Winterstetten). Berlin S. W. 11, Concordia Deutsche Verlags-Anstalt, 1916.

Graf von Westarp.

« Um unser Dasein sind wir, gezwungen, in den Krieg gezogen, aber das deutsche Volk will, wenn es den Krieg beendet hat, wissen, wofür es gekämpft hat. Es lässt sich das Kampfziel nicht von seinen Gegnern vorschreiben, nun sucht es sich selbst sein Ziel. Und das Kampfziel hat das Volk heute einiger denn je und entschlossener denn je erkannt. Was nützt uns das schönste Kolonialreich, was nützen uns die reichsten Handelsbeziehungen, was nützen uns die Kulturwerke, die wir draussen errichtet haben, wenn es böswilligen Feinden jederzeit belieben darf, uns davon abzusperren, deren Schutz unmöglich zu machen und sie zu vernichten. Das Ziel ist : *freier Weg zum Meere* ; das muss erreicht werden, so lange muss gekämpft werden, dazu müssen die Gegner niedergerungen werden, das ist die Forderung, die der Bismarkfeier entspricht... (Seite 20.)

» Und dieses unerhörte Ringen von vielen Millionen Menschenleibern schreibt mit blutiger Schrift unauslöschlich die Lehre in unser Bewusstsein, dass es für unser Volk bittere Notwendigkeit und höchste Pflicht ist und bleibt, inmitten feindlicher Nachbarn sein Dasein sich immer aufs neue in blutigem Kriege zu erkämpfen, und darum im Frieden wie im Kriege den Willen zur Macht als seine Aufgabe in der Politik zu erkennen. Dabei gilt es nicht nur, die einmal errungene Stellung zu verteidigen, um sich auf ihr in trügerische Ruhe einwiegen zu lassen. Nein, *jetzt wie durch die Jahrhunderte hindurch liegt es Preussen-Deutschland ob, den Bereich seiner Macht und seiner Grenzen zu erweitern*, wie die Stunde es erfordert. Nicht das ist dabei das Ziel der Herr-

scher oder auch nur die Schiedsrichter der Welt zu werden. Ich möchte auch nicht meinen, dass wir uns nun den ewigen Frieden erobern werden, in dem nach diesem Kriege auf alle Zeiten niemand mehr uns angreifen wird. Das werden wir nicht erreichen, selbst wenn wir es noch so sehr wünschen sollten. Aber das ist das Ziel, dass jeder Angriff, den englischer Neid, französische Eitelkeit und Rachgier, moskowitische Eroberungssucht oder sonst ein Feind in der Welt fürderhin gegen uns richtet, vor unsern Grenzen zusammenbricht und vernichtend auf den Gegner zurückfällt... » (Seite 42-43.)

Zwei Gedenktage zu schwerer Zeit. Reden von *Graf von Westarp*, M. d. R. Carl Heymans Verlag, Berlin 1916.

ZWEITER TEIL

ANTIANNEXIONISTISCHE KUNDGEBUNGEN



I.

AUS DEM BÜRGERTUM



ZWEITER TEIL

ANTIANNEXIONISTISCHE KUNDGEBUNGEN

I. AUS DEM BÜRGERTUM

A.

EINGABEN AN DEN REICHSKANZLER UND DEN REICHSTAG.

Die Petition des « Bundes Neues Vaterland ».

Sechs grosse wirtschaftliche Verbände, der Bund der Landwirte, der Deutsche Bauernbund, der Vorort der christlichen Bauernvereine, der Zentralverband deutscher Industrieller, der Bund deutscher Industrieller und der Reichsdeutsche Mittelstandsverband haben an den Reichskanzler unterm 20. Mai eine Eingabe gerichtet, die eine schon am 10. März von den gleichen Verbänden (nur ohne die christlichen Bauernvereine) ausgegangene Eingabe wiederholt und durch neue Ausführungen ergänzt.

Nach dieser Eingabe sollen als Preis der Opfer des Krieges dem Effekte nach einverleibt werden : im Westen ganz Belgien und französische Grenzgebiete, nämlich die Küstenstrecke bis etwa zur Somme, mit entsprechendem, die volle wirtschaftliche und strategische Ausnutzung des Kanalhafens sicherndem Hinterland, die Erzgebirge von Briey, die Grenzfestungen mit der Maaslinie, insbesondere Verdun und Belfort mit dem zwischen Verdun und Belfort liegenden westlichen Abfall der Vogesen, im Osten « mindestens » Teile der Ostseeprovinzen und der südlich davon liegenden Gebiete, sodass vor allem längs der ostpreussischen, aber auch längs der westpreussischen posenschen und schlesischen Grenze neue Erwerbungen die heutigen Provinzen decken würden. Die Bevölkerung der annektierten Landesteile soll keinen politischen Einfluss auf die Geschicke des Deutschen Reiches erlangen und die wirtschaftlichen Machtmittel der neuen Gebiete, einschliesslich des

mittleren und grösseren Besitzes sollen auf Kosten der Gegner in deutsche Hände überführt werden.

Die Gedanken, die diese Eingabe entwickelt, enthalten eine furchtbare Gefahr für die Gewinnung eines rechtzeitigen ehrenhaften Friedens und für die Sicherheit des Deutschen Reiches nach erfolgtem Friedensschluss.

Nach Beobachtungen, die wir haben machen können, wächst die Gefahr, dass derartige Anschauungen sich im Volke verbreiten, zumal die unterzeichnenden Verbände als Vertreter von millionenstarken Berufsständen auftreten. Wir bezweifeln freilich stark, dass die Vorstände der Verbände die Genehmigung ihrer Auftraggeber, der angeschlossenen Vereine, eingeholt haben. Noch mehr, dass die Mitglieder gefragt sind oder mit dem Vorgehen übereinstimmen. Aber wir verkennen nicht, dass die Verbandsleitungen darauf rechnen dürfen, weite Kreise hinter sich zu haben und dass ihr Auftreten leicht die Wirkung haben kann Schwankende für die in der Eingabe vertretene Auffassung, wenn auch nicht für alle einzelnen Forderungen zu gewinnen.

Deshalb fühlen wir uns verpflichtet, auf das nachdrücklichste gegen die Forderungen in der Eingabe Stellung zu nehmen und den Reichskanzler zu ersuchen, das nötige zur Abwehr dieses Treibens zu tun, vor allem keinen Zweifel darüber zu lassen, dass die Reichsregierung mit den hier aufgestellten Kriegszielen nicht übereinstimmt.

I. Die Wahnidee, den Frieden durch Vernichtung der Gegner zu sichern.

Die Eingabe geht aus von dem Gedanken, dass eine Gewähr für die Dauer des zu erkämpfenden Friedens nur gefunden werden könne « in einer so starken wirtschaftlich und militärischen Schwächung unserer Gegner, dass durch diese für abeshbare Zeit der Friede gesichert wird. »

1. *Geschichtliche Erfahrungen.*

Die Geschichte zeigt, wie leicht sich Völker und Staaten, sofern sie nur in den Grundlagen ihres Lebens gesund sind von den schwersten Schicksalsschlägen so weit erholen, um den Kampf um ihre unveräusserlichen Rechte aufs neue aufnehmen zu können.

In der letzten Zeit ist die Erinnerung an die deutsche Erhebung vor 100 Jahren oft genug heraufbeschworen worden. Gelernt scheinen die Verfasser der Eingabe daraus nichts zu haben. Schlimmer kann kein Sieger darauf bedacht sein, den niedergeworfenen Staat zu dauern-

der Machtlosigkeit zu verurteilen, als Napoleon im Jahre 1807 gegenüber Preussen. Trotzdem wurde dieses gedemütigte, verkleinerte, ausgesogene, unter dem Druck einseitig aufgezwungener Abrüstung und feindlicher Besatzungen gehaltene Preussen nach 6 Jahren des gewaltigen Korsen gefährlichster Gegner, weil Kräfte in ihm lebendig wurden, die alle angelegten Fesseln sprengten.

Beispiele aus der neuesten Zeit bestätigen die wunderbare Regenerationskraft nationalen und staatlichen Lebens. Frankreich hatte durch den Krieg 1870-1871 furchtbar, sowohl militärisch wie wirtschaftlich gelitten. Trotzdem war es schon 1876 wieder so weit erstarkt, dass die Sorge vor einem Revanchekrieg, für den die französische Regierung allerdings Verbündete suchte, die deutsche Regierung ernstlich beschäftigte.

Wie furchtbar war der Zusammenbruch Russlands im russisch-japanischen Kriege von 1904-1905 mit der nachfolgenden Revolution von 1905. Dieser Zusammenbruch erfolgte in einem Staat, dessen Verwaltung berüchtigt war wegen ihrer Korruption. Nach der Revolution kamen dieselben Kreise, die für den Zusammenbruch und die Revolution verantworlich waren, wieder ans Ruder. Gleichwohl überrascht dieses Russland im gegenwärtigen Kriege alle Welt durch die nachhaltige Kraft, mit der es seine ungeheuren Machtmittel im Kampfe verwendet, durch die Stärke seiner organisatorischen Leistungen, die alle Voraussagungen Lügen strafen, durch die Energie, mit der es nach beispiellosen Niederlagen immer neue Kämpfer uns entgegenwirft.

2. *Praktische Undurchführbarkeit.*

Wir wollen davon absehen, dass ein rücksichtsloser Sieger die Feindschaft der ganzen Welt gegen sich heraufbeschwören und der Allianz aller Mächte erliegen müsste. Wir wollen nur die Frage aufwerfen, wie es in unserem Falle mit der Möglichkeit steht, die Gegner bis zur langdauernden Ohnmacht zu schwächen.

Wir haben auf der Gegenseite nicht eine einzelne Macht, sondern vier europäische Grossmächte. Der Gedanke, unsere Hauptgegner England und Russland auf lange Zeit bis zur Ohnmacht zu schwächen, oder gar zu « vernichten », wie es der Wehrverein Weihnachten 1914 forderte, ist von einer Naivität, die sich jeder ernsten Erörterung entzieht. Mag man sich selbst (was ganz phantastisch ist) ein England vorstellen, das durch den Krieg Aegypten und Indien, oder sogar Südafrika, und dazu einen Teil seiner Flottenstützpunkte, wie Gibraltar und Malta, verloren hätte — und ein Russland, von dem Finnland,

die baltischen Provinzen, Polen und die Ukraine abgetrennt wären, — die wirtschaftliche Kraft Englands, dem sich dann seine ihm verbleibenden Kolonien, wie Kanada und Australien, vermutlich doppelt eng anschliessen würden, seine maritime und militärische Kraft, die dann sicher in der allgemeinen Wehrpflicht eine neue Kraftquelle finden würde, die gewaltige Volkskraft Russlands, beruhend auf einem noch immer ungeheuren, nur teilweise erschlossenen Landbesitz und auf einem doch urgesunden Wachstum der Bevölkerung — diese Kräfte sind unter gar keinen Umständen so zu schwächen, dass nicht nach kurzer Zeit beide Mächte wieder kampfbereit und kampffähig dastehen würden.

Nach dieser Methode des « Weissblutens » den Frieden « dauernd » oder für absehbare Zeit sichern wollen, ist also ganz unmöglich. Für ein solches unerreichbares Kriegsziel kämpfen wollen, ist der helle Wanhnsinn.

3. *Gefährlichkeit der Idee und Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.*

Die Ausbreitung dieses Wahnsinns ist gefährlich ; denn sie erschwert die Erreichung eines Friedens, wie wir ihn brauchen, wie wir ihn vielleicht in nicht zu langer Zeit haben können und wie er wirklich Dauer versprechen würde.

Die Reichsregierung hat alle Veranlassung, dem vorzubauen.

In der Reichstagsrede vom 28. Mai hat Herr von Bethmann-Hollweg gesagt, dass wir aushalten müssen « bis wir uns alle nur möglichen realen Garantien und Sicherheiten geschaffen und erkämpft haben, dass keiner unserer Feinde, nicht vereinzelt, nicht vereint, wieder einen Waffengang wagen wird. »

Wir begreifen vollkommen, dass der Reichskanzler das Bedürfnis empfand, gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo Italien in den Krieg eingetreten ist und von einem Friedensschluss nicht die Rede sein kann, recht nachdrücklich vor aller Welt zu bekunden, dass wir allesamt entschlossen sind auszuhalten und dass wir dem Fortgang des Krieges trotz des neuen Gegners zuversichtlich entgegensehen. Aber es besteht grosse Gefahr, die zitierte rednerische Wendung könnte von Unverständigen oder Böswilligen wörtlich genommen und zur Unterstützung des Irrwahns, in dessen Beurteilung wir mit dem Reichskanzler eins zu sein glauben, ausgebeutet werden.

Diese Ausbeutung hat schon begonnen.

Als unmittelbar nach der Rede der Führer der Konservativen, ohne vorherige Verständigung mit den übrigen Parteien, die Vertagung

beantragte, wollte er ganz offenbar nicht nur dafür sorgen, dass der Eindruck der Rede nicht durch die Behandlung der Tagesordnung abgeschwächt werde, sondern er wollte die Rede und insbesondere die zitierten Worte für die Auffassung seiner Partei und für weitgehende Annexionsforderungen in Anspruch nehmen.

Am folgenden Tage ist diese Absicht in der Rede des Herrn Grafen Westarp noch offener zum Ausdruck gekommen. Die Presse folgt in gleicher Richtung, und diese Ausbeutung wird sicher noch weiter gehen.

Die Reichsregierung darf dieser missbräuchlichen Ausschlachtung der Kanzlerrede nicht mit verschränkten Armen zusehen.

II. Die Annexionsforderungen im ganzen.

1. *Umfang der Forderungen.*

Die Eingabe verlangt, dass ausgedehnte Gebiete im Westen wie im Osten dem Reiche einverleibt werden.

Im Westen soll Belgien, wenn auch vielleicht nicht der Form nach, doch tatsächlich (wir kommen noch darauf zurück) annektiert werden, ein Land von fast 30 000 qkm mit etwa 7 ½ Millionen Einwohnern. Dazu Frankreich bis zu einer Linie, die man von der Mündung der Somme (wenn man den Angaben der Eingabe eine möglichst bescheidene Bedeutung geben will) sich direkt östlich bis an die belgische Grenze gezogen denken muss, die dieser Grenze eine zeitlang folgt, weiter die Maas entlang läuft, wohl bis sie in der Gegend Pagny-Toul auf die Mosel überspringt, um dann über Lunéville weiter nach Osten zu laufen und schliesslich am Westabhang der Vogesen bis nach Belfort.

Dann würden (ein kleines Stück des Departements Somme nicht gerechnet) die ganzen Departements Pas-de-Calais und du Nord (zusammen etwa 12 500 qkm mit 3 Millionen Einwohnern) zu annektieren sein, was durch eine andere Stelle der Eingabe als Forderung der Petenten bestätigt wird; dazu knapp die Hälfte des Departements Meuse, die grösseren Teile von Meurthe-et-Moselle, ein schmaler Strich des Departements Vosges und schliesslich das Territorium Belfort. Zusammen sind das wohl gut 20 000 qkm mit mehr als 3 ½ Millionen Einwohnern. Im Westen also Belgien und französische Gebiete zusammen mit etwa 50 000 qkm mit reichlich 11 Millionen Einwohnern.

Für den Osten sind die Forderungen der Eingabe noch unbestimmter gehalten. Wir wollen versuchen, sie nach den gegebenen Andeu-

tungen wieder möglichst bescheiden zu interpretieren. Da « mindestens Teile » der Ostseeprovinzen annektiert werden sollen und ein Hauptgesichtspunkt in der Gewinnung militärisch besserer Grenzen besteht, wird man im Sinne der Petition nördlich jedenfalls bis an die See, d. h. bis an den Rigaischen Meerbusen gehen müssen, selbstverständlich dann einschliesslich Riga selbst und einer zur Verteidigung der Stadt ausreichenden Zone. Dann wird die Grenze vom Osten des Rigaischen Meerbusens südlich laufen müssen unter Benutzung von Flussläufen etwa auf Kowno am Njemen. Der Zweck der militärischen Sicherung der alten deutschen Provinzen wird überall einen Abstand von etwa 50 km von der heutigen Grenze verlangen, unter Anpassung an die geographischen Verhältnisse, um in Flüssen, Sümpfen usw. militärisch vorteilhafte Grenzen zu gewinnen. Die Grenze wird also im Sinne der Eingabe dem Njemen entlang gehen bis etwa Grodno, später dem Narew folgen, wohl bis zur Einmündung in den Bug, den Bug abwärts bis zur Einmündung in die Weichsel bei Nowo Georgiewsk, dann die Weichsel abwärts bis Ploczk oder vielleicht bis Wloclaw, dann hinüber nach Kolo an der Warte, die Warte hinauf nach Czenstochau und weiter in der Richtung Krakau zum Anschluss an die österreichische Grenze.

In das Annexionsgebiet würden damit fallen : ein kleines Stück von Livland, der grössere und bevölkertere Teil von Kurland (aber nicht ganz Kurland, da die Grenze sonst, wenn man nicht im ganzen noch viel weiter östlich ausgreifen will, ganz unmöglich werden würde), weiter der grössere Teil des Generalgouvernements Kowno, das ganze Gouvernement Suwalki, etwa die Hälfte von Lomza, das Gouvernement Ploczk, der westliche, kleinere Teil des Gouvernements Warschau, etwa die Hälfte von Kalisch, vielleicht ein Viertel von Pietrokow und ein kleiner Teil von Kielce. Das wären alles genommen reichlich 80 000 qkm mit mehr als 5 Millionen Einwohnern.

Im Westen und Osten zusammen würden etwa 130 000 qkm mit mehr als 16 Millionen Einwohnern annektiert werden.

Wie denkt sich nun die Eingabe der sechs wirtschaftlichen Verbände unser Verhältnis zu diesen der deutschen Herrschaft zu unterwerfenden Menschen ?

2. *Die politische Entrechtung der Bevölkerung.*

Welch eine Aufgabe dem Deutschen Reich mit seinen 67 Millionen Einwohnern durch Anschluss neuer Gebiete mit mehr als 16 Millionen Einwohnern, die zum allergrössten Teil von der bittersten Feindschaft

gegen alles Deutsche beseelt sein würden, für Friedenszeiten aufgebürdet wäre, welche Gefahr darin läge für Friedens- und vielleicht noch mehr für Kriegszeiten, ist auch den Verfassern der Eingabe nicht ganz entgangen. So erklärt es sich, dass sie zu einer weiteren Forderung kommen, die sie sowohl für Belgien, wie für die französischen Grenzgebiete, wie endlich auch für die im Osten einzuverleibenden Länder jedesmal ausdrücklich geltend machen. Regierung und Verwaltung in den annektierten Ländern müssen so geführt werden, dass « die Bewohner keinen Einfluss auf die Geschicke des Deutschen Reiches erlangen. »

Mit anderen Worten : die Bevölkerung soll vom Deutschen Reich regiert werden, ohne politische Rechte innerhalb des Deutschen Reiches ausüben zu können. Zweifelhaft erscheint, ob ihnen nach den Forderungen der Eingabe auch nur ein bescheidenes Mass von provinzieller und lokaler Selbstverwaltung wird gewährt werden können. In der Hauptsache würden sie jedenfalls nur Okjekte nicht Subjekte der Gesetzgebung sein. Das will man nicht nur im Osten russischen Untertanen, sondern auch im Westen den an die grösste Freiheit und an demokratische Verfassungen gewöhnten Belgiern und Franzosen auferlegen.

Das heisst, zu der Ungeheuerlichkeit, 16 Millionen volksfremder, ja volksfeindlicher Menschen zu Zwangsbürgern des Deutschen Reiches machen zu wollen, eine zweite Ungeheuerlichkeit fügen. Sie ist freilich nur eine Konsequenz des unerträglichen Zustandes, den die Annexionen schaffen würden, aber sie spricht diesen Annexionen zugleich das schärfste Urteil.

Kein Zurechnungsfähiger wird glauben, dass eine solche Vergewaltigung Bestand haben könnte. Sie müsste sich vielmehr furchtbar am deutschen Volke rächen.

3. *Enteignung der Besitzenden.*

Zur Durchführung der Annexionen fordert die Eingabe nicht nur Massnahmen öffentlich-rechtlichen Charakters, sondern auch tiefe Eingriffe in das private Besitzrecht. Aller Besitz, der einen starken wirtschaftlichen und sozialen Einfluss gewährt, im Westen besonders der industrielle Besitz aller grossen Unternehmungen, im Osten besonders der landwirtschaftliche Gross- und Mittelbesitz, muss in deutsche Hände übergehen.

Das wäre eine Umwälzung in den privatwirtschaftlichen Verhältnissen der annektierten Länder, wie sie noch keine moderne Annexion

gebracht hat. Sie erinnert, nicht gerade zu ihrem Vorteil, an die Zeiten der Völkerwanderungen. Damals musste in den von Germanen eroberten römischen Provinzen der ansässige römische Bürger dem erobernden Germanen, bald in dieser, bald in jener Form, einen Teil seines Besitzes abtreten.

Die Mittel zur Durchführung dieses Besitzwechsels soll für die französischen Grenzlande Frankreich aufbringen, für den Osten die russische Regierung, indem ihre «Kriegsentschädigung in grossem Umfang in der Uebereignung von Land bestehen» wird. Wer die Besitzüberführung in Belgien finanzieren soll, ob das Deutsche Reich — im Sinne der Eingabe wohl lieber England oder das annektierte Belgien selbst ? — wird nicht gesagt.

Es fällt schwer, keine Satire zu schreiben.

Wir leugnen nicht, dass die Verfasser der Eingabe konsequent sind, indem sie neben der politischen Entrechtung der Massen, die im Lande bleiben, auch eine Enteignung und Expatriierung der Besitzenden fordern. Inmitten einer so feindselig gesinnten Bevölkerung kann man eben nicht wirtschaftlichen und sozialen Einfluss, kann man nicht die Leitung grosser privatwirtschaftlicher Unternehmungen, kann man nicht die Verfügung über grossen Grundbesitz in den Händen der Einheimischen lassen. Man muss in den annektierten Ländern eine deutsche Herrenschicht zu schaffen suchen.

So gebiert eine Ungeheuerlichkeit die andere.

4. *Die Isolierung Deutschlands nach dem Friedensschluss.*

Zwischen den Gegnern Deutschlands bestehen starke Interessengegensätze, die sich nach Friedensschluss wieder geltend machen müssen. Wir verweisen nur auf die Dardanellenfrage und den Besitz Konstantinopels, an den Gegensatz zwischen Italienern und Slawen an der Adria, an die alte Rivalität zwischen England und Russland in Persien und Afghanistan, endlich an das so unendlich schwierige ostasiatische Problem mit seiner Fülle von Konfliktstoffen.

Dass insbesondere England und Russland jetzt gegen uns zusammengehen, war nur unter ganz besonderen Verhältnissen möglich geworden. Hätte England nicht sich selbst, Frankreich und Belgien bedroht geglaubt, so hätte es Russland gegen Oesterreich-Ungarn und Deutschland sicher nicht unterstützt. Es gab in der auswärtigen Politik keine Idee, die in England, besonders bei den Liberalen, unpopulärer, ja verhasster gewesen wäre, als ein Bündnis mit Russland, und selbst

jetzt mitten im Kriege erheben sich immer wieder Stimmen, die auf das Unnatürliche dieses Bündnisses hinweisen.

Eine der wesentlichsten Aufgabe der deutschen Politik nach Friedenschluss muss es offenbar sein, dafür zu sorgen, dass eine Koalition, wie die diesmalige, nicht wieder zustande kommen kann. Wir werden unsere Politik besserer Beziehungen nach Westen oder nach Osten, wenn wir uns die Situation nicht selbst verderben, frei wählen können.

Die Annexionspläne der Eingabe stellen das gerade Gegenteil dessen dar, was die Klugheit gebietet. Statt unsere Gegner zu trennen, werden wir sie zusammenschmieden.

Nach Westen sollen wir England (durch Annexion Belgiens und der England bedrohenden französischen Küste) zugleich Frankreich (durch Annexion grosser, wertvoller reinfranzösischer Gebiete) Wunden schlagen, die viele Menschenalter hindurch nicht heilen können ; nach Osten sollen wir in den Körper des russischen Reiches einen Eingriff unternehmen, den Russland uns auf lange Zeit nicht wird verzeihen können, ohne dass seine militärische Kraft dadurch eine irgendwie nennenswerte Einbusse erfährt.

Wir nötigen also England, Frankreich und Russland auch künftig Verbündete gegen uns zu sein.

Etwas Unsinnigeres, dem deutschen Interesse Schädlicheres kann es gar nicht geben.

Die Herren der sechs wirtschaftlichen Verbände werden vielleicht einwenden, dass wir nach diesem Krieg doch auf Jahrzehnte hinaus mit allen unseren Gegnern hoffnungslos verfeindet sein werden. Wie es damit gehen wird, kann niemand mit Sicherheit voraussagen. Alle Erfahrungen sprechen dagegen. Wir erinnern daran, wie rasch nach dem südafrikanischen Krieg, der geweiss bei den Buren eine furchtbare Erbitterung zurückgelassen hatte, eine Aussöhnung zwischen dem grössten Teil der Buren und den Engländern erfolgt ist, wie rasch nach dem russisch-japanischen Krieg eine russisch-japanische Verständigung erfolgte. Braucht eine der uns jetzt bekämpenden Mächte nach Friedensschluss zur Wahrung ihrer Interessen eine Anlehnung gegen die jetzigen Verbündeten, so wird sie uns suchen trotz der grenzenlosen Verbitterung dieses Krieges.

Man dürfte sich auch ein wenig erinnern, wie Bismarck zu Annexionsfragen gestanden hat. Gewiss hat er Annexionen durchgeführt, aber er hat Nachteile und Vorteile kühl gegeneinander abgewogen, er hat dabei — er, der Realpolitiker — auch die Rückwirkung auf die Gesinnung der feindlichen Mächte als realpolitisch wichtigen Faktor

mit in die Rechnung eingesetzt und Annexionen aus Erwägungen dieser Art abgelehnt.

Bekannt ist, einen wie harten Kampf er 1866 gegen die Annexionswünsche König Wilhelms geführt hat. Oesterreich war soeben bei Königgrätz besiegt und sollte aus seiner alten Vormachtstellung im Deutschen Bunde hinausgedrängt werden, sollte den letzten Rest seiner italienischen Lande verlieren. Für Politiker, wie die der sechs Wirtschaftsverbände, hätte dieses Oesterreich als ein unversöhnlicher Feind gegolten, der unbedingt bis zur völligen Ohnmacht niederzuzwingen gewesen wäre. Bismarck dachte nicht so. Er erwog im Augenblick des Sieges künftige Möglichkeiten anderer politischer Gruppierungen ; er dachte an künftige Verständigung. Um diese Möglichkeiten nicht aus der Hand zu geben, rang er seinem königlichen Herrn den Verzicht auf Annexionen ab. Aus ähnlichen Gründen liess er die süddeutschen Staaten mit ausserordentlich leichten Friedensbedingungen davonkommen.

Vielleicht nie war Bismarck in höherem Grade weiser, vorausschauender Staatsmann als damals in dieser Mässigung.

Auch im Jahre 1870-1871 war Bismarck nicht weniger als annexionslustig. Blosse Gefühlsgründe für die Annexion Elsass-Lothringens wies er zurück. Den militärischen Gründen gab er nach. Aber gern hätte er die Annexion des französischen Metz vermieden. Jedenfalls behandelte es Bismarck nicht als gleichgültig, wie tief der Stachel in der Seele des überwundenen Volkes sitzen würde, den eine Abtrennung lang besessenen Gebietes und einer innerlich verbundenen Bevölkerung immer zurücklässt.

Ein trauriger Flaumacher dieser Bismarck, der 1866 Oesterreich ohne Gebietsabtretungen davon kommen liess, und der 1871 vorzeitig Frieden schloss, ohne die militärisch günstige Lage ganz auszunützen und den Franzosen Verdun und Belfort zu nehmen !

III. Die Annexionen im Osten.

Welche Gebiete ungefähr die Verfasser der Eingabe im Osten zu annektieren wünschen, haben wir oben angegeben.

Auch wenn wir in der einen oder anderen Einzelheit ihre Gedanken unrichtig gedeutet haben sollten, die Hauptsache wird feststehen : ein kleiner Teil von Livland, der grösste Teil von Kurland, dann litauische endlich rein polnische Gebiete, durchschnittlich 50 und mehr Kilometer über die heutige Grenze hinaus mit einer Bevölkerung von sicherlich 5 Millionen sollen — um unsere militärische und wirtschaftliche

Stellung im Interesse der Erhaltung des Friedens zu sichern — dem Reiche einverleibt werden.

Wie werden diese Forderungen begründet ?

1. *Ausgleich mit dem industriellen Westen.*

Zur Begründung der Annexionen im Osten führt die Eingabe der wirtschaftlichen Verbände u. a. an, dass für den Zuwachs an Industrie und industrieller Bevölkerung im Westen ein Ausgleich durch Einverleibung landwirtschaftlichen Gebietes, geeignet für deutsche Besiedlung, geschaffen werden müsse.

Der Gedanke, das heutige Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Industrie durch Annexionen, wenn man solche schon unternimmt, nicht wesentlich stören zu wollen, ist an sich nicht unberechtigt.

Die Lebensmittelversorgung des Deutschen Reiches würde in der Tat durch die Annexion Belgiens — des industriereichsten Landes der Welt (1910 auf den qkm 252,04 Einwohner gegen 120,04 in Deutschland, 76,01 in Oesterreich-Ungarn, 100,49 in Frankreich, 19,4 im europäischen Russland) und der ähnlich dicht bevölkerten Industriegebiete des nördlichen Frankreich wesentlich erschwert, statt erleichtert werden. Denn diese Gebiete decken nur einen geringen Bruchteil ihres Nahrungsmittelbedarfs durch Eigenproduktion.

Zum Ausgleich wird die Annexion von landwirtschaftlichen Gebieten an der Ostgrenze verlangt. Nun deckt bekanntlich auch das Königreich Polen seinen Getreidebedarf nicht selbst ; mit über 80 Einwohnern auf dem Quadratkilometer war es vor dem Krieg das dichtestbevölkerte Gebiet Russlands. Immerhin lässt sich die landwirtschaftliche Produktion dort zweifellos noch wesentlich steigern.

Ob die Steigerung ausreichen würde, den Fehlbetrag im Westen zu decken, kann dahingestellt bleiben ; denn die ganze Idee des wirtschaftlichen Ausgleichs zwischen den Annexionen im Westen und Osten wird abgetan durch die politischen Erwägungen, die uns zu dem Schlusse führten, dass eingreifende Annexionen nicht zugleich im Westen und im Osten vorgenommen werden können, die einen vielmehr unter allen Umständen die anderen ausschliessen. Dieser Teil der Begründung der Petition fällt in sich zusammen, wenn man mit uns der Ueberzeugung ist, dass die Annexionen im Westen als erst recht unheilvoll abgelehnt werden müssen.

2. *Deutsche landwirtschaftliche Kolonisation.*

Die Eingabe macht zu Gunsten der Annexionen im Osten weiter noch wirtschaftliche und national-politische Gründe geltend. Es sollen

die in Russland wohnenden deutschen Bauern in das neu zu gewinnende Gebiet übergeführt werden, und es soll ausserdem Land zur Besiedelung durch deutsche Bauern aus dem Reich gewonnen werden.

Es kann verlockend erscheinen, die in Russland angesiedelten Deutschen, die sich ihr Deutschtum so treu bewahrt haben, insbesondere jene der südrussischen deutschen Kolonien und die Wolga-Deutschen dem deutschen Volke auch politisch wiederzugewinnen und dem Deutschen Reiche einzugliedern. Ob eine solche Uebersiedlung, eine organisierte Völkerwanderung für Zehntausende, durchführbar ist, mag dahingestellt bleiben. Der Plan scheint phantastisch ; aber es gibt schliesslich kein Unmöglich, wenn ein entschlossener Wille hinter einem Unternehmen steht. Ob dieser Wille aber vorhanden sein würde? So weit wir unterrichtet sind, wollen im allgemeinen die in Russland ansässigen Deutschen, trotz aller Bedrückung, die Scholle, die sie dort bebauen, nicht aufgeben. Und wenn sie wirklich zur Uebersiedlung geneigt sein sollten, so ist im Osten des alten Deutschland Raum genug zur bäuerlichen Besiedlung.

Die Hoffnung, neu zu gewinnende litauisch-polnische Gebiete von Altdeutschland aus besiedeln zu können, ist um so geringer, je länger der Krieg dauert. Bereits heute müssen wir mit einer gewaltigen Zahl von Gefallenen rechnen ; weitere Hunderttausende werden durch Verstümmelungen, Wunden, Krankheiten und Strapazen in ihrer Arbeitskraft geschädigt sein. Durch das lange Fortbleiben so vieler Männer im zeugungsfähigen Alter werden die Geburten zunächst eine starke Einschränkung erfahren, ebenso eine lang dauernde Minderung durch das Fehlen der vielen Gefallenen. Schon vor dem Krieg bedurfte die deutsche Volkswirtschaft einer starken Zufuhr ausländischer Arbeitskräfte aus Russland, Galizien und Italien, wovon mindestens 400 000 in der deutschen Landwirtschaft beschäftigt wurden. In Zukunft wird damit den landwirtschaftlichen Grossbetrieben der « Wanderarbeiter » fehlen. Die deutsche Kolonisierung Polen-Litauens muss also einfach schon an dem Mangel an Menschen scheitern.

Der dünn bevölkerte deutsche Norden und Osten macht schon seit Jahren einen Entvölkerungsprozess durch, der Gegenstand ernster Sorge von National- und Wirtschaftspolitikern ist. Ihm durch innere Kolonisation entgegenzuwirken, war schon vor dem Krieg, wie allseitig anerkannt, die wichtigste Aufgabe der inneren Politik. Sie wird es nachher in noch höherem Masse sein.

Für die reichsdeutsche Bevölkerung, die für bäuerliche Ansiedlung in Betracht kommt, findet sich dort Raum genug, wenn man nur endlich die Aufgabe der inneren Kolonisation nicht unter dem Gesichts-

punkt der Polenpolitik, sondern als allgemeines wirtschaftliches Problem energisch anpackt. Dafür hoffen wir auf die kräftige Initiative der Reichsregierung und des preussischen Ministeriums nach Friedensschluss.

Die Annexion neuer Gebiete im Osten würde diese Aufgabe nicht fördern, sondern eher, da die notdürftige Besiedlung der neu annektierten Gebiete als vordringlich erscheinen würde, dazu führen, ihre Erledigung wieder weit hinauszuschieben, zumal da starke wirtschaftliche und parteipolitische Sonderinteressen ihr entgegenstehen. Statt deutsche Bauerndörfer zu schaffen, würden wir dann in alten Gebieten des Reichs mit einer weiter wachsenden Einwanderung polnischer Landarbeiter zu rechnen haben. Es würde damit als Folge der Annexion eine schwere Schädigung unserer nationalen Interessen eintreten.

Die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung der Zentralmächte im Fall eines künftigen Krieges wird weit besser als durch Annexionen durch Hebung der Produktivität erreicht, die besonders in Oesterreich-Ungarn noch auf sehr niedriger Stufe steht ; sind doch dort die Hektarerträge durchschnittlich wenig mehr als halb so hoch wie bei uns. Aber auch in Deutschland ist vor allem durch eine umfassende Moorkolonisation eine starke Steigerung der Produktion zu erzielen.

3. *Die militärische Sicherung.*

Endlich macht die Eingabe militärische Gründe geltend. Deutschland hat besonders in Ostpreussen eine militärisch ungünstige Grenze ; die Provinz liegt in weiter Ausdehnung dem Feinde offen.

Wenn dieser Fehler durch Grenzberichtigungen, bei denen die Nachteile nicht die Vorteile überwiegen, d. i. durch solche, bei denen wir nicht eine feindselige Bevölkerung zu vergewaltigen brauchen, verbessert werden kann, wird jeder Deutsche das freudig begrüssen. Bei kleineren Grenzberichtigungen lässt sich leicht durchführen, was die Petition im grossen fordert. Man kann privaten Besitz ablösen und der Bevölkerung die Auswanderung ermöglichen, dafür deutsche Bevölkerung ansiedeln.

Aber es ist sehr fraglich, ob durch ausgedehnte Annexionen, wie sie die Eingabe fordert, eine so wesentliche Verbesserung unserer Grenze eintritt, dass sie nicht — auch rein militärisch — durch Nachteile aufgehoben wird. Der Gebietsstreifen, der sich von Süden nach Norden an der Ostsee entlang zieht, wird freilich breiter, aber er wird zugleich um etwa 250 km verlängert. Gegenüber einem an Zahl über-

legenen Feind, der auf der langen Linie die Verbindung mit dem Reich nach wie vor stark bedroht und bei vorübergehendem militärischem Uebergewicht sie nicht durchschneiden kann, bleibt dieses ostpreussisch-baltisch-litauische Gebiet ein leicht verwundbares langes Glied, das die Freiheit der militärischen Entschliessung umso stärker lähmt. je grösser und wertvoller dieses Glied dem Reichskörper geworden ist,

Seltsam genug mutet die Begründung an, man müsse den Provinzen Ostpreussen, Westpreussen, Posen und Schlesien zu ihrem Schutze, damit sie nicht, wie jetzt, gefährdete Ausssenmarken blieben, weitere Landstriche vorlagern. Wenn nun die zu annektierenden Gebiete Bestandteile des Reichs geworden und mit deutschen Bauern besiedelt sind, sind sie die gefährdeten Aussenmarken, die Gleichberechtigung beanspruchen dürfen und die nach der Logik der Petenten wieder durch vorzulagernde Landstriche geschützt werden müssen. Soll man dann dieses Schutzgürtel-System weiter ausdehnen und in infinitum wiederholen, bis man an das Eismeer und an den Stillen Ozean gelangt ?

Militärische Fachleute beantworten die Frage, ob nach den Erfahrungen dieses Krieges die Gewinnung natürlicher, militärisch-starker Grenzen im Flachlande, wie es im Osten vorherrscht, noch von so grosser Bedeutung ist wie bisher, verneinend.

4. *Politische Wirkungen für die Ostseeprovinzen.*

Volkspolitisch werden wir scheiden müssen zwischen den Ostseeprovinzen einer-, den litauischen und polnischen Gebieten andrerseits.

Vielfach ist in Deutschland die Meinung verbreitet, die russischen Ostseeprovinzen wünschten durch Deutschland vom russischen Joch befreit und dem Deutschen Reich einverleibt zu werden.

Das ist ein vollkommener, sehr gefährlicher Irrtum.

In den Ostseeprovinzen bildet das Deutschtum nur eine dünne Oberschicht der besitzenden und gebildeten Stände, von Grossgrundbesitzern, Kaufleuten, städtischen Gewerbetreibenden und Angehörigen freier Berufe. Man zählt rund 200 000 Deutsche, denen fast 2 ½ Millionen Letten und Esthen gegenüberstehen.

Die Grundstimmung dieser Letten und Esthen ist Feindschaft gegen das Deutschtum. Das hat sich in erschreckender Weise während der Revolution gezeigt. Wohl ist diese Feindschaft durch die russische Regierung künstlich genährt, gesteigert und benutzt worden ; aber man darf nicht glauben, dass nun, wenn der unheilvolle Einfluss der russischen Regierung fortfiele, eine Aussöhnung der Letten und Esthen

mit den Deutschen leicht erfolgen könnte. Dazu sitzt die Feindschaft zu tief. Es ist eben doch auch die Feindschaft eines sozial tiefer stehenden und jahrhundertelang, wenn auch nicht misshandelten, doch missachteten Volkes gegen eine Herrenkaste.

Aber auch bei den Deutschen der drei baltischen Provinzen Kurland, Livland und Esthland darf man nicht einen allgemeinen Wunsch, Deutschland einverleibt zu werden, voraussetzen. Wohl gibt es dort Persönlichkeiten, die auf diesem Standpunkt stehen ; aber die gewaltige Mehrheit der deutschen Balten, auch soweit diese nicht ihren Frieden mit dem russischen Regiment gemacht haben, sondern, aller Russifizierung zum Trotz, in der Gesinnung deutsch geblieben sind, stehen wohl in starker Opposition zu dem russischen Regierungssystem, aber in einer durchaus loyalen Opposition.

Balten, die nach Deutschland ausgewandert und vielfach deutsche Staatsbürger geworden sind, vertreten freilich zum grossen Teil andere Anschauungen und predigen Erlösung des baltischen Deutschtums auf dem Wege der Annexion. Aber was diese Balten in Deutschland fordern, ist Emigrantenpolitik. Solche hat nie zum Segen gereicht.

Dass wir bei einer Annexion die drei baltischen Provinzen auseinanderreissen müssten (bis Reval hinauf scheinen auch die Verfasser der Petition nicht annektieren zu wollen), und dass bei einer militärisch günstigen Gestaltung der Grenze sowohl Livland wie Kurland in zwei Stücke geschnitten werden würden, sei nur nebenbei erwähnt. Wie eine solche Zerreissung auf die Gesinnung gegen Deutschland in den baltischen Provinzen diesseits und jenseits der neuen Grenze wirken würde, entzieht sich unserem Urteil. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, dass eine neue Quelle der Erbitterung gegen Deutschland erschlossen werden würde.

5. *Politische Wirkungen für Litauen und Polen.*

Darüber, dass wir in den litauischen und polnischen Gebieten, die nach der Forderung der wirtschaftlichen Verbände annektiert werden sollen, nur eine feindselige Bevölkerung dem deutschen Reichskörper einverleiben würden, besteht wohl kein Zweifel.

Was die Litauer anlangt, so darf uns die loyale Gesinnung der ostpreussischen Litauer nicht täuschen. Die ostpreussischen Litauer sind evangelisch und stehen dadurch in einem für uns günstigen Gegensatz zu den Polen. Die russischen Litauer sind katholisch ; man wird zwischen ihnen und den Polen, was die Aufnahme der Annexion anlangt, keinen Unterschied machen dürfen.

Wie würde nun die Wirkung von Annexionen, wie sie vorgeschlagen werden, auf die Polen sein ? Auf die preussischen Polen, auf jene, die durch Annexion preussisch werden, auf jene, die russisch bleiben, und auf die österreichischen oder zu Oesterreich kommenden Polen. »

Dass im allgemeinen die Wirkung eine für die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der polnischen Bevölkerung höchst ungünstige sein wird, muss als sicher erachtet werden.

Denn der Krieg hat uns gezeigt, von wie einschneidender Bedeutung unsere Polenpolitik für einen Krieg gegen Russland ist.

In Deutschland hat man vielfach erwartet, beim Einmarsch der deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen würden sich die Polen in Massen gegen die russische Herrschaft erheben ; wir würden als Befreier begrüsst werden, Das ist nicht eingetreten, und nicht etwa nur, weil die Bevölkerung, in Unsicherheit über den Ausgang des Krieges und in Furcht vor russischer Rache, sich nicht getraut hätte, sondern auch weil sie zum grossen Teil gar nicht den Wunsch hegte, durch uns befreit zu werden. Ein Teil der Verantwortung fällt auf unsere unglückselige, ihr Ziel vollkommen verfehlende Polenpolitik.

Eine Annexion neuer polnischer Landesteile durch Deutschland würde die inneren Schwierigkeiten für uns erhöhen und vor allen Dingen dem Panslavismus ein ausserordentlich dankbares Agitationsobjekt in die Hand geben. Man triebe dadurch die Polen in die Arme Russlands und würde auch bei den anderen slavischen, nicht zu Russland gehörigen Stämmen nur höchst bedenkliche Wirkungen erzielen. Die Vorschläge der Petenten sind derart schädlich, dass man auf den Gedanken kommen könnte, sie seien von russischen Agenten diktiert. Denn mit welcher Freude werden die panslavistischen Agitatoren verkünden, dass das eroberungssüchtige Deutschland nur auf Unterdrückung der schwachen Völker ausgehe, wenn wir uns zu einer neuen Teilung Polens verstehen wollten.

Dazu die Rückwirkungen auf die altpreussischen Polen. Dass nach dem Kriege ein neuer Kurs in der Polenpolitik eingeschlagen werden muss, wird für allgemein anerkannt. Wenn wir aber mit den russischen Polen nach dem Rezept der Eingabe verfahren, wenn wir ihnen statt der Freiheit neue Knechtschaft bringen, so können wir auf einen noch so bescheidenen Erfolg des neuen Kurses gleich von vornherein verzichten. Auch hierin wären die Annexionen das Gegenteil einer nationalen Politik.

IV. Die Annexionen im Westen.

Der Schwerpunkt der Annexionsfrage liegt im Westen, nicht nur für die sechs wirtschaftlichen Verbände, die Annexionen im Osten zum Teil mit dem Bedürfnis eines Ausgleichs für Annexionen im Westen begründen, sondern auch für die öffentliche Meinung in ganz Deutschland und für die künftigen Friedensverhandlungen selbst.

Bei den Annexionen im Westen steht Belgien in erster Reihe. Wer von notwendigen Annexionen spricht oder wer sich gegen sie wendet, denkt fast immer zunächst an Belgien.

Die Frage : « Ist die Einverleibung Belgiens für Deutschland wünschenswert oder verderblich ? Sollen wir suchen, das Land im Friedensvertrag zu behalten oder es vielmehr als Pfand für Erreichung anderer Vorteile zu verwenden ? » ist, immer unter der Voraussetzung, dass die militärische Lage für uns günstig bleibt, die Kernfrage des Kriegsziels, die Kernfrage möglicher Friedensverhandlungen — soweit man heute überhaupt urteilen kann.

Die Eingabe drückt sich bezüglich Belgiens merkwürdig gewunden aus. Sie sagt nicht geradezu, dass das Land einverleibt oder in deutschen Besitz überführt werden solle, sondern verlangt, es müsse militärisch und zollpolitisch sowie hinsichtlich des Münz-, Bank- und Postwesens der deutschen Reichsgesetzgebung unterstellt werden. Weiter heisst es : « Eisenbahnen und Wasserstrassen sind unserem Verkehrswesen einzugliedern. Im übrigen müssen Regierung und Verwaltung des Landes, Unterscheidung eines wallonischen und eines überwiegend flämischen Gebietes und unter Ueberführung der für die Beherrschung des Landes wichtigen wirtschaftlichen Unternehmungen und Besitzungen in deutsche Hand, so geführt werden, dass die Bewohner keinen Einfluss auf die politischen Geschicke des Deutschen Reichs erlangen. » Was hier politisch gefordert wird, haben wir zum grossen Teil schon oben (in Abschnitt II, 2-3) besprochen. Im ganzen läuft es doch auf die tatsächliche Einverleibung oder Annexion hinaus, auch wenn in der Form der Angliederung an das Deutsche Reich ein nicht recht klarer Unterschied gegenüber den sonstigen Annexionen beabsichtigt sein sollte.

Wir wollen im übrigen die geforderten Annexionen wieder zuerst unter wirtschaftlichen dann unter maritim-militärischen. endlich unter politischen Gesichtspunkten prüfen.

1. *Wirtschaftliche Wirkungen.*

Die Annexionspläne der Verbände werden vor allem mit der Notwendigkeit der wirtschaftlichen Selbstversorgung während eines späteren Krieges begründet.

Wie es mit dieser Begründung für die Annexionen im Osten steht, die uns die Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten zum Ausgleich für den Zuwachs an industriellen Gebieten im Westen bringen sollen, haben wir vorher (III, 1-2) gesehen.

Für die Annexionen im Westen wird besonders das Bedürfnis geltend gemacht, uns die Verfügung über die belgischen und nord-französischen Kohlen- und Erzgebiete zu sichern.

Die Bedeutung der Eigenproduktion von Kohle und Eisen ist für den Kriegsfall gewiss nicht zu unterschätzen.

In Europa verfügt Deutschland über die umfangreichsten und reichsten Kohlengebiete. Die belgischen wie die nordfranzösischen stehen an Mächtigkeit und Reinheit der Flötze den wichtigsten deutschen Kohlenrevieren — Ruhrrevier, Oberschlesien — weit nach. Der Kohlenförderung Belgiens und Nordfrankreichs von rund 40 Millionen Tonnen steht eine solche von über 180 Millionen Tonnen Steinkohlen und einigen 80 Millionen Tonnen Braunkohlen in Deutschland gegenüber. Seit 1902 ist die belgische Produktion stabil gewesen, bei uns hat sich die Förderung von Steinkohlen um 75 Millionen Tonnen, die von Braunkohlen um nahezu 40 Millionen Tonnen gehoben ; die nordfranzösische ist nur wenig gestiegen. 1913 führten wir nach Frankreich und Belgien 9 Millionen Tonnen Steinkohlen und 3,3 Millionen Tonnen Koks aus. Die ganze Kohlenproduktion Belgiens und Nordfrankreichs macht nicht mehr aus als die Zunahme unserer Steinkohlenförderung in einem Jahrfünft. Dazu kommt, dass die belgische Förderung sofort stark zurückgehen würde, sobald unsere Lebensmittelzölle den belgischen Arbeitern die Nahrung verteuern würden. Der belgische Steinkohlenbergbau lebt eben von den relativ billigen Arbeitslöhnen ; nur mit diesen ist der Abbau der wenig mächtigen Flötze möglich. Belgien ins deutsche Zollgebiet eingliedern, heisst — sofern wir an unserer Schutzzollpolitik festhalten — den belgischen Kohlenbergbau ruinieren, die ohnehin recht unerquicklichen Arbeitsverhältnisse unsagbar verschärfen. Würde man diese Unternehmungen in deutsche Hand überführen, so käme zu dem sozialen Gegensatz noch der internationale. Wir würden uns damit ein Irland schaffen, wie es zur Zeit der fenischen Verschwörungen war.

Die Frage der Kohlenförderung im Kriege und damit auch die Versorgung des neutralen Auslandes mit Kohlen ist eine Frage der Arbeiterbeschaffung, die in einem Lande der allgemeinen Wehrpflicht im Krieg besonders schwierig liegt. Fehlte es uns nicht an den eingezogenen Bergleuten, so würden wir das neutrale Ausland reichlich versorgen können. Daran würde sich nichts Wesentliches ändern, auch wenn wir Belgien und das französische Bassin du Nord annektierten. England, das sonst die Welt mit Kohlen versorgt, vermag jetzt im Krieg — trotzdem verhältnismässig weit weniger Bergarbeiter ins Heer getreten sind — nicht entfernt den Kohlenbedarf seiner Verbündeten, geschweige denn der Neutralen zu decken.

Die Bedeutung von Benzol und Toloul für die Kriegführung soll gewiss nicht verkannt werden ; die relativ geringen Quanten davon aber, die aus den belgischen und nordfranzösischen Kokereien gewonnen werden könnten, lassen sich jedenfalls durch Halten von eisernen Beständen, die in Friedenszeit aufgefüllt werden, weit leichter beschaffen.

Was nun die Eisenversorgung anlangt, so sind die luxemburgischen und lothringischen Minettelagerstätten für die deutsche Eisenindustrie von grösster Bedeutung. Es ist deshalb erwünscht, dass der auf ihnen umgehende Bergbau nicht durch kriegerische Ereignisse gestört werde. Wenn daher ohne Hinausschieben des Friedens die Schleifung der Festung Longwy zu erlangen ist, und Frankreich verpflichtet würde, in diesem Grenzbezirk irgendwelche Befestigungswerke nicht zu errichten, so würde das ein zu billigendes Friedensziel sein. Wegen der einen Eisenerzgrube des Phönix bei Jarny und der noch gar nicht einmal in Angriff genommenen Erzkonzessionen von Landres und Conflans gleiche Ansprüche bezüglich Verduns zu erheben, würde dagegen zu weit gehen.

Wenn in der Eingabe der Verbände ausgeführt wird, dass es sich bei den von den französischen Festungen bedrohten deutschen und luxemburgischen Erzgruben um 20% der deutschen Roheisen-Stahlproduktion handle, so können wir die Richtigkeit dieser Behauptung schon deshalb nicht nachprüfen, weil der Begriff « Roheisen-Stahlproduktion » ein höchst unklarer ist. Die Produktion von Thomas-, Bessemer- und Martin-Roheisen einschliesslich Spiegeleisen macht noch keine 60% des Verbrauchs der Flusseisen- und Flusstahlwerke aus, da diese in erheblichem Mass Alteisen (Schrott) verarbeiten. Die Produktion dieser Werke betrug 1912 bereits über 16 Millionen Tonnen oder monatlich 1 ¼ Millionen Tonnen, würde also, wenn sie jetzt wieder auf 1 Million Tonnen gestiegen ist noch 25% hinter der nor-

malen zurückbleiben. Daran ist aber allein der Arbeitermangel schuld.

Die wichtige Erzeinfuhr aus Schweden kann auch während des Krieges aufrecht erhalten werden. Die belgisch-französische übersteigt unsere Erzausfuhr nach dort nur um 1,3 Millionen Tonnen. Es ist nun kaum zu bezweifeln, dass nach den Erfahrungen, welche die Neutralen in diesem Krieg gemacht haben, sie in Zukunft sich zu gemeinsamer Wahrung ihrer Rechte zusammenschliessen werden. Und mit der Entwicklung des Unterseebootkrieges hat das am meisten auf die Seezufuhr angewiesene England das grösste Interesse an dem Schutz des Privateigentums zur See. Die Gefahr der Verhinderung der Zufuhr von Rohstoffen dürfte damit entsprechend geringer werden. Aber auch wenn diese Hoffnung trügen sollte, besitzen wir in Deutschland so gewaltige Eisenlagerstätten, dass der Heeresbedarf aus ihnen gedeckt werden kann, auch wenn man die unter den Kanonen des Feindes liegenden nicht in Rechnung zieht.

Die Behauptung der Eingabe der Verbände, « der Mangel an Häfen unmittelbar am Kanal würde nach wie vor unsere überseeische Betätigung einschnüren », ist eine inhaltsleere Phrase. Sowohl Antwerpen wie die holländischen Häfen haben sich aus wohlverstandenem eigenen Interesse wie in gesundem Wettbewerb mit einander der Pflege des deutschen Ueberseeverkehrs in regster Weise angenommen. Um völlig sicher zu gehen, könnten im Friedensvertrag Bestimmungen über die Freihafeneigenschaft Antwerpens, über die Freiheit der Wasserstrassen sowie über niedrige Durchfuhrtarife, Verbot Transitzöllen usw. aufgenommen werden.

Die Rückwirkung der Annexion Belgiens auf das Gedeihen unserer deutschen Häfen, besonders Hamburgs und Bremens, bedarf der sorgsamsten Prüfung. In keinem Falle dürfen diese Zentren deutschen Handels, die in reindeutschen Landesteilen liegen, im geringsten beeinträchtigt werden.

Die Forderung, « Belgien müsse zollpolitisch, sowie hinsichtlich des Münz-, Bank- und Postwesens der deutschen Reichsgesetzgebung unterstellt, Eisenbahnen und Wasserstrassen müssten unserem Verkehrswesen eingegliedert werden », ist nur eine Umschreibung der Forderung einer Annexion ; vielleicht wird diese nur deshalb nicht erhoben, weil man den Annektierten auf die Dauer unmöglich die politischen Rechte versagen kann. Schon die zollpolitische Angliederung setzt dies aber voraus. Man kann unmöglich ein wirtschaftlich hoch entwickeltes Volk von 7 ½ Millionen Einwohnern zum blossen Objekt der Gesetzgebung machen, ohne es dauernd aufs Tiefste zu erbittern. Bei uns hat im übrigen weder Industrie noch Landwirtschaft ein besonderes Interesse

an der zollpolitischen Angliederung ; erstere nicht, weil dann die belgischen Industrieerzeugnisse den Deutschen im eigenen Land zollfrei regen Wettbewerb machen würden ; höchstens die kartellierte Schwerindustrie würde ihre Kartellbestrebungen dadurch erleichert sehen. Das ist aber kein deutsches, sondern lediglich ein grosskapitalistisches Interesse, für das den Krieg auch nur um einen Tag zu verlängern ein unentschuldbares Verbrechen wäre.

Lebensmittel lässt Belgien zollfrei oder zu so niedrigen Zollsätzen ein, dass unsere Landwirtschaft bei Einverleibung ins deutsche Zollgebiet keine Vorteile haben würde. In Zucker ist Belgien schliesslich selbst Exportland. Es genügt daher die Bindung der Meistbegünstigung.

Was uns die Unterstellung des belgischen Münz-, Bank- und Postwesens unter die deutsche Reichsgesetzgebung nutzen soll, ist unerfindlich. Unserer Reichsbank würden kaum zu lösende Aufgaben damit gestellt werden. Und das Einheitsporto im Verkehr mit Belgien durch den Friedensvertrag festgelegt, würde allen billigen Anforderungen genügen.

Die Eingliederung der belgischen Eisenbahnen und Wasserstrassen in das deutsche Verkehrswesen würde zur Voraussetzung haben, dass Verkehrswege bei uns im Besitz des Reichs und nicht der Einzelstaaten wären. Alle praktischen Wünsche, welche die deutschen Verkehrsinteressenten bezüglich der belgischen Verkehrswege haben, lassen sich schliesslich sehr wohl durch Bestimmungen im Friedensvertrag erfüllen, ohne Belgiens Selbständigkeit anzutasten.

2. *Maritime und militärische Wirkungen einer Annexion Belgiens und französischer Grenzlande.*

Es hat zunächst den Anschein. als ob die Bedeutung Deutschlands als Seemacht und seine Stellung in einem etwaigen neuen Konflikt mit England durch die Verfügung über die belgischen und französischen Häfen am Kanal — nach der Eingabe der sechs Verbände von Antwerpen über Boulogne hinaus bis zur Sommemündung — ganz gewaltig gestärkt werden müssten.

Dieser Anschein hält der Kritik nicht Stand.

Antwerpen scheidet für diese Betrachtung gleich wieder aus. Militärisch ist es für unsere Flotte wertlos, da Holland die Scheldemündung beherrscht und auch künftig beherrschen wird.

Für das Kräfteverhältnis zur See im allgemeinen ist die Gewinnung der Kanalhäfen nicht entscheidend. Die Frage, ob im Falle eines

Krieges Deutschland mit seinem Handel die See behaupten und seine Handelsschiffe ungestört fahren lassen kann, hängt, solange das jetzige Seekriegsrecht besteht, von der relativen Stärke seiner Hochseeflotte ab. Verfügt unser Gegner über eine Uebermacht von Schlachtschiffen und besonders über eine überwältigende Zahl schneller starker Kreuzer, so wird er trotz Unterseebooten für seine Handelsflotte die offene See und die grossen Strassen des Weltverkehrs beherrschen. Unsere Handelsflotte aber wird festgelegt sein, einerlei, ob die Kanalhäfen in unserer Hand sind oder nicht.

Dass England alles daran setzen wird und alles daran setzen muss, diese Ueberlegenheit zu behaupten, liegt auf der Hand. Es wäre sonst bei seiner insularen Lage und bei seiner Unfähigkeit, seine Bevölkerung aus der heimischen Produktion zu ernähren, vollständig in die Hand seiner Gegner gegeben. Der Versuch, England durch weitere Vermehrung unserer Panzer- und Kreuzerflotte auf offener See den Rang abzulaufen, könnte nur zu einem alle Kräfte verzehrenden und doch aussichtslosen wahnsinnigen Wettlauf führen. Für unsere Unterseeboote ist es bei deren jetzt schon erreichten Aktionsradius auch nicht von wesentlicher Bedeutung, ob sie ihren Stützpunkt in den jetzigen deutschen Häfen oder in den Kanalhäfen haben.

Auch für eine Verteidigung unserer heimischen Küsten brauchen wir die Kanalhäfen nicht. Das hat ja dieser Krieg gezeigt. Die so stark überlegene Flotte unserer Gegner hat noch keinen Angriff auf unsere Küsten wagen können. Es wiederholt sich übrigens nur, was wir schon im Jahre 1870 erlebt haben, obschon damals die französische Seemacht der preussischen in noch viel höherem Grade überlegen war. Woran das liegt, braucht hier nicht erörtert zu werden. Die günstigen Bedingungen, die für unsere deutsche Küste bestehen, gelten nicht in dem gleichen Masse für die Kanalhäfen. Ostende und Seebrügge, Dünkirchen, Calais und Boulogne sind Angriffen ausgesetzt, von denen Wilhelmshafen und Kiel, ebenso wie unsere Handelshäfen Emden, Bremerhaven, Geestemünde und Bremen, Cuxhaven und Hamburg, Lübeck, Stettin, Danzig, Königsberg und Memel in diesem Kriege nichts zu fürchten haben.

Wir würden deshalb aller Voraussicht nach unsere Küsten, wenn wir Belgien und die französische Kanalküste einverleiben, nicht besser geschützt, sondern verwundbarer gemacht haben.

Also weder für den Schutz unseres Handels noch für den Schutz unserer heimischen Küsten würde mit der Annexion der Kanalhäfen etwas gewonnen werden. Was die Verteidigung anlangt, würden sie uns statt stärker eher schwächer machen.

Von wesentlicher Bedeutung sind diese Häfen nur für die Offensive, und zwar für die Offensive gegen einen bestimmten Feind, als eine Bedrohung Englands, als Stützpunkt für eine Invasion über den Kanal hinüber.

Da diese Bestimmung der Annexionen so offen zu Tage liegt, müssten sie selbstverständlich die entsprechende Gegenmassregel zur Folge haben. Diese Gegenmassregel zur Abwehr einer vom deutschen Calais aus drohenden Invasion wäre unausbleiblich die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England, und zwar, angesichts der Stärke der Gefahr, bis in die letzten Konsequenzen hinein. Ohne solche Bedrohung vor Augen, würde wahrscheinlich nach Beendigung des Krieges der Widerwille gegen die allgemeine Wehrpflicht in England stark genug sein, um die auf ihre dauernde Einführung gerichteten Pläne scheitern zu lassen. Die Annexion der Kanalhäfen würde also sicher zur Folge haben, dass wir bei einem künftigen Konflikt ein England zum Gegner hätten, das uns ausser seiner Flotte eine vollkommen auf territorialem Fuss organisierte Armee entgegenstellen könnte.

Ob die Vorteile, die heute der Besitz von Calais im Kampfe gegen England bieten würde, nicht zukünftig verloren gehen würden, wenn England, was doch nur eine Frage kurzer Zeit ist, über gleich weit tragende Geschütze, wie wir verfügt, so dass Dover und Calais sich gegenseitig beschiessen können — das mögen Sachverständige entscheiden.

Nicht zweifelhaft ist dagegen, dass der Besitz der Kanalhäfen eine gewaltige Steigerung unseres Flottenetats mit sich bringen müsste. Neue Kriegshäfen, die nicht so geschützt wie Wilhelmshaven und Kiel liegen, müssten ausgebaut, neue Flottenstationen besetzt und unterhalten werden. Neue Ausgaben bedeuten neue Steuren.

Das Ergebnis der Rechnung ist also, wenn man näher hinsieht, nicht sehr verlockend.

Und noch etwas anderes ist zu beachten. Mit der Annexion der Kanalhäfen, die nur unter dem Gesichtspunkt einer gegen England geplanten Offensive Sinn hat, denunzieren wir uns selbst bei allen neutralen Mächten solcher Offensivabsichten. Damit treiben wir England Verbündete von allen Seiten zu.

Dass es für England ein unerträglicher Zustand wäre, die belgischen und französischen Häfen am Kanal in deutscher Hand zu sehen, und dass dadurch England von uns geradezu genötigt würde, einen Revanchekrieg vorzubereiten, für den es sich nach Bundesgenossen umsehen müsste, liegt auf der Hand.

Das wesentlichste Interesse, das wir zur See haben, besteht darin, unseren Handel und den Handel der Neutralen gegen die heute von

England geübte Seeherrschaft sicherzustellen. Unsere Forderung muss deshalb sein : Abschaffung des Seebeuterechts.

Das ist eine alte, nicht nur deutsche, vielmehr internationale Forderung, die bisher immer nur am Widerstand Englands gescheitert ist. Erst in der allerletzten Zeit schien eine Wendung in der Haltung Englands sich vorzubereiten. Da aber die erste Frucht der neuen Entwicklung, die Londoner Seerechtsdeklaration, infolge des Widerstandes, den das englische Oberhaus leistete, wiederum nicht bis zur Reife gediehen ist, befand sich bei Ausbruch dieses Krieges das Seekriegsrecht in einer so schlechten Verfassung, dass England, ohne Verletzung eines klaren geschriebenen Rechtssatzes, für Durchführung seines Aushungerungsplanes gegen Deutschland freie Hand hatte und die Neutralen tyrannisieren konnte.

Zwingt der Friedensvertrag England zur Aufgabe des Seebeuterechts (wozu umsomehr Aussischt vorhanden ist, da England alle Veranlassung hat, die Kehrseite der Medaille ernster Aufmerksamkeit zu würdigen) und wird dann das neue Recht unter die Garantie eines alle Mächte umfassenden internationalen Vertrages gestellt, so haben wir weit mehr gewonnen, als durch Annexion aller Kanalhäfen. Die Neutralen werden sich dann im Falle eines Krieges nicht mehr bieten lassen, was sie jetzt glaubten hinnehmen zu müssen.

Frankreich soll nach der Petition durch die Abtretung der Häfen Dünkirchen, Calais und Boulogne und des Festungsgürtels von Verdun bis Belfort — übrigens sämtlich Plätze, die heute noch in Feindeshand sind und erst erobert werden müssten ! — maritim und militärisch geschwächt, unsere Stellung ihm gegenüber entsprechend gestärkt werden.

Gewiss würden diese Annexionen eine grosse Verschiebung in der militärischen Situation, in dem Aufmarsch der beiderseitigen Streitkräfte bedeuten. Allerdings nicht ganz in dem Masse, wie man nach einem Blick auf die heutige Karte versucht sein wird anzunehmen ; denn Frankreich würde an der neuen Grenze neue Befestigungswerke errichten. Ihm das dauernd zu verwehren, wenn man ihm seine alten Festungen nimmt und deren Front gegen die alte Heimat wendet, ist unmöglich. Das hiesse eine Schreckensherrschaft Deutschlands über die ganze Welt voraussetzen.

Anders steht es mit kleineren Grenzberichtigungen an der deutsch-französischen Grenze, besonders in den Vogesen, die militärisch für unsere Verteidigung ins Gewicht fallen können, ohne uns mit einer feindselig gesinnten Bevölkerung zu belasten und ohne Frankreich zum Revanchekrieg zu zwingen. Es muss möglich sein, einen erheb-

lichen Teil der gesuchten militärischen Vorteile ohne Annexionen, indem man sich im Friedensvertrag über Schleifung wenigstens eines Teiles aller Grenzbefestigungen verständigt.

3. *Politische Wirkungen.*

Dass wir in annektierten französischen Gebieten mit einer Bevölkerung rechnen müssten, die uns tödlich hasst, ist klar. Gerade in einem Teil der französischen Grenzdistrikte war der deutschfeindliche Nationalismus schon in Friedenszeiten besonders stark vertreten. Mit allen Mitteln würde man dort die Eingewöhnung in die deutsche Herrschaft bekämpfen, und auf viele Menschenalter hinaus wäre nicht darauf zu rechnen, dass ein auch nur halbwegs erträgliches Verhältnis sich herstellen liesse.

In Belgien steht es mit der Bevölkerung genau so wie in Frankreich. Sie würde von tiefem Hass gegen Deutschland beseelt sein, der deutschen Verwaltung jede mögliche Schwierigkeit bereiten und sich aus Landesverrat ein Verdienst machen.

In Deutschland trifft man häufig auf die Meinung, wir würden bei den Vlamen in Belgien Sympathien finden und wir könnten uns auf sie gegen die Wallonen stützen.

Das ist eine gefährliche Selbsttäuschung. Zwar kämpfen seit Jahren die Vlamen in Belgien um die Anerkennung ihrer nationalen Rechte. Sie hätten auch manchmal gern etwas Rückhalt für ihre kulturellen Bestrebungen in Deutschland gefunden. Sie haben damit nicht viel Glück bei uns gehabt. Jetzt im Kriege ist das wenige, was an Gemeinschaft bestand, fast bei allen einer grenzenlosen Erbitterung über unseren Einmarsch und die Verwüstung des Landes gewichen.

Das Entscheidende aber ist, dass, wie die Franzosen, so auch die Belgier durch Lebensanschauung und politische Ueberlieferung zu den Mächten, die das öffentliche Leben in Deutschland beherrschen. im schroffen Gegensatz stehen. Auf der Grundlage einer Vergangenheit, die von jahrhundertelangen Kämpfen selbstbewusster Bürgerschaften gegen Fürstengewalt zu erzählen weiss, unter den Einwirkungen der französischen Revolution und französischer Gesetzgebung, unter Herrschaft einer liberalen Verfassung und demokratischer Gesetze, hat sich das ganze Volk in eine durch und durch demokratische Denkweise eingelebt — unbeschadet des grossen Einflusses der katholischen Kirche und der klerikalen Partei. Mit den demokratischen Ueberlieferungen des Landes würde die deutsche Verwaltung in unaufhörliche schwerste Konflikte kommen. Deutsche Ordnung, Einordnung und Unterord-

nung erscheint dem Belgier wie dem Franzosen vielfach als unerträgliche Tyrannei. Unsere Bürokratie kann gewiss vieles vortreffliches leisten — aber eines sicher nicht : Sympathien im fremden Lande erwerben. In gewissen Distrikten ist ein Teil der Bevölkerung nicht nur freiheitsliebend, sondern unbotmässig und zu Gewalttaten geneigt. Die unausbleiblichen Konflikte, die durch den Mangel gegenseitigen Verständnisses verschärft werden müssten, würden natürlich politisch ausgenützt werden.

Was das Verhältnis zur Bevölkerung anlangt, so sind die Annexionen im Westen viel gefährlicher und unheilvoller als jene im Osten. Im Osten würde dem Reiche eine Bevölkerung untertan werden, die an Fremdherrschaft und noch dazu an russisches Willkürregiment gewöhnt ist. Im Westen aber würde sich die Bevölkerung, gewöhnt an Freiheit, Selbstregierung und demokratische Einrichtungen, mit furchtbarer Erbitterung gegen die Fremdherrschaft als solche und zugleich gegen die Anforderungen deutschen Verwaltungszwanges auflehnen.

Wenn Deutschland Belgien annektiert, so wird es sich für absehbare Zeit fast die ganze Welt, auch Staaten, die heute noch neutral und uns verhältnismässig wohl gesinnt sind, zum Feinde machen.

Wir sprechen das mit voller Sicherheit aus, da Mitglieder unseres Bundes im neutralen Ausland die Wirkung der belgischen Frage auf die Gesinnung der Neutralen haben beobachten können.

Die Reichsregierung wird bestimmt auch von den diplomatischen Vertretern des Deutschen Reiches in diesem Sinne unterrichtet sein.

Sollte das an irgend einer Stelle nicht der Fall sein, so kann es dafür nur die eine Erklärung geben, die auch für das etwa abweichende Urteil mancher Privatpersonen, die während des Krieges im Ausland waren, gelten wird : Die betreffenden Persönlichkeiten hatten nicht Gelegenheit, mit neutralen Ausländern, die sich zu ihnen ganz rückhaltlos ausgesprochen hätten, zu verkehren. Es gehört eben ein gewisses Vertrauensverhältnis dazu, um manche Wahrheit zu vernehmen.

Unsere Erfahrungen sagen uns ohne jede Einschränkung, dass die Verletzung der belgischen Neutralität fast überall einen für die Gesinnungen der Neutralen geradezu katastrophalen, tief beklagenswerten Eindruck gemacht hat, dass dieser Eindruck trotz der 10 Monate, die seitdem verstrichen sind, noch nicht verwischt ist, dass er im Gegenteil bei vielen eine sehr bedauernswerte Verstärkung erfahren hat.

Dieser Eindruck würde aber unendlich vertieft und für einen langen Zeitraum lebendig gehalten werden, wenn Deutschland im Friedensvertrag die Annexion Belgiens durchsetzen sollte.

Durch die Annexion Belgiens würde sich am unmittelbarsten Hol-

land schwer bedroht fühlen. Die holländische Regierung hat sich bisher streng neutral gehalten ; auch die Bevölkerung sucht, besonders in den gebildeten Klassen, aber auch in der organisierten Arbeiterschaft, die Pflichten der Neutralität in Worten und Handlungen zu beobachten. Das darf nicht darüber täuschen, dass die Stimmung im allgemeinen uns nicht günstig ist und unter den Eindrücken der Schicksale Belgiens und des Unterseeboot-Krieges sich noch verschlechtert hat. Die Annexion Belgiens würde diese Stimmung zu einer feindseligen machen, nicht weil die Holländer von Hause aus besondere Sympathien für Belgien hätten (eher im Gegenteil), aber weil das Schicksal Belgiens im ganzen Lande als ein Menetekel für Holland aufgefasst werden würde.

Eine ähnliche Wirkung wie in Holland würde eine Annexion Belgiens in der Schweiz haben, gemildert allerdings durch die ausgesprochen deutschfreundliche Gesinnung vieler Deutschschweizer, aber andererseits auch verschärft durch die ausgesprochen feindselige Gesinnung der Welschschweizer. Trotz ihrer Sympathien mit Deutschland empfinden aber auch die allermeisten Deutschschweizer das Schicksal Belgiens als etwas, was sie und ihre schweizerische Neutralität unmittelbar berührt. Für unseren Einmarsch in Belgien lassen sie immerhin, wenn sie unseren « Notstand » anerkennen und wenn sie mit uns um das Schicksal Deutschlands gebangt haben, mildernde Umstände gelten. Für eine Annexion Belgiens nach erfochtenem Siege würden diese in dem Urteil auch der Deutschschweizer fortfallen.

Die Wirkung, die in den nächstbeteiligten Staaten Holland und der Schweiz eintreten müsste, würde übergreifen auf die skandinavischen Länder. In Dänemark und in Norwegen haben wir bei aller Neutralität mit einer starken für uns unfreundlichen oder für England freundlichen Unterströmung zu rechnen. Durch eine Annexion Belgiens würde sie zu einer direkt feindseligen werden. In Schweden liegen die Dinge günstiger dank dem natürlichen Gegensatz zu Russland ; aber abgesehen von ganz wenigen erklärten Deutschfreunden in ganz ausgesprochen konservativen und militaristischen Kreisen, die mit Deutschland durch dick und dünn gehen, wird kein Schwede die Annexion Belgiens billigen. Die meisten würden sich vielmehr über sie entrüsten und gleich Holländern und Schweizern, gleich Dänen und Norwegern in ihr ein Zeichen dafür sehen, dass die Unabhängigkeit der kleinen Staaten, die Freiheit Europas durch deutsche Eroberungspolitik bedroht ist. Bisher durften wir diesen Gedanken, mit dem unsere Feinde Deutschland in der ganzen Welt verdächtigen, guten Gewissens zurückweisen. Der Kaiser hat es noch bei Beginn des Krieges in seiner Thron-

rede getan. Daran wollen wir festhalten. Annektieren wir Belgien, wird das Vertrauen verloren sein.

In der einzigen zurzeit neutralen Grossmacht, den Vereinigten Staaten, spielt die belgische Frage für das Volksempfinden eine ganz ähnliche Rolle wie in Europa.

Mitglieder unseres Bundes wissen aus persönlichen Eindrücken, wie stark die Wirkung der Neutralitätsverletzung auf die grosse Mehrzahl der Amerikaner, auch auf deutschfreundliche — allerdings, wie überall, mit Ausnahmen — gewesen ist. Die Berufung auf den « Notstand » Amerikanern verständlich zu machen, ist besonders schwierig. Die Stimmung in den Vereinigten Staaten ist seitdem schlechter und schlechter geworden. Sie steht bekanntlich, trotz der Gegenbemühungen der Deutsch-Amerikaner und der Irländer, ganz überwiegend unter der Einwirkung der englischen Agitation und der grossen anglo-amerikanischen Presse.

Die Annexion Belgiens würde in allen Ländern als Vergewaltigung eines freien, an seinem traurigen Schicksal vollkommen unschuldigen, misshandelten Volkes aufgefasst werden, und müsste überall, wo die Bevölkerung schon so stark gegen uns eingenommen ist, eine furchtbare, langdauernde Wirkung haben.

Gewiss kann Entrüstung nicht viele Jahre gleich lebendig bleiben. Die Annexion aber würde einen dauernden Zustand schaffen, aus dem sich, wie ausgeführt, fortwährend neue Konflikte ergeben müssten. Die Bevölkerung in den annektierten Ländern und unsere Feinde ausserhalb derselben würden schon dafür sorgen, dass die Welt immer aufs neue mit Klagen und Entrüstung erfüllt würde, bis zu dem Tage des Vergeltungskrieges, den wir dann gegen eine neue mächtige Koalition und inmitten einer Welt voll Feinden zu führen hätten.

V. Zusammenfassung.

Fassen wir alles zusammen, so erscheinen die Annexionsforderungen, die in der Eingabe der sechs wirtschaftlichen Verbände gestellt hinauslaufen, mehr als 16 Millionen, dem Deutschtum feindlich gesinnter, unser Staatswesen hassender Menschen dem Deutschen Reiche zu unterwerfen, schon an und für sich mit dem wahren Interesse des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes vollkommen *unvereinbar*. Ihre Verwirklichung würde uns nicht stärker, sondern *schwächer* machen.

Die Verwirklichung von Annexionsplänen, wie sie die Petition verlangt, würde mit unbedingter Sicherheit bedeuten, dass die Koalition,

gegen die wir jetzt den Krieg führen, über jeden Friedensschluss hinaus fest zusammenhalten wird, während sich sonst Elemente des Zerfalls geltend machen müssten. Sie würde mit eben solcher Sicherheit einen neuen, noch viel furchtbareren Krieg hervorrufen.

Mit dem Verlangen, dass der zu schliessende *Frieden möglichst* die *Bedingungen* der *Dauer* in sich tragen muss, einem Verlangen, das von allen Seiten geäussert wird, sind *solche Annexionspläne vollkommen unvereinbar.*

Dann aber ist es unverantwortlich, solche Annexionspläne zu vertreten und im deutschen Volke Stimmung für sie zu machen.

Und unter politisch zurechnungsfähigen Menschen kann kein Zweifel darüber bestehen : dass, wenn solche Annexionsforderungen zu Bedingungen eines Friedensschlusses gemacht werden, *sie eine Beendigung des Krieges für absehbare Zeit vollkommen unmöglich machen.*

Dass England einen Frieden, der die geforderten Annexionen in sich begreift, nicht eingehen wird, ohne vollkommen niedergeworfen zu sein, liegt auf der Hand. Mit welchen Mitteln und binnen welcher Zeit die stärksten Optimisten glauben, England so niederzwingen zu können, entzieht sich unserer Kenntnis. In England ist jedermann, auch im Kreise derer, die für möglichst baldigen Friedensschluss eintreten, überzeugt, dass England mindestens solange wie Deutschland durchhalten kann, und dass es einen Frieden, der nicht die Unabhängigkeit Belgiens sichert, niemals abschliessen darf. In Deutschland haben wir noch niemanden, der ernst zu nehmen wäre, getroffen, der nicht für die völlige Niederzwingung Englands mit einem unabsehbaren Zeitraum rechnet — es sei denn, dass ein Wunder eintritt.

Es wird also voraussichtlich der Friede eines Tages geschlossen werden müssen, ohne dass ein Sieger den Besiegten die Bedingungen einfach diktieren könnte. Irgend eine Art von Verständigung unter Berücksichtigung der Kriegslage — hoffentlich einer, wie heute, uns günstigen Kriegslage — wird erfolgen müssen.

Lehnen wir aber jeden Gedanken an eine solche Verständigung ab und bleiben dabei stehen, dass Annexionsforderungen erfüllt werden müssen, die für absehbare Zeit jeden Friedensschluss unmöglich machen, so tun wir unser möglichstes, um unseren Gegnern die *Neutralen* zuzutreiben, zunächst deren Sympathien, dann vielleicht ihre Armeen. Und unausgesetzt werden inzwischen Milliarden von Volksvermögen und Hunderttausende von kostbaren Menschenleben sinn- und nutzlos geopfert werden.

Auch die *materiellen Opfer* dürfen nicht leicht genommen werden. Jetzt, während des Krieges, kommt deren schwindelnde Höhe dem

Volke nicht zum Bewusstsein. Die Milliarden-Anleihen werden aufgebracht und deren Zinsen aus den Anleihen selbst bezahlt. Eines Tages aber muss man daran gehen, für Deckung der Zinsen und für Rückzahlung zu sorgen. *Jene 20 Milliarden Reichsschulden bedeuten nach dem Zinsfuss der Kriegsanleihen einen jährlichen Zinsbedarf von 1 Milliarde, wobei für Tilgung noch kein Pfennig gerechnet ist — bedeuten 1 Milliarde jährlich an neuen Steuern* ! Dazu werden ungeheure Summen kommen, die Jahrzehnte lang notwendig sein werden, um die Ehrenschuld des Reiches gegenüber den Invaliden und den Hinterbliebenen der Gefallenen einzulösen. Die Versorgung aus öffentlichen Mitteln muss dieses mal in anständiger Weise erfolgen. Als ein Skandal wird es von Vaterlandsfreunden empfunden, dass in öffentlichen Aufrufen schon heute gesagt wird, die Bedürfnisse für die Versorgung der Kriegsopfer seien so gross, dass Reich, Einzelstaaten und Gemeinden ihnen nicht würden genügen können. Je länger der Krieg dauert, um so höher wächst, gleich den Kriegskosten, diese Riesenlast !

Wer durch die Forderung von nicht zu erreichenden Annexionen den Krieg verlängern hilft, lässt unsere Soldaten Tag für Tag für das Ziel erhöhten Steuerdruckes kämpfen.

Zu den ungeheuren öffentlichen finanziellen Lasten, die unmittelbar im Reichshaushalt sichtbar werden, sind hinzuzurechnen die unübersehbaren Zerstörungen im privaten Wirtschaftsleben.

Und all das mag man noch für nichts rechnen gegenüber den entsetzlichen Menschenopfern, die wohl dem Vaterlande, aber doch nicht einem sinnlos gesteckten, sicherlich niemals erreichbaren, unheilvollen « Kriegsziel » gebracht werden dürfen.

Die ins Ungewisse zielende Fortführung des Krieges ist nichts als eine wahnsinnige Selbstzerfleischung Europas. Was soll aus unserem alten Erdteil werden ? Eine Beute der gelben Rasse ?

Will die Reichsregierung dafür die Verantwortung nicht tragen, dann muss sie dem Unfug derer, die mit dem Schicksal des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes va banque spielen, durch eine offene Erklärung ein Ende machen.

Darin darf sie sich nicht beirren lassen durch ein Argument, das im Volke vielfach zu hören ist und auch in der Eingabe der sechs wirtschaftlichen Verbände wiederkehrt : die grossen Blutopfer dürften nicht umsonst gebracht sein.

Die meisten reden diese eindrucksvoll klingende *Phrase* wohl gedankenlos den anderen nach und würden in grosse Verlegenheit kommen, wenn sie sagen sollten, wie denn Annexion ein Lohn sein könne für die Hingebung der Gefallenen.

Wir wollen nicht Gewicht darauf legen, dass diese Begründung in allen am Krieg beteiligten Ländern für die Forderung von Annexionen als notwendigen Lohn der Blutopfer vorgebracht werden könnte, da man in allen Ländern mit dem gleichen Glauben an die Gerechtigkeit der eigenen Sache kämpft.

Kümmern wir uns nicht um die anderen, die nach ebenso furchtbaren Opfern wie den unseren vielleicht knirschend beim Frieden die Folgen von Niederlagen tragen müssen. Kümmern wir uns auch nicht weiter darum, dass die Friedensbedingungen notwendig das Fazit aus der militärischen Lage unter Berücksichtigung der bei Fortsetzung des Krieges sich ergebenden Verlust- und Gewinnaussichten ziehen müssen. Denken wir nur an uns selbst als Sieger, die den Frieden nach ihrem Gefallen gestalten können. Was sind wir den Gefallenen und Verwundeten, allen denen, die Opfer gebracht und gelitten haben, allen, die für ein zerstörtes Lebensglück Anklage erheben können, schuldig ?

Wir müssen dafür zu sorgen suchen, nach besten Kräften und nach bestem Wissen, dass der Friede unserem Volk eine glücklichere Zukunft bringe und dass kommende Geschlechter nicht wieder das Entsetzen des Krieges zu kosten bekommen.

Helfen dazu Annexionen ?

Die *Gewinnenden* wären *lediglich* jene mächtigen *Interessentenkreise*, die durch die Annexionen im Osten das Werk der inneren Kolonisation glücklich von Altdeutschland auf die annektierten Gebiete abgelenkt hätten oder die durch die Annexionen im Westen dem Ziele einer unbedingten Beherrschung des Marktes durch die kartellierte deutsche Schwerindustrie näher gekommen wären. *Sollen*, wenn ein ehrenvoller, Deutschlands Zukunft sichernder Friede zu erreichen wäre, *deutsche Soldaten weiter bluten, nur damit die Latifundien im Osten nicht deutschen Bauerndörfern Platz zu machen brauchen und damit die Aktien grossindustrieller Unternehmungen im Westen noch höhere Dividenden geben und im Kurs steigen ?* Darauf laufen ja doch die Annexionsforderungen praktisch hinaus.

Annektieren um der Annexionen willen, weil damit die Grenzen des Reiches erweitert, seine Bevölkerungszahl vermehrt wird ? Um einer Art von Machtrausches willen, um sich damit brüsten zu können, dass unser Vaterland fortan 670 000 statt 540 000 qkm umfasst und in ihm 83 statt 67 Millionen Menschen wohnen ?

Sieht so das Glück aus, für das es zu sterben lohnt ? Wäre das die Blutopfer wert ?

Die Befriedigung des Machtgefühls wäre erkauft durch Aussicht auf ein neues schweres Unheil und auf neue Blutopfer.

Die breiten Schichten des Volkes, die unter den furchtbaren Opfern des Krieges zu leiden haben, verlangen einen Frieden, der nicht kleinen Interessentenkreisen auf Kosten des Ganzen Vorteile bringt.

VI. Ein positives deutsches Friedensprogramm.

So unentschieden heute auch die militärische Lage ist, kann man sehr wohl dem unsinnigen, mehr als unsinnigen Annexionsprogramm, das hier besprochen wurde, die Grundzüge eines positiven Friedensprogramms entgegenstellen, das die deutschen Interessen für die Zukunft, soweit das im Bereich der Möglichkeit liegt, sichert und auch Aussichten auf Verwirklichung bietet, sobald die Gegner Deutschlands sich überzeugt haben werden, dass auf eine wesentliche Aenderung der Kriegslage zu ihren Gunsten, selbst nach dem Eintreten Italiens, wie wir hoffen, nicht zu rechnen ist.

Der frühere Staatssekretär, Herr Dernburg, hat kürzlich in einer Rede, die er in den Vereinigten Staaten gehalten, ein solches Programm — wenigstens in den Grundzügen, entwickelt. Es läuft hinaus auf die beiden Forderungen : « Offene Tür » und « Freiheit der Meere. » Wir brauchen nicht näher auszuführen, von welcher ausserordentlichen Bedeutung die Erfüllung dieser beiden Forderungen für Deutschland wäre und wie es sich damit zugleich zum Vertreter allgemeiner Interressen machen würde.

Die « Offene Tür » würde der Betätigung unserer wirtschaftlichen Kräfte in der ganzen weiten Welt freien Spielraum sichern und den Anlass zu gefährlichen Gegnerschaften beseitigen. Der Wettkampf auf kolonialem Gebiete würde wohl nicht ganz gegenstandslos werden, aber doch viel von seiner Schärfe verlieren.

Die « Freiheit der Meere » würde mit der Beseitigung des Seebeuterechts uns den freien Verkehr für alle unsere Wirtschaftsbeziehungen mit den eigenen Kolonien wie mit fremden Ländern auch in Kriegszeiten sichern und der Meeres-Tyrannei Englands ein Ende machen.

Im offenen Kampfe für diese beiden Kriegsziele würden wir Sympathien gewinnen. Auch Sympathien haben reale Bedeutung. Dass wir sie jetzt noch während des Krieges und erst recht künftig, sowohl im Frieden wie für etwaige künftige Konflikte sehr gut brauchen können, werden auch die Vertreter der wirtschaftlichen Verbände nicht bestreiten.

Man wird fragen, wie weit für die dauernde Erfüllung dieses Programms « Offene Tür und Freiheit der Meere » reale Garantien gegeben

werden können. Solche sind denkbar. Immerhin leugnen wir nicht, dass die Gewähr für die « Offene Tür » und die « Freiheit der Meere » in der Hauptsache durch vertragsmässige Sicherheiten gegeben werden muss. Aber wir müssen uns ausdrücklich gegen die Auffassung der Petition der wirtschaftlichen Verbände wenden, als ob Verträge einfach wertlos seien. Man höhnt jetzt gern über den « Bankerott des Völkerrechts ». Gewiss sind Fälle zu verzeichnen, in denen das geltende Recht missachtet, noch mehr solche, in denen es missbraucht wird. Aber die Fälle, in denen internationale Verträge wirklich gebrochen werden, sind doch zum Glück gegenüber der Unzahl von selbstverständlichen Fällen, in denen die Vertragsteilnehmer sie beachten, selbst jetzt während des Krieges, nur selten. Die Beschuldigungen, die in der Presse aller kriegführenden Länder fast Tag für Tag erhoben werden, als ob fortwährend absichtliche und offensichtliche Verletzungen des Völkerrechts begangen würden, sind nicht ernst zu nehmen und beweisen meistens nur, dass die Verfasser solcher Mitteilungen weder ein kritisches Urteil gegenüber allerhand zweifelhaften Geschichten besitzen, noch sich bisher mit den Bestimmungen des Völkerrechts näher abgegeben haben. Selbst Englands Aushungerungskrieg, der zu den Repressalien unseres Unterseebootkrieges geführt hat, beweist nicht so sehr die Wertlosigkeit von Verträgen als vielmehr das Fehlen genügender Verträge und den elenden Zustand des geltenden Seekriegsrechtes, beweist nicht die Unwirksamkeit, sondern die beklagenswerte Unvollkommenheit der bisherigen völkerrechtlichen Satzungen.

Ein wesentlicher Teil der künftigen Friedenssicherung ist gerade in der Weiterbildung des internationalen Rechtes, zu dem sich nach der furchtbaren Erschütterung dieses Krieges die Völker flüchten werden und in einem System internationaler Verträge zu suchen. Dass Deutschland dabei fördernd mitarbeitet, ist unsere Hoffnung. Es hat angesichts seiner Haltung auf den beiden Haager Konferenzen viel nachzuholen und wieder gutzumachen. Auf der zweiten Haager Friedenskonferenz hat die Reichsregierung selbst erklären lassen, dass sie sich in ihrem Widerstand gegen das wichtigste Projekt der ersten Konferenz, das fakultative Schiedsgericht, geirrt habe. Gleichzeitig hat sie aber 1907 im Haag gegenüber weiteren Fortschritten der Schiedsgerichtsbarkeit eine Haltung eingenommen, die von den deutschen Völkerrechtslehrern ohne Unterschied der politischen Richtung, ausnahmslos scharf verurteilt worden ist. So ist die allgemeine Meinung im Auslande entstanden, die deutsche Reichsregierung sei der Vater aller Hindernisse für die Fortbildung der internationalen Rechtsordnung.

Daneben aber können und müssen wir reelle Garantien für die

Sicherung unserer Machtstellung gewinnen, indem wir, wenn der Friedensschluss bei Fortdauer der heutigen militärischen Lage erfolgt, die heute von unseren Truppen besetzten Gebiete als Pfand- oder Kompensationsobjekte ausnutzen.

Es liegt am nächsten an koloniale Erwerbungen, militärische Grenzsicherungen und Kriegsentschädigungen, vielleicht auch an Flottenstützpunkte und Kohlenstationen, zu denken. Zugeständnisse auf diesen Gebieten sind sicherlich zu erreichen, wenn unsere Gegner sich erst überzeugt haben, dass sie die gegenwärtige militärische Lage als massgebend für Friedensverhandlungen anerkennen müssen.

Es ist ein gedankenloses, ja leichtfertiges Spiel mit den Lebensinteressen des deutschen Volkes und mit unzähligen kostbaren Menschenleben, wenn die Eingabe der sechs wirtschaftlichen Verbände die Anknüpfung irgend welcher Friedensverhandlungen unter solchen Voraussetzungen, wie sie der gegenwärtigen militärischen Lage entsprechen, als Befürwortung eines « vorzeitigen Friedens » oder eines « lauen Friedens » verurteilt.

Wir haben den Eindruck, dass ein wesentliches Hindernis für die Anknüpfung von Friedensverhandlungen bisher in der Besorgnis aller Teile gelegen hat, nur ja nicht als « kriegsmüde » zu erscheinen und dadurch die künftigen Friedensbedingungen zu verschlechtern. Ein verständiger Anwalt weiss den Widerstand von Parteien, die aus solchem Grunde keine Vergleichsbereitschaft verraten wollen, zu überwinden. Hier handelt es sich um Wichtigeres als um die Interessen in einem Zivilprozess, um die Beendigung eines entsetzlichen Blutvergiessens, das die besten Kräfte Deutschlands und ganz Europas dahinrafft.

Wir rechnen deshalb darauf, dass der Reichskanzler, sobald sich die Aussicht auf einen Deutschlands Interessen sichernden Frieden eröffnet, das Interesse des Landes und des Volkes nicht den Sonderinteressen kleiner Kreise und bevorzugter Klassen aufopfern wird. Zunächst aber möge er die erste beste Gelegenheit benutzen, um ein Hindernis, das den Weg zu einem solchen Frieden versperrt, aus dem Wege zu räumen und Annexionspläne, wie sie in der besprochenen Eingabe vertreten werden, energisch zurückweisen.

Unverkürzter Wortlaut der Anfang Juni 1915 dem Reichskanzler übergebenen *anti-annexionistischen Petition* des *Bundes Neues Vaterland*, die auch allen Reichstagsabgeordneten zugestellt wurde. Ihre weitere Verbreitung wurde dadurch verhindert, dass sie am Tag ihres Erscheinens in der Form einer gedruckten Broschüre *sofort von den Behörden beschlagnahmt* wurde. Im September 1915 veröffentlichte die Pariser *Humanité* eine vollständige Ubersetzung, die dann zu heftigen Polemiken in der annexionis-

tischen Presse Deutschlands gegen den *Bund Neues Vaterland* führte. Der *Bund Neues Vaterland* war im November 1914 von dem sechzigjährigen Freihern von Tepper-Laski, einem der berühmtesten Sportsmänner Preussens, dessen republikanisch-demokratische Ansichten ihn von Beginn des Krieges an in eine oppositionelle Stellung drängten, gegründet worden. Sein eigentlicher Zweck wurde im ersten Absatz seiner Satzungen folgendermassen formuliert :

« Die direkte und indirekte Förderung aller Bestrebungen, die geeignet sind, die Politik und Diplomatie der europäischen Staaten mit dem Gedanken des friedlichen Wettbewerbs und des überstaatlichen Zusammenschlusses zu erfüllen, um eine politische und wirtschaftliche Verständigung zwischen den Kulturvölkern herbeizuführen. Dieses ist nur möglich, wenn mit dem seitherigen System gebrochen wird, wonach einige Wenige über Wohl und Wehe von hunderten Millionen Menschen zu entscheiden haben. »

Dem *Bund* gehörten Männer aus den verschiedensten Kreisen an: Politiker, Gelehrte, Industrielle, Finanzleute, ehemalige Diplomaten. Anfangs sah die Regierung sein Bestehen nicht ungern, als Gewicht gegen die rücksichtslos von rechts her drängenden Ultra-Annexionisten. Aber im Lauf der Monate änderten sich die Dinge so stark, besonders infolge des Drucks der Militärbehörden, die im *Bund* eine gefährliche Organisation sahen, dass die Sitzungen seiner Mitglieder unter polizeiliche Ueberwachung gestellt wurden, was ihr Stattfinden langsam unmöglich machte. Von da ab führte der *Bund* nur noch ein Scheindasein. Anfang April 1916 wurde die Generalsekretärin des *Bundes*, Frl. *Jannasch* verhaftet, ohne dass die Oeffentlichkeit die genauern Gründe erfuhr. Einige Wochen später erfolgte ihre Freilassung wieder.

Die Delbrück-Dernburg Petition.

Sr. Exzellenz

dem Herrn Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, Berlin.

Berlin, den 9. Juli 1915.

« Deutschland ist in den Krieg nicht mit der Absicht auf Eroberung gegangen, sondern zur Erhaltung seines von der feindlichen Koalition bedrohten Daseins, seiner nationalen Einheit und seiner fortschreitenden Entwicklung. Nur was diesen Zielen dient, darf Deutschland auch bei einem Friedensschluss verfolgen. Eingaben, welche Euer Exzellenz zugegangen sind, verstossen gegen diese Ziele. Wir halten daher für unsere Pflicht, diesen Bestrebungen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und offen auszusprechen, dass wir in ihrer Verwicklichung einen folgenschweren politischen Fehler und nicht eine Stärkung, sondern eine verhängnisvolle Schwächung des deutschen Reiches sehen würden.

In rein sachlicher Erwägung bekennen wir uns zu dem Grundsatz, dass die Einverleibung oder Angliederung politisch selbstständiger und

an Selbstständigkeit gewöhnter Völker zu verwerfen ist. Das deutsche Reich ist hervorgegangen aus dem Gedanken der nationalen Einheit, der nationalen Zusammengehörigkeit. Es hat nationalfremde Elemente nur langsam und noch unvollkommen mit sich verschmolzen, und wir wollen uns weder durch Ereignisse noch durch Personen, noch durch leicht erzeugbare Stimmungen dazu drängen lassen, die leitenden Grundlinien der Reichsschöpfung aufzugeben und zu verändern und den Charakter des Nationalstaates zu zerstören.

» Es ist ganz selbstverständlich, dass die von uns nach Massgabe unserer Friedensbedingungen zu räumenden Gebiete nicht zu einem Bollwerk für unsere Gegner werden dürfen, dass kein Rivale Deutschlands sich dort festsetzen darf. Die Möglichkeit darf nicht bestehen, dass feindselige Gefühle der Bewohner sich in feindselige Handlungen umsetzen, die den Frieden und die Sicherheit unserer Grenzen bedrohen könnten. Solchen Gefahren kann vorgebeugt werden, und wir vertrauen darauf, dass es gelingen wird, geeignete und wirksame Mittel auszuwählen und zu verwirklichen. Dazu vermögen wir aber wiederum solche Mittel nicht zu rechnen, die uns auf Umwegen schliesslich doch zur Annexion hinleiten würden.

» Wir alle sind, mit dem ganzen Volke, fest überzeugt, dass dieser Krieg mit einem vollen Siege Deutschlands enden wird. Nach so bewunderungswürdigen Heldentaten, nach so unendlichen Opfern und Mühen, nach so viel Ruhm und so viel still und mit Seelengrösse getragenem Leid wird das deutsche Volk einen Siegespreis beanspruchen dürfen, der — so weit das überhaupt möglich ist — dem, was es hingegeben hat, entspricht. Der höchste Siegespreis wird immer in der stolz errungenen Gewissheit bestehen, dass Deutschland auch eine Welt von Feinden nicht zu fürchten braucht, und in dem beispiellosen Kraftbeweis, den unser Volk den andern Völkern der Erde und den kommenden Generationen gegeben hat. Das deutsche Volk kann aber nur einen Frieden schliessen, der den strategischen Bedürfnissen, den politischen und wirtschaftlichen Interessen des Landes und der ungehemmten Betätigung seiner Kraft und seines Unternehmungsgeistes in der Heimat und auf dem freien Meere gesicherte Grundlagen gibt. Wir hegen das Vertrauen, dass es Ew. Exzellenz mit den verfassungsmässig berufenen Instanzen gelingen wird, unbeirrt, zu gegebener Zeit, auf der Höhe unserer militärischen Erfolge einen solchen Frieden zu schaffen.

Unverkürzter Wortlaut einer *an den Reichskanzler gerichteten Eingabe*, die 141 Unterschriften trug, deren Liste in den *Preussischen Jahrbüchern* (Band 162, Heft I, Oktober 1915, S. 169-172) veröffentlicht wurde : Darunter

befanden sich die Namen von Professor Dr. Gerhard Anschütz, Berlin, Graf von Arco, Ingenieur, Berlin ; Professor Dr. Brentano, München ; Staatsminister Freiherr von Berlepsch, Dr. Friedrich Curtius, Professor Dr. Hans Delbrück, Dr. Bernhard Dernburg, Staatssekretär a. D., Fürst Henckel von Donnersmarck, Geheimer Rat. Dr. Alfred Dove, Freiburg i. B., Professor Dr. Albert Einstein, Berlin, Professor Dr. M. Foerster, Berlin, Professor Dr. E. Francke-Berlin, Professor Dr. Siegmund Günther, Geheimer Hofrat, München, Professor Dr. Heinrich Herkner, Berlin, Professor Dr. Wilhelm Kahl, Geheimer Justizrat, Berlin, W. Kulemann, Landgerichtsdirektor in Göttingen, Friedrich Lahusen, Generalsuperintendent von Berlin, Dr. Freiherr von Landsberg, Mitglied des preussischen Herrenhauses, Professor Dr. Franz von Liszt, Berlin, F. Lusensky, Geheimer Oberregierungsrat, Ministerialdirektor in Berlin, Franz von Mendelsohn, Präsident der Handelskammer, Mitglied des Herrenhauses, Albert von Metzler, Bankier, Frankfurt a. M., Graf von Monts, Kaiserl. Botschafter a. D., Dr. Franz Oppenheimer, Privatdozent in Berlin, Dr. August von Parseval, Major a. D. Charlottenburg, Professor Dr. Quidde, München, Professor Dr. Karl Rathgen, Hamburg, Professor Martin Rade, Marburg, Dr. Paul Rohrbach, Berlin, Professor Dr. L. Schücking, Jena, Professor Dr. Gustav von Schmoller, Berlin, Professor Dr. Walther Schücking, Marburg, Karl Friedrich von Siemens, Inhaber der grossen Elektrizitätswerke, Berlin, August Stein, Redakteur der « Frankfurter Zeitung », Berlin, Freiherr von Stumm, Kaiserlicher Botschafter a. D. R. von Tepper-Laski, Rittmeister a. D., Berlin, Professor Dr. Tönnies, Kiel, Professor Dr. Ernst Troeltsch, Berlin, von Truppel, Admiral a. D., Professor Max Weber, Heidelberg, Professor Alfred Weber, Professor Dr. Kurt Wiedenfeld, Halle, Professor Dr. Leopold von Wiese, Köln, Theodor Wolff, Chefredakteur des « Berliner Tageblatt ».

Die Eingabe der Deutschen Friedensgesellschaft.

« Zwei Tatsachen sind, soweit es sich um militärische Voraussetzungen handelt, entscheidend für den künftigen Frieden.

» 1. Es ist allen Urteilsfähigen seit langen Monaten klar, dass es (die beiden Parteien als Einheiten genommen) einen überwältigenden Sieg, einen Sieger, der dem Unterliegenden die Bedingungen diktieren könnte, und einen Besiegten, der widerstandsunfähig am Boden läge, in diesem Kriege, aller Voraussicht nach, nicht geben wird. Es wird seit langem nicht mehr um den « Sieg » im eigentlichen Sinne, sondern um das Übergewicht gerungen.

» 2. Diese Frage des Übergewichts ist aber jetzt — und zwar nach menschlichem Ermessen unwiderruflich — trotzdem die Gegner das Meer beherrschen und uns vom Weltverkehr abschneiden, zu Gunsten Deutschlands und seiner Verbündeten entschieden. Und hier ist wieder zu differenzieren. Die grössten und entscheidenden, weiterer Ausdehnung fähigen Erfolge liegen im Osten, während im Westen ein seit mehr als Jahresfrist dauernder Stellungskrieg die grossen deutschen

Erfolge begrenzt und ein schwer zu brechendes Gleichgewicht geschaffen.

» Aus diesen Tatsachen folgt, dass, wenn ein Friede möglich sein soll, unsere Gegner der Tatsache des militärischen Übergewichtes Deutschlands und seiner Verbündeten Rechnung tragen müssen, dass andererseits diese nicht Bedingungen stellen können, die nur ein hoffnungslos besiegter, zur Fortführung des Kampfes unfähiger Gegner zugestehen kann, dass sie insbesondere auch zwischen Osten und Westen unterscheiden müssen.

» Bestimmter ausgedrückt : die Gegner werden anerkennen müssen dass sie weitgehende Kompensationen zu gewähren haben für die Freigebung der Gebiete, die sich in den Händen der verbündeten Mächte befinden. Worin diese Kompensationen zu bestehen hätten, wäre Gegenstand der Verhandlungen. Deutschland und seine Verbündeten andererseits werden anerkennen müssen, dass nicht von Annexionen die Rede sein darf, die in Lebensinterressen der Gegner eingreifen würden. Wie sich ohne solche Annexionen die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen der verbündeten Mächte sichern liessen, wäre wieder Gegenstand von Verhandlungen. Wie zwischen Ost und West zu unterscheiden wäre, hat der Reichskanzler selbst schon angedeutet, indem er die Befreiung Polens vom russischen Joch als Kriegsziel proklamierte. Welche Folgerungen aus diesem allgemeinen Gedanken gezogen werden können, müssten die Verhandlungen ergeben.

» Wir brauchen kaum erst zu betonen, dass die Deutsche Friedensgesellschaft, für die wir hier sprechen, den Verzicht auf Annexionen der angedeuteten Art nicht nur fordert, da sie ihn als notwendiges Ergebnis der militärischen Lage und als notwendige Voraussetzung *rebue sic stantibus* — für die Möglichkeit von Friedensverhandlungen betrachtet, sondern dass andere Erwägungen für sie entscheidend sind.

» Für uns ist ein solcher Verzicht geboten durch das eigenste deutsche Interesse, da unserem Staatswesen und unserem Volksleben die Einzwingung volksfremder, feindlich gesinnter Bevölkerungsteile nur zum Unheil gereichen könnte. Für uns ist er geboten durch das dringende Bedürfnis aller Völker und auch des deutschen Volkes, möglichste Gewähr für einen dauernden Frieden zu gewinnen, da Annexionen, die fremdes Volkstum vergewaltigen, mit zwingender Notwendigkeit zu einem Vergeltungskrieg führen müssten. Für uns ist er geboten durch die Notwendigkeit, nach dem Kriege eine neue friedliche — kulturelle, rechtliche und politische — Gemeinschaft der

Kulturvölker neu aufzubauen, da ein mit Eroberungen belastetes Deutschland von solcher Gemeinschaft ausgeschlossen wäre. Für uns ist er geboten durch die allgemeinen Grundsätze der Achtung vor der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit aller Völker, da diese Grundsätze um ihrer selbst willen zu respektieren sind und ihre Missachtung sich an uns selber rächen müsste. »

Aus einer *an den deutschen Reichstag* gerichteten Eingabe der *Deutschen Friedensgesellschaft* vom 1. Dezember 1915, in deren Namen die beiden Vorsitzenden *Prof. Quidde* (Bayrischer Landtagsabgeordneter) und *O. Umfried* (Stadtpfarrer) zeichneten. ***Die Veröffentlichung dieser antiannexionistischen Eingabe wurde verboten.*** Die Exemplare in Scheibmaschinenabzügen, die den Mitgliedern der Friedensgesellschaft zugestellt wurden, waren von folgendem Schreiben begleitet :

« ***Zu beachten.*** Sie erhalten hier ein Exemplar der Eingabe, die wir in Ausführung eines Beschlusses der Leipziger Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft an den Reichstag gerichtet haben. Dasselbe ist ausschliesslich für Mitglieder bestimmt. Da Kriegsziele darin erörtert werden ist zur Zeit *jede Verwertung in der Oeffentlichkeit insbesondere für die Presse ausgeschlossen.* Nachdem unsere Zeitschrift « Der Völkerfriede » durch das Stuttgarter Generalkommando verboten ist, müssen wir doppelt vorsichtig in der Beachtung aller Vorschriften der militärischen Behörden sein. Unsere Schuldigkeit können wir darum doch tun. Bitte die Mitglieder und Empfänger der Eingabe dringend, der Gesellschaft keine Ungelegenheiten zu bereiten.

» Berlin, den 6. Dezember 1915.

» L. Quidde. »

B.

VERSCHIEDENES.

Resolution der Deutschen Friedensgesellschaft.

« Die Deutsche Friedensgesellschaft sieht den Augenblick nahe, in dem es möglich ist, dem gegenwärtigen schrecklichen Kriege unter der Wahrung der wohlverstandenen Interessen des deutschen Volkes ein Ende zu machen.

Diese wohlverstandenen Interessen fordern die dauernde Sicherung des deutschen Volkes und der übrigen zivilisierten Völker gegen die Wiederkehr eines Krieges.

» Der abzuschliessende Friede soll die politischen, wirtschaftlichen und nationalen Interessen des deutschen Volkes sicherstellen und ihm die seiner kulturellen Bedeutung entsprechende Geltung unter den gleichberechtigten Gliedern der Völkergemeinschaft gewährleisten.

» Der Friede soll aber auch trotz der grenzenlosen Verbitterung, die jetzt weite Kreise der kriegführenden Staaten beherrscht, die Grundlagen für eine bleibende Rechts- und Kulturgemeinschaft der Völker erneuern und sichern.

» Beiden Forderungen widerspricht das trotz des Verbotes der Erörterung der Kriegsziele von manchen Seiten vertretene Verlangen von Annexionen innerhalb Europas, bei denen der Wille der Bevölkerung vergewaltigt werden soll. Die Durchführung dieses Verlangens würde die unveräusserlichen Rechte fremden Volkstums verletzen und die innere Entwicklung Deutschlands mit Einfügung einer feindseligen Bevölkerung in unheilvolle Bahnen lenken, würde unsere jetzigen Gegner zu politischem und wirtschaftlichem Kampfe zusammenschweissen, würde die Gefahr eines Vergeltungskrieges heraufbeschwören und damit die wirtschaftliche und nationale Entwicklung Deutschlands ständig gefährden.

» Diese Gesichtspunkte müssen und sollen beim Friedensschluss leitend sein.

» Die Deutsche Friedensgesellschaft ersucht die Reichsregierung

öffentlich zu erklären, dass sie bereit ist, auf diesen Grundlagen in Friedensverhandlungen einzutreten, so bald und so oft sich dazu eine geeignete Gelegenheit bietet. »

Resolution die von der Hauptversammlung der *Deutschen Friedensgesellschaft*, die am 6, u. 7. November 1915 in Leipzig tagte, angenommen wurde. *Die Resolution durfte in der Presse nicht veröffentlicht werden.* Die Zahl der Versammlungsteilnehmer betrug dem offiziellen Protokoll zufolge über 150 Personen. Vertreten waren 36 Ortsgruppen mit insgesamt 74 Mandats-Stimmen.

Ein pazifistischer Führer.

« Gebietserweiterungen in Europa heisst die Verewigung und Zuspitzung der Gewalt ! Ein Zustand der durch Eroberungen begründet werden soll, wird unerträglich für die Menschheit werden. Wir schützen dadurch die kommende Generation nicht, wir opfern sie, wie die Politiker die Elsass-Lothringen annektiert hatten, die Völker Europas mit der Last der Rüstungen beschwerten und die heutige Generation hinopferten. Deutschland ist noch immer nicht erwacht ! Mächtige Einflüsse scheinen es auf den Weg der alten Gewaltpolitik weiterführen zu wollen, die durch diesen Krieg so fürchterlich Schiffbruch gelitten hat. Wenn diese Ideen noch lange oben bleiben, dann kann dieser Krieg auch noch lange währen und unabsehbares Blut kosten... » (Seite 183.)

Aus meinem Kriegstagebuch von *Dr. A. H. Fried.* Bruchstücke vom Juni veröffentlicht in den « Blättern für zwischenstaatliche Organisation » (« Friedenswarte »). Nr. 5 Juli 1915, Druck und Verlag Art. Institut Orell Füssli, Zürich. Die Verbreitung der « *Friedenswarte* », deren Herausgeber Dr. A. H. Fried ist, wurde im April 1916 *in Deutschland verboten.*

Das « Berliner Tageblatt ».

1.

« Da Haase auf die Erklärung über die Wiederherstellung Belgiens hinwies, die der Reichskanzler am 4. August 1914 abgegeben hat, fühlte der Staatssekretär v. Jagow sich zu der Bemerkung veranlasst, am 4. August habe man noch nicht gewusst, « dass sich Belgien schon längst unsern Feinden verschrieben habe ». Dieses Eingreifen des Herrn v. Jagow könnte nur dann einen Sinn haben, wenn die *Reichsregierung auf dem Standpunkt der Annexionisten* stehen würde. Sie muss in jedem Falle den — gewiss nicht beabsichtigten — Eindruck hervorrufen, dass die Regierung auf diesem Standpunkt steht. »

Aus einem Artikel des *Berliner Tageblatt* vom 9. April 1915 über die Reichstagssitzung vom 9. April.

2.

« Herr Dr. Landsberg las aus einigen Sätzen in der Rede des Reichskanzlers ein Bekenntnis zu gemässigten Friedensbedingungen, eine Absage an die Eroberungsfanatiker heraus. Er betonte, die Bethmannschen Darlegungen über die Friedensziele seien weniger annexionistisch als die gemeinsame Erklärung der bürgerlichen Parteien...

» Wir haben gestern abend gesagt, wir hätten *in der Rede des Reichskanzlers jegliche klare und entschiedene Ablehnung der von unverantwortlichen Kreisen und Personen eifrig betriebenen gigantischen Eroberungsprojekte vermisst.* Eine unzweideutige Trennung zwischen der Reichspolitik und solcher, zum Teil gedankenlosen und zum Teil auch gewissenlosen Projektenmacherei schien uns in dieser Debatte wünschenswert zu sein. An die fromme Schwärmerei, dass aus der gestrigen Sitzung etwas wie eine Friedensaussicht hervorgehen werde, haben wir nicht geglaubt. Aber die unantastbare Feststellung, dass die Politik des Deutschen Reiches durch die Beeinflussungsversuche gewisser Interessenkreise, derber Draufgänger und leichtherziger Popularitätshascher nicht aus ihren, am 4. August 1914 vorgezeichneten Bahnen gedrängt worden sei, haben wir erhofft. Herr Dr. Landsberg ist der Meinung, dass in der gestrigen Rede des Reichskanzlers diese Feststellung enthalten war. Wir lassen uns gern überzeugen und lehnen keine Belehrung ab. Vielleicht hat uns der demonstrative Beifall, den die napoleonischen Erscheinungen unten im Saale und die ihnen kongenialen Tribünenbesucher gewissen Worten des Reichskanzler spendeten, irregeführt ? Aber auch die *Deutsche Tageszeitung* hat ersichtlich die Rede nicht so wie Dr. Landsberg aufgefasst, denn sie stimmt ihr « mit voller Genugtuung » bei. »

Aus einem Artikel des *Berliner Tageblatt* vom 10. Dezember 1915 über die Rede, die der Reichskanzler am 9. Dezember 1915 hielt, und die, trotzdem sie den stürmischen Beifall aller annexionistischen Elemente erhalten hatte, von dem Redner der sozialdemokratischen Mehrheit Dr. Landsberg als eine « Lossage » von der Eroberungspolitik gedeutet wurde.

C.

BROSCHÜREN.

Professor Dr. Quidde.

« Die Forderung, dass das Ergebnis des Krieges für Deutschland — zum Ausgleich für die gebrachten Opfer und zur Sicherung des künftigen Friedens — in umfangreichen Gebietserweiterungen bestehen müsse, droht immer mehr die öffentliche Meinung zu beherrschen und die Regierung ihre Aufgabe unendlich zu erschweren. Sie ist am offensten und rücksichtlos erhoben in einer Eingabe, die sechs grosse wirtschaftliche Verbände am 10. März und dann wieder am 20. Mai an den Reichskanzler gerichtet haben. Es sind der Bund der Landwirte, der Deutsche Bauernbund, die Christlichen Bauernvereine, vertreten durch ihren Vorort, den Westfälischen Bauernverein, der Zentralverband Deutscher Industrieller, der Bund der Industriellen und der Reichsdeutsche Mittelstandsverband. Diese Verbände umfassen eine gewaltige Zahl von Mitgliedern, sie verkörpern einen ebenso gewaltigen wirtschaftlichen und politischen Einfluss. *Was sie fordern, darf man deshalb, so ungeheuerlich es klingt, nicht auf die leichte Achsel nehmen.*

» Für eine fast noch tollere Eingabe ähnlichen Inhalts werden Unterschriften an deutschen Hochschulen und überhaupt im Kreise der « Intellektuellen » oder derer, die man « nach ihrer Bildung und Stellung zu Führern und Vorkämpfern der öffentlichen Meinung berufen », glaubt, gesammelt. In öffentlichen Versammlungen, auf Festmählern und in der Presse, sind ganz ungescheut grosse Gebietserweiterungen nach Westen, wie nach Osten gefordert worden. Dass wir Belgien behalten müssen, gilt in manchen Kreisen schon als ganz selbstverständlich. Das Ausland quittiert diese Stimmungsmache mit wüstem Geschrei über deutsche Eroberungsgier.

» *Deshalb ist es Pflicht diese Annexionsforderungen zu prüfen...* (Seite 4.)

» *Der schlimmste Feind Deutschlands könnte nichts Teuflischeres ersinnen, um Reich und Volk zu verderben...* (Seite 5.)

» Die Annexionen die im Osten gefordert werden, wären ein Fluch für das Deutschtum, für das Deutsche Reich und für das deutsche Volk. Schlimmer aber noch als die Annexionen im Osten wären jene im Westen, die uns in der Eingabe der sechs Verbände zugemutet werden... (Seite 10.)

» Wenn man Frankreich ein Gebiet von etwa 20 000 Quadratkilometer mit mehr als 3 ½ Millionen Einwohnern nimmt, so wird sich wohl jeder darüber im klaren sein, dass die Franzosen eine solche Verstümmelung ihres Volkskörpers um nahezu ein Zehntel der Seelenzahl niemals würden verschmerzen können. Es würde keine Regierung in Frankreich geben können, die nicht den Revanchekrieg vorbereiten müsste.

» Es wäre genau so, als ob man Deutschland des linken Rheinufer berauben wollte. Wenn die Pfalz, die Mosellande und die linksrheinischen Teile der Rheinprovinz, wenn Speyer, Worms und Mainz, Trier, Koblenz und Köln französisch würden — gibt es einen Deutschen, der dann an etwas anderes denken würde, als Ziel der deutschen Politik, als an den neuen Krieg, der diese rein deutschen Lande wieder zum Reich zurückbringen, die deutsche Bevölkerung aus französischer Knechtschaft erlösen müsste ? Wer das für selbstverständlich hält, kann unmöglich bei den Franzosen andere Gefühle gegenüber den angedrohten Annexionen voraussetzen.

» Eine bessere Sicherung der Grenzen wird sich, wenn wir militärisch im Vorteil bleiben, auch ohne tief eingreifende Annexionen durch Grenzberichtigungen und durch Schleifung eines Teiles der Grenzbefestigungen erreichen lassen.

» *Am weitesten verbreitet ist in Deutschland zweifellos der Gedanke Belgien zu annektieren. Und gerade dieser Gedanke ist der unheilvollste von allen...* (Seite 11.)

» Man mag über diese Annexion, ihren Nutzen und Schaden, im übrigen noch so verschieden urteilen, über Eines dürfte nicht gestritten werden : *Die Forderung eines gesicherten, dauernden Friedens und die Forderung einer Annexion Belgiens sind unvereinbare Gegensätze.*

» Was müssen, was dürfen wir fordern, wenn wir Deutschlands Wohl und einen dauernden Frieden sichern wollen ?

» Wir müssen fordern möglichste Beseitigung der allgemeinen Ursachen, die zu dem Weltkrieg geführt haben, eine Neuorganisation Europas und der Welt, die bessere Friedensbürgschaften bietet.

» Wir dürfen fordern all die Vorteile, die sich aus der Kriegslage beim Friedensschluss für Deutschland gewinnen lassen und die durchzusetzen sind, ohne einen neuen Krieg heraufzubeschwören.

» Wir dürfen und müssen fordern diese Vorteile so weit sie zugleich Deutschlands Stellung in der Welt sichern und uns materielle Garantien gegen die Wiederkehr eines Krieges, wie des jetzigen, geben... (Seite 18.)

» Die Garantien für die « Offene Tür » und für die « Freiheit der Meere » würden in erster Linie durch internationale Verträge gegeben werden... (Seite 19.)

» Im Osten wäre, wie schon oben angedeutet, in irgend einer Form freie Entwicklungsmöglichkeit für die von Russland unterdrückten Völker zu erstreben, etwa militärische und Verwaltungs-Autonomie für Finnland, die baltischen Provinzen, Polen und wenn möglich auch die Ukraine, dazu die Loslösung Bessarabiens, selbstverständlich nur in Uebereinstimmung mit den Wünschen und Interessen der Bevölkerung, vielleicht für Polen und die Ukraine mit Angliederung an Oesterreich, für Finland und die baltischen Provinzen unter internationaler Garantie. Vielleicht würden auch militärische Grenzberichtigungen in Frage kommen.

» Im Westen würde der Preis für die Räumung der besetzten belgischen und französischen Gebiete sicherlich in der Hauptsache durch *Abtretung von Kolonien* zu zahlen sein. Am nächsten liegt es an den belgischen *Kongostaat* zu denken. *Doch nicht nur an ihn allein.* Es würde sich die Möglichkeit bieten, ein zusammenhängendes in sich verteidigungsfähiges, *deutsches Kolonialreich in Afrika* zu schaffen.

» Man kann aus prinzipiellen Erwägungen ein abgesagter Feind aller kolonialen Eroberungen sein, man wird trotzdem anerkennen müssen, dass es jetzt nicht mehr an der Zeit ist, die grundsätzlichen Fragen aufzuwerfen. Die Gebiete, die in Betracht kommen, sind schon für Europa erobert. Es fragt sich nur noch, welche Mächte ihre wirtschaftliche und zivilisatorische Tätigkeit dort entfalten und die Verwaltung möglichst menschenwürdig führen sollen. Auch Kolonialgegner können in dieser Situation Deutschlands Ansprüche mitvertreten.

» Das afrikanische Kolonialreich wäre die populäre Gegenforderung gegen *die leider noch allzu populäre Forderung, Belgien zu annektieren.*

» Die Erfüllung dieser Forderung würde kein Hindernis sein für einen dauernden Frieden. Dass die Gewinnung eines grossen Kolonialbesitzes der deutschen wirtschaftlichen Entwicklung so gut wie jener Englands und Frankreichs entspricht, ist in Friedenszeiten von unbefangenen Persönlichkeiten in England und Frankreich rückhaltlos anerkannt worden. Es wird, wenn nach dem Krieg die Gemüter sich

beruhigt haben, wieder anerkannt werden. Um abgetretene Gebiete in Afrika wird kein Revanchekrieg geführt werden. Auch das in seiner Unabhängigkeit wieder hergestellte Belgien würde den Verlust des Kongostaates verschmerzen können.

» Die *Erwerbung von Kohlenstationen und Flottenstützpunkten* würde für Deutschland die realen Garantien für die Freiheit der Meere vervollständigen.

» Schliesslich würden im Westen noch militärische Zugeständnisse zur besseren Sicherung der Grenze, die jetzt zum Teil sehr ungünstig gestaltet ist, in Frage kommen können... (Seite 20-22.)

» Wir sollten also als Willen der Regierung und des deutschen Volkes die Welt wissen lassen, dass wir zwar *selbstverständlich die errungenen militärischen Vorteile zur Erlangung entsprechender Gegenwerte im Friedensvertrag ausgenützt sehen wollen*, dass wir aber Annexionsforderungen, wie solche in letzter Zeit in Deutschland vertreten sind, weit von uns weisen, dass wir sie als ein frevelhaftes Spiel betrachten, als Frevel an der Menschheit ohne Unterschied der Nationen, die unsagbaren Jammer darum leiden müssten, und als Frevel am deutschen Volke, dem die Erfüllung solcher Forderungen nur zum Verderben gereichen könnte... » (Seite 24.)

Reale Garantien für einen dauernden Frieden von *Professor Dr. Quidde.*
Als Manuskript gedruckt. 1915. Wurde bei der Versendung ***beschlagnahmt.***

Ernst Schultze.

« ...gerade weil wir hoffen, dass wir nie wieder einen gleichen Krieg zu führen haben, müssen wir während der Friedensverhandlungen und nachher zwar mit ruhiger Würde auftreten, dennoch aber die Versöhnung mit dem Feinde anbahnen. Wollte Europa dauernd in der Stickluft des Hasses leben, so würde bei den furchtbaren Wirkungen der heutigen Kriegstechnik die Gefahr am Horizont erscheinen, dass schliesslich die gesamte Kultur in die Luft gesprengt wird. Denn auch die Vereinigten Staaten würden es auf die Dauer nicht vermeiden können, in solche Zerwürfnisse hineingerissen zu werden. Der Kampf Aller gegen Alle würde ausser der Vernichtung der materiellen Güter, die im Frieden von allen Kulturvölkern mit unendlichem Fleiss geschaffen werden, eine Verschüttung der geistigen und sittlichen Werte mit sich bringen, vor der jede Nation, die sich ihrer Verantwortung gegen die Menschheit bewusst ist, zurückschaudert. *Gerade wenn wir in diesem Kampf den Sieg davon tragen*, so werden wir um so mehr Anlass haben, uns seiner durch *Mässigung und kluge Versöhnlichkeit*

würdig zu zeigen. Haben wir dem furchtbaren Überfall dreier der mächtigsten Völker der Erde heldenhaft standgehalten, haben wir furchtlos in das grausige Gesicht des heutigen Krieges geblickt, so wollen wir nun auch den Sieg ebenso gross ertragen. *Weder die Leidenschaft der Eroberung soll uns packen noch der Geist der Herrschsucht.* Wie unsere Truppen Tapferkeit mit Güte, Todesverachtung mit Barmherzigkeit paarten, so wollen wir, je herrlicher das Deutsche Reich aus diesem Krieg hervorgehen, je wunderbarer sich seine Kultur entfalten wird, desto neidloser anderen Völkern das ihre gönnen. Nichts, was der Verjüngung unserer oder einer fremden Kultur dienen kann, soll vergeblich bei uns anklopfen. Das mächtigste Vorwärtsstreben in der wirtschaftlichen Arbeit soll uns nicht hindern. Wissenschaft und Kunst mit reichen Mitteln zu fördern und die Seele unseres ganzen Volkes durch das Edelste und Schönste, was Menschen zu irgend einer Zeit schufen, zu erheben und zu beschwingen. Wir wollen der Welt beweisen, dass wir diesen Krieg nicht geführt haben, um andere unsere Stärke fühlen zu lassen, und dass wir lieber Wunden heilen als schlagen. Nur wenn eiserne Notwendigkeit zwingt, scheuen wir vor blutigem Kampf nicht zurück. Ein Ideal aber ist er für uns nicht. Weit lieber, als die entsetzlichen Mittel des Massenmordes auf sie niederhageln zu lassen, senden wir andern Völkern Hilfsmannschaften, um in verschüttete Bergwerke hinabzusteigen oder nach einem Erdbeben ruhig und still jede Hilfsarbeit zu tun. Möge Deutschland sich in vorderster Linie durch jenen Kulturidealismus auszeichnen, der uns das Höchste und Unverwelklichste dünkt, was unser Volk hervorbrachte... » (Seite 57-59.)

Was verbürgt den Sieg? Ausblicke in Krieg und Zukunft von *Ernst Schultze.* 18. Heft der Sammlung « Zwischen Krieg und Frieden ». S. Hirzel in Leipzig 1915.

Dr. Hans Wehberg.

« Heute gilt Eroberungspolitik, wie jeder Eroberungskrieg, als verwerflich. Diese Idee wird sich im Laufe der Zeit noch weiter verstärken. *Auch die Gebietserwerbungen lediglich aus dem Gesichtspunkte strategischer Notwendigkeit heraus sind meist bedenklich.* Man wird bereits heute sagen können, dass es besser ist, in einem Friedensvertrage die Grundlagen einer späteren friedlichen Zusammenarbeit der Parteien zu legen, als von vorneherein mit der Möglichkeit neuer Kriege zu rechnen und durch das Verlangen von Abtretungen fremden Gebietes den Grund zu neuer Zwietracht zu säen. Auch hat man mehr

und mehr die innerpolitischen Schwierigkeiten erkannt, die mit der Einverleibung fremder Nationalitäten verbunden sind.

» Gebietsabtretungen in einem Friedensschlusse sollten nur dort vorgenommen werden, wo sie im wohlverstandenen Interesse aller Beteiligten geschehen, insbesondere, wenn sich die *Bevölkerung des abzutretenden Gebiets* in Wahrheit als Teil des erwerbenden Staates betrachtet. Man wird in Zukunft die grosse Verantwortung solcher Ereignisse mehr bedenken als früher. Denn der Nutzen, den der Zuwachs an Staatsgebiet mit sich bringt, kann unter Umständen gering wiegen, gegenüber der gewaltigen Schädigung, die für Jahrzehnte durch die aus der Abtretung wahrscheinlicherweise entstehende Spannung erwächst. Früher dachte man im Augenblicke des Friedensschlusses fast nur an den gegenwärtigen Triumph und die Befriedigung des Hassgefühles gegenüber dem Besiegten. Fortan wird man mehr und mehr sich der Verantwortung vor der Geschichte und den Völkern bewusst sein, und die Zukunft ins Auge fassen sowie das Glück derer, die nach uns kommen werden... » (Seite 21-22.)

Plebiszit und Optionsklausel von Gerichtassessor *Dr. Hans Wehrberg*, Düsseldorf. Staatsbücherbibliothek, Heft 62. M. Gladbach, 1915, Volksvereins-Verlag G. m. b. H.

D.

ZEITSCHRIFTEN.

Monatsschrift für deutsche Beamte.

« Die Sicherung der Macht unserer Weltstellung kann und muss möglicherweise *ohne grosse europäischen Eroberungen* geschehen. »

Aus einem Artikel des Professor Dr. *Lotz* im Februarheft 1915 der *Monatsschrift für deutsche Beamte.*

Preussische Jahrbücher.

« Völlige Sicherheit, dass ein überwundener Feind nicht eine günstige Gelegenheit zur Wiederaufnahme des Kampfes benutze, ist nur dann geschaffen, wenn man ihn dauernd unterjocht. So machten es die Römer und schufen auf diese Weise allmählich ihr Weltreich. Zum Heile der Menschheit ist ein solches Weltreich heute ausgeschlossen. Ein mittlerer Weg ist, sich grosse Gebietsabtretungen machen zu lassen, beherrschende feste Punkte zu behaupten und den Gegner wirtschaftlich auszupressen. Diesen Weg nahm Napoleon, namentlich 1807 in Bezug auf Preussen. Er nahm die Hälfte unseres Gebiets, behielt die Oderfestungen, begrenzte die Grösse unserer Armee und beanspruchte eine Kriegskontribution so gross, dass wir sie in vielen Jahren nicht zahlen konnten. Diese Methode hat sich nicht bewährt. Sie hätte zum Ziele geführt, wenn Napoleon auch die übrige Welt unterworfen hätte, also in die römischen Bahnen eingelenkt wäre. Da ihm das nicht gelang, so erschien schon im sechsten Jahr der Augenblick, wo Preussen sich wieder erheben konnte, und es zeigte sich, dass gerade der ungeheure materielle Druck, den die Franzosen auf uns ausgeübt hatten, moralische Kräfte geweckt hatte, die unendlich viel wirksamer waren. *Gott bewahre uns davor, dass das Deutsche Reich jetzt nach dem Siege, den wir erwarten, in die Bahnen der Napoleonischen Politik einlenke ! Eine unübersehbare Reihe von Kriegen würde die Folge sein.* Denn was wir

auch immer den Völkern für Fesseln anlegen möchten, sie könnten sie doch nicht ganz bewegungslos machen, und Europa ist in dem einen Punkt einig, sich die Herrschaft eines einzelnen Staates niemals gefallen zu lassen. Die Sicherheit, die wir erkämpfen wollen, kann also nur bestehen in der Verbindung höchster eigener militärischer Kraft mit politischer Mässigung, einer Mässigung, die das Misstrauen, welches die militärische Macht erweckt, wieder entwaffnet. Anders ausgedrückt : Unser Ziel muss sein : die Erhaltung des bestehenden politischen Gleichgewichts auf dem Lande und die Eroberung des Gleichgewichts auf der See. »

Aus einem Artikel von Professor *Hans Delbrück* in den *Preussischen Jahrbüchern*, Band 158, Oktober 1914. Dieser Artikel hat Delbrück die heftigsten Angriffe eingetragen in der gesamten rechtsstehenden Presse. Die « Tägliche Rundschau » bezeichnete den Artikel als ein « Verbrechen an der deutschen Sache », weil Delbrück den Eindruck erwecke, als ob die politischen Leiter des Deutschen Reiches eine bonapartistische Politik machen wollten.

Die Hilfe.

« Vergesst es nicht, was ihr alle am Kriegsbeginn gesagt und gedacht habt !...

« Vergesst nicht, dass ihr damals den friedlichen Charakter des deutschen Volkes hervorgehoben habt ! Regierung und Volk waren darauf bedacht, aller Welt zu sagen, dass wir keine Angriffs- und Eroberungsabsichten gehabt haben. Das war auch tatsächlich richtig und wird richtig bleiben, auch wenn einmal alle Akten und Briefe geöffnet sein werden, denn es gab bei uns zwar Leute, die den Krieg für unentrinnbar und darum notwendig ansahen, aber nur ganz vereinzelte, die von vorneherein ihn suchten. Wir waren gerüstet, aber entschlossen, die Rüstung als Verteidigungswaffe zu benutzen. Das haben wir nun auch getan. Unsere Soldaten haben unter vortrefflicher Leitung die Verteidigung ins Feindesland getragen und stehen draussen mit Leib und Leben in allen Gefahren für unsere Sicherheit ein. So lange das für unsere zukünftige Staatserhaltung notwendig ist, werden sie es als Verteidigung weiterhin tun, und sei es bis in noch fernere, weitere Gegenden hinein, aber man darf nun nicht nachträglich aus Vaterlandsverteidigern etwas anderes machen wollen, nämlich napoleonische Angriffstruppen, die für Eroberungsruhm in die Welt hinaus ziehen. Alle Regierungsäusserungen bewegen sich durchaus im alten Grundgedanken von der Verteidigung, aber es gibt Kriegszielspolitiker, auf die das Sprichwort passt, dass der Appetit mit dem Essen kommt. Ihnen wird es nicht genug sein, die Grenzen besser zu schützen,

gegnerische Bedrohungen unmöglich zu machen, Irrtümer der vergangenen Geschichte zu korrigieren, sondern sie gleiten allzuleicht hinüber in das Gebiet von Projekten, die einen Frieden fast unmöglich machen. Sie tun es sicherlich in guter Meinung und glauben damit unserem Volke zu dienen, aber es scheint doch gelegentlich recht nötig, ihnen ins Gedächtnis zurückzurufen, mit welchen Gesinnungen und Erklärungen Kaiser, Kanzler, Parlament, Presse und Volk im Anfang den Krieg aufgenommen haben. Gedenket des August 1914... » (Seite 757.)

Vergesst den Kriegsanfang nicht, von *Dr. Friedrich Naumann.* Artikel veröffentlicht in der *Hilfe,* Nr. 47. vom 25. November 1915.



II.

DIE SOZIALDEMOKRATIE



II.

DIE SOZIALDEMOKRATIE

A.

EINGABEN UND ALLGEMEINE BESCHLÜSSE.

Die Petition des Parteivorstandes an den Reichskanzler.

« *Berlin*, den 25. Juni 1915.

» An Se. Exzellenz

den Herrn Reichskanzler Dr. *v. Bethmann Hollweg*

Hier.

» *Exzellenz !*

« *Politische Führer* und *wirtschaftliche Verbände* haben unter dem Anspruche, das deutsche Volk zu vertreten, für *Eroberung fremder Gebiete Stimmung zu machen gesucht* und sich gegen einen Frieden vor Erreichung dieses Zieles, gegen einen vorzeitigen Frieden, wie sie es nennen, ausgesprochen, so noch in einer Eingabe vom 20. Mai dieses Jahres.

» Die *sozialdemokratische Partei* hat sich am 4. August 1914 in *Reih und Glied gestellt* mit der Gesamtheit des deutschen Volkes, um seine nationale Existenz und Unabhängigkeit zu verteidigen. Sie hat in diesem Kampfe gegen eine Welt von Feinden zu ihrem Lande gestanden und *wird dies weiter tun, bis das Ziel der Sicherung erreicht und die Gegner zum Frieden geneigt sind.*

» Aber angesichts jener immer deutlicher hervortretenden Bestrebungen, *dem Kriege den Charakter eines Eroberungskrieges zu geben,* halten wir es für unsere Pflicht, auch an das zu erinnern, was wir in jener Sitzung zum Kriegsbeginn sagten : *Wir wollen einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.* Dabei leitete uns in erster Linie das Interesse unseres eigenen Volkes ; denn nur ein sol-

cher Frieden trägt die Gewähr einer dauernden Sicherung für uns selbst in sich.

» Gerade der Gedanke, dass der Krieg zur Abwehr der Feinde und nicht zum Zwecke einer Eroberung geführt werde, hat die Opferfreudigkeit erweckt, die von aller Welt bewundert wird.

» Wie das Volk in allen anderen Ländern, so ersehnt auch unser aus Hunderttausenden von Wunden blutendes Volk einen baldigen Frieden. Es atmete deshalb auf, als Gerüchte über die Anbahnung von Friedensverhandlungen im Umlauf waren. Die Behauptung jener Eingabe, dass das Dementi von der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* überall mit Befriedigung aufgenommen worden sei, beruht auf einer völligen Verkennung der Wünsche der Volksmassen. *Schon die Propagierung der Eroberungspläne peitscht die Gegner Deutschlands zur Fortführung des Kampfes auf und trägt in unheilvoller Weise zur Verlängerung des Krieges bei.* Wissen wir doch, dass die in den feindlichen Ländern verkündeten Eroberungspläne auch unsere Widerstandskraft bestärkten.

» *Jede gewaltsame Antastung der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit eines Volkes enthält den Keim neuer kriegerischer Verwickelungen, birgt in sich die Voraussetzung für eine dem Deutschen Reiche gefährliche Koalition von Gegnern.* Während nach den unerhörten Opfern an Volkskraft uns eine Zeit ungestörter Entwickelung dringend not tut, würden wir in eine Periode der Unruhe getrieben werden, wenn jene Pläne auch nur zum Teil verwircklicht würden. *Ein Wettrüsten sondergleichen würde die Folge sein, und mit ihm eine Erschöpfung unserer wirtschaftlichen Kraft.*

» Die Behauptung, dass das Deutsche Reich für seine wirtschaftliche Existenz Gebietserwerbungen im Osten und Westen brauche, wird durch den glänzenden wirtschaftlichen Aufschwung widerlegt, den wir innerhalb der bisherigen Reichsgrenzen erlebt haben. Unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Belgien insbesondere waren vor Ausbruch des Krieges die innigsten. Der Tätigkeit und dem Unternehmungsgeist unserer Reichsangehörigen wurden keinerlei Schwierigkeiten bereitet.

» *Jeder Versuch, Belgien zu vergewaltigen*, in welcher Form es auch immer sei, würde die *Auflösung der Koalition gegen uns*, was doch ein Hauptziel sein muss, ganz unmöglich machen. Die Annexion Belgiens würde Deutschland isolieren, die Koalition gegen uns noch verschärfen und erweitern. Nicht noch mehr Feindschaften, sondern mehr Sympathien muss uns der Frieden bringen.

» Das ist gegenwärtig um so mehr geboten, als aus Kreisen Hollands,

die nicht nur für Aufrechterhaltung der Neutralität eingetreten sind, sondern sich für Deutschland freundlich äusserten, die Besorgnis zu uns dringt, dass durch die deutsche Politik gegenüber Belgien auch noch Holland in den kriegerischen Konflikt hineingerissen werden könnte.

» Nachdem der Botschafter Fürst Lichnowsky der britischen Regierung am 4. August 1914 versicherte, wir könnten belgisches Gebiet nicht annektieren, ohne dadurch in Konflikt mit Holland zu kommen, würde jede Abweichung von dieser Versicherung mit Notwendigkeit Holland zu der Schlussfolgerung drängen, die unser Vertreter selbst gezogen hatte.

» *Indem wir unter allen Umständen für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit aller Völker und gegen jede Annexionspolitik eintreten, sind wir überzeugt, unserem Volke den grössten Dienst zu leisten.*

» Mit ausgezeichneter Hochachtung ganz ergebenst

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands :
Fr. Ebert.

» *Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion :*
Scheidemann.

Unverkürzter Wortlaut einer *Eingabe des sozialdemokratischer Partei- und Fraktionsvorstandes an den Reichskanzler.*

Resolution des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion.

« In Erwägung, dass Annektionen volksfremder Gebiete gegen das Selbsbestimmungsrecht der Völker verstossen und dass überdies durch sie die innere Einheit und Kraft des deutschen Nationalstaates nur geschwächt und seine politischen Beziehungen nach aussen dauernd aufs schwerste geschädigt werden, bekämpfen wir die darauf abzielenden Pläne kurzsichtiger Eroberungspolitiker. Vom Standpunkt des deutschen Interesses nicht minder wie von dem der Gerechtigkeit halten wir die Wiederherstellung Belgiens darum für geboten. »

Wortlaut des Absatzes 4 der am 16. August 1915 in Berlin von der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstags und dem sozialdemokratischen Parteiausschuss, angenommenen Leitsätze zur Friedensfrage. Der sozialdemokratische Parteiausschuss ist nach dem Kongress die höchste Instanz der Sozialdemokratie : ausser dem Parteivorstand gehören ihm etwa 40 permanente Delegierte der in den verschiedenen Bundesstaaten tätigen sozialdemokratischen Landes-Organisationen an.

B.

REDEN UND ERKLÄRUNGEN IM REICHSTAG UND IN DEN LANDTAGEN.

Im Reichstag.

Die Erklärung vom 4. August 1914.

« Wir fühlen uns im Einvernehmen mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbstständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkennt, wenn wir in Uebereinstimmung mit ihr *jeden Eroberungskrieg verurteilen...* »

Aus der am 4. August 1914 im Namen der *sozialdemokratischen Fraktion* im *Reichstag* verlesenen Erklärung.

Karl Liebknecht.

« Unter Protest jedoch gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschwor, gegen die kapitalistischen Ziele, die er verfolgt, *gegen die Annexionspläne*, gegen den Bruch der belgischen und luxemburgischen Neutralität, gegen die Militärdiktatur, gegen die soziale und politische Pflichtvergessenheit, deren sich die Regierung und die herrschenden Klassen auch heute noch schuldig machen, lehne ich die geforderten Kriegskredite ab... »

Aus der *Erklärung*, die *Karl Liebknecht* in der Reichstagssitzung vom 2. Dezember 1914 verlesen wollte. Liebknecht hatte die Erklärung allen Abgeordneten zugehen lassen, wurde jedoch an ihrer Verlesung durch den Reichstagspräsidenten Kämpf verhindert. Ihr Text ist bis heute in der deutschen Presse noch nicht erschienen.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

« Die wilden Zertrümmerungs- und Zerstückelungspläne aus den feindlichen Ländern haben wir nicht vergessen. Als ehrliche Leute wollen wir aber gestehen, dass *auch bei uns zu Lande Eroberungspläne*

ausgeheckt worden sind, an deren Verwirklichung kein politisch reifer Mensch im Reiche denken konnte und deren öffentliche Erörterung, wenn sie möglich gewesen wäre, auch gezeigt hätte, dass das deutsche Volk sie ablehnt. Meine Partei hat gegen diese Eroberungspläne sofort entschiedene Verwahrung eingelegt. Im Ausland sind sie benutzt worden, um die Fortsetzung des Krieges immer wieder von neuem als absolut notwendig nachzuweisen. *Annexionen volksfremder Gebiete verstossen gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker.* Wer will übrigens ernsthaft bestreiten, dass durch solche Annexionen die innere Einheit und Kraft des deutschen Nationalstaates nur geschwächt werden könnte. Unsere politischen Beziehungen nach aussen müssten dadurch dauernd schwer geschädigt werden, eine immerwährende Kriegsgefahr und immer drückender werdende Rüstungslasten wären die absolut sichere Folge. »

Aus der Rede, die der Abgeordnete *Philipp Scheidemann* im Namen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 9. Dezember 1915 im *Reichstag* hielt.

Ein Redner der Fraktionsmehrheit.

« Der Kanzler hat eine Sicherung gegen frivole Angriffe verlangt. Wenn es eine solche Sicherung gibt, dann wollen wir sie alle haben. Wir wollen die kommenden Generationen davor bewahren, dass auch sie um ihren Anspruch auf Glück betrogen werden. Es fragt sich nur, worin besteht die Sicherheit gegen eine Wiederholung frivoler Angriffe?

» *Keine Sicherung würde die Unterjochung eines Volkes sein,* die Vergewaltigung eines Volkes *mit eigenem geistigem Leben.* Ich habe mich gefreut zu hören, dass dem Kanzler die Absicht der Unterjochung eines Volkes nicht vorschwebt. Heute kann ein Krieg nicht mehr so ausgehen wie die preussischen Kriege, denn der Besiegte, dessen Lebensinteressen mit Füssen getreten oder auch nur angetastet werden, findet heute in den Nachbarn des harten grausamen Siegers sehr bald Bundesgenossen, und im Vertrauen auf deren Hilfe brütet er Pläne zu Vergeltungskriegen aus. Die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts zeigt, dass Grossmut der Staatsmänner sich belohnt macht. Wenn 1866 gewisse Annexionspläne nicht durch einen zielbewussten genialen Staatsmann unterdrückt worden wären, wäre dann das Jahr 1870 möglich gewesen ? (Sehr richtig ! bei den Sozialdemokraten.) Also auf dem Wege der Vergewaltigung eines Volkes mit eigenem geistigen Leben ist eine Sicherung nicht möglich. »

Aus einer Rede des Mehrheitsabgeordneten *Dr. Landsberg* in der *Reichstagssitzung* vom 9. Dezember 1915.

Die Fraktionserklärung vom 21. Dezember 1915.

« Wir erheben auch in dieser Stunde wieder unseren Einspruch *gegen alle Eroberungspläne*, die darauf ausgehen, andere Völker zu vergewaltigen. Dadurch würde die nationale Kraft und Einheit des Deutschen Reiches geschwächt, seine Beziehungen nach aussen dauernd geschädigt und der Keim zu neuen Kriegen gelegt werden. »

Aus einer Erklärung, die der Abgeordnete *Ebert* im Auftrag der Mehrheit der *sozialdemokratischen Fraktion* in der Reichstagssitzung vom 21. Dezember 1915 verlas.

Die Erklärung der Zwanzig.

« Wie wir Eroberungspläne, die von Regierungen und Parteien anderer Länder aufgestellt werden, mit aller Kraft bekämpfen, so wenden wir uns mit derselben Entschlossenheit auch gegen *das verhängnisvolle Treiben der Annexionspolitiker unseres Landes*, die in gleicher Weise wie jene das stärkste Hindernis für die Einleitung von Friedensverhandlungen sind. Diese gefährliche Politik hat der Reichskanzler am 9. Dezember, als er zu der sozialdemokratischen Interpellation das Wort ergriff, nicht von sich gewiesen, er hat ihr vielmehr Vorschub geleistet, und die sämtlichen bürgerlichen Parteien haben in Unterstützung seiner Ausführungen ausdrücklich Gebietserwerbungen gefordert. Erfolgversprechende Friedensverhandlungen sind aber nur möglich auf der Grundlage, dass kein Volk vergewaltigt, dass die politische und wirtschaftliche Selbstständigkeit und Unabhängigkeit jedes Volkes gewahrt, dass allenthalben Eroberungsplänen jeder Art entsagt wird.

» Unseren Friedenswillen und *unsere Gegnerschaft gegen Eroberungspläne* können wir nicht vereinbaren mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten. Wir lehnen die Kredite ab. »

Aus einer Erklärung, die der Abgeordnete *Geyer* im Namen von 20 *sozialdemokratischen* Abgeordneten am 21. Dezember 1915 im Reichstag abgab.

Der Führer der Opposition.

1.

« Nach den unbestimmten, allgemeinen, vieldeutigen Aeusserungen des Herrn Reichskanzlers und nach den letzten Worten des Herrn Spahn ist es notwendig, dass unser Volk und die Welt erfahren, dass

nicht etwa der gesamte Reichstag mit diesen Ausführungen einverstanden ist.

» Nein, meine Herren, ich erkläre für meine Person, dass ich die Gemeinschaft mit den Anschauungen, die hier zum Ausdruck gekommen sind, mit aller Entschiedenheit ablehne und ich weiss mich eins darin mit der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes.

» Meine Herren, wollen Sie denn wirklich, dass aus diesem Gemetzel, das ja alle bedauert haben schliesslich als Ergebnis herauskommt ein Europa, das einen Trümmerhaufen bildet, durchtränkt von Tränen und Blut ?! *Wir verlangen eine Absage an alle Eroberungspläne* von welcher Seite sie auch kommen und in welcher Form sie sich auch äussern. »

Aus einer Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten *Hugo Haase* in der Reichstagssitzung vom 9. Dezember 1915.

2.

« Der Reichskanzler hat gestern wenigstens einen Zipfel von seinen Kriegszielen gelüftet. Er ist noch nie so deutlich geworden. Deutschland werde freiwillig, sagt er, die Polen, Balten, Letten, Littauer nicht dem reaktionären Russland ausliefern. Was soll aus Polen werden ? Jedenfalls wenden wir uns mit Nachdruck gegen einen Plan, der etwa darauf hinauskommen sollte, wiederum eine Teilung Polens vorzunehmen. Es wäre unverantwortlich, dieses Kapitel der Weltgeschichte um ein neues zu bereichern. Wenn es sich darum handelt, Polens Volk selbstständig zu machen, so muss es *selbstständig entscheiden*, welche Staatsform es erhalten soll. Wir fragen ferner, was soll mit den Balten, Littauern, Letten geschehen ? Sollen sie einem Staat angegliedert werden und welchem ? Die Bevölkerung dieses Gebietes hat bis kurz vor dem Krieg nicht den Wunsch gehabt nach einem Zusammenschluss mit dem Deutschen Reiche. Die kraftvolle sozialdemokratische littauische und lettische Partei hat sich stets gegen eine Losreissung von Russland ausgesprochen. Sie wollten freie Verwaltung und haben dafür heldenmütige Opfer gebracht. Wenn Sie diese Volksstämme jetzt von Russland befreien wollen, so denken sie daran, dass, als sie ihrerseits den Befreiungskampf führten, sie als Schnorrer und Verschwörer von unsern Grenzen gewiesen wurden. Man spricht davon, diesem Volke einen Aufstieg zu ermöglichen. Aber *beneficia non obtruduntur* (Wohltaten sind nicht aufzudrängen). Wie der Aufstieg dieses Volkes am besten zu ermöglichen ist, muss es selbst entscheiden. *Unser Grundsatz : gegen Annektionen wird von uns uneingeschränkt vertreten*. Dieser Grundsatz ist auch ein Gebot der politischen Klugheit.

Was Marx und Engels, Bebel und Liebknecht 1870 vorausgesagt haben, ist schmerzliche Wahrheit geworden. Frankreich ist durch die damalige Politik, die zum Teil über Bismarcks Kopf hinweg durchgeführt worden ist, in die Arme Russlands getrieben. Mit aller Schärfe müssen wir uns auch gegen die Ausführungen des Reichskanzlers über Belgien wenden. Gewiss soll Belgien nicht ein englicher und französischer Vasallenstaat werden, aber auch nicht ein deutscher. Gewiss soll es nicht wirtschaftlich und militärisch zu einem Bollwerk gegen Deutschland ausgebaut werden, aber auch nicht zu einem Bollwerk gegen Frankreich und England. Dem vlämischen Volk wünschen wir gewiss eine seiner Eigenart entsprechende Entwickelung. Aber nur ein ganz kleiner Bruchteil des vlämischen Volkes will seinen staatlichen Zusammenhang mit den Wallonen lösen. *Wir fordern die staatliche Wiederherstellung Belgiens und seine politische und ökonomische Selbständigkeit.* Wir erheben unsere Forderung nach wie vor aus dem Gefühl des Rechts, wir sind aber auch der Auffassung, dass nur wenn Deutschland entschlossen ist, *das Belgien zugefügte Unrecht wieder gut zu machen*, wir in absehbarer Zeit zum Frieden kommen können. Abgeordneter Spahn hat aus den Worten des Reichskanzlers die Folgerung gezogen, dass Belgien politisch, wirtschaftlich und militärisch in unsere Hand kommen müsse. (Sehr richtig rechts und im Zentrum.) Diese Form der Annektion wäre für ein freies Volk, das einen selbständigen Staat gebildet hat noch viel schlimmer als die Wegnahme eines kleinen Streifens Land. Die Souveränität würde dadurch beseitigt. In Bayern zirkuliert eine Petition mit den Unterschriften bekannter Persönlichkeiten aller Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie, Liberale, Konservative, christliche Gewerkschafter usw. Und da heisst es : « Unter Ablehnung einer politischen Entrechtung der beiden belgischen Völker muss das deutsche Reich militärischen Schutz gegen Anschläge der Westmächte auf Belgien haben. Im Interesse einer ungestörten Entwicklung muss dem Deutschen Reich die politische Vertretung Belgiens nach aussen übertragen werden. » Hat ein Staat noch Souveränitätsrechte und eigenen Willen, wenn er nach aussen hin keine Vertretung hat, sondern sie einem anderen Staat übertragen muss ? Und über Frankreich sagte diese Petition : « Die unserer bisherigen Grenze nahegelegenen französischen Eisenerzgebiete gehören verkehrs- und wirtschaftspolitisch zu Deutschland. » Für Russland wird nicht nur die Forderung möglichster Zurückdrängung aus den nicht von Grossrussen bewohnten Gebieten aufgestellt, sondern auch die der Angliederung der Ostseeprovinzen und der südlich anschliessenden Gouvernements an das Deutsche Reich, und gegen England die Verbesserung unserer militärischen Stellung

durch Gewinnung von Stützpunkten für den See- und Luftkrieg gegenüber der englischen Küste. (Sehr richtig ! rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.) Ich stelle fest, dass das auch Ihre Anschauungen sind.

Der Reichskanzler hat bestritten, dass die Ländergier bei uns eine Rolle spiele. Weiss er nicht, dass in der Kriegsliteratur immer wieder die Forderung erhoben wird, neue Länder für unsere überschüssige Bevölkerung zu gewinnen ? (Sehr richtig ! rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.) Der alldeutsche Zweigverein Köln hat noch am 20. März 1916 einen Aufsatz von Adolf Bartels verschickt, worin es heisst : « Man täusche sich nicht, dass alle die Humanitätsideale für immer dahingesunken sind. Wir wollen das eine, was not tut, Land, um grössere Volksmassen zu ernähren. » (Zuruf rechts : Das ist auch recht !) Bartels schliesst mit dem Ruf : Land, Land, Land ! Ich verstehe Ihre Ansicht, aber wie Sie sich bei solchen Ansichten über den Vernichtungswillen anderer Völker entrüsten können, das ist mir allerdings nicht ganz klar. »

Aus einer Rede, die der Abgeordnete *Hugo Haase*, im Namen der von ihm präsidierten *Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft* (19 Mitglieder), am 6. April 1916 im *Reichstag* hielt.

Wilhelm Dittmann.

1.

« Die *Annexionisten erfreuen sich der weitgehendsten Duldung*, die Vertreter des Gedankens der Völkerverständigung werden als halbe Landesverräter behandelt. Auch bürgerliche Friedensfreunde werden so behandelt, Sozialisten und Pazifisten, das sind die « isten », die ein Dorn im Auge des Generalkommandos sind. Alle Veröffentlichungen des Bundes *Neues Vaterland* werden in Münster verboten, aber von der Annektionspresse kann er ruhig angegriffen werden... Man will Parlament und Regierung suggerieren, dass das Verlangen nach Annexion die wahre Stimme des Volkes sei. *Diesen verderblichen Irrwahn gelte es zu zerstören*. Deshalb muss die Bahn freigemacht werden für die Erörterung der Kriegsziele. Dann werden die Herren Annektionisten ihr blaues Wunder erleben... »

Aus einer Rede des zur Opposition gehörenden Reichstags-Abgeordneten *Wilhelm Dittmann*, die er in der Sitzung vom 18. Januar 1916 im Reichstag hielt.

2.

« Wenn die Möglichkeit dazu gegeben ist, dann werden Sie ganz andere Töne hören aus dem deutschen Volk als was aus der Petition

Schäfer hervorklang. Dann wird Ihnen das deutsche Volk begreiflich machen, dass es nicht gewillt ist den Krieg auch nur eine Sekunde länger zu führen, nur weil *wahnsinnige Annexionspolitiker* die Grenzen des Deutschen Reiches am liebsten im Osten bis zum Ural und im Westen bis zum Atlantischen Ozean strecken würden. »

Aus einer Rede des Abgeordneten *Wilhelm Dittmann* in der Reichstagssitzung vom 26 Mai 1916.

3.

« Eine Abstimmung im deutschen Volke würde deutlich zeigen, dass das Volk den Frieden auf der Basis will, wie Stadthagen es gekennzeichnet hat, und nicht einen Krieg bis zum Weissbluten. Deshalb schliesse ich : *Nieder mit der Annektionsclique* und Frieden ohne Vergewaltigung ! »

Aus einer Rede des Abgeordneten *Wilhelm Dittmann* in der Reichstagssitzung vom 30. Mai 1916.

Artur Stadthagen.

« Wenn das Mitbestimmungsrecht des Volkes durchgeführt wird, wie es Herr v. Graefe verlangte, dann würde die ungeheure Mehrheit des Volkes erklären : *wir wollen einen Frieden ohne Annexionen*. Was müssen das für politische Kindsköpfe sein, die glauben, es brauchte nur ein Grenzstein verrückt zu werden, damit wir den Frieden bekämen. Die Menschen müssen verrückt sein, die so was glauben. Dieselben, die schon vor dem Kriege in allen Ländern als Kriegshetzer bezeichnet werden, sind es, die jetzt den Krieg dadurch verlängern, dass sie für Annexionen eintreten. Sie wollen den Mund denen verschliessen, die für die Verständigung der Völker sind. Deshalb verlangen wir freie Bahn für die Erörterung der Kriegsziele. »

Aus einer Rede des zur Opposition gehörenden Abgeordneten *Stadthagen* in der Reichstagssitzung vom 30. Mai 1916.

Im preussischen Landtag.

Ein Mitglied des Parteivorstandes.

« Es darf nicht geschehen, dass aus dem grössten Unglück, das je die Menschheit betroffen hat, Kapital geschlagen wird. Und die Kreise, denen diese Riesengewinne zugute kommen, sind es denn auch, die für eine Fortführung des Krieges bis zur Verwirklichung der *verstiegensten*

Annexionspläne eintreten. Ich erinnere an die Rede des Freiherrn von Wangenheim auf dem landwirtschaftlichen Genossenschaftstag in Pommern. Demgegenüber erklären wir : Die grosse Masse des deutschen Volkes hat den dringenden Wunsch, dass die Regierung keine Gelegenheit, zu einem baldigen Friedenschluss zu gelangen, verabsäumt.

» Sie dient den wahren Interessen des Landes, wenn sie eine weitere Verschärfung der internationalen Lage verhindert. Es war vor allem ihre Pflicht, *gegen die Annexionsbestrebungen aller Art*, wie sie von einem deutschen Bundesfürsten, von politischen Parteien, von kapitalistischen Interessengruppen aus Kapitalsrücksichten (Zuruf b. d. Sozialdem. : Und vom Reichskanzler !) geäussert worden sind, entschieden Front zu machen, denn die Verwirklichung dieser Bestrebungen würde von Unheil für die Zukunft des Reiches und eine schwere Schädigung für die weitere kulturelle Entwickelung unseres Vaterlandes sein. Diese Annexionspolitik aber verstösst vor allem gegen *das uns besonders heilige Selbstbestimmungsrecht der Völker*, und Annexionen tragen, wie die Geschichte lehrt, den Keim zu neuen Kriegen in sich. Deshalb lehnt die Sozialdemokratie alle diese verwerflichen Bestrebungen ab. »

Aus einer Rede die der Landtagsabgeordnete *Otto Braun* am 24. Juni 1915 im preussischen Landtag hielt. Braun, der Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes ist, gehört nicht zur Opposition, sondern zur Mehrheit.

Die Erklärung der Landtagsfraktion.

« Wir verlangen, dass der Reichskanzler, der öffentlich kein Wort des Widerspruchs gegen die ungeheuerliche Annexionspolitik mächtiger wirtschaftlicher Verbände und anderer höchst einflussreicher Kreise gefunden hat, nicht nur diese Pläne entschieden zurückweist, sondern sich *von jeder Annexionspolitik lossagt*, die das entscheidende Hindernis für jeden Friedensschluss ist und die Entschlossenheit der Feinde zum Widerstande bis aufs äusserte steigern. Die Drohung des Reichskanzlers : je länger und beharrlicher die Feinde den Krieg gegen uns führen, um so mehr würden die von ihnen an die Zentralmächte zu leistenden Garantien wachsen, muss die Erbitterung noch vermehren.

» Unsere Existenzmöglichkeiten erblicken wir nicht in der Schaffung eines imperialistischen Gross-Deutschlands oder Mitteleuropas, sondern in politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Völker zueinander, wie sie durch den Ausbau der Demokratie, die Beseitigung er Geheimdiplomatie und die auf freier Vereinbarung beruhende Auf-

hebung der Zollschranken herbeizuführen sind. Umgekehrt können wir als internationale Sozialdemokraten, getreu unseren programmatischen Grundsätzen und unserer ganzen Weltanschauung, auch niemals die Hand dazu bieten, dass andere Völker unterjocht werden und ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und Selbständigkeit angetastet wird. Denn wir empfinden die Leiden der Proletarier der uns heute feindlich gegenüberstehenden Länder genau so, wie die Leiden unserer eigenen Volksgenossen. Unsere Feinde werden nur dann zu einem Frieden geneigt sein, wenn ihnen die gleiche Sicherung und Wahrung ihrer *nationalen Rechte* und Interessen gewährleistet wird, wie wir Sozialdemokraten sie für Deutschland beanspruchen. Insbesondere verlangen wir, dass *die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Belgiens* wiederhergestellt und das diesem Lande zugefügte und selbst vom Reichskanzler am 4. August 1914 eingestandene Unrecht in vollem Umfange wieder gutgemacht wird...

» Wir fordern, dass die deutsche Regierung den Regierungen anderer Länder vorangeht und ihre *Eroberungspläne aufgibt*, damit die Bahn für den dem Wohle der Menschheit dienenden Frieden geebnet wird. »

Aus der Erklärung, die der Abgeordnete *Dr. Hirsch* im Auftrag der *sozialdemokratischen* Fraktion am 17. Januar 1916 im preussischen Landtag verlas.

Der politische Leiter des « Vorwärts ».

« Die obersten Vertreter der Zensur sind rein feudale Militärs mit absolutistischer Auffassung, und die ausführenden Organe geben auch keinerlei Garantie einer paritätischen Behandlung der Presse, der Parteien und der Strömungen im Volke, denn es sind ebenfalls Militärs, Polizeibeamte, Staatsbeamte usw., Zivilisten drin, *alles Leute, die den Alldeutschen und Annexionisten ebenso nahestehen* wie sie rabiateste Gegner der Demokratie und erst recht der Sozialdemokratie sind. Der Abgeordnete Bacmeister hat ja in der Kommission ausdrücklich gesagt, die ausführenden Organe der Zensur stehen auf seinem Standpunkt, das heisst also auf dem Standpunkt der sechs Wirtschaftsverbände. (Hört, hört ! bei den Sozialdemokraten.) Danach kann man sich vorstellen, wie diejenigen behandelt werden, die auf einem anderen Standpunkt stehen. Haben Sie denn auch schon einmal erlebt, dass etwa einer der Annexionspolitiker verwegenster Art in Schutzhaft genommen wäre, wie zahlreiche Sozialdemokraten ? Hat man jenen Leuten etwa schon jemals wegen Verbreitung von Flugschriften den Prozess gemacht ?...

» In der letzten Zeit ist im Auslande wieder eine ganze Anzahl von

Broschüren erschienen, in denen die zum Teil amerikanischen Verfasser ihrer Verwunderung darüber Ausdruck geben, was man in Deutschland alles von Ereignissen in den Ländern, mit denen es Krieg führt, erwartet hat : Revolution in Aegypten, in Indien, Erhebung der Buren, Revolution in Russland usw. Diese phantastischen Illusionen müssen natürlich bedenkliche Folgen haben. Es wird aber verhindert, gegen diese Illusionen aufzutreten. Aus solchen Phantasien ergeben sich dann auch phantastisch-kindische Ansichten über die Kriegsziele.

» Ich kann auf den Inhalt dieser Ansichten nicht eingehen, weil Sie es ja verstanden haben, diese Debatte auf die Formalien der Zensur zu beschränken, trotzdem das Volk den dringenden Wunsch hat, dass hier auch über andere politische Dinge gesprochen werde. Uebrigens brauche ich über die Kriegsziele selbst gar nicht zu sprechen, denn wir kennen ja die Denkschrift der 6 Verbände und die Denkschrift der Professoren, die nach Ansicht der Kommission über das hinausgeht, was die Denkschrift der 6 Verbände enthält ; wir wissen, dass diese Denkschriften draussen kursieren, und es ist ganz interessant, dass sogar in Berliner Professorenkreisen erst in den letzten Tagen wieder ein neues Manifest über den U-Bootkrieg herausgekommen ist. Auf der einen Seite Propaganda, auf der anderen keine Aussprachemöglichkeit ! (Hört ! hört !) Während ein Buch des Reichstagsabgeordneten Eduard Bernstein nicht einmal als Manuskript verbreitet werden darf, können diese Herren ihre für das deutsche Volk so sehr bedenkliche Tätigkeit ruhig fortsetzen. Der Steglitzer *Ausschuss für Verständigung über Kriegsziele*, dem Professor Dietrich Schäfer, die Abgeordneten Fuhrmann und Bacmeister u. a. angehören, verschickt eine Eingabe an ihre Gesinnungsgenossen, die aus der letzten Zeit stammen muss und worin angegeben wird, dass zu Werbezwecken Abdrücke zur Verfügung stehen. (Die Abgeordneten v. Pappenheim und v. Zedlitz rufen den Redner lebhaft zur Sache. — Abg. Ad. Hoffmann : Oberpräsident ! Scharfmacher ! — Präsident Graf Schwerin ruft den Redner sur Sache.) Ich habe mich bisher streng an die Sache gehalten. (Lachen rechts.) Ob es Ihnen passte, ist eine andere Frage. Hier ist also eine Kriegszielschrift, die unter der Duldung der Zensur herausgekommen ist. (Abg. v. Zedlitz : Denunziant ! — Gegenrufe der Sozialdemokraten : Unerhört !) Wenn man Sie dem Volke denunziert, so tut man ein gutes Werk. Dieser « Ausschuss für Verständigung über Kriegsziele » gibt Verbindungen in Karlsruhe, Königsberg, Düsseldorf an ; es ist also eine *ganz ausgebreitete Propagandagesellschaft*. Wir hätten das nicht vorgebracht, aber da Sie eine öffentliche Erörterung über diese Dinge unmöglich gemacht haben, müssen wir diese Machenschaften aufdecken und glei-

ches Recht für alle fordern. *Die 6 Wirtschaftsverbände* haben ja alle möglichen Parteien hinter sich : die Konservativen, Nationalliberalen, das Zentrum, selbst die Freisinnigen — ja, ja. (Neue Mahnung des Präsidenten.) Wenn Sie ein gutes Gewisses haben, dann treten Sie doch dafür ein, dass die Gegenseite das gleiche Recht erhalte. »

Aus der Rede, die der Abgeordnete *Ströbel*, politischer Redakteur des *Vorwärts* im Namen der sozialdemokratischen Fraktion am 22. Februar 1916 im preussischen Landtag hielt.

Im bayrischen Landtag.

Dr. Adolf Müller.

« In der Erwägung, dass Annexionen volksfremder Gebiete gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstossen, dass durch sie die innere Einheit und Kraft des deutschen Nationalstaates nur geschwächt und seine politischen Beziehungen nach aussen dauernd aufs schwerste gefährdet werden, *bekämpfen wir* die darauf abzielenden *Pläne kurzsichtiger Eroberungspolitiker...* »

Aus der Rede, die der Abgeordnete *Dr. Müller* am 25. November im *Bayrischen Landtag* hielt. Bericht der *Münchener Neuesten Nachrichten* vom 26. November 1915.

C.

MANIFESTE UND FLUGBLÄTTER.

Ein Aufruf der Sekretärin der sozialistischen Fraueninternationale.

« Wir Sozialistinnen müssen in allen Ländern die Frauen rufen und sammeln, damit sie sich dem weiteren Wahnwitz des Völkerringens entgegenstemmen. Millionenstimmig, unwiderstehlich muss unser Schrei ertönen : Genug des Würgens, genug der Verheerung ! Kein Ringen bis zur Erschöpfung, bis zum Verbluten der Völker. Friede, dauernder Friede ! Darum *kein Antasten der Unabhängigkeit und Würde irgend einer Nation* ! *Keine Annexionen*, für kein Land demütigende Friedensbedingungen, die nicht Bürgschaft der Sicherheit für die Nachbarn sind, sondern Anreize zum erdrückenden Wettrüsten und zu neuen greuelvollen Welthändeln... »

Aus einem *Aufruf* an die sozialistischen Frauen aller Länder, den *Klara Zetkin*, in dem von ihr geleiteten Organ *Die Gleichheit* (Nr. 5, 27. November 1914, Titelseite) veröffentlichte. Die gesamte Auflage dieser Nummer wurde sofort beschlagnahmt.

Ein « Offener Brief » an den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion.

« Immer klarer war zutage getreten, dass der Krieg nicht der Verteidigung der nationalen Unversehrtheit dient. Immer deutlicher hatte sich sein *imperialistischer Eroberungscharakter* offenbart. Immer ungeniertere Bekenntnisse zur Annexionspolitik wurden abgelegt. Zu den Aeusserungen einflussreicher Drahtzieher des Kapitalismus traten Kundgebungen mächtiger kapitalistischer Wirtschaftsverbände, Beschlüsse der herrschenden bürgerlichen Parteien und im Februar die vom Herrenhaus mit einhelliger Zustimmung aufgenommene Rede des Herrenhauspräsidenten, die die Möglichkeit eines sofortigen Friedens unter Aufrechterhaltung des bisherigen deutschen Besitzstandes feststellte, aber die Fortsetzung des Krieges zu Eroberungszwecken für geboten erklärte, eine Rede, durch die sich die Mehrheit der sozial-

demokratischen Fraktion dennoch nicht an der Bewilligung neuer zehn Milliarden Kriegskredite und des Budgets hatte hindern lassen...

» Die volle Bedeutung dieser Haltung der Fraktionsmehrheit ergibt sich aus der Tatsache, dass ihr das Kriegsziel der Regierung ganz autoritativ bekannt war. *Unverblümt hatte der Reichskanzler in der Reichstagssitzung vom* 28. *Mai den Eroberungskrieg proklamiert*, zu dessen Programm, wie die Fraktion wusste, die offene Annexion russischer und französischer Gebietsteile und unter dem Etikett der zwangsweisen wirtschaftlichen Angliederung die versteckte Annexion Belgiens gehört...

« Der Augenblick heischt gebieterisch sofortiges Handeln. In den letzten Stunden sind der König und der Kronprinz von Bayern öffentlich als Befürworter der Eroberungspolitik hervorgetreten. Keinem, der noch länger zögert, kann fürderhin Gutgläubigkeit und Unkenntnis zugebilligt werden. Der Tatbestand liegt unzweideutig ; die Situation ist vom letzten Nebel geklärt. Die Alternative lautet schlechthin : Parteirettung oder Parteizerstörung. Wir warnen vor der Fortsetzung der Politik des 4. August und des 29. Mai. »

Aus einem *Offenen Brief*, den am 9. Juni 1915 *mehrere Hundert sozialdemokratisch gesinnte Vertrauensmänner* (Parteifunktionnäre, Gewerkschaftsbeamte, Abgeordnete, Redakteure), an den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und an den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion richteten. Der *Offene Brief* wurde *im geheimen als Flugblatt* in verschiedenen Orten Deutschlands *verteilt* trotz der scharfen Massnahmen, welche die Polizei dagegen ergriff. Sein Wortlaut durfte in der deutschen Presse nicht veröffentlicht werden.

Das Manifest Bernstein-Haase-Kautsky.

« Die Stunde der Entscheidung ist gekommen. Die deutsche Sozialdemokratie ist vor eine Frage gestellt, die für die Geschicke des deutschen Volkes, für die Zukunft der Kulturwelt von der grössten Tragweite ist.

» Forderungen, für die schon in früheren Monaten eine gewisse Presse, sowie Vereinigungen, denen keine grössere Bedeutung beigelegt wurde, systematisch Stimmung gemacht hatten, sind in den letzten Wochen von Persönlichkeiten in hervorragender Stellung, sowie von einflussreichen Körperschaften in teilweise sogar noch verschärfter Form vertreten worden. Programme werden aufgestellt, die dem *gegenwärtigen Krieg den Stempel eines Eroberungskrieges aufdrücken*...

» Angesichts aller dieser Kundgebungen zu Gunsten von Annektionen muss sich die deutsche Sozialdemokratie die Frage vorlegen, ob

sie mit ihren Grundsätzen und mit den Pflichten, die ihr als Hüterin der materiellen und moralischen Interessen der arbeitenden Klassen Deutschlands obliegen, vereinbaren kann, in der Frage der Fortführung des Krieges an der Seite derjenigen zu stehen, deren Absichten in schroffstem Widerspruch sind zu den Sätzen der Erklärung unserer Reichstagsfraktion vom 4. August 1914, in denen diese aussprach, dass sie im Einklang mit der Internationalen *jeden Eroberungskrieg verurteilt.*

Dieser Satz würde zur Lüge gestempelt werden, wenn die deutsche Sozialdemokratie jenen Erklärungen aus den Kreisen der Machthaber gegenüber es bei dem *Aussprechen akademischer Friedenswünsche* bewenden liesse. Zu deutlich haben wir es erfahren müssen, dass man auf solche Bekundungen auch nicht die geringste Rücksicht nimmt...

» Was verschiedene unter uns befürchtet haben, zeichnet sich immer bemerkenswerter ab : Man erlaubt der deutschen Sozialdemokratie die Kriegsmittel zu bewilligen, man geht aber kühl über sie hinweg bei den für die Zukunft unseres Volkes folgenschwersten Beschlüssen...

» Nachdem die *Eroberungspläne vor aller Welt offenkundig* sind, hat die Sozialdemokratie die volle Freiheit, ihren gegensätzlichen Standpunkt in nachdrücklichster Weise geltend zu machen, und die gegebene Situation macht aus der Freiheit eine Pflicht. »

Aus dem *Aufruf*, den *Eduard Bernstein, Hugo Haase*, der damals noch erster Vorsitzender der deutschen Sozialdemokratie war und *Karl Kautsky* am 19. Juni 1915 in der *Leipziger Volkszeitung* erliessen und der sehr grosses Aufsehen erregte. Sein Titel « Das Gebot der Stunde » wurde bald verdrängt durch den populäreren : « Das Manifest der Drei ». *Im geheimen* wurde der Aufruf unter den Arbeitern Deutschlands *als gedrucktes Flugblatt verbreitet* : wo die Polizei seiner habhaft werden konnte, beschlagnahmte sie ihn.

Ein Flugblatt.

« *Niemals können sozialistische Arbeiter im Protest gegen Annexion erlahmen*, sie schwächen sonst ihre eigenen Reihen, verringern die Agitationskraft der sozialistischen Idee und ersticken in den Arbeitermassen das Klassenbewusstsein. Welch' stattliche Kämpferzahl für den Sozialismus war aus dem belgischen Proletariat allmählich erstanden. Welche Bedeutung hatten ihre Genossenschaftsbildungen, ihre Wahlrechtskämpfe auch für uns deutsche Arbeiter gehabt ! Die Annexion würde einen Teil unserer belgischen Genossen auf das Niveau einer nationalistisch verhetzten Menge zurückstossen. Nicht mehr die

Erringung des Sozialismus, sondern die Wiedergewinnung der belgischen Unabhängigkeit würde die zugkräftige Parole bei den Massen werden. Und die uns gemeinsam wirtschaftlich und politisch Beherrschenden könnten sich schmunzelnd die Hände reiben, es wäre wieder einmal gelungen, mit der Methode des *Divide et impera* (Teile und herrsche !) den Ansturm der sozialistischen Bewegung zurückzuwerfen. Die Eroberungen im Westen und Osten, die festgehalten werden sollen, umfassen ungefähr in Belgien 7,5, in Frankreich 3,5, im Osten 5 Millionen Einwohner. Welch' gewaltige Masse von proletarischen Klassengenossen ist in diesen 16 Millionen enthalten ! Und dieses gewaltige Rekrutierungsgebiet für den Sozialismus sollten wir leichtherzig dem wildesten, weil verzweifeltsten Nationalismus ausliefern ? Nein, die Kampffront der Arbeiter soll wenigstens in den kommenden Friedenszeiten nicht mehr gegeneinander gerichtet sein. Der Klassenkampf der sozialistischen Arbeiter kennt nur einen Feind in allen Ländern : den Kapitalismus.

» Indem das Klassenbewusstsein das fremdstaatliche oder fremdsprachliche Proletariat mitumfasst, erweitert es sich zum internationalen Gemeinschaftsbewusstsein. Dass in dieser internationalen Proletarierfamilie nicht der eine Bruder den andern in politischer Vergewaltigung halten kann, bedarf keiner besonderen Begründung. *Annexionszustimmung ist schmählicher Verrat am internationalen Sozialismus.*

» Die *Annexionslüsternen in der Partei* fragen verwundert, ob uns denn die jetzige Staatenkarte heilig und unverletzlich erscheine. Es wird gespöttelt, dass wir uns als Hüter des Wiener Kongresses zu betrachten scheinen ! Wir wissen, dass die Gewaltpolitik der herrschenden Klasse bis jetzt Geschichte gemacht hat. Für uns sind die staatlichen Ergebnisse Uebergangsstationen, und grössere wirtschaftliche Zusammenfassungen wären uns in ihrer Tendenz schon recht. Der Sozialismus braucht grossräumige politische Entwicklung. Aber alles das muss nach unseren Grundsätzen und unserem Programm *das Werk der Selbstbestimmung der Völker* sein ! »

Aus einem Flugblatt « *Der Annexionswahnsinn* » betitelt, das im Sommer 1915 unter den Berliner Arbeitern zur Verteilung gelangte. Mehrere Verhaftungen erfolgten deshalb und der *Vorwärtsredakteur Dr. Ernst Meyer*, wurde als einer der angeblichen Autoren vor Gericht gestellt, das ihn jedoch freisprach.

Ein offizielles Parteimanifest.

« Die Reichstagsfraktion und der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie haben stets einmütig die Eroberungs- und Annexions-

politik bekämpft. Wir erheben erneut *den schärfsten Protest gegen alle Bestrebungen und Kundgebungen zu Gunsten der Annexion fremder Landesteile* und der Vergewaltigung anderer Völker, wie sie insbesondere durch die Forderung grosser wirtschaftlicher Verbände und die Reden führender bürgerlicher Politiker der Oeffentlichkeit bekannt wurden. Schon die Geltendmachung solcher Bestrebungen schieben den vom ganzen Volke heiss ersehnten Frieden immer weiter hinaus. Das Volk will keine Annexionen, das Volk will den Frieden. »

Aus dem *Manifest*, das der *Vorstand der sozialdemokratischen Partei* unter dem Titel « Sozialdemokratie und Frieden » am 26. Juni 1915 in der sozialdemokratischen Tagespresse veröffentlichte. Der « Vorwärts » wurde wegen der Veröffentlichung beschlagnahmt. Die gesamte bürgerliche Presse und auch die regierungsoffiziöse « Norddeutsche Allgemeine Zeitung » brachten scharfe Angriffe gegen den Aufruf. In einigen Provinzblättern, zum Beispiel im « Halleschen Volksblatt », hatte die Zensur den Satz: « Das Volk will keine Annexionen, das Volk will den Frieden. » unterdrückt.

D.

ABGEORDNETE AUSSERHALB DES PARLAMENTS.

Eduard Bernstein.

1.

« In weiten Kreisen des Volkes, bis in die Reihen der Arbeiter hinein, wird die *Annexion Belgiens* verlangt. Belgien besteht aus 3 Millionen Wallonen, die ausschliesslich französisch sprechen, und 3 ½ Millionen Flamländern, die trotz ihres Plattdeutsch Deutschfeinde sind. Ich gebe mich der Hoffnung hin, dass die deutsche Reichsregierung diesem Annexionsverlangen nicht zustimmen wird. »

Aus einer Rede, die der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete *Eduard Bernstein* am 25. Oktober 1914 in einer Berliner Metallarbeiterversammlung hielt, die im grossen Saale des Berliner Handwerkervereins stattfand.

2.

« Oberster Grundsatz der Völkerbeziehungen, gemäss dem Programm und den Kongressbeschlüssen der Sozialdemokratie ist das nationale Selbstbestimmungsrecht der Völker im Rahmen des für alle gleichmässig geltenden internationalen Rechts.

» Die deutsche Sozialdemokratie erachtet es daher als ihre Pflicht, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu wirken, dass dieser Grundsatz beim Friedensschluss von keiner Seite und unter keinem Vorwand verletzt wird. *Es darf keinem Volk, das sich bisher der nationalen Selbstbestimmung erfreute, oder Teilen eines solchen Volkes dieses Selbstbestimmungsrecht genommen oder verkürzt werden und kein Gebietswechsel erfolgen, der solche Beraubung bedeuten würde. Die Sozialdemokratie erkennt kein Recht der Eroberung von Nation gegenüber Nation an.*

» Wo Angehörige europäischer Kultur in Betracht kommen, die bisher unter Fremdherrschaft standen dürfen Gebietsveränderungen nicht ohne Befragung dieser Bewohner stattfinden. Die Befragung ist unter Mitwirkung neutraler Staaten so anzuordnen und zu überwa-

chen, dass die volle Freiheit der Abstimmung gesichert ist. Stimmberechtigt müssen alle mündigen Einwohner sein, die bei Ausbruch des Krieges mindestens ein Jahr im Gebiet ansässig waren.

» Es liegt im Interesse der Gesundung Europas, dass Völker europäischer Kultur, die zurzeit unter Fremdherrschaft stehen, überall dort staatliche Selbständigkeit erhalten, wo sie ein genügend grosses Gebiet bewohnen um ein eigenes Leben als Glied des internationalen Völkerverbandes entfalten zu können.

» Auf Verlangen einer genügend grossen Volkszahl muss Bevölkerungen, die zwangsweise einem Staatswesen angegliedert sind, das Recht zuerkannt werden, in direkter Abstimmung über ihre Staatszugehörigkeit zu entscheiden... »

Zur Frage Belgiens.

« Wäre schon auf Grund des im Artikel 2 Ausgeführten jede zwangsweise Annexion belgischen Gebietes oder jede Antastung der Selbstständigkeit Belgiens durch irgend einen andern Staat entschieden zu bekämpfen, so kommt im Falle Deutschlands noch hinzu, dass dieses, ohne durch irgend eine Handlung Belgiens dazu veranlasst zu sein, und wie vom Reichskanzler selbst zugestanden worden, unter völkerrechtswidriger Verletzung der belgischen Neutralität für seine Zwecke in Belgien eingedrungen ist, dessen sich widersetzendes Heer niedergeworfen und Belgien gewaltsam besetzt gehalten hat. Es ist daher Ehrenpflicht Deutschlands, unverzüglich nach Friedensschluss Belgien zu räumen, wie dies der Staatssekretär des Aeussern, von Jagow, am 4. August 1914 durch den deutschen Botschafter Fürsten Lichnowsky, dem englischen Staatssekretär Sir Edward Grey feierlich hat erklären lassen (das betreffende Telegramm lautet : « Bitte, zerstören Sie jedes Misstrauen, das auf Seiten der britischen Regierung hinsichtlich unserer Absichten bestehen könnte, indem Sie auf das Positivste die förmliche Zusicherung wiederholen, dass selbst im Falle eines bewaffneten Konfliktes mit Belgien Deutschland unter keinerlei Vorwänden belgisches Gebiet annektieren wird », und das belgische Volk für den ihm zugefügten Schaden in vollem Masse zu entschädigen... »

Aus den von *Eduard Bernstein*, in den am 14., 15 und 16. August 1915 stattgehabten gemeinsamen Sitzungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses, vorgelegten *Leitsätzen zur Friedensfrage*. Bernstein war Referent der Minderheit. Da die von dem Referenten der Mehrheit, dem Reichstagsabgeordneten Eduard David, vorgelegten Leitsätze angenommen wurden, gelangten die Bernstein'schen Vorschläge nicht mehr zur Abstimmuung. *In der deutschen Tagespresse durften sie infolge der Zensur bis heute nicht gebracht werden.* Der weiten Oeffentlichkeit wurden sie zur Kenntniss gebracht durch die Pariser *Humanité* vom 28. September 1915.

Gustav Hoch.

« Wir müssen dieselbe Freiheit und Gleichberechtigung, die wir für und selbst beanspruchen, allen andern Völkern zugestehen. Ein solcher Frieden ist keine Niederlage, keine Demütigung irgend eines Volkes, da jedem Volke seine Unabhängigkeit unangetastet bleibt und es nach seinen Versicherungen den Krieg nur um dieses Zieles willen führt. Ein solcher Frieden ist der Sieg aller Völker ; denn sie alle haben die wirklichen oder vermeintlichen Gefahren abgewendet, die ihre Unabhändgigkeit bedrohten...

» Unsere Eroberungsschwärmer erstreben aber ganz besonders einen grösseren Kolonialbesitz, einen massgebenden Einfluss des Reiches auf die wichtigsten in absehbarer Zeit zu erschliessenden Ausbeutungsgebiete. Wem würden diese Errungenschaften nützen ? Nur einigen wenigen Grosskapitalisten ; die grosse Masse des arbeitenden Volkes würde wie bisher so auch in Zukunft mehr Schaden als Nutzen von derartigen Erfolgen haben. Wir müssten grosse Geldmittel aufwenden, wieder und wieder Vernichtungsfeldzüge gegen die Einheimischen unternehmen und hätten davon bei weitem nicht den Nutzen, wie wenn wir diese Arbeit und diese Geldmittel aufwenden würden, um im eigenen Lande die Arbeits- und Lebensverhältnisse des arbeitenden Volkes zu verbessern, Kunst und Wissenschaft, Gewerbe und Handel zu fördern...

» Wer sich aber über alle diese Erfahrungen hinwegsetzt, der möge einen Blick darauf werfen, wie sich die Verhältnisse dann gestalten müssen, wenn der Krieg nach den Wünschen der Eroberungsschwärmer verläuft, wenn er unsere Gegner völlig zu Boden schlagen und uns grosse Eroberungen einbringen würde. Dann wäre es unvermeidlich, dass wir nach der Beendigung des Krieges unsere Waffengewalt möglichst stark wieder aufrichten, um den gedemütigten Völkern und den andern Völkern, die unsere Macht fürchten, zu zeigen, dass wir unsere Eroberungen uns auf die Dauer erhalten wollen und können. Die anderen Völker werden sich jedoch nicht ins Hintertreffen drängen lassen : sie bauen um so eifriger ihre Rüstungen aus und zwingen uns dadurch zu immer neuen Vermehrungen unseres Landesheeres, unserer Flotte und unserer Luftschiffe. So würde nach dem Kriege das Wettrüsten der Völker von neuem beginnen, aber ein viel schlimmeres Wettrüsten als vor dem Kriege...

» Ein dauernder segensreicher Frieden ist demnach nur unter den Bedingungen möglich : *Keine Eroberungen.* » Keine Vergewaltigung

irgend eines Volkes, freier Wettbewerb aller Völker im Ausland, Vereinbarungen über die friedliche Regelung der Streitfragen zwischen den Regierungen, planmässige Einschränkung der Rüstungen. » (Seite 516-517.)

Aus einem Artikel des zur gemässigten Opposition gehörenden Reichstagsabgeordneten *Gustav Hoch* in der *Neuen Zeit*, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, vom 29. Januar 1915.

Wolfgang Heine.

« Die Frage steht zum Glück für uns keineswegs so, dass wir, um nicht russische Vasallen zu werden, uns unter engliche Herrschaft beugen müssten ; im Gegenteil kann die uns weltgeschichtlich zugefallene Aufgabe, Europa vor dem Russentum zu schützen, nur durch eine selbständige mitteleuropäische Weltmacht erfüllt werden. Deutschland muss in Verbindung mit seinen dem russischen Angriff gleicherweise ausgesetzten Nachbarn die *stärkste kontinentale Macht Europas* sein und bleiben. Dies liegt in erster Reihe auch im Interesse Englands, selbst wenn noch einige Zeit vergehen sollte, bis man überm Kanal dies einsieht und die Folgerungen daraus zieht. Vor allem aber wird Deutschland durch diese Stellung ganz von selbst die Macht, die die kleinen Nationen Europas vor der russischen Flut schützt.

» Durch die Erfüllung dieses Berufes einer Vormacht ganz Europas gegen Osten müssen Deutschland neue Kräfte zuwachsen. Freilich muss man sich das nicht in der Form eines Herrschaftsverhältnisses denken. Jeder Versuch des Deutschen Reiches, die kleineren Völker unseres Kontinents zu unterwerfen, könnte seine wirkliche Macht nur schwächen. Was Deutschland zu leisten hat, das kann es nur vollbringen, wenn es im Rücken und an den Seiten von Feinden frei ist, wenn es nicht die kleineren Staaten in die Arme Russlands oder Englands treibt. Der Krieg hat dem, der es noch nicht wissen wollte, hoffentlich gezeigt, was moralische Kräfte bedeuten ; oft mehr als Kanonen und Munition. Die Weltmachtspolitik Deutschlands muss darauf ausgehen, von den anderen kleineren Völkern verstanden zu werden. Je klarer und eindeutiger wir die aus unserer geographischen und geschichtlichen Lage fliessenden Folgerungen ziehen, um so leichter werden wir jedes Misstrauen überwinden. Die kleineren Staaten werden gelernt haben, dass sie, auf sich gestellt, gegen die grossen nichts ausrichten können, und dass sie doch durch ihre Unterstützung Kraftfaktoren bedeuten. Die deutsche Weltpolitik muss ihne jeden Besorgnis für ihre Unabhängigkeit zu nehmen suchen und bei ihnen Verständnis für die Notwendigkeit eines starken Deutschland erwecken...

» Wenn Deutschland in diesem Kriege seine Stellung unerschüttert gewahrt und seine Grenzen gegen die Wiederkehr so ungeheurer Gefahren gefestigt haben wird, so bedeutet das nur eine Sicherung des europäischen Friedens, keine Bedrohung der Nachbarn durch Eroberungsgelüste.

» Deutschland braucht *nicht die Hand nach fremdem Lande auszustrecken.* In seiner Nachbarschaft ist kein Boden, auf dem deutsches Volkstum sich noch entwickeln könnte, seine wirtschaftlichen Bedürfnisse lassen sich anders befriedigen, seine weltpolitische Aufgabe anders erfüllen. Was Deutschland nötig hat, ist ein Verhältnis zu den anderen westeuropäischen Mächten, das die Wiederkehr dieses allgemeinen Vernichtungskrieges gegen uns ausschliesst und uns für friedliche Arbeit und für den Fall einer endgültigen Entscheidung mit Russland den Rücken und die Meere freihält. »

Aus dem Artikel « Weltmachtspolitik » von *Wolfgang Heine,* den die *Franfurter Zeitung* veröffentlichte und der in der *Dresdener Volkszeitung* am 12. November 1915 wiedergegeben wurde. Der Reichstagsabgeordnete Wolfgang Heine gehört zu den Führern der Mehrheit in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Georg Horn.

« Im weiteren Verlauf des Jahres 1915 traten, beeinflusst durch die militärischen Erfolge Deutschlands und des österreichischen Bundesgenossen, *die Annexionsbestrebungen immer bestimmter* und schärfer in die Erscheinung. Grosse, mächtige und einflussreiche wirtschaftliche Verbände, politische Gruppen und Einzelpersonen gaben ihre weitgehenden Wünsche kund, ohne seitens der Regierung eine bestimmte Abweisung zu erfahren. Dies alles musste in der Partei und unter den Fraktionsmitgliedern zu der berechtigten Auffassung verleiten, dass unter den vorliegenden Umständen eine weitere Bewilligung von Kriegskrediten sich mit den sozialdemokratischen Grundsätzen laut des sozialdemokratischen Programms nicht mehr vereinbaren lasse. Inzwischen kam die Herbsttagung des Reichstags im Dezember 1915. Die Fraktion hielt es für notwendig den Reichskanzler zu interpellieren über verschiedene Fragen, die den Krieg und seine Folgerungen u. a. auch die Frage der Annexion besetzter Gebiete feindlicher Länder betrafen...

» Der Reichskanzler brachte in seiner Beantwortung der Interpellation nicht die von der Fraktionsmehrheit erhoffte Ablehnung der

annexionslüsternen Mehrheitsparteien. Was übrigens von der Minderheit vorausgesehen war, vielleicht auch von Teilen der Mehrheit... »

Aus einem Artikel des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten *Georg Horn* im *Vorwärts* vom 21. Januar 1916. Die Redaktion des « Vorwärts » bemerkte dazu :

« Genosse Georg Horn, der als Begründer des Glasarbeiterverbandes seit Jahrzehnten in der Glasarbeiterbewegung hervorragend tätig ist, sendet uns diesen Artikel, den wir mit einigen durch die bekannten Umstände gebotenen Kürzungen und Aenderungen hier wiedergeben. Genosse Horn hatte den Artikel dem « Fachgenossen », dem von ihm begründeten Organ der Glasarbeiter, übermittelt, war aber von dessen Redaktion zurückgewiesen worden. »

Otto Hué.

« ...Soweit solche Eroberungspläne bei uns laut geworden sind, lehnen wir sie nach wie vor entschieden ab. Denn jede imperialistische Gewaltpolitik muss notwendig dazu führen, den Frieden in unabsehbare Ferne zu rücken und die europäische Bevölkerung und Kultur in einem entsetzlichen Erschöpfungskrieg zu vernichten, in dem es keinen Sieger, nur Besiegte geben wird. *Jede Verwirklichung von Eroberungsplänen würde den Keim neuer Kriege in sich tragen...* »

Aus einem Artikel des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten *Otto Hué* in der *Essener Arbeiterzeitung* vom 29. Januar 1916 über eine Erklärung, welche vier Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, die zur « Mehrheit » gehören, im *Preussischen Landtag* verlesen wollten. Diese Verlesung fand nicht statt, infolge der Annahme einer anderen noch schärfer gegen alle Annexionen gerichteten Erklärung durch die Mehrheit der Fraktionsmitglieder.

E.

AUS SOZIALDEMOKRATISCHEN ZEITUNGEN.

« Leipziger Volkszeitung. »

« Für die Annexionspolitik wird wieder einmal von der Deutschen Tageszeitung Stimmung zu machen versucht. Ein Artikel mit der Marke des Herrn Oertel wendet sich gegen einen jüngst gehaltenen Vortrag des Professors *Dr. Anschütz,* worin verhältnismässig vernünftig ausgeführt worden war, dass Gebietserwerbungen in Europa aus rein politischen Gesichtspunkten nicht wünschenswert seien, es sei denn, dass sie von militärischen Rücksichten gefordert würden. (Diese rein militärischen Gesichtspunkte erscheinen uns ausgeschlossen. Red. d. Volksz.) Nach einem andern Bericht soll er sogar, bemerkt die Deutsche Tageszeitung entsetzt, jede Gebietserwerbung in Europa als einen Schaden bezeichnet haben. Das hat er nachher im einzelnen bezüglich der baltischen Provinzen und der etwaigen Gebietserweiterungen im Westen ausgeführt.

» Das Blatt Oertels legt gegen solche Ausführungen Verwahrung ein und behauptet, dass ein grundsätzlicher Verzicht auf jede nicht durch militärische Rücksichten geforderte und bedingte Gebietserwerbung in Europa mit der feierlich und allgemein verkündeten Meinung des Volkes unvereinbar sein würde, dass der Friede den gewaltigen Opfern gerecht werden müsse.

» Wir sind über die feierliche und allgemeine Meinung des deutschen Volkes ganz anderer Ansicht wie die Tageszeitung, stimmen aber mit ihrem Wunsche, dass die Frage in der Oeffentlichkeit und Presse behandelt werden könne, ganz überein, vorausgesetzt, dass auf allen Seiten dabei die gleiche Bewegungsfreiheit zugestanden wird. »

Leipziger Volkszeitung vom 30. Januar 1915. Herr Oertel, der ehemalige leitende Redakteur der *Deutschen Tageszeitung,* der seither verstorben ist, war auch Reichstagsabgeordneter.

« Hallesches Volksblatt. »

« Die Eroberungspolitiker bestehen darauf, sobald als möglich in ihre Propaganda eintreten zu dürfen, während die Regierung in ihrer abwartenden Haltung beharrt. Die fortgesetzten Vorstösse der Annexionspartei zeigen aber deutlich, dass für den Augenblick der Freigabe der Diskussion schwere Meinungskämpfe bevorstehen, für die man sich auf alle Fälle bereit halten muss...

» Eine demagogische Politik versucht, Augenblickstimmungen auszunutzen, und die Massen mit sich fortzureissen, die ihnen bloss Mittel zum Zweck sind. Die Demokratie, die das Volk nicht benutzen, sondern seiner Einsicht die Entscheidung anvertrauen will, appelliert an das Denkvermögen, an die ruhige Ueberlegung.

» Ruhige Ueberlegung im stillen Kämmerlein ist aber etwas, was durch die Einschränkung der Kriegsdebatte nicht verboten werden kann und nicht verboten werden soll. Sie sei allen eindringlichst empfohlen. Die Sozialdemokraten sind sich vollkommen dessen bewusst : als sie in den Krieg zogen zur Verteidigung des Reiches, in den Krieg, in den uns Sozialdemokraten keine Eroberungslust trieb, da haben sie diesem Grundsatz Treue gelobt. Und diesen Grundsätzen der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit, des freien Selbstbestimmungsrechts aller Völker werden sie auch die Treue halten — bis zum Ende ! »

Aus einem Artikel, der am 24. März 1915 im *Volksblatt* von Halle, das zur sozialdemokratischen Oppositionspresse gehört, veröffentlicht wurde.

« Frankfurter Volksstimme. »

1.

« Einen Eroberungskrieg hat Deutschland nicht begonnen, aber nun der Krieg so unerhörte Opfer von uns gefordert hat, muss dass deutsche Volk sich die Erringung von Sicherheiten zum Ziele setzen, damit es nie mehr einem solchen Angriff ausgesetzt wird. Dazu gehört auch die bessere Gestaltung seiner Grenzen. Nicht dafür hat es den Krieg begonnen, aber da das deutsche Volk zum Krieg gezwungen war, wird es nicht in einen Frieden willigen, der einfach den alten Zustand wieder herstellt. Das sind wir den gefallenen Helden schuldig ! »

» So etwa ist der Gedankengang, den die Redner der bürgerlichen Parteien in der ausgedehnten Samstagssitzung des Reichstags gegen die Haltung der Sozialdemokratie geltend machten. In Bemerkungen,

die wir zur Rede des Reichskanzlers machten, haben wir im voraus ausgedrückt, was dagegen zu sagen ist. Dass für die deutsche Volksvertretung der Inhalt des Krieges sich gewandelt habe, dass er aus einem Verteidigungs- zum Eroberungkrieg geworden sei, wäre zuviel gesagt. Auch würden kleine Grenzkorrekturen noch lange nicht die Bedeutung von Eroberungen haben, denn ihnen würde fehlen, was insgemein Folge von Eroberungspolitik ist : die gewaltsame Angliederung von volks- und sprachfremden Massen, die als Element der Unruhe und Zersetzung wirken könnten und die dauernde Wachhaltung einer Stimmung im Ausland, die auf Gelegenheit zur Revanche lauert. Aber niemand wird bestreiten, dass manche Stellen in der Aussprache, besonders in der Rede des Konservativen, viel weiter gehende Absichten wenn nicht aussprechen, so doch ahnen lassen, und das misstrauische Ausland wird gewiss Sorge tragen, dass der Eindruck vertieft wird. Die englische und französische Regierung werden tun, was sie vermögen, um ihrem Krieg nun erst recht den Anschein einer reinen Verteidigung gegen frevelhafte deutsche Herrschaftsansprüche zu geben. Ob solche Behauptungen grundfalsch sind, darauf kommt es nicht an ; genug, dass sie ihrer Wirkung sicher sein dürfen. Nur ein Umstand könnte als eine entgegenwirkende Kraft zur Geltung kommen, nämlich die Haltung der deutschen Sozialdemokratie...

» Keinen Eroberungskrieg ! Die Kriegslage ist für Deutschland an sich nicht so, dass ausschweifende Eroberungspläne Aussicht auf Erfolg haben können. Denn so sehr wir hoffen dürfen, dass die Einsetzung aller Kräfte das deutsche Volk den Ansturm der Feinde ringsum mit Ehren wird bestehen lassen, so aussichtslos wären, wenn sie je bestanden haben, Pläne zur bedingungslosen uneingeschränkten Niederwerfung aller Gegner. Wir können erreichen, dass Deutschlands Gegner sich mit der Zerbrechung ihrer Pläne gegen die deutsche Machtstellung abfinden und bereit werden, Deutschlands Aufstieg in Werken des Friedens und seine wirtschaftliche Entfaltung künftig nicht gewaltsam zu hemmen. Das ist alles, was wir erreichen können und wollen. *Keine Eroberungspolitik!* Das Ansehen des Reichs soll gefördert werden durch eine Politik der Verständigung, seine Kraft und Macht durch volksfreundliche Politik im Innern, die den Millionen alle Rechte der mündigen Staatsbürger gibt. »

Aus einem am 31. Mai 1915 erschienenen Leitartikel der *Frankfurter Volksstimme,* die zur sozialdemokratischen Mehrheitspresse gehört. Dasselbe Blatt brachte auch Artikel, die annexionistische Wendungen enthielten. Ich verweise auf die im ersten Teil, Seite 117 zitierten Sätze.

2.

« Was sind Pfänder, was Sicherheiten, die Bethmann Hollweg begehrt, was Einfallstore, die den Feinden verschlossen werden müssen ? Wohin zielt des Kanzlers Programm ? Klarheit, soweit überhaupt Klarheit geschaffen werden kann. Im feindlichen Ausland ist die Kanzlerrede gedeutet worden im Sinn des Annexionsverlangens, das heisst aus der Erklärung der bürgerlichen Parteien atmete. Man ist dort noch weiter gegangen und hat ihn zum Schwurzeugen verstiegener Gewaltziele gemacht, die in einer Eingabe der sechs Wirtschaftsverbände aufgestellt wurden. Keine Frage, dass der Kanzler einen besseren Sinn für politische Möglichkeiten besitzt ; er weiss zu gut, dass England eher die ganze europäische Kultur in Stücke gehen liesse, ehe es in die Verwirklichung dieser Ziele willigte ; er weiss : Europa würde zuvor ein einziges Schlacht- und Leichenhaus. Aber im feindlichen Ausland kann der Kanzler immer noch für diese Gewaltpolitik haftbar gemacht werden. Was Wunder, wenn dann seine Rede eine Auslegung erfuhr, die statt Versöhnlichkeit erneut das Verlangen nach Zerschmetterung des preussichen Militarismus auslöste.

» Dem muss ein Ende bereitet werden. Wie, der Kanzler kann nicht deutlicher werden, weil sonst der innerpolitische Krieg hoch aufloht und die Gefahr droht, dass die Eroberungspolitiker die hemmungslose Herrschaft an sich reissen ? O, der kennt die Stimmung des deutschen Volkes schlecht, der vermeint, es würde im neunzehnten Monat eines mörderischen Kriegs nicht bis auf ganz geringe Bruchteile das gesamte Volk hinter dem Kanzler stehen, wenn er durch energische *Absage an die Eroberungspolitiker* die Bahn zum Frieden bräche. »

Aus einem Leitartikel : « Die Aufgabe der Fraktion », den die *Frankfurter Volksstimme* am 10. März 1916 veröffentlichte. Der Artikel stammt jedoch nicht von dem leitenden Redakteur des Blattes, dem zur sozialdemokratischen Mehrheit gehörenden Reichstagsabgeordneten Dr. Quarck, sondern von dem zweiten politischen Redakteur, Wittich, der im allgemeinen ebenfalls die Mehrheitspolitik vertritt.

Ein Artikel eines Gewerkschaftsführers.

« Bringt der Frieden nicht eine dauerhafte Verständigung, die zur Aussöhnung der Völker führt, so wäre es die grösste politische Sünde, wollte die Regierung nicht Sicherungen dagegen schaffen, dass wir wieder gegen eine solche Uebermacht in den Krieg getrieben werden können. Gerade im Interesse des Friedens sind solche Sicherungen geboten.

» Es besteht allerdings die Gefahr, dass einflussreiche Kreise die Regierung dahin treiben, solche Garantien, entgegen ihren früheren Erklärungen, lediglich in Annexionen zu sehen. Dagegen müssen wir auf der Wacht sein. Die Sicherung unserer Zukunft lässt sich ohne Vergewaltigung fremder Völker erreichen. Die *Ausführung des Programms der erwähnten Annexionspolitiker wäre für unsere Zukunft eine ebenso schwere Gefahr, wie die sichere Uebermacht der feindlichen Mächtegruppe.* Der Weg der Sozialdemokratie muss von dem einen soweit entfernt bleiben, wie von dem anderen. Unsere Losung ist einfach die : Sicherung des Volkes gegen die Wiederkehr solcher Ueberfälle ohne Vergewaltigung anderer Völker. Diese Formel wird in dem Augenblick fruchtbar und lebendig werden, wo die Aussprache über die Friedensbedingungen möglich ist und die Verhältnisse reif dafür sind. »

Aus einem Artikel von *August Winnig* in der *Chemnitzer Volkstsimme* vom 26, Juni 1915 (Beilage). Winnig ist einer der Führer des Bauarbeiterverbandes und gehörte innerhalb der Sozialdemokratie zu den eifrigsten Verfechtern der Mehrheitspolitik vom 4. August 1914.

Der Vorwärts.

« Der Kaiser spricht in seiner Proklamation von den Sicherheiten, die uns der Krieg bringen muss. Der Reichskanzler erwähnt die Sicherheiten. Die bürgerlichen Redner in der Reichstagssitzung vom 29. Mai vertraten den Standpunkt, dass es ohne Sicherheiten nicht gehe. Im nationalliberalen Lager katzbalgt man sich um die Sicherheiten. Kurzum : von Sicherheiten ist die Rede allenthalben, wohin wir hören in dieser unsichern Zeit, und wenn demnächst das Parlament wieder zusammentritt, wird uns das Wort besonders häufig um die Ohren schwirren.

» Nur sagt niemand so recht, was er eigentlich unter Sicherheiten versteht. Bei diesem und jenem mag der Grund für diese Zurückhaltung der sein, dass er es selbst nicht weiss, die meisten aber verzichten auf eine nähere Definition in der Erkenntnis, dass sie damit auf verbotenes Gelände kommen würden. Sie überlassen es dem geneigten Hörer oder Leser, sich einen Reim auf die « Sicherheiten » zu machen.

» Aber da ist der Graf *E. Reventlow,* der in der « Deutschen Tageszeitung » die grosse Politik macht. Das ist ein mutiger Mann. Er setzt sich hin und schreibt einen Leitartikel über das Thema. Man kann auch sagen : er nimmt die Balancierstange zur Hand und wagt sich auf das straffgespannte Seil.

» Er fängt die Sache so an, dass er uns zunächst umständlich aus-

einandersetzt, was Sicherheiten nicht sind. Für die Beurteilung ihres Wesens müssen « alle formalen Faktoren internationaler Natur » von vornherein ausgeschaltet werden. Solche *formalen Faktoren* aber sind Verträge und Bündnisse und Abmachungen aller Art, sind vor *allem internationale Schiedsbehörden*, die Reventlow einen « frevelhaften Unsinn » nennt. Wer sich mit solchen Dingen beschäftigt, treibt Allotria, schafft keine Sicherheiten, sondern gefährdet sie.

» Wer nicht ganz unbegabt ist, kann nun am Ende schon vermuten was unter Sicherheiten verstanden werden soll. Aber der Leitartikler der « Deutschen Tageszeitung « hält es doch für angebracht, deutlicher zu werden. Er versucht, auch etwas Positives zu sagen, selbst auf die Gefahr hin, dass er dabei an die Grenze des Möglichen gerät.

» Man höre : Der Krieg hat die unermessliche Bedeutung gesammelter und organisiert verwendeter Volkskraft erwiesen. Die Vermehrung der Volkskraft ist der wichtigste Faktor künftiger Sicherheiten. Das Wachstum der Bevölkerung muss zielbewusst gefördert und organisiert werden. *Das aber setzt den entsprechenden Raum voraus oder bedingt seine Schaffung.*

» Wer nun noch nicht weiss, was Sicherheiten sind, dem kann auch der Graf nicht helfen !

» Nur das eine fügt er noch hinzu, dass auch andere als bevölkerungspolitische Erwägungen für die Schaffung von Sicherheiten sprechen, über die aber will er sich, oder vielmehr seinen Lesern ein Urteil nicht anmassen, denn « zur Schaffung von Sicherheiten militärischer oder maritimer Art müssen und können allein die Fachleute den Massstab geben ». Der Laie hat zu schweigen und darf höchstens die Forderung aussprechen, dass die Sicherheit für den Eintritt der denkbar ungünstigsten Umstände bemessen werde, da sonst diesem Kriege kein wirklicher Frieden folgen werde.

» Das genügt einstweilen, und nun handelt es sich höchstens noch darum, ob die anderen Stellen, bei denen das Wort « Sicherheiten » im Kurs ist, der Definition Reventlows grundsätzlich folgen. Ist das nicht der Fall, so müssen sie sich äussern. Doch darauf werden wir wohl vergebens warten ! »

Aus dem *Vorwärts* vom 13. August 1915. *Der Vorwärts,* der den Untertitel trägt: « Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands », hat im Krieg die Auffassungen der Opposition vertreten. Einer ausserordentlich strengen Zensur unterworfen, hat er zahllose Male darauf hingewiesen, dass er verhindert sei gegen die Annexionisten so zu schreiben, wie er es möchte: doch hat er nie aufgeführt die annexionistischen Kundgebungen festzunageln und seinen Protest dagegen zum Ausdruck zu bringen.

DRUCKFEHLERBERICHTIGUNG

S. 76, Zeile 13 von unten muss es heissen : *Aus* Blutdünger, anstatt *als*.

S. 95 muss der Schluss des Zitats aus dem Artikel der *Kölnischen Volkszeitung* : « Das Erbe Bismarcks » lauten : « ..., sondern auf ganz realpolitischem Boden bestimmte Zukunftsfernen erschliessen, wie sie der Grösse, der Macht des Reiches und besonders den im gegenwärtigen Krieg errungenen beispiellosen Erfolgen unserer ruhmreichen Heere entsprechen. »

INHALTSVERZEICHNIS

ERSTER TEIL

ANNEXIONISTISCHE KUNDGEBUNGEN

Offizielle Erklärungen der politischen Parteien. Seite

Konservative Parteien.

Christlich-soziale Vereinigung.

Nationalliberale Partei.

Alldeutscher Verband und Deutscher Wehrverein.

Professoren und imperialistische Schriftsteller.

Verschiedenes.

Zeitschriften.

ZWEITER TEIL

ANTIANNEXIONISTISCHE KUNDGEBUNGEN

IMPRIMERIES RÉUNIES. — LAUSANNE.







LAUSANNE. — IMPRIMERIES RÉUNIES



